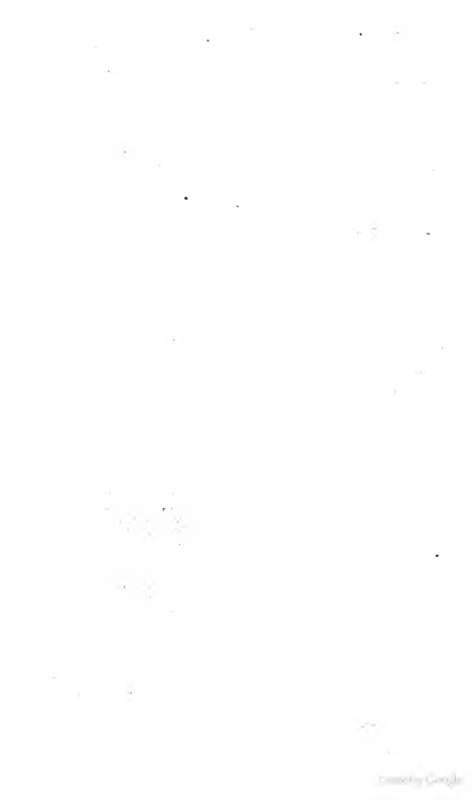






NOUVEAU RECUEIL DE TRAITÉS

d'Alliance, de Paix, de Trêve, de Neutralité, de Commerce, de Limites, d'Echange etc. et de plusieurs autres actes servant à la connoissance des relations étrangères

des Puissances et Etats

DE L'EUROPE

TANT DANS LEUR RAPPORT MUTUEL

QUE DANS CELUI ENVERS LES PUISSANCES ET ETATS DANS D'AUTRES PARTIES DU GLOBE

depuis 1808 *jusqu'à présent.*

Tiré des copies publiées par autorité, des meilleures collections particulières de traités et des auteurs les plus estimés.

PAR

GEO. FRÉD. DE MARTENS

continué par

FRÉDÉRIC SAALFELD

Tome VII. Seconde Partie.

1824 — 1828 *incl.*

À GOTTINGUE,
DANS LA LIBRAIRIE DE DIETERICH.
1830.



80.

Traité de limites entre l'Hanovre et le royaume des Pays-Bas, signé à Meppen le 2 Juillet 1824. et ratifié par l'Hanovre le 24 Septembre de la même année. 1824

(*Sur copie officielle.*)

Nachdem Seine Majestät der König des vereinigten Reichs Grofsbritannien und Irland, auch König von Hannover und Herzog zu Braunschweig und Lüneburg etc. etc. etc.

Und Seine Majestät der König der Niederlande, Prinz von Oranien Nassau, Grofsherzog von Luxemburg etc. etc. etc.

zu mehrerer Befestigung der zwischen beiden Königreichen von Hannover und der Niederlande so glücklich bestehenden aufrichtigen Freundschaft und zur Erhaltung der Ruhe an der Grenze es nöthig erachtet haben, diese auf der ganzen Linie, wo beide Reiche sich berühren, zu berichtigen und festzusetzen, zugleich auch die zwischen den angrenzenden Unterthanen wegen gegenseitiger Verhältnisse hier und da obschwebenden Streitigkeiten möglichst zu schlichten, so wie endlich in Betreff der Grenzabwässerungs-Anstalten die für beide Staaten zweckdienlichsten Bestimmungen zu treffen, und in dieser Absicht Commissarien zu ernennen und zu bevollmächtigen geruhet haben, als

Seine Majestät der König von Hannover etc. Allerhöchst Ihren Regierungsrath den Doctor der Rechte Conrad Ferdinand Friedrich von Pestel-Bruche, Ritter des Königlich-Hannoverschen Guelphen-Ordens,

1824 Ihren Landrath den Doctor der Philosophie Clamor Ernst Georg Victor Freyherr von dem Bussche-Hünnefeld, und Ihren Wasserbau-Inspector Otto Diedrich Christian Friedrich Reinhold;

Und Seine Majestät der König der Niederlande etc. die Herren Maximilian Jacob De Man, Directeur der Kriegsarchive und des topographischen Bureaus, Ritter des Militair-Wilhelm-Ordens dritter Classe, Commandeur des Niederländischen Löwen-Ordens und Ritter des Preufsischen rothen Adler-Ordens, zweiter Classe; Dr. Albertus Sandberg, Mitglied der deputirten Staaten der Provinz Overyssel; Dr. Heinrich Guichart, Mitglied der deputirten Staaten der Provinz Groningen und Dr. Johann Lindhorst Homann, Mitglied der deputirten Staaten der Provinz Drenthe;

so sind diese Commissarien, nach gegenseitiger Auswechselung ihrer Vollmachten, unter Vorbehalt der Genehmigung ihrer höchst gebietenden Committenten über folgende Puncte mit einander übereingekommen:

Art. I. Bei der gegenwärtigen Regulirung und Bestimmung der Grenzen sind diejenigen Rezesse, welche unterm 16ten Mai 1548, 1ten Aug. 1659, 18ten Mai 1778, 1ten April und 3ten Septbr. 1779 und 26ten August und 9ten Septbr. 1801 über die Grenzen zwischen der Hannoverschen Grafschaft Bentheim und den Niederländischen Provinzen Overyssel und Drenthe, und unterm 27ten Octobr. und 10ten Novbr. 1764, den 11ten und 29ten Octobr. 1784 über die Grenzen zwischen dem Hannoverschen Kreise Meppen und den Niederländischen Provinzen Groningen und Drenthe, so wie die unterm 24ten Juni 1636, 14ten März 1700, 28ten Aug. und 2ten Novbr. 1706 und 26ten Janr. 1723 über die Grenzen zwischen der Hannoverschen Provinz Ostfriesland und der Niederländischen Provinz Groningen abgeschlossen worden, zu Grunde gelegt; Da indessen diese Verträge theils die Grenze auf mehreren Puncten entweder überhaupt nicht angeben, oder doch nicht genau genug bestimmen, theils hinsichtlich der Grenzabwässerungen keine genügende Bestimmungen enthalten, so sind diese Mängel durch gegenwärtigen Tractat ergänzt worden, damit so wenig über den

einen, als andern Gegenstand ferner Irrungen Statt 1824 finden.

Uebrigens sollen alle in den gedachten Verträgen enthaltenen Bestimmungen, in so weit dieselben durch den gegenwärtigen Tractat weder im allgemeinen, noch besonders abgeändert und aufgehoben sind, ihre volle Kraft behalten.

Art. II. Die bisherigen Privatgerechtsamen der beiderseitigen Grenzbewohner auf dem einen oder andern Staatsgebiethe, — sie mögen sich auf die im ersten Artikel angezogenen Grenz-Rezesse, oder auf sonstige Privat-Verträge, Besitz und Herkommen gründen, — sollen, in so fern selbige durch gegenwärtigen Tractat nicht besonders regulirt und festgesetzet worden, den Betheiligten vor wie nach verbleiben.

Art. III. Sobald die Grenzsteine, nach Statt gehabter Ratification des gegenwärtigen Tractats, gesetzet sein werden, soll eine durch beiderseits ernannte Geometer verfertigte topographische Grenzkarte, so wie eine topische Beschreibung der Grenzen mit den erforderlichen Croquis, worauf alle Grenzsteine, derselben Entfernungen und Winkel genau verzeichnet sind, durch beiderseitige Herren Commissarien ihren respectiven Gouvernements überreicht, inmittelst aber zur Erläuterung des gegenwärgen Tractats diesem eine, nach einem kleineren Maafsstabe gezeichnete, topographische General-Charte beigefügt werden.

Art. IV. Da, wo die Grenzlinie Gebäude durchschneidet, soll das ganze Gebäude der Landeshoheit desjenigen Staats unterworfen sein, in welchem der gröfste Theil desselben belegen ist;

Desgleichen soll die Grenzlinie, wo selbige unmittelbar an Wohnhäusern belegene Gärten durchschneidet, so um den Garten herumgezogen werden, dafs auch dieser zu dem Territorio gehöret, wozu das Haus gerechnet wird, so wie endlich, wenn die Grenzlinie zwischen Wohnhäusern und den nahe daran belegenen Nebengebäuden, oder Scheunen hergehet, sollen letztere hinsichtlich der Landeshoheit zu demjenigen Staate gehören, in welchem die Wohnhäuser belegen sind.

1824 Alle Fälle, wo obige Bestimmungen zur Anwendung kommen, sollen bei Setzung der Grenzsteine in der topischen Grenzbeschreibung besonders nahmhaft gemacht, wie auch auf den Charten bemerkt werden, ob das von der Grenze durchschnittene Wohnhaus oder Gebäude Hannoversch oder Niederländisch sey.

Art. V. Nach erfolgter Ratification des gegenwärtigen Tractats, dürfen weder von Corporationen, noch von Privat-Personen des einen oder andern Staats, Gebäude näher als Einhundert Rheinländische Ruthen, oder Dreihundert sechs und siebenzig Niederländische Ellen und sieben Palmen, an der Grenzlinie erbauet werden.

Durch obige Bestimmung jedoch soll keinesweges das Hoheitsrecht beider Gouvernements überall an der Grenzlinie, wo selbige es künftig nöthig erachten mögten, Staatsgebäude anzulegen und Vertheidigungs-Anstalten jeder Art zu treffen, beschränkt werden.

Art. VI. Da, wo es zwischen angrenzenden Gemeinden beider Reiche hergebracht ist, das Vieh ductu naturae, oder ohne Hirten weiden zu lassen, soll dasselbe, wenn es widerrechtlich die Grenzlinie, wenn dieselbe zugleich Markengrenze ist, übertreten und nicht weiter wie funfzig Rheinländische Ruthen, oder Einhundert acht und achtzig Niederländische Ellen und vier Palmen, von der Grenze entfernt sein möchte, nicht geschüttet werden dürfen, sondern in diesem Fall soll es den Betheiligten nur erlaubt sein, das übergetretene Vieh wieder über die Grenze zurückzutreiben, ohne dasselbe zu jagen, oder zu hetzen.

Diese Bestimmung aber soll weder auf cultivirte, oder eingefriedigte Gründe, noch dann anwendbar sein, wenn das Vieh durch einen Hirten gehütet wird, oder auch, wenn dasselbe, dem zwischen einigen Gemeinden bestehenden Herkommen gemäſs, gar nicht über die Grenze kommen darf.

In diesen Fällen bleibt es den Betheiligten unbenommen, das übergetretene Vieh zu schütten und das landesübliche Schüttegeld zu fordern.

Art. VII. Den Grenzbewohnern, deren Eigenthum theils dieſs- theils jenseits der Grenzen belegen ist, soll eine völlig freie Communication mit solchen Grundstücken, in soweit es zum Betriebe ihrer

Landwirthschaft nöthig ist, vorbehalten sein; mithin **1824** können die Besitzer solcher Grundstücke, Mist, Stroh, Streue und sonstigen Dünger für den Anbau ihrer Felder, so wie eine jede Art Feld-, Garten- und Baumfrüchte aus und einführen, ohne dafs sie irgend einer Zoll- sei es Ein- oder Ausfuhr, Transito oder andern derartigen Abgaben unterworfen werden können. Sie branchen blos durch Atteste ihrer Ortsbehörde nachzuweisen, dafs sie jenseits der Grenzen ein Eigenthum besitzen und anbauen, dürfen sich aber den Besichtigungen und Durchsuchungen der Zoll- und Steuer-Aufseher, oder anderer zur Verhütung der Defraudation gesetzlich angestellten Officianten nicht entziehen; diese dagegen sind nur befugt, auf ihrem resp. Gebiethe Visitationen anzustellen.

Art. VIII. In sofern durch die Bestimmungen des gegenwärtigen Tractats einige Gebäude und sonstige Grundstücke zu einer andern Oberherrschaft übergehen mögten, als wozu sie bisher gehört haben, so sollen die Staats-Abgaben, welche gegenwärtig von derartigen Parceelen entrichtet werden, zwar für das Jahr Eintausend achthundert fünf und zwanzig zum Vortheil des bisherigen Landesherrn fortwähren, vom ersten Januar Eintausend achthundert sechs und zwanzig ab an aber diese Parceelen blos von dem Gouvernement besteuert werden, dessen Oberherrschaft selbige sodann unterworfen sind.

Art. IX. Wo die Grenzlinie Gründe durchschneidet, welche entweder zu Hannoverschen eigenbehörigen Colonaten, oder zu Niederländischen hoffhörigen Erben gehören, soll hinsichtlich deren gegenwärtigen Verhältnisse zu ihrem Gutsherrn keine Veränderung eintreten.

Art. X. Die Hannoversche Niederländische Grenze, von der Grafschaft Bentheim und der Provinz Overyssel angerechnet, fängt in der Gegend des sogenannten Welperveen, oder Heer an, woselbst sich das Hannoversche, Niederländische und Preufsische Gebieth bei dem Puncte, Dreiland genannt, vereinigt und wo jetzt ein mit der Jahreszahl 1659 bezeichneter Grenzstein steht.

Von hier an läuft die Grenze in grader Linie und nordwestlicher Richtung nach dem auf dem soge-

zeichneten Grenzsteine, welcher auf einer Anhöhe 1824 steht, woselbst ehemals der Twentische Galgen gestanden hat, und ferner in grader Richtung auf drei Fuſs Rheinl. oder neun Niederl. Palmen westlich von dem daselbst noch vorhandenen Pfahl des ehemaligen Bentheimschen Galgen; Sodann in grader Linie durch die Haide auf einen alten Grenzstein, bezeichnet wie die vorigen, welcher an der westlich hervorspringenden Ecke des sogenannten Mersmans alten Kampe steht. Ferner gerade durch die Haide und des Hannoverschen Eingesessenen Kocks Gründe auf einen an beiden Seiten mit dem Bentheimischen Wappen versehenen Grenzstein westlich an der Bentheimschen Landwehr, welche Landwehr Hannoversches Territorium bleibt; Sodann westlich dieser Landwehr entlangs bis da, wo diese auf die südliche Ecke des Veenkamp stöſst; Dann an der Ostseite des Walles dieses Kamps her, und dann wieder westlich der Landwehr entlangs, bis an die westliche Ecke des Holtherms Kamps, von wo die Grenzlinie an der Westseite des Wallgrabens der Hannoverschen Eingesessenen Holtherms, Piepers und Egberts Mathen herläuft bis auf den Grenzstein, welcher an der westlichen Ecke der benannten Egberts Mathe steht, und mit dem Bentheimischen und Burgundischen Wappen, ohne Jahreszahl bezeichnet ist.

Von diesem Steine geht die Grenze in grader Richtung auf den, an der einen Seite mit dem Bentheimischen Wappen und an der andern Seite mit dem Worte Twente bezeichneten Stein bei der sogenannten Sonnentelge,, einem alten Eichen-Baume, welcher auf Hannoverschem Gebiethe steht; Sodann durch das Haidfeld gradezu auf den auf einem kleinen Hügel, dem sogenannten Bergesken, auf den Kopf stehenden Stein, von welchem die Grenzlinie in einem rechten Winkel östlich nach dem Hannoverschen Territorio um drei Ruthen Reinl. oder eilf Niederl. Ellen und drei Palmen, einspringt, nemlich bis zur Mitte des gleich am Fuſse dieses Hügels östlich seinen Anfang nehmenden sogenannten Rammelhaarweges, welcher gemeinschaftlich zwei und dreiſsig Rheinl. Fuſs, oder zehn Niederl. Ellen, breit sein und an beiden Seiten mit Steinen abgesetzet werden soll. Von dem auf diese Entfernung zu setzenden Steine läuft die

1824 Grenzlinie der Mitte des genannten gemeinschaftlichen Rammelhaarweges in grader Linie entlangs auf einen Piquetpfahl, welcher gegenüber der Einfahrt zu des Hannoverschen Coloni Zwartkamps Wohnung auf zehn Ruthen Reinl. oder sieben und dreifsig Niederl. Ellen und sieben Palmen westlich von dessen Kamps-Ecke an der linken oder Nordseite derselben Einfahrt eingeschlagen ist, woselbst dem benannten Wege eine solche Richtung wird gegeben werden, dafs die Mitte desselben auf vier und einer halben Ruthen Reinl. oder sechszehn Niederl. Ellen und neun Palmen, von der südwestlichen Ecke des Hannoverschen Coloni Hagelskamp Kampes westlich fällt, von wo aus sich solcher weiter auf den Mittelpunct zwischen der südöstlichen Ecke des im Niederländischen belegenen sogenannten Vofs Kamps und der Scheidung zwischen den Hannoverschen Colonen Hagelskamp und Kalters sive Rademakers Kämpen richtet, welcher Mittelpunct circa vier und einer halben Ruthen Rheinl. oder sechszehn Niederl. Ellen und neun Palmen, von der erwähnten südöstlichen Ecke des Vofs Kamps belegen ist. Von diesem Puncte soll die Mittellinie des Weges auf den jetzt bestehenden westlichen Graben des Kalters sive Rademakers Kamp, und zwar auf einer Distanz von dreifsig Ruthen Rheinl. oder Einhundert dreizehn Niederl. Ellen, von der hervorspringenden nordwestlichen Ecke des letztbenannten Kamps, rück- oder südwärts ab an gemessen, gezogen, und die erwähnte Mittellinie von diesem Puncte ferner dergestalt dirigirt werden, dafs dieselbe in nördlicher und grader Richtung auf fünf und zwanzig Ruthen Rheinl. oder vier und neunzig Niederl. Ellen und zwei Palmen, Abstand von dem östlich des Schlagbaums vor Katters Kamp eingeschlagenen Piquetpfahle in das Alignement des übrigen Theiles des festgesetzten Rammerhaarweges fällt, und sich dann damit vereinigt.

Durch diese Bestimmung wird also, nach Abzug der Breite des halben Weges, höchstens ein Dreieck von der nordwestlichen Ecke des Katters sive Rademakers Kamp abgeschnitten werden, welches zwei und einer halben Ruthen Reinl. oder neun Niederl. Ellen vier Palmen, zur Höhe und dreifsig dergleichen Ruthen, oder Einhundert dreizehn Niederl. Ellen, Basis hat, und zum Niederländischen Gebiethe ge-

hört. Diese Richtung soll bei der Setzung der Grenz- 1824
steine näher angegeben werden.

Das vorbenannte Alignement, oder die Mittellinie des Weges wird durch den so eben bemerkten, auf fünf und zwanzig Ruthen Rheinl. oder vier und neunzig Niederl. Ellen zwei Palmen, nordwärts des Schlagbaums vor Kalters sive Rademakers Kamp eingeschlagenen Piquetpfahl, so wie durch den auf zwei Ruthen Rheinl. oder sieben Niederl. Ellen fünf Palmen, westlich von der südlichen Ecke des Hannoverschen Colonen Schütte oder Schütmans Kamp angenommenen Punct bestimmt, und fällt sodann in den vorhenannten Schütmans Kamp, bereits bestehenden Weg, welcher von da bis zum Steine Nr. 11. im Walle des dem Hannoverschen Colono Rammelkamp zugehörigen Twenterkamp an dem Rammelbache, ebenfalls begradigt werden soll, dergestallt, dafs die Mittellinie des Weges auch bis dahin die Grenze bildet.

Art. XI. Der Gebrauch des hier vorbeschriebenen gemeinschaftlichen Rammelhaarweges soll für die Eingesessenen beider Staaten, sowohl in commercieller, als sonstiger Hinsicht, frei und unbehindert sein und bleiben.

Art. XII. Von dem im Art. X. zuletzt gedachten Steine an dem Rammelbache läuft die Grenze zufolge des am 1sten April und 3ten Septbr. 1779 zwischen der Grafschaft Bentheim und der Provinz Overyssel abgeschlossenen Vergleichsrecesses auf die dem gemeinschaftlichen Rammelbache entlangs vorhandenen Steine Nr. 10. 9. 8. 7. 6. 5. 3. 2., und 1. Dieser letzte Stein steht am Ende des Rammelbaches, an der östlichen Ecke des Strootmans Kampes.

Es ist aber hierbei zu bemerken, dafs, von dem Steine Nr. 7. an, die Grenze nicht dem seitdem oben angezogenen Convenant grade durchgegrabenen Rammelbache bis an Wolfs Kampe entlangs laufe, sondern sich nach dem alten, noch sichtbaren Laufe des Rammelbaches östlich in Rammelkamps Heuberge wendet, worin sie drei Wendungen macht, die ein kleines Viereck bilden und dann in Rammelkamps Heuberge sich wieder an den Punct schliefst, wo der neu durchgegrabene Rammelbach zwischen Wolfs

1824 Kamp und Rammelkamps Heuberge in den alten beibehaltenen und ferner die Grenze bildenden Bach wieder fällt.

Art. XIII. Die in dem angezogenen Vergleichsrezesse vom Jahre 1779 festgesetzte jährliche Besichtigung die Landesgrenze vorbeschriebenermaafsen bildenden Rammelbaches, soll fernerhin am ersten Montage im Monat September jeden Jahres von den beiderseitigen betreffenden Ortsobrigkeiten vorgenommen und von denselben für die Aufräumuug des Baches durch die betreffenden beiderseitigen Commünen gesorgt werden, auch diese in ihrer Gegenwart geschehen.

Art. XIV. Von dem Steine an der östlichen Ecke des Strootmans-Kampes läuft die Grenze weiter in grader Linie auf einen Kieselstein, in der Nähe des sogenannten Fuhlen-Deiches, oder Weges von Nordhorn nach Ootmarsum belegen; Sodann queer über diesen Deich oder Weg in grader Richtung auf einen Kieselstein östlich des dabei belegenen sogenannten Bergs-Venne, welcher Stein auch angeblich zugleich der Scheidestein zwischen Frensdorf, Brecklenkamp und Lattrup ist; Von hier durch das Haidfeld gradezu auf eine Kreuzkuhle im sogenannten Waterings-Pool, ehemals Wateringer Blanke, auch Tibben-Pool genannt, woselbst ein Pfahl steht; dann auf einen Ort im Venne, die Plesche oder Vledder genannt, in grader Linie durch das Haidfeld, und weiter durch eine alte Kreuzkuhle nördlich des Weges von Frenswegen grade auf den sogenannten Scheidebült, worauf ein Sand-Stein ohne Jahreszahl und Merkzeichen steht, welcher angeblich zugleich die Markenscheidung zwischen den Hannoverschen Bauerschaften Frensdorf und Grasdorf und der westlich belegenen Niederländischen Bauerschaft Brecklenkamp, so wie der Scheidpunct zwischen der Ober- und Niedergrafschaft Bentheim ist.

Von diesem Steine weiter in grader Linie durch das Haidfeld auf einen Hügel, westlich eines Wasserpfuhls, Pispot genannt, belegen; Von hier in derselben Richtung auf eine nördlich belegene Kreuzkuhle, bei einem jetzt daselbst befindlichen Wacholder-Strauche; ferner grade auf einen andern Punct an der Ostseite des Weges welcher dem Grünlande, dem sogenannten Brecklenkamper-Schiephorst, entlangs läuft;

Sodann in grader Linie auf einen Punct in der Richtung auf die sogenannte Kalverlage zu, welcher an der Grasdorfer Schiphorst und südöstlich von der Ecke des Kalverlagen-Kamps, das neue Land genannt, liegt, von wo die Grenze durch das Haidfeld in grader Richtung und nach Westen hin sich drehend, hart an den sogenannten runden Bült nordwestlich entlangs läuft, in der Richtung auf die Scheune des Bentheimschen Coloni Bucht bis am kleinen Brecklenkamper Eichelkamp an der Ostseite von Buchtshede oder Wall; dann dieser Hede oder Walle, welche auf Hannoverschem Gebiethe, belegen, entlangs bis an obgedachte Buchts-Scheüne. 1824

Art. XV. Die vorbeschriebene Territoriallinie vom Scheidebült an, bis zur Buchtsscheüne ist zugleich zur Marckenscheidung zwischen der Hannoverschen Bauerschaft Grasdorf und der Niederländischen Bauerschaft Brecklenkamp, nach Anhörung der beiderseitigen Interessenten, für immer angenommen und festgesetzet worden, so wie dieselbe als solche hierdurch angenommen und festgesetzt wird.

Art. XVI. Da der auf der Grenze wohnende Hannoversche Colon Bucht mit seinem Vieh und Acker-Fuhrwerke zu seinen auf Hannoverschen Gebiethe belegenen Aeckern und Wiesen nicht gelangen kann, ohne das Niederländische Gebieth damit zu betreten, wozu derselbe auch immer berechtigt gewesen ist, so soll ihm von seiner Scheüne an bis zu dem östlich des im Art. XIV. erwähnten Brecklenhamper Eichelkampes belegenen Schlagbaume in seiner Hecke, woran die Grenzlinie südöstlich hergehet, ein Weg von zwanzig Rheinl. Fuſs Breite über die Territoriallinie, oder sechs Niederl. Ellen und zwei Palmen, und von funfzig bis sechzig Ruthen Rheinl. oder Einhundert acht und achtzig bis zweihundert sechs und zwanzig Niederl. Ellen, Länge ferner verbleiben.

Art. XVII. Von Bucht-Scheüne geht die Grenzlinie auf einen Piquetpfahl an des Niederländischen Colonen Rottmann, auf Hannoverschen Gebiethe belegenen Backhause südöstlich her; von da auf den Weekebrook, über ein Grundstück, die Horst genannt, circa anderthalb Rheinl. Ruthen, oder fünf Niederl. Ellen und sechs Palmen, nordwestlich vom

1824 Aussengraben; Ferner auf einen Pfahl, circa zwölf Ruthen Rheinl. oder fünf und vierzig Niederl. Ellen und zwei Palmen, südöstlich des Lagischen Colonen Waaners Hause im Felde; dann auf eine kleine Brücke oder Bolle, östlich des Hannoverschen Colonen Broockhaus, von da auf einen Punct im sogenannten Küpersfeld, weiter auf einen engen Fahrweg, genannt die ruwe-Steege, da wo selbiger sich krümmt, nahe bei dem Schlagbaum des Küpers Feld, und endlich von da in grader Richtung über den alten Hausplatz oder Garten des Coloni Seisen und über einen Schlagbaum oder Heck bei Maatmanns Heüerhause auf den Schornstein des Hannoverschen Colonen Maatmanns Wohnhauses.

Von hier in grader Richtung auf das sogenannte Spiek, auch Dinkel Funder genannt; Sodann grade durch die Gründe der Colonen Drost von Hesingen und Fuhlmann über des Niederländischen Colonen Rupen Hoft bis zum Schlagbaum daselbst; Ferner in grader Linie zwischen dem Haller und Hesinger Felde her durch einen Kamp des Coloni Warsmann zu Halle, das Warsing Eyland genannt; weiter durch die Hesniger Gemeinheit auf einen Stein, ohne Zahl und Zeichen, der im Walle einer Wiese, die Pferde Mathe genannt, am Wege von Ulsen nach Ootmarsum steht. Von diesem Steine in grader Richtung durch Holthues Grundstücke und durch das Hallerfeld, so wie des Colonen Schadebusch Gründe bei dessen Hause über den alten Hausplatz auf den Teich, oder Wasserpfuhl desselben: Sodann in nemlicher Richtung durch das Hesniger Feld auf den sogenannten Fischteich des Schulzen zu Nielingen.

Von hier weiter in westlicher Richtung durch die Grundstücke des gedachten Schulzen und das Pferdefeld grade nach dem Steine auf dem sogenannten Paalbütte, oder Pfahlberge, und dann in nördlicher Richtung, so wie westlich des Hauses des Coloni Pauss Westerhoff her gradezu über einen Hügel der Galgenbült oder Galgenberg genannt, auf den Stein am sogenannten Brandbült stehend, in der Nähe der sogenannten Manderströhe, auch Manderkamp genannt; Sodann in westlicher Richtung durch das Haidfeld und nördlich an Feldküpers Kamp her auf einen Kieselstein, oder an Veddeler Ströhe oder Kamp,

nördlich von Mander Ströhe oder Kamp befindlich **1824** ist; von hier in grader und zwar westlicher Richtung durch das Haidfeld, welches südlich der Grenze die Wagenbüsche heifst, auf einen Stein ohne Merkzeichen im Felde, am Wege nach Almelo ohnweit Gotjan; Ferner in grader Linie durch das Haidfeld, die Manderkante und das Manderfeld genannt, so wie queer durch die Wege von Almelo nach Getelo, von Getelo nach Mandern und den Dwarswenne-Weg auf einen Stein in der Topfhaide, auch Stein in den Geteler Rüen genannt, und dann in nemlicher Richtung auf einen Stein an der Mander Hundegräfte.

Der nächste Stein, worauf die Grenze grade zugehet, findet sich an der Dwarsbecke, oder Kattenunlande, auch Kummerkamp genannt, und von hier läuft selbige auf einen Stein bei den sogenannten Getelersüsen, oder alten Weitzen Lande, mitunter auch Kummerkamp genannt: Sodann auf einen Stein im Heidenhock am Scholten Kampe, oder südlich Schüürmanns, oder Herings Kampe, hinter Brinks Mathe stehend, weiter in grader Richtung nordwestlich an den Eldersgraben her, auf den Punct, wo der gedachte Graben die Gottersbeche durchschneidet, und von da gradezu auf den Stein auf dem sogenannten Müntjes-Berge.

Art. XVIII. Ingefolge des bereits angezogenen Grenz-Recesses vom 1ten April und 3ten Septbr. 1779 geht die Grenzlinie vom vorbesagten Steine auf den Müntjes-Berge in grader Linie nach dem folgenden Stein, welcher neben der südlichen Ecke der alten Mathe des Albert Mensen gesetzt ist: Von da grade auf den Stein an der westlichen Ecke obengenannter Mathe; ferner auf den vierten Grenzstein, welcher ohngefähr in der Mitte der Grenzlinie nach dem bestimmten Puncte auf dem Stryper Deiche steht: Dann in grader Richtung nach dem fünften Stein auf gedachtem Deiche, oder Wege von Sipkelo nach Strype und zwar in nordwestlicher Richtung.

Von diesem Steine wendet sich die Grenze mehr nördlich durch das Itterbecker und Balderhaarer Venne und läuft auf den sechsten Stein, welcher an der nordwestlichen Ecke der auf Hannoverschem Gebiethe belegenen Herm Balderhaars Weide steht.

1824 Von letzgenanntem Puncte läuft die Grenze in grader Linie auf den alten Grenzstein, der neben dem Backhause, ohnweit und westlich des Wohnhauses des Coloni Grosse Balderhaar befindlich und mit dem Bentheimischen und Burgundischen Wappen bezeichnet ist. Von hier weiter durch das Haidfeld in grader Richtung auf den Stein, welcher circa siebenzig Ruthen Rheinl. oder Zweihundert drei und sechszig Niederl. Ellen und sieben Palmen, von dem Wirthshause des Crull entfernt, hinter Amsings Hause auf der Vennebrügge oder Belt steht, und nicht bezeichnet ist.

Von diesem Steine in grader Richtung auf die Quelle, welche hart am Wyler Holze, oder westlich beim Hause des Coloni Wellenwerth entspringt neben einem grofsen Büchenbaume, der auf Hannoverschem Territorio steht.

Von gedachter Quelle geht die Grenze weiter dem, von derselben bis zum Radewyker Bache, zwischen den Gründen der Colonen Wellenwerth, Snieders, Junghans und Balderhaar herlaufenden Graben, die Wellbecke oder Springe genannt, entlangs, bis auf den Punct, wo dieser Graben in nordöstlicher Richtung in den Radewyker Bach sich ergiefst: von wo an letztbenannter Bach in östlicher Richtung bis zu dem Graben, welcher die Wiesen des Hannoverschen Coloni Schültmann und des Niederländischen Coloni Tackman scheidet, gemeinschaftlich ist und die Grenze bildet.

Von da weiter in nördlicher und grader Richtung dem gemeinschaftlichen Graben entlangs, auf den Stein in Schültmanns Kamp, welcher mit dem Burgundischen Kreutze gezeichnet ist.

Art. XIX. Vorgedachter Radewyler Bach soll, wie bisher geschehen, fernerhin von den Eingesessenen der Hannoverschen Bauerschaften Itterbecke, Wyle und Balderhaar und den Eingesessenen der Niederländischen Bauerschaft Radewyk, so weit selbige gemeinschaftlich ist und die Grenze bildet, jährlich zur bequemen Jahreszeit geräumt und von beiderseitigen Orts-Behörden geschauet und stets in schaufreien Abwässerungs-Stand gemeinschaftlich gehalten werden.

Art. XX. Von dem Steine auf Schültmanns Kamp geht die Grenzlinie in grader und nordwestli-

cher Richtung auf den sogenannten Melenberg, woselbst ein bis auf den Grund abgebrochener Sandstein steht, welcher auch der hohe Stein genannt wird.

Art. XXI. Da die in dem Grenzvertrage vom Jahre 1548 schon festgesetzte Theilung des zwischen dem Melenberg und dem Stein bei Schültmann nach Laarwald hin auf Hannoverschem Grundgebiethe belegenen Venne, zur einen Hälfte behuf der Hannoverschen Eingesessenen von Laarwald und zur andern Hälfte behuf der Niederländischen Eingesessenen von Holtheem und de Velde, noch immer nicht in Vollziehung gesetzt worden, so ist man nunmehr dahin übereingekommen, dafs die benannten Niederländischen Bauerschaften Holtheem und de Velde für ihre völlige Abfindung, wegen des quästionirten Venne, eine mit Steinen abzusetzende Fläche von sechszig Tausend dreihundert vier und achtzig vierkante Ruthen Rheinl. oder achthundert sechs und funfzig Tausend achthundert sechszig vierkante Ellen und vier Palmen Niederl. paralell mit der Grenzlinie, erhalten, welcher Flächenraum von dem hohen Steine oder Melenberg an bis zu der zweihundert funfzig Ruthen Rheinl. oder Neunhundert ein und vierzig Niederl. Ellen und acht Palmen, vom Steine bei Schültmann in nordwestlicher Richtung bei dem Radewiker Sandplatz belegenen Hütte, eine Basis von acht Hundert acht und achtzig Ruthen Rheinl. oder drei Tausend dreihundert fünf und vierzig Niederl. Ellen und vier Palmen, und östlich der Territoriallinie eine überall gleiche Breite von acht und sechszig Ruthen Rheinl. oder Zweihundert sechs und funfzig Niederl. Ellen und zwei Palmen hat.

Art. XXII. Von dem im Art. XX. zuletzt bemerkten Steine läuft die Grenze weiter grade auf den sogenannten lagen Stein, welcher ein Kieselstein, ohne Merkzeichen, und vor der sogenannten Rouwslinge belegen ist. Sodann über den Hausplatz der ehemaligen Puffers-Hütte, dem Graben der Landwehr entlangs bis an die Sellandsche, oder Toren-Stege, dergestalt, dafs die Landwehr auf Niederländischen Gebiethe befindlich ist, und der an der Ostseite derselben herlaufende Graben die Grenze bildet.

Art. XXIII. Die alte Wasserleitung, welche auf Hannoverschem Gebiethe bei der sogenannten Puffers-

1824 Hütte aus der rouwen-Riete an des kleinen Eykenhorst Lande und sodann an des grofsen Eykenhorst Wiesengründe hergeht, so wie die Hauptwasserleitung, welche das Wasser aus dasiger Gegend bei dem Erbe grofse Eykenhorst von der Heesterkante auf Hannoverschem Territorio in die Fechte führt, sollen von den betreffenden Hannoverschen Eingesessenen jährlich geräumt und in schaufreien Stande erhalten werden. Dagegen aber soll Niederländischer Seits dem Ablaufe des Wassers bei der Rouwschlinge oder Landwehr nach den Niederlanden hin kein Hindernifs in den Weg gelegt und daher der daselbst vor einigen Jahren angelegte und noch vorhandene Damm gleich nach erfolgter Setzung der Grenzsteine wieder niedergeworfen und gänzlich geebnet werden.

Art. XXIV. Von der Sallandschen oder Toren Stege geht die Grenze der Hecke und dem Graben entlangs, westlich vor Hendriks Hause her, nach einem Puncte am linken Ufer der Vechte an der nordöstlichen Ecke des Kampes des Coloni Eikenhorst, wo ehemals dem Hause der Erben von Vos gegenüber ein Grenzpfahl gestanden hat; Von hier queer über die Vechte auf einen abgehauenen Stein, welcher an der Laarschen Mathe, die lage Holhorts genannt, steht; Von diesem Steine weiter dem westlichem Walle des Hannoverschen Fahrweges, welcher von Laar nach der Laarschen Brücke führt, entlangs, bis westlich vor dem Hause des Ackermannes Albert Remeler oder Remeling her; Dann über dessen und J. Ems Lande bis zu dem Puncte an dem Graben zwischen Köhler und letztgenannten Ackerlande von Ems, woselbst die Grenze in den Graben fällt, welcher dem Laude von Mülder, Paus, Klokhorst, Ampsing und Levegrabe entlangs läuft und die Grenze bildet, bis zu einem Steine, bezeichnet Nr. 16. woselbst die Grafschaft Bentheim und die Provinzen Overyssel und Drenthe zusammen stofsen.

Art. XXV. Die sogenannte kleine Vechte bei Coeverden auf Niederländischem Gebiethe soll zur Beförderung des Ablaufs des Wassers der in dieselbe einmündenden Bäche Niederländischer Seits jährlich gehörig aufgeräumt werden.

Art. XXVI. Von dem in Art. XXIV. zuletzt genannten Puncte geht die Grenzlinie, zufolge der

Bestimmungen im Grenzrecesse vom 26ten Aug. **1824**
und 9ten Septbr. 1801. zwischen der Grafschaft Bentheim und der damaligen Landschaft Drenthe, auf den mit Nr. 15. bezeichneten Stein, wo Swiers Mathe, die vier Tagwerke von Dallhoff und die Buchhorst sich berühren, ferner auf die Steine Nr. 14. und 13., welche auf beide Ecken des an der Coeverdenschen Marsch belegenen sogenannten wilden Zuschlages, oder Brüggemans Mathe stehen, dann auf den Stein Nr. 12. bei dem sogenannten Hesselsgatt, an der südwestlichen Ecke der Coeverdenschen Marsch, von hier dem um dieselbe befindlichen Graben entlangs durch das Bruch und die Weidegründe, die Heege genannt, auf den Stein Nr. 11., welcher an der nördlichen Ecke des Herfs Kämpchen stehet; Sodann in grader Richtung auf den in der Heege, oder sieben Schlägen befindlichen Stein Nr. 10., und weiter auf den an der äufsersten westlichen Ecke des Schippers Borgbrinks Kamps stehenden Stein Nr. 9. welcher Kamp ganz Hannoversch bleibt. Von letztgedachtem Puncte auf den Stein Nr. 8., welcher an der südlichen Ecke des gedachten Schippers Borgbrinks Kamp stehet; dann auf den Stein Nr. 7., in der sogenannten Vrouwen Mathe; Ferner auf den Stein Nr. 6. welcher auf dem Wegdamme nach Coeverden, gegenüber der äufsersten Ecke der besagten sogenannten Vrouwen Mathe steht; von hier auf den Stein Nr. 5., auf besagtem Wegdamme, gegenüber des Wesselinkschen Grabens; weiter auf den Stein Nr. 4. an dem Puncte, wo die Water und Galgen-Mathe zusammen laufen; Von da auf den Stein Nr. 3. welcher an der Ecke von Wesselinks hohen Mathe befindlich ist; Sodann auf den Stein Nr. 2. auf der Ecke des dem Colono Icken zugehörigen Halveskamp, und endlich der westlichen Einfriedigung der Bentheimschen Colonen Icken und Buss Grundstücke entlangs bis auf den Stein Nr. 1. bei dem sogenannten Schonebecker Tief, am Graben des Kötters Buss Mathe; von wo aus die Aa auch Schonebecker Tief genannt, ihrem jetzigen krummen Laufe nach die Landesgrenze bis an den sogenannten Twist bildet.

Beim Anfange des Twistes aber, und zwar an den zusammenstofsenden Ecken von G. Steffens., G. Slaats und J. Niers Grundstücken, theilt sich die Aa

1824 in den Süder- und Norderstrang oder Becke, wovon der Süderstrang die gemeinschaftliche Grenze bildet bis zu dem Steine, welcher nach vorgenommener vergleichmäfsigen, unten näher anzugebenden Theilung des Compascui im Twist, am linken Ufer des süder Aa Stranges dem südlichen Ende der Theilungslinie gegenüber gesetzet werden soll. Dieser Stein wird dann der letzte Grenzpunct zwischen der Grafschaft Bentheim und der Provinz Drenthe, so wie der Anfangspunct der Grenze zwischen dem Kreise Meppen und Drenthe sein.

Art. XXVII. Das vorbesagte Schonebecker Tief, oder die Aa, vom Steine Nr. 1. hinter Eschorbrügge an bis zum letztbeschriebenen Steine an dem Twist, soll jährlich zweimal und zwar in den Monaten Mai und August von denen von Alters her dazu verpflichtet gewesenen beiderseitigen Eingesessenen aufgeräumt und in schaufreien Stande unterhalten, auch durch beiderseitigen Ortsbehörden jährlich geschauet und von ihnen keine Hindernisse einer guten und freien Abwässerung geduldet werden.

Art. XXVIII. Das in dem Grenz-Vergleiche zwischen dem ehemaligen Münsterlande und den Niederlanden vom Jahre 1764 und 1784 näher bezeichnete Compascuum im Twist wird getheilt und soll die Theilungslinie des Compascui daselbst zugleich die Territorial-Grenzlinie bilden.

Die Theilung ist, mit ertheilter Zustimmung beiderseits Betheiligten, auf folgende Art regulirt worden.

1. Derjenige Theil des Compascui, welcher östlich der bisherigen Territoriallinie auf Hannoverschem Grundgebiethe liegt, wird den Hannoverschen Gemeinheiten Ruhle, Grofs- und Klein-Hesepe und etwa sonst noch berechtigten Hannoverschen Unterthanen vorab als privatives Eigenthum überlassen.

2. Von dem übrigen Theile desselben, welcher westlich der bisherigen Territoriallinie, liegt, und zwischen derselben und den beiden Armen der Aa, ein Dreieck bildet, soll die eine Hälfte den vorbenannten Hannoverschen Gemeinheiten Ruhle, Grofs- und Klein-Hesepe und die andere der Niederländischen Gemeinheit Schonebeck als privatives Eigenthum zugetheilt und überlassen werden.

3. Die Theilungslinie soll aus dem Mittelpuncte 1824 des südöstlichen Endes des Grabens welcher die, östlich der bisherigen Territoriallinie, ohnfern des rechten Ufers des Norderstranges der Aa belegenen, Ländereien des Niederländischen Eingesessenen Heckmann einschliefst, in grader Richtung dergestalt auf das rechte Ufer des Süderstranges der Aa gezogen werden, dafs vorläufig beide Theile an Flächen-Inhalt gleich grofs werden.

4. Durch diese Theilung fällt diejenige Fläche Grundes, auf welcher vormals die Hanneken-Boe gestanden, so wie der von dem Hanneken dabei privative benutzte Grasgrund ganz in den Hannoverschen Theil des Compascui und wird privatives Eigenthum der Gemeinheiten Ruhle, Grofs- und Klein-Hesepe; Dagegen wird derjenige Flächenraum, welcher zwischen der bisherigen Territorial-Grenze und der vorhin sub 3. beschriebenen Theilungslinie aufserhalb des Norderstranges der Aa und bis zu den gedachten Ländereien des Heckmanns auf bisherigem Hannoverschen Gebiethe belegen ist, nunmehr privatives Eigenthum der Schonebecker; Weil aber dieser Flächenraum kleiner als der Flächeninhalt der Hanneken Boe und des dazu gehörig gewesenen privativen Grundes ist, so soll die Gemeinheit Schonebeck dadurch dafür entschädigt werden, dafs ihre Hälfte des vorhin sub 2. gedachten Theils des Compascui um soviel gröfser wird, als die erwähnte Differenz beträgt, und hiernach die Theilungslinie ihre definitive Richtung auf den Süderstrang der Aa erhält.

5. Hierbei wird Niederländischer Seits auf alle Entschädigungs-Ansprüche welche von Niederländischen Unterthanen wegen vormals auf Hannoverschem Grundgebiethe besessener Boen, oder sonst etwa gemacht werden könnten, Verzicht geleistet und sollen derartige etwa gegründete Ansprüche von der Niederländischen Gemeinheit Schonebeck befriedigt werden; wogegen

6. nicht weniger die Hannoverschen berechtigten Gemeinheiten auf dem von dem Hanneken sonst bezahlten Canon von jährlich sechs Gulden verzichten.

7. Die Theilungslinie des Compascui, und bis zu dem vorhin sub 3. gedachten südöstlichen Ende des

1824 Grabens um die Ländereien des Heckmanns, soll durch einen oben zwölf Fuſs Rheinl. oder drei Niederl. Ellen und acht Palmen breiten Graben, dessen Tiefe der schaufreien Tiefe des Norder- und Suderstranges der Aa gleich sein soll, bezeichnet werden.

Dieser Graben, über welchen weder Steg noch Brücke als mit Zustimmung beiderseits Betheiligten angelegt werden darf, soll auf gemeinschaftliche Kosten ausgeworfen werden, und beiderseitige Unterthanen, jeder Theil zur Hälfte den Grund dazu hergeben.

Auch soll der mehrerwähnte Graben, um die Ländereien des Heckmanns von dem südöstlichen Ende desselben ab an, bis da, wo dessen westliche Wendung die bisherige Territoriallinie berührt, zwar auf Hannoverschem Grundgebiethe, jedoch auf gemeinschaftliche Kosten der beiderseitigen Hannoverschen und Niederländischen Communen zur nemlichen Breite und Tiefe, wie der vorgedachte Theilungsgraben des Compascui, ausgeworfen werden.

Beide Graben sollen von den betreffenden Gemeinheiten allezeit gehörig aufgeräumt und in schaufreien Stande unterhalten, zu diesem Zwecke auch alljährlich von beiderseitigen Ortsbehördcn geschauet werden.

8. Nach geschehener Theilung des Compascui soll es beiderseitigen Unterthanen untersagt sein, ihr Vieh auf der andern Theil weiden zu lassen, oder durch denselben zu treiben.

Art. XXIX. Da, wie bereits erwähnt worden, der Theilungsgraben des Compascui zugleich die Territorialgrenze bilden soll, so wird der in den Convenants von 1764 und 1784 bezeichnete Grenzstein Nr. 1. von seiner jetzigen Stelle auf denjenigen Punct am linken Ufer des Süderstranges der Aa versetzt, wo die im vorigen Artikel sub 3 et 4. beschriebene Theilungslinie solches Ufer durchschneidet. Der bisher südlich von Heckmans-Boe gestandene Grenzstein Nr. 2. soll an die südwestliche Ecke des mehrgedachten ostwärts der Ländereien von Heckman vorhandenen Grabens auf Niederländischem Grundgebieth gesetzet werden. Von diesem Puncte geht die Grenze in nördlicher Richtung der Mitte dieses Grabens entlangs, so wie derselbe jetzt besteht. Auf die nordöstliche Ecke dieses Grabens, nachdem derselbe auf

die im Art. XXVIII. bestimmte Breite gebracht sein wird, soll ein neuer Grenzstein der Mittellinie des Grabens gegenüber, so wie dieser jetzt nördlich von Heckmans-Boe vorhanden ist, auf Hannoverschen Gebieth gesetzt werden. Von diesem Steine folgt die Grenze westlich der so eben benannten Mittellinie bis dahin, wo diese die alte Territoriallinie wieder berührt und wo gleichfalls ein neuer Grenzstein gesetzet werden soll. 1824

Art. XXX. Von dem hiernach auf das linke Ufer des Süderstranges der Aa zu setzenden ersten Grenzstein zwischen dem Kreise Meppen und der Provinz Drenthe bis an den vorhin bezeichneten Punct nördlich der Heckmans-Boe auf der alten Territoriallinie bildet die Mittellinie des zu ziehenden gemeinschaftlichen Grabens die Territorial-Grenze.

Art. XXXI. Von ebengedachtem Puncte nördlich der Heckmans-Boe geht die Grenze in grader Linie weiter in derselben Richtung und nach denselben Puncten, die in den Convenants von 1764 und 1784 beschrieben sind. Der nächste Stein nach Heckmans-Boe also steht westlich ohnweit Deckers Haus und des Hebeler Meeres auf der Stelle, wo die Grenzlinie den sogenannten von Martels Graben zwischen dem Hebeler und schwarzen Meere so durchschneidet, daſs ein Drittheil nach dem Hebeler und zwei Drittheile nach der Seite vom schwarzen Meere von diesem Graben abgeschnitten werden:

Dieser Stein ist mit Nr. 3. bezeichnet. Der folgende Stein Nr. 4. worauf die Grenzlinie in grader und nördlicher Richtung ferner zugehet, stehet am schwarzen Berge neben Tholen Hause.

Art. XXXII. Hinsichtlich des Compascui westlich der Territoriallinie auf Niederländischem Gebiethe in der Gegend des schwarzen und Hebeler Meers belegen, worin die Hannoverschen Gemeinheiten Wesuwe und Versen nach Art. 5. des Convenants vom 11ten October 1784, mit ihren Kühen und Schafen bis an das schwarze Meer zu weiden berechtigt sind, so wie in Betreff des Compascui in der Gegend vom Grenzstein zwischen dem schwarzen und Hebeler Meer bis zum Steine am Schwarzenberge, in welchen den Hannoverschen Gemeinheiten Alten-Haren, Ober-

1824 und Niederlangen, nach Art. 7. des obgedachten Convenants vom Jahre 1784, das Mittweiderecht für ihr Vieh, so wie solches daselbst stipulirt worden, bis an die Aa verblieben ist, werden den benannten Hannoverschen Gemeinheiten diese, in jenem Convenant stipulirten Gerechtsamen ferner vorbehalten, in so fern nemlich letzterwähntes Compascuum nicht schon zum Theil durch den am 24ten Septbr. 1817 abgeschlossenen Vergleich zwischen den Hannoverschen Interessenten zu Alten-Haren, Ober- und Niederlangen einer, und den Niederländischen Interessenten zu Emmen und Westenesch andererseits vertheilt worden ist.

Art. XXXIII. Von dem im Art. XXXI. bemerkten Steine am Schwarzenberge geht die Grenze in grader Linie an den Gärten der Linteloher Colonisten westlich und hinter deren Häusern in geringer Entfernung her auf die hervorspringende östliche Ecke von Mönnecken-Moor, wo der fünfte Grenzstein steht; von da in grader Richtung auf den Thurm von ter Apel zu, nach dem sechsten Grenzsteine am Baarenfleer; dann bis zu dem mit Nr. 7. bezeichneten Steine bei Graf Ernst, oder dem sogenannten Zwollschen Deiche in der Hahnentange; ferner in grader Richtung nach dem Stein Nr. 8. auf dem Hassenberg an dem Scheidungspunct zwischen Dersum und Walchum; weiter auf den mit Nr. 9. bezeichneten Stein, welcher ohngefähr Einhundert Ruthen Rheinl. oder dreihundert sechs und siebenzig Niederl. Ellen und sieben Palmen, südlich von Abeltjes Kampe, der nach Bourtange gehört, entfernt steht; von hier in grader Linie östlich vor Abeltjes Hause her, durch die östliche Spitze des Abeltjes-Kamps auf den Stein Nr. 10. wo der Weg von Rhede nach Bourtange herläuft; Sodann auf den Stein Nr. 11. am nördlichen Ende des Retranchements, wo westlich die Scheidung des Neu-Rheder Privat-Eigenthums abläuft; weiter in grader Linie auf den Stein Nr. 12. zu welcher südlich am Liesken Meere steht; von hier in grader und ohngefähr nördlicher Richtung nach dem gesunkenen Steine Nr. 13. am Lether-Flügeldeiche oder Herren-Veen-Deiche an der ehemaligen Ostfriesisch-Münsterschen Grenze, woselbst die

Grenze zwischen dem Hannoverschen Kreise Meppen 1824
und der Niederländischen Provinz Groningen endiget.

Art. XXXIV. Die gegenwärtige Abwässerung der cultivirten und uncultivirten Gründe der Hannoverschen Colonie Ruitenbrook nach der Aa hin auf Niederländischem Gebiethe, wohin das Wasser seinen natürlichen Lauf hat, soll so lange bestehen bleiben, bis das Niederländische Gouvernement gut finden wird, die sogenannten Leitdeiche in dortiger Gegend und weiterhin wieder herstellen zu lassen, in welchem Falle aber zugleich die jetzt ganz verfallene Pumpe, in dem Leitdeiche beim vormaligen Wachthause oberhalb des sogenannten Assenschots auf Niederländischem Gebiethe belegen, von drei Fufs Rheinl. oder neun Palmen vier Duim Niederl. vierkant, Niederländischer Seits dergestalt wieder in den Stand gesetzet werden soll, dafs der Boden der Pumpe wenigstens drei Fufs Rheinl. oder neun Palmen vier Duim Niederl. unter Maifeld zu liegen komme und das von Reutenbrock herkommende Wasser dadurch mittelst des alten, zur gehörigen Tiefe aufzuräumenden Schloots nach der Aa hin frei abgeführt werden können. Uebrigens soll dann Hannoverscher Seits nicht mehr Wasser dahin geleitet werden dürfen, als mittelst einer Pumpe von drei Fufs Rheinl. oder neun Palmen vier Duim Niederl. vierkant gelöset werden kann.

Desgleichen sollen die Leitdeiche, sobald selbige und die besagte Pumpe wieder hergestellt sein werden, nicht mehr durchgestochen werden dürfen, worauf beiderseitige Ortsbehörden möglichst zu achten haben werden.

Art. XXXV. Die in der Gegend von Bourtange in dem Deiche zwischen der Redoute Backofen und Abeltjes Hause jetzt vorhandene, zwölf Fufs acht Zoll Rheinl. oder vier Niederl. Ellen breite Schleuse soll Niederländischer Seits gleich nach erfolgter Ratification des gegenwärtigen Grenztractats weggenommen, die Schlenssen-Oeffnung gehörig verstopft und zugedammt werden. Auch sollen alle sonstige Oeffnungen in dem vorbenannten Deiche zugemacht werden, so wie der ganze Deich in haltbaren Stand gesetzet, unterhalten und nicht wieder durchgestochen werden soll, woraufdie Niederländische Obrig-

1824 keit soviel thunlich zu achten haben wird. Statt jener Schleusse aber, soll als einzige Niederländische Abwässerung durch den Deich nach Hannoverscher Seite an der nemlichen Stelle, wo vormals eine dreifüſsige Pumpe gelegen hat, eine neue Pumpe von drei Fuſs Rheinl. oder neun Palmen vier Duim Niederl. vierkant und wovon der Boden wenigstens drei Fuſs Rheinl. oder neun Palmen vier Duim Niederl. unter Maifeld zu liegen kömmt, Niederländischer Seits wieder angelegt werden können.

Diese Abwässerung der Niederlanden nach und über das Hannoversche Territorium soll zwar frei und ungehindert sein, auf keinem Fall aber dagegen auch mehr Wasser nach der Hannoverschen Seite dort hingeleitet werden dürfen, als mittelst mehrbesagter Pumpe von drei Fuſs Rheinl. oder neun Palmen vier Duim vierkant wird gelöset werden können.

Art. XXXVI. Von dem Stein Nr. 13. am Lether-Flügeldeiche, oder Heeren-Veendeiche, — wo ehemals die Grenze zwischen Ostfriesland und Münster anfing, — wendet sich die Grenze nordwestlich dem gemeinschaftlichen Moorschloot entlangs, von welchem nordöstlich das Moor und die Häuser der Wittwe Meidel, H. Albers und Gerrit Priet auf Hannoverschem Gebiethe und südwestlich die Letherlanden auf Niederländischen Gebiethe belegen sind, welcher Moorschloot gegenüber Bellinga und Tiebes Lande den von Bethe kommenden Moorschloot aufnimmt und dann weiter als gemeinschaftlicher Grenzgraben in nördlicher Richtung zwischen den Hannoverschen Privatgründen der Wymeerster Syhlacht und den Niederländischen Gründen dem Ham, dem Hamdiek und der Bonenschans bis an den um die Aussenwerke von Neuschanz, oder Lange-Ackerschanz gehenden Grenzschloot östlich der benannten Festung die Grenze bildet. Von da folgt die Grenzlinie diesem Grenzschloot entlangs, welcher auf Hannoverschen Gebiethe eine Keerkade, oder Kajung hat.

Dann wendet sich die Grenze an der Ostseite von Neuschanz südostwärts am nördlichen Ufer des durch das Bunder-Neuland führenden Canals oder Griffe her nach dem alten Deiche, auch Heernweg, oder Bunderdeich genannt, hin, und südlich an diesem

entlangs bis an den Herren-Paal oberhalb T. Gomans Hause. Von da gehet die Grenze ferner zwischen dem Liutheloher Polder oder Walkens-Platze und dem Charlotten-Polder in nordwestlicher Richtung in der Mitte des gemeinschaftlichen Heerenschloots entlangs bis in die Aa. Von dem Puncte an, wo der sogenannte Heerenschloot zwischen Neuschanz und Hensems Sägemühle in das rechte Ufer des Aa-Stroms einschneidet, geht die Grenzlinie im Thalwege dieses Flusses entlangs bis ohnfern des Staatensyhls wo dieselbe östlich ausspringt und dem Schloote entlangs läuft, der um das Grundstück hergeht, welches nach Art. 4. des Convenants, der unterm 3ten Nov. 1706 zwischen Ostfriesland und Groningen abgeschlossen wurde, an die Niederlande abgetreten worden ist. 1824

Dieses ostseits des Staatensyhls liegende Grundstück ist damals vierzig Rheinl. Ruthen breit und sechszig Rheinl. Ruthen lang, queer über den Deich gemessen, und der Schloot mit eingerechnet, abgegraben worden. Der aufserhalb nach dem Dollart zu und ostseits der Aa liegende Anwachs verbleibt ingefolge des angezogenen Convenants vor wie nach Hannoversches Eigenthum und Territorium.

Von da an, wo der um jenes Grundstück gehende Schloot unterhalb des Staatensyhls wieder auf die Aa stöfst, bildet der Thalweg dieses gemeinschaftlichen Flusses bis zum Termino a quo im Dollart weiter die Landesgrenze.

Art. XXXVII. Es bleibt zwar jedem Theile unbenommen, die zur Beschützung des Ufers des gemeinschaftlichen Aa-Flusses erforderlichen Vorkehrungen an seiner Seite zu treffen, dieselben dürfen aber weder die gemeinschaftliche Schiffahrt auf der Aa, noch die Abwässerung durch dieselbe hindern.

Art. XXXVIII. In der Absicht die bisher obwaltenden Differenzen, wegen der von der Wymeerster Syhlacht seit dem Jahre 1819 zur Verbesserung ihrer höchst mangelhaften Abwässerung nothwendig erbaueten Schöpfmühlen, deren Würkung aber für das Niederländische Gebieth schädlich werden zu können befunden worden, dergestalt auszugleichen, dafs der doppelte Zweck, sowohl der benannten Wymeerster Syhlacht eine ganz vollständige freie und unbe-

1824 schränkte Abwässerung für immer zu verschaffen, als zugleich das Niederländische Gebieth vor allen nachtheiligen Folgen derselben künftig zu schützen, erreicht werde, ist folgendes verabredet und festgesetzet worden.

1. Das jetzige Wymeerster Syhltief soll, ehe es in den Hauptfestungsgraben von Neuschanz östlich der Festung einmündet, mit einem festen und gegen Ueberströmung hinreichend hohen, starken und dichten Erddamme in der Nähe der daselbst über das Syhltief führenden Wymeerster Brücke und zwischen derselben und der Landesgrenze auf Hannoverschem Territorio abgedammt werden, so dafs aus demselben künftig kein Wasser mehr in den Festungsgraben von Neuschanz abfliefsen kann, und zwar ohngefähr an dem Puncte, der auf einem den Conferenz-Protocollen beigefügten Plane mit dem Buchstaben A. bezeichnet ist.

2. Von dem Puncte an wo das Wymeerster Syhltief östlich von Neuschanz abgedammt wird, soll ein neues Syhltief ganz auf Hannoverschem Territorio in dem Bunder Neulande an der bereits eingekajeten Landesgrenze herum, in der Breite und Tiefe, wie es die Abwässerung erfordert und wornach die jetzige angelegt ist, etwa dreifsig Fufs Rheinl. oder neun Niederl. Ellen vier Palmen, breit und wasserpafs mit dem Fluthbette des Wymeerster Syhles gegraben, die vorhandene Hannoversche Greuzkajung dazu benutzet und eingerichtet werden. Diese neue Kanallinie wird ringsum um das Bunder Neuland angelegt, ohne dasselbe queer zu durchschneiden, und so weit es nöthig sein wird, zu beiden Seiten so eingekajet, dafs das Niederländische Territorium, so wenig als das Hannoversche, nie inundirt werden kann, wie hoch auch das Wymeerster Wasser künftig aufgemahlen werden mag.

Da wo die neu zu grabende Kanallinie sich an den alten Deich, oder jetzigen Postweg schliefst, der die Landesgrenze bildet und mit derjenigen Tiefe oder Griffe eins wird, die nach dem zwischen der Stadt Groningen und Wymeer Anno Ein Tausend siebenhundert abgeschlossenen Convenant auf Kosten von Wymeer und Hannoverschen Territorio von Neuschanz nach Bunde gegraben worden ist, wird der

Kanal nur an einer Seite, nemlich auf dem Hanno- 1824
verschen Territorio eingekajet weil der alte Deich
so hoch ist, dafs er nie inundirt werden kann.

An diesem alten Deiche, oder jetzigen Postwege
entlangs wird der vorhandene Kanal verbreitet und
diese Verbreitung vom Hannoverschen Territorio abgegraben. Da indessen an den Häusern der Nanninga und der Polterey kein hinlängliches Terrain
zur Verbreitung mehr vorhanden ist, so soll neben
diesen Häusern die etwa noch fehlende Verbreitung
von circa zwölf bis funfzehn Fufs Rheinl. oder drei
Niederl. Ellen und acht Palmen bis vier Niederl Ellen und sieben Palmen breit und etwa zwanzig Ruthen, oder fünf und siebenzig Niederl. Ellen und drei
Palmen lang, von der sehr breiten Berme des alten
Deiches genommen und die Grundbesitzer nach einer
durch beeidigte Taxatoren aufzunehmenden Taxe eben
so entschädigt werden, als es bei den übrigen Grundbesitzern, deren Land zu dem neuen Kanale benutzt
werden wird, der Fall sein soll. Diese Kanallinie
wird bis zum Heeren Paale, ohnweit Thomas Gomanns
Hause im Bunder-Neulande an der Landesgrenze
entlangs fortgesetzet und durch Verbreitung und Einkajung, wie oben bemerkt, nach Bedürfnifs und Angabe Sachverständiger vervollständigt.

Vor den Häusern der Nanninga, Polterey und
Thomas Gomann werden Statt der alten wieder drei
neue Brücken von gleicher Art erbauet, um ihnen
die nöthige Communication mit der Landstrafse und
ihrem Lande zu erhalten.

Beim Heerenpaale wird auf Hannoverschem Territorio der Deich durchgegraben und daselbst eine
feste fahrbare hölzerne Brücke angelegt und das alte
nach Bunde gehende Tief sicher abgedammt. Vom
Heerenpaale an wendet sich die neu zu grabende Kanallinie nordwestlich an der Landesgrenze, oder den
sogenannten Heerenschloote entlangs, durchschneidet
bei Walkens-Platze den von Hensems Sägemühle
nach Neuschanz gehenden Weg, woselbst eine hölzerne Brücke angelegt wird, und fällt an der nördlichsten Spitze von Dettmers Platze in das alte Wymeerster Tief; dies wird hier nach Neuschanz zu
gegen alle Ueberströmung sicher abgedammt.

1824 In diesem Damme wird zur Ableitung des Wassers des Moorschloots und des Walkes-Platzes, — insofern sie bei unbeschränkten Wymeerster Wasserstande möglich bleibt, — eine Pumpe von drei Fufs Rheinl. oder neun Niederl. Palmen und vier Duim, Weite im Laufe, und ein Fufs Rheinl. oder drei Niederl. Palmen, niedriger im Boden, als der Boden der jetzt vorhandenen Moorschloots-Pumpe, angelegt. Diese Pumpe erhält jedoch an der Ostfriesischen Seite eine Klappe und Schütz (Scheutel) damit, wenn das Wymeerster Wasser höher als das Niederländische steht, dasselbe nicht durch die Pumpe auf Niederländisches Territorium ablaufen könne, sondern die Klappe sich alsdann von selbst schliefse, und eben so wenig das Niederländische Wasser das Hannoversche Territorium inuudiren könne.

Die neue Kanallinie vom Heerenpaale dem Heerenschloote entlangs neben Walkens-Platze her bis in das Wymeerster Syhltief soll den Landesgrenzgraben, oder sogenannten Heerenschloot nicht mit in sich aufnehmen, oder berühren, sondern es soll zwischen dem Heerenschlote und der neuen Kanallinie ein Damm von zwölf bis achtzehn Fufs Rheinl. oder drei Niederl. Ellen und acht Palmen, bis fünf Niederl. Ellen und sieben Palmen, Breite im Grundschlage stehen bleiben und derselbe so erhöhet werden, dafs das Niederländische und Hannoversche Territorium niemals aus dem neuen Kanale, oder sonst woher innudirt werden kann, und wird Hannoverscher Seits dafür gesorgt werden, dafs die Dämme zur erforderlichen Höhe stets unterhalten werden, so wie auch der Bunderdeich, oder Postweg, auf keine für die Wymeerster Abwässerung schädliche Weise Niederländischer Seits erniedrigt werden darf.

3. Zur vollständigen Abwässerung des Niederländischen Wassers bei Neuschanz und vorzüglich bei höheren Wasserständen wird eine Wassermühle von mittler Gröfse und der nöthigen Capacität beim Blindsylke, oder an einer andern passenden Stelle auf Niederländischem Gebiethe angelegt, um das überflüssige Wasser von allen Grundstücken, die durch obengedachte Anlage von der Wymeerster Abwässerung abgeschnitten werden, in die Niederländische Binnen Aa directe überzumahlen, so dafs kein Uebermahlen

vom Niederländischen Territorio in das Wymeerster Tief nach Vollendung der neuen Anlagen mehr Statt findet. 1824

4. Die neue Kanallinie ist auf einen bei den Conferenz-Protocollen befindlichen Plane mit den Buchstaben A, B, C, D, E, F und G, bezeichnet.

Sämmtliche hieroben genannte Anlagen nebst Grundentschädigung und überhaupt alle hierzu erforderlichen Kosten, die nach einem globalen Ueberschlage circa vier und zwanzig Tausend Gulden holländisch betragen, sollen gemeinschaftlich und zwar von jedem Staate zur Hälfte getragen werden.

5. Die von den Wymeerstern zu verlassende Strecke Syhltiefs nebst Brücke und Zubehör wird den Niederlanden zum künftigen Unterhalte und Gebrauche überlassen, wogegen Wymeer auf Entschädigung dafür verzichtet.

6. Die neue Anlage selbst wird auf jedem Territorio von der betreffenden Landesbehörde und den Baubedienten dirigirt, auf dessen Gebiethe sie angelegt werden.

7. Die künftigen Unterhaltungskosten aller Anlagen fallen demjenigen Territorio zur Last, auf dem sie befindlich sind, ohne Einmischung und Concurrenz der gegenseitigen Gouvernements.

8. Die neue Anlage soll in dem Jahre Ein Tausend achthundert fünf und zwanzig, angefangen und spätestens im Jahre Ein Tausend achthundert sechs und zwanzig vollendet werden.

In dieser Zwischenzeit werden die Wymeerster Mühlen keinen dem Niederländischen Territorio schädlichen Wasserstand aufmahlen, worüber von den Niederlanden mit Recht Beschwerde geführt werden kann; wofür das Hannoversche Gouvernement wird Sorge tragen lassen.

9. Die Kosten der neuen Anlagen sollen von Sachverständigen veranschlagt, die Arbeiten öffentlich an den Mindestfordernden ausverdungen, die Grundstücke von beeidigten Taxatoren taxirt und die wirkliche Ausgabe von den betreffenden Gouvernements durch verificirte Rechnungen nachgewiesen werden, wozu der stipulirte Beitrag alsdann entrichtet wird.

1824 10. Sollten sich bei der speciellen Ausführung einige Abänderungen des Plans als nöthig zeigen, die jedoch den beiderseitigen Zwecken nicht hinderlich, noch schädlich, oder kostbarer sein dürfen, so bleibt es den Hannoverschen Behörden vorbehalten, dieses auf deren Gebiethe auszuführen, wobei der Plan der Umgrabung um die Landesgrenze aber im Ganzen bestehen bleibt.

11. Nach Vollenduug der benannten Anlagen sollen zwei gegenseitige Commissarien von den respectiven Provinzial-Behörden die neuen Anlagen auf Hannoverschem und Niederländischem Territorio in Loco vorzeigen lassen, um sich von der Erfüllung der dieserhalb übernommenen Verpflichtungen officiel überzeugen, und den resp. Gouvernements darüber Anzeige machen zu können.

Art. XXXIX. Die in dem angezogenen Convenant vom 3ten Nov. 1706 für Ostfriesland stipulirte freie Schiffahrt und Abwässerung durch den Staatensyhl in die Aa, verbleibt den Hannoversch-Ostfriesischen Unterthanen vor wie nach, und sollen dieselben gleich wie die Niederländischen Schiffer darunter behandelt werden.

Art. XL. Desgleichen ist die freie Schiffahrt auf der Aa und freie Abwässerung in dieselbe, als in einen gemeinschaftlichen Grenzfluſs, für beide Staaten wieder stipulirt, und insbesondere festgesetzet worden, daſs es den Hannoversch-Ostfriesischen Unterthanen auch künftig gestattet sein soll, einen freien Abwässerungs- und Schiffahrts-Kanal durch dasjenige Niederländische Terrain anzulegen, welches künftig westlich der Grenzlinie im Dollart bis an den Aa Fluſs anwachsen mögte.

Art. XLI. Die neu verglichene Grenzlinie im Dollart fängt von dem Puncte an, welcher auf einer Entfernung von Siebenhundert zehn Ruthen Rheinl. oder Zwei Tausend sechshundert vier und siebenzig Niederl. Ellen und sechs Palmen, von dem am Fusse und nördlich des Deiches beim Staten Syhl jetzt noch vorhandenen Pfahl nach dem Dollart zu am westlichen oder linken Ufer des Aa-Stroms zu fallen kömmt und auf der, diesem Tractate beizufügenden, neuest

vermessenen Grenzkarte mit dem Buchstaben F. bezeichnet ist. 1824

Von hier an läuft die Grenzlinie durch den Dollart bis zur Ems, unter einem Winkel von acht Grade neun und einer halben Minute westlich von der wahren Nordlinie, welches die Mittellinie zwischen Norden und Norden gen Osten, nach dem Compasse in Gemäfsheit des Convenants vom Jahre Eintausend siebenhundert drei und zwanzig gezogen, ist, dessen westliche Abweichung wom wahren Norden zu dreizehn Grade sieben und vierzig Minuten für obgenanntes Jahr gemeinschaftlich ist angenommen worden.

Die hier im Dollart festgesetzte Grenzlinie soll auf immer verbleiben, wenn auch der Aa-Strom seinen gegenwärtigen Lauf künftig verändern mögte.

Art. XLII. Auf alle in diesem Tractat vermeldeten Grenzpuncte, und wo es sonst noch bei Absetzung der Grenzen wird nöthig erachtet werden, sollen Grenzsteine gesetzet und diejenigen, welche daselbst bereits vorhanden und noch brauchbar sind, wieder hergestellt und mit den erforderlichen Buchstaben und Nummern, zufolge der hiernach beschriebenen Bestimmungen versehen werden.

Die Grenzsteine sollen zweierlei sein; nemlich Hauptgrenzsteine für die angegebenen Hauptpuncte und sogenannte Zwischensteine, um da gesetzet zu werden, wo der Abstand zwischen zwei Hauptsteinen zu entfernt sein mögte, oder auf solche andere intermediaire Puncte, als man zur deutlichen Bestimmung sämmtlicher Grenzpuncte dienlich erachten wird.

Die Steine, welche auf die Hauptpuncte gesetzet werden, sollen sieben Fufs Rheinl. oder zwei Niederl. Ellen zwei Palmen, Länge haben, achtzehn Zoll Rheinl. oder vier Niederl. Palmen sieben Duim, breit und zwölf Zoll Rheinl. oder drei Niederl. Palmen ein Duim, dick sein, drei Fufs Rheinl. oder neun Niederl Palmen vier Duim, unter und vier Fufs Rheinl. oder eine Niederl. Elle zwei Palmen sechs Duim, über der Erde stehen, wovon letztere nur behauen werden sollen.

Die sogenannten Zwischensteine sollen fünf Fufs Rheinl. oder eine Niederl. Elle fünf Palmen sieben Duim, Länge, vierzehn Zoll Rheinl. oder drei Niederl. Palmen sieben Duim, Breite und zwölf Zoll

1824 Rheinl. oder drei Niederl. Palmen ein Duim, Dicke haben. Der obere Theil derselben von zwei und einen halben Fuſs Rheinl. oder sieben Niederl. Palmen acht Duim, soll nur behauen werden.

Sämmtliche Steine sollen an der Hannoverschen Seite mit dem Buchstaben H. und an der Niederländischen Seite mit dem Buchstaben N. so wie mit einer durchlaufenden Nummer vom ersten Grenzpuncte bei Dreiland anfangend, versehen, die Hauptgrenzsteine aber überdem noch mit der Jahreszahl 1824 bezeichnet werden.

Da, wo ein Fluſs oder Bach die gemeinschaftliche Grenze bildet, sollen die Steine abwechselnd auf Hannoverschen und Niederländischen Gebiethe errichtet werden.

Die Lieferung der Grenzsteine und Transport derselben soll baldthunlichst nach der Auswechselung der Ratificationen dieses Tractats für Rechnung der beiden Gouvernements durch zwei von den beiderseitigen Commissionen aus ihrer Mitte dazu zu committirenden Mitglieder dem Mindestfordernden ausverdungen werden,

Sobald eine hinlängliche Anzahl Grenzsteine in Bereitschaft gebracht sein wird und die Jahreszeit es gestattet, soll sofort mit dem setzen derselben der Anfang gemacht werden. Alle ferneren desfallsigen Bestimmungen übrigens bleiben den Mitgliedern der Commissionen, welche von denselben mit der Direction dieser Arbeit beauftragt werden, überlassen.

Art. XLIII. Damit auch künftig die Grenzpuncte überall nicht verändert werden, so soll jährlich zur bequemen Jahreszeit eine Besichtigung derselben von beiderseits Ortsbehörden gemeinschaftlich vorgenommen, darüber ein Protocoll aufgenommen und dieses an die resp. Provinzialbehörden zur etwa nöthigen Verfügung eingesandt werden.

Art. XLIV. Wiewohl beiderseitige Commissionen sich möglichst bemühet haben, die bei Berichtigung der Grenze sich darbietenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, es aber dennoch möglich ist, daſs bei der Setzung der Grenzsteine sich deren noch einige vorfinden, so ist festgesetzet wor-

den, dafs die Mitglieder beider Commissionen ermächtigt bleiben, alle dergleichen Zwistigkeiten definitiv zu entscheiden. 1824

Art. XLV. Der gegenwärtige Tractat, welcher in Deutscher und Niederländischer Sprache abgefafst ist, soll den beiden Gouvernements zur Genehmigung vorgelegt werden, und innerhalb zwei Monaten nach der Unterzeichnung desselben, oder so viel früher als thunlich sein wird, sollen die Ratificationen ausgewechselt werden.

Urkundlich dieses haben die Eingangs genannten Commissarien vorstehenden Grenztractat durch ihre eigenhändige Namens-Unterschrift und Beidruckung ihrer Wappen vollzogen.

So geschehen und abgeschlossen zu Meppen den zweiten Julius Eintausend achthundert vier und zwanzig.

Pestel. v. Bussche. Reinhold. de Man.
A. Sandberg. Guichart. Homan.

81.

Convention entre la Prusse et la Saxe royale en éxecution du 1er paragraphe du XXIIeme article de la convention principale conclue entre ces deux puissances le 28 Août. 1819, concernant les fondations pieuses; signée le 4 Avril 1825 et ratifiée par la Saxe le 1 Juillet et par la Prusse le 7 Juillet de la même année.

1825.

(Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen 1828. Nr. 32. p. 273.)

Im Verfolg der, im Art. XXII. §. 1 der Hauptconvention vom 28sten August 1819, zu Vollziehung

1825 des, zwischen Ihro Königlichen Majestäten von Sachsen und von Preufsen, am 18ten Mai 1815 zu Wien abgeschlossenen Friedenstractats, enthaltenen Bestimmung, ist, wegen Auseinandersetzung der nachbenannten milden Stiftungen und einiger damit in Berührung stehender Gegenstände, zwischen den unterzeichneten beiderseitigen Königl. Commissarien, vermöge der ihnen dazu ertheilten Vollmachten, mit Vorbehalt der Genehmigung ihrer allerhöchsten Regierungen, folgende Vereinigung getroffen worden.

Art. I. Das Vermögen der, zur Unterstützung armer Predigerwittwen bestimmten, Carpzovischen und Pistorisschen Stiftungen wird nach der Anzahl der Predigerstellen in den betheiligten Provinzen getheilt, wonach sich ein Verhältnifs von

0,52 Hunderttheilen für das Königreich, und
0,48 — — — Herzogthum Sachsen ergiebt.

Dem letzterm werden daher, zu Berichtigung seines Antheils, überwiesen:

a) von der Carpzovischen Stiftung
108 Thlr. — — in Capitalien zu 5% zinsbar,
23 Thlr. 13 Gr. 4 Pf. unzinsbar;

b) von der Pistorisschen Stiftung
132 Thlr. — — in Capitalien zu 4½ % zinsbar,
40 Thlr. 2 Gr. — unzinsbar,

wogegen sich dasselbe alle, seit dem 6ten Junius 1815 etwa aus diesen Fonds dahin gezahlten und solchenfalls bei künftiger Berechnung nachzuweisenden Unterstützungen anrechnen zu lassen hat.

Art. II. An dem zur Lehmannischen Stiftung für Arme in einigen Städten des Erzgebirgischen Kreises, ingleichen in den Städten Dresden und Wittenberg, gehörigen Vermögen hat das Herzogthum Sachsen nur in sofern Antheil, als von dem Stifter 2000 Thlr. — — für die Armen und Nothleidenden der Stadt Wittenberg ausgesetzt worden sind, und es sollen diese 2000 Thlr., wo möglich, durch Abtretung eines, für einen der vom Königl. Kirchenrathe und Ober-Consistorio zu Dresden verwaltet werdenden Fonds, im Herzogthume Sachsen hypothekarisch versicherten Capitals von gleicher Höhe und zu dem vorhandenen höchsten Zinsfufse, nebst den bis zur erfolgenden Auslieferung davon in bisheriger Mafse

ferner gefällig gewordenen Zinsen, in soweit letztere, 1825 nach Ausweis der vorzulegenden diefsfallsigen Quittungen, nicht bereits an die Localbehörde zu Wittenberg berichtiget sein sollten, gewährt werden.

Art. III. Die Fonds der Buderischen Stiftung für arme Wenden werden nach dem Verhältnisse der Volkszahl in der Ober- und Niederlausitz und im Amte Stolpen, und mithin nach einem Mafsstabe von
0,4110theilen für das Königreich und von
0,5890 — — — Herzogthum Sachsen,
getheilt; es empfängt jedoch das Königreich, von den zu 5 $\frac{0}{0}$ vorhandenen sichern Activis, die Summe von 4000 Thlr. — — voraus, und übernimmt dafür die Verpflichtung, die in dem Testamente des Stifters seinen Verwandten ausgesetzten jährlichen Legate, nebst der etwanigen Vermehrung derselben, bei Eintritt der diefsfalls vom Stifter vorausgesetzten Fälle, vom Empfange dieser Summe an, bis wohin das Herzogthum zu diesen Vermächtnissen ferner in demselben Verhältnifs, als es an dem Vermögen der Stiftung Theil nimmt, dazu beiträgt, allein zu berichtigen und alle deshalbige Ansprüche zu vertreten, will auch hierbei die ausländischen, und namentlich die im Königl. Preufsischen Gebiete wohnenden Legatarien eben so, wie die im Königl. Sächsischen Gebiete wohnhaften, behandeln, und ihnen ihre Antheile unter keinem Vorwande jemals vorenthalten lassen.

Hiernach hat das Herzogthum:

A. vom sichern Vermögen
- a. von den, zur Theilung verbleibenden, zu 5 vom Hundert zinsbaren Activis, an 16,690 Thlr. — —, 9830 Thlr. 9 Gr. 10 Pf.
- b. von den zu $4\frac{1}{2}$ $\frac{0}{0}$ zinsbaren Activis, an 3525 Thlr. = 2076 Thlr. 5 Gr. 5 Pf.
- c. von dem theilbar gebliebenen unzinsbaren Vermögen, an 4445 Thlr. 16 Gr. 3 Pf. = 2618 Thlr. 12 Gr. 1 Pf.

B. vom unsichern Vermögen, in sofern solches vollständig eingehet,
- a. von 29.712 Thlr. 12 Gr. — in zinsbaren Activis 17,500 Thlr. 15 Gr. 11 Pf.
- b. von 5740 Thlr. 14 Gr. 4 Pf. an Zinsrückständen 3381 Thlr. 5 Gr. 1 Pf.

1825 zu erhalten, und in demselben Verhältnisse, wie das übrige Vermögen dieser Stiftung getheilt worden, soll auch dasjenige, was etwa auf die, noch einer nähern Erörterung bedürftigen, kleinen Capitalien dieser Stiftung, zusammen an 1496 Thlr., so wie auf die, bei den Vergleichen mit den Erstehern des Rittergutes Obergurk mit Sorau und des sogenannten großsen Bauerguts zu Obergurk, der Stiftung vorbehaltenen Regreſsansprüche, dafern die beiderseitigen Regierungen sich entschlieſsen sollten, letztere zu verfolgen, erlangt werden möchte, künftig zur Theilung gebracht werden.

Art. IV. Von den allgemeinen Fonds der sogenannten ältern Schullehrer-Besoldungs-Casse, welche nach der Bevölkerung der bei derselben als betheiligt angenommenen Provinzen, die einen Theilungsmaſsstab von

0,6652. für das Königreich, und von
0,3348 — — Herzogthum Sachsen

giebt, getheilt werden, erhält das Herzogthum

I. vom sichern Vermögen

1255 Thlr. 12 Gr. — von den mit 5 vom Hundert zinsbaren Capitalien,

6863 Thlr. 9 Gr. 7 Pf. von den mit 4½ vom Hundert zinsbaren Capitalien,

1089 Thlr. 17 Gr. 7 Pf. vom unzinsbaren Vermögen, mit Inbegriff von 123 Thlr. 16 Gr. 4 Pf. als dem Betrage der am 5ten Junius 1815 rückständig gewesenen Besoldungszulagen für Schullehrer im Herzogthume;

II. vom unsichern Vermögen, dafern solches vollständig eingehet,

669 Thlr. 14 Gr. 5 Pf. von einer mit 5 vom Hundert zinsbaren Activpost,

183 — 11 — 9 — von unzinsbaren Rückständen;

ferner von dem Vermögen der mit dieser Casse in Verbindung gestandenen Weigandischen Stiftung, welches, nach den vom Stifter ausgesetzten Zulagen, mit einem Sechszehntheile für das Königreich, und mit funfzehn Sechszehntheilen für das Herzogthum getheilt wird,

I. vom sichern Vermögen,

3750 Thlr. — — von dem mit 5 vom Hundert zinsbaren Capitale,

1127 Thlr. 8 Gr. 8 Pf. von Zinsrückständen,

II. vom unsichern Vermögen, in sofern solches unverkürzt eingehet,

5625 Thlr. — — von dem mit 5 vom Hundert zinsbaren Capitale, und

1949 Thlr. 5 Gr. 3 Pf. von unzinsbaren Rückständen; dagegen hat das Herzogthum zu der, auf dem allgemeinen Fonds der ältern Schullehrer-Besoldungs-Casse haftenden, jährlichen Leistung an 300 Thlr. — — bis zur Realisirung dieser Theilung, in dem Verhältnisse, als es an diesem Fonds Theil nimmt, beizutragen, sowohl bei Vollziehung dieser Theilung eine Summe von 2008 Thlr. 19 Gr. 2 Pf. in mit 5 vom Hundert zinsbaren Activis der Königl. Sächs. Regierung, welche dafür die Verbindlichkeit, vorbemeldete Leistung an 300 Thlr. — — jährlich ferner abzuführen, und, nach deren Wegfall, den Descendenten der jetzigen Empfängerin eine Summe von 6000 Thlr. — — auszuzahlen, übernimmt, auszuliefern, nicht minder die, seit dem 6ten Junius 1815, aus der ältern Schullehrer-Besoldungs-Casse auf oberwähnte rückständige Zulagen, oder sonst, in das Herzogthum geleistete Zahlungen sich anrechnen zu lassen, und endlich die, wegen der dem allgemeinen Fonds dieser Casse, oder der Weigandischen Stiftung zugehörigen Activorum, seit gedachtem Tage aufgewendeten Kosten in dem Verhältnisse seiner Theilnehmungsrechte mitzutragen.

Es wird jedoch der Königl. Preufs. Regierung hierbei noch zugesichert, dafs ihr, wenn die Empfängerinn der mehrerwähnten Rente an 300 Thlr. — — mit Tode abgegangen sein wird, davon, mit Beifügung eines Zeugnisses über die von ihr nachgelassene Descendenz, Nachricht gegeben, auch, wenn dieselbe Descendenten nicht hinterlassen haben und mithin die Auszahlung der den letzteren legirten 6000 Thlr. — — nicht eintreten sollte. die dazu beigetragene Summe von 2008 Thlr. 19 Gr. 2 Pf. unverzüglich baar zurückgezahlt werden solle. Sollte auch bei dem Ableben der Empfängerinn der Rente über deren Descendenz rechtliche Gewifsheit nicht sofort zu erlangen seyn, und daher der Anfall der fraglichen 6000 Thaler erst später Statt finden, so soll der Königl. Preufs. Regierung auch von der, durch obervormundschaftliche oder sonstige Verwaltung dieser

1825 6000 Thaler, etwa statt gefundenen Vermehrung des Hauptstammes ihr Antheil, nach Verhältnifs ihres geleisteten Beitrags, mit solchem, sobald als jene Verwaltung beendiget ist, ausgeliefert werden.

Art. V. Das Capital- und sonstige Vermögen der, von dem Kirchenrathe und Ober-Consistorio zu Dresden verwalteten Bufstags-Collecten-Casse wird nach den aus derselben, dem Amtskrankenhause, dem Almosenamte, und der Friedrichsstädter Real- und Armen-Schule zu Dresden, den allgemeinen Zucht- und Armen-Häusern, dem Landarbeitshanse zu Colditz und der ältern Schullehrer-Besoldungs-Casse, angewiesen gewesenen jährlichen Bezügen zur Theilung gezogen. Hiernach nimmt das Herzogthum Sachsen an den für die allgemeinen Zucht- und Armen-Häuser, das Landarbeitshaus zu Colditz, und die ältere Schullehrer-Besoldungs-Casse ausgefallenen Quoten in demselben Verhältnisse Theil, als es bei der Auseinandersetzung dieser Institute theilnehmend geworden ist, wobei im Betreff der Repartition der auf das Landarbeitshaus zu Colditz gekommenen Quoten der bei der Armenhaus-Haupt-Casse Statt gefundene Abtheilungsmafsstab in gegenwärtigem Falle ebenfalls in Anwendung kommen soll. In dessen Verfolg hat das Herzogthum von dem Vermögen der Bufstagscasse überhaupt

I. von dem sichern Vermögen

263 Thlr. 15 Gr. —

Zweihundert drei und sechzig Thaler, 15 Gr. — - von den Capitalien zu 5 vom Hundert zinsbar, mit Inbegriff einer Summe von 87 Thlr. 12 Gr. — - zu Deckung einer jährlichen Zulage von 4 Thlr 9 Gr. — - für den Schullehrer zu Wellewitz in der Neustädter Ephorie;

7542 Thlr. 20 Gr. 8 Pf.

Siebentausend Fünfhundert zwei und vierzig Thaler, 20 Gr. 8 Pf. von den Capitalien zu $4\frac{1}{2}$ vom Hundert zinsbar;

281 Thlr. 14 Gr. 11 Pf.

Zweihundert und ein und achtzig Thaler, 14 Gr. 11 Pf. vom unzinsbaren Vermögen, mit Inbegriff zweier Ersatzposten, zusammen an 67 Thlr. 15 Gr. 5 Pf.

II. vom unsichern Vermögen, daferne solches unverkürzt eingehen würde,

2526 Thlr. 20 Gr. 6 Pf.

Zweitausend Fünfhundert und sechs und zwanzig Thaler, 20 Gr. 6 Pf. von aufsenstehenden Capitalien, und

772 Thlr. 3 Gr. 11 Pf.

Siebenhundert uud zwei und siebenzig Thaler, 3 Gr. 11 Pf. an rückständigen Zinsen von diesen Capitalien, zu erhalten, dagegen alle, seit dem 6ten Juni 1815, aus der in Frage befangenen Casse in das Herzogthum auf dahin gehörige, deponirt gewesene Collectengelder, rückständige Leistungen, oder sonst geschehene Zahlungen insofern letztere nicht schon in Abrechnung gekommen sind, sich anrechnen zu lassen.

Art. VI. Die Gesangbuchscasse wird nach der Zahl der Prediger in den 7 Kreisen, nebst dem Fürstenthume Querfurth, und mithin nach einem Verhältnisse von

Fünftausend Fünfhundert und neun und vierzig Zehntausendtheilen für das Königreich,

und von

Viertausend Vierhundert und ein und funfzig Zehntausendtheilen für das Herzogthum getheilt.

Hiernach erhält das Herzogthum

9302 Thlr. 14 Gr. 2 Pf.

Neuntausend Dreihundert und zwei Thaler, 14 Gr. 2 Pf. von den mit 5 vom Hundert zinsbaren Capitalien,

445 Thlr. 2 Gr. 5 Pf.

Vierhundert und fünf und vierzig Thaler, 2 Gr. 5 Pf. von den mit $4\frac{1}{2}$ vom Hundert zinsbaren Capitalien, und

1516 Thlr. 8 Gr. 10 Pf.

Eintausend Fünfhundert und sechszehn Thaler, 8 Gr. 10 Pf. vom unzinsbaren Vermögen, mit Inbegriff 188 Thlr. 13 Gr. 7 Pf. Einhundert acht und achtzig Thaler, 13 Gr. 7 Pf. anbis mit dem 5ten Junius 1815 in das Herzogthum rückständig gewesenen Leistungen, hat jedoch alle, seit dem 6ten Juni 1815, aus dieser Casse auf die vorbemeldeten rückständigen Leistungen und sonst erfolgte Zahlungen sich anrechnen zu lassen.

Ueberdiefs werden dem Herzogthume

923. Neunhundert und drei und zwanzig Exemplarien des ersten, und

913. Neunhundert und dreizehn Exemplarien des zweiten Theils des Kirchenbuches in natura ausgeantwortet.

1825 Art. VII. Die Schullehrer-Seminarien-Hauptcasse wird nach den, für die Schullehrerseminarien zu Friedrichstadt und Weifsenfels bestandenen Etat-Quantis: welche, wie solche in dieser Hinsicht berechnet worden sind, einen Abtheilungsmafsstab von

0,5855. Fünftausend Achthundert fünf und funfzig Zehntausendtheilen für das Königreich, und von
0,4145. Viertausend Einhundert fünf und vierzig Zehntausendtheilen für das Herzogthum Sachsen

geben, getheilt. Dagegen wird die, im Jahre 1794, wegen gewisser Ansprüche des ehemaligen Gymnasiums zu Weifsenfels, ausgesetzte und zu vorerwähnter Casse gezogene, jährliche Rente von Eintausend und Achthundert Thalern — — — zu deren alleiniger Vertretung Königl. Sächs. Seits sich erklärt worden ist, zum Behuf der gegenwärtigen Auseinandersetzung, nach 5 vom Hundert zu Capital gerechnet, und dieses Capital, nach dem Verhältnifs der Bevölkerung der Provinzen, für deren niedere Schulanstalten die Unterstützung ursprünglich bewilligt worden ist, eben so, wie bei der ältern Schullehrer-Besoldungs-Casse (§. IV.) geschehen, mithin nach dem Verhältnifs von

0,6652. Sechstausend Sechshundert zwei und funfzig Zehntausendtheilen für das Königreich, und von
0,3348. Dreitausend Dreihundert acht und vierzig Zehntausendtheilen für das Herzogthum Sachsen getheilt.

Hiernach hat das Herzogthum

I. vom unbeweglichen Vermögen, aufser dem Bergischen Getreide-Stipendio. und den bisher von gewissen Thüringischen Städten an das Seminar zu Weifsenfels gezahlten jährlichen Beiträgen, welche beide Gegenstände dem nur gedachten Seminar allein gehören, und demselben ferner verbleiben, zusammen,

12,299 Thlr. 13 Gr. 8$\frac{2}{5}$ Pf.

Zwölftausend Zweihundert neun und neunzig Thaler, dreizehen Groschen, acht und zwei Fünftheilpfennige, und zwar mit

595 Thlr. 8 Gr. 4 Pf. Capitalwerthe der bisher in Weifsenfels erhobenen Lehnen und Zinsen, welche dem Herzogthume ganz überwiesen worden sind, und mit

11,704 Thlr. 5 Gr. $4\frac{3}{7}$ Pf. als Antheil an der vorbeschriebenen, mit 5 vom Hundert zu Capital erhobenen jährlichen Rente von 1800 Thlr. - — -, welcher, weil der Antheil des Herzogthums an dem Capitalwerthe der ihm allein überwiesenen, oben berührten Lehnen und Zinsen nur in 246 Thlr. 18 Gr. 6 Pf. besteht, sich um 348 Thlr. 13 Gr. 10 Pf. und folglich von dem eigentlichen Betrage an 12.052 Thlr. 19 Gr. $2\frac{2}{7}$ Pf. bis auf die angegebene Summe vermindert, baar, 1825

2. vom beweglichen Vermögen, aufser den zeither schon in Weifsenfels verwalteten kleinen Capitalien, zusammen an

389 Thlr. 12 Gr. — -

Dreihundert neun und achtzig Thaler, zwölf Groschen — -, auf welche, so wie auf die vorstehend dem Herzogthume überlassenen Gegenstände des unbeweglichen Vermögens, Königl. Sächs. Seits gänzlich verzichtet wird, und nach der bereits in der commissarischen Darstellung vom 17ten October 1822 enthaltenen Ab- und Zurechnung, annoch

106 Thlr. 15 Gr. 9 Pf.

Einhundert und sechs Thaler, funfzehn Groschen, neun Pfennige von den Capitalien zu 5 vom Hundert zinsbar,

4145 Thlr. — - —

Viertausend Einhundert fünf und vierzig Thaler — - — - von den mit $4\frac{1}{2}$ vom Hundert zinsbaren Capitalien,

559 Thlr. 13 Gr. 10 Pf.

Fünfhundert neun und funfzig Thaler, dreizehen Groschen, zehen Pfennige von den mit 3 vom Hundert zinsbaren Capitalien,

849 Thlr. 17 Gr. 5 Pf.

Achthundert neun und vierzig Thaler, siebzehen Groschen, fünf Pfennige von den Capitalien zu 2 vom Hundert zinsbar,

1170 Thlr. 8 Gr. 3 Pf.

Eintausend Einhundert und siebenzig Thaler, acht Groschen, drei Pfennige vom unzinsbaren Vermögen, zu erhalten, dagegen aber alle, vom 6ten Juni 1815 an, aus dem allgemeinen Fonds dieser Casse in das Herzogthum erfolgte Zahlungen, mit Ausschlufs eines an das Seminar zu Weifsenfels geleisteten, bereits in Anrechnung gekommenen Vorschusses von 87 Thlr.

1825 22 Gr. 5 Pf. zu restituiren, oder sich anrechnen zu lassen.

Da übrigens aus dieser Casse eine temporaire Leistung von 30 Thlr. —— —— dreifsig Thalern —— ——. jährlich zu bestreiten ist, so sind hierzu auf die Dauer dieser Leistung, vom 6ten Junius 1815 an, jährlich

17 Thlr. 13 Gr. 7 Pf.

Siebzehen Thaler, dreizehen Groschen, sieben Pfennige vom Königreiche, und

12 Thlr. 10 Gr. 5 Pf.

Zwölf Thaler, zehn Groschen, 5 Pfennige vom Herzogthume beizutragen.

Demnächst empfängt das Herzogthum von dem, bei der Reinhardtschen Stiftung für die beiden Schullehrerseminarien zu Friedrichstadt und Weifsenfels, am 5ten Juni 1815 vorhanden gewesenen unzinsbaren Bestande an 24 Thlr. 11 Gr. —— vier und zwanzig Thalern 11 Gr. —— die Hälfte mit 12 Thr. 5 Gr. 6 pf. zwölf Thaler 5 Gr. 6 Pf., und überdiefs werden demselben die, aus einem Vermächtnisse des vormaligen Buchhändlers Weigand zu Leipzig an 3000 Thlr. —— —— für das Seminar zu Weifsenfels, annoch, nachdem deshalb sonst die Befriedigung bereits erfolgt ist, herrührende Forderung von 450 Thlr. —— —— in dem, bei dem Stadtrathe zu Dresden anhängigen, Börnerischen Creditwesen, so wie die von nurbemeldetem Weigand ebenfalls dem Seminar zu Weifsenfels legirte Hälfte rückständiger Zinsen von einem, in dem dermalen bei dem Ober-Landes-Gerichte zu Naumburg obschwebenden Veltheimischen Concurse, liquidirten Hauptstamme an 18600 Thlr. —— —— ingleichen die gleichfalls, vermöge des Weigandischen Testaments, dem Seminar zu Weifsenfels zustehenden eventuellen Ansprüche in Ansehung eines Legats für Christian August Ifen aus Leipzig, und sämmtlicher Legatarien, welche Streitigkeiten und Procefs erregt und Unrecht behalten haben, zur alleinigen Einziehung und resp. Verfolgung überlassen; es sind jedoch die wegen nurerwähnter Forderungen und Ansprüche nach dem 5ten Juni 1815 etwa aufgewendeten Kosten vom Herzogthume zu erstatten.

Art. VIII. Die von der Königl. Sächs. Hof- und Land-Jägerei im Jahre 1755 errichtete Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Casse, deren Auseinander-

setzung von den beiderseitigen Regierungen für angemessen erachtet worden ist, soll dergestalt getheilt werden, dafs von dem am 31sten December 1814, als dem im gegenwärtigen Falle festgesetzten Normaltage, vorhanden gewesenen Vermögen dieser Casse, nach dem zum Theilungsmafsstabe angenommenen Verhältnifs des Gesammtbetrags der von den, in der Beilage unter A. angegebenen Mitgliedern in beiden Landestheilen am 31sten December 1814 geleisteten Beiträge, das Herzogthum Sachsen für die in demselben befindlichen Mitglieder

a. von 3000 Thlr. — — zu 5 vom Hundert zinsbarem Vermögen

1386 Thlr. 14 Gr. 5 Pf.

Eintausend und Dreihundert und sechs und achtzig Thaler, 14 Gr. 5 Pf. und zwar ein Drittheil dieser Summe in Louisd'ors, zu 5 Thalern den einfachen gerechnet, oder mit coursmäfsigem Aufgelde, sowohl

b. von dem zur Theilung verbliebenen unzinsbarem Vermögen, nach gegenseitiger, in der gemeinschaftlich vollzogenen Darstellung der Verhältnisse dieser Casse angegebenen, Zu- und Abrechnung,

75 Thlr. 11 Gr. 6 Pf.

fünf und siebenzig Thaler 11 Gr. 6 Pf. überhaupt zu empfangen, nicht minder die von Mitgliedern im Herzogthume rückständig gelassenen Beiträge und von Untereinnahmen in demselben einzuliefern gewesenen Ueberschufsgelder zu seinem alleinigen Vortheile einzuziehen, so wie die von Mitgliedern im Herzogthume seit dem 1sten Januar 1815, zu der bisher gemeinschaftlich gewesenen Casse etwa geleisteten Beiträge zurückzuerhalten, dagegen aber auch nicht nur die, bis zum 31sten December 1814, in das Herzogthum zu zahlen gewesenen Begräbnifs- und Unterstützungs-Gelder, und die von einigen Untereinnahmen im Herzogthume geleisteten Vorschüsse allein zu berichtigen, sondern auch, vom 1sten Januar 1815 an, alle Verbindlichkeiten und Obliegenheiten gegen die Hinterlassenen und Erben derjenigen, die bei der Hof- und Landjägerei angestellt und als solche beitragende Mitglieder dieser Casse waren, allein zu erfüllen hat.

Sollten sich in der Folge etwa gegen die bei Auseinandersetzung dieser Casse zum Grunde gelegte, in

1825 der angegebenen Beilage unter A. angenommene Zahl ihrer Mitglieder, oder gegen die als noch rückständig bezeichneten Beiträge und Unterstützungen Verschiedenheiten ergeben, so übernimmt die daraus abzuleitenden Ansprüche die künftig in jedem Landestheile besonders bestehende Jäger- Wittwen- und Waisen Versorgungs-Casse, bei deren Angehörigen dergleichen Verschiedenheiten vorkommen, zur alleinigen Vertretung, ohne, weder bei der künftigen Hauptberechnung, noch sonst jemals, zu dieſsfalsigen Reclamationen, oder Entschädigungsansprüchen an die Jäger- Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Casse im andern Landestheile, oder an deren Regierung berechtiget zu sein.

So viel hingegen

Art. IX. die in einigen, durch die Landestheilung getrennten, Provinzen und Ephorieen bestehenden Prediger- und Schullehrer-Wittwen- und Waisen-, auch Begräbniſs-Cassen anlangt, so wollen die beiderseitigen Regierungen nicht nur das Fortbestehen dieser Verbindungen auf keine Weise behindern, sondern auch darauf sehen, daſs weder den dermaligen Mitgliedern dieser Societäten und ihren Hinterlassenen, welche sich in dem andern Landestheile befinden, der Genuſs der erworbenen Rechte, und die verfassungsmäſsige Theilnahme an Ausübung der Gesellschaftsbefugnisse, insofern die verfassungsmäſsigen Verbindlichkeiten gehörig erfüllt werden, unter irgend einem Vorwande entzogen, noch denjenigen, welche vor der Landestheilung, vermöge der ihnen übertragenen Aemter, einen gültigen, seitdem nicht durch ausdrückliche Uebereinkunft der Interessenten in beiden Landestheilen, und, mit Genehmigung ihrer vorgesetzten Behörden, aufgegebenen Anspruch gehabt haben, Mitglieder dieser Gesellschaften zu bleiben oder zu werden, das fernere Verbleiben bei solchen, oder der Beitritt zu denselben, wegen ihrer Angehörigkeit an eine andere Landeshoheit, verweigert, auch insofern bei einigen dieser Societäten, nach den am 5ten Junius 1815 bestandenen Statuten und Verfassungen, den Inhabern gewisser Aemter, als solchen, die Verbindlichkeit zum Eintritt in die Societät obliegt, ferner so lange diese nicht, durch Einverständniſs der in beiden Landestheilen befindli-

chen Mitglieder und ihrer vorgesetzten Behörden, aufgehoben wird, auf Erfüllung der erwähnten Verbindlichkeit gehalten werde.

Uebrigens macht sich die Königl. Preufs. Regierung hierbei noch verbindlich, dahin Verfügung zu treffen, dafs das von dem vormaligen Pfarrer zu Eythra und Bösdorf, Georg Friedrich Sperber, in seinem unterm 21sten November 1806 errichteten Testamente, der im Jahre 1798 gegründeten Prediger-Wittwen-Pensions-Anstalt zu Merseburg, als Andenken, jedoch mit der Verpflichtung, die Zinsen jedesmal vorzüglich den Wittwen seiner Nachfolger im Eythraer Pfarramte abzureichen, legirte Capital von zweihundert Thalern —— —— jederzeit besonders verwaltet, sowohl der Zinsenbetrag desselben den Wittwen Eythraer Pfarrer, wenn deren vorhanden sind, auf Anmelden, unweigerlich verabfolgt, und nur bei Ermangelung solcher Wittwen über diese Zinsen von der Societät nach ihrem Gefallen verfügt werden solle.

Art. X. In Ansehung der in einigen, durch die Landestheilung getrennten, Aemtern, Gerichtsbezirken, und Parochieen bestehenden, gemeinschaftlichen Armencassen und Stiftungen für Arme ist für angemessen erachtet worden, die Auseinandersetzung derselben, insofern von den in einem oder dem andern Landestheile befindlichen Interessenten darauf angetragen wird, durch beiderseitige Localcommissarien bewirken zu lassen. Es werden daher die beiderseitigen Provinzialregierungen, zu deren Bereiche die betheiligten Orte gehören, wenn bei ihnen Anträge auf Theilung des Vermögens der in Frage befangenen Armen-Cassen und Stiftungen bereits geschehen sind, oder noch geschehen, sich deshalb mit einander vernehmen, und zu deren Auseinandersetzung unverzüglich Localcommissarien ernennen, welche sich gegenseitig alle, zu vollständiger Kenntnifs der Verhältnisse der fraglichen Casse oder Stiftung, nöthige Acten, Urkunden, Nachrichten und Rechnungen mitzutheilen, hiernach die Entstehung und den Zweck, die daraus hervorgehenden Theilnehmungsrechte, die bisherigen Collatur-, Administrations- und Aufsichts-Gerechtsame und den Vermögensbestand dieser Cassen und Stiftungen zu ermitteln, bei der Theilung

1825 selbst aber die bisher bei Auseinandersetzung der milden Stiftungen überhaupt befolgten allgemeinen Grundsätze, so weit solches thunlich ist, in Anwendung zu bringen haben. Wenn von diesen Localcommissarien eine Uebereinkunft getroffen, und von ihren Auftragsbehörden genehmiget worden ist, so wird solche sofort durch Leistung der Zahlungen, welche nach denselben der eine Theil an den andern zu bewirken hat, und sonst vollzogen werden. Bis nach erfolgter Auseinandersetzung der hier in Frage stehenden Cassen und Stiftungen soll ebenfalls den Betheiligten in beiden Landestheilen der fernere Genuſs ihrer Verfassungs- oder stiftungsmäſsigen Rechte verbleiben, und ihnen, wegen der veränderten Landeshoheit, oder unter einem andern Vorwande, auf keine Weise geschmälert werden.

Die von dem vormaligen Besitzer des im Bezirke des Amtes Wurzen gelegenen Ritterguts Roitzsch, Ulrich von Spener, in seinem Testamente vom 30sten November 1764 gemachte Stiftung für Arme wird jedoch hiervon ausdrücklich ausgenommen, und zu ferneren Verhandlungen zwischen den unterzeichneten Commissarien ausgesetzt.

Art. XI. Da die General-Almosen-Casse zu Merseburg einen jährlichen Beitrag von 262 Thlr. 12 Gr. — aus den Stift-Merseburgischen Rentkammer-Einkünften zu beziehen hat, so ist zuvörderst die Uebereinkunft getroffen worden, daſs vom 6ten Juni 1815 an die Königl. Preuſs. Regierung fünf Sechstheile, und die Königl. Sächs. Regierung ein Sechstheil hiervon übernehmen soll.

Das, nach Deckung eines in das Herzogthum Sachsen gehörigen, fortdauernden jährlichen Bezuges von 100 Thlr. bleibende Vermögen dieser Casse wird nach dem Verhältniſs der Volkszahl des Stifts Merseburg getheilt, wonach sich der Theilungsmaſsstab auf

0,8114,

Achttausend Einhundert und vierzehn Zehntausendtheile für das Herzogthum, und

0,1886,

Eintausend Achthundert sechs und achtzig Zehentausendtheile für das Königreich Sachsen bestimmt. Nach diesem Theilungsverhältniſs werden dem Königreiche

Sachsen, zu Berichtigung des ihm zustehenden Antheils: überwiesen: 1825

1. der von der Königl. Sächs. Regierung, vom 6ten Juni 1815 an, jährlich mit 43 Thlr. 18 Gr. — — fortwährend zu leistende antheilige Rentkammer-Beitrag, welcher, nach 5 pCt. zu Capital berechnet, sich auf 875 Thlr. beläuft,
2. in Capitalien zu 5 pCt. zinsbar, 166 Thlr. 1 Gr. 9 Pf. Einhundert sechs und sechszig Thaler, 1 Gr. 9 Pf.
3. in Capitalien zu 4 pCt. zinsbar, 46 Thlr. 5 Gr. — — sechs und vierzig Thaler, 5 Gr.
4. in Capitalien zu 3 pCt. zinsbar, 301 Thlr. 18 Gr. 3 Pf. Dreihundert und einen Thaler 18 Gr. 3 Pf.
5. in Capitalien zu 2 pCt. zinsbar, 94 Thlr. 7 Gr. 2 Pf. vier und neunzig Thaler, 7 Gr. 2 Pf.
6. vom unzinsbaren Vermögen, 66 Thlr. 21 Gr. 5 Pf. sechs und sechszig Thaler, ein und zwanzig Groschen, fünf Pfennige,

wogegen dasselbe sich alle seit dem 6ten Juni 1815 an Königl. Sächs. Orte etwa ausgezahlte, und solchenfalls bei der künftigen Berechnung nachzuweisende, Unterstützungen anrechnen zu lassen hat.

Art. XII. Von dem Bestande der Stift-Merseburgischen Bufstags-Collecten-Casse am 5ten Juni 1815, welcher vergleichsweise zu 66 Thlr. 16 Gr. 3 Pf. angenommen worden ist, und ebenfalls nach der Volkszahl der beiderseitigen Antheile des Stifts Merseburg getheilt wird, erhält das Königreich Sachsen

12 Thlr. 13 Gr. 10 Pf.

zwölf Thaler, dreizehn Groschen, zehn Pfennige unzinsbar.

Art. XIII. Nach demselben Verhältnifs wird das Vermögen des Stift-Merseburgischen Hebammen-Instituts getheilt, und es empfängt hiernach das Königreich Sachsen von demselben

169 Thlr. 17 Gr. 9 Pf.

Einhundert neun und sechszig Thaler, 17 Gr. 9 Pf. von dem mit 5% zinsbaren Activo, und

91 Thlr. 16 Gr. 7 Pf.

ein und neunzig Thaler, sechszehn Groschen, sieben Pfennige, incl. der von der Parochie Quesitz angesammelten Taufgroschen nach dem 5ten Juni 1815 eingelieferten — 11 Gr. unzinsbar.

1825 Auf vorstehende unzinsbare Summe hat die Königl. Sächsische Regierung

54 Thlr. 4 Gr. — —

so die Königl. Preuſsische Regierung auf die Zeit, vom 1sten April bis 5ten Juni 1815, an rückständigem, aus der Merseburgischen Stifts-Rentkammer bewilligten Lehrergehalt bezahlt hat, sich anrechnen zu lassen.

Uebrigens werden jeder Regierung die diesem Institute gewidmeten Bezüge aus ihrem Gebiete auf die Zeit nach dem 5ten Juni 1815 überlassen.

Art. XIV. Das Vermögen der bei dem vormaligen Stifts-Consistorio zu Merseburg verwalteten, sogenannten Salzburger-Collecten-Casse wird gleichfalls nach dem obbemerkten Verhältniſs der Volkszahl der beiderseitigen Antheile des Stifts Merseburg getheilt. Hiernach erhält das Königreich Sachsen:

1. an sicherem Vermögen:

94 Thlr. 7 Gr. 2 Pf. v. 500 Thlr. — — — Pf. à 5 pCt. zinsbar,
396 — 1 — 5 — — 2100 — — — — — — 3 — —
10 — 5 — 3 — — 54 — 4 - 5 — unzinsbar,

2. an unsicherem Vermögen:

33 — — — 1 — — 175 — — — — — — - 5pCt. zinsbar,
2 — 4 — 3 — — 11 — 13 - 1 — unzinsbar,

wogegen dasselbe die seit dem 6ten Juni 1815, nach Befinden, aus dieser Casse erhaltenen Zahlungen sich anrechnen zu lassen hat.

Art. XV. Wegen des Stiftsgymnasiums zu Merseburg, seiner Fonds, Bezüge, und der mit demselben in Verbindung stehenden Stipendienstiftungen, kommen beide Regierungen vergleichsweise dahin überein, daſs

1. die Königl. Preuſs. Regierung den Ansprüchen auf einen, Königl. Sächsischer Seits antheilig zu übernehmenden, Beitrag zu den auf die Stift-Merseburgische Rentkammer angewiesenen, zu Unterhaltung des Gymnasiums und Leistung gewisser Schulstipendien bestimmten, Geld- und Natural-Deputaten entsagt, und sich blos den Anspruch an die Stiftsstände des Königl. Preuſsischen Stiftsantheils, wegen der aus der Stiftsbedürfniſscasse zum Gymnasium-Fonds zu bezahlenden Supplement-Steuer-Zinsen, vorbehält, den dieſsfallsigen Anspruch an die Stiftsstände des Königl.

Sächs. Stifts - Antheils aber der Königl. Sächs. Regierung abtritt, wogegen diese 1825

2. nicht nur den Anspruch auf Wiedererstattung der, für die Zeit vom 6ten bis 30sten Juni 1815, aus dem Königl. Sächs. Landeszahlamte, zu Berichtigung des baaren Stiftskammerbeitrags, an das Gymnasium bezahlten 37 Thlr. 14 Gr. 6 Pf., sondern auch allen sonstigen Ansprüchen an das Vermögen des Gymnasiums entsagt, sowohl

3. das Collaturrecht der Stadt Zwenkau auf zwei, bisher von dem dasigen Stadtrathe vergebene, für Schüler des gedachten Gymnasiums bestimmte Stipendien und den Antheil, welcher von vier dergleichen Schulstipendien, so bisher von den Stiftsständen vergeben worden, auf den Königl. Sächs. Stiftsantheil kommen würde, dem Herzogthume Sachsen dergestalt abtritt, dafs die Königl. Sächs. Regierung die diefsfallsige Entschädigung der Stadt Zwenkau und des Königl. Sächsischen Theils der Stiftsstände ohne weitern Anspruch übernimmt.

4. Es wird jedoch den Eingebornen des Königl. Sächs. Stiftsantheils, wenn sie das Merseburger Gymnasium besuchen wollen, nicht nur das Recht hierzu, sondern auch die rechtliche Fähigkeit, an den ihnen solchenfalls vor der Landestheilung zugestandenen Vortheilen und Beneficien, jedoch mit Ausschlufs derer, welche aus den vorstehend abgetretenen Collaturrechten hergeleitet werden könnten, unter den in der jedesmaligen Schulverfassung gegründeten Voraussetzungen, Theil zu nehmen, in so weit zugestanden, dafs ihnen, wenn sie sich sonst hierzu qualificiren, ihre nunmehrige Eigenschaft als Ausländer nicht entgegenstehen soll.

5. Das Böhringerische Schulstipendium verbleibt fernerhin in der bisherigen Mafse dem Gymnasium und wird zu den Localstiftungen des Herzogthums gerechnet.

Art. XVI. Bei dem Stift-Merseburgischen Schul-Verbesserungs-Fonds kommt auch die Volkszahl der beiderseitigen Antheile des Stifts Merseburg als Theilungsmafsstab in Anwendung.

Hiernach hat das Königreich Sachsen

I. zu erhalten:

1825 120 Thlr. 4 Gr. — -
Einhundert und zwanzig Thaler, vier Groschen, vom sichern unzinsbaren Vermögen,

848 Thlr. 16 Gr. 10 Pf.
Achthundert acht und vierzig Thaler, sechszehn Groschen, zehn Pfennige, vom unsichern, zu 5 pCt. zinsbaren Vermögen,

16 Thlr. — - 9 Pf.
sechszehn Thaler und neun Pfennige, von den unsichern Zinsrückständen des vorerwähnten zinsbaren Vermögens,

83 Thlr. 12 Gr. 5 Pf.
drei und achtzig Thaler, 12 Gr. fünf Pfennige, von aufsenstehenden unsichern Lotterieresten, insofern diese verschiedenen unsichern Activa eingehen sollten; dahingegen hat dasselbe

2. beizutragen

660 Thlr. 2 Gr. 5 Pf.
Sechshundert und sechszig Thaler, zwei Groschen, fünf Pfennige zum zinsbaren Passivo, nebst Zinsen, vom 6ten Juni 1815 an, zu 5 pCt. insofern dieser Zinsfufs seitdem nicht herabgesetzt worden, ingleichen den nach obigem Verhältnifs zu berechnenden Antheil an den auf Eintreibung des unsichern Vermögens verwendeten Kosten.

Art. XVII. Von dem Vermögen des Stift-Merseburgischen neuern Schulverbesserungs- oder sogenannten Catecheten-Fonds erhält das Königreich Sachsen, nach dem mehrerwähnten Verhältnifs der Volkszahl in den beiderseitigen Antheilen des Stifts Merseburg, überhaupt

40 Thlr. 15 Gr. 7 Pf.
vierzig Thaler, funfzehn Groschen, sieben Pfennige unzinsbar.

Art. XVIII. Von dem bei der vormaligen Stiftsregierung zu Merseburg verwalteten sogenannten Ueberschufsfonds, welcher, nach Deckung eines darauf angewiesenen, dem Herzogthume Sachsen verbleibenden Bezugs, wieder im Verhältnifs der Bevölkerung der beiderseitigen Theile des Stifts Merseburg getheilt wird, erhält das Königreich Sachsen

A. an sicherem Vermögen:

2510 Thlr. 6 Gr. 5 Pf.

Zweitausend Fünfhundert zehn Thaler, sechs Groschen, fünf Pfennige, zu 5 pCt. zinsbar, 1825

744 Thlr. 23 Gr. 3 Pf.

Siebenhundert vier und vierzig Thaler, drei und zwanzig Groschen, drei Pfennige, zu 3 pCt. zinsbar,

328 Thlr. 3 Gr. 5 Pf.

Dreihundert acht und zwanzig Thaler, drei Groschen, fünf Pfennige, unzinsbar, nach Abzug derjenigen 54 Thlr. 4 Gr. —- welche noch aus der Königl. Sächs. Rentkammer an den Ueberschufsfonds zu zahlen waren;

B. an unsicherm Vermögen, insofern solches unverkürzt zu erlangen sein sollte:

56 Thlr. 13 Gr. 11 Pf.

sechs und funfzig Thaler, dreizehen Groschen, eilf Pfennige, zu 5 pCt. zinsbar,

4 Thlr. 16 Gr. —-

vier Thaler, sechszehn Groschen, bis 5ten Juni 1815 rückständige Zinsen davon,

75 Thlr. 10 Gr. 7 Pf.

fünf und siebenzig Thaler, zehen Groschen, sieben Pfennige, zu 4 pCt. zinsbar,

24 Thlr. 10 Gr. 5 Pf.

vier und zwanzig Thaler, zehen Groschen, fünf Pfennige, bis 5ten Juni 1815 rückständige Zinsen davon,

499 Thlr. 6 Gr. 9 Pf.

Vierhundert neun und neunzig Thaler, sechs Groschen, neun Pfennige unzinsbar, an aufsenstehenden Lotterieresten,

C. als Antheil an 955 Thlr. —- —- Neunhundert fünf und funfzig Thaler, welche, unterm 24sten September 1813, für Rechnung des Ueberschufsfonds erhoben und bis jetzt nicht nachgewiesen worden, insofern sich bei der deshalb vorbehaltenen weiteren Ausmittelung ein rechtlicher Anspruch an den Aussteller der Quittung, oder sonst an Jemand ergeben sollte,

180 Thlr. 2 Gr. 9 Pf.

Einhundert und achtzig Thaler, zwei Groschen, neun Pfennige, und hat dagegen auch nach dem Verhältnifs seiner Theilnahme zu den Unkosten, welche das unsichere Vermögen veranlafst, beizutragen.

Art. XIX. Das Vermögen des Waisenhauses zu Merseburg wird, nach Abzug des für die Stadt Merseburg besonders davon gerechneten Antheils, nach

1825 Verhältnifs der Einwohnerzahl in den übrigen Stift-Merseburgischen Ortschaften, welches

0,7794,

Siebentausend Siebenhundert vier und neunzig Zehntausendtheile für das Herzogthum, und

0,2206,

Zweitausend Zweihundert und sechs Zehntausendtheile für das Königreich Sachsen beträgt, getheilt.

Hiernach erhält das Königreich,

A. an sicherm Vermögen:

1942 Thlr. — Gr. 4 Pf.

Eintausend Neunhundert zwei und vierzig Thaler und vier Pfennige, durch Ueberweisung des Capitalwerthes der im Königl. Sächs. Stiftsantheile fundirten Bezüge,

1299 Thlr. 20 Gr. 2 Pf.

Eintausend Zweihundert neun und neunzig Thaler, zwanzig Groschen, zwei Pfennige, von den sichern, zu 5 pro Cent zinsbaren Activis,

142 Thlr. 22 Gr. 6 Pf.

Einhundert und zwei und vierzig Thaler, zwei und zwanzig Groschen, sechs Pfennige, von den sichern, zu 4 pro Cent zinsbaren Activis,

B. an unsicherem Vermögen:

812 Thlr. 17 Gr. 8 Pf.

Achthundert und zwölf Thaler, siebenzehen Groschen, acht Pfennige, von unsichern, zu 5 pro Cent zinsbaren Activis,

284 Thlr. 11 Gr. —

Zweihundert vier und achtzig Thaler, eilf Groschen, von den unsichern, zu 4 pro Cent zinsbaren Activis,

C. an Naturalvorräthen aus dem Bücherverlage des Waisenhauses:

49 Exemplare Gesangbücher klaren Drucks auf Schreibepapier,

21 dergleichen auf ordinäres Papier,

52 Exemplare Spruchbücher,

7 Exemplare Passionsgesänge,

aufser den, nach demselben Verhältnisse zu berechnenden, Antheilen an den, auf weiterer Ermittelung beruhenden, Exemplarien von Gesangbüchern groben Drucks und von gedruckten Waisenhausnachrichten.

Hierüber hat das Königreich noch zu erhalten:

a. den verhältnifsmäfsigen Antheil von dem, was, nach Befinden, von den aufsenstehenden Lotterieresten noch eingehen sollte, welcher Antheil, nach Abzug der aufgewendeten Kosten und des auf die Stadt Merseburg kommenden Theils, nach obigem Verhältnisse zu theilen sein würde,
b. die, auf die Zeit nach dem 30sten Juni 1815, aus dem Königreiche etwa noch zum Waisenhause geflossenen Bezüge.

Dagegen hat das Königreich noch zu vertreten und sich anrechnen zu lassen:
a. 21 Thlr. 5 Gr. —— Rentkammerbeitrag auf den Termin Pfingsten 1815, insofern dessen bereits erfolgte Berichtigung nicht durch Quittung nachgewiesen werden kann,
b. 88 Thlr. 4 Gr. 4 Pf. antheiligen Beitrag zu den unverzinsbaren Passivis,
c. die Alimentationskosten für die am 1sten Juli 1815 im Waisenhause gewesenen Kinder aus dem Königl. Sächsischen Stiftsantheile, für jedes jährlich 65 Thlr. —— —— vom gedachten Tage an, bis zur Entlassung aus dem Waisenhause,
d. den, im Verhältnisse der Theilnahme des Königreichs, an dem Vermögen zu berechnenden Antheil an den auf Eintreibung des unsichern Vermögens verwendeten Kosten, auch, da übrigens, nach dieser Auseinandersetzung, die Theilnahme der Stände des Königl. Sächs. Stiftsantheils an der Ausübung des ständischen Collaturrechts von vier Stellen wegfällt, dieselben deshalb abzufinden, und die Königl. Preufsische Regierung gegen alle diefsfallsige Ansprüche zu vertreten.

Art. XX. Jede der beiden Regierungen hat von den ihr in Vorstehendem überwiesenen Antheilen an dem zinsbaren, beweglichen und zu Capital erhobenen unbeweglichen Vermögen einer Stiftung, auch die Zinsen, nach den bei den Capitalantheilen angegebenen, oder den seit der geschehenen Ausmittelung des Vermögens jeder Stiftung veränderten Zinsfüfsen, insoweit nicht seitdem, im Einverständnisse der beiderseitigen Behörden, ein Erlafs an rückständigen Zinsen bewilligt worden ist, und insoweit vom unsichern Vermögen überhaupt Zinsen zu erlangen sind, vom

1825 6ten Juni 1815 an zu erhalten; allein bei der Jäger-Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Casse (§. VIII.) tritt dieser Termin schon mit dem 1sten Januar 1815, und bei dem Fonds des Waisenhauses zu Merseburg (§. XIX.) erst mit dem 1sten Juli 1815 ein.

Art. XXI. Sobald von beiden allerhöchsten Regierungen diese Uebereinkunft genehmiget worden ist, soll sofort eine Berechnung über alle, von beiden Regierungen in derselben übernommenen Zahlungsverbindlichkeiten gepflogen, und dasjenige, was hiernach der eine Theil dem andern auszuliefern und herauszugeben hat, berichtiget werden.

Art. XXII. Nach dieser erfolgten Vollziehung werden alle Ansprüche, welche von der einen Regierung an die andere, in Beziehung auf die in dieser Convention erwähnten Stiftungen und Fonds, wegen der Theilnahme an Genufs- oder Collatur-Rechten, oder sonst auf irgend eine Weise gemacht werden könnten, soweit deshalb nicht ausdrücklich besondere Vorbehalte in Obigem enthalten sind, für beseitigt und aufgehoben erklärt, und beide Theile verzichten auf alle fernere, in dieser Convention nicht gegründete, diefsfallsige Anforderungen, so wie Königl. Preufsischer Seits noch besonders allen Ansprüchen auf Genufsrechte wegen der, mit der älteren Schullehrer-Besoldungs-Casse verbundenen, Gehischen, Weigandischen und Kreutzigerischen Stiftungen, mit Vorbehalt der auf letztere Bezug habenden, oben (§. IV.) erwähnten, 2008 Thlr. 19 Gr. 2 Pf., ingleichen den Ansprüchen auf die mit der Schullehrer-Seminarien-Casse vereinigten Stiftungen, namentlich: die Scheuereckische, Reinhardtische, Weigandische, Dinterische, die eines Ungenannten, und die Heynische, nicht minder aller Theilnahme an dem ferneren Gewinn aus dem Verkaufe des Dresdner Gesangbuchs und des Kirchenbuchs, und hingegen Königl. Sächsischer Seits allen Ansprüchen auf die mit den oben §. §. XI bis mit XIX. bemerkten Stift-Merseburgischen Cassen und Instituten vereinigten besonderen Stiftungen entsagt wird.

Aufserdem leistet auch die Königl. Preufsische Regierung auf alle Theilnahme an dem Zwecke des von Johann Andreas von Osten auf Raaschau und Dören-

thal, in seinem Testamente vom 7ten December 1757, 1825
gestifteten Waisenhauses zu Plauen, wegen der vormaligen Enclaven des Voigtländischen Kreises im Reussischen, Blankenberg, Blintendorf, Gefell und Sparemberg, so wie wieder die Königl. Sächsische Regierung auf alle Ansprüche an die, zu den bei der Domkirche und Stiftsschule zu Merseburg vorfallenden Bedürfnissen bestimmte, Dom-Cymbel-Casse zu Merseburg Verzicht.

Endlich bewendet es

Art. XXIII. wegen des von Friederiken Christianen Elisabeth Freifrau von Fletcher ausgesetzten Vermächtnisses, zu Errichtung und Unterhaltung eines Schullehrer-Seminarii in Kursächsischen Landen, in Folge der nur für diesen Fall getroffenen Uebereinkunft, bei dem, von dem Königl. Grofsbritannisch-Hannöverschen Ober-Appellations-Gerichte zu Celle, unter dem 15ten November 1822 ertheilten schiedsrichterlichen Erkenntnisse.

Art. XXIV. In Ansehung aller übrigen, in der gegenwärtigen Convention nicht erwähnten, milden Stiftungen verbleibt es für jetzt noch, bis zu einer definitiven Vereinigung darüber, bei den deshalb im Art. XXII, §. §. 1 und 2 der Eingangs berührten Hauptconvention vom 28sten August 1819 enthaltenen Bestimmungen; es sollen jedoch die Verhandlungen über diese Stiftungen, ingleichen über die dabei zur Sprache kommenden fiscalischen Punkte möglichst beschleuniget, und die darüber zu treffenden Vereinigungen, nach beiderseits erfolgter allerhöchster Genehmigung, durch eine anderweite nachträgliche Convention zum Abschlufs gebracht und, nebst der gegenwärtigen Convention, öffentlich bekannt gemacht werden.

Zu dessen Urkund haben die beiderseitigen Königlichen Bevollmächtigten die gegenwärtige Convention unterzeichnet.

Geschehen zu Dresden, am 4ten April 1825.

Müller,	D. Pinder,
Königl. Sächsischer Commissarius.	*Königl. Preufsischer Commissarius.*

82.

1825 *Convention pour régler les rapports publics des fondations de famille existant dans le royaume et dans le duché de Saxe et pour assurer les droits des particuliers y intéressés; signée le 27 Septembre 1825 et ratifiée par la Saxe le 12 Février 1826 et par la Prusse le 9 Février de la même année.*

(*Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen* 1828. Nr. 32. pag. 291.)

Zu Festsetzung der öffentlichen Verhältnisse in Beziehung auf die im Königreiche und Herzogthume Sachsen befindlichen Familienstiftungen, und zu Sicherstellung der dabei betheiligten Privatberechtigten, ist zwischen den Unterzeichneten beiderseitigen Königl. Commissarien, bis auf Genehmigung ihrer höchsten Behörden, folgende Vereinigung getroffen worden.

Art. I. Unter Familienstiftungen werden hier lediglich diejenigen verstanden, welche zum Besten einzelner, namentlich ausgedrückter Familien fortdauernd und dergestalt errichtet sind, dafs den Angehörigen der benannten Familien entweder ausschliefslich, oder vorzugsweise das Recht zusteht, die Nutzungen gewisser Vermögensgegenstände zu einem von dem Stifter ausdrücklich vorgeschriebenen Zwecke zu beziehen. Bei Beurtheilung der Frage, welche von den, zufolge des §. II. der Convention vom 27sten Juli 1817, angezeigten Familienstiftungen der Aufsicht der einen oder andern Regierung für die Zukunft unterworfen sein sollen, ist

1. darauf zu sehen, ob nach den Stiftungsurkunden der Hauptzweck der Stiftung an einem bestimm-

ten Orte in Erfüllung gehen soll, wie z. B. nament- 1825
lich bei Stiftungen zu Freitischen, oder Wohnungen und andern Unterstützungen in dazu bestimmten örtlichen Anstalten. Eine solche Stiftung folgt der Aufsicht derjenigen Regierung, in deren Gebiete der bezeichnete Ort gelegen ist.

Da, wo ein solches Verhältnifs nicht vorhanden ist, kommt es sodann

2. darauf an, ob den Familiengliedern durch die Stiftungsurkunden oder sonstige, vor dem 5ten Juni 1815, rechtsgültig getroffene Verfügungen:

a. Angehörige gewisser Provinzen, Orte oder Localanstalten des Königreichs oder Herzogthums Sachsen vorzugsweise, oder ausschliefslich substituirt sind, und solchenfalls sind dergleichen Familienstiftungen derjenigen Regierung zu überweisen, unter deren Landeshoheit sich die fraglichen Provinzen, Orte oder Localanstalten befinden;

b. dasselbe findet Statt, wenn Angehörige einer, der einen der gegenwärtig paciscirenden Regierungen, als solcher, unterworfenen, in der Stiftungsurkunde namentlich ausgedrückten Provinz zugleich mit Unterthanen einer fremden Regierung substituirt sind, und gehet daher die Aufsicht über eine solche Stiftung auf die erstgedachte Regierung über;

c. eben diefs greift ferner Platz, wenn Studirende auf einer der beiden Universitäten Leipzig, oder Halle-Wittenberg ausschliefslich, oder welche vorher auf einer gewissen Schule im Königreiche oder Herzogthume Sachsen gewesen, substituirt sind, indem solchenfalls die Stiftung unter Aufsicht derjenigen Regierung tritt, in deren Gebiete sich diese Universität, oder Schule befindet. Sind aber Individuen, welche auf der Einen der vorgenannten beiden Universitäten studiren, und vorher auf einer Schule in dem andern Landestheile gewesen, substituirt, so tritt die Stiftung unter Aufsicht derjenigen Regierung, in deren Gebiete sich die Schule befindet;

d. sonstige allgemeine Substitutionen ohne ausschliefsliche örtliche Beziehungen, oder ohne örtliche Beziehungen überhaupt, sind hingegen nicht als entscheidend zu betrachten. Auch bleiben diejenigen Familienstiftungen, bei denen mehrere, in beiden

1825 Landestheilen, oder im beiderseitigen Auslande gelegene Provinzen und Orte zugleich substituirt sind, unbeschadet der dabei Statt findenden Substitutionen, in ihren bisherigen Verhältnissen.

Sind bei Familienstiftungen solche Substitutionen, welche, nach Vorstehendem, Berücksichtigung verdienen, nicht vorhanden, so entscheidet dann

3. der feste Sitz der Collatur- und Administrations- oder Aufsichts-Behörde am 5ten Juni 1815, insofern das diefsfalsige Befugnifs bei landesherrlichen Behörden nicht blofs in der Landesverfassung begründet ist, und zwar dergestalt, dafs

a. wenn der feste Sitz der Collatur in dem einen, und der der Administration oder Aufsicht in dem andern Landestheile sich befindet, der feste Sitz der Collatur prävalirt, hingegen

b. wenn entweder die Collatur in einem Gebiete aufserhalb des Königreichs und Herzogthums Sachsen ihren Sitz, oder gar keinen festen Sitz hatte, der feste Sitz der Administration oder Aufsicht die Norm giebt, insofern derselbe sich in einem der beiden Landestheile befindet.

Bieten nun aber auch weder Collatur- noch Administrations- und Aufsichts-Gerechtsame einen Grund für die Ueberweisung einer Familienstiftung dar, so sind dann

4. etwanige andere Localbeziehungen, z. B. unbewegliches Vermögen einer Stiftnug, als entscheidend anzusehen, und in deren Ermangelung ist

5. auf den bleibenden Wohnsitz, welchen der Stifter zur Zeit seines Ablebens hatte, Rücksicht zu nehmen.

Art. II. Nach diesen, auch bei den etwa später bekannt werdenden, jedoch bereits vor dem 5ten Juni 1815 errichtet gewesenen Familienstiftungen, in Anwendung zu bringenden, übrigens lediglich für diese Art von Stiftungen vertragsweise bestimmten Grundsätzen, und zufolge eines, in Ansehung derjenigen Stiftungen, bei denen entweder Studirende auf Universitäten und Schulen in beiden Landestheilen substituirt sind, oder vorstehend als entscheidend angenommene Verhältnisse nicht Statt finden, getroffenen

Vergleichs, werden die in den Beilagen verzeichneten Stiftungen unter A. dem Königreiche, und die unter B. dem Herzogthume Sachsen dergestalt überwiesen,

1. dafs mit der hiernach auf die Regierung des einen Landestheiles übergehenden Aufsicht, zugleich die Administrations- und Collatur-Gerechtsame, insofern solche landesherrlichen, oder sonstigen Behörden in dem andern Landestheile bisher zugestanden, auf die zuerst gedachte Regierung übergehen, und hierbei jede Regierung die Vertretung und Entschädigung der etwanigen Ansprüche der ihr angehörigen, nicht landesherrlichen Behörden übernimmt.

2. Es versteht sich jedoch von selbst, dafs unter den vorstehend erwähnten landesherrlichen, oder sonstigen Behörden nicht diejenigen Familien, oder deren Mitglieder, denen Administrations- und Collatur-Gerechtsame zustehen, verstanden werden, indem dergleichen Familien, oder Familienglieder vielmehr, sie mögen sich befinden, wo es sei, die ihnen zustehenden Administrations- und Collatur-Gerechtsame unverändert behalten, sich jedoch bei Ausübung derselben der Aufsicht derjenigen Regierung, welcher die Stiftung, nach obigen Grundsätzen und den beigefügten Verzeichnissen, überwiesen ist, zu unterwerfen schuldig sind.

Art. III. Jede der beiden Regierungen erhält in Ansehung der ihr durch gegenwärtige Convention, nach deren Beilagen unter A. und B. überwiesenen Familienstiftungen, aufser den auf sie, nach Obigem, ohnehin übergehenden Rechten, zugleich das Recht, bei erfolgendem Aussterben der berechtigten Familien, nach gesetzlichem, durch die öffentlichen Blätter beider Landestheile bekannt zu machendem Aufrufe, und erfolgter rechtskräftiger Präclusion der etwanigen unbekannten Interessenten, über die denselben zugestandenen Genufsrechte, insofern nicht schon Substitutionen für diesen Fall vom Stifter bestimmt worden sind, auf andere, den Verfügungen desselben möglichst analoge, Weise zum Besten des ihr unterworfenen Landestheils zu verfügen, und die den ausgestorbenen und präcludirten Familien zugestandenen Collatur- und Administrations-Rechte auszuüben.

1825 Art. IV. Die beiderseitigen Regierungen machen sich verbindlich, die Genufsrechte der Familien und ihrer Glieder, oder der ihnen substituirten Personen, jederzeit aufrecht zu erhalten, und weder den Genufs berechtigten Familiengliedern, noch den in deren Ermangelung substituirten Personen, den Genufs der Stiftungen auf irgend eine Weise zu verweigern oder zu erschweren. In dieser Absicht wird Folgendes festgesetzt:

1. Die Callaturbehörden sollen auf den Geburts- oder Wohnort der Interessenten, oder bei Stipendien auf die Lehranstalt, welche sie besuchen, nie eine andere Rücksicht, als die in der Stiftung selbst etwa vorgeschrieben ist, nehmen, mithin dem Inländer, oder dem auf einer inländischen Anstalt Befindlichen, als solchem, nie einen Vorzug vor andern, nach der Stiftung Genufsberechtigten Individuen geben.

2. Sind in den vor dem 5ten Juni 1815 errichteten Stiftungsurkunden die Ausdrücke: Kursächsische oder Königl. Sächsische Lande, Kursächsische oder Königl. Sächsische Universitäten und dergl. gebraucht, so ist darunter stets der zur Zeit der Stiftung bestandene Länderumfang, und unter der Universität Wittenberg gegenwärtig die Universität Halle-Wittenberg, zu verstehen.

3. Schreiben die fundationsmäfsigen Bestimmungen, insonderheit bei Beneficiis für Studirende, eine Lehranstalt, wo diese das Beneficium geniefsen sollen, namentlich vor, so ist auch hierauf genau zu halten.

4. Sind in diesen Bestimmungen alternativ, oder auch cumulativ, Lehranstalten beider Landestheile, des Königreichs und Herzogthums Sachsen, genannt, so sollen dergleichen Familienstipendien auch auf jede derselben, wohin sich der Genufsberechtigte zu begeben, seinen Verhältnissen angemessen findet, ohne Erschwerung des Genusses vergeben werden.

5. Ist in der Stiftungsurkunde keine Lehranstalt, wo das Stipendium genossen werden solle, ausdrücklich genannt, so kann solches von dem Genufsberechtigten auf jeder in- oder aufserhalb des Königreichs und Herzogthums Sachsen gelegenen Universität bezogen werden.

6. Melden sich mehrere Genufsberechtigte zu einem erledigten Stipendio, so ist zuvörderst das, nach Befinden, durch die Fundation selbst, in Hinsicht auf Nähe der Verwandtschaft, Armuth, oder sonstige Umstände begründete Vorrecht, insofern aber die Fundation nichts darüber vorschreibt, lediglich die gröfsere Bedürftigkeit und Würdigkeit zu berücksichtigen.

7. Beiderseitige Regierungen verpflichten sich, auf genaue Beobachtung vorstehender Bestimmungen zu halten. Zu dessen Beförderung haben sich beide Regierungen über folgende Mafsregeln vereiniget:

a. diese Uebereinkunft wird, nebst den derselben beigefügten Verzeichnissen unter A. und B., in den Gesetzsammlungen beider Staaten öffentlich bekannt gemacht, um zugleich die vorhandenen Familienstiftungen und die, in Folge dieser Convention, für die Zukunft regulirten Collatur-, Administrations- und Aufsichts-Verhältnisse zur Kenntnifs der beiderseitigen Unterthanen zu bringen, und diesen die eigne Wahrnehmung ihrer Gerechtsame zu erleichtern.

b. Es soll in beiden Staaten, durch eine gesetzliche Verfügung, den Behörden, welche Familienstiftungen zu vergeben, zu verwalten und zu beaufsichtigen haben, die genaue Befolgung vorstehender Bestimmungen zur Obliegenheit gemacht, und dabei noch aufgegeben werden, bei jeder Erledigung eines Familien-Stipendii, wenn sich binnen vier Wochen nach Ablauf des letzten Genufstermins kein qualificirter Geschlechtsverwandter angemeldet hat, eine Bekanntmachung in einer Sächsischen und einer Preufsischen Zeitung, welche jede Regierung dazu bestimmen wird, zu erlassen, und einen Termin zur Anmeldung der Interessenten zu bestimmen. Diese Bekanntmachungen sollen, insofern die Kosten derselben nicht aus den Ueberschüssen der Stiftung bestritten werden können, jederzeit kostenfrei expedirt, und blofs die baaren Auslagen dem, in Folge des öffentlichen Aufrufs, zunächst zur Perception Gelangenden angerechnet werden.

c. Den Beschwerden diefs- oder jenseitiger Unterthanen wegen Hintansetzung fundationsmäfsiger Ge-

1825 rechtsame soll, nach den bereits im §. 7 der Convention vom 27sten Juli 1817 enthaltenen Bestimmungen, jederzeit schleunigst abgeholfen und den Betheiligten die ihnen gebührende Entschädigung verschafft werden.

Art. V. Nach erfolgter beiderseitiger Genehmigung dieser Uebereinkunft sollen sofort jeder Regierung die zu den ihr überwiesenen Familienstiftungen gehörigen Fonds, Acten, Urkunden und Rechnungen, insoweit sie sich bei Behörden des andern Landestheils befinden, und, so viel die Fonds betrifft, insofern sie nicht in Immobilien, oder unaufkündbaren Capitalien bestehen, ausgeantwortet, bis dahin aber alle stiftungsmäfsige Zahlungen fortgeleistet, auch die gegenwärtig in der Perception von Beneficien aus Familienstiftungen stehenden Personen in deren Genufs auf dessen Dauer gelassen werden. Die hiernach aus dem einen in den andern Landestheil auszuliefernden Fonds sollen, nach ihrem dermaligen Activ- und Passiv-Zustande, unverzüglich durch beiderseitige Rechnungsbeamte genau ermittelt und nach einer deshalb zu haltenden Schlufsrechnung gegenseitig ausgeliefert werden. So viel das hierbei zur Sprache kommende Agio von der Adam Müllerischen und Ludowicus Schneiderschen Familienstiftung gehörigen alten Stiftungscapitalien betrifft, so bleiben die diesfallsigen Ansprüche den nunmehrigen Administrations- und Collatur-Behörden zur besondern Verhandlung und, nach Befinden, Ausführung im Wege Rechtens vorbehalten.

Art. VI. Da, nach erfolgter Auslieferung der vorstehend gedachten Fonds, Acten, Urkunden und Rechnungen, die Interessenten der aus dem einen in das andere Gebiet übergehenden Familienstiftungen sich an die, zufolge der obigen Bestimmungen, eintretenden neuen Administrations-, Collatur- und Aufsichts-Behörden zu wenden haben, so soll der Zeitpunkt der erfolgenden gegenseitigen Auslieferung, zugleich mit der, oben im Art. IV. bestimmten, Publication der gegenwärtigen Uebereinkunft und der beigefügten Verzeichnisse, von beiden Regierungen öffentlich bekannt gemacht werden.

Zu dessen Urkund haben die beiderseitigen Commissarien die gegenwärtige Convention unterzeichnet.

Dresden, am 27sten September 1825.

Müller,	Dr. Pinder,
Königl. Sächs. Commissarius.	*Königl. Preufs. Commissarius.*

(Sont joints à la présente convention: A: Verzeichnifs der dem Königreiche Sachsen überwiesenen Familienstiftungen; et B: Verzeichnifs der dem Herzogthume Sachsen überwiesenen Familienstiftungen.)

83.

Convention concernant les pretentions réciproques des fondations du royaume et du duché de Saxe; signée le 6 Décembre 1825 et ratifiée par la Saxe le 12 Juin 1826 et par la Prusse le 4 Juin de la même année.

(*Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen* 1828. Nr. 32. p. 331.)

Dresden, den 6ten December 1825.

Da sich bei den commissarischen Verhandlungen über die, das fiscalische Interesse betreffenden Ansprüche der Stiftungen des Königreichs und Herzogthums Sachsen verschiedene, bisher nicht zu erledigen gewesene Differenzen ergeben, so sind heute die von beiden Seiten zur Vermittelung Beauftragten mit den Commissarien zusammengetreten, und haben sich, nach Erwägung der beiderseitigen Gründe, über folgende, ihren Allerhöchsten Behörden zur Genehmigung vorzutragende Punkte vereiniget.

1825 A. Die Ansprüche der Stiftungen des Herzogthums Sachsen an den Königl. Sächsischen Fiscus betreffend.

1. Von Königl. Sächsischer Seite werden folgende Forderungen als Schulden der Königl. Sächsischen Rentkammer, und resp. so viel das Capital der Wolframsdorfischen Stiftung anlangt, als auf dem Amte Mügeln haftend, anerkannt:

7875 Thlr. —— —— oder 9000 Mfl. Capital der Kirchen zu Sangerhausen und Emselohe, von der Trillerschen Stiftung;

8800 Thlr. —— —— Capital der Wolframsdorfischen Stiftung, zu Freitischen für Studirende auf der Universität Wittenberg;

1000 Thlr. —— —— Capital des Waisenhauses und St. Georgen-Hospitals zu Langensalza;

1000 Thlr. —— —— Capital der Armencasse zu Lichtenburg,

sämmtlich à 5 pro Cent verzinsbar; ingleichen

2. der Anspruch der Commendestiftung zu Weissensee auf einen, bei der Dresdner Rentkammer zur Verwahrung gekommenen, mit 5 pro Cent verzinsbaren Kammerschein, vom 3ten December 1779, Nr. 888, über 340 Thlr. —— —— und demnach die Ausantwortung dieses Hauptstammes nebst den, von dem Mandatarius der gedachten Stiftung, Advocat Schumann in Dresden, auf das Jahr von Ostern 1812 bis 1813 erhobenen, mit vorstehendem Kammerscheine zum Deposito der Dresdner Rentkammer gekommenen Zinsen an 17 Thlr. —— —— und den seit Ostern 1813 ferner gefällig wordenen Zinsen, zugestanden.

3. Das, Preufsischer Seits, von obigen

7875 Thlr. —— —— nach $48\frac{4}{27}$ pro Cent, und von den

8800 Thlr. —— —— nach $11\frac{1}{9}$ pro Cent verlangte Agio wird vergleichsweise auf

1895 Thlr. 20 Gr. —— nach $24\frac{2}{27}$ pro Cent von der ersten, und

586 Thlr. 16 Gr. —— nach $6\frac{2}{3}$ pro Cent von der letzten Post festgesetzt.

4. Da der Stadtrath zu Langensalza behauptet, über 25 Thlr. —— —— halbjährige Zinsen von dem, den dasigen Stiftungen gehörigen Capitale der 1000 Thlr. —— —— auf den

Termin Johannis 1815, Quittung hierher eingesendet, 1825
den Betrag aber, wegen der unterdessen eingetretenen Landestheilung, nicht erhalten zu haben, so wird demselben der Anspruch auf diese 25 Thlr. — — zur weitern Nachweisung, oder Ausführung vorbehalten.

5. Die der Armencasse zu Lichtenburg, zufolge einer Verordnung vom 14ten März 1812, auf die Jahre 1800 bis 1802, mit

75 Thlr. — — —

zu zahlen gewesene Zinsvergütung, ist, laut einer in beglaubter Abschrift übergebenen Quittung vom 5ten October 1812, bereits bezahlt, und fällt daher der diefsfalsige Anspruch weg.

6. Wegen der Stiftung zu Stipendien und zu Unterstützungen für Predigerkinder im Stifte Merseburg wird der Vorschlag der Königl. Sächsischen Commissarien dergestalt angenommen, dafs jede Regierung die in der zweiten nachträglichen Convention wegen der Stiftungen, in Gemäsheit der commissarischen Vereinigung, zu bestimmenden stiftungsmäfsigen Leistungen an die Genufsberechtigten ihres Gebietes vom 6ten Juni 1815 an übernimmt, wogegen die Königl. Sächsische Regierung, insofern seitdem die Bezüge auch an Angehörige des Königreichs fortgeleistet worden, zu solchen antheilig beizutragen, auch der Königl. Preufsischen Regierung die von ihr, auf die Zeit bis zum 5ten Juni 1815, vorschufsweise bezahlten

329 Thlr. 8 Gr. 2 Pf.

wieder zu erstatten, und alle sonst etwa bei der Stipendienstiftung, auf die Zeit vor dem 1sten April 1815, so wie bei der Stiftung für Predigerkinder, auf die Zeit vor Michael 1814, rückständig gebliebene Beneficien zu vertreten hat.

7. Wegen des Anspruchs der Weihrauchschen Stipendienstiftung zahlt die Königl. Sächsische Regierung

875 Thlr. — — —

wogegen die Königl. Preufsische Regierung auf die bisherigen Zinsen davon verzichtet, aber auch erst vom Empfange der vorstehenden 875 Thlr. — — an in die Verbindlichkeit zur Auszahlung des Weihrauchschen Stipendiums tritt.

1825 8. Die vorstehend von Königl. Sächsischer Seite anerkannten und übernommenen Verbindlichkeiten sollen, soweit solche nicht durch Compensation mit den Königl. Preufsischer Seits weiter unten, ad D. 1 und 2, anerkannten Verbindlichkeiten getilgt werden, nach diefsfallsiger vorheriger Berechnung binnen vier Wochen nach der von den beiden Allerhöchsten Regierungen erfolgten Genehmigung dieser Uebereinkunft, durch baare Zahlung der Capitalien, des verglichenen Agio und der Zinsen von den ad 1 gedachten Capitalien, so weit solche rückständig, ingleichen des nach Weissensee gehörigen Depositi nebst Zinsen, der ad 6 gedachten Ersatzpost des ad 7 bestimmten Vergleichs-Quanti und eventualiter des ad 4 erwähnten Rückstandes, berichtigt werden; wogegen

9. Königl. Preufsischer Seits auf den Anspruch des Wittenberger Stipendienfonds, wegen der vom Klosteramte Sornzig rückständig gebliebenen Zinsen, an 3409 Thlr. 18 Gr. 3 Pf.
so wie auf alle weiter, wegen der vorstehend gedachten Stiftungen, zu machenden Ansprüche, und insbesondere auch wegen der, von der Administration der Weissenseer Commendestiftung, im Mai 1815, zur Dresdner Rentkammer eingesendeten 1400 Thlr. —— —— so wie wegen der vorhin verlangten Vertretung des, zur Deckung der Bezüge bei der unter 6 erwähnten Stiftung, erforderlichen Capitals von 12,250 Thlr. —— —— unbedingt an den Königl. Sächsischen Fiscus Verzicht geleistet wird. Auch wird der Anspruch auf den fernern Bezug der vorhin von der Universität Leipzig jährlich an das Rentamt Merseburg eingesendeten Promotionsgelder, mit Vorbehalt der bisher bereits dahin abgelieferten, aufgegeben.

B. Anlangend die Abgaben und Leistungen getheilter Aemter und Bezirke an Stiftungen, oder Institute des Königreichs und Herzogthums Sachsen, so wird zuvörderst

1. als Grundsatz festgesetzt, dafs nur diejenigen, dem Hauptsitze nach, dem einen Theil angehörigen Aemter und Bezirke, von denen wenigstens ein ganzer unmittelbarer Amtsort dem andern Theile angehört, als getheilt, diejenigen aber, von denen blos Patrimonialorte, oder blos Antheile von unmittelbaren

Amtsorten abgetrennt sind, in der gegenwärtigen Beziehung als ungetheilt angesehen werden sollen. 1825

2. Nach dieser Voraussetzung übernimmt jede Regierung die ihren Stiftungen und Instituten zustehenden Bezüge aus den solchergestalt für getheilt zu achtenden Aemtern und Bezirken, und entsagt den Ansprüchen auf antheilige Beiträge der andern Regierung, so wie auf Ersatz des bisher aus dem einen in das andere Gebiet Geleisteten.

Hiernach sind namentlich, was die bisher zur Sprache gekommenen Abgaben der Art betrifft:
a. vom Königreiche Sachsen
 aa. die Getreideabgaben vom Amte Mühlberg an den Pfarrer in Gohlis bei Strehla,
 bb. die Geldabgaben vom Amte Torgau an die Pfarrer zu Thammenhain, Sörnewitz und Dorfreichenbach;
 cc. das Holzdeputat an den Pfarrer zu Hohburg;
 dd. die Forderungen der Stadt Camenz für die dasigen Kirchen, Schulen und das Hospital;
b. vom Herzogthume Sachsen:
 aa. die Geld-, Holz- und Getreide-Abgaben des Amtes Mühlberg an das Heinich-Brod-Gestift zu Mühlberg, und an die Geistlichen zu Boragk, Kostdorf, Lausa und Staritz;
 bb. das Holzdeputat vom Amte Hain an den Pfarrer zu Boragk;
 cc. die Geld- und Getreide-Abgaben des Amtes Torgau an die Universität Wittenberg und die Geistlichen, Schullehrer, oder andere Percipienten in Torgau, Belgern, Gräfenhaynchen, Herzberg und andern Preufsischen Orten;
 dd. die Geld-, Getreide- und Holzabgaben aus der Stift-Mersebnrgischen Rentkammer an das Domkapitel und die Geistlichen zu Merseburg;
 ee. die Geld-, Getreide- und Holz-Abgaben des Amtes Lützen an den Geistlichen und andere Percipienten in Lützen,
zu übernehmen.

C. Die auf die, nach obiger Bestimmung, für ungetheilt zu achtenden Aemter und Bezirke des Königreichs, oder Herzogthums Sachsen, am 5ten Juni 1815 angewiesen gewesenen Abgaben an Stiftungen

1825 und Institute des andern Landestheils sollen ferner, wie bisher, gegenseitig fortgeleistet werden, und da namentlich das, bei den bisherigen Verhandlungen, Preufsischer Seits zu den getheilten Aemtern gerechnete Amt Delitzsch, obigem Grundsatze zu Folge, für ein ungetheilt zum Herzogthume Sachsen gehöriges Amt zu achten ist, so übernimmt die Königl. Preufsische Regierung alle auf selbigem haftende Abgaben an Stiftungen beider Landestheile.

Uebrigens bleiben den beiderseitigen Stiftungen ihre Ansprüche an Stadträthe, Patrimonialgüter, oder andere Privatpersonen im andern Landestheile unbenommen, und wird jede Regierung deshalb nöthigen Falls rechtlichen Schutz angedeihen lassen.

Anlangend die nachträglich zur Sprache gebrachten Punkte, so übernimmt

1. die Königl. Preufsische Regierung die von ihr bereits zugestandene Forderung der Höpnerschen Stiftung zu Oschatz an die Domaine Seida, nebst dem auf $13\frac{1}{2}$ pro Cent des Capitals verglichenem Agio, und nebst den Zinsen, so weit solche rückständig sein sollten.

2. Gleichergestalt wird von Seiten des Herzogthums Sachsen das bisher von Königl. Sächsischer Seite der Universität Leipzig verzinste, sogenannte Weltewitzer Capital als eine, ob versionem in rem, auf dem Kammergute Weltewitz haftende Schuld zugestanden.

Hierüber ist das gegenwärtige Protocoll aufgenommen und in zwei gleichlautenden Exemplarien von beiden Seiten vollzogen worden.

VON GLOBIG. VON BÜNAU. VON JORDAN.
NOSTITZ *und* JÄNCKENDORF. MÜLLER. D. PINDER.

84.

Convention concernant le partage des 1825 *fondations locales et privées dans le royaume et dans le duché de Saxe non comprises dans le partage reglé par la convention principale du* 28 *Août* 1819 *et par les conventions supplémentaires du* 4 *Avril et du* 27 *Septembre* 1825*; signée le* 28 *Décembre* 1825 *et ratifiée par la Saxe le* 31 *Août* 1826 *et par la Prusse le* 6 *Août de la même année.*

(*Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen* 1828. Nr. 32. pag. 335.)

Nachdem von den Behörden des Königreichs und Herzogthums Sachsens, aufser den, in der Hauptconvention vom 28sten August 1819, und der nachträglichen Convention vom 4ten April 1825, auseinandergesetzten Stiftungen, und sämmtlichen in der Convention vom 27sten September 1825 enthaltenen Familienstiftungen, in Folge der Convention vom 27sten Juli 1817, §. 11, noch eine bedeutende Anzahl andrer Stiftungen angezeigt worden, welche weitere Bestimmungen erforderlich machen; so haben sich die unterzeichneten Königlichen Commissarien über diese Stiftungen, bis auf beiderseitige Allerhöchste Genehmigung, in folgender Mafse vereiniget.

Art. I. Bei Bestimmung der Landeshoheit über die gedachten Stiftungen kommt es, soweit solche nicht aus dem Friedenstractate vom 18ten Mai 1815 von selbst folgt, in Gemäfsheit der bereits durch die Convention vom 27sten Juli 1817 festgesetzten allgemeinen Grundsätze, und nach der, zu Beseitigung

1825 einiger, über deren Anwendung entstandener Zweifel, getroffenen Uebereinkunft, zunächst und

1. darauf an, ob eine Stiftung an einem bestimmten Orte dergestalt ihren unveränderlichen Sitz hat, dafs daselbst der Hauptzweck der Stiftung in Erfüllung geht, indem eine solche Stiftung jederzeit der Landeshoheit über den Ort, wo sie ihren Sitz hat, folgt. Hierher sind, aufser den im §. 12 No. 1 der Convention vom 27sten Juli 1817 gedachten Kirchen, Schulen, Universitäten, Erziehungs-, Versorgungs-, Kranken- und Siechen-Häusern, auch Hospitäler, Waisenhäuser und Stiftungen zu Freitischen, oder Wohnungen und andern Unterstützungen in dazu bestimmten örtlichen Anstalten, ingleichen zu Erbbegräbnissen, Monumenten, Gedächtnifspredigten, oder andern, an gewissen Orten zu veranstaltenden Feierlichkeiten, insofern diese für sich allein den Hauptzweck der Stiftung ausmachen und nicht blos als Nebenzweck, oder als Bedingung eines als Hauptzweck zu betrachtenden Genusses, bei den unter eine der folgenden Kategorieen gehörenden Stiftungen verordnet sind, zu rechnen. Sind aus dem Vermögen solcher Stiftungen, die ursprünglich lediglich zum Besten gewisser Orte gegründet worden, in der Folge Stiftungen für allgemeinere Zwecke, z. B. zu Stipendien für Studirende, jedoch in widerruflicher Weise, errichtet worden, so folgen auch letztere der Landeshoheit, unter welche die ursprüngliche Stiftung gehört, ohne weitere Auseinandersetzung, jedoch unbeschadet der ferneren Theilnahme der Angehörigen beider Regierungen an dem Genufs solcher Stiftungen, so weit selbige vor der Landestheilung Statt fand und durch gegenwärtige Auseinandersetzung nicht ausdrücklich aufgehoben wird.

2. Bei denjenigen Stiftungen, welche keinen festen Sitz in der vorgedachten Art haben, namentlich bei den, im §. 12 No. II. der Convention vom 27sten Juli 1817 erwähnten Stiftungen zu Ausstattung armer Mädchen, zu Unterstützung armer Wittwen, zu Stipendien für Studirende u. s. w. entscheidet, im Verfolg des in mehrberührter Convention desfalls festgesetzten Grundsatzes,

a. der Umstand, dafs solche lediglich, oder doch vorzugsweise zum Besten gewisser Provinzen, Bezirke,

oder Orte, ihrer Eingebornen, Angehörigen, Anstalten, Behörden, Beamten, Gesellschaften, oder Gemeinden errichtet, oder, nach Wegfall ihrer ursprünglichen Bestimmung, seit der Kirchenreformation gewidmet worden sind, namentlich zu Schul- oder Universitäts-Beneficien für Kinder der Einwohner, Bürger, oder Beamten gewisser Provinzen, Bezirke, oder Orte, ingleichen für Schüler gewisser Schulen, oder für Studirende auf Universitäten, die vorher eine gewisse Schule besucht haben, ferner zu Unterstützung der Armen gewisser Orte, oder zu Almosenvertheilungen an bestimmten Orten, endlich zu Gehaltsverbesserungen der Geistlichen, oder anderer Beamten an einem Orte und zu Bestreitung andrer örtlichen Bedürfnisse. Alle diese Stiftungen folgen der Landeshoheit, unter welcher sich die bezeichneten Provinzen, Bezirke, Orte, oder Schulen ungetheilt befinden. Sind, nach der Stiftungsurkunde, Studirende einer der beiden Universitäten, Leipzig und Wittenberg, welche vorher auf einer gewissen bestimmten Schule im andern Landestheile gewesen sind, genufsberechtigt, so tritt die Stiftung unter die Landeshoheit derjenigen Regierung, in deren Gebiete sich die Schule befindet.

1825

b. Wenn Stiftungen zwar nicht ausdrücklich, aber präsumtiv für gewisse Orte bestimmt sind, so sollen die dafür vorwaltenden Vermuthungen bei der Erörterung, welcher Landeshoheit eine Stiftung zu folgen habe, in Obacht genommen werden. Dies ist namentlich der Fall, wenn

α. Stiftungen zu Stipendien zwar für Studirende überhaupt ohne eine örtliche Bedingung ihrer Genufsfähigkeit bestimmt, allein von gewissen Lokalbehörden im Königreiche, oder Herzogthume Sachsen, es mögen diese landesherrliche, oder andre sein, zu vergeben sind, oder wenn Almosen und sonstige, der Genufsfähigkeit nach allgemeine Unterstützungen, der Stiftung zufolge, von einer Lokalbehörde, oder an einem gewissen Orte, vertheilt werden sollen, ingleichen, wenn

β. bei Stiftungen, welche, nach ihren Verhältnissen, nur auf einen gewissen Ort beschränkt sind, wie zu Almosenspenden, ohne eine nähere Bestimmung der Genufsberechtigung, die Collatur einer

1825 an keinen Ort gebundenen Familie, oder Privatperson zusteht, hingegen die Administration einer Ortsbehörde im Königreiche oder Herzogthume Sachsen aufgetragen ist.

In diesen Fällen soll angenommen werden, daſs eine solche Stiftung unter der Landeshoheit stehe, unter welcher der in Frage kommende Ort gelegen ist, oder die Ortsbehörde ihren Sitz hat.

Sollte aber

γ. bei einer solchen, nach ihren Verhältnissen muthmaſslich auf einen Ort beschränkten Stiftung, weder die Collatur, noch die Administration örtlich fixiret sein, so folgt die Stiftung der Landeshoheit des Ortes, in welchem der Stifter zur Zeit seines Ablebens seinen wesentlichen Wohnsitz hatte.

c. Eine Stiftung, die zum Besten einer, theils zu dem Königreiche, theils zu dem Herzogthume Sachsen gehörenden Provinz ausschlieſslich bestimmt ist, oder bei welcher Angehörige mehrerer, unter beiden Landeshoheiten befindlichen Orte zur Theilnahme am Zwecke zugleich berufen sind, ist als eine gemeinschaftliche zu betrachten.

Diese Gemeinschaft soll jedoch dadurch aufgehoben werden, daſs

α. wenn die Theilnahme in einem aliquoten Verhältniſs, oder überhaupt unbestimmt Statt gefunden hat, die Fonds einer solchen Stiftung zur verhältniſsmäſsigen Theilung zu bringen sind, dafern nicht ein einzelnes Stipendium in Frage steht, welchenfalls die Ausgleichung durch Austausch, oder sonst zu bewirken ist, worauf dann die abgetheilten, oder durch Austausch, oder sonstige Vereinigung überwiesenen Stiftungen unter die ausschlieſsliche Landeshoheit des Theils, für dessen Angehörige sie nunmehr ausschlieſslich bestimmt sind, treten. Sind aber

β. aus einer Stiftung, welche, nach obigen Grundsätzen, in der Hauptsache unter der Landeshoheit des einen Theils steht, Orten, Instituten, oder Individuen im andern Landestheile blos gewisse, quantitativ bestimmte Bezüge ausgesetzt, so ist, nach §. 7 der unterm 3ten und 6ten April 1819 festgesetzten Grundsätze, ein zu Deckung eines solchen Bezugs erforderliches, nach fünf vom Hundert,

oder, wenn in der Stiftung ein anderer Zinsertrag 1825 angenommen ist, hiernach zu berechnendes Capital auszuzahlen, insofern nicht der Wille des Stifters einer solchen Absonderung der Fonds entgegen steht, welchenfalls es bei fernerer Fortleistung des ausgesetzten Bezugs verbleibt.

d. Wenn Angehörige einer zum Königreiche, oder Herzogthume Sachsen ungetheilt gehörigen Provinz, oder eines einzelnen Ortes in einem oder anderm Landestheile, zugleich mit Unterthanen einer fremden Regierung zur Theilnahme am Zweck einer Stiftung berufen sind, so folgt diese Stiftung der Landeshoheit derjenigen Regierung, welcher die in Rede stehende Provinz, oder der einzelne Ort im Königreiche, oder Herzogthume Sachsen unterworfen ist.

e. Stiftungen, zu welchen Angehörige einer Provinz, oder eines Ortes aufserhalb des Königreichs und Herzogthums Sachsen entweder allein, oder mit Unterthanen des Königreichs und Herzogthums Sachsen zugleich berufen sind, bleiben, in soweit sie nicht wegen ihrer Bestimmung für studirende Ausländer auf beiden Universitäten, Leipzig und Wittenberg, nach dem unten, im §. 3 b, enthaltenen Grundsatz, einer Theilung unterworfen sind, in ihren bisherigen Verhältnissen.

f. Bloſse Substitutionen, oder Andeutungen der Stifter für die Collatoren, oder Administratoren, die sich nicht auf ein bestimmtes örtliches Verhältniſs beziehen, sollen für die Landeshoheit über eine Stiftung nirgends entscheidend sein, jedoch ferner von den beiderseitigen Regierungen und den ihnen untergebenen Collaturbehörden aufrecht erhalten und eintretenden Falls berücksichtiget werden.

3. Soviel hingegen diejenigen Stiftungen, bei welchen solche Verhältnisse, die, nach Vorstehendem, über die Landeshoheit entscheidend sind, nicht Statt finden, und namentlich die Universitätsbeneficien für Studirende überhaupt, ohne ausdrückliche, oder nach §. 2 b zu beurtheilende, präsumtive nähere Bestimmung des Ortes ihrer Herkunft, oder der Schule, auf der sie vorher gewesen, betrifft, so sollen

a. dergleichen Beneficien, sie mögen durch landesherrliche Milde, oder von Privatpersonen gegründet sein, insofern sie ausschlieſslich für eine der beiden

1825 Sächsischen Universitäten bestimmt sind, oder der Genufs derselben sonst durch den ausdrücklichen Willen des Stifters, oder eine dem Percipienten vorgeschriebene Bedingung, oder Leistung, an eine der gedachten Universitäten gebunden ist, der Landeshoheit derjenigen Regierung folgen, in deren Gebiete sich diese Universität befindet.

b. Sind aber dergleichen Beneficien für beide Universitäten, Leipzig und Wittenberg, alternativ oder cumulativ bestimmt, so sind sie als gemeinschaftlich zu betrachten und solchenfalls, nach den oben im §. 2 c enthaltenen Bestimmungen, durch Theilung, Austausch, oder sonstige Vereinigung auseinander zu setzen.

Findet eine Beziehung auf die beiden Universitäten in vorgedachter Art nicht Statt, so entscheidet dann

c. der Ort, wo die Collatur- und Administrations-Behörde am 5ten Juni 1815 ihren festen Sitz hatte, insofern ein Befugnifs deshalb entweder einer Communal- oder Patrimonial-Behörde, oder einer andern landesherrlichen Behörde, vermöge der ausdrücklichen Anordnung des Stifters, oder aus einem andern Rechtstitel zusteht, und nicht blos in der Landesverfassung, oder in einem Auftrage einer obern Landesbehörde gegründet ist, und zwar dergestalt, dafs

α. wenn der feste Sitz der Collatur in dem einen, und der der Administration in dem andern Landestheile sich befindet, der erstere den Vorzug erhält, hingegen

β. wenn die Collatur entweder in einem Gebiete aufserhalb des Königreichs und Herzogthums Sachsen ihren Sitz, oder gar keinen, nach Vorstehendem, als entscheidend anzunehmenden festen Sitz hatte, der feste Sitz der Administration der speciellen Aufsicht, insofern sich derselbe in einem der beiden Landestheile befindet, die Norm giebt.

Bieten aber auch weder Collatur- noch Administrations- und Aufsichts-Verhältnisse einen Grund für die Landeshoheit über eine Stiftung dar, so sind dann

d. etwanige andere Localbeziehungen, z. B. unbewegliches Vermögen einer Stiftung in einem Landestheile, insofern solches den Hauptbestandtheil des

Fonds ausmacht, als entscheidend anzusehn, und in 1825
Ermangelung aller vorerwähnten Voraussetzungen ist

e. auf den bleibenden Wohnsitz, welchen der Stifter zur Zeit seines Ablebens im Königreiche, oder Herzogthume Sachsen hatte, auch bei den in diesem §. 3 gedachten Stiftungen Rücksicht zu nehmen.

Art. II. Ueber die, nach obigen Grundsätzen, einer Theilung, oder Ausgleichung unterworfenen Stiftungen und über einige, einer speciellen Festsetzung bedürfenden Punkte hat man sich folgendergestalt vereinigt:

1. Die, vor der erfolgten Territorialveränderung, jährlich aus der Stift-Merseburgischen Rentkammer und, nach deren Auflösung, aus der Königl. Sächsischen Rentkammer bezahlten 175 Thlr. — — — zu Stipendien für Studirende, und 437 Thlr. 12 gr. — — zu Unterstützungen für Predigerkinder aus dem Stifte Merseburg, werden durch ein zu 5 pro Cent zinsbares Capital von 12250 Thlr. — — — gedeckt, wovon

3500 Thlr. — — — zur Stipendienstiftung und

8750 Thlr. — — — zur Stiftung für Predigerkinder gehören, und welches dergestalt getheilt wird, dafs

a. von 3500 Thlr. — — — Stipendienfonds, nach dem Verhältnifs der Volkszahl des Stiftes Merseburg

2839 Thlr. 21 gr. 7 pf. auf den Königl. Preufsischen und

660 Thlr. 2 gr. 5 pf. auf den Königl. Sächsischen Antheil,

b. von 8750 Thlr. — — — Fonds der Stiftung für Predigerkinder aber, nach dem Verhältnifs der Predigerstellen im Stifte Merseburg,

6931 Thlr. 18 gr. — — auf den Königl. Preufsischen und

1818 Thlr. 6 gr. — — auf den Königl. Sächsischen Antheil kommt.

Zur Beseitigung der über die Verbindlichkeit zur Vertretung dieses Capitals entstandenen Zweifel ist die Vereinigung getroffen worden, dafs Jede der beiden Regierungen den, nach vorstehender Auseinandersetzung, ihrem Gebiete angehörigen Capitalantheil des Stiftungsfonds, nebst den vom 6ten Juni 1815 an davon gefälligen Zinsen zu 5 pro Cent, selbst zu

1825 vertreten übernimmt. Die Königl. Sächsische Regierung hat jedoch die Zinsen des ganzen Stiftungsfonds bis mit dem 5ten Juni 1815 zu vertreten und daher davon der Königl. Preufsischen Regierung die stiftungsmäfsigen Beneficien, bei der allgemeinen Stipendienstiftung, auf die Zeit von Ostern bis Michael 1815, und bei der Stiftung für Predigerkinder, auf das Jahr von Michael 1814 bis dahin 1815, ohne Unterschied des Landestheils, welchem die Genufsberechtigten angehörten, berichtigt worden sind, nicht nur 329 Thlr. 8 Gr. 2 Pf., welche hierbei auf die Zeit vor dem 5ten Juni 1815 für sie bezahlt worden sind, sondern auch 39 Thlr. 14 Gr. 1 Pf., die für die Zeit vom 5ten Juni bis Michael 1815 von ihr antheilig beizutragen gewesen wären, der Königl. Preufsischen Regierung unzinsbar wieder zu erstatten, so wie die aufserdem in der Zeit vor dem 5ten Juni 1815 etwa in Rückstand gebliebenen Beneficien zu berichtigen.

Von Michael 1815 an hat jede Regierung die seitdem gefälligen, obiger Vereinigung zufolge, von ihr selbst zu vertretenden Zinsen des ihrem Stiftungsantheile zukommenden Capitalfonds für die ihr angehörigen Genufsberechtigten zu verwenden, und hierbei, soviel die Stipendienstiftung betrifft, blos diejenigen Individuen, deren Geburtsort in ihrem Gebiete liegt, hinsichtlich der Stiftung für Predigerkinder aber blos diejenigen, deren Vater in ihrem Gebiete angestellt war, als Genufsberechtigte zu berücksichtigen.

2. Von der Pelargiussischen Stiftung zu Stipendien für studirende Predigersöhne aus dem, bis 5ten Juni 1815 bestandenen, Königl. Sächsischen Ober-Consistorial-Sprengel erhält das Herzogthum Sachsen, in Rücksicht seiner vormals zu diesem Sprengel gehörig gewesenen Gebietstheile, ein auf 300 Thlr. —— —— verglichenes Quantum, binnen 4 Wochen nach Ratification der gegenwärtigen Uebereinkunft, ausgezahlt.

3. Von der Kutzlebenschen Stipendienstiftung erhält das Herzogthum Sachsen, wegen der Universität Wittenberg, ein auf 2000 Thlr. —— —— verglichenes Quantum zu Ostern 1826 ausgezahlt.

4. Das Vermögen der Oesterreichischen Stipendienstiftung wird, wegen ihrer Bestimmung für die beiden Universitäten, Leipzig und Wittenberg, in zwei gleiche Theile getheilt, und zur Hälfte der Kö-

nigl. Preufsischen Regierung ausgeliefert. Uebrigens 1825 verpflichten sich beide Regierungen, der Freiherrl. Gutschmidischen Familie die ihr stiftungsmäfsig gebührende Concurrenz bei der Administration und Collatur dieser Stiftung ferner, wie bisher, zuzugestehen.

5. Soviel die beiden Callemannischen Stipendienstiftungen betrifft, so wird

a. die bisher von dem Königl. Sächsischen Ober-Consistorio ausgeübte Administration und Collatur der Stiftung zu Stipendien für Studirende auf der Universität Wittenberg, an die Königl. Preufsische Regierung abgetreten und der Stiftungsfonds an dieselbe ausgeliefert; wogegen

b. die bisher der Wittenberger Juristenfacultät zugestandene Administration und Collatur der vorzüglich für Rechtscandidaten aus Budissin bestimmten Stiftung, deren Fonds sich bereits unablöslich im Königreiche Sachsen befindet, auf das Letztere übergeht.

6. Die Königl. Sächsische Regierung verpflichtet sich, zu Deckung der jährlich, an den Bürgermeister und Stadtschreiber zu Weida, aus der unter Administration der philosophischen Facultät zu Leipzig stehenden Frankeschen Stiftung, zu zahlenden 10 Thlr., auf Verlangen der Grofsherzogl. Weimarischen Behörde, ein Capital von 200 Thlr. auszuzahlen, bis dahin aber auf fernere unverkürzte Fortsetzung der gedachten jährlichen Leistung zu halten.

7. Gleichergestalt verspricht die Königl. Sächsische Regierung darauf zu halten, dafs aus der in Budissin administrirten Frankeschen Stiftung, die jährlich zu milden Zwecken nach Senftenberg zu entrichtenden 100 Thlr. — — — so lange nicht der, im §. I. Nr. 2., des Frankeschen Testaments vorausgesetzte, Fall einer nothwendigen Aussetzung dieser und andrer im gedachten Testament angeordneter Leistungen nachgewiesen wird, jederzeit stiftungsmäfsig dahin gezahlt, auch

8. die einigen Genufsberechtigten Personen zu Luckau in der Niederlausitz gebührenden, lebenslänglichen Bezüge aus der, unter Administration des Stadtraths zu Dresden stehenden, Wilfsischen Stiftung unverkürzt denselben geleistet werden.

9. Die Wittenberger Stipendiatencasse zu Halle bezieht ferner, wie bisher, die von dem Stadtrathe zu

1825 Plauen jährlich dahin zu entrichtenden 100 Mfl., oder 87 Thlr. 12 Gr. —- wogegen bei Vergebung der hierauf ursprünglich für die in Wittenberg Studirenden aus den Voigtländischen Städten angewiesenen Stipendien die von den Stadträthen des Königl. Sächsischen Voigtlandes, der Stiftung gemäfs, präsentirten Stipendiaten berücksichtigt werden sollen.

10. In Rücksicht der von der Schule Pforta, wegen der für die Schüler derselben, zum Studiren auf der Universität Leipzig, vom Kurfürst Moritz bestimmten Stipendien erhobenen Ansprüche verpflichtet sich die Königl. Sächsische Regierung, von erfolgter Ratification der gegenwärtigen Convention an, jährlich 300 Mfl., oder 262 Thlr. 12 Gr. —- nach der von der Königl. Preufsischen Regierung zu bestimmenden Repartition, für die von der Letztern zu ernennenden Stipendiaten in Leipzig auszahlen zu lassen.

Art. III. Nach den, im Art. I. festgesetzten, auch bei den etwa später bekannt werdenden, jedoch bereits vor dem 5ten Juni 1815 errichtet gewesenen Stiftungen zu befolgenden Grundsätzen, und nach den vorstehend im Art. II. enthaltenen speciellen Vereinigungen, wird die Königl. Sächsische Landeshoheit über die, in der Beilage Nr. I. und die Königl. Preussische Landeshoheit über die, in der Beilage Nr. II. auf den Grund der von den Verwaltungsbehörden eingereichten Anzeigen verzeichneten Stiftungen gegenseitig, mit Vorbehalt der Berichtigung erweislich unrichtiger Angaben, anerkannt und so weit nöthig dergestalt überwiesen, dafs mit der, hiernach der Regierung des einen Landestheils ausschliefslich zustehenden Aufsicht, zugleich unbeschadet des, den Stiftungen selbst bleibenden Vermögens, die Administration- und Collatur-Gerechtsame, nebst den damit verbundenen Emolumenten, insofern solche bisher landesherrlichen, oder sonstigen Behörden in dem andern Landestheile zustanden, auf die zuerst gedachte Regierung, oder die von ihr zu ernennenden Behörden übergehen, auch jede Regierung die Vertretung der etwanigen Ansprüche der ihr angehörigen Behörden und deren Entschädigung übernimmt.

Gleichwie übrigens die beiden Universitäten, Leipzig und Wittenberg, schon an sich und ohne dafs es deshalb einer weitern Bestimmung bedarf, lediglich

unter der bisherigen Landeshoheit bleiben, also ver- 1825
steht es sich, in Gemäſsheit der durch Art. 16. des Friedensschlusses vom 18ten Mai 1815, im Allgemeinen getroffenen Bestimmungen, von selbst, daſs Jede derselben auch fortan, unter der Oberaufsicht ihrer Regierung, die Administration des zu ihrer Unterhaltung bestimmten Vermögens, so wie der durch landesherrliche Verfügungen errichteten Stipendiatencassen behält, die Collatur der hierauf fundirten Königlichen Stipendien aber derjenigen Regierung zusteht, welcher die Universität selbst unterworfen ist.

Art. IV. Jede der beiden Regierungen erhält in Ansehung der, zufolge dieser Convention, ihrer Landeshoheit angehörigen Stiftungen und Stiftungstheile, mit der alleinigen Aufsicht über solche, zugleich das Recht, in den Fällen, wenn Behörden, oder Privatpersonen, welchen Collatur- oder Administrations-Gerechtsame zugestanden haben, nicht mehr existiren, über diese Befugnisse, dafern nicht schon in der Stiftungsurkunde eine Verordnung auf einen solchen Fall enthalten ist, anderweit zu verfügen, oder in Fällen, wenn der Zweck einer Stiftung entweder überhaupt nicht mehr, oder, wegen temporärer Hindernisse, für jetzt nicht zu erreichen steht, im erstern Falle definitive, im letztern aber provisorische andre, dem ursprünglichen Zwecke der Stiftung möglichst entsprechende Bestimmungen, zu gleich milden, oder nützlichen Zwecken zu treffen.

Art. V. Soviel die, nach Art. II. dieser Convention, getheilten Stiftungen betrifft, so hat jede Regierung die Einkünfte der ihr davon zukommenden Vermögenstheile lediglich zum Besten der ihr angehörigen, oder resp. auf der in ihrem Gebiete befindlichen Universität studirenden Genuſsberechtigten, stiftungsmäſsig zu verwenden.

In Ansehung aller übrigen Stiftungen aber sollen, insofern solche nicht ausschlieſslich für Genuſsberechtigte in dem einen Landestheile allein bestimmt sind, im Allgemeinen die zur Theilnahme Qualificirten aus beiden Landestheilen jederzeit, ohne Unterschied, von den beiderseitigen Collatur- Administrations- und Aufsichts-Behörden berücksichtigt werden.

Auſserdem wird hierbei insonderheit festgesetzt, daſs

1825 a. bei den im Verzeichnifs I. unter Nr. 62, 63, 65, 66 angeführten Bolbritz-, Henrici-, Rechenberg- und Thelernschen Stiftungen zu Stipendien für studirende Söhne der Mitglieder der Budissiner Prediger-Wittwen-Societät, die Söhne der im Herzogthume Sachsen befindlichen Societätsgenossen, wegen ihrer Angehörigkeit an eine andere Landeshoheit, auf keine Weise gegen die im Königreiche Sachsen befindlichen zurückgesetzt, ingleichen bei Vergebung der Stipendien

b. von der, im Verzeichnifs I. unter Nr. 477 aufgeführten Laueschen Stiftung namentlich auch Studirende aus dem, zum Herzogthume Sachsen gehörigen, Hennebergischen Gebiete,

c. von der ebendaselbst, unter Nr. 478, verzeichneten Datheschen Stiftung die Studirenden aus den zur Meifsnischen Nation gehörigen Gebietstheilen des Herzogthums Sachsen,

d. von der, unter Nr. 440 desselben Verzeichnisses, bemerkten Sylversteinischen Stiftung die Studirenden aus der Schlesischen-, Lausitzischen- und Meifsnischen-Landsmannschaft und den hierzu gehörenden Gebietstheilen des Herzogthums Sachsen, allenthalben stiftungsmäfsig, und ohne Zurücksetzung wegen ihrer Angehörigkeit an eine andere Landeshoheit, berücksichtigt werden sollen.

Art. VI. Zu Sicherstellung dieser und aller übrigen, nach der obigen allgemeinen Bestimmung, ferner aufrecht zu erhaltenden Genufsrechte sollen die, im Art. IV. §. 1 bis 7 der Convention vom 27sten September jetzigen Jahres, wegen der Familienstiftungen enthaltenen Bestimmungen auch auf die gegenwärtig in Rede stehenden Stiftungen dergestalt angewendet werden, dafs Alles, was daselbst in Ansehung der Familienstiftungen, deren Auslegung und Aufrechthaltung zum Besten der Genufsberechtigten Familienglieder und der, in deren Ermangelung, substituirten Personen festgesetzt worden, auch in Ansehung aller durch die gegenwärtige Convention auseinandergesetzten Stiftungen, bei Auslegung derselben und bei Ausübung der Collaturrechte, zum Besten aller zunächst, oder subsidiarisch und eventuell Genufsberechtigten im andern Landestheile überhaupt gegenseitig zu beobachten ist.

1825

Wenn sich daher auf die in der gedachten Convention bestimmte, und bei den hier in Frage befangenen Stiftungen, insofern Angehörige des andern Landestheils zunächst, oder subsidiarisch und eventuell zum Genufs berufen sind, und diese sich nicht von selbst angemeldet haben, jedesmal nothwendige, öffentliche Bekanntmachung ein qualificirter Genufsberechtigter nicht meldet, so soll zwar der Collaturbehörde, nach Ablauf des zur Anmeldung bestimmten Termins, insofern die Stiftung nicht ausdrücklich die Zurücklegung vacanter Beneficien, oder deren anderweite Verwendung vorschreibt, freistehen, das erledigte Stipendium an andere Genufsfähige zu vergeben, doch soll solches jederzeit mit der Bedingung geschehen, dafs der Genufs des conferirten Stipendii mit Ablauf des Erhebungstermins, innerhalb dessen sich ein nach der Stiftung vorzugsweise zum Genufs Berechtigter gemeldet habe, sich endige.

Uebrigens sollen die gedachten öffentlichen Bekanntmachungen namentlich auch bei den, unter Administration und Collatur Königl. Sächsischer Behörden bleibenden, Stiftungen und Stipendien für Studirende aus Königl. Preufsischen, aufserhalb des Herzogthums Sachsen gelegenen Provinzen, oder Orten, dafern sich dergleichen Genufsberechtigte nicht von selbst melden, Statt finden und denselben die obigen Bestimmungen ebenfalls zu statten kommen.

Art. VII. Nach erfolgter beiderseitiger Genehmigung dieser Convention sollen sofort jeder Regierung die zu den ihrer Landeshoheit überwiesenen Stiftungen gehörigen Fonds, Acten, Urkunden und Rechnungen, in so weit sie sich bei Behörden des andern Landestheils befinden, und so viel die Fonds betrifft, insofern sie nicht in Immobilien, oder unaufkündbaren Capitalien bestehen, ausgeantwortet, bis dahin aber alle stiftungsmäfsigen Zahlungen fortgeleistet, auch die gegenwärtig in der Perception von Stiftungsbeneficien stehenden Personen in deren Genufs auf dessen Dauer gelassen, jedoch die aus den im Art. II. §. 2 und 3 gedachten Siftungsfonds gegenwärtig conferirten Stipendien lediglich von der Königl. Sächsischen Behörde ausgezahlt werden.

1825 Die hiernach aus dem einen in den andern Landestheil auszuliefernden Fonds sollen, nach ihrem dermaligen Activ- und Passiv-Zustande, unverzüglich durch beiderseitige Rechnungsbeamte genau ermittelt und, nach der deshalb zu haltenden Schlufsrechnung, gegenseitig ausgeliefert werden, wogegen alsdann beide Regierungen auf alle, nicht in dieser Convention gegründete Ansprüche wegen dieser Stiftungsfonds, unbeschadet der den Letztern selbst an den gegentheiligen landesherrlichen Fiscus, oder an Privatverpflichtete im andern Landestheile zustehenden Ansprüche Verzicht leisten.

Es wird jedoch

1. im Betreff der, unter Administration des Stadtraths zu Leipzig stehenden, Adam Müllerschen Stiftung, soweit solche für die Prediger an der Kirche St. Maximi zu Merseburg und für die Armen zu Leipzig und Merseburg bestimmt ist, mit Berücksichtigung des Art. V. der, wegen der Familienstiftungen, geschlossenen Convention vom 27sten September jetzigen Jahres, den Stadträthen der genannten beiden Städte die Auseinandersetzung wegen des nach Merseburg auszuliefernden antheiligen Fonds und des Agio davon, ingleichen

2. hinsichtlich der Scultetus, und Deichselschen Stipendienstiftungen den Stadträthen zu Breslau, Glogau und Lübben, wegen der für dieselben in Anspruch genommenen Collaturrechte, die Vereinigung mit dem Stadtrathe zu Leipzig, oder die rechtliche Ausführung gegen denselben vorbehalten, auch

3. die obige Verzichtleistung, unbeschadet der Ansprüche, welche wegen der am Endeschen Stiftung für Gräfenhaynichen, Gremmin und Mescheide von den Betheiligten etwa erhoben werden können, verstanden.

Schliefslich sollen hinsichtlich der Stiftungen, bei welchen, nach dieser Convention, eine Veränderung der Collatur-, Administrations- und Aufsichts-Behörden eintritt, die von jeder Regierung zu ernennenden neuen Behörden, nebst dem Zeitpunkte, von welchem an sich die Genufsberechtigten an dieselben zu wenden haben, zugleich mit der, nach Art. IV. der Convention vom 27sten September jetzigen Jahres, erfolgenden Publication der gegenwärtigen Ueber-

einkunft und der ihr beizufügenden Verzeichnisse öffentlich bekannt gemacht werden. 1825

Zu dessen Urkund haben die beiderseitigen Commissarien diese Convention in zwei gleichlautenden Exemplaren unterzeichnet.

Dresden, am 28sten December 1825.

MÜLLER,	Dr. PINDER,
Königl. Sächs. Commissarius.	*Königl. Preufs. Commissarius.*

(Sont joints à la présente convention: 1. Verzeichnifs der Local-, Provinzial- und allgemeinen Stiftungen des Königreichs Sachsen; II. Verzeichnifs der Provinzial- und allgemeinen Stiftungen des Herzogthums Sachsen.)

85.

*Convention entre S. M. le roi de la Grande-Brétagne et S. A. R. l'infante régente de Portugal, concernant le maintien d'un corps de troupes angloises en Portugal, signée à Brighthelmstone le 19 Janvier 1827 *).*

1827

(*Presented to both Houses of Parliament, by Command af His Majesty*, 1827. London: printed by R. G. Clarke. fol.)

Em Nome da Sanctissima e Indivisivel Trindade.

Havendo Sua Alteza Real A Infanta Regente de Portugal, em consequencia das aggressoens commettidas

*) Le texte anglois de cette convention se trouve déjà dans la première partie de ce tome p. 114. L'éditeur s'empresse de donner ici le texte portugais, qui ne lui est parvenu qu' après que l'impression de la première partie fût dejà achevée.

1827 contra o Territorio Portuguez, requerido a Sua Magestade El Rey do Reyno Unido da Gram Bretanha e Irlanda, o cumprimento dos antigos Tractados de Alliança e de Amizade que subsistem entre as duas Corôas; e havendo Sua Magestade Britannica por isso resolvido mandar, como com effeito já mandou, um Corpo de Tropas para Portugal, julgam as Duas Altas Partes Contractantes necessario convir em certos arranjos para a manutençaõ das dictas Tropas durante a sua estada em Portugal, e nomearam para esse fim, a saber: —

Sua Magestade El Rey do Reyno Unido da Gram Bretanha e Irlanda, ao Muito Honrado George Canning, Membro do Seu Conselho Privado, Membro do Parlamento, e Principal Secretario de Estado de Sua dicta Magestade na Repartiçaõ dos Negocios Estrangeiros: — E Sua Alteza Real A Infanta Regente de Portugal, ao Illustrissimo e Excellentissimo Senhor Dom Pedro de Souza e Holstein, Marquez de Palmella, Par do Reyno de Portugal, Gram Cruz da Ordem de Christo, Cavalleiro da Ordem do Tosaõ d'Ouro, Gram Cruz de varias outras Ordens, e Embaixador Extraordinario e Plenipotenciario de Sua Alteza Real junto a Sua Majestade Britannica: — Os quaes, depois de terem communicado um ao outro os seus respectivos Plenos Poderes, que se acharam em bôa e devida forma, ajustaram e concluiram os Artigos seguintes: —

Art. I. Tendo Sua Alteza Real A Infanta Regente de Portugal o maior desejo de que o Corpo de Tropas que Lhe foi tam promptamente enviado por Sua Magestade Britannica, seja tractado com aquella hospitalidade que he propria das Relacões que existem entre as duas Naçōes Alliadas, toma a sua conta o mardar-lhe fornecer os Abarracamentos e Quarteis que forem necessarios, edificios para Hospitaes e Armazens, assim como as Raçōes de mantimentos e de forragens que forem precizas para os Officiaes, Officiaes inferiores, e Soldados, e para os cavallos e gado do Exercito Auxiliar Inglez, conforme os regulamentos do Serviço Britannico.

Art. II. Os mantimentos e forragens assima especificados seraõ entregues ao Commissariado Britan-

nico, à distancia quando muito de seis Leguas Portuguezas do Quartel General d'aquelle Destacamento Inglez para que forem destinados, salvo nos casos em que outro arranjo for feito, com consentimento do Commissariado Britannico. 1827

ART. III. Afim de occorrer as difficuldades que, nas circumstancias presentes, poderia occasionar ao Governo de Portugal o immediato desembolço dos fundos para a compra dos sobredictos mantimentos e forragens, fica ajustado que o Commissario Geral Inglez fornecera por agora aquelles provimentos ao Exercito Inglez, lançando em conta ao Governo Portuguez o custo d'elles.

Como porem, possam dar-se casos em que convenha mais receber taes provimentos dos Armazens Portuguezes, afim de evitar a competencia nos Mercados, o Commissario Geral Inglez, em execuçaõ d'este arranjo, concertará de tempos a tempos as suas operações com a pessôa que o Governo Portuguez nomear para esse fim.

ART. IV. As Contas do Commissariado Britannico, depois de approvadas e assignadas pelo Commandante do Exercito Auxiliar, seraõ entregues todos os tres mezes ao Governo Poutuguez, o qual, depois de as haver verificado, pagará logo o importe d'ellas ao Commissario Geral Britannico, ou lançá-lo-ha em conta ao credito do Governo Inglez, segundo for julgado mais conveniente pelos dois Governos.

ART. V. O custo dos mantimentos e das forragens para as Tropas Inglezas, correrá por conta do Governo Portuguez dèsde o dia do desembarque das dictas Tropas em Portugal, e cessará de correr por conta d'elle dèsde o dia da sua partida, ou dèsde aquelle em que sahirem para fôra das Fronteiras de Portugal.

ART. VI. Tendo Sua Alteza Real A Infanta Regente de Portugal consentido em que nesta, como em outras occasiões precedentes, os Fortes de S. Juliaõ e do Bugio, sejam occupados pelas Tropas Britannicas, fica ajustado que a dicta occupaçaõ continuará por todo o tempo que o Exercito Inglez permanecer em Portugal. Os dictos Fortes seraõ de tempos a tempos abastecidos de provimentos pelo Governo Portuguez, ou pelo Commissariado Inglez por conta do

1827 Governo Portuguez, do mesmo modo que fica determinado nos precedentes Artigos, a respeito do Exercito Auxiliar.

O Governo Portuguez e o Commandante do Exercito Britannico conviraõ do modo por que ha de continuar a ser feito o serviço da Saude, da Policia do Porto, e das Alfandegas, pelos proprios Officiaes ordinariamente empregados pelo Governo Portuguez naquelles serviços. Ao Commandante Inglez será entregue uma lista d'esses empregados, e deveraõ ficar estrictamente debaixo do seu Commando, em tudo o que respeita ao Serviço Militar, e á defesa dos Fortes.

Art. VII. Requerendo Sua Magestade Britannica da Sua Alliada somente aquillo que hé indispensavelmente necessario para assegurar a devida manutençaõ das suas Tropas, e para o bem do Serviço commum, declara que naõ presentará reclamaçaõ alguma pecuniaria contra o Governo Portuguez, por conta do auxilio prestado por Sua Magestade na presente occasiaõ a Portugal, além do que se acha especificado nos Artigos precedentes.

Art. VIII. As estipulaçoes d'esta Convençaõ permaneceraõ em toda a força, em quanto As Duas Altas Partes Contractantes mutuamente naõ convierem em fazer-lhes alteraçaõ.

Art. IX. A presente Convençaõ será ratificada, e as Ratificaçoes seraõ trocadas em Londres dentro do espaço de seis semanas á contar da data da mesma, ou antes se poder ser.

Em testemunho do que os respectivos Plenipotenciarios a assignaram, e lhe apposeram os scellos das suas Armas.

Feita em Brighthelmstone, aos dejanove dias de Janeiro, do anno de Nosso Senhor Jesus Christo mil e oito centos e vinte e sette.

George Canning. Marquez de Palmella.

86.

*Traité pour la pacification de la Grèce, conclu entre la Grande Bretagne, la France et la Russie et signé à Londres le 6 Juillet 1827 avec un article additionnel du même jour *).*

1827

(*D'après la copie officielle présentée au Parlement par ordre de S. M. B. en* 1828. London. fol.

Au nom de la Très Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté le Roi du Royaume Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande, Sa Majesté le Roi de France et de Navarre, et Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, pénétrées de la nécessité de mettre un terme à la lutte sanglante, qui, en livrant les Provinces Grecques et les Iles de l'Archipel à tous les désordres de l'anarchie, apporte chaque jour de nouvelles entraves au commerce des Etats Européens, et donne lieu à des pirateries, qui non seulement exposent les sujets des Hautes Parties Contractantes à des pertes considérables, mais exigent, en outre, des mesures onéreuses de surveillance et de répression; —

Sa Majesté le Roi du Royaume Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande, et Sa Majesté le Roi de France et de Navarre, ayant d'ailleurs reçu, de la part des Grecs, l'invitation pressante d'interposer leur médiation auprès de la Porte Ottomane, et étant, ainsi que Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, animées du désir d'arrêter l'effusion du sang, et de prévenir

---

*) L'éditeur n'ayant reçu la copie officielle de ce traité qu' après que la première partie de ce tome fût déjà imprimée, il a cru devoir faire reimprimer ici l'original françois, qui diffère considerablement du texte de ce traité tel qu'il a été publié par le Journal de Francfort et par le Moniteur universel.

1827 les maux de tout genre que peut entrainer la prolongation d'un tel état de choses;

Ont résolu de combiner leurs efforts, et d'en régler l'action, par un Traité formel, dans le but de rétablir la paix entre les Parties Contendantes, au moyen d'un arrangement réclamé, autant par un sentiment d'humanité, que par l'intérêt du repos de l'Europe.

A ces fins, Elles ont nommés Leurs Plénipotentiaires pour discuter, arrêter, et signer le dit Traité, savoir: —

Sa Majesté le Roi du Royaume Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande, le Sieur Jean Guillaume Vicomte Dudley, Pair du Royaume Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande, Conseiller de Sa Majesté Britannique en Son Conseil Privé, et Son Principal Secrétaire d'Etat ayant le Département des affaires Etrangères: —

Sa Majesté le Roi de France et de Navarre, le Sieur Prince Jules, Comte de Polignaç, Pair de France, Chevalier des Ordres de Sa Majesté Très Chrétienne, Maréchal de Camp de Ses Armées, Grand' Croix de l'Ordre de St. Maurice de Sardaigne, etc. etc. et Son Ambassadeur à Londres: —

Et Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, le Sieur Christophe Prince de Lieven, Général d'Infanterie des Armées de Sa Majesté Impériale, Son Aide-de-Camp Général, Chevalier des Ordres de Russie, de ceux de l'Aigle Noir et de l'Aigle Rouge de Prusse, de celui des Guelphes de Hanovre, Commandeur Grand' Croix de l'Ordre de l'Epée de Suède, et de celui de St. Jean de Jerusalem, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté Britannique: —

Lesquels, après s'être communiqué leurs Pleins Pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivans: —

ART. I. Les Puissances Contractantes offriront à la Porte Ottomane leur médiation, dans la vue d'amener une réconciliation entr'Elle et les Grecs.

Cette offre de médiation sera faite à cette Puissance immédiatement après la Ratification du Traité, au moyen d'une déclaration collective, signée par les Plénipotentiaires des Cours Alliées à Constantinople;

et il sera fait, en même temps, aux deux Parties Contendantes, la demande d'un armistice immédiat entr'Elles, comme condition préliminaire indispensable à l'ouverture de toute négociation. 1827

ART. II. L'arrangement à proposer à la Porte Ottomane reposera sur les bases suivantes:

Les Grecs relèveront du Sultan comme d'un Seigneur Suzerain; et en conséquence de cette Suzeraineté, ils payeront à l'Empire Ottoman une redevance annuelle, dont le montant sera fixé, une fois pour toutes, d'un commun accord. — Ils seront gouvernés par des Autorités qu'ils choisiront et nommeront eux-mêmes, mais à la nomination desquelles la Porte aura une part déterminée.

Pour opérer une séparation entière entre les individus des deux Nations, et pour prévenir des collisions, suite inévitable d'une lutte aussi longue, les Grecs entreront en possession des propriétés Turques situées ou sur le Continent, ou dans les Iles de la Grèce, à la charge d'indemniser les anciens propriétaires, soit moyennant une somme annuelle à joindre à la redevance qu'ils payeront à la Porte, soit à l'aide de quelqu'autre transaction de la même nature.

ART. III. Les détails de cet arrangement, ainsi que les limites du territoire sur le Continent, et la désignation des Iles de l'Archipel auxquelles il sera applicable, seront déterminés dans une négociation à établir ultérieurement entre les Hautes Puissances et les deux Parties Contendantes.

ART. IV. Les Puissances Contractantes s'engagent à poursuivre l'oeuvre salutaire de la pacification de la Grèce, sur les bases posées dans les Articles précédens, et à munir, sans le moindre délai, leurs Représentans à Constantinople de toutes les instructions que réclame l'exécution du Traité qu'Elles signent.

ART. V. Les Puissances Contractantes ne chercheront dans ces arrangemens aucune augmentation de territoire, aucune influence exclusive, aucun avantage de commerce pour leurs sujets, que ceux de toute autre Nation ne puissent également obtenir.

ART. VI. Les arrangemens de réconciliation et de paix qui seront définitivement convenus entre les

1827 Parties Contendantes, seront garantis par celles des Puissances Signataires qui jugeront utile ou possible de contracter cette obligation. L'action et les effets de cette garantie deviendront l'objet de stipulations ultérieures entre les Hautes Puissances.

Art. VII. Le présent Traité sera ratifié, et les Ratifications en seront échangées dans le terme de deux mois, ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé, et y ont apposé le Cachet de leurs Armes.

Fait à Londres, le six Juillet, l'an de Grace mil huit cent vingt-sept.

Dudley.
Le Prince de Polignac.
Lieven.

Article additionnel.

Dans le cas où la Porte Ottomane n'accepterait pas, dans le terme d'un mois, la médiation qui lui sera proposée, les Hautes Parties Contractantes conviennent des mesures suivantes: —

1. Il sera déclaré à la Porte, par leurs Représentans à Constantinople, que les inconvéniens et les maux signalés dans le Traité patent comme inséparables de l'état de choses qui subsiste dans l'Orient depuis six ans, et dont la cessation, par les moyens à la disposition de la Sublime Porte Ottomane, parait encore éloignée, imposent aux Hautes Parties Contractantes la nécessité de prendre des mesures immédiates pour se rapprocher des Grecs.

Il est entendu que ce rapprochement s'opèrera en établissant avec les Grecs des relations commerciales, en leur envoyant, à cet effet, et recevant d'eux, des Agens Consulaires, en tant qu'il existera chez eux des Autorités capables de maintenir de telles relations.

2. Si, dans ce même terme d'un mois, la Porte n'acceptait pas l'armistice proposé dans l'Article I. du Traité patent, ou si les Grecs se refusaient à son exécution, les Hautes Puissances Contractantes déclareront à celle des deux Parties Contendantes qui voudrait continuer les hostilités, ou à toutes deux, s'il

devenait nécessaire, que les dites Hautes Puissances 1827 vont s'efforcer, par tous les moyens que les circonstances suggèreront à leur prudence, d'obtenir les effets immédiats de l'armistice dont elles désirent l'exécution, en prévenant, autant qu'il sera en leur pouvoir, toute collision entre les Parties Contendantes; et, en effet, aussitôt après la susdite déclaration, les Hautes Puissances employeront, conjointement, tous leurs moyens pour en accomplir l'objet, sans toutefois prendre part aux hostilités entre les deux Parties Contendantes.

En conséquence, les Hautes Puissances Contractantes, immédiatement après la signature du présent Article Additionnel, transmettront des instructions éventuelles, conformes aux dispositions énoncées cidessus, aux Amiraux commandans leurs Escadres respectives dans les Mers du Levant.

3. Enfin, si, contre toute attente, ces mesures ne suffisent point encore pour faire adopter les propositions des Hautes Parties Contractantes par la Porte Ottomane, ou si, de l'autre côté, les Grecs renoncent aux conditions stipulées en leur faveur dans le Traité de ce jour, les Hautes Puissances Contractantes n'en continueront pas moins à poursuivre l'œuvre de la pacification, sur les bases dont Elles sont convenues entr'Elles; et, en conséquence, Elles autorisent, dès à présent, leurs Représentans à Londres, à discuter et arrêter les moyens ultérieurs dont l'emploi pourrait devenir nécessaire.

Le présent Article Additionnel aura la même force et valeur que s'il était inséré, mot à mot, au Traité de ce jour. Il sera ratifié, et les Ratifications en seront échangées en même tems que celles du dit Traité.

En Foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé, et y ont apposé le Cachet de leurs Armes.

Fait à Londres, le six Juillet, l'an de Grace mil huit cent vingt-sept.

Dudley.
Le Prince de Polignac.
Lieven.

87.

1827 *Traité d'amitié, de navigation et de commerce entre Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté l'Empereur du Brésil, signé à Rio de Janeiro le 9 Juillet 1827.*

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten 1828. Nr. 13. pag. 75.)

Au nom de la Très-Sainte et indivisible Trinité!

Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté l'Empereur du Brésil, également animés du désir de voir concerter les moyens d'activer et d'étendre les relations commerciales entre Leurs états respectifs, dans l'intérêt commun de Leurs sujets et à l'avantage réciproque des deux nations, et de procurer toutes les facilités et tous les encouragemens à ceux de Leurs sujets, qui ont part à ces relations, ont nommé des plénipotentiaires pour conclure un traité d'amitié, de navigation et de commerce, savoir:

Sa Majesté le Roi de Prusse: le Sieur *de Olfers*, son conseiller d'ambassade et chargé d'affaires à la cour impériale du Brésil, chevalier de l'ordre royal de l'aigle rouge; et Sa Majesté l'Empereur du Brésil: Leurs Excellences Messieurs, le Marquis *de Queluz*, conseiller d'état, sénateur de l'Empire, grand-croix de l'ordre impérial du Cruzeiro, commandeur de l'ordre du Christ, ministre-secrétaire d'état des affaires étrangères; le Vicomte *de St. Leopoldo*, conseiller d'état, sénateur et grand de l'Empire, officier de l'ordre impérial du Cruzeiro, chevalier de l'ordre de Christ, ministre-secrétaire d'état de l'intérieur; et le Marquis *de Maceyò*, du conseil de Sa Majesté l'Empereur, gentilhomme de la chambre impériale, commandeur de l'ordre du Christ, officier de l'ordre impérial du Cruzeiro, chevalier des ordres de la Tour et Epée et de St. Jean de Jerusalem, lieutenant-colonel de l'état-major, ministre-secrétaire d'état de la marine;

Lesquels après s'être communiqué réciproquement leurs pleins-pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, ont arrêté et conclu les articles suivans: 1827

Art. I. Il y aura paix constante et amitié perpétuelle entre Leurs Majestés le Roi de Prusse et l'Empereur du Brésil, Leurs héritiers et successeurs, et entre Leurs sujets de tous territoires, sans exception de personne ni de lieu.

Art II. Les sujets de chacune des Hautes Puissances contractantes, en restant soumis aux lois du pays, jouiront en leurs personnes et biens dans toute l'étendue des territoires de l'autre, des mêmes droits, privilèges, faveurs et exemptions, qui sont ou seroient accordés aux sujets de la nation la plus favorisée. Ils ne seront point assujettis aux visites et recherches arbitraires, ni à aucun examen ou investigation de leurs livres et papiers sous quelque prétexte que ce soit. Dans le cas de trahison, contrebande ou autres crimes, dont les lois des pays respectifs font mention, les recherches, visites, examens et investigations ne pourront avoir lieu qu'avec l'assistance du magistrat compétent et en précence du consul de la nation, à qui appartiendra la partie prévenue, du vice-consul ou de son délégué, en cas qu'il y en ait sur les lieux.

Art. III. En cas de mésintelligence ou de rupture entre les deux Puissances (puisse Dieu ne le permettre jamais!) lequel cas ne sera réputé exister, qu'après le rappel ou le départ des agens diplomatiques respectifs, les sujets de chacune des Hautes Puissances contractantes, résidant dans les domaines de l'autre, pourront y rester pour leurs affaires, sans être gênés en quelque manière que ce soit, tant qu'ils continueront à se comporter pacifiquement, et à ne commettre aucune offense contre les lois. Dans le cas cependant, où ils se rendront suspects par leur conduite, ils seront sommés de sortir du pays, et il leur sera accordé un terme pour se retirer avec leurs biens, qui n'excédera pas huit mois.

Art. IV. Les individus accusés dans les états de l'une des Hautes Puissances contractantes, des crimes de haute trahison, félonie, fabrication de fausse monnoye ou du papier qui la représente, ne recevront

1827 point de protection dans les états de l'autre, mais au contraire en seront expulsés, aussitôt qu'Elle en sera requise par le gouvernement respectif. — Les individus, qui déserteroient du service de mer ou de terre d'une des Hautes Puissances contractantes ne seront pas reçus dans les états de l'autre, mais seront arrêtés et remis sur la réclamation des agens consulaires respectifs.

ART. V. Les agens diplomatiques et consulaires de chacune des Hautes Puissances contractantes jouiront selon leur grade dans les états de l'autre des mêmes faveurs, honneurs, privilèges, immunités, exemptions de droits et de charges, qui sont ou seront accordés aux agens de la nation la plus favorisée.

Il reste entendu, que les agens consulaires ne pourront entrer dans l'exercice de leurs fonctions sans l'approbation préalable du souverain dans les états duquel ils seront employés.

ART. VI. Il y aura liberté réciproque de navigation et de commerce entre les sujets respectifs des Hautes Puissances contractantes, tant en navires Prussiens qu'en navires Brésiliens, dans tous les ports, baies, anses, mouillages, villes et territoires appartenant aux Hautes Puissances contractantes.

Il en est excepté toutefois les articles réservés respectivement aux deux couronnes, de même que le cabotage et le commerce côtier.

ART. VII. Les bâtimens des sujets de chacune des Hautes Puissances contractantes, qui entreront dans les ports et mouillages de l'autre, ou qui en sortiront, ne seront assujettis à aucuns droits ou charges de quelque nature qu'ils soyent, autres ou plus considerables, que ceux qui sont actuellement ou pourront par la suite être imposés aux navires de la nation la plus favorisée à leur entrée dans ces ports et mouillages ou à leur sortie.

ART. VIII. Tous les produits, marchandises et articles quelconques, qui sont de production, manufacture et industrie des sujets et territoires d'une des Hautes Puissances contractantes, importés directement ou indirectement des états de cette puissance dans les états de l'autre, tant en navires Prussiens que Brésiliens, paieront généralement et uniquement les mêmes droits, que paient

ou viendroient à payer les sujets de la nation la plus 1827 favorisée, conformément au tarif général des douanes.

Il est convenu, qu'en parlant de la nation la plus favorisée, la nation Portugaise ne devra pas servir de terme de comparaison.

Lorsque les dites marchandises n'auront pas une valeur déterminée dans le tarif, l'expédition en douane s'en fera sur facture, ou sur une déclaration de leur valeur, signée de la partie qui les importera: mais dans le cas, où les officiers de la douane, chargés de la perception des droits, auroient lieu de soupçonner fautive cette évaluation, ils auront la liberté de prendre les objets ainsi évalués, en payant dix pour cent en sus de la dite évaluation; et ce dans l'espace de quinze jours, à compter du premier jour de la détention, et en restituant les droits payés.

Les sujets de chacune des Hautes Puissances contractantes jouiront pour le payement des droits, frais et dépenses quelconques de douanes dans les états de l'autre, des mêmes avantages, que les indigènes, de manière que les sujets de Sa Majesté le Roi de Prusse pourront être signataires des douanes du Brésil avec les mêmes conditions et sûretés que les sujets Brésiliens et vice versa.

Art. IX. Les produits et marchandises dépêchés pour la réexportation ou le transbordement, paieront réciproquement les mêmes droits que paient ou viendroient à payer les sujets de la nation la plus favorisée.

Les produits et marchandises sauvés d'un bâtiment naufragé ne seront pas assujettis à payer les droits, excepté quand ils seront dépêchés pour la consommation.

Il sera accordé pour toutes les marchandises et objets de commerce, dont la sortie des ports des deux états est permise, les mêmes primes, remboursemens de droits et avantages, que l'exportation s'en fasse par les navires de l'un ou par ceux de l'autre état.

Art. X. Tous les produits et marchandises, exportés directement ou indirectement du territoire de l'une des Hautes Puissances contractantes pour les états de l'autre, seront accompagnés de certificats d'origine, signés par le consul de celle-ci, ou par les

1827 autorités compétentes du pays, en cas qu'il n'y ait pas d'agens consulaire.

Art. XI. S'il arrive que l'une des Hautes Puissances contractantes soit en guerre avec quelque puissance, nation ou état, les sujets de l'autre pourront continuer leur commerce et navigation avec ces mêmes états, excepté avec les villes ou ports, qui seroient bloqués ou assiégés par terre ou par mer.

Mais dans aucun cas ne sera permis le commerce des articles réputés contrebande de guerre, tels que canons, mortiers, fusils, pistolets, grenades, saucisses, affûts, baudriers, poudre, salpêtre, casques et autres instrumens quelconques fabriqués à l'usage de la guerre.

Art. XII. Le présent traité sera en vigueur pendant dix ans à dater du jour de la ratification, et au delà de ce terme, jusqu'à l'expiration de douze mois, après que l'une ou l'autre des Hautes Puissances contractantes aura annoncé à l'autre son intention de le terminer.

Art. XIII. Les langues Portugaise et Françoise ayant été exclusivement employées dans la rédaction du présent traité, il est reconnu par les Hautes Puissances contractantes, que cet emploi exclusif des deux langues ne tirera point à consequence pour l'avenir.

Arv. XIV. Le présent traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Rio de Janeiro dans l'espace de huit mois à compter du jour de la signature ou plutôt, si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires de Leurs Majestés le Roi de Prusse et l'Empereur du Brésil, en vertu de leurs pleins-pouvoirs, l'ont signé de leurs main, et y ont fait apposer le sceau de leurs armes.

Fait à Rio de Janeiro le neuf Juillet, l'an de grâce mil huit-cent-vingt-sept.

de Olfers.
Marquez de Queluz.
Visconde de S. Leopoldo.
Marquez de Maceyò.

Article additionnel

au traité d'amitié, de navigation et de commerce du 9 Juillet 1827 conclu et signé à Rio de Janeiro le 18 Avril 1828 par les mêmes plénipotentiaires. 1827

Article.

L'intention bien sincère des Hautes Puissances contractantes étant, de donner toute la liberté possible au commerce par l'adoption d'un système de parfaite réciprocité, basée sur des principes équitables, on est convenu, que tous les avantages de navigation et de commerce, qui sont ou seront concédés par une des Hautes Puissances contractantes à une ville, nation ou à un état quelconque, à l'exception de la nation Portugaise, seront de fait et de droit accordés aux sujets de l'autre, de la même manière que si ces concessions étoient insérées mot à mot dans le traité susmentionné, en observant toutefois les conditions, sous lesquelles ces avantages auroient été concédés.

Il est convenu, que le présent article additionnel aura la même force et valeur, que s'il avoit été inséré mot à mot dans le traité du 9 Juillet 1827.

En foi de quoi les plénipotentiaires de Leurs Majestés le Roi de Prusse et l'Empereur du Brésil, en vertu de leurs pleins-pouvoirs, ont signé le présent article de leur main, et y ont fait apposer le sceau de leurs armes.

Fait à Rio de Janeiro le dix-huit d'Avril l'an de grâce mil-huit-cent-vingt-huit.

DE OLFERS.
Marquez DE QUELUZ.
Visconde DE S. LEOPOLDO.
Marquez DE MACEYÒ.

(Les ratifications de ce traité ont été échangées à Rio de Janeiro le 21 Avril 1828).

88.

1827 *Convention de commerce entre la Grande-Brétagne et les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale, signée à Londres le 6 Août 1827.*

(*Presented to both Houses of Parliament, by Command of His Majesty*, 1828. London: printed by R. G. Clarke. fol.)

His Majesty The King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and The United States of America, being desirous of continuing in force the existing commercial regulations between the two Countries, which are contained in the Convention concluded between Them on the third of July 1815, and further renewed by the fourth Article of the Convention of the twentieth of October 1818, have, for that purpose, named Their respective Plenipotentiaries, that is to say: —

His Majesty The King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, the Right Honourable Charles Grant, a Member of His said Majesty's Most Honourable Privy Council, a Member of Parliament, and Vice-President of the Committee of Privy Council for Affairs of Trade and Foreign Plantations; and Henry Unwin Addington, Esquire;

And the President of The United States of America, Albert Gallatin, their Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to His Britannick Majesty;

Who, after having communicated to each other their respective Full Powers, found to be in due and proper form, have agreed upon and concluded the following Articles:

Art. I. All the provisions of the Convention concluded between His Majesty The King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and The United States of America, on the third of July 1815, and further continued for the term of ten Years by the fourth Article of the Convention of the twentieth of

October 1818, with the exception therein contained as 1827 to St. Helena, are hereby further indefinitely, and without the said exception, extended and continued in force, from the date of the expiration of the said ten Years, in the same manner as if all the provisions of the said Convention of the third of July 1815, were herein specifically recited.

ART. II. It shall be competent, however, to either of the Contracting Parties, in case either should think fit, at any time after the expiration of the said ten Years, — that is, after the twentieth of October 1828, — on giving due notice of twelve Months to the other Contracting Party, to annul and abrogate this Convention; and it shall, in such case, be accordingly entirely annulled and abrogated, after the expiration of the said term of notice.

ART. III. The present Convention shall be ratified, and the Ratifications shall be exchanged in nine Months, or sooner if possible.

In witness whereof, the respective Plenipotentiaries have signed the same, and have affixed thereto the Seals of their Arms.

Done at London, the sixth day of August, in the Year of our Lord one thousand eight hundred and twenty-seven.

CHA. GRANT.
HENRY UNWIN ADDINGTON.
ALBERT. GALLATIN.

89.

Convention entre la Grande-Brétagne et les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale concernant le territoire de la côte nord-ouest de l'Amérique, signée à Londres le 6 Août 1827.

(Presented to both Houses of Parliament, by Command of His Majesty, 1828. London: printed by R. G. Clarke. fol.

His Majesty The King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and The United States of

1827 America, being equally desirous to prevent, as far as possible, all hazard of misunderstanding between the two Nations, with respect to the Territory on the North-West Coast of America, West of the Stoney or Rocky Mountains, after the expiration of the third Article of the Convention concluded between Them on the twentieth of October 1818; and also with a view to give further time for maturing measures which shall have for their object a more definite settlement of the Claims of each Party to the said Territory, have respectively named their Plenipotentiaries to treat and agree concerning a temporary renewal of the said Article, that is to say: —

His Majesty The King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, the Right Honourable Charles Grant, a Member of His said Majesty's Most Honourable Privy Council, a Member of Parliament, and Vice-President of the Committee of Privy Council for Affairs of Trade and Foreign Plantations; and Henry Unwin Addington, Esquire: —

And the President of the United States of America, Albert Gallatin, Their Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to His Britannick Majesty: —

Who, after having communicated to each other their respective Full Powers, found to be in due and proper form, have agreed upon and concluded the following Articles:

ART. I. All the Provisions of the third Article of the Convention concluded between His Majesty The King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and The United States of America, on the twentieth of October 1818, shall be, and they are hereby further indefinitely extended and continued in force, in the same manner as if all the provisions of the said Article were herein specifically recited.

ART. II. Is shall be competent, however, to either of the Contracting Parties, in case either should think fit, at any time after the twentieth of October 1828, on giving due notice of twelve months to the other Contracting Party, to annul and abrogate this Convention; and it shall, in such case, be accordingly

entirely annulled and abrogated, after the expiration 1827
of the said term of notice.

ART. III. Nothing contained in this Convention, or in the third Article of the Convention of the twentieth of October 1818, hereby continued in force, shall be construed to impair, or in any manner affect, the Claims which either of the Contracting Parties may have to any part of the Country westward of the Stoney or Rocky Mountains.

ART. IV. The present Convention shall be ratified, and the Ratifications shall be exchanged in nine Months, or sooner, if possible.

In witness whereof, the respective Plenipotentiaries have signed the same, and have affixed thereto the Seals of their Arms.

Done at London, the sixth day of August, in the year of our Lord one thousand eight hundred and twenty-seven.

CHA. GRANT.
HENRY UNWIN ADDINGTON.
ALBERT GALLATIN.

90.

Traité d'amitié et de commerce entre la Grande-Brétagne et le Brésil, signé à Rio de Janeiro, le 17 Août 1827.

(*Presented to both Houses of Parliament, by Command of His Majesty*, 1828. London: printed by R. G. Clarke. fol.)

In the Name of the Most Holy and Undivided Trinity.

His Majesty The King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and His Majesty The Emperor of Brazil, being mutually animated with the

1827 desire to promote and extend the commercial intercourse which has long subsisted between Their respective Countries and Subjects, have deemed it expedient, under the new circumstances which have arisen from the separation of the Empire of Brazil from the Crown of Portugal, through the mediation of His Britannick Majesty, to regulate that commercial intercourse by a new Treaty.

With this view, His Britannick Majesty has named, as His Plenipotentiary, The Righ Honourable Robert Gordon, a Member of His Majesty's Most Honourable Privy Council, and His Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary at the Court of Brazil: —

And His Imperial Majesty, as His Plenipotentiaries, The Most Illustrious and Most Excellent Marquis of Queluz, Member of His Council of State, Senator of the Empire, Grand Cross of the Imperial Order of the Cross, Commander of the Order of Christ, Minister and Secretary of State for Foreign Affairs; The Viscount of St. Leopoldo, Member of His Council of State, Grandee and Senator of the Empire, Officer of the Imperial Order of the Cross, Knight of the Order of Christ, Minister and Secretary of State for the Affairs of the Empire; and The Marquis of Maceyo, Member of His Council, Gentleman of His Imperial Chamber, Officer of the Imperial Order of the Cross, Commander of the Order of Christ, Knight of the Orders of the Tower and Sword, and of St. John of Jerusalem, Lieutenant-Colonel in the Staff of the Army, Minister and Secretary of State for Marine Affairs: —

Who, after having exchanged their respective Full Powers, found to be in good and due form, have agreed upon and concluded the following Articles: —

Art. I. There shall be constant peace and perpetual friendship between His Majesty The King of The United Kingdom of Great Britain and Ireland, and His Majesty The Emperor of Brazil, Their Heirs, and Successors, and between Their Subjects, States, and Territories, without exception of person or place.

Art. II. His Britannick Majesty and His Imperial Majesty agree, that each of the High Contracting

Parties shall have the right of appointing and naming 1827 Consuls-General, Consuls, and Vice-Consuls, in all the Ports of the Dominions of the other, where they are or may be necessary for the promotion of trade, and of the commercial interests of Their respective Subjects.

Consuls, of whatever class they may be, shall not enter upon the exercise of their functions, without being duly named by their respective Sovereigns, and approved by the Sovereign in whose Dominions they may be employed. There shall be, reciprocally, for Consuls of all classes, within the Dominions of either of the High Contracting Parties, a perfect equality. Consuls shall enjoy the privileges which belong to their office, as usually recognised and admitted. In all cases, both civil and criminal, however, they shall be amenable to the same laws of the Country in which they reside, as their fellow-subjects, and they shall alike enjoy the full and entire protection of the laws, so long as they obey them.

Art. III. Consuls and Vice-Consuls of both Nations shall exercise, each in his respective office, the authority of Arbitrators in the differences which may arise between the Subjects, or the Masters and Crews of the Ships of their respective Nations, without the interference of the local Authorities; unless when the publick tranquillity may require such interference, or unless the parties should call for it, by bringing their actions in the Courts of the Country in which such differences arise.

In like manner, they shall exercise the right of administering to the property of Subjects of their Nation dying intestate, for the benefit of the legitimate heirs to such property, and of the creditors upon the estate, so far as the laws of the respective Countries shall admit.

Art. IV. The Subjects of each of the High Contracting Parties shall enjoy, in all the Territories of the other, the most perfect liberty of conscience in all matters of religion, conformably to the system of toleration established and practised in their respective States.

1827 Art. V. The Subjects of each of the High Contracting Parties may freely dispose of their properties by sale, exchange, gift, testament, or in any other manner whatsoever, without any obstacle or impediment being thereunto opposed. Their houses, properties, and effects, shall be protected and respected, and shall not be taken from them, against their will, by any authority whatsoever. They shall be exempt from all forced military service of every kind, whether by land or by sea, from all forced loans, and from military impositions and requisition; nor shall they be obliged to pay any ordinary contributions, whatsoever may be their denominations, greater than those which are or may be paid by the Subjects of the Sovereign in whose Territories they reside.

Neither shall they be liable to arbitrary visits or searches; nor shall any examination or investigation of their books and papers be made, under any pretext whatsoever.

It is understood withal, that, in cases of treason, contraband, or other crimes specified in the laws of each Country, searches, visits, examinations, or investigations cannot be made, nor shall they take place, unless in the presence of the competent Magistrate.

And, generally, it is agreed, that the Subjects of the High Contracting Parties, respectively, shall enjoy in all the Territories of the other, with respect to their persons, any rights, privileges, favours or exemptions, which are, or which may be, at any time hereafter, granted to the Subjects of the most favoured Nation.

Art. VI. The Constitution of the Empire of Brazil having abolished all special jurisdictions, it is agreed that the office of Judge Conservator for the British Nation shall subsist only until some satisfactory substitute for that jurisdiction shall be established, capable of providing, in an equal degree, for the protection of the persons and property of His Majesty's Subjects. It being always understood that the Subjects of His Britannick Majesty shall be placed in Brazil on the same footing as Brazilian Subjects, in their causes, whether civil or criminal; that they

shall not be liable to imprisonment without formal 1827
commitment, (*culpa formada*,) and a warrant signed by the legal Authority, except in cases *flagrantis delicti*; and that their persons shall be free from personal restraint, in all cases where the law admits of bail.

ART. VII. If there should arise any misunderstanding, breach of friendship, or rupture between the two Crowns, (which God forbid!) the rupture shall not be deemed to exist until after the recall or departure of their respective Diplomatick Agents. The Subjects of each of the High Contracting Parties, resident within the Territories of the other, shall be allowed to remain for the settlement of their affairs, or to trade, without any kind of interruption, so long as they continue to behave themselves peaceably, and commit no offence against the laws. In case, however, that their conduct should give rise to suspicion, they shall be ordered to leave the Country, being allowed the power of retiring with their property and effects, and sufficient time to do so, not exceeding six months.

ART. VIII. It is agreed and convenanted, that neither of the High Contracting Parties shall knowingly and wilfully receive into, and entertain in their service, persons, Subjects of the other Power, deserting from the military service thereof, whether by sea or land; but that, on the contrary, they shall each, respectively, discharge any such person from their service, upon being required. But it is agreed and declared, that neither of the High Contracting Parties shall grant to any other State any favour, on the subject of persons deserting from the service of that State, which shall not be considered as granted also to the other High Contracting Party, in the same manner as if the said favour had been expressly stipulated by the present Treaty. And it is further agreed, that in cases of apprentices or sailors deserting from Vessels belonging to the Subjects of either of the High Contracting Parties, while within the Ports of the other Party, the Magistrates shall be bound to give every assistance in their power for the apprehension of such deserters, on due application to

1827 that effect being made by the Consul-General or Consul, or by his Deputy, or Representative; and that no publick body, civil or religious, shall protect or harbour such deserters.

Art. IX. The compliments of salutes to the Ports and Flags of either of the two Nations, shall be conformable to the regulations hitherto observed among Maritime States.

Art. X. There shall be mutual liberty of commerce and navigation between the respective Subjects of The High Contracting Parties, in the Ships of either Country, and in all and singular the Ports, Cities, and Territories belonging to the said High Contracting Parties, except such Ports as may be prohibited to every foreign Nation; it being withal understood, that whenever any such prohibited Port is opened to the commerce of any other Nation, the said Port shall be forthwith opened to the Subjects of The High Contracting Parties, on the like conditions. The Subjects of The Two High Contracting Parties may enter, with their respective Ships, into all the Ports, Bays, Roads, and Havens, of the Territories belonging to each of The High Contracting Parties, therein to discharge the whole or part of their cargoes, to lade, or to re-export merchandize. They may reside, hire houses and warehouses, travel, trade, open shops, transport goods, metals, and money, and manage their own concerns, without employing brokers for that purpose, by themselves or by their agents and clerks, as they may think proper.

It is nevertheless agreed to except the coasting trade from Port to Port, consisting in goods of the Country, or foreign goods already cleared for consumption, which commerce cannot be carried on except in Vessels of the Country; it being, however, open alike to the Subjects of both The Contracting Parties, to lade their effects, merchandize, metals, and money, on board the said Vessels, each paying the same duties.

Art. XI. The Ships and Vessels of the Subjects of each of The High Contracting Parties shall not pay, in the Ports and Anchorages of the other, under the heads of lights, tonnage, anchorage, or any

other denomination whatsoever, other or higher duties than those which are, or may hereafter be paid by National Ships.

ART. XII. In order to obviate all doubt respecting the nationality of British and Brazilian Ships, the High Contracting Parties agree, that Vessels owned, registered and navigated according to the laws of Great Britain, shall be considered as British; and that Vessels built in the Territories of Brazil, and owned by Brazilian Subjects, and of which the Master and three-fourths of the crew may be Subjects of Brazil; and also all the Vessels which shall have been captured from an enemy, by the Ships of War of His Majesty The Emperor of Brazil, or by Subjects of His said Majesty, furnished with letters of marque, and regularly condemned in the Prize Court of Brazil, as lawful prize, or which shall have been condemned in any competent Court, for the breach of the laws made for the prevention of the Slave-trade, and which shall be so owned and manned as aforesaid, shall be considered as Brazilian.

ART. XIII. The Subjects of either Sovereign within the Dominions of the other, shall have the liberty of trading with other Nations, in all and every kind of goods and merchandize.

ART. XIV. Are exempted from the foregoing Article, such goods and merchandize of which the Crown of Brazil has reserved to itself the exclusive monopoly.

Should, however, any of those articles become hereafter articles of free commerce, the Subjects of His Britannick Majesty shall be permitted to traffick in them, as freely as the Subjects of His Majesty the Emperor of Brazil. And the duties of importation, or of exportation, upon such goods and merchandize, shall, in all cases, be the same, whether they be consigned to, or exported by, or be the property of, British or Brazilian Subjects.

ART. XV. In order to regulate what is in future to be deemed contraband of war, it is agreed, that, under the said denomination, shall be comprised all arms and implements serving for the purposes of war, by land or by sea, such as cannon, muskets, pistols,

1827 mortars, petards, bombs, grenadoes, carcasses, saucisses, carriages for cannon, musket-rests, bandoliers, gunpowder, match, saltpetre, ball, pikes, swords, head-pieces, cuirasses, halberts, lances, javelins, horse-furniture, holsters, belts, and, generally, all other implements of war; as also timber for ship-building, tar or resin, copper in sheets, sails, hemp and cordage, and, generally, whatsoever may serve directly to the equipment of Vessels of War, unwrought iron, and fir planks excepted; and all the above articles are hereby declared to be just objects of confiscation, whenever they are attempted to be carried to an enemy.

Art. XVI. Packets shall continue to be employed, for the purpose of facilitating the publick service of the two Courts, and the commercial intercourse of their respective Subjects.

They shall be considered as King's Ships, it being understood that they are to be commanded by Officers of the Royal Navy.

This Article shall continue in force, until a Special Convention shall be concluded between the Powers, for regulating specially the Packet Service.

Art. XVII. In order more effectually to protect the commerce and navigation of their respective Subjects, the two High Contracting Parties agree not to receive pirates nor sea-rovers into any of the Ports, Bays, or Havens of Their Dominions, and to inflict the full rigour of the law upon persons proved to be pirates, and upon all individuals residing within their Territories, who may be convicted of holding correspondence or being accomplices with them. All Vessels and cargoes belonging to the Subjects of each of the Contracting Parties, which pirates may take or may bring into the Ports of the other, shall be given up to their owners, or to their attorneys duly authorized, previously proving the identity of the property. And the restitution shall take place, even when the article claimed may have been sold, provided it be shewn that the purchaser knew, or could have known, that the said article had been obtained by piracy.

Art. XVIII. Whenever it happens that any Ships of War, or Merchantmen, belonging to either State,

are wrecked in the Ports, or on the Coasts of their respective Territories, the Authorities and Officers of the customs of the place shall lend every possible assistance towards saving the persons and effects which are wrecked, and shall also provide for the security and care of the articles saved, or of their proceeds, in order that they may be restored to their respective Governments, if the Vessel wrecked be a Ship of War; or if she be a Merchant Vessel to the owner, or his attorney duly authorized, whenever the delivery may be claimed, or so soon as the salvage and expences incurred in the custody of goods claimed shall be paid. And no higher charge of salvage shall be allowed, in either Country, upon the Ships of the other than upon national Ships. 1827

Goods saved from shipwreck shall not be liable to pay duties, unless cleared for consumption.

Art. XIX. All goods, wares, and merchandizes whatsover, the produce or manufacture of the Territories of His Britannick Majesty, whether from His Ports in Europe, or from such of His Colonies as are opened to foreign commerce, may be freely imported for consumption into all and singulär the Ports of The Emperor of Brazil, to whomsoever consigned, on paying, generally and solely, duties not exceeding fifteen per cent., according to the value set upon them by a *pauta* of valuations in the custom-house, which *pauta* shall be promulgated in the Ports of Brazil, where there are, or may be, customhouses.

It is likewise agreed that in the formation of future *pautas*, the current market price of the goods shall be taken as the principal basis, and that it shall be permitted to the Consul of His Britannick Majesty whenever it may be shewn that any article is overvalued in the existing *pauta*, to make a representation, to be taken into consideration with the least possible delay; the clearance, however, of the said goods not being, on this account, suspended.

It is further agreed, that whenever any British goods, imported into the custom-houses of The Emperor of Brazil, shall have no fixed value in the *pauta*, and it shall be wished to clear them for consumption, the importer of such articles shall sign a declaration of their value, in order that they may be

1827 cleared; but in case the Officers of the customs, charged with the superintendance of the duties, shall consider the valuation to be inadequate to the real value of the goods, they shall be at liberty to take the goods at that valuation, on paying to the importer ten per cent. above the said valuation, within the term of fifteen days, computed from the day of the detention, and on returning the duty paid, after the manner observed in the custom-houses of Great Britian.

Art. XX. The Emperor of Brazil engages that no article whatever, the growth, production, or manufacture of any Foreign Country, shall be admitted into any part of the Dominions of Brazil, upon the payment of duties lower than those stipulated in the foregoing Article, unless a like diminution of duties be made upon similar articles, the growth, production, and manufacture of Great Britain; excepting only any goods, wares, or merchandize, the produce or manufacture of Portugal, which may be brought direct from Portugal to Brazil, in Ships belonging to the one or the other of those Countries; His Britannick Majesty specially consenting to this exception, in favour of Portugal, in consideration of the share which His Majesty has taken, as Mediator, in the negociation which happily terminated in the Treaty of Reconciliation and Independence of 29th August 1825; and of the intimate relations of amity, which it is His Majesty's anxious desire to see permanently subsisting between Portugal and Brazil.

Art. XXI. All goods, wares, and merchandize, the produce or manufacture of Brazil, imported direct for consumption into the Territories and Possessions of His Britannick Majesty, in Europe, or into any British Possession or Colony in Asia, Africa, or America, which may be open to foreign trade, shall pay no other or higher duties, than are payable upon the entry of similar articles, imported in like manner from any other Foreign Country.

Art. XXII. There being certain articles, the production of Brazil, which are subject to higher duties, when admitted for consumption into the United Kingdom, than are paid upon similar articles of British colonial produce, His Britannick Majesty agrees

that such articles shall be allowed to be warehoused, without payment of the home consumption duty, for re-exportation according to law; and shall not be subject to any other or higher duties, upon such warehousing and re-exportation, than are, or may hereafter be imposed on similar articles of British colonial produce, when so warehoused and re-exported. 1827

By the same rule, articles, the production of the British Colonies, which correspond to articles of Brazilian produce, subject to the higher duties abovementioned, shall be admitted into the Ports of Brazil, for re-exportation only, with the same advantages granted to like articles in the custom-houses of Great Britain.

Art. XXIII. All goods, wares, and merchandize, imported from the British Dominions into any of the Ports of His Imperial Majesty, shall be accompanied with the original cockets, signed by the proper Officers of the customs at the Port of shipment; the cockets of each Ship being numbered progressively, and attached, with the official seal of the British custom-house, to the manifest which is to be sworn to before the Brazilian Consul, and the whole to be produced at the custom-house of the Port of entry.

The origin of goods imported into Brazil from British Possessions, where there may be no custom-house, shall be authenticated by the formalities observed when imported from such Possessions into Great Britain.

Art. XXIV. His Britannick Majesty engages, in His own Name, and in that of His Successors, to permit the Subjects of His Imperial Majesty to trade in His Ports and Seas of Asia, to the extent which is, or may hereafter be allowed to the most favoured Nation.

Art. XXV. In all cases where bounties or drawbacks are granted upon goods exported from any of the Ports of the two High Contracting Parties, the bounty and drawback shall be, in every respect, the same, whether the exportation take place in British or in Brazilian Vessels.

1827 Art. XXVI. His Imperial Majesty engages, in His own Name, and in that of His Successors, that the commerce of British Subjects within His Dominions shall not be restrained, nor in any way affected, by the operation of any monopoly, or exclusive privilege of sale or purchase whatever, nor by favours granted to any commercial Company; but that the Subjects of His Britannick Majesty shall have free and unrestricted permission to buy and sell from and to whomsoever, and in whatsoever form they please, without being obliged to give any preference to such commercial Companies, or to individuals who possess, or may possess, exclusive privileges. And His Britannick Majesty engages, on His part, reciprocally and faithfully to act upon the same principle towards the Subjects of His Imperial Majesty.

This rule is not intended to comprehend those articles in Brazil, of which the exclusive purchase and sale is at present reserved to the Crown, so long as that reservation shall continue in force.

Art. XXVII. His Imperial Majesty is pleased to concede to the Subjects of His Britannick Majesty the privilege of being "*Assignantes*" in the customhouses of Brazil, on the same terms and securities as Brazilian Subjects. On the other hand, it is agreed and stipulated, that Brazilian Merchants shall enjoy, in the British custom-houses, the same favour, as far as the laws permit, and is granted to the Subjects of His Britannick Majesty.

Art. XXVIII. The High Contracting Parties agree, that the stipulations contained in the present Treaty shall continue in force for the term of fifteen years, to be reckoned from the date of the exchange of the Ratifications of the Treaty; and further, until one or other of the High Contracting Parties shall give notice of its termination. In which case, this Treaty shall terminate at the end of two years from the date of such notice.

Art. XXIX. The present Treaty shall be ratified by the High Contracting Parties, and the ratifications thereof shall be exchanged within the space of four months, or sooner if possible.

In witness whereof, we the Undersigned, Plenipotentiaries of His Britannick Majesty, and of His

Imperial Majesty, in virtue of our respective Full Powers, have signed the present Treaty with our hands, and have caused the Seal of our Arms to be affixed thereunto.

Done in the City of Rio de Janeiro, the seventeenth day of August, in the year of our Lord one thousand eight hundred and twenty-seven.

R. GORDON. *Marquez* DE QUELUZ.
Visconde DE S. LEOPOLDO.
Marquez DE MACEYO.

91.

Convention entre la Grande-Brétagne et les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale, relative à l'arbitrage sur les points litigieux du cinquième article du traité de Gand, signée à Londres le 29 Septembre 1827.

(*Presented to both Houses of Parliament, by Command of His Majesty*, 1828. London: printed by R. G. Clarke. fol.)

Whereas it is provided by the fifth Article of the Treaty of Ghent, that in case the Commissioners appointed under that Article, for the Settlement of the Boundary Line therein described, should not be able to agree upon such Boundary Line, the Report or Reports of those Commissioners, stating the points on which they had differed, should be submitted to some friendly Sovereign or State; and that the Decision given by such Sovereign or State on such points of difference, should be considered by the Contracting Parties as final and conclusive. That case having now arisen, and it having therefore become expedient to proceed to and regulate the reference as above described, His Majesty The King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and The United States of America, have, for that purpose, named their Plenipotentiaries, that is to say: —

His Majesty, on His part, has appointed the Right Honourable Charles Grant, a Member of Parliament,

1827 a Member of His said Majesty's Most Honourable Privy Council, and President of the Committee of the Privy Council for Affairs of Trade and Foreign Plantations; and Henry Unwin Addington, Esquire: —

And the President of the United States has appointed Albert Gallatin, their Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary at the Court of His Britannick Majesty: —

Who, after having exchanged their respective Full Powers, found to be in due and proper form, have agreed to and concluded the following Articles:

Art. I. It is agreed that the Points of Difference which have arisen in the settlement of the Boundary between the British and American Dominions, as described in the fifth Article of the Treaty of Ghent, shall be referred, as therein provided, to some friendly Sovereign or State, who shall be invited to investigate, and make a decision upon, such points of difference.

The two Contracting Powers engage to proceed in concert to the choise of such friendly Sovereign or State, as soon as the Ratifications of this Convention shall have been exchanged, and to use Their best endeavours to obtain a Decision, if practicable, within two Years after the Arbiter shall have signified His consent to act as such.

Art. II. The Reports, and Documents thereunto annexed, of the Commissioners appointed to carry into execution the fifth Article of the Treaty of Ghent, being so voluminous and complicated, as to render it improbable that any Sovereign or State should be willing or able to undertake the Office of investigating and arbitrating upon them, it is hereby agreed to substitute for those Reports new and separate Statements of the respective cases, severally drawn up by each of the Contracting Parties, in such form and terms as each may think fit.

The said Statements, when prepared, shall be mutually communicated to each other by the Contracting Parties, that is to say, by Great Britain to the Minister, or Chargé d'Affaires, of the United States at London; and by The United States to His Britannick Majesty's Minister, or Chargé d'Affaires, at Washington, within fifteen months after the exchange of the Ratifications of the present Convention.

After such communication shall have taken place, each Party shall have the power of drawing up a second and definitive Statement, if it thinks fit so to do, in reply to the Statement of the other Party so communicated, which definitive Statements shall also be mutually communicated, in the same manner as aforesaid, to each other, by the Contracting Parties, within twenty-one Months after the exchange of the Ratifications of the present Convention. 1827

ART. III. Each of the Contracting Parties shall, within nine Months after the exchange of Ratifications of this Convention, communicate to the other, in the same manner as aforesaid, all the evidence intended to be brought in support of its Claim, beyond that which is contained in the Reports of the Commissioners, or Papers thereunto annexed, and other written Documents laid before the Commission under the fifth Article of the Treaty of Ghent.

Each of the Contracting Parties shall be bound, on the application of the other Party made within six Months after the exchange of the Ratifications of this Convention, to give authentick Copies of such individually specified Acts of a publick nature, relating to the Territory in question, intended to be laid as evidence before the Arbiter, as have been issued under the authority, or are in the exclusive possession, of each Party.

No Maps, Surveys, or topographical evidence of any description, shall be adduced by either Party beyond that which is hereinafter stipulated; nor shall any fresh evidence, of any description, be adduced or adverted to, by either Party, other than that mutually communicated or applied for, as aforesaid.

Each Party shall have full power to incorporate in, or annex to, either its first or second Statement, any portion of the Reports of the Commissioners, or Papers thereunto annexed, and other written Documents laid before the Commission under the fifth Article of the Treaty of Ghent, or of the other evidence mutually communicated or applied for, as above-provided, which it may think fit.

ART. IV. The Map, called Mitchell's Map, by which the framers of the Treaty of 1783 are acknowledged to have regulated their joint and official pro-

1827 ceedings, and the Map A, which has been agreed on by the Contracting Parties, as a delineation of the Water Courses, and of the Boundary Lines in reference to the said Water Courses, as contended for by each Party respectively,and which has accordingly been signed by the above named Plenipotentiaries at the same time with this Convention, shall be annexed to the Statements of the Contracting Parties, and be the only Maps that shall be considered as evidence, mutually acknowledged by the Contracting Parties, of the topography of the Country.

It shall, however, be lawful for either Party to annex to its respective first Statement, for the purposes of general illustration, any of the Maps, Surveys, or topographical Delineations which were filed with the Commissioners under the fifth Article of the Treaty of Ghent, any engraved Map heretofore published, and also a transcript of the abovementioned Map A, or of a section thereof, in which transcript each Party may lay down the Highlands or other features of the Country, as it shall think fit, the Water Courses, and the Boundary Lines, as claimed by each Party, remaining as laid down in the said Map A.

But this transcript, as well as all the other Maps, Surveys, or topographical delineations, other than the Map A, and Mitchell's Map, intended to be thus annexed by either Party to the respective Statements, shall be communicated to the other Party, in the same manner as aforesaid, within nine Months after the exchange of the Ratifications of this Convention, and shall be subject to such objections and observations as the other Contracting Party may deem it expedient to make thereto, and shall annex to his first Statement, either in the margin of such transcript, Map or Maps, or otherwise.

ART. V. All the Statements, Papers, Maps, and Documents above-mentioned, and which shall have been mutually communicated as aforesaid, shall, without any addition, subtraction, or alteration whatsoever, be jointly and simultaneously delivered in to the Arbitrating Sovereign or State, within two Years after the exchange of Ratifications of this Convention, unless the Arbiter should not, within that time, have consented to act as such; in which case all the said Sta-

tements, Papers, Maps, and Documents shall be laid 1827 before him within six Months after the time when he shall have consented so to act. No other Statements, Papers, Maps, or Documents shall ever be laid before the Arbiter, except as hereinafter provided.

ART. VI. In order to facilitate the attainment of a just and sound Decision on the part of the Arbiter, it is agreed that, in case the said Arbiter should desire further elucidation or evidence, in regard to any specifick point contained in any of the said Statements submitted to him, the requisition for such elucidation or evidence, shall be simultaneously made to both Parties, who shall thereupon be permitted to bring further evidence, if required, and to make each a written reply to the specifick questions submitted by the said Arbiter, but no further; and such evidence and replies shall be immediately communicated by each Party to the other.

And in case the Arbiter should find the topographical evidence laid, as aforesaid, before him, insufficient for the purposes of a sound and just Decision, he shall have the power of ordering additional Surveys to be made of any portions of the disputed Boundary Line or Territory, as he may think fit; which Surveys shall be made at the joint expence of the Contracting Parties, and be considered as conclusive by them.

ART. VII. The Decision of the Arbiter, when given, shall be taken as final and conclusive; and it shall be carried, without reserve, into immediate effect, by Commissioners appointed, for that purpose, by the Contracting Parties.

ART. VIII. This Convention shall be ratified, and the Ratifications shall be exchanged in nine Months from the date hereof, or sooner, if possible.

In witness whereof, we, the respective Plenipotentiaries, have signed the same, and have affixed thereto the Seals of our Arms.

Done at London, the twenty-ninth day of September, in the year of our Lord, one thousand eight hundred and twenty-seven.

CHA. GRANT.

HENRY UNWIN ADDINGTON.

ALBERT GALLATIN.

92.

1827 ***Traité entre l'Espagne et la Porte Ottomane concernant la navigation et le commerce de la mer noire, signé à Constantinople le 16 Octobre 1827.***

(*Traduction privée*).

La cour d'Espagne s'étant adressée à la Sublime Porte son ancien allié, sollicitant la permission nécessaire pour que ses navires marchands puissent naviguer et trafiquer dans la mer noire de la même manière que font ceux de plusieures autres puissances amies; et la Porte désirant manifester sa haute considération et deférence vers le très puissant et magnifique roi d'Espagne, comme aussi pour satisfaire à la teneur du 7ème article de la convention dernièrement conclue à Ackerman avec la cour de Russie, relative au commerce de la mer noire: le ministère des rélations extérieures de la Sublime Porte et l'illustre chevalier D. Louis del Castillo, chargé d'affaires actuel de S. M. Catholique, après avoir conféré et traité sur ce sujet et ayant en vue l'utilité réciproque des deux parties, sont convenus des articles suivans:

Art. I. La Sublime Porte permet aux navires espagnols de passer sous leur propre pavillon national de la mer blanche à la mer noire, chargés de produits de leur pays et d'autres états, et de retourner de même de la mer noire à la mer blanche avec des produits de l'empire russe. Tous les navires qui arrivent à l'avenir dans le canal de Constantinople se soumettront dorénavant à la visite des commissaires établis à cette fin, de la même manière et dans la forme usitée actuellement par rapport aux navires autrichiens, anglois et françois; et après avoir dechargé tout objet ou marchandise prohibée quelconque qui se rencontre à leur bord, étant production des

92.

Tratado concluido con la Puerta Otomana permitiendo el paso y comercio del mar negro a los buques mercantes españoles; firmado en Constantinopla á 16 de Octubre de 1827. 1827

(*De Orden Superior* Madrid en la Imprenta Real año de 1828. 4°.)

Habiéndose dirigido á la Subline Puerta su antigua aliada la Corte de España, solicitando el permiso necesario para qne sus barcos mercantes naveguen y trafiquen en el mar Negro del mismo modo que lo practican los de algunas otras Potencias amigas; y deseando aquella manifestar su alta consideracion y deferencia hácia el muy poderoso y magnífico Rey de España, como asimismo satisfacer al tenor del artículo VII del convenio últimamente concluido en Ackerman con la Corte de Rusia, relativo al comercio del mar Negro: el Ministerio de Relaciones Exteriores de la Sublime Puerta y el esclarecido Caballero D. Luis del Castillo, actual Encargado de Negocios de S. M. Católica, despues de haber conferido y tratado sobre este particular, y llevando por objeto la recíproca utilidad de las dos partes, han convenido en los artículos siguientes:

Art. I. La sublime Puerta permite á los buques españoles pasar con su propia bandera nacional del mar Blanco al mar Negro, cargados con productos de su pais y de los demas Estados, y tambien regresar del mar Negro al mar Blanco con productos del Imperio Ruso. Todos los buques que arriben en lo sucesivo al canal de Constantinopla se conformarán desde luego á la correspondiente visita de los comisionados establecidos á este fin, en el mismo modo y forma usada en la actualidad con respecto á los buques austriacos, ingleses y franceses; y despues de desembarcar cualquier objeto ó mercancia prohibida, que á su bordo

1827 Etats ottomans, tel que *terekiés* (tout espèce de grains) armes et autres instrumens de guerre, chevaux, coton cru et en fil, marroquins, plomb, cire, suif, cuire, peaux de mouton, poix, souffre, soie, laine, *berenfuc istefdié* (toiles de soie et de laine), huile, cuivre, toile crue, et en outre les *rayas* (sujets non mouhametans) fugitifs et deguisés en voyageurs ou en matelots, on leur expediera les *fermans* imperiaux de sortie, sans qu'on y insère ni clause ni difficultés superflues qui ne touchent pas aux réglemens administratifs de l'Empire. Sera de même prohibé l'achat de navires de propriété ottomane comme il l'a été de tous tems.

Art. II. En recompense des avantages que par ce commerce se pourront procurer les marchands espagnols et en vertu du droit que par la même raison possède la Sublime Porte de retirer à son profit quelque compensation et profit, les navires espagnols qui naviguent dans la forme indiquée, payeront un droit de *ferman* en proportion de leur port et capacité; c'est à dire que les dits navires seront divisés en trois classes: la première qui comprendra ceux du port de seize mille *Kilós* (mil cent vingt tonneaux): la seconde ceux de onze mille *Kilós* (septcent cinquante tonneaux); et la troisième ceux de six mille Kilós (trois cent soixante dix tonneaux). Le port des navires de mil jusqu'à six mil Kilós sera compté pour six mille; et le port des navires de plus de six mil sera compté pour onze mille, et celui des navires qui surpasse onze mille, pour seize mille. Chaque fois que des navires arrivent au canal de Constantinople, et obtiennent la permission de passer à la mer noire, ils payeront à leur sortie, en ne comptant leur départ et leur retour que pour un seul voyage, un droit de *ferman*, appliqué à la caisse de l'amirauté, savoir: les navires correspondans à la première classe six cents piastres turcs; ceux de la seconde quatre cent cinquante, et ceux de la troisième trois cents. Il ne pourra survenir aucune contestation ou altercation entre les deux parties, soit pour l'offre d'une somme plus petite, soit pour la pretention d'une somme plus grande que celles qui ont été stipulées.

Art. III. Les navires espagnols qui à l'avenir passent par le Bosphore sous leur propre pavillon,

se encuentre, que sea producto de los Estados Otomanos, tal como *terekiés* (toda especie de granos), armas y otros utensilios de guerra, caballos, algodon en rama y en hilo, marroquines, plomo, cera, sebo, cueros, pieles de carnero, pez, azufre, seda, lana, *berenfuc istefdié* (telas de seda y lana), aceite, cobre, tela cruda, y ademas los *rayás* (súbditos no mulsumanes) fugitivos y disfrazados en viageros ó en gentes de la tripulacion, se les expedirán los respectivos *firmanes* imperiales de salida, sin que en ellos se inserte cláusula ni vanas dificultades que no toquen á los reglamentos gubernativos del Imperio. Seguirá asimismo prohibida la compra de barcos de propiedad otomana, como en todos tiempos lo ha sido. 1827

ART. II. En retribucion de las ventajas que por este tráfico se podrán procurar los Comerciantes españoles, y en virtud del derecho que por la misma razon tiene la Sublime Puerta de lograr tambien á su favor alguna compensacion y provecho, los buques españoles que naveguen en la forma indicada satisfarán un derecho de *firman* en proporcion de su porte y capacidad; es decir que dichos buques serán divididos en tres clases: la primera que comprehenderá á los del porte de diez y seis mil *kilós* (mil ciento veinte toneladas): la segunda á los de once mil *kilós* (setecientas cincuenta toneladas); y la tercera á los de seis mil *kilós* (trescientas setenta toneladas). El porte de los buques desde mil á seis mil *kilós* se contará como de seis mil: el de mas de seis mil se contará por once mil, y el de los que excedan á once mil por diez y seis mil. Cada vez que estos buques lleguen al canal de Constantinopla, y obtengan el permiso de pasar al mar Negro, pagarán á su salida, no contándose su ida y vuelta mas que por un solo viage, un derecho de *firman*, aplicado á la caja del Almirantazgo, á saber: los buques correspondientes á la primera clasificacion seiscientas piastras turcas; los de la segunda cuatrocientas y cincuenta; y trescientas los de la tercera. No podrá tener cabida ninguna contestacion ni altercado entre las dos partes, ya sea por la oferta de una suma menor, ya por la pretension de una mayor á las que quedan estipuladas.

ART. III. Los buques españoles que en lo venidero transiten por el Bósforo con su propia bandera, obser-

1827 les principes établis par rapport à la visite accoutumée étant observés, n'eprouveront ni empêchement ni difficulté quelconque qui ne seroient pas également étendus aux autres puissances. Outre cela, si ces mêmes navires à leur entrée dans le port de Constantinople, chargés de fruits ou de grains extraits des echelles russes de la mer noire, declarent qu'ils font eau, que leurs cargaisons sont exposées à être mouillées ou à être perdues, et qu'il leur convient de transborder leurs grains sur un autre vaisseau, comme font aussi ceux des puissances précitées, la légation d'Espagne en fera part à la Sublime Porte; et après l'information préalable des commissaires de la douane et du port, à l'examen desquels en sera commis la décision, on leur expédiera par un *ferman jughrale* l'autorisation et la permission pour effectuer le transbordement sollicité.

Art. IV. Aussi, comme en vertu des traités existans entre les deux cours, sont protegés les sujets Espagnols, non seulement dans la residence impériale, mais aussi sur les autres points de l'empire Ottoman situés dans la mer blanche, de la même manière ils le seront à l'avenir sur tous les points de la mer noire. Si leurs vaisseaux essuyent quelque havarie et ont besoin de reparation et de radoub ils pourront librement les reparer, les calfater, acheter des vivres et d'autres articles dont ils ont besoin, et ils ne seront d'aucune manière troublés ou molestés sans cause légitime. La cour d'Espagne observera de son coté même reciprocité et correspondence par rapport aux sujets de la Sublime Porte et promet aux vaisseaux ottomans qui arrivent dans les ports de ses côtes, la jouissance de tous les privilèges et de toutes les exemptions qu'ont obtenus les navires marchands des puissances les plus favorisées, et on prendra soin que leur exécution ponctuelle sera toujours maintenue en ces termes.

Conclusion.

Les deux parties scelleront et signeront l'instrument relatif à l'entrée et au commerce de la mer noire. en faveur des navires espagnols, amicalement convenu et redigé en quatre articles, et l'accepteront

vados que sean los principios establecidos de la visita acos- 1827
tumbrada, no experimentarán traba ni dificultad alguna que no sea igualmente extensiva á las demas Potencias. Ademas de esto, si los mismos buques al desembocar en el puerto de Constantinopla cargados con frutos ó granos extraidos de las escalas rusas del mar Negro, exponen que hacen agua, que estan expuestos sus cargos á humedecerse ó echarse á perder, y les acomoda traspasar sus granos á otro buque, como asi lo ejecutan los de las citadas Potencias, la Legacion de España dará parte de ello á la Sublime Puerta; y prévio el informe de los Comisarios de la Aduana y del Puerto, á cuyo examen se cometerá el expediente, se les expedirá por un *firman jughralé* la correspondiente autorizacion y permiso para efectuar el trasbordo solicitado.

Art. IV. Asi como en virtud de los tratados existentes entre las dos Cortes son protegidos los súbditos españoles, no solo en la residencia Imperial, sino tambien en los demas puntos del Imperio Otomano situados en el mar Blanco, del mismo modo lo serán en adelante en todos los del mar Negro. Si sus barcos experimentasen alguna avería, y necesitasen hacer reparo y compostura, podrán libremente repararlos, calafatearlos, comprar los víveres y otros artículos que hayan menester, y de manera alguna serán turbados ni molestados sin causa legítima. La Corte de España observará por su parte igual reciprocidad y correspondencia para con los súbditos de la Sublime Puerta, y promete á los buques otomanos que arriben á los puertos de sus costas, el goce de todos los privilegios y exenciones que hayan obtenido los navíos mercantes de las Potencias mas favorecidas; y se tendrá cuidado de que su observancia sea siempre mantenida en estos términos.

Conclusion.

Las dos partes sellarán y firmarán el instrumento relativo á la entrada y comercio del mar Negro en favor de los barcos españoles, amistosamente convenido y redactado en cuatro artículos, y lo acepta-

1827 et le ratifieront dans le terme de trois mois, ou plutôt si faire se peut, par l'echange respectif de notes officielles. Fait à Constantinople à la fin du mois de Rebbi-ul-ewel de l'an de l'Hégire 1243 (16 Octobre 1827).

ESSEID MUHAMMED SAID PERTEW,
Reis Effendi de la Sublime Porte.

Ratification.

En considération de l'ancienne et sincère amitié, manifestée par la cour d'Espagne à la Sublime Porte; celle-ci trouve bon d'acceder à la demande qui plusieurs fois lui a été adressée, de permettre aux navires espagnols le passage et le commerce de la mer noire et cette négociation suffisamment discutée et traitée entre le ministère des relations extérieures du divan ottoman et l'illustre chevalier del Castillo, chargé d'affaires de S. M. Catholique, eut pour consequence et resultat un *sened* ou une convention, étendue en quatre articles et une conclusion, qui fut signée et scellée par les deux parties à la fin de mois de Rebbi-ul-ewel de l'an de l'Hégire 1243.

Le terme de trois mois à compter du jour, où le dit instrument fut signé, ayant été fixé pour l'échange des notes d'acceptation et de ratification des deux cours respectives et en considération de la communication faite à la Sublime Porte par le chargé d'affaires mentionné, faisant part d'avoir reçu l'autorisation compétente pour faire savoir à la même que son Auguste Maitre le très puissant et magnifique roi d'Espagne, ait entièrement accepté et ratifié la convention mentionnée et qu'il promette d'observer loyalement et constamment tous les articles y contenus, de la même manière le glorieux Empereur Ottoman l'accepte et la ratifie dans toutes ses parties.

Le gouvernement de la Sublime Porte mettra la plus grande attention et diligence à la faire toujours observer literalement et ponctuellement, comme de son côté S. M. Catholique veillera à sa meilleure execution et à son accomplissement: et la présente note officielle a été dirigée et adressée à notre bon ami le susmentionné chargé d'affaires d'Espagne, en échange

rán y ratificarán en el término de tres meses, y antes si posible fuese, por el cange respectivo de notas oficiales. Escrito en Constantinopla á fines del mes de Rebbi-ul-ewel del año de la Egira 1243 (16 de Octubre de 1827).

Esseid Muhammed Said Pertew,
Reis Effendi de la Sublime Porte.

Ratificacion.

En atencion á la antigua y sincera amistad manifestada por la Corte de España á la Sublime Puerta, tuvo esta á bien condescender á la demanda que varias veces le habia dirigido, de que se permitiese á los buques españoles el paso y comercio del mar Negro, y esta negociacion suficientemente discutida y tratada entre el Ministerio de Relaciones Exteriores del Divan Otomano y el esclarecido Caballero del Castillo, Encargado de Negocios de S. M. Católica, tuvo por consecuencia y resultado un *Sened* ó Convenio, extendido en cuatro artículos y una conclusion, que fue firmado y sellado por ambas partes á fines del mes de Rebbi-ul-ewel del año 1243 de la Egira.

Habiéndose fijado en dicho instrumento el término de tres meses desde el dia en que fue firmado, para el cange de las notas de aceptacion y ratificacion de las dos Cortes respectivas, y en vista de la remitida á la Sublime Puerta por el referido Encargado de Negocios, dando parte de haber recibido la competente autorizacion para hacer saber á la misma que su Augusto Amo, el muy poderoso y magnifico Rey de España, habia cumplidamente aceptado y ratificado el Convenio mencionado, y que prometia observar leal y constantemente todos los artículos en él comprendidos, del mismo modo lo acepta y ratifica el glorioso Emperador Otomano en todas sus partes.

El Gobierno de la Sublime Puerta pondrá la mayor atencion y diligencia en hacerlo siempre observar literal y puntualmente, con tal que el de S. M. Católica cuide por su parte de su mejor ejecucion y cumplimiento: y la presente Nota oficial ha sido dirigida y entregada á nuestro buen amigo el ya predicho Encargado de Negocios de España, en cange de

1827 de celle qu'il a présentée pour le même objet, pour l'informer de la ratification impériale et en conformité de ce qui a été prevû dans la convention à laquelle elle se rapporte. Fait le cinq du mois de Schaában de l'an de 1243 (20 Février 1828).

Copie de la note présentée au Reis-Effendi de la Sublime Porte pour l'échange des ratifications du Traité conclu avec elle le 16 Octobre de l'année dernière de 1827.

Le soussigné chargé d'affaires de S. M. Catholique auprès de la Sublime Porte déclare solemnellement par les presentes, qu' ayant reçu les pleinspouvoirs nécessaires, et autorisé par la volonté expresse de son gouvernement, il confirme, accepte et ratifie au nom de son Auguste souverain D. Ferdinand VII, Roi d'Espagne, dans les formes nécessaires et dans toutes ses parties, la convention qui fut signée, scellée et échangée le 16 Octr. de l'année dernière de 1827 entre S. E. Pertew-Efendi, Reis-Effendi de la Sublime Porte et le Soussigné, relativement au libre passage des navires marchands espagnols à la mer noire; s'obligeant de faire remplir exactement tous les points et toutes les clauses y contenus. En foi de quoi et en conformité et en exécution de ce qui est prevû dans le dernier article de la même convention, la présente note a été officiellement echangée contre une autre semblable avec toutes les formalités du style, de la part de S. E. le Reis-Efendi de la Sublime Porte à Constantinople le 20 Février 1828.

Louis del Castillo.

la que él ha presentado con igual objeto, para informarle de la ratificacion Imperial, y en conformidad de lo prevenido en el Convenio á que se hace relacion. Fecho en 5 del mes de Schaában del año 1243 (20 de Febrero de 1828). 1827

Copia de la nota presentada al Reis-Efendi de la Sublime Puerta Otomana para el cange de ratificaciones al Tratado concluido con ella el 16 *de Octubre del año próximo pasado de* 1827.

El infrascrito Encargado de Negocios de S. M. Católica cerca de la Sublime Puerta Otomana declara solemnemente por la presente, que habiendo recibido los plenos poderes necesarios, y autorizado con la voluntad expresa de su Gobierno, corrobora, acepta y ratifica en nombre de su Augusto Soberano D. Fernando VII, Rey de España, en las formas necesarias y en todas sus partes el Convenio que fue firmado, sellado y cangeado el 16 de Octubre del año próximo pasado de 1827 entre S. E. Pertew-Efendi, Reis-Efendi de la Sublime Puerta, y el infrascrito, relativo al libre paso al mar Negro de los buques mercantes españoles; obligándose á hacer cumplir exactamente todos los puntos y cláusulas que en él se contienen. En fe de lo cual, y en conformidad y ejecucion de lo que se previene en el último artículo del mismo Convenio, la presente Nota ha sido oficialmente cangeada contra otra semejante, con todas las formalidades de estilo, por parte de S. E. el Reis-Efendi de la Sublime Puerta en Constantinopla á 20 de Febrero de 1828.

LOUIS DEL CASTILLO.

93.

1827 ***Déclaration du ministère Prussien du 7 Novembre 1827 concernant un arrangement concerté entre la Prusse et le grand-duché de Mecklenbourg-Schwerin, pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon.***

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten.* 1828. Nr. 1. pag. 1).

Das Königlich-Preufsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hierdurch, in Gemäfsheit der von Seiner Majestät dem Könige ihm dazu ertheilten Ermächtigung:

nachdem von der Grofsherzoglich-Mecklenburg-Schwerinschen Regierung die Zusicherung ertheilt worden ist, dafs vorläufig und bis es nach dem Artikel 18 der Deutschen Bundesakte zu einem gemeinsamen Bundesbeschlusse, wegen Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Büchernachdruck kommen wird, jedem Preussischen Unterthan, er sei Schriftsteller oder Verleger, der in dem Fall ist, auf ein Privilegium wider den Nachdruck und dessen Verbreitung bei der Grofsherzoglichen Regierung anzutragen, ein solches nach denselben Rücksichten, wie es geschehen würde, wenn der Nachsuchende ein Grofsherzoglich-Mecklenburg-Schwerinscher Unterthan wäre, jederzeit in gewöhnlicher Form, ohne allen Kostenersatz, ertheilt werden, überdies der damit versehene Königlich-Preufsische Unterthan von den Grofsherzoglichen Gerichten und Behörden in der Aufrechthaltung des ertheilten Privilegiums, einem wider den Nachdruck privilegirten Grofsherzoglich-Mecklenburg-Schwerinschen Unterthan gleich geachtet und geschützt werden solle;

dafs das Verbot wider den Bücher-Nachdruck, so 1827 wie solches bereits im ganzen Bereich der Preufsischen Monarchie, zum Schutze der inländischen Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger des Grofsherzogthums Mecklenburg-Schwerin Anwendung finden, mithin jeder durch Nachdruck oder dessen Verbreitung begangene Frevel gegen letztere, nach denselben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden solle, als handele es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in der Preufsischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende, von Seiten des Grofsherzoglich-Mecklenburg-Schwerinschen Geheimen Ministerii vollzogene, Erklärung ausgewechselt worden sein wird, durch öffentliche Bekanntmachung in den diesseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 7ten November 1827.

Königl. Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. SCHÖNBERG.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem solche gegen eine übereinstimmende von dem Grofsherzoglich-Mecklenburg-Schwerinschen Geheimen Ministerio unterm 24sten November vollzogene Erklärung ausgewechselt worden ist, unter Bezugnahme auf die Allerhöchste Kabinetsorder vom 16ten August 1827. (Gesetzsammlung pro 1827. Nr. 17. S. 123) hierdurch zur öffentlichen Kenntnifs gebracht.

Berlin, den 9ten Januar 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. SCHÖNBERG.

94.

1827 ***Déclaration du ministère Prussien du 26 Novembre 1827 concernant un arrangement concerté avec la principauté de Waldeck pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon.***

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten 1828. Nr. 4. p. 21).

Das Königlich-Preufsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hiedurch, in Gemäfsheit der von Seiner Majestät dem Könige ihm dazu ertheilten Ermächtigung:

nachdem von der Fürstlich-Waldeckschen Regierung die Zusicherung ertheilt worden ist, dafs vorläufig und bis es nach dem Artikel 18 der deutschen Bundesakte zu einem gemeinsamen Beschlusse zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger kommen wird, in dem Fürstenthum Waldeck eine besondere Verordnung, welche den Bücher-Nachdruck und dessen Verbreitung ausdrücklich verbietet, erlassen und diese Verordnung zu Gunsten der Verlagsartikel der Schriftsteller und Verleger der Königlich-Preufsischen Monarchie ganz gleiche Anwendung finden solle;

dafs das Verbot wider den Bücher-Nachdruck, so wie solches bereits im ganzen Bereiche der Preufsischen Monarchie, zum Schutze der *inländischen* Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen, besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger des Fürstenthums Waldeck Anwendung finden, mithin jeder durch Nachdruck oder dessen Verbreitung begangene Frevel gegen letztere, nach denselben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden solle, als handele es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in der Preufsischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende, von der Fürstlich-Waldeckschen Regierung vollzogene, Erklärung ausgewechselt worden sein wird, durch öffentliche Bekanntmachung in den diesseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten. 1827

Berlin, den 26sten November 1827.

Königl. Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Schönberg.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem solche gegen eine übereinstimmende, von der Fürstlich-Waldeckschen Regierung zu Arolsen unterm 8ten März d. J. vollzogene, Erklärung ausgewechselt worden ist, unter Bezugnahme auf die Allerhöchste Kabinetsorder vom 16ten August 1827 (Gesetzsammlung pro 1827 Nr. 17. S. 123) hierdurch zur öffentlichen Kenntniſs gebracht.

Berlin, den 18ten März 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Schönberg.

95.

Déclaration du ministère Prussien du 27 Novembre 1827 concernant un arrangement concerté entre la Prusse et le grand-duché de Mecklenbourg-Strelitz, pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon.

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten. 1828. Nr. 1. pag. 3).

Das Königlich-Preufsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hierdurch, in Gemäſs-

1827 heit der von Seiner Majestät dem Könige ihm dazu ertheilten Ermächtigung:

nachdem die Grofsherzoglich - Mecklenburg - Strelitzsche Regierung die Zusicherung ertheilt hat, dafs vorläufig und bis es nach dem Artikel 18 der Deutschen Bundesakte zu einem gemeinsamen Beschlusse wegen Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Bücher-Nachdruck kommen wird, jedem Preufsischen Unterthan, er sei Schriftsteller oder Verleger, der in dem Fall ist, auf ein Privilegium wider den Nachdruck und dessen Verbreitung bei der Grofsherzoglichen Regierung anzutragen, ein solches nach denselben Rücksichten, wie es geschehen würde, wenn der Nachsuchende ein Grofsherzoglich - Mecklenburg - Strelitzscher Unterthan wäre, jederzeit in gewöhnlicher Form, ohne allen Kostenansatz ertheilt werden, und der damit versehene Königlich - Preufsische Unterthan von den Grofsherzoglichen Gerichten und Behörden in der Aufrechthaltung des ertheilten Privilegiums, einem wider den Nachdruck privilegirten Grofsherzoglich - Mecklenburg - Strelitzschen Unterthan gleich geachtet und geschützt, auch zu dem Behuf eine angemessene Verordnung an alle betreffende Behörden des Grofsherzogthums erlassen werden solle;

dafs das Verbot wider den Bücher-Nachdruck, so wie solches bereits im ganzen Bereiche der Preufsischen Monarchie, zum Schutze der inländischen Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger des Grofsherzogthums Mecklenburg-Strelitz Anwendung finden, mithin jeder durch Nachdruck oder dessen Verbreitung begangene Frevel gegen letztere, nach denselben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden solle, als handele es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in der Preufsischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende, von Seiten des Grofsherzoglich - Mecklenburg - Strelitzschen Staatsministerii vollzogene Erklärung ausgewechselt worden sein wird,

durch öffentliche Bekanntmachung in den hiesigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten. 1827

Berlin, den 27sten November 1827.

Königl. Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Schönberg.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem solche gegen eine übereinstimmende, von dem Grofsherzoglich-Mecklenburgschen Staats-Ministerio zu Neu-Strelitz unterm 13ten Dezember 1827 vollzogene Erklärung ausgewechselt worden ist; unter Bezugnahme auf die Allerhöchste Kabinets-Order vom 16ten August 1827 (Gesetzsammlung pro 1827 Nr. 17. S. 123) hierdurch zur öffentlichen Kenntnifs gebracht.

Berlin, den 8ten Januar 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Schönberg.

96.

Déclaration du ministère Prussien du 11 Decbr. 1827, concernant un arrangement concerté entre la Prusse et le duché d'Anhalt Dessau, pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon.

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten* 1828. Nr. 2. p. 13).

Das Königlich-Preufsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, erklärt hierdurch, in Gemäfsheit der von Seiner Majestät dem Könige ihm dazu ertheilten Ermächtigung:

nachdem von der Herzoglich-Anhalt-Dessauschen Regierung die Zusicherung ertheilt worden ist, dafs

1827 vorläufig und bis es in Gemäfsheit des Artikels 18 der Deutschen Bundesakte zu einem gemeinsamen Beschlusse zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger kommen wird, die unterm 15ten November erlassene Herzogliche Verordnung gegen den Bücher-Nachdruck und den Handel mit nachgedruckten Büchern zu Gunsten der Verlags-Artikel der Schriftsteller und Verleger der Königlich-Preufsischen Monarchie ganz gleiche Anwendung finden sollen;

dafs das Verbot wider den Bücher-Nachdruck, so wie solches bereits im ganzen Bereiche der Preufsischen Monarchie, zum Schutze der *inländischen* Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger des Herzogthums Anhalt-Dessau Anwendung finden, mithin jeder durch Nachdruck oder dessen Verbreitung begangene Frevel gegen letztere, nach denselben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden solle, als handele es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in der Preufsischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende von der Herzoglich-Anhalt-Dessauschen Regierung, vollzogene Erklärung ausgewechselt worden sein wird, in den diesseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 11ten Dezember 1827.

Königl. Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Schönberg.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem solche gegen eine solche übereinstimmende, von der Herzoglich-Anhalt-Dessauschen Landesregierung unterm 22sten Dezember 1827 vollzogene Erklärung ausgewechselt worden ist, unter Bezugnahme auf die Allerhöchste Kabinetsorder vom 16ten August 1827 (Gesetzsammlung pro 1827. Nr. 17. S. 123) hierdurch zur öffentlichen Kenntnifs gebracht.

Berlin, den 17ten Januar 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Schönberg.

97.

Déclaration du ministère Prussien du 11 Décembre 1827, concernant un arrangement concerté entre la Prusse et le Danemarc, pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon, tant dans la monarchie Prussienne que dans les duchés de Holstein, de Lauenbourg et de Schleswic.

1827

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten* 1828. Nr. 3. p. 17).

Das Königlich-Preufsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hierdurch, in Gemäfsheit der von Seiner Majestät dem Könige ihm dazu ertheilten Ermächtigung:

nachdem von der Königlich-Dänischen Regierung die Zusicherung ertheilt worden ist, dafs nicht nur für den Umfang der zum Deutschen Bunde gehörigen beiden Herzogthümer Holstein und Lauenburg vorläufig und bis es nach Artikel 18 der deutschen Bundes-Akte zu einem gemeinsamen Beschlusse wegen Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Bücher-Nachdruck und dessen Verbreitung in den gesammten Bundes-Ländern kommen wird, sondern auch für den Umfang des Herzogthums Schleswig, jedem Preufsischen Unterthan, er sei Schriftsteller oder Verleger, der in dem Fall ist, auf ein Privilegium wider den Nachdruck und dessen Verbreitung bei der Königlich-Dänischen Regierung anzutragen, ein solches Privilegium in der Art kostenfrei ertheilt werden solle, dafs das Werk in 20 Jahren, vom Tage der Ausstellung des Privilegii, nicht nur in den zum Deutschen Bunde gehörigen beiden Herzogthümern

1827 Holstein und Lauenburg, sondern auch in dem Herzogthum Schleswig weder nachgedruckt, noch ein anderswo verfertigter Nachdruck davon in den genannten drei Herzogthümern verkauft werden soll, bei Strafe der Konfiskation aller bei dem Nachdrucker oder in den Buchhandlungen vorräthigen Exemplare des Nachdrucks und einer Geldbufse, welche dem Ladenpreise von Fünfhundert Exemplaren des Originals gleich kommt;

dafs das Verbot wider den Bücher-Nachdruck, so wie solches bereits im ganzen Bereiche der Preufsischen Monarchie, zum Schutze der *inländischen* Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger der zum Deutschen Bunde gehörigen Herzogthümer Holstein und Lauenburg, so wie des Herzogthums Schleswig Anwendung finden, mithin jeder durch Nachdruck oder dessen Verbreitung begangene Frevel gegen letztere, nach denselben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden soll, als handele es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in der Preussischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen zwei übereinstimmende, die eine in Beziehung auf die zum Deutschen Bunde gehörigen Herzogthümer Holstein und Lauenburg, die andere rücksichtlich des Herzogthums Schleswig, von dem Königlich-Dänischen Ministerio vollzogene Erklärungen ausgewechselt worden sein wird, durch öffentliche Bekanntmachung in den diesseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 11ten Dezember 1827.

Königl. Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Schönberg.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem solche gegen zwei übereinstimmende, die eine in Beziehung auf die zum Deutschen Bunde gehörigen Herzogthümer Holstein und Lauenburg, die andere rücksichtlich des Herzogthums Schleswig von dem Königlich-Dänischen Departement der auswärtigen Angelegen-

heiten unterm 29sten Januar 1828 vollzogene Erklä- 1827 rung ausgewechselt worden ist, hierdurch unter Beziehung auf die Allerhöchste Kabinetsorder vom 16ten August 1827 (Gesetzsammlung pro 1827. Nr. 17. St. 123) zur öffentlichen Kenntnifs gebracht.

Berlin, den 7ten Februar 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Schönberg.

98.

Edit par lequel S. M. Jean VI, roi de Portugal, a déclaré formellement qu'il reconnoissait son fils ainé Don Pedro comme empereur du Brésil et comme prince royal de Portugal, donné à Lisbonne le 15 Novembre 1825. 1825

(*Le Journal de Francfort* 1828. Nr. 192).

Don Jean, par la grâce de Dieu, Roi du royaume uni du Portugal, du Brésil et des Algarves etc. A tous nos sujets salut! Qu'il soit connu à tous ceux qui ces présentes verront que, conformément à nos lettres patentes du 13 Mai dernier, par lesquelles nous avons reconnu que pour le service de Dieu et le bonheur du peuple, que la providence a confié à notre gouvernement et afin de mettre un terme aux malheurs et aux dissentions qui désolent le Brésil au grand détriment de ses habitans, au détriment des habitans du Portugal et de ses dépendances, notre sollicitude paternelle s'est efforcée de rétablir la paix et l'harmonie parfaite qui devroient exister entre deux nations de la même origine et qui pourroit contribuer à maintenir la prospérité générale, l'existence politique et le bonheur futur de notre royaume du Portugal et des Algarves autant que de celui du Brésil, qu'il nous a plu d'élever au rang de royaume par

1825 nos lettres patentes du 16 Décembre 1817, après avoir reçu du peuple leurs sermens de fidélité.

Désirant faire participer sans délai les habitans des deux états aux bienfaits de l'alliance, de la concorde, et de la félicité qui ont toujours été le but de notre tendresse paternelle, nous avons résolu de céder et de transporter au plus cher de nos enfans, Don Pedro d'Alcantara, héritier des couronnes des royaumes susdits, nos droits sur l'état du Brésil, que nous élevons au rang d'empire, en réservant cependant à notre personne auguste le titre viager d'empereur.

Notre resolùtion a été accomplie par le traité d'amitié et d'alliance conclu à Rio Janeiro le 29 Août dernier, et que nous avons ratifié aujourd'hui, dans la ferme persuasion qu'il assurera à tous nos sujets les bienfaits et les avantages qu'ils ont droit d'attendre de notre sollicitude paternelle. Nous prenons donc, en effet le titre viager d'Empereur du Brésil, et nous reconnoissons le plus cher de nos fils, Don Pedro d'Alcantara, prince royal de Portugal et des Algarves, dans sa qualité d'Empereur du Brésil, avec pleine souveraineté sur cet empire.

(L'édit se termine en ordonnant aux tribunaux d'y avoir égard).

Donné au palais de Mafra, le 15 Novembre 1825.

L'Empereur et Roi.

99.

1828 *Déclaration du ministère Prussien du 4 Janvier 1828, concernant un arrangement entre la Prusse et le grand duché de Bâde, pour la protection des droits des auteurs et des libraires entre la contrefaçon.*

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten* 1828. Nr. 2. p. 14).

Das Königlich-Preussische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hierdurch, in Gemäss-

heit der von Seiner Majestät dem Könige ihm dazu 1828 ertheilten Ermächtigung:

nachdem die Grofsherzoglich-Badensche Regierung die Zusicherung ertheilt hat, das vorläufig und bis es nach Artikel 18 der Deutschen Bundesakte zu einem gemeinsamen Beschlusse wegen Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Bücher-Nachdruck kommen wird, das Verbot wider den Bücher-Nachdruck, so wie solches im ganzen Bereiche des Grofsherzogthums Baden zum Schutze der inländischen Schriftsteller und Verleger besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger der gesammten Königlich-Preufsischen Staaten Anwendung finden und mithin jeder durch Nachdruck oder dessen Verbreitung gegen letztere begangene Frevel nach denselben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden solle, als handele es sich von beeinträchtigten Schriftstellern in den Grofsherzoglich-Badenschen Landen selbst;

dafs das Verbot wider den Bücher-Nachdruck, so wie solches bereits im ganzen Bereiche der Preufsischen Monarchie zum Schutze der *inländischen* Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger des Grofsherzogthums Baden Anwendung finden, mithin jeder durch Nachdruck oder dessen Verbreitung begangene Frevel gegen letztere, nach denselben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden soll, als handele es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in der Preufsischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende von dem Grofsherzoglich-Badenschen Ministerio des Grofsherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vollzogene, Erklärung ausgewechselt worden sein wird, durch öffentliche Bekanntmachung in den diesseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 4ten Januar 1828.

Königl. Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Schönberg.

1828 Vorstehende Erklärung wird, nachdem solche gegen eine übereinstimmende von dem Grofsherzoglich-Badenschen Ministerio des Grofsherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vollzogene, Erklärung ausgewechselt worden ist, unter Bezugnahme auf die Allerhöchste Kabinetsorder vom 16ten August 1827 (Gesetzsammlung pro 1827. Nr. 17. S. 123) hierdurch zur öffentlichen Kenntnifs gebracht.

Berlin, den 25ten Januar 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Schönberg.

100.

Déclaration entre la Saxe royale et le Wurtemberg concernant les frais de justice en matières criminelles, publiée à Dresde le 5 Janvier 1828.

(*Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen.* Nr. 6. pag. 17).

Die Königlich Sächsische und die Königlich Würtembergische Regierung sind im Betreff der Kosten, welche durch Requisitionen in Strafrechtsfällen bei den gegenseitigen Gerichtsstellen veranlafst werden können, dahin übereingekommen und erklären hiermit:

Dafs in allen strafrechtlichen Verhandlungen, wo die Kosten niedergeschlagen, oder auf die Casse des Staats, oder des Gerichtsherrn übernommen werden müssen, die requirirende Stelle der requirirten lediglich die baaren Auslagen für Botenlohn und Postgelder, für Verpflegungsgebühren, Transport und Bewachung der Gefangenen, zu berechnen und zu erstatten haben soll, wogegen alle andere Kosten für Protocollirung, Schreib- und Abschrift-Gebühren, so wie für die an die Gerichtspersonen, oder an die

Casse sonst zu entrichtenden Sporteln nicht aufgerechnet werden mögen. 1828

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie in gleichlautenden Exemplaren beiderseits vollzogen und ausgewechselt worden ist, durch öffentliche Bekanntmachung in den beiderseitigen Landen Kraft erhalten, und vom 1sten März 1828 an in Wirksamkeit treten.

Dresden, am 5ten Januar 1828.

Sr. Königlichen Majestät von Sachsen Cabinets-Minister und Staats-Secretair,

Graf von Einsiedel.

101.

Déclaration du ministère Prussien du 8 *Janvier* 1828 *concernant un arrangement entre la Prusse et le duché de Saxe-Altenbourg, pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon.*

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten* 1828. Nr. 1. pag. 7).

Das Königlich-Preufsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hierdurch, in Gemäfsheit der von Seiner Majestät ihm ertheilten Ermächtigung:

nachdem die Herzoglich-Sachsen-Altenburgsche Regierung die Zusicherung ertheilt hat, dafs vorläufig und bis es nach dem Artikel 18 der Deutschen Bundesakte zu einem gemeinsamen Beschlusse zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger wider den Bücher-Nachdruck kommen wird, die in den Herzoglichen Landen zu Gunsten der einheimischen Schriftsteller und Verleger gegenwärtig bestehende Verordnung wider den Bücher-

1828 Nachdruck, in ganz gleichem Maafse auch zum Schutze der Schriftsteller und Verleger der Königlich-Preufsischen Monarchie gültig erklärt und in Anwendung gebracht werden soll,

dafs das Verbot wider den Bücher-Nachdruck, so wie solches bereits im ganzen Bereiche der Preufsischen Monarchie, zum Schutze der inländischen Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger des Herzogthums Sachsen-Altenburg Anwendung finden, mithin jeder durch Nachdruck und dessen Verbreitung begangene Frevel gegen letztere, nach denselben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden solle, als handle es sich von beeinträchtigten Sehriftstellern und Verlegern in der Preufsischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende von dem Herzoglich-Sächsischen Geheimen Ministerio zu Altenburg vollzogene Erklärung ausgewechselt worden sein wird, durch öffentliche Bekanntmachung in den diesseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 8ten Januar 1828.

Königl. Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Schönberg.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem solche gegen eine übereinstimmende, von dem Herzoglich-Sächsischen Geheimen Ministerio zu Altenburg unterm 21sten Dezember 1827 vollzogene Erklärung ausgewechselt worden ist, unter Bezugnahme auf die Allerhöchste Kabinetsorder vom 16ten August 1827 (Gesetzsammlung pro 1827. Nr. 17. S. 123) hierdurch zur öffentlichen Kenntnifs gebracht.

Berlin, den 8ten Januar 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Schönberg.

102.

Déclaration du ministère Prussien du 8 Janvier 1828 concernant un arrangement entre la Prusse et la principauté de Hohenzollern-Hechingen, pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon.

1828

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten* 1828. Nr. 1. pag. 9).

Das Königlich-Preufsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hierdurch, in Gemäfsheit der von Seiner Majestät ihm ertheilten Ermächtigung:

nachdem von der Fürstlich-Hohenzollern-Hechingischen Regierung die Zusicherung gemacht worden ist, dafs, mit Vorbehalt der zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Büchernachdruck noch zu verfügenden und in Gemäfsheit des Artikels 18 der Deutschen Bundesakte allgemein zu erwartenden Maasregeln, vorläufig eine besondere Verfügung, wodurch der Büchernachdruck und dessen Verbreitung im Fürstenthum Hohenzollern-Hechingen mit Konfiskation und einer Geldbufse von zehn Thalern zu bestrafen ist, erlassen, und insbesondere zum Schutze der Schriftsteller und Verleger in der Preufsischen Monarchie in Anwendung gebracht werden soll;

dafs das Verbot wider den Büchernachdruck, so wie solches bereits im ganzen Bereiche der Preufsischen Monarchie, zum Schutze der inländischen Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger des Fürstenthums Hohenzollern-Hechingen, Anwendung finden, und mithin jeder, durch Nachdruck oder dessen Verbreitung begangene

1828 Frevel gegen letztere, nach denselben gesetzlichen Bestimmungen beurtheilt und geahndet werden solle, als handele es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in der Preufsischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende, von der Fürstlich-Hohenzollern-Hechingenschen Regierung vollzogene Erklärung ausgewechselt worden sein wird, durch öffentliche Bekanntmachung in den diesseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 8ten Januar 1828.

Königl. Preufs. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Schönberg.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem solche gegen eine übereinstimmende, von der Fürstlich-Hohenzollernschen Regierung zu Hechingen unterm 30sten November 1827 vollzogene, Erklärung ausgewechselt worden ist, unter Bezugnahme auf die Allerhöchste Kabinetsorder vom 16ten August 1827 (Gesetzsammlung pro 1827. Nr. 17. S. 123) hierdurch zur öffentlichen Kenntnifs gebracht.

Berlin, den 8ten Januar 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Schönberg.

103.

Déclaration du ministère Prussien du 9 Janvier 1828, concernant un arrangement entre la Prusse et le duché d'Anhalt-Bernbourg, pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon.

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten* 1828. Nr. 4. p. 10).

Das Königlich-Preufsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hierdurch, in Gemäfs-

heit der von Seiner Majestät ihm ertheilten Ermächtigung: 1828

nachdem die Herzoglich - Anhalt - Bernburgsche Regierung die Zusicherung ertheilt hat, dafs vorläufig und bis es in Folge des 18ten Artikels der Deutschen Bundesakte zu einem gemeinsamen Beschlusse zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger wider den Nachdruck kommen wird, die unterm 2ten Dezember 1827 erlassene Herzogliche Verordnung wider den Bücher-Nachdruck, in ganz gleichem Maafse zu Gunsten der Schriftsteller und Verleger in den Königlich-Preufsischen Staaten Anwendung finden soll;

dafs das Verbot wider den Bücher-Nachdruck, so wie solches bereits im ganzen Bereiche der Preufsischen Monarchie, zum Schutze der inländischen Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger des Herzogthums Anhalt-Bernburg Anwendung finden, mithin jeder durch Bücher-Nachdruck oder dessen Verbreitung begangene Frevel gegen letztere, nach denselben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden soll, als handele es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in der Preufsischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll durch öffentliche Bekanntmachung in den diesseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 9ten Januar 1828.

Königl. Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Schönberg.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem die Herzoglich-Anhalt-Bernburgsche Regierung durch den § 7. der öffentlich bekannt gemachten Verordnung vom 2ten Dezember 1827 wider den Nachdruck, erklärt hat, dafs die Bestimmungen dieser Verordnung in ganz gleichem Maafse auf die Schriftsteller und Verleger der Preufsischen Monarchie Anwendung finden sollen, unter Bezugnahme auf die Allerhöchste Kabi-

1828 netsorder vom 16ten August 1827 (Gesetzsammlung pro 1827. Nr. 17. S. 123) hierdurch zur öffentlichen Kenntnifs gebracht.

Berlin, den 9ten Januar 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Schönberg.

104.

Déclaration du ministère Prussien du 10 Janvier 1828, concernant un arrangement entre la Prusse et la principauté de Reufs-Schleitz et de Reufs-Lobenstein, pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon.

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten* 1828. Nr. 1. pag. 11).

Das Königlich-Preufsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hierdurch, in Gemäfsheit der von Seiner Majestät ihm ertheilten Ermächtigung:

nachdem von der Fürstlich - Reufs - Schleitzischen und von der Fürstlich - Reufs - Lobensteinschen Regierung die Zusicherung ertheilt worden ist, dafs vorläufig und bis es in Gemäfsheit des Artikels 18 der Deutschen Bundesakte zu einem gemeinsamen Beschlusse zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger wider den Bücher - Nachdruck kommen wird, der Bücher - Nachdruck in den Fürstlich - Reufsischen Landen durch eine besondere Verordnung verboten werden und die Bestimmungen dieser Verordnung zu Gunsten der Schriftsteller und Verleger in der Preufsischen Monarchie ganz gleiche Anwendung finden sollen;

dafs das Verbot wider den Bücher-Nachdruck, so 1828 wie solches bereits im ganzen Bereiche der Preufsischen Monarchie, zum Schutze der inländischen Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger in den Fürstenthümern Reufs-Schleitz und Reufs-Lobenstein Anwendung finden, mithin jeder durch Bücher-Nachdruck oder dessen Verbreitung begangene Frevel gegen letztere, nach denselben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden soll, als handele es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in der Preufsischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende, von der gemeinschaftlichen Fürstlichen Regierung zu Gera vollzogene, Erklärung ausgewechselt worden sein wird, durch öffentliche Bekanntmachung in den diesseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 10ten Januar 1828.

Königl. Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. SCHÖNBERG.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem solche gegen eine übereinstimmende, von der Fürstlich-Reufsischen gemeinschaftlichen Regierung zu Gera unterm 24sten Dezember v. J. vollzogene Erklärung ausgewechselt worden ist, unter Bezugnahme auf die Allerhöchste Kabinetsorder vom 16ten August 1827 (Gesetzsammlung pro 1827 Nr. 17. S. 123) hierdurch zur öffentlichen Kenntnifs gebracht.

Berlin, den 12ten Januar 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. SCHÖNBERG.

105.

1828 ***Déclaration du ministère Prussien du 18 Janvier 1828, concernant un arrangement avec le grand duché de Saxe-Weimar pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon.***

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten 1828. Nr. 4. p. 22).

Das Königlich-Preufsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hierdurch, in Gemäfsheit der von Seiner Königlichen Majestät ihm ertheilten Ermächtigung:

nachdem die Grofsherzoglich-Sachsen-Weimarsche Regierung die Zusicherung ertheilt hat, dafs vorläufig und bis es in Gemäfsheit des Artikels 18 der Deutschen Bundesakte zu einem gemeinsamen Beschlusse zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger wider den Bücher-Nachdruck kommen wird, jedem Preufsischen Unterthan, er sei Schriftsteller oder Verleger, der in dem Falle ist, auf ein Privilegium wider den Bücher-Nachdruck bei der Grofsherzoglich-Sachsen-Weimarschen Regierung anzutragen, ein solches Privilegium nach denselben günstigen Rücksichten, wie es geschehen würde, wenn der Nachsuchende ein Grofsherzoglich-Sachsen-Weimarscher Unterthan wäre, in der Art kostenfrei ertheilt werden soll, dafs die Dauer des Privilegiums auf fünf und zwanzig Jahre und als Strafe die Konfiskation der nachgedruckten Exemplare zum Besten des Privilegirten festgeetzt, überdies auch eine, bei jedem einzelnen Falle im Voraus zu bestimmende Entschädigungs-Summe von dem Uebertreter an den Privilegirten gezahlt werden soll;

dafs das Verbot wider den Bücher-Nachdruck, so wie solches bereits im ganzen Bereiche der Preufsi-

schen Monarchie, zum Schutze der *inländischen* Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger des Grofsherzogthums Sachsen-Weimar Anwendung finden, mithin jeder durch Bücher-Nachdruck und dessen Verbreitung begangene Frevel gegen letztere, nach denselben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden solle, als handele es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in der Preufsischen Monarchie selbst. 1828

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende, von dem Grofsherzoglich-Sachsen-Weimarschen Staatsministerio vollzogene Erklärung ausgewechselt worden sein wird, durch öffentliche Bekanntmachung in den diesseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 18ten Januar 1828.

Königl. Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Schönberg.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem sie gegen eine wesentlich übereinstimmende, von dem Grofsherzoglich-Sächsischen Staatsministerio zu Weimar unterm 1sten Februar d. J. vollzogene Erklärung ausgewechselt worden ist, unter Bezugnahme auf die Allerhöchste Kabinetsorder vom 16ten August 1827 (Gesetzsammlung pro 1827. Nr. 17. S. 123) hierdurch zur öffentlichen Kenntnifs gebracht.

Berlin, den 15ten Februar 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Schönberg.

106.

1828 *Déclaration du ministère Prussien du 18 Janvier 1828 concernant un arrangement entre la Prusse et la ligne ainée de Reufs-Plaun, pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon.*

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten*. 1828. Nr. 2. pag. 15).

Das Königlich-Preufsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hierdurch, in Gemäfsheit der von Seiner Majestät dem Könige ihm ertheilten Ermächtigung:

nachdem von der Fürstlich-Reufs-Plauischen Regierung älterer Linie die Zusicherung ertheilt worden ist, dafs vorläufig und bis es in Folge des Artikels 18 der Deutschen Bundesakte zu einem gemeinsamen Beschlusse zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger wider den Nachdruck kommen wird, in den Fürstlich-Reufs-Plauischen Landen der Bücher-Nachdruck und dessen Verbreitung bei Strafe der Konfiskation und einer Geldbufse von Einhundert Thalern verboten sein soll und zwar ohne Unterschied, ob dabei inländische oder Schriftsteller und Verleger der Preufsischen Monarchie beeinträchtiget sind;

dafs das Verbot wider den Bücher-Nachdruck, so wie solches bereits im ganzen Bereiche der Preufsischen Monarchie, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen, zum Schutze der *inländischen* Schriftsteller und Verleger in den Fürstlich-Reufs-Plauischen Landen Anwendung finden, mithin jeder durch Bücher-Nachdruck oder dessen Verbreitung begangene Frevel gegen letztere, nach denselben gesetzlichen Bestimmungen beurtheilt und geahndet werden solle, als handele es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in der Preussischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende, von der Fürstlich-Reufs-Plauischen Regierung älterer Linie vollzogene, Erklärung ausgewechselt worden sein wird, durch öffentliche Bekanntmachung in den diesseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 18ten Januar 1828.

Königl. Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. SCHÖNBERG.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem sie gegen eine übereinstimmende, von der Fürstlich-Reufs-Plauischen Regierung älterer Linie zu Greiz unterm 2ten Januar d. J. vollzogene, Erklärung ausgewechselt worden ist, unter Bezugnahme auf die Allerhöchste Kabinetsorder vom 16ten August 1827 (Gesetzsammlung pro 1827. Nr. 17. S. 123) hierdurch zur öffentlichen Kenntnifs gebracht.

Berlin, den 18ten Januar 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. SCHÖNBERG.

107.

Traité fondamental de douanes entre la Bavière et le Wurtemberg, signé le 18 Janvier 1828.

(*Regierungs-Blatt für das Königreich Württemberg.* Nr. 10, den 18. Fabruar 1828).

Seine Majestät der König von Württemberg, und Seine Majestät der König von Baiern, von denselben Gesinnungen und Absichten geleitet, aus welchen der am 12. April 1827 zu München abgeschlossene vorläufige Vertrag über gegenseitige Erleichterung des Handels und Verkehrs zwischen beiden Staaten her-

1828 vorgegangen, haben zum Zweck der in dem zweiten Artikel des gedachten Vertrages vorbehaltenen Ausbildung und Vollziehung des errichteten Zoll-Vereins sofort weitere Unterhandlungen eröffnen lassen, und zu diesen als Allerhöchst Ihre Bevollmächtigte ernannt, nämlich:

Seine Königliche Majestät von Württemberg, den aufserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister an dem Königlich Baierischen Hofe, Herrn Philipp Moritz, Freiherrn v. Schmitz-Grollenburg, Staatsrath und Commenthur des Ordens der Württembergischen Krone,

dann

den Ober-Finanzrath, Herrn Christoph Ludwig v. Herzog, Ritter des Ordens der Württembergischen Krone;

Seine Königliche Majestät von Baiern, den Staats-Minister des Königlichen Hauses und des Aeufsern, dann der Justiz, Herrn Reichsrath Friedrich Freiherrn v. Zentner, des Königlichen Hausordens vom heiligen Hubertus Capitular, Grofskreuz des Civil-Verdienst-Ordens der Baierischen Krone, Inhaber des Ehrenkreuzes des Königlich Baierischen Ludwigsordens, Grofskreuz des Kaiserlich Königlich Oesterreichischen Leopolds- des Königlich Preufsischen rothen Adler- und des Grofsherzoglich Hessischen Hausordens,

welche beiderseitigen Bevollmächtigten, unter Vorbehalt der Ratification ihrer allerhöchsten Höfe, über nachstehende Punkte sich vereinigt haben.

Art. I. Die Königreiche Württemberg und Baiern vereinigen sich in Gemäfsheit des zu München unter dem 12. April 1827 abgeschlossenen Vertrags zu einem gemeinsamen Zoll-Systeme, und zu einer den zusammenhängenden Länder-Umfang beider Staaten einschliefsenden Zoll-Linie.

Art. II. Dieser Vereinigung treten die Fürstenthümer Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen in Gemäfsheit der mit der Krone Württemberg abgeschlossenen Uebereinkunft und der von ihnen ausgestellten Accessions-Urkunden sogleich bey.

Art. III. Von dem gemeinschaftlichen Zoll-Verbande bleibt zwar der Baierische Rheinkreis vorerst ausgenommen; die Aufnahme desselben wird jedoch

für den Fall vorbehalten, daſs entweder die gleiche 1828 Zoll-Verfassung dort für Rechnung des Vereins eingeführt, oder dieser Kreis in unmittelbare Verbindung mit dem Vereins-Gebiete gesetzt wird. Bis dahin sollen die Erzeugnisse und Fabrikate dieses Kreises in die vereinten Staaten mit den nämlichen Zoll-Begünstigungen eingehen, welche sie bisher in den ältern Kreisen des Königreichs Baiern genossen haben, oder die ihnen noch ferner von beiden Regierungen werden zugestanden werden.

Art. IV. Diejenigen Besitzungen der vereinten Staaten, welche auſserhalb der gemeinschaftlichen Zoll-Linie gelegen sind, werden (jedoch mit Vorbehalt der für den Rheinkreis im Art. III. enthaltenen Bestimmungen) hinsichtlich der Zölle als Ausland behandelt.

Art. V. In Folge der Bestimmungen des Art. I. sollen die längs der gemeinschaftlichen Gebietsgrenze dermalen bestehenden Zoll-Erhebungs-Stellen in dem durch besonders getroffene Uebereinkunft festgesetzten Termine aufgelöst, und die Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-Zölle bei den Grenz-Erhebungsstellen und bei den innern Hall-Aemtern für gemeinschaftliche Rechnung der vereinten Staaten erhoben werden; jedoch bleibt jeder der beiden Regierungen unbenommen, an der gemeinschaftlichen Grenz-Linie auf ihrem Gebiete diejenigen Aufsichtsstellen und Schutzwachen aufzustellen, welche sie allenfalls zur Verhinderung der Salz- und Malz-Einschwärzungen oder anderer Defraudationen ihrer indirecten Auflagen nothwendig findet.

Art. VI. Die Regierungen der vereinten Staaten verzichten auf einseitige Anordnungen und Verträge, welche die Zoll-Verhältnisse mit anderen, nicht zum Verein gehörigen Staaten zum Gegenstande haben; sollte eine oder die andere derselben sich in den Fall versetzt sehen, einem dritten Staate einzelne Begünstigungen nicht wohl versagen zu können, so soll sie verbunden sein, dem Vereine für die dadurch sich ergebende Einnahms-Minderung oder Ausgaben-Mehrung Ersatz zu leisten.

Dagegen werden die beiden allerhöchsten Paciscenten ihre Bemühungen dahin vereinigen, daſs dem

1828 Zoll-Vereine auch andere angrenzende Staaten beitreten.

Art. VII. Die gemeinschaftlichen Zölle werden nach der Zoll-Ordnung und den Zoll-Tarifen erhoben, worüber sich die beiden allerhöchsten Paciscenten auf die Grundlage der Baierischen Zoll-Ordnung und der Baierischen Zoll-Tarife vereinigen werden, und welche sodann zu seiner Zeit in jedem der vereinten Staaten auf dem gewöhnlichen Wege zur allgemeinen Darnachachtung verkündet werden sollen.

Art. VIII. Der Ertrag der gemeinschaftlichen Zölle, welcher sich nach Abzug der Kosten der Erhebung, Aufsicht und Verwaltung sowohl, als der übrigen dem Vereine zur Last fallenden Ausgaben herauswirft, wird unter den beiden vereinten Staaten nach dem Verhältnisse ihrer respectiven Bevölkerung getheilt. Der Stand der Bevölkerung der vereinten Staaten wird alle drei Jahre durch genaue Volkszählungen ausgemittelt, und jeder Zeit der wirkliche Stand vom 1. October des betreffenden Jahres angenommen werden.

Art. IX. Die unteren Zoll-Erhebungs- und Aufsichts-Stellen in den vereinten Staaten werden nach gleichförmigen organischen Bestimmungen angeordnet, besetzt und instruirt.

Art. X. Zum Behufe der obersten Zoll-Verwaltung soll in jedem der beiden vereinten Staaten eine eigene und selbstständige Oberzoll-Administration bestehen.

Die Formation dieser Ober-Zolladministrationen und die Regulirung ihres Geschäftsganges bleibt den betreffenden Staats-Regierungen überlassen; der Wirkungskreis derselben aber wird, insoweit er nicht schon durch den Grund-Vertrag und die gemeinschaftliche Zoll-Ordnung bestimmt ist, durch eine besondere Instruction näher bezeichnet werden.

Art. XI. Die Oberzoll-Administration des einen Vereins-Staates wird durch einen General-Bevollmächtigten des andern Vereins-Staates controlirt.

Einem solchen General-Bevollmächtigten oder seinem Stellvertreter stehen folgende Befugnisse zu:

a. Jede Weisung oder Ausfertigung, welche die betreffende Oberzoll-Administration oder deren

Vorstand an die derselben untergeordneten Zoll-Behörden ergehen läfst, unterliegt seinem Visa sowohl auf dem Conzepte, als in der Reinschrift; der Mangel dieses Visa macht die Ausfertigung kraftlos. 1828

b. Dieses Visa soll er zwar nie verweigern können; bei Ertheilung desselben kann er jedoch, wenn er befürchtet, dafs aus dem Vollzuge der Weisung für den Verein ein Schaden erwachsen könnte, Protest einlegen; dieser Protest mufs unter Anführung der Gründe auf dem Conzepte vorgemerkt werden, und es ist ihm darüber auf Anfordern ein Certifikat auszustellen.

c. Auf den Grund eines solchen Protestes kann der General-Bevollmächtigte in so fern die der Ober-Zoll-Administration vorgesetzte Staatsregierung nicht rechtzeitig Abhülfe treffen sollte, den Recurs an den General-Congrefs (über dessen Bildung und Wirkungskreis die Artikel XXXVI, XXXVII und XXXVIII das Nähere festsetzen) ergreifen.

Findet der General-Congrefs, dafs aus der bemängelten Ausfertigung sich wirklich ein Schaden für den Verein ergab, so hat diesen die Regierung zu ersetzen, deren Administration hiezu Veranlassung gegeben hat.

d. Er kann in Fällen der Dringenheit die Zoll-Erhebungs-Stellen seiner Regierung und die von derselben aufgestellten Aufsichts-Behörden oder Schutzwachen zum Vollzuge jener Mafsregeln, welche die Ober-Administration, bei welcher er accreditirt ist, nöthig erachtet, anweisen und auf Requisition *mufs* er eine solche Anweisung ertheilten, jedoch unter Vorbehalt der ad 2 und 3. enthaltenen Bestimmungen.

e. Er kann Beamte seiner Regierung zu den Zoll-Aemtern des Staats, in dem er die Controle ausübt, zur Visitation abordnen, ohne jedoch durch dieselben besondere Befehle zu ertheilen, oder Anordnungen in der Verwaltung treffen zu lassen.

f. Auf Verlangen müssen ihm alle Acten, Bücher etc. der Ober-Zoll-Administration sowohl, als der äufsern Aemter zur Einsicht vorgelegt werden.

1828 g. Er kann der Aufnahme der Zoll-Rechnungen in allen Stadien und Instanzen mit dem Rechte der Erinnerung oder Bemängelung beiwohnen; diese soll zwar weder die Aufnahme der Rechnungen hindern, noch die Entscheidung der Rechnungs-Behörden bedingen, ihm jedoch auch in diesem Falle, so wie in jenen unter e und f, der Recurs an den General-Congrefs mit den unter c. bezeichneten Folgen vorbehalten bleiben.

h. Er ist immer zugleich auch Mitglied des General-Congresses.

Die beiderseitigen General-Bevollmächtigten treten bei der respectiven Ober-Zoll-Administration zur Controlirung und Mitwirkung bei den Anstalten für die Vollziehung des Vereins vom 1. April 1828 an in Thätigkeit.

Art. XII. Für die, alle Staaten des Vereins umfassende Controle der Zollscheine wird in München eine gemeinschaftliche aus Beamten der respectiven Regierungen verhältnifsmäfsig zusammengesetzte Anstalt gebildet, und mit der nöthigen Instruction versehen.

Art. XIII. Die Zoll-Erhebungs-Aemter stellen Monats-Rechnungen, über welche jede Ober-Zoll-Administration einen General-Conspect herzustellen hat, auf dessen Grund zwischen den vereinten Staaten provisorische Abrechnungen nach einem Conto corrente Statt haben. Die respectiven Ober-Zoll-Administrationen stellen Quartals-Rechnungen, auf deren Grund die definitiven Abrechnungen zwischen den vereinten Staaten geschehen, nachdem diese Rechnungen gehörig verbeschieden seyn werden.

Art. XIV. Allgemeine Anordnungen und Reglementär-Verfügungen zur Vollziehung der Zoll-Ordnung und der Verwaltungs-Normen sollen zur Erzielung der Einheit in der Regel immer nur von beiden Regierungen nach vorläufigem Benehmen und Einverständnifs gleichzeitig und gleichheitlich ausgehen.

Auf besondere Veranlassung und in dringenden Fällen kann jedoch unter Beobachtung der Vorschriften des Art. XI., ad a. b. und c. sowohl von der Königlich Würtemberg'schen, als der Königlich Baier'schen Ober-Zoll-Administration die nöthig erachtete Mafsregel erlassen werden.

Art. XV. Der Grund-Vertrag, die Organisation der Zoll-Verwaltung, die gemeinschaftliche Zoll-Ordnung und die Zoll-Tarife des Vereins können nur auf die im Art. XXXVIII. festgesetzte Weise abgeändert, oder authentisch erläutert werden. 1828

Dagegen bleibt den einzelnen Regierungen der vereinten Staaten vorbehalten:

1. die allgemeinen Verordnungen über das Zoll-Wesen des Vereins und die Beschlüsse des General-Congresses, insoweit sie sich zur Publication eignen, in ihren Staaten in ihrem Namen zu verkünden;
2. die Beamten und Diener, welche sowohl für die Ober-Zoll-Administration als für die Erhebungs- und Aufsichts-Stellen des betreffenden Staates erforderlich sind, selbst zu ernennen;
3. die von ihnen ernannten Beamten und Diener von ihren Landesbehörden für den Verein besonders verpflichten zu lassen;
4. die ihnen angehörigen Beamten und Diener, wenn sie sich im Dienste des Vereins Verbrechen oder Vergehen zu Schulden kommen lassen, von ihren Gerichten aburtheilen zu lassen;
5. über die in ihrem Gebiete dem Unterstützungs-Fonds anfallenden Straf-Antheile ausschliefsend zu disponiren;
6. für ihre Staats-Angehörigen das Begnadigungsrecht auszuüben.

Die Eidesformel, nach welcher die Beamten und Diener für den Verein zu verpflichten sind, ist folgende:

„Ich schwöre, dafs ich nicht nur die mir durch meinen Dienst-Eid gegen meinen Souverain auferlegten allgemeinen Verpflichtungen erfüllen, sondern auch die Interessen des Zoll-Vereins nach den Verträgen, gemeinschaftlichen Verordnungen und Instruktionen, getreulich und ohne Gefährde nach allen Kräften und in allen Beziehungen befördern, und allen Nachtheil und Schaden von diesem Verein möglichst abwenden wolle, so wahr mir Gott helfe und sein heiliges Evangelium."

Art. XVI. Die Rechte der in der gemeinschaftlichen Zoll-Verwaltung des Vereins angestellten Be-

1828 amten und Diener in Beziehung auf Stabilität und Pensions-Ansprüche richten sich nach den Gesetzen desjenigen Staates, dem sie angehören.

Art. XVII. Sämtliche Kosten der Ober-Zoll-Administrationen werden von den betreffenden Staats-Regierungen getragen. Ebenso fallen auch die Pensionen, Ruhestands-Gehälter und Alimentations-Bezüge der Beamten, Diener und ihrer Relikten, die Beamten und Diener mögen nun bei den Ober-Zoll-Administrationen und der Central-Controle-Anstalt, oder bei den Erhebungs- und Aufsichts-Behörden angestellt sein, ausschliefsend jenen Staats-Regierungen zur Last, von welchen diese Beamte und Diener ernannt worden sind. Dagegen werden alle Kosten der Central-Controle-Anstalt, der äufsern Zoll-Erhebungs- und Aufsichts-Stellen, so wie alle übrigen nicht ausdrücklich ausgenommenen Verwaltungs-Kosten aus den Vereins-Zöllen oder auf Rechnung des Vereins bestritten.

Um übrigens in dieser Beziehung eine durchgehende Gleichheit herzustellen, und allen Prägravirungen vorzubeugen, werden über die Besoldungen der äufseren Beamten und Diener, über die Hauszins-Beiträge, über die Ausgaben auf Heitzung und Beleuchtung der Amts-Lokalitäten, über die Ausgaben auf Schreibmaterialien, über die Umzugs-Gebühren und über die Diäten der Zoll-Bediensteten besondere, von beiden Regierungen einzuhaltende Regulative festgesetzt werden.

Art. XVIII. Die hohen Paciscenten übernehmen es, die in ihren Gebieten zum gemeinschaftlichen Zoll-Dienst unumgänglich nothwendigen Gebäude, wenn sie nicht von Corporationen oder Gemeinden oder Privaten gemiethet werden können, auf ihre Kosten herzustellen und zu erhalten, sie sollen aber nicht nur für jene Gebäude, die sie zu diesem Zwecke erst neu erbauen lassen, sondern auch für jene, die bereits vorhanden sind, und dem gemeinschaftlichen Zoll-Dienste überlassen werden, entweder aus den Vereins-Zöllen oder von den betreffenden Zoll-Bediensteten durch Miethzinse, die den Lokal-Verhältnissen entsprechen, entschädigt werden.

Art. XIX. Die polizeilichen Verfügungen über den *gegenseitigen Besuch* der öffentlichen Märkte

und den *Hausirhandel* bleiben den respektiven Regierungen vorbehalten, so wie auch die Wirksamkeit der in den Vereins-Staaten über Gewerbs-Privilegien geltenden Gesetze fortzubestehen hat. Die respektiven Staats-Regierungen werden jedoch für die Handels- und Gewerbsleute der vereinten Staaten gegenseitig diejenigen Begünstigungen eintreten lassen, welche nur immer mit ihrer innern Verfassung und mit ihrem Abgaben-Systeme vereinbarlich sind. 1828

Art. XX. Alles, was für die vereinten Souveraine und die Mitglieder ihrer Regentenhäuser über die Zoll-Linie des Vereins ein- und ausgeführt wird, soll der tarifmäfsigen Verzollung unterliegen, und die Rückvergütung der entrichteten Zölle, in so weit diese nach den Anordnungen der einzelnen Regierungen Statt findet, aus den respektiven Staats-Cassen geschehen, oder der treffenden Regierung bei der Abrechnung zur Last geschrieben werden.

Art. XXI. Die Rückvergütung der Zölle, welche die an den Höfen der vereinten Staaten akkreditirten Botschafter, Minister, Gesandte und Geschäftsträger nach den Bestimmungen des gemeinschaftlichen Zoll-Gesetzes anzusprechen haben, geschieht durch die Staats-Casse der betreffenden Höfe gegen Wiederersatz aus den Vereins-Zöllen.

Art. XXII. Die Entschädigungen, welche in einem oder dem andern Staate den Mediatisirten, Communen und Privaten für eingezogene Zollrechte bewilligt sind, sollen demjenigen Staate zur Last bleiben, der sie bereits bewilliget hat, oder noch zu bewilligen haben wird.

Art. XXIII. Nicht minder sollen auch die Standesherren die Zoll-Rückvergütungen für ihre bedingten und beschränkten Zollbefreiungen aus den Cassen jener Staaten erhalten, in denen sie diese Rechte haben und ausüben.

Art. XXIV. Die Begünstigungen der Fabriken und Gewerbe, mit Ausnahme des Grenz-Verkehrs, sowohl in der *Einfuhr* der Fabrikations-Stoffe, der Halbfabrikate und der zu ihrer Verarbeitung nöthigen Materialien, als auch in der *Ausfuhr* und Wieder-Einfuhr der Fabrikate zur Vollendung oder Vervollkommnung bleiben der privativen Bewilligung der

 Landes-Regierungen überlassen, und fallen auch den respectiven Staats-Cassen zur Last.

Art. XXV. Von dem Tage an, wo die gemeinschaftliche Zoll-Ordnung des Vereins in Vollzug gesetzt wird, sollen im Innern des Vereins alle etwa noch bestehenden Stapel- und Umschlagsrechte aufhören, und Niemand soll zur Verladung, Anhaltung und Umlagerung angehalten werden können, als in den Fällen, in denen die gemeinschaftliche Zoll-Ordnung es bestimmt.

Art. XXVI. In Ansehung der Lagerhaus- und Hall-Anstalten sind die hohen Paciscenten übereingekommen, daſs die Anzahl derselben vor der Hand im Königreich Baiern auf 36, und im Falle, daſs der Rheinkreis in den Verein gezogen wird, auf 40, in Württemberg aber auf 15 festgesetzt und den betreffenden Regierungen überlassen seyn solle, dieselben nach ihrem Ermessen im Innern ihrer Gebiete zu vertheilen, oder nach Erforderniſs der Umstände von einem Handelsplatz in den andern zu verlegen und deren auch weniger anzuordnen.

Sollte gegen Erwarten sich zeigen, daſs die oben angenommene Zahl der Lagerhäuser in einem der contrahirenden Staaten für die Bedürfnisse des Handels nicht zureiche, so bleibt jeder Regierung der vereinten Staaten vorbehalten, auf eigene Kosten auch mehrere derselben zu etabliren.

Die Niederlags-Gebühren bleiben den betreffenden Regierungen zur privativen Erhebung überlassen, wogegen sich dieselben verbindlich machen, für die Herstellung und bauliche Unterhaltung der erforderlichen Lagergebäude und sonst dazu gehörigen Vorrichtungen zu sorgen.

Unter derselben Voraussetzung können auch die Waag- und Krahnen-Gebühren bei den Hallen den betreffenden Regierungen oder den Eigenthümern der Hall-Gebäude zur privativen Erhebung überlassen werden. Ausdrücklich wird hiebei jedoch festgesetzt, daſs das Amtspersonal der Hall-Anstalten durchaus von der betreffenden Regierung ernannt und besoldet, für den Zweck und das Interesse des Vereins verpflichtet werde, und die ausschlieſsende Aufsicht und Sperre über die gelagerten Güter habe.

Treten andere Staaten dem Verein bei, so soll die 1828 Anzahl der ihnen zukommenden Hall-Anstalten dergestalt bemessen werden, dafs im Durchschnitte höchstens Eine auf eine Bevölkerung von 100,000 Einwohnern treffe.

Art. XXVII. Die Weggelder, Wasserzölle, Brücken- und Pflasterzölle, Krahnen, Werfte, Wehrlochs- und Winterhalts-Gebühren, bleiben in den vereinten Staaten der privativen Erhebung vorbehalten.

Damit aber auch durch diese Abgaben der Verkehr und Handel so wenig als möglich erschwert werde, sind die hohen Paciscenten über die nachfolgenden Bestimmungen übereingekommen.

Art. XXVIII. Das Weggeld soll nur auf gebauten Strafsen erhoben werden können und zwei Pfenninge vom Centner und der Stunde, oder in so fern dasselbe nach dem Anspanne oder nach Lasten erhoben wird, einen hiernach bemessenen Satz nicht übersteigen. Ausgenommen ist jenes Weggeld, welches dermalen auf den Grund eines besondern Rechtstitels von einzelnen Gemeinden, Körperschaften oder Privaten erhoben wird.

Art. XXIX. Die Wasserzölle auf dem Rhein werden nach den Bestimmungen der Wiener-Convention vom 24. März 1815 und des zu erwartenden definitiven Schifffahrts-Reglements erhoben.

Die Wasserzölle auf dem Main und Neckar werden nach dem Schifffahrts-Reglement erhoben, worüber sich die Ufer-Staaten des Mains und des Neckars auf den Grund der Bestimmungen der Wiener-Convention vereinigen werden.

Die Wasserzölle auf den privativen Flüssen der vereinten Staaten sollen, wie das Weggeld zu Lande, zwei Pfenninge pr. Centner und Stunde nicht übersteigen können. Sollten jedoch hiewegen ältere — eine geringere Summe des Weggelds oder Wasserzolls, als die als Maximum ausgesprochene — stipulirende Staats-Verträge mit Auswärtigen bestehen, so wird dieses Weggeld nach den diesfallsigen vertragsmäfsigen Bestimmungen forterhoben.

Die Regulirung der Schifffahrts-Gebühren auf Kanälen bleibt den betreffenden Regierungen überlassen.

Art. XXX. Die Brücken- und Pflaster-Zölle sollen weder für die respektiven Staats-Cassen, noch

1828 für die Gemeinden als eine Finanzquelle benutzt werden, sondern mit dem Aufwande auf die periodische Herstellung und gute Unterhaltung der Brücken und Pflaster in einem billigen Verhältnisse stehen, und die vereinten Staaten verbinden sich gegenseitig, insbesondere die Pflasterzölle an den Commercialstraſsen nicht zu vermehren.

Art. XXXI. Den Zoll-Aemtern, welche für die gemeinschaftliche Rechnung die Zoll-Gefälle erheben, soll gestattet seyn, neben den gemeinschaftlichen Zöllen auch die privativen Weggelder, Wasserzölle und andere obenbenannte Gebühren, soweit es möglich ist, für Rechnung der betreffenden Staaten, jedoch auf ihre Kosten zu erheben.

Art. XXXII. Die beiden allerhöchsten Paciscenten behalten sich vor, jene Consumtions-Abgaben, welche in ihren Staaten von gewissen inländischen Genuſs- und Verbrauchs-Gegenständen erhoben werden, in gleicher Weise und Quote, zum Besten ihrer Landeskassen, auch von den Gegenständen derselben Art, welche aus dem Gebiete eines benachbarten fremden, oder zum Verein-gehörigen Landes kommen, erheben zu lassen, jedoch in der Art, daſs solche Abgaben nicht auch die blos transitirenden Gegenstände treffen und durch die Erhebungsweise den freien Verkehr zwischen den vereinten Staaten so wenig wie möglich erschweren.

Art. XXXIII. Die Tarife solcher Verbrauchs-Abgaben sollen nebst den Bestimmungen über die Erhebungsweise auf Verlangen des Staats, der solche Abgaben erhebt, in den Nachbar-Staaten durch die betreffenden Regierungen bekannt gemacht werden.

Art. XXXIV. Die Regierungen der vereinten Staaten versprechen sich gegenseitige Unterstützung in der Sicherstellung des Vollzugs ihrer privativen Abgaben-Gesetze, und werden auch in dieser Beziehung die gemeinschaftlichen Erhebungs- und Aufsichts-Beamten zur möglichen Mitwirkung verpflichten.

Art. XXXV. Die Salz-Regalien der an dem Verein Theil nehmenden Staaten werden aufrecht erhalten, und von den Regierungen gegenseitig geschützt.

Zur Sicherstellung derselben ist

a. die Einfuhr des Salzes und aller Gegenstände, aus 1828 welchen Kochsalz ausgeschieden werden kann, aus fremden nicht zum Verein gehörigen Ländern in die Vereins-Staaten verboten, insoweit dieselbe nicht für eigene Rechnung einer der vereinten Regierungen und zum unmittelbaren Verkaufe bei ihren Salzämtern, Factorien oder ihren Niederlagen geschieht.

b. Die Durchfuhr des Salzes und der vorbezeichneten Salz-Nebenproducte aus den dem Vereine nicht beitretenden Ländern in andere solche Länder für Rechnung von Privaten ist ganz verboten; für Rechnung einer auswärtigen Regierung aber kann diese Durchfuhr, wenn sie sich nicht schon auf bestehende Verträge gründet, nur nach erfolgter Zustimmung aller Vereins-Regierungen und unter den Vorsichtsmafsregeln Statt haben, welche dieselben nothwendig erachten werden.

c. Die Ausfuhr des Salzes in fremde, nicht zum Vereine gehörige Staaten ist frei, und den einzelnen Vereins-Regierungen bleibt vorbehalten, hierüber mit auswärtigen Regierungen oder mit Privaten Verträge abzuschliefsen, in so ferne sie keine Modifikationen des gemeinschaftlichen Zoll-Systems enthalten.

Was den Salz-Handel innerhalb der Vereins-Staaten betrifft, so ist die Einfuhr des Salzes von einem der vereinten Staaten in den andern nur in dem Falle erlaubt, wenn zwischen den Landes-Regierungen besondere Salzlieferungs-Verträge abgeschlossen werden.

Diese Salzlieferungs-Verträge können sich entweder auf die Staats- oder auf die Privat-Salinen beziehen. Auch die letzteren können nur mit Regierungen solche Contracte abschliefsen, und ist denselben jeder Salz-Verkauf an Privaten verboten.

Wenn eine Regierung von der andern innerhalb des Vereins, sey es nun aus Staats- oder aus Privat-Salinen, Salz beziehen will, so müssen die Sendungen mit Pässen von öffentlichen Behörden begleitet werden.

Zu diesem Ende verpflichten sich die betheiligten Regierungen, auf den Privat-Salinen einen öffentlichen Beamten aufzustellen, welcher den Salz-Handel derselben überhaupt zu beobachten hat.

1828 Wo es die Lage der verschiedenen Staaten mit sich bringt, dafs ein Vereins-Staat aus einem andern durch einen dritten Vereins-Staat sein Salz-Bedürfniſs beziehen, oder durch einen solchen sein Salz in fremde nicht zum Verein gehörige Staaten versenden muſs, soll diesen Sendungen kein Hinderniſs in den Weg gelegt werden können, jedoch sollen durch vorläufige Uebereinkunft der betheiligten Staaten die Straſsen für den Transport, und die erforderlichen Sicherheits-Maaſsregeln festgesetzt werden, insofern dieses nicht schon durch frühere Verträge bestimmt ist.

Die beiden contrahirenden hohen Staats-Regierungen machen sich gegenseitig für die Dauer des Vereins verbindlich, den Salz-Handel en gros im Innern ihrer Staaten fortan nur auf amtliche Regie führen zu lassen.

Art. XXXVI. Am ersten Mai eines jeden Jahres versammelt sich in München ein General-Congreſs.

Dieser General-Congreſs soll aus zwei General-Bevollmächtigten der Krone Württemberg und aus eben so vielen General-Bevollmächtigten der Krone Baiern bestehen.

Die nach Art. XI zu bestellenden General-Bevollmächtigten bei den Ober-Zoll-Administrationen sind zugleich am General-Congresse die zweiten Bevollmächtigten der respectiven Regierungen.

Das Directorium bei diesem Congresse alternirt jährlich unter den ersten Bevollmächtigten der beiden Staaten; das dirigirende Mitglied hat bei Stimmengleichheit eine überwiegende Stimme.

Treten noch andere Staaten dem Vereine bei, so soll jeder derselben einen General-Bevollmächtigten zum Congreſs zu senden befugt sein.

Art. XXXVII. Dieser General-Congreſs hat

a. über die Abänderungen des Grund-Vertrags, der Organisation der Verwaltung, der Zoll-Ordnung und des Zoll-Tarifs, welche die Umstände allenfalls nothwendig machen, sich zu vereinigen;

b. die administrativen Rechenschafts-Berichte der Ober-Zoll-Administrationen nach ihrem ganzen Umfange zu prüfen, die Resultate der Haupt-Rechnungen des Vereins vom letzten Jahre zusammenzustellen, und die definitive Abrechnung zwischen den Vereins-Staaten festzustellen;

c. den Etat für das folgende Jahr zusammenzustellen 1828
und festzusetzen;

d. die Recurse und Beschwerden, welche über die Verfügungen der Ober-Zoll-Administrationen an den Congrefs gelangen, zu erledigen; endlich

e. die Verfügungen über die polizeilichen und administrativen Gegenstände, welche aufser der Competenz der Ober-Zoll-Administrationen liegen, zu verabreden und ihre provisorischen Anordnungen zu bestätigen oder aufzuheben.

Art. XXXVIII. Bei Berathung der in vorhergehendem Artikel ad a. b. und c. bezeichneten Gegenstände sind die Mitglieder des Congresses an die Instructionen gebunden, welche sie zu diesem Behufe von ihren respectiven Höfen erhalten, und diesen ist hierin auch die Ratifikation der Beschlüsse vorbehalten.

In den ad d. und e. bezeichneten Fällen handelt der Congrefs als Compromifs-Richter, und die Mitglieder desselben sind an keine Instruction, sondern nur an ihre Ueberzeugung gebunden.

In ein solches Compromifs-Gericht kann sich jedoch der Congrefs erst dann verwandeln, wenn er sich zuvor durch sachverständige Männer verstärkt hat.

Diese werden von den General-Bevollmächtigten nach innerer Ueberzeugung gewählt, und deren Zahl wird festgesetzt auf drei, so lange der Congrefs aus vier Bevollmächtigten besteht; auf zwei, wenn derselbe aus fünf, sieben oder neun Bevollmächtigten besteht, und auf einen, wenn er aus sechs, acht oder zehn Bevollmächtigten besteht.

Erfolgt über die ad b. und c. bemerkten Gegenstände keine Vereinigung, oder binnen vier Wochen nach Beschlufs nicht die Ratifikation, so entscheidet das auf die obenbemerkte Weise zusammengesetzte Compromifs-Gericht.

Dagegen können die Bestimmungen des gegenwärtigen Grund-Vertrags nur unter allseitiger Zustimmung der hohen Mitglieder des Vereins abgeändert, erläutert oder mit Zusätzen vermehrt werden.

Ebenso können auch in der Zoll-Ordnung, in den Zoll-Tarifen und in der Organisation der Verwaltung nur unter allseitiger Zustimmung der hohen Paciscenten Abänderungen Statt finden.

1828 Art. XXXIX. Treten im Laufe des Jahres aufser der gewöhnlichen Zeit der Versammlung des Congresses aufserordentliche Ereignisse ein, welche über Abänderung der Tarife oder über andere Verfügungen unverzüglich Beschlüsse erheischen; so werden sich die hohen Paciscenten darüber im diplomatischen Wege vereinigen, oder einen aufserordentlichen Congrefs veranlassen.

Art. XL. Den Aufwand für die Bevollmächtigten und ihre Gehülfen bestreitet jene Regierung, welche sie delegirt.

Die Remunerationen der Sachverständigen, welche dem Congrefs beigeordnet werden, so wie des untern Personals, welches der Congrefs zu seinen Arbeiten nöthig hat, werden auf gemeinsame Kosten aus den Vereins-Zöllen bestritten.

Art. XLI. Jedem der contrahirenden Theile soll es frei stehen, nach Ablauf der ersten drei Jahre (vom Tage an gerechnet, wo der Verein in Vollzug kommt) jeder Zeit aus demselben zu treten, wenn von ihm ein Jahr voraus die Aufkündigung geschehen ist.

Nur in dem Falle, dafs sämmtliche deutsche Bundesstaaten über gemeinsame Mafsregeln übereinkämen, welche den Zweck des Zollvereins erfüllen, soll dieser von dem Zeitpunkt an, wo die Beschlüsse der Bundes-Versammlung in Vollzug treten, aufgelöst werden.

Ebenso sollen, wenn gemeinsame Mafsregeln über den freien Verkehr und Handel mit Lebensmitteln in dem deutschen Staatenbunde beschlossen werden sollten, diese Beschlüsse an die Stelle der einschlägigen Bestimmungen der gemeinschaftlichen Zoll-Ordnung des Vereins treten.

Art. XLII. In dem Falle des Austritts aus dem Verein oder der Auflösung desselben, hat jeder austretende Staat alle von ihm angestellten Beamten und Diener zurückzunehmen und das ihm zuständige Amts-Inventar zurück zu erhalten.

Art. XLIII. Das Baierische Gewicht und Maas wird dem gemeinschaftlichen Zoll-Tarife zu Grund gelegt und die Zoll-Abgabe hiernach erhoben. Zu diesem Behufe wird das Gewicht für die damit

noch nicht versehenen Erhebungs-Behörden auf Kosten des Vereins herbeigeschafft. 1828

Das vom Baierischen abweichende Maas wird in jenes reducirt, und es werden hierüber besondere Reductions-Normen vorgeschrieben.

Art. XLIV. In Ansehung der Tax- und Stempel-Abgabe wird es in jedem der vereinten Staaten nach seinen eigenen Gesetzen gehalten und die Einnahmen an denselben werden den respektiven Regierungen ganz allein verrechnet.

Art. XLV. Sowohl die Ober-Zoll-Administrationen, als die äufsern Aufsichts- und Erhebungs-Behörden führen das Wappen und Prädicat jenes Staates, in welchem sie aufgestellt sind.

Gleiches findet bei den Versicherungs-Werkzeugen in der Art Statt, dafs die Randschrift denjenigen Staat bezeichnet, in welchem die Postirung liegt; der eine Stempel trägt das Wappen eben dieses Staats nebst dem Namen und der Dienstes-Eigenschaft der Zoll-Postirung als Umschrift, der andere hingegen enthält die Umschrift „Zoll-Verein" und in der Mitte die laufende Nummer.

Art. XLVI. Die Landes-Regierungen übernehmen es, das Inventar an Amts-Requisiten und Geräthschaften für die in ihrem Gebiete liegenden Zoll-Aemter herbeizuschaffen und zu unterhalten.

Art. XLVII. Im Falle einer Auflösung des Vereins werden die Local-Personal- und Special-Acten denjenigen Regierungen, deren Land oder Personale sie betreffen, zurückgestellt.

Der generelle Theil, so wie die Rechnungs-Acten der Vereins-Registratur bleiben zwar im Besitze der Krone Baiern, welche jedoch drei Jahre lang verbunden ist, die Einsicht dieser Registratur-Acten, so wie die Verfassung von Auszügen oder Abschriften derselben zu gestatten.

Art. XLVIII. Die zur Zeit der Einführung des Vereins noch unerledigten Rechnungs-Revisionen und Iustificationen von den bisherigen Zoll-Administrationen der vereinten Staaten werden ausschliesend nach den Comptabilitäts-Vorschriften des betreffenden Staates erledigt, und die daraus hervorgehenden Activ- und Passiv-Reste berühren blos die Cassen der betreffenden Regierung.

1828 Ebenso werden die noch zu erledigenden Zoll-Strafprozesse ausschliefsend von den Landes-Behörden und Stellen behandelt.

Art. XLIX. Im Falle der Auflösung des Vereins werden die Rückstände durch die Regierung, in deren Gebiet sie anfielen, eingetrieben, längstens binnen zwei Jahren dem Verein baar abgeliefert, und sodann unter die respektiven Staaten nach dem vertragsmäfsigen Theilungs-Mafsstabe getheilt.

Art. L. Gegenwärtiger, in duplo ausgefertigter Grund-Vertrag soll alsbald der allerhöchsten Genehmigung beider Königlichen Höfe unterlegt werden, und die Auswechslung beiderseitiger Ratifikations-Urkunden spätestens in vierzehn Tagen zu München Statt finden.

Zur Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Grund-Vertrag unterschrieben und besiegelt zu

München den 18. Januar 1828.

Philipp Moriz, *Freiherr* v. Schmitz-Grollenburg. — *Freiherr* von Zentner.

Chr. Ludw. v. Herzog.

108.

Déclaration concernant l'arrangement entre la Prusse et la Saxe royale par rapport à la contrefaçon, publiée à Dresde le 25 Janvier 1828.

(*Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen.* Nr. 4. pag. 13).

Nachdem in Folge der, zwischen diesseitiger und der Königlich Preufsischen Regierung, wegen wechselseitiger, gegen den Büchernachdruck zu treffender, gesetzlicher Vorkehrungen, unterm 28sten October und 3ten November vorigen Jahres geschlossenen Con-

vention, im Bereich der Königlich Preufsischen Staaten zugleich die Einrichtung getroffen worden ist, und die dasigen Oberpräsidien und Gerichtsbehörden von den betreffenden Ministerien angewiesen worden sind, dafs in Fällen, wo es den Schutz der Rechte eines der Königlich Sächsischen Regierung als Unterthan angehörigen Verlegers gilt, die von demselben gehörig nachgewiesene Eintragung des gegen unerlaubten Nachdruck zu schützenden Verlagsartikels in das zu diesem Eintrage bestimmte Protocoll der Büchercommission zu Leipzig, als Beweis des rechtmäfsig erworbenen Verlagsrechtes dort gleichfalls anerkannt werden soll; 1828

Als wird, auf Sr. Königl. Majestät von Sachsen Allerhöchsten Befehl, solches, in Beziehung auf die Bekanntmachung vom 26sten November 1827. (Ges. Samml. v. J. 1827. S. 217.) hierdurch nachträglich zu öffentlicher Kenntnifs gebracht.

Dresden, den 25sten Januar 1828.

Königlich Sächsischer Geheimer Rath.

NOSTITZ *und* JAENCKENDORF.

DR. JOHANN DANIEL MERBACH.

109.

Déclaration du ministère Prussien concernant la prolongation de la convention du 23 Juin 1821 relative à la procédure de révision sur l'Elbe, pour un terme ultérieur de six ans; du 2 Février 1828.

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten* 1828. Nr. 3. pag. 20).

Da die zwischen Ihren Majestäten den Königen von Preufsen, Sachsen, Grofsbritannien und Irland als

1828 König von Hannover, und Dänemark, imgleichen Seiner Königlichen Hoheit dem Grofsherzoge von Mecklenburg-Schwerin unter dem 23ten Juni 1821 abgeschlossene Konvention, wegen des Revisions-Verfahrens auf der Elbe, mit dem letzten Dezember des vergangenen Jahres abgelaufen ist, die Regierungen von Sachsen, Hannover, Dännemark und Mecklenburg-Schwerin aber, nach der von ihnen über die Zweckmäfsigkeit dieser Konvention bisher gemachten Erfahrung in dem Wunsche übereingekommen sind, dafs die Dauer derselben, dem in ihrem Artikel 8 ausgesprochenen Vorbehalte gemäfs, verlängert werde, und von Seiten der Preufsischen Regierung dem desfalligen Vorschlage beigestimmt worden ist: so wird, in Folge der hierüber Statt gefundenen Vereinbarung, von Seiten der Königlich-Preufsischen Regierung in Beziehung auf die ihr deshalb zugekommenen gleichlautenden Zusicherungen der übrigen betheiligten Regierungen, hierdurch insbesondere der Königlich-Sächsischen Regierung die Erklärung gegeben:

Dafs Preufsischer Seits die gedachte Konvention vom 23ten Juni 1821 in allen ihren Bestimmungen als noch auf anderweitige sechs Jahre, mithin bis zum 31sten Dezember 1833 verlängert und in Kraft bestehend anerkannt werde.

Königl. Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Graf v. Bernstorff.

Vorstehende Ministerial-Erklärung wird, nachdem solche gegen eine übereinstimmende, von dem Königlich-Sächsischen Kabinets-Ministerio unter dem 24sten Dezember v. J. vollzogene Erklärung ausgewechselt worden ist, hierdurch mit der Bemerkung zur öffentlichen Kenntnifs gebracht, dafs ein Austausch ähnlicher Erklärungen auch mit der Königlich-Grofsbritannisch-Hannöverschen, der Königlich-Dänischen und der Grofsherzoglich-Mecklenburg-Schwerinschen Regierung Statt gefunden hat.

Berlin, den 8ten Februar 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Graf v. Bernstorff.

110.

Déclaration du ministère Prussien du 7 Fevrier 1828 concernant un arrangement avec le duché de Saxe-Meiningen pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon. 1828

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten.* 1828. Nr. 5. pag. 27).

Das Königlich-Preufsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hierdurch, in Gemäfsheit der von Seiner Majestät ihm ertheilten Ermächtigung:

nachdem von der Herzoglich-Sachsen-Meiningenschen Regierung die Zusicherung ertheilt worden ist, dafs vorläufig und bis es in Gemäfsheit des Artikels 18 der Deutschen Bundesakte zu einem gemeinsamen Beschlusse zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger wider den Bücher-Nachdruck kommen wird, eine besondere Verordnung, durch welche der Bücher-Nachdruck und dessen Verbreitung bei Strafe der Konfiskation und einer namhaften Geldbufse in dem Herzogthum Sachsen-Meiningen gänzlich verboten wird, erlassen werden und diese Verordnung in ganz gleicher Maafse auf die Verlagsartikel der Schriftsteller und Verleger in den Königlich-Preufsischen Staaten Anwendung finden soll;

dafs das Verbot wider den Bücher-Nachdruck, so wie solches bereits im ganzen Bereiche der Preufsischen Monarchie zum Schutze der *inländischen* Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger des Herzogthums Sachsen-Meiningen ganz gleiche Anwendung finden, mithin jeder durch Bücher-Nachdruck oder dessen Verbreitung gegen letztere begangene Frevel nach den-

1828 selben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden solle, als handele es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in der Preussischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende, von der Herzoglich-Sachsen-Meiningschen Regierung vollzogene, Erklärung ausgewechselt worden sein wird, durch öffentliche Bekanntmachung in den diesseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 7ten Februar 1828.

Königl. Preussisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Schönberg.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem sie gegen eine übereinstimmende, von dem Herzoglich-Sächsischen Geheimen Ministerio zu Meiningen unterm 19ten Februar d. J. vollzogene Erklärung ausgewechselt worden ist, unter Bezugnahme auf die Allerhöchste Kabinetsorder vom 16ten August 1827 (Gesetzsammlung pro 1827 Nr. 17. S. 123) hierdurch zur öffentlichen Kenntnifs gebracht.

Berlin, den 24sten März 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Schönberg.

111.

Traité de commerce et de douanes entre la Prusse et le grand duché de Hesse, signé le 14 Février 1828.

(*Grofsherzoglich Hessisches Regierungsblatt*, am 6ten Mai 1828. Nr. 18. pag. 113. *Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten* 1828. Nr. 7. p. 50).

Nachdem der, zwischen dem Grofsherzogthum Hessen und der Krone Preussen, über die wechselseiti-

gen Zoll- und Handels-Verhältnisse am 14ten Februar dieses Jahrs zu Berlin abgeschlossene Vertrag von Seiner Königlichen Hoheit, dem Grofsherzoge, am 28ten desselben Monats und von Seiner Majestät, dem Könige von Preufsen, am 8ten März dieses Jahrs ratificirt worden, auch die Auswechselung der Ratificationsurkunden erfolgt ist, so werden die 27 Artikel, woraus jener Vertrag besteht, in der Art, wie folgt: 1828

Art. I. Die Grofsherzoglich Hessische Regierung vereinigt sich mit der Königlich Preufsischen Regierung zu einem gemeinschaftlichen Zoll- und Handels-System in dem durch die nachstehenden Artikel näher bezeichneten Umfange, und tritt zu diesem Zwecke der dermalen bestehenden Königlich Preufsischen Gesetzgebung über die Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben, welche in dieser Uebereinkunft unter dem gemeinschaftlichen Namen "Zoll" verstanden werden sollen, in der Art bei, dafs diese Gesetzgebung, nachdem solche im Namen des Grofsherzogs von Hessen Königl. Hoheit in dem Grofsherzogthum verkündigt sein wird, die Stelle der bisherigen Grofsherzoglich Hessischen Zoll- und Verbrauchsteuer-Gesetzgebung einnimmt und von den Grofsherzoglich Hessischen Behörden an den Grenzen und im Innern des Grofsherzogthums für gemeinschaftlich Königlich Preufsische und Grofsherzoglich Hessische Rechnung pünktlich vollzogen werden soll.

Art. II. Die Zollverwaltung im Grofsherzogthum Hessen bleibt der Grofsherzoglich Hessischen Regierung überlassen, wird jedoch gleichförmig mit der Königlich Preufsischen Zollverwaltung organisirt, und es sollen alle mit dieser Verwaltung und der Beaufsichtigung beschäftigten Grofsherzoglichen Beamten gleichförmig mit den Königlich Preufsischen instruirt und auf diese Instructionen und die Beobachtung der übrigen Bestimmungen dieser Uebereinkunft, durch die betreffenden Grofsherzoglich Hessischen Behörden, besonders verpflichtet werden.

Art. III. Unmittelbar nach erfolgter Ratification dieser Uebereinkunft sollen von beiden Seiten Commissarien ernannt werden, welche, unter Vorbehalt der Genehmigung beider Regierungen, sowohl die Redaction der in dem Grofsherzogthum Hessen zu

1828 verkündigenden Zollgesetze und der damit in Verbindung stehenden organischen Verfügungen, Instructionen und Anordnungen, als wie den Organisationsplan für die gesammte Zollverwaltung des Grofsherzogthums, mit Berücksichtigung der Localverhältnisse und in Beziehung auf Anzahl, Lage und Besetzung der Haupt- und Neben-Zollämter zu entwerfen und die Bestimmung der Grenzbezirke und Zollstrassen, die Anordnung der Grenzbewachung, so wie die Einrichtung der Packhöfe, vorzuschlagen und zu begutachten haben. Diese Commission soll sich zunächst in Darmstadt versammeln und nöthigenfalls an die Grenzorte begeben. Um die definitive Entscheidung über das Resultat ihrer Arbeit zu befördern, soll demnächst ein Grofsherzoglicher Commissär mit derselben nach Berlin abgeordnet werden.

Art. IV. Etwaige künftige Abänderungen des Zolltarifs oder anderer das Zollwesen betreffender gesetzlicher oder reglementärer Bestimmungen sollen nur in gegenseitigem Einvernehmen beider Regierungen verfügt und von jeder derselben ihrerseits verkündigt werden.

Art. V. Eben so sollen etwaige Handelsverträge zwischen der Königlich Preufsischen Regierung und anderen Staaten, welche die Interessen des Grofsherzogthums und der westlichen Preufsischen Provinzen berühren, unter Mitwirkung und Zustimmung der Grofsherzoglich Hessischen Regierung abgeschlossen werden und in ihren Folgen den Grofsherzoglich Hessischen Unterthanen dieselben Vortheile wie den Königlich Preufsischen gewähren.

Art. VI. Von dem Tage der Vollziehung gegenwärtiger Uebereinkunft an hören *alle* Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben an den Königlich Preufsischen und Grofsherzoglich Hessischen gemeinschaftlichen Landesgrenzen auf, und es können die Erzeugnisse des einen Staats frei und unbeschwert in den anderen Staat eingeführt und in demselben verbraucht werden, mit Ausnahme der im Innern des Landes gegenwärtig mit Consumtionsabgaben belasteten Gegenstände, in Ansehung welcher die im Art. IX. enthaltenen Verabredungen zur Anwendung kommen. Die bisherige Grenzbewachung und steuerliche

Behandlung des Ein-, Aus- und Durchgangs an gedachten gemeinschaftlichen Grenzen hört daher auf und wird sich ins künftige blos auf diejenige Aufsicht und Controle beschränken, welche zur Sicherstellung der im Art. IX. vorbehaltenen Erhebungen und Maafsregeln erforderlich ist, wobei sich beide Regierungen die bereitwilligste gegenseitige Unterstützung versprechen. 1828

Die Königlich Preufsischen Seehäfen sollen dem Handel der Grofsherzoglich Hessischen Unterthanen gegen völlig gleiche Abgaben, wie solche die Königlich Preufsischen Unterthanen entrichten, offen stehen, und es sollen die Königlich-Preufsischen Consuln in den auswärtigen Seehäfen beauftragt werden, den Grofsherzoglich Hessischen Unterthanen Schutz und Unterstützung zu gewähren.

Art. VII. Von Einführung der Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben in das Grofsherzogthum Hessen bleiben die abgesondert belegenen, von fremdem Gebiete eingeschlossenen Landestheile desselben, welche das Gesetz (Art. III.) näher bezeichnen wird, ausgeschlossen und werden, vorbehaltlich näherer Verabredungen über die Erleichterung des Eingangs eigener Erzeugnisse von dorther, in Beziehung auf diesen Vertrag, als Ausland betrachtet. Dasselbe findet auch Statt in Ansehung des Königlich Preufsischen Fürstenthums Neuschatel und der Grafschaft Valengin, jedoch behält es bei den Begünstigungen, welche den von dort in die Preufsischen Provinzen eingehenden Uhren und baumwollen Waaren, auf gewisse Quantitäten, ertheilt worden sind, sein Bewenden.

Der Königlich Preufsische Kreis Wetzlar wird mit der Grofsherzoglich Hessischen und umgekehrt das Grofsherzoglich Hessische Hinterland, nördlich von Königsberg anfangend, so weit solches das Kurfürstenthum Hessen und Herzogthum Nassau berührt, mit der Königlich Preufsischen Zollverwaltung für die westlichen Provinzen und namentlich mit dem westphälischen Provinzialbezirk dergestalt vereinigt, dafs zwar die in jedem dieser Landestheile deshalb zu bestellenden Beamten von der Landesregierung ernannt, sie jedoch derjenigen Behörde unmittelbar untergeordnet werden, die in dem Gebiete, welchem sie in Hin-

1828 sicht auf die Zollverwaltung zugelegt worden sind, die Aufsicht und Leitung derselben unmittelbar zu führen hat.

Art. VIII. Jede der beiden Regierungen bezieht in dem ganzen Umfange ihres Gebiets nach wie vor für eigne Rechnung die dermalen bestehenden Consumtions- und indirecten Abgaben, welche im Innern eines jeden der beiderseitigen Staaten, ohne Rücksicht auf den inländischen oder ausländischen Ursprung des besteuerten Gegenstandes, erhoben werden, ferner die im Art. IX. beim Uebergang aus einem Gebiete in das andere vorbehaltenen Erhebungen, endlich sämmtliche Wasserzölle, die Octrois, Chaussee- und Canal-, Brück-, Fähr- und Schleusen-Gelder, die Hafen-, Waage-, Krahnen- und Niederlage-Gebühren. Dagegen soll der Ertrag der Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben, so weit sie in den beiderseitigen Staaten Anwendung finden, jährlich zwischen beiden Regierungen nach Verhältniſs der Seelenzahl getheilt werden, und zwar vor der Hand — da die Zollgesetzgebung für die östlichen Königlich Preuſsischen Provinzen in einigen Punkten von der für die westlichen Provinzen verschieden, auch, wie beide Theile sich überzeugt haben, die Ausscheidung der Wasserzölle in den östlichen Provinzen mit eigenthümlichen Schwierigkeiten verbunden ist — der Seelenzahl einerseits in den Groſsherzoglich Hessischen, andererseits in den westlichen Königlich Preuſsischen Landen, nämlich in dem Groſsherzogthum Niederrhein und in den Provinzen Jülich, Cleve, Berg und Westphalen, mit Hinzurechnung der von der Krone Preuſsen dermalen schon durch Verträge in den westlichen Zollverband aufgenommenen oder noch aufzunehmenden Unterthanen anderer deutschen Bundesstaaten. Die für letztere ausbedungenen Entschädigungen trägt dagegen die Königlich Preuſsische Regierung für eigene Rechnung. Die aus den östlichen in die westlichen Königlich Preuſsischen Provinzen oder in das Groſsherzogthum Hessen übergehenden Colonial- und andere überseeische Waaren, welche daselbst zur Verzehrung gelangen, aber keine Eingangsabgaben entrichten, weil sie in den östlichen Preuſsischen Provinzen versteuert worden sind, sollen angeschrieben werden, und die davon etwa dort schon

entrichteten Eingangsabgaben nichts desto weniger 1828
nach vorstehendem Maafsstabe zur gemeinschaftlichen Vertheilung kommen. Dagegen können die Eingangsabgaben von dergleichen Gegenständen, welche in dem Grofsherzogthum Hessen oder in den westlichen Preufsischen Provinzen versteuert worden sind und in die östlichen Provinzen der Monarchie übergehen, um daselbst zur Verzehrung zu gelangen, als ausschlieslich für die Krone Preufsen erhoben berechnet und von der Vertheilung ausgenommen werden.

Um das Theilungsverhältnifs genau zu bestimmen, sollen von drei zu drei Jahren die Uebersichten von der neuesten Bevölkerung gegenseitig mitgetheilt, und diese Mittheilung soll zuerst unmittelbar nach Vollziehung des Art. III. gegenwärtiger Uebereinkunft bewirkt werden.

Art. IX. Wegen Verschiedenheit der inneren Besteuerung in den beiderseitigen Staaten ist auch nach erfolgter Vereinigung:

A. In Beziehung auf den Uebergang aus dem Grofsherzogthum Hessen in den Preufsischen Staat:
  a. die Einfuhr von Kochsalz und Spielkarten verboten;
  b. die Einfuhr von Branntwein mit einer Abgabe von $6\frac{1}{4}$ Rthlr. von der Preufsischen Ohm zu 120 Preufsischen Quart à $50\frac{0}{0}$ Alkohol nach Tralles;
  c. die Einfuhr von Bier und Essig mit einer Abgabe von 25 Sgr. von der Preufsischen Ohm;
  d. die Einfuhr von Tabacksblättern und fabricirtem Taback mit einer Abgabe von 1 Rthlr. vom Centner; — und
  e. die Einfuhr von Wein, bei dem Uebergang in die westlichen sowohl, als die östlichen Provinzen, mit einer Abgabe von 4 Rthlr. 20 Sgr. von der Preufsischen Ohm

in die östlichen Provinzen, jedoch zusätzlich der Steuer, welche die eigenen Preufsischen Weine aus den westlichen Provinzen bei dem Uebergang in die östlichen zu entrichten haben, belegt, wogegen der aus dem Grofsherzogthum Hessen in die Preufsische Monarchie übergehende Wein und Branntwein keiner weiteren Consumtionsauflage, namentlich weder Tranksteuer, noch Zapfgebühr, unterworfen ist.

Bei der Einfuhr von Mehl, Getreide und Schlachtvieh in Preufsische Städte, wo Mahl- und Schlacht-

1828 Steuer besteht, ist nur diese Abgabe, eben so wie von den inländischen gleichartigen Producten, zu entrichten.

Sollte der Obstwein in dem Preufsischen Staate einer allgemeinen Steuer unterworfen werden, so ist solche auch von dem übergehenden Hessischen Obstwein zu entrichten.

B. In Beziehung auf die Einfuhr aus dem Preufsischen Staate in das Grofsherzogthum Hessen ist:

a. das Einbringen von Salz in die Provinzen Starkenburg und Rheinhessen, mit alleiniger Ausnahme des Regiesalzes, verboten, dagegen in die Provinz Oberhessen, vorbehaltlich jedoch der näheren Uebereinkunft über gegenseitige Sicherstellung, abgabefrei erlaubt;

b. das eingeführt werdende Schlachtvieh, da, wo es geschlachtet wird, der allgemeinen Schlachtaccise von 1 fl. 40 kr. bis 5 fl. von Grofsvieh und 15 kr. bis 1 fl. von Kleinvieh;

c. das Bier der allgemeinen Fabricationsgebühr von 40 kr. pr. Ohm, Grofsherzoglich Hessischen Maafses;

d. der Branntwein bei der Einlage der von dem Einlegenden jedoch nur einmal zu entrichtenden Tranksteuer von 5 fl. 20 kr. pr. Grofsherzoglich Hessische Ohm;

e. der Obstwein ebenfalls bei der Einlage der von dem Einlegenden einmal zu entrichtenden Tranksteuer von 2 fl. pr. Grofsherzoglich Hessische Ohm; endlich

f. der Wein bei der jedesmaligen Einlage und so oft er an einen anderen Eigenthümer übergeht, der allgemeinen Tranksteuer von 30 kr. pr. Ohm, und da, wo er im Kleinen verkauft wird, der Zapfgebühr nach ihren verschiedenen Klassen unterworfen.

Bei der Einfuhr von Preufsischen Producten in diejenigen Grofsherzoglich Hessischen Städte, in welchen städtische Octroiabgaben bestehen, so wie bei der Einfuhr Hessischer Producte in Preufsische Städte, wo Communalauflagen bestehen, sind diese Abgaben eben so, wie von den gleichartigen innländischen Artikeln, zu entrichten.

Art. X. Die an den Königlich Preufsischen Zollstätten eingehenden Eingangs-, Ausgangs- und Durch-

gangs-Abgaben fliessen, bis zur Abrechnung und Abtheilung, in die Königlich Preufsischen, die an den Grofsherzoglich Hessischen Zollstätten eingehenden aber, bis dahin, in die Grofsherzoglich Hessischen Kassen. Aus diesen Gefällen werden vorzugsweise die Verwaltungskosten bestritten, jedoch mit Ausnahme des Baues, der Unterhaltung, Herstellung und Miethung der zum gemeinschaftlichen Zolldienste nöthigen Gebäude und Wohnungsräume, deren Kosten von jeder der beiden Regierungen für eigene Rechnung getragen werden, und das bei der Abrechnung sich herausstellende Guthaben des einen oder des anderen Theils soll gleich nach vollzogener Abtheilung unverzüglich durch baare Zahlung berichtigt werden.

Art. XI. Die Etats über die Zollverwaltungsausgaben im Grofsherzogthum Hessen werden nach Preufsischem Fufs regulirt und der Preufsischen Regierung in einem zweitem Exemplar jährlich mitgetheilt; sie umfassen alle Kosten, welche durch die Zollverwaltung, sowohl an Localverwaltungskosten, als durch die Aufsicht an den Grenzen und im Innern, und durch die Zolldirectionen, so wie durch das Zollrechnungswesen, entstehen. Für diejenigen Kosten jedoch, welche in Beziehung auf die Zollverwaltung bei den beiderseitigen Ministerien Statt finden, soll von keinem Theil eine Aufrechnung gemacht werden.

Art. XII. Von der tarifmäfsigen Abgabenentrichtung bleiben die für die Hofhaltungen der beiderseitigen hohen Souveräne und ihrer Regentenhäuser, so wie für die bei ihren Höfen accreditirten Gesandten, eingehenden Gegenstände nicht ausgenommen, und wenn dafür Rückvergütungen Statt haben, so werden solche der Gemeinschaft nicht in Anrechnung gebracht. Eben so wenig anrechnungsfähig sind Entschädigungen, welche wegen Einziehung von Zollrechten oder aufgehobenen Befreiungen an Communen oder einzelne Berechtigte gezahlt werden müssen. Uebrigens bleibt es jedem der beiden contrahirenden Theile unbenommen, einzelne Gegenstände auf Freipässe ohne Abgabenentrichtung in seinem Gebiete ein-, aus- oder durchgehen zu lassen, dergleichen Gegenstände werden jedoch in Freiregistern, mit denen es wie mit den übrigen Zollregistern zu halten ist, notirt, und die Abgaben, welche davon wären zu erheben

1828 gewesen, demjenigen Theil, von welchem die Freipässe ausgegangen sind, bei der Abrechnung in Anrechnung gebracht.

Art. XIII. Beide contrahirende Theile werden gemeinschaftlich dahin wirken, dafs durch Annahme gleichförmiger Grundsätze die Gewerbsamkeit befördert, und der Befugnifs der Unterthanen des einen Staats, in dem anderen Arbeit und Erwerb zu suchen, möglichst freier Spielraum gegeben werde.

Vorläufig sind sie dahin übereingekommen, dafs Fabricanten und Händler, welche blos zum Ankauf von Waaren, oder Handlungsreisende, welche nicht Waaren selbst, sondern nur Muster derselben bei sich zu führen und Bestellungen zu suchen berechtiget sind, auch sich als Inländer diese Berechtigung in dem einen Staate durch Entrichtung der gesetzlichen Abgaben erworben haben, in dem anderen Staate deshalb keine weiteren Abgaben entrichten sollen.

Art. XIV. Die Zollstrafen und Confiscate verbleiben, vorbehaltlich der Antheile der Denuncianten, jedem der contrahirenden Theile in seinem Gebiete und bilden also kein Object der gemeinschaftlichen Abtheilung.

Das Begnadigungs- und Strafverwandlungs-Recht wird ebenfalls von jedem der contrahirenden Theile in seinem Gebiete ausgeübt. Auf Verlangen sollen periodische Uebersichten der erfolgten Strafnachlässe gegenseitig mitgetheilt werden.

Art. XV. In dem Grofsherzogthum Hessen bleiben die Straferkenntnisse über Zollvergehen zwar, wie bisher, den gewöhnlichen Gerichten überlassen, sie werden jedoch durch einen für die Zolldirection zu Darmstadt besonders anzustellenden Fiscal im Interesse der Verwaltung betrieben werden.

Art. XVI. Die auf den Zolleinkünften etwa dermalen schon lastenden oder im Laufe der Verwaltung entstehenden Pensionen werden von jedem der contrahirenden Theile, welchem die pensionirten Beamten angehören, besonders getragen und bilden also keinen Bestandtheil der von den theilbaren Zolleinkünften in Abzug zu bringenden Verwaltungsausgaben. Derjenige Theil, welcher einen Beamten ange-

stellt hat, ist auch berechtigt, denselben zu entlassen, 1828 und es soll in Beziehung auf die desfallsigen Befugnisse der Regierungen an demjenigen, was in beiden Staaten dermalen gesetzlich besteht, nichts geändert, jedoch sollen die Anträge der Zolldirectionen, wenn sie aus Gründen der Verwaltung die Entfernung eines Beamten vorschlagen, beachtet werden.

Art. XVII. Zur Vollziehung des gemeinschaftlichen Zollgesetzes und zur Leitung der Dienstführung der Localzollbeamten im Grofsherzogthum Hessen soll zu Darmstadt eine aus einem Director und zwei Räthen bestehende, dem dortigen Finauzministerium unmittelbar untergeordnete Zolldirection gebildet und in Beziehung auf ihren Wirkungskreis und die Geschäftsbehandlung gleichförmig mit den Königlich Preufsischen Provinzialsteuerdirectionen eingerichtet werden.

Die Königlich Preufsische Regierung ernennt einen der beiden Räthe bei dieser Zolldirection, und in so fern sie dieses für nothwendig halten sollte, einen Stellvertreter für denselben in Fällen seiner Abwesenheit. Dieser Beamte soll von allen bei der Zolldirection vorkommenden Verwaltungsgeschäften vollständige Kenntnifs erhalten und an denselben Antheil zu nehmen befugt seyn.

Treten Fälle ein, bei welchen in der Zolldirection abweichende Meinungen entstehen, oder für welche keine gesetzliche Bestimmungen vorhanden sind, so hat die Zolldirection an das Grofsherzoglich Hessische Finanzministerium zu berichten, welches alsdann zwar eine provisorische Verfügung erlassen, jedoch vor seiner definitiven Entscheidung sich durch Communication seines Bevollmächtigten mit dem Königlich Preufsischen Bevollmächtigten in Berlin (Art. XXV.) mit der dortigen obersten Verwaltung in Einverständnifs setzen wird.

Art. XVIII. Die Grofsherzoglich Hessische Regierung ernennt, um auch Ihrerseits auf die Zollverwaltung in den westlichen Königlich Preufsischen Provinzen einzuwirken, einen Rath in die Königlich Preufsische Steuerdirection zu Cöln.

Art. XIX. Um ferner die Gleichförmigkeit des Verfahrens der Grofsherzoglich Hessischen Zolldirec-

1828 tion zu Darmstadt mit dem der Königlich Preufsischen Steuerdirection zu Cöln möglichst zu sichern, soll — ohne jedoch hierdurch eine dieser Directionen von der anderen abhängig zu machen — zwischen dem Königlich Preufsischen Rath zu Darmstadt und dem Director zu Cöln, so wie zwischen dem Grofsherzoglich Hessischen Rath zu Cöln und dem Director zu Darmstadt, über alle wichtigere Geschäftsgegenstände eine beständige Correspondenz Statt finden, und in allen zweifelhaften Fällen, welche die Anwendung des Tarifs und die Verwaltungsformen betreffen, in gegenseitigem Einverständnifs vorgeschritten werden.

Läfst sich ein solches Einverständnifs nicht erzielen, so haben beide Zolldirectionen an ihre Finanzministerien zu berichten, und es findet alsdann das Art. XVII. vorgezeichnete Verfahren Statt.

Art. XX. Die Königlich Preufsische Regierung ist berechtigt, jedem der neu organisirt werdenden Grofsherzoglich Hessischen Hauptzollämter einen von ihr zu ernennenden Controleur beizuordnen, der von allen Geschäften desselben und der Nebenämter, sowohl dem Abfertigungsverfahren, als wie der Grenzbewachung, durch Mitcontrolirung Kenntnifs zu nehmen und auf Erhaltung eines übereinstimmenden Verfahrens und Abstellung etwaiger Mängel einzuwirken hat, allenfalls auch — nach einer näher zu bestimmenden Dienstordnung — einen gewissen Antheil an den laufenden Geschäften übernehmen kann.

Dieselbe Befugnifs bleibt der Grofsherzoglich Hessischen Regierung bei den Königlich Preufsischen Hauptzollämtern vorbehalten, wo sie die Anstellung Grofsherzoglich Hessischer Controleurs nothwendig findet. Die Anzahl der von der Grofsherzoglich Hessischen Regierung an Königlich Preufsischen Hauptzollämtern anzustellenden Controleurs soll jedoch die Zahl derer nicht überschreiten, welche Königlich Preufsischer Seits im Grofsherzogthum Hessen angestellt werden.

Art. XXI. Beide contrahirende Theile sind befugt, den Grenz- und Revisions-Dienst auf der vereinigten Zolllinie periodisch visitiren zu lassen und die unverzügliche Abstellung der Mängel, welche sich etwa bei diesen Visitationen ergeben könnten, zu begehren und zu veranlassen.

Art. XXII. Jeder der contrahirenden Theile kann die Zollbeamten und Grenzaufseher zugleich auch zur Erhebung, Controlirung und Beaufsichtigung der übrigen, in seinem Gebiete bestehenden indirecten Auflagen verwenden.

Art. XXIII. Beide Regierungen verbinden sich, für die Diensttreue der bei der Zollverwaltung von ihnen angestellten Beamten in der Art zu haften, dafs Ausfälle, welche an den Zollgefällen durch Dienstuntreue eines Beamten erfolgen, der Gemeinschaft von derjenigen Regierung, welche den Beamten angestellt hat, durch Aufrechnung ersetzt werden sollen.

Art. XXIV. Die officiellen Uebersichten über das Einkommen der zur Vertheilung geeigneten Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben, so wie der aus denselben bestrittenen gemeinschaftlichen Verwaltungsausgaben, sollen gegenseitig von drei zu drei Monaten mitgetheilt werden.

Art. XXV. Von jedem der contrahirenden Theile werden Bevollmächtigte aus den beiderseitigen Finanzministerien ernannt, welche jährlich einmal persönlich zusammenkommen, um die Theilung der gemeinschaftlichen Einkünfte zu bewirken, die erforderliche Abrechnung zu vollziehen, und die Erledigung der Anstände herbeizuführen, welche sich im Laufe der Verwaltung etwa ergeben haben könnten. Zwischen diesen Bevollmächtigten finden auch die Mittheilungen Statt, welche nach Art. XVII und XIX. im Laufe des Jahrs unter den beiderseitigen Ministerien nothwendig werden könnten.

Art. XXVI. Die durch gegenwärtigen Vertrag begründete Zoll- und Handels-Verbindung soll spätestens vom 1. Jul. 1828 an zur Vollziehung kommen und bis zum letzten December 1834 dauern. Sollte alsdann ein Theil aus der Vereinigung treten wollen, so ist eine einjährige vorherige Ankündigung erforderlich.

Unterbleibt diese Ankündigung, so wird angenommen, dafs die Uebereinkunft stillschweigend *auf anderweite sechs Jahre* verlängert worden sey.

Art. XXVII. Gegenwärtige Uebereinkunft unterliegt der Ratification der beiderseitigen Regierungen.

1828 Sobald solche erfolgt ist, soll die Art. III. verabredete Commission in Thätigkeit gesetzt werden, — zur öffentlichen Kenntnifs gebracht.

Darmstadt am 5ten Mai 1828.

Grofsherzoglich Hessisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

DU THIL.

VON RABENAU.

Berlin, den 8ten Mai 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

V. SCHÖNBERG.

112.

Déclaration du ministère Prussien du 19 Février 1828, concernant un arrangement avec le royaume de Wurtemberg pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon.

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten* 1828. Nr. 4. p. 23).

Das Königlich-Preufsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hierdurch, in Gemäfsheit der von Seiner Königlichen Majestät ihm ertheilten Ermächtigung:

nachdem die Königlich-Würtembergsche Regierung die Zusicherung ertheilt hat, dafs vorläufig und bis es in Gemäfsheit des Artikels 18 der Deutschen Bundesakte zu einem gemeinsamen Beschlusse zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger wider den Bücher-Nachdruck kommen wird, den Verlegern in den Königlich-Preufsi-

schen Staaten, wenn sie bei der Königlich-Wür- 1828
tembergschen Regierung um ein Privilegium wider
den Nachdruck nachsuchen, ganz dieselbe günstige
Behandlung, welche in einem solchen Falle die
Königlich-Würtembergschen Unterthanen geniefsen,
zu Theil werden und das Privilegium namentlich
ohne eine andere Gebühr, als welche die letzteren,
nach der im Königreich Würtemberg bestehenden
Gesetzgebung zu entrichten haben, ertheilt werden soll;

dafs das Verbot wider den Bücher-Nachdruck, so wie
solches bereits im ganzen Bereiche der Preufsischen
Monarchie zum Schutze der *inländischen* Verleger,
nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen besteht, auch auf die Verleger des Königreichs Würtemberg Anwendung finden, mithin jeder
durch Bücher-Nachdruck oder dessen Verbreitung
gegen letztere begangene Frevel, nach denselben gesetzlichen Bestimmungen beurtheilt und geahndet werden solle, als handele es sich von beeinträchtigten
Verlegern in der Preufsischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen
eine übereinstimmende, von dem Königlich-Würtembergschen Ministerio vollzogene, Erklärung ausgewechselt worden sein wird, durch öffentliche Bekanntmachung in den diesseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 19ten Februar 1828.

Königl. Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Schönberg.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem solche gegen eine übereinstimmende von dem Königlich-Würtembergschen Ministerio der auswärtigen Angelegenheiten unterm 27sten Februar v. J. vollzogene, Erklärung ausgewechselt worden ist, unter Bezugnahme
auf die Allerhöchste Kabinetsorder vom 16ten August
1827 (Gesetzsammlung pro 1827. Nr. 17. S. 123) hierdurch zur öffentlichen Kenntnifs gebracht.

Berlin, den 11ten März 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Schönberg.

113.

1828 *Traité de paix entre la Russie et la Perse, conclu et signé à Tourkmantchaï, le 22 Février* 1828.

(*Le Journal de Francfort* 1828. Nr. 110).

Au nom de Dieu Tout-Puissant!

S. M. le très-haut, très-illustre et très-puissant Empereur et Autocrate de toutes les Russies, et S. M. le Padischah de Perse, également animés d'un sincère désir de mettre un terme aux maux d'une guerre entièrement contraire à leurs mutuelles dispositions, et de retablir sur une base solide les anciens rapports de bon voisinage et d'amitié entre les deux états, au moyen d'une paix qui porte en elle-même la garantie de sa durée, en éloignant tout sujet de différend et de mésintelligence future, ont designé pour leurs plénipotentiaires, chargés de travailler à cette oeuvre salutaire: savoir:

S. M. l'Empereur de toutes les Russies, le sieur Jean Paskewitsch, son aide-de-camp général et général d'infanterie, commandant le corps d'armée détaché du Caucase, dirigeant la partie civile de la Géorgie, et des gouvernemens d'Astracan et du Caucase, commandant la flotille de la mer Caspienne, et chevalier des ordres de Saint-Alexandre-Nevsky en diamans, de Ste Anne de la 1ère classe en diamans, de St. Vladimir de la première classe, de St. George de la 2e classe, décoré de deux épées d'honneur, dont une en or, avec l'inscription *pour la valeur*, et l'autre enrichie de diamans; et chevalier des ordres étrangers de l'aigle rouge de Prusse de la 1ère classe, du croissant de la Sublime Porte Ottomane, et de plusieurs autres;

Et le Sieur Alexandre Obreskoff, son conseiller d'état actuel et chambellan, chevalier des ordre de St. Vladimir de la 3e classe, de St. Stanislas de Pologne de la 2e classe, et de St. Jean de Jérusalem,

Et S. M. le Schah de Perse, S. A. R. le prince Abbas-Mirza;

Lesquels après s'être réunis à Tourkmantchaï, et avoir échangé leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, ont arrêté et conclu les articles suivans: 1828

Art. I. Il y aura, à compter de ce jour, paix, amitié et parfaite intelligence entre S. M. l'Empereur de toutes les Russies d'une part, et S. M. le Schah de Perse de l'autre part, leurs héritiers et successeurs, leurs états et leurs sujets respectifs, à perpétuité.

Art. II. Considérant que les hostilités survenues entre les hautes parties contractantes, et heureusemens terminées aujourd'hui, ont fait cesser les obligations que leur imposoit le traité de Gulistan, S. M. l'Empereur de toutes les Russies et S. M. le Padischah de Perse, ont jugé convenable de remplacer ledit traité de Gulistan par les présentes clauses et stipulations, lesquelles sont destinées à régler et à consolider de plus en plus les relations futures de paix et d'amitié entre la Russie et la Perse.

Art. III. S. M. le Schah de Perse, tant en son nom qu'en celui de ses héritiers et successeurs, cède en toute propriété à l'Empire de Russie le Khanat d'Erivan, tant en-deça qu' en-delà de l'Araxe, et le Khanat de Nakhitshévan. En conséquence de cette cession, S. M. le Schah s'engage à faire remettre aux autorités russes, dans l'espace de six mois au plus, à partir de la signature du présent traité, toutes les archives et tous les documens publics concernant l'administration des deux Khanats sus-mentionnés.

Art. IV. Les deux hautes parties contractantes conviennent d'établir pour frontière entre les deux états, la ligne de démarcation suivante: En partant du point de la frontière des états Ottomans, le plus rapproché en ligne droite de la sommité du pétit Ararat, cette ligne se dirigera jusqu'à la sommité de cette montagne, d'où elle descendra jusqu'à la source de la rivière dite Karassou inférieur, qui découle du versant méridional du petit Ararat, et elle suivra son cours jusqu'à son embouchure dans l'Araxe, vis-à-vis de Chérour. Parvenue à ce point, cette ligne suivra le lit de l'Araxe jusqu'à la forteresse d'Abbas-Abad; autour des ouvrages extérieurs de cette place, qui sont situés sur la rive droite de l'Araxe, il sera tracé un rayon d'un demi-agatch, ou trois verstes et de-

1828 mi de Russie, lequel s'étendra dans toutes les directions; tout le terrain qui sera renfermé dans ce rayon appartiendra exclusivement à la Russie, et sera démarqué avec la plus grande exactitude dans l'espace de deux mois, à dater de ce jour. Depuis l'endroit où l'extrémité orientale de ce rayon aura rejoint l'Araxe, la ligne frontière continuera à suivre le lit de ce fleuve jusqu'au gué de Jédiboulouk, d'où le territoire persan s'étendra le long du lit de l'Araxe sur un espace de trois agatch ou vingt et un verstes de Russie; parvenue à ce point, la ligne frontière traversera en droiture la plaine du Moughan, jusqu'au lit de la rivière dite Bolgarou, à l'endroit qui se trouve situé à trois agatch ou vingt et un verstes, au-dessous du confluent des deux petites rivières appelées Odinabazar et Sarakamyche. De là, cette ligne remontera de la rive gauche du Bolgarou jusqu'au confluent desdites rivières Odinabazar et Sarakamyche, et s'étendra le long de la rive droite de la rivière d'Odinabazar jusqu'à sa source, et de là jusqu'à la cime des hauteurs de Djikoïr, de manière, que toutes les eaux qui coulent vers la mer Caspienne appartiendront à la Russie, et toutes celles dont le versant est du côté de la Perse, appartiendront à la Perse. La limite des deux états étant marquée ici par la crête des montagnes, il est convenu que leur déclinaison du côté de la mer Caspienne appartiendra à la Russie et que leur pente opposée appartiendra à la Perse. De la crête des hauteurs de Djikoïr, la frontière suivra jusqu'à la sommité de Kamarkouïa, les montagnes qui séparent le Talyche du district d'Archa. Les crêtes des montagnes séparans de part et d'autre le versant des eaux, détermineront ici la ligne frontière de la même manière qu'il est dit ci-dessus au sujet de la distance comprise entre la source de l'Odinabazar et les sommités de Djikoïr. La ligne frontière suivra ensuite, depuis la sommité de Kamarkouïa, les crêtes des montagnes qui séparent le district de Zouvante de celui d'Archa, jusqu'à la limite de celui de Welkidji, toujours conformément au principe énoncé par rapport aux versans des eaux. Le district de Zouvante, à l'exception de la partie située du côté opposé de la cime desdites montagnes, tombera de la sorte en partage à la Russie. A partir de la limite du di-

strict de Welkidji, la ligne de frontière entre les deux états suivra les sommités de Klopouty et de la chaîne principale des montagnes qui traversent le district de Wilkidji jusqu'à la source septentrionale de la rivière dite Astara, toujours en observant le principe relatif aux versant des eaux. De là, la frontière suivra le lit de ce fleuve jusqu'à son embouchure dans la mer Caspienne, et complétera la ligne de démarcation, qui séparera dorénavant les possessions respectives de la Russie et de la Perse.

1828

Art. V. S. M. le Schah de Perse, en temoignage de son amitié sincère pour S. M. l'Empereur de toutes les Russies, reconnoit solemnellement par le présent article, tant en son nom qu'au nom de ses héritiers et successeurs au trône de Perse, comme appartenans à jamais à l'empire de Russie tous les pays et toutes les isles situés entre la ligne de démarcation désignée par l'article précédent d'un côté et la crête des montagnes du Caucase et la mer Caspienne de l'autre, de même que les peuples nomades et autres qui habitent ces contrées.

Art. VI. Dans le but de compenser les sacrifices considérables, que la guerre qui a éclaté entre les deux états, a occasionné à l'empire de Russie, ainsi que les pertes et dommages qui en sont resultés pour les sujets russes, S. M. le Schah de Perse s'engage à les bonifier moyennant le payement d'une indemnité pécuniaire. Il est convenu entre les deux hautes parties contractantes, que le montant de cette indemnité est fixée à dix kourours de tomans raidje ou vingt millions de roubles d'argent, et que le mode, les termes et les garanties du paiement de cette somme seront réglés par un arrangement particulier, qui aura la même force et valeur, que s'il étoit inséré mot à mot au présent traité.

Art. VII. S. M. le Schah de Perse ayant jugé à propos de désigner pour son successeur et héritier présomtif, son auguste fils le prince Abbas-Mirza, S. M. l'Empereur de toutes les Russies, afin de donner à S. M. le Schah de Perse un témoignage public de ses dispositions amicales et de son désir de contribuer à la consolidation de cet ordre de succession, s'engage à reconnoître dès aujourd'hui dans l'auguste

1828 personne de S. A. R. le prince Abbas-Mirza le successeur et l'héritier presomtif de la couronne de Perse, et à le considérer comme légitime souverain de ce royaume dès son avenement au trône.

Art. VIII. Les bâtimens marchands russes jouiront, comme par le passé, du droit de naviguer librement sur la mer Caspienne et le long de ses côtes et d'y aborder. Ils trouveront en Perse secours et assistance en cas de naufrage. Le même droit est accordé aux bâtimens marchands persans de naviguer sur l'ancien pied, dans la mer Caspienne et d'aborder aux rivages russes, où en cas de naufrage, les persans recevront réciproquement secours et assistance.

Quant aux bâtimens de guerre, ceux qui porteront le pavillon militaire russe, étant ab antiquo les seuls qui aient eu le droit de naviguer sur la mer Caspienne, ce même privilège exclusif leur est par cette raison également réservé et assuré aujourd'hui, de sorte, qu'à l'exception de la Russie, aucune autre puissance ne pourra avoir des bâtimens de guerre sur la mer Caspienne.

Art. IX. S. M. l'Empereur de toutes les Russies et S. M. le Schah de Perse ayant à coeur de resserrer par tous les moyens, les liens si heureusement rétablis entre eux, sont convenus que les ambassadeurs, ministres et chargés d'affaires, qui pourroient être réciproquement délégués auprès des hautes cours respectives, soit pour s'acquitter d'une mission temporaire, soit pour y résider en permanence, seront reçus avec les honneurs et distinctions analogues à leur rang et conformes à la dignité des hautes puissances contractantes, comme à l'amitié sincère qui les unit et aux usages du pays. On conviendra à cet effet, moyennant un protocole spécial, du cérémonial à observer de part et d'autre.

Art. X. S. M. l'Empereur de toutes les Russies et S. M. le Schah de Perse considérant le rétablissement et l'extension des relations commerciales entre les deux états, comme un des premiers bienfaits que doit produire le retour de la paix, sont convenus de régler dans un parfait accord, toutes les dispositions relatives à la protection du commerce et à la sureté des sujets respectifs, et de les consigner dans un acte

séparé et ci-annexé, arrêté entre les plénipotentiaires 1828 respectifs, et qui est et sera considéré comme faisant partie integrante du présent traité de paix. S. M. le Schah de Perse réserve à la Russie, comme par le passé, le droit de nommer des consuls ou agens commerciaux, partout où le bien du commerce l'exigera, et il s'engage à faire jouir ces consuls et agens, chacun desquels n'aura pas une suite de plus de dix individus, de la protection, des honneurs et des privilèges affectés à leur caractère public. S. M. l'Empereur de toutes les Russies promet de son côté, d'observer une parfaite réciprocité à l'égard des consuls ou agens commerciaux de S. M. le Schah de Perse. En cas de plainte fondée de la part du gouvernement persan contre un des agens ou consuls russes, le ministre ou chargé d'affaires de Russie, résidant à la cour de S. M. le Schah es sous les ordres immédiats duquel ils seront placés, le suspendra de ses fonctions, et en confèrera provisoirement la gestion à qui il jugera convenable.

Art. XI. Toutes les affaires et réclamations des sujets respectifs, suspendues par l'évenement de la guerre, seront reprises et terminées suivant la justice après la conclusion de la paix. Les créances que les sujets respectifs peuvent avoir les uns envers les autres, ainsi que celles sur le fisc, seront promptement et entièrement liquidées.

Art. XII. Les hautes parties contractantes conviennent d'un commun accord, dans l'intérêt de leurs sujets respectifs, de fixer un terme de trois ans, pour que ceux d'entre eux qui ont simultanément des propriétés immobilières en deçà et en delà de l'Araxe, aient la faculté de les vendre, ou de les échanger librement. S. M. l'Empereur de toutes les Russies excepte néanmoins du bénéfice de cette disposition, en autant qu'elle la concerne, le ci-devant Sardar d'Erivan, Hussein-Khan, son frère Hassan-Khan et Kérim-Khan, ci-devant gouverneur de Nakhitchévan.

Art. XIII. Tous les prisonniers de guerre faits de part et d'autre, soit dans le cours de la dernière guerre, soit auparavant, de même que les sujets des deux gouvernemens, réciproquement tombés en captivité, à quelqu' époque que ce soit, seront tous libre-

1828 ment rendus dans le terme de quatre mois, et après avoir été pourvus de vivres et autres objets nécessaires, ils seront dirigés sur Abbad-Abad, pour y être remis entre les mains des commissaires respectivement chargés de les recevoir et d'aviser à leur renvoi ultérieur dans leurs foyers. Les hautes parties contractantes en useront de même à l'égard de tous les prisonniers de guerre et de tous les sujets russes et persans réciproquement tombés en captivité, qui n'auroient pas été restitués dans le terme susmentionné, soit en raison de l'éloignement où ils se seroient trouvés, soit par toute autre cause, ou circonstance. Les deux gouvernemens se reservent expressément le droit illimité de les réclamer en tout tems, et ils s'obligent à les restituer mutuellement à mesure qu'il s'en présentera, ou à mesure qu'ils les réclameront.

Art. XIV. Les hautes parties contractantes n'exigeront pas l'extradition des transfuges et déserteurs, qui auroient passé sous leur domination respective avant ou pendant la guerre. Toutefois pour prévenir les conséquences mutuellement préjudiciables qui pourroient résulter des intelligences que quelques-uns de ces transfuges chercheroient à entretenir avec leurs anciens compatriotes ou vassaux, le gouvernement persan s'engage à ne pas tolérer dans des possessions situées entre l'Araxe et la ligne formée par la rivière dite Tchara, par le lac d'Ourmie, par la rivière dite Djakatou et par la rivière dite Kizil-Ozane jusqu'à son confluent dans la mer Caspienne, la présence des individus qui lui seront nominalement désignés maintenant ou qui lui seroient signalés à l'avenir. S. M. l'Empereur de toutes les Russies promet également de son côté de ne pas permettre que les transfuges persans s'établissent ou restent à demeure dans les Khanats de Karabag et de Nakhitchévan, ainsi que dans la partie du Khanat d'Erivan située sur la rive droite de l'Araxe. Il est entendu toutefois que cette clause n'est et ne sera obligatoire, qu'à l'égard d'individus revêtus d'un caractère public ou de certaine dignité, tels que les Khans, les begs et les chefs spirituels ou mollahs, dont l'exemple personel, les instigations et les intelligences clandestines pourroient exercer une influence pernicieuse sur leurs anciens compatriotes, administrés ou vassaux. Pour ce qui

concerne la masse de la population dans les deux pays, 1828
il est convenu entre les hautes parties contractantes, que les sujets respectifs qui auroient passé ou qui passeroient à l'avenir d'un état dans l'autre, seront libres de s'établir ou de séjourner partout où le trouvera bon le gouvernement sous la domination duquel ils se seront placés.

Art. XV. Dans le but bienfaisant et salutaire de ramener le calme dans ses états et d'écarter de ses sujets tout ce qui pourroit aggraver les maux qu'a déjà attirés sur eux la guerre à laquelle le présent traité a mis si heureusement fin, S. M. le Schah accorde une amnistie pleine et entière à tous les habitans et fonctionnaires de la province dite l'Adzerbaidjane. Aucun d'eux, sans exception de catégorie, ne pourra être ni poursuivi, ni molesté pour ses opinions, pour ses actes ou pour la conduite qu'il auroit tenue soit pendant la guerre, soit pendant l'occupation temporaire de ladite province par les troupes russes. Il leur sera accordé en outre le terme d'un an, à dater de ce jour, pour se transporter librement avec leurs familles des états persans dans les états russes, pour exporter et pour vendre leurs biens-meubles, sans que les gouvernemens ou les autorités locales puissent y mettre le moindre obstacle, ni prélever aucun droit ou aucune rétribution sur les biens et sur les objets vendus ou exportés par eux. Quant à leurs biens immeubles, il leur sera accordé un terme de cinq ans pour les vendre et pour en disposer à leur gré. Sont exceptés de cette amnistie ceux qui se rendroient coupables, dans l'espace de tems susmentionné d'un an, de quelque crime, ou délit passible des peines punies par les tribunaux.

Art. XVI. Aussitôt après la signature du présent traité de paix, les plénipotentiaires respectifs s'empresseront d'envoyer en tous lieux les avis et injonctions nécessaires pour la cessation immédiate des hostilités.

Le présent traité de paix, dressé en deux instrumens de la même teneur, signé par les plénipotentiaires respectifs, muni du cachet de leurs armes et échangé entre eux, sera confirmé et ratifié par S. M. l'Empereur de toutes les Russies et S. M. le Schah

1828 de Perse, et les ratifications solennelles, revêtues de leur propre signature, en seront échangées entre leurs plénipotentiaires dans le terme de quatre mois, ou plutôt si faire se peut.

Fait au village de Tourkmantchaï, le 22 Février 1828, et le 5 de Schebone 1243 de l'Egyre.

114.

Convention de Commerce et d'Amitié entre Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège, d'une part, et Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, de l'autre, faite et conclue à S:t. Pétersbourg le $\frac{26}{14}$ Février 1828, et ratifiée à Stockholm le 27 Mars, et à S:t. Pétersbourg le $\frac{26}{14}$ Mars de la même année.

(*Cum Gratia et Privilegio S:ae R:ae Maj:tis.* Stockholm, tryckt i Kongl. Tryckeriet, 1828).

Au nom de la très Sainte et Indivisible Trinité!

Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège, et Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, animés d'un égal désir de resserrer de plus en plus les liens d'amitié et de bon voisinage, qui les unissent si heureusement, ont résolu, d'un commun accord, après l'expiration de l'Acte Additionnel au Traité de Paix de Frédricshamn, conclu à St. Petersbourg le $\frac{\text{10 Septembre}}{\text{29 Août}}$ 1817, de régler, par une nouvelle Convention, tout ce qui concerne les relations de commerce entre Leurs sujets respectifs. A cet effet, Leurs dites Majestés ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, sa-

voir: Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège, 1828
le Sieur Nicolas Frédéric, Baron de Palmstjerna, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plenipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, Général-Major, Aide de Camp Général et Chambellan de Sa Majesté; Porte-Etendard de Ses Ordres, Commandeur de l'Ordre de l'Etoile Polaire et Chevalier de celui de l'Epée: et Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, le Sieur Charles Robert, Comte de Nesselrode, Son Conseiller Privé actuel et Chambellan actuel, Membre du Conseil de l'Empire, Secrétaire d'Etat dirigeant le Ministère des Affaires Etrangères, Chevalier des Ordres de St. Alexandre Newsky, de St. Wladimir de la première classe, de l'Aigle blanc de Pologne, Chevalier de l'Ordre des Séraphins de Suède, et de plusieurs autres; et le Sieur Robert Henri, Comte de Rehbinder, Son Conseiller Privé et Chambellan actuel, Secrétaire d'Etat pour les affaires du Grand-Duché de Finlande, Chevalier de l'ordre de S:te Anne de la première classe et Grand Croix de celui de St. Wladimir de la seconde; lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et dûe forme, sont convenus des articles suivans:

Art. I. Les bâtimens Suédois et Norvégiens, ainsi que les bâtimens Russes et Finlandais, seront traités dans les ports respectifs des deux Hautes Puissances Contractantes, tant à leur entrée, qu' à leur sortie, à l'égal des nationaux, pour les droits de port, de tonnage, de fanaux, de pilotage et de sauvetage, ainsi que pour tout autre droit ou imposition, payable, soit à la Couronne, soit aux villes, ou à des établissemens particuliers quelconques, à quel titre et sous quelle dénomination que ce soit.

Cette stipulation est également applicable à toutes les embarcations et à tous les bâtimens marchands, chargés ou sur leur lest, quelles qu'en soient la capacité et la construction.

En attendant qu'un règlement uniforme puisse être établi dans les ports Russes de la Mer Baltique, de la Mer Noire et de la Mer d'Azoff, pour le payement des impositions et droits dénommés ci-dessus, les bâtimens Suédois et Norvégiens y seront traités sur le pied des nations les plus favorisées.

1828 Les bâtimens clincarts et non pontés des habitans de la Finlande, en naviguant directement entre la Suède et la Finlande, ne payeront, dans les ports de Suède, que les droits de douane et autres dits *Helfria*, sans l'augmentation, à laquelle les bâtimens Suédois et étrangers de la même construction ont été assujettis. Les bâtimens Suédois clincarts et non pontés jouiront de la même exemption dans les ports de la Finlande.

Les bâtimens des paysans Finlandais continueront à jouir, dans les ports de Suède, des mêmes facilités, qui leur ont été accordées jusqu'ici, pour la déclaration des cargaisons, et pour le mode d'acquittement des droits.

Art. II. Toutes les denrées et marchandises, dont l'importation dans les ports Russes est légalement permise sur des bâtimens nationaux, qu'elles soient les productions du sol ou de l'industrie des Royaumes de Suède et de Norvège, ou de tout autre pays, pourront également être importées dans les dits ports sur des bâtimens Suédois et Norvégiens, sans être assujettis à des droits plus forts ou autres, à quel titre et sous quelle dénomination que ce soit, que si elles étoient importées sur des bâtimens nationaux.

Réciproquement, toutes les denrées et marchandises, dont l'importation dans les ports des Royaumes de Suède et de Norvège est légalement permise sur des bâtimens nationaux, qu'elles soient les productions du sol ou de l'industrie de l'Empire de Russie, ou de tout autre pays, pourront également être importées dans les dits ports sur des bâtimens Russes, sans être assujetties à des droits plus forts ou autres, à quel titre et sous quelle dénomination que ce soit, que si elles étaient importées sur des bâtimens Suédois et Norvegiens.

Toutes les denrées et marchandises, dont l'exportation des ports Russes est légalement permise sur des bâtimens nationaux, pourront également en être exportées par les bâtimens Suédois ou Norvégiens, sans être assujetties à des droits plus forts ou autres, que si l'exportation était effectuée par des bâtimens Russes.

Réciproquement, toutes les denrées et marchandises, dont l'exportation des ports des Royaumes de

Suède et Norvège est légalement permise sur des bâ- 1828
timens nationaux, pourront également en être exportées par les bâtimens Russes, sans être assujetties à des droits plus forts ou autres, que si l'exportation était effectuée par des bâtimens Suédois ou Norvégiens.

Les stipulations du présent Article ne seront applicables, ni au pavillon Suédois et Norvégien dans les ports Finlandais, ni au pavillon Finlandais dans les ports de Suède et de Norvège. Il est convenu, en outre, que les Deux Hautes Parties Contractantes n'entendent point préjudicier, par ces mêmes stipulations, aux Conventions, qu'Elles conclueraient respectivement avec une Puissance tierce, et par lesquelles il serait concédé quelque avantage spécial pour l'importation ou l'exportation de certaines marchandises déterminées; et ces Conventions ne pourront être invoquées en faveur des sujets Russes en Suède et en Norvège, ni en faveur des sujets Suédois et Norvégiens en Russie.

Art. III. Toutefois, les Conventions particulières, conclues ou à conclure entre l'une des deux Hautes Parties Contractantes et une Puissance tierce, ne pourront déroger à la faculté, qui, par suite de l'Article II, est accordée aux sujets respectifs relativement à l'importation du sel, de quelque endroit que ce soit, et moyennant les mêmes droits, que payent les nationaux, tant par les vaisseaux et bâtimens marchands Russes en Suède et en Norvège, que par les vaisseaux et bâtimens marchands Suédois et Norvégiens en Russie.

De cette disposition sont exceptés les ports Russes sur la Mer Noire, pour aussi longtems, que l'importation du sel y est géneralement prohibée.

Les vaisseaux et bâtimens marchands appartenant aux habitans du Grand Duché de Finlande pourront importer le sel, de quelque endroit que ce soit, dans tous les ports des Royaumes de Suède et de Norvège, en payant les mêmes droits et aux mêmes conditions que les nationaux, et les vaisseaux et bâtimens marchands Suédois et Norvégiens jouiront, avec une parfaite réciprocité, de la même faculté dans tous les ports du Grand Duché de Finlande. Il ne pourra être dérogé à ce privilége réciproque par suite d'une Convention quelconque, qui pourrait être conclue par

1828 l'une des deux Hautes Parties Contractantes avec une Puissance tierce.

Le sel pourra être également importé des ports de Suède dans ceux de la Finlande, par les bâtimens ouverts ou pontés appartenans aux habitans du Grand Duché, sans être soumis à des droits plus forts ou autres, que s'il venait directement du lieu de sa production, sur des bâtimens Finlandais, jouissant de l'exemption dite *Helfrihet.*

ART. IV. L'Alun, le Rouge souffré et le Hareng pourront être importés de Suède et de Norvège sur des bâtimens Suédois, Norvégiens, Russes ou Finlandais dans les ports Russes de la Baltique et de la mer Blanche, en ne payant que la moitié des droits fixés dans le Tarif des douanes Russes.

L'Huile de baleine, importée de Suède ou de Norvège sur des vaisseaux appartenans aux sujets de l'une ou l'autre des Hautes Parties Contractantes, ne payera qu'un tiers des droits fixés dans le Tarif des douanes de l'Empire.

Le Poisson salé, autre que le Hareng, et le Poisson sec importé de la même manière, payeront, dans le port de St. Pétersbourg, un droit qui n'excédera point un Rouble en argent par poud; dans les ports de la mer Blanche, un droit qui n'excédera point sept Copeks en argent par poud, et dans les autres ports de l'Empire, la moitié des droits fixés par le Tarif des douanes Russes.

L'Alun Suédois, importé à St. Pétersbourg, y sera libéré du triage, ainsi que de la rétribution payée à ce titre.

Le droit pour l'emmagasinage du Hareng Suédois ou Norvégien, importé dans ce port, ne pourra dépasser quatre vingt Copeks en assignations par tonneau.

Le Suif, importé en Suède des ports de la Russie par des bâtimens Suédois, Norvégiens, Russes ou Finlandais, ne sera assujetti qu' à la moitié des droits d'entrée et autres, généralement fixés pour cette marchandise en Suède. Les Chandelles (de suif) pourront y être importées de la même manière, moyennant un droit de cinq pour cent, en sus de ce qu'on paye pour le Suif.

Le Thé de caravane, importé de Russie en Suède sur des bâtimens appartenans aux sujets de l'une ou

l'autre des Haute Parties Contractantes, jouira d'une 1828 diminution de dix pour cent du taux général des droits d'entrée et autres, auxquels cette denrée est soumise en Suède.

La Farine, le Blé, le Chanvre, les Cordages, la Toile à voile, le Goudron et les matériaux de construction, importés des ports Russes de la mer Blanche dans la province Norvégienne de Finmarken, ne seront, à leur entrée, assujettis à aucun droit de douane.

Art. V. L'expérience ayant démontré, que le droit d'entrepôt qui, en vertu de l'Article X. de l'Acte Additionnel au Traité de paix de Frédrichshamn, a été accordé aux sujets respectifs, pourrait être, sous de certains rapports, restreint, sans qu'il en résulte un inconvénient pour leurs relations commerciales, tandis qu'en même tems il a été reconnu utile de déterminer plus spécialement les conditions, auxquelles ce droit peut être concédé de part et d'autre, les deux Hautes Parties Contractantes sont convenues des stipulations qui suivent:

Les commerçans Suédois et Norvégiens jouiront du droit d'entrepôt pour l'alun, le rouge souffré, le hareng et autre poisson salé, ainsi que pour le poisson sec, à St. Pétersbourg et à Riga pendant huit mois, et à Archangel pendant douze mois, à dater du jour de l'arrivée de la marchandise, sans payer aucun droit ou imposition. Le sel importé sur des bâtimens Suédois ou Norvégiens à St. Pétersbourg, à Reval, ou dans les ports de Livonie et de Courlande, pourra également y être mis en entrepôt, sans payer de droit, et aux conditions établies par le règlement actuellement en vigueur.

Toutes les marchandises, qui sont la propriété de commerçans Suédois et Norvégiens, pourront être mises en entrepôt à Åbo et à Helsingfors. Sont exceptées les marchandises, qui, n'étant pas des productions du sol ou de l'industrie de la Suède ou de la Norvège, sont généralement prohibées à l'entrée en Finlande. Pour les marchandises qui seront mises en entrepôt dans les susdits ports de Finlande, il sera payé à l'entrée un demi pour cent de leur valeur. Si ces marchandises restaient à l'entrepôt au de là de deux ans, ce payement d'un demi pour cent sera renouvellé,

1828 d'abord, au bout des deux premières années, et ensuite, à l'expiration de chacune des années suivantes. Quelle que soit la durée de l'entrepôt, les marchandises payeront à leur sortie une nouvelle imposition d'un demi pour cent.

Les productions et marchandises Russes, le sel importé par les bâtimens Russes, et toutes les marchandises qui sont la propriété des commerçans Finlandais, pourront être mises en entrepôt à Stockholm, Gothembourg, Carlshamn et Landscrona, ainsi qu'à Christiania et à Hammerfest, et dans tout autre port Norvégien, où il y a une chambre de douane, aux conditions qui se trouvent fixées pour les marchandises de même nature, importées sur des bâtimens Suédois et Norvégiens.

Cependant, pour ce qui regarde les marchandises produites et fabriquées dans un pays tiers, qui seraient déclarées pour la consommation intérieure du pays, où elles ont été importées et mises en entrepôt, les droits d'entrée et autres seront perçus alors, tant en Suède et en Norvège, qu'en Finlande, selon la qualité du bâtiment par lequel l'importation a eu lieu, l'augmentation connue sous la dénomination de *Ofri Tull* étant, en ce cas, applicable aux objets apportés par les bâtimens non privilégiés.

Le sel importé par des bâtimens appartenant aux sujets respectifs, et qui, après avoir été mis en entrepôt, sera déclaré pour la consommation, payera les droits conformément aux stipulations contenues dans l'Article III. sans que, dans ces cas, et pour le payement de ces droits, il soit fait aucune distinction entre les bâtimens privilégiés et non privilégiés.

Sont exceptés du droit d'entrepôt dans les ports Norvégiens, les articles suivans, quel que soit l'endroit de leur production, et pour aussi longtems que l'importation de ces articles y est généralement prohibée, savoir: l'eau de vie de grain, les liqueurs fabriquées de cette eau de vie ou de genièvre, les cartes à jouer, le café rôti, et autres végétaux, préparés de même pour servir de surrogat au café.

La réexportation des denrées mises en entrepôt est permise, de part et d'autre, dans tous les ports désignés au présent Article.

Art. VI. Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège aura le droit de faire exporter, annuellement, des ports du Golfe de Finlande, ou de la Mer Baltique sous la domination de Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, jusqu' à la concurrence de Deux Cent Mille Tschetwerts de blé, libre de tout droit de sortie, et sans qu'il soit fait aucune restriction ou exception pour les années, où l'exportation serait en général prohibée. Ceux qui feront les envois devront être munis, comme par le passé, des preuves nécessaires pour justifier, que les achats ont été faits pour compte de Sa dite Majesté, ou en vertu de Son autorisation.

S'il arrivait, que la quantité stipulée ci-dessus n'eût pas été exportée avant la fin de l'année, cela ne pourra pas servir à augmenter l'exportation du blé, en faveur de la Suède, pour l'année suivante.

La Norvège pourra annuellement exporter des ports de la Mer Blanche, libre de tout droit de sortie, jusqu' à la concurrence de Vingt Cinq Mille Tschetwerts de blé, sur des bâtimens Norvégiens, et une égale quantité sur des bâtimens Russes. Il dépendra de la convenance réciproque des acheteurs et des vendeurs de substituer la farine au blé, pour une partie ou pour la totalité de la quantité susmentionnée, et, dans ce cas, la farine sera également libre de tout droit de sortie.

Art. VII. Les vaisseaux Russes venant de la Mer Blanche dans les ports de la province de Finmarken en Norvège, pourront vendre leurs marchandises à bord, conformément à ce qui s'est légalement pratiqué jusqu' ici, dans les villes pendant quatre semaines, non seulement aux paysans, mais aussi aux bâtimens Norvégiens, et dans tout autre port du Finmarken, aux bâtimens Norvégiens pendant quinze jours.

Art. VIII. Il sera permis aux habitans des Communes d'Utsjocki et d'Enara dans la Laponie Finlandaise, de faire un commerce d'échange avec les bâtimens Russes, arrivant de la Mer Blanche sur cette partie des côtes du Golfe de Varanger, qui, ci-devant, était comprise dans les districts appellés communs, ainsi qu'à l'embouchure de la rivière du Pasvig, en troquant leurs propres productions contre les denrées suivantes de première nécessité, savoir: blé, farine,

1828 gruau, pois, chanvre, toile à voile, cordages, goudron, suif, chandelles et sel. Il n'y sera prélevé nul droit sur ce trafic.

Art. IX. Les bâtimens de commerce Suédois et Norvégiens, ainsi que les bâtimens Russes et Finlandais, pourront, conformément à ce qui a été pratiqué jusqu' ici, importer, directement de Suède et de Norvège en Finlande, toutes sortes d'objets manufacturés, denrées et marchandises, qui sont le produit du sol ou de l'industrie des dits Royaumes, et dont l'entrée est permise en général. Il ne sera perçu, à l'entrée de ces objets de commerce, que la moitié des droits qu'ils payeraient selon le taux du Tarif général, et d'après les ordonnances existantes, soit à l'État, soit aux villes et à des établissemens particuliers, s'ils étaient importés par les bâtimens Finlandais, directement de tout autre pays, dont ils seraient la production.

Le même avantage est accordé en Suède à toutes sortes de marchandises, denrées et productions Finlandaises, dont l'importation est permise en général, et qui viennent directement de la Finlande sur des bâtimens Suédois, Norvégiens, Russes ou Finlandais.

Le goudron pourra être importé de Finlande en Suède, sans payer aucun droit de douane.

Art. X. Toutes les productions du sol ou de l'industrie de la Suède et de la Norvège, dont l'entrée est en général défendue en Finlande, y seront, néanmoins, admises, conformément à ce qui a été pratiqué jusqu'ici, lorsqu'elles viendront directement de Suède et de Norvège, et sans qu'elles soient assujetties à des droits de douane, plus forts que dix pour cent de la valeur de la marchandise.

Les produits du sol ou de l'industrie de la Finlande, dont l'entrée est généralement défendue en Suède, y joniront du même avantage, lorsqu'ils viendront directement de la Finlande.

L'eau de vie, le salpêtre, et les cartes à jouer, sont, cependant, exceptés de cette permission générale d'importation, et ces Articles ne pourront être importés, ni de Suède ou de Norvège en Finlande, ni de Finlande en Suède et en Norvège.

Art. XI. En adoptant, par les Articles IX. et X., les principes généraux, qui régleront, pendant la durée

de la présente Convention, le commerce entre la Finlande et la Suède, les deux Hautes Parties Contractantes, considérant la nature particulière de ce commerce, et voulant davantage encore faciliter les relations réciproques, sont convenues, en conformité des dispositions arrêtées précédemment, de fixer séparément par des Tarifs spéciaux, annexés à la présente Convention, les droits d'entrée, auxquels seront soumises, dans les pays respectifs, quelquesunes des productions de leur sol ou de leur industrie. Ces Tarifs, dont l'un concerne les marchandises importées de Finlande en Suède, l'autre celles qui sont importées de Suède en Finlande, auront la même force et valeur, que s'ils étaient textuellement insérés dans la présente Convention.

Art. XII. Les bâtimens Finlandais, ouverts ou pontés, pourront exporter, d'un port Suédois, pour importer en Finlande, le vin, les épiceries et les denrées coloniales, dont l'importation est, en général, permise dans le Grand Duché, sans que, pour les dites marchandises, il soit perçû, à leur entrée en Finlande, des droits de douane plus forts ou autres, que si elles venoient directément du lieu même de leur production, sur des bâtimens Finlandais, jouissant de l'exemption dite *Hel-frihet.*

Art. XIII. La présente Convention commerciale, et les Tarifs spéciaux, mentionnés à l'Article XI., ayant fixé les conditions, auxquelles les denrées et marchandises, provenant des Etats de l'une des deux Hautes Parties Contractantes, pourront être importées dans ceux de l'autre, il a été reconnu indispensable d'établir des mesures de contrôle, pour prévenir les abus et pour constater l'origine ou l'endroit de fabrication des marchandises, qui devront jouir des avantages stipulés. A cet effet, les deux Hautes Parties Contractantes sont convenues des règles qui suivent:

1:o Pour les denrées et marchandises, qui s'exportent d'une ville:

a) Toute denrée ou marchandise, arrivant d'une ville, doit être munie d'un certificat, émis par le Tribunal du lieu, et qui atteste, que le propriétaire ou fabriquant a affirmé par serment, devant ce même

1828 Tribunal, qu'elle a été produite ou fabriquée dans le pays, d'où elle est exportée.

b) Pour la validité des dits certificats, lesquels doivent toujours accompagner la marchandise, il est réquis, qu'ils soient dûment légalisés par le Consul ou Vice Consul du pays, pour lequel la marchandise est exportée, en cas qu'un fonctionnaire pareil se trouve établi dans la ville.

c) La rétribution pour ces Certificats, délivrés par les Tribunaux et légalisés par les Consuls ou Vice Consuls, ne dépassera, dans aucun des pays respectifs, la somme de Vingt quatre Schillings de Banque de Hambourg, payable aux autorités judiciaires, et la même somme au Consul, pour chaque document, comprenant toutes les marchandises expédiées par la même occasion, pour compte du même propriétaire.

d) Vû les circonstances locales, le port de S:t Pétersbourg est excepté des dispositions générales énoncées ci-dessus, de sorte, que les usages, actuellement suivis, continueront à être observés, par rapport aux Certificats, pour le suif et pour les chandelles, qui s'exportent de ce port pour ceux de la Suède et de la Norvège.

2:o Pour les denrées et marchandises, qui arrivent de la campagne:

Les denrées et marchandises, arrivant de la campagne, jouiront des avantages stipulés, dèsqu'elles sont accompagnées d'un Certificat, émis par l'Autorité Civile (*Kronobetjeningen*) du lieu de l'exportation, et par lequel il est attesté, qu'elles sont le produit du pays, qui les exporte, qu'elles ont été produites et fabriquées à la campagne, et qu'elles en arrivent directement.

3:o Les objets de commerce, qui sont spécifiés dans les Listes Litt[is] A. et B., annexées aux Tarifs, sont entièrement exceptés des dispositions renfermées dans le présent Article: soit qu'ils viennent d'une ville, soit qu'ils arrivent de la campagne, ils pourront être importés librement, et jouiront des avantages stipulés, sans être accompagnés de Certificats.

Art. XIV. Les propriétaires de forges en Finlande pourront, pendant le cours de trois ans, à dater du jour de l'échange des ratifications de la présente Convention, faire acheter annuellement en Suède, et

exporter, libres de droits, non seulement Neuf Mille 1828
Neuf Cent Quarante Six et demi Skeppund de Suède de Fer de fonte de toute espèce, et de tout endroit qu'ils voudront, sans être obligés de s'en tenir aux qualités, que portent leurs privilèges, mais encore Vingt Trois Mille Sept Cent Soixante Sept Skeppund de Minerai de fer, lequel sera pris des endroits et districts, où ce minerai a été puisé auparavant, savoir: des mines de Sudermannie, Dix Neuf Mille Cinq Cent Cinquante Six Skeppund, et de celles de Roslagen, Quatre Mille Deux Cent Onze Skeppund, ainsi que cela a été pratiqué jusqu'ici.

S'il arrivait, que les quantités stipulées n'eûssent pas été exportées avant la fin d'une année, cette circonstance ne pourra servir de raison, l'année suivante, pour augmenter, en faveur du Grand Duché, l'exportation du Fer de fonte et du Minerai; et cette exportation ne pourra, dans aucun cas, outrepasser, pour chaque année, les quantités déterminées ci-dessus.

Art. XV. L'importation du bois de chauffage de Finlande en Suède restera permise, et les droits de douane payables, soit à l'exportation de la Finlande, soit à l'importation en Suède, ne pourront excéder Vingt Schillings de Banque de Suède en argent pour une corde de bois de bouleau, et Douze Schillings en argent pour une corde de bois de toute autre espèce.

Art. XVI. Les deux Hautes Parties Contractantes sont convenues de limiter la durée de la présente Convention commerciale au terme de Six ans, à dater du jour de l'échange des Ratifications.

Art. XVII. La présente Convention sera ratifiée, et les Ratifications seront échangées à St. Pétersbourg, dans l'espace de Six semaines, ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont signée, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à S:t Pétersbourg le $\frac{\text{Vingt Six}}{\text{Quatorze}}$ Février, l'An de grace Mil Huit Cent Vingt Huit.

N. F. Palmstjerna.
Le Comte de Nesselrode.
Le Comte de Rehbinder.

Annexes

mentionnées dans les Articles XI. et XIII. de la Convention de Commerce et d'Amitié, signée à S:t Pétersbourg le $\frac{26}{14}$ Février 1828.

Tarif Spécial

pour les marchandises exportées de Finlande en Suède.

	Argent.		
	R.	sk	r.
Ecorce, moulue . . . . 1 tonneau	—	—	4
non moulue . . . . idem	—	—	1
Bateaux, de la valeur de 100 R:d. en espèces	3	—	—
Baies . . . . . . idem	3	—	—
Duvet . . . . . . 1 lispund	—	20	—
Poisson, frais (Exempt de droits)	—	—	—
salé, Saumon . . . 1 tonneau	—	24	—
Strömming et autres espèces, idem	—	8	—
Plumes, à lit . . . . 1 lispund	—	10	—
Lard, salé ou fumé . . . . idem	—	7	2
Verre: vitres, bouteilles, flacons, pots, verres à vin, gobelets, de la valeur de 100 R:d. en espèces	10	—	—
Paille . . . . . . 1 skeppund	—	1	—
Houblon . . . . . . idem	1	36	—
Fer, clous et tôle de la valeur de 100 R:d. en espèces	—	24	—
Noir de fumée	5	—	—
Cuivre, non forgé . . . . 1 skeppund	—	32	—
Chevaux, par tête	2	—	—
Bestiaux, Bêtes à cornes, grands et petits, par tête	—	32	—
Autres pièces de bétail . . idem	—	16	—
Cumin . . . . . . 1 tonneau	—	10	—
Viande, salée . . . . . . idem	—	40	—
Huile, de bouleau, 1 pot (kanna) . . .	—	—	4
de poix . . . . 1 tonneau	—	2	—
Fromage . . . . . 1 lispund	—	6	—
Potasse, calcinée . . . . idem	—	1	—
Vaisseaux, grands ou petits, construits en Finlande et pourvus de cordages, voiles			

1828

	R.	sk	r.
et autres effets d'équipement de la valeur de 100 R:d. en espèces	5	—	—
Lard de veau marin 1 barrique (Åm)	—	6	—
Beurre . . . 1 lispund	—	7	2
Bas de laine ou de lin . . . 1 paire	—	—	3
Sacs, de toile d'étoupes . . 1 douzaine	—	4	—
Chandelles . . . . 1 lispund	—	6	—
Tabac en feuilles . . . . . idem	—	3	—
Bois ouvré, produits industriels des paysans, de la valeur de 100 R:d. en espèces	3	—	—
Langues, de boeufs, de moutons, de rennes . . . . . . 1 tonneau	—	24	—
Bois de chauffage, jusqu' à ce qu'il soit autrement ordonné, et en observant la stipulation de l'Art. XV. de la Convention commerciale:			
Bois de bouleau, par corde (famn) . .	—	6	—
de pin et de sapin . . . . . idem	—	5	—
Tissus, Notoirement fabriqués par les habitans de la Finlande: Ruban de lin, de la valeur de 100 R:d. en espèces . . .	5	—	—
Mouchoirs . . . . 1 douzaine	—	2	—
Toile d'étoupes, non teinte, 1 aune	—	—	1
teinte idem	—	—	2
Toile, non teinte . . . idem	—	—	2
teinte . . . idem	—	—	4
Toiles à voile . . . . idem	—	1	—
Bure, de laine . . . . idem	—	1	—
Oeufs . . . . . la vingtaine	—	—	10

Les droits de douane, désignés dans le présent Tarif, seront payés en Riksdalers de Suède, espèces sonnantes, ou par l'équivalent en billets de Banque de Suède, selon le cours à fixer au commencement de chaque année.

Il en sera de même relativement aux droits de douane pour les marchandises, taxées d'après leur valeur, et les dispositions générales, établies à cet égard, serviront de règle pour le mode d'évaluation des objets, dont la valeur n'est pas spécialement déterminée par le tarif général en vigueur.

Quant aux droits, revenant aux villes ou à des établissemens particuliers, ils seront acquittés pour les marchandises spécifiées dans le présent tarif, confor-

1828 mément aux principes généraux énoncés à l'Article IX. de la Convention Commerciale.

N. F. Palmstjerna.
Le Comte de Nesselrode.
Le Comte de Rehbinder.

Tarif Special

pour les marchandises exportées de Suède en Finlande.

	Argent. Roubles	Argent. Copeks
Alun . . . . . 1 tonneau	—	30
Poulies en bois . . . . 10 pièces	—	10
Brosses de toutes espèces, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	5	—
Toiles de coton, imprimées et non imprimées, de fabrication Suédoise, de la valeur de 100 Roubl. d'argent . . .	5	—
Mouchoirs de coton, imprimés, de fabrication Suédoise, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	5	—
Bois de chêne, non ouvré, de la valeur de 100 Roubl. d'argent . . .	—	25
Poisson: morue, hareng, cabillaud, salé 1 tonneau	—	17
Homards, huitres . . . . 1 Baril (träd)	—	50
Saumon fumé . . . . 1 pièce	—	10
Fruits, de jardin, frais, pommes, poires, prunes et cerises de toutes espèces, 1 quart de tonneau (fjerding) . . .	—	10
Graines, graines de foin (exemptes de droits)	=	=
Couleurs, Rouge Soufré . . 1 skeppund	—	50
Craie blanche . 1 skeppund		25
Sarrette . . 1 skeppund		15
Verre, lustres et lampes, de la valeur de 100 Roubles d'argent	5	—
Marmites, en pierre, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	2	—

	R.	C.	
Oies, fumées . . . 1 pièce	—	10	1828
Dragées, de plomb . . 1 skeppund	—	25	
Gants de Canepin, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	5	—	
Chapeaux, de bois, de racine et de laine, de la valeur de 100 Roubles d'argent	5	—	
Cornes de Cerf, rapées. . 1 lispund	—	6	
Fer et Acier, fer en barres, de la valeur de 100 Roubles d'argent . . .	1	—	
Fer blanc étamé, ancres, grappins, canons, plaques, clous, fer à boulons, fer coudé, et menus ouvrages en fer, de la valeur de 100 Roubles d'argent . . .	—	50	
Fer noirci de toutes espèces de fabrication Suédoise, de la valeur de 100 Roubles d'argent	2	—	
Marmites, poêles et ouvrages en fer fondu de toutes espèces, de la valeur de 100 Roubles d'argent . . .	2	—	
Acier, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	—	50	
Carreaux de poêles, vernissés et non vernissés, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	2	—	
Epingles, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	2	—	
Vases de terre et de pierre de toutes espèces, de la valeur de 100 Roubles d'argent	2	—	
Cannes de bois, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	2	—	
Cuivre non ouvré, ou forgé, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	5	—	
Cire à cacheter, fine . . 1 lispund	—	25	
à empreintes . . 1 lispund	—	13	
Joujoux, en bois, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	3	—	
Bronze ordinaire et Fonte, tels que Marmites, mortiers à piler, chandeliers, poêlons et cloches de toutes espèces, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	5	—	
Drêche . . . . 1 tonneau	—	10	
Laiton, non ouvré, en plaques, 1 lispund	—	25	
Fil de laiton . . 1 lispund	—	25	
Farine, de froment . 1 lispund	—	5	
Morilles . . . 1 lispund	—	10	
Fruits de l'Eglantier, secs 1 lispund	—	10	

		R.	C.
1828	Fromage . . . 1 lispund	—	8
	Papier à lettres . . 1 rame (ris)	—	25
	de l'espèce dite *skrifpapper*, 1 rame	—	15
	de celle dite *conceptpapper*, 1 rame	—	10
	de celle dite *carduspapper*, 1 rame	—	8
	brouillard . . . . 5 rames	—	10
	d'impression . . . 5 rames	—	10
	de doublage . . . 5 rames	—	8
	de l'espèce dite *presspapper*, 1 lispund	—	8
	Carton . . . . 1 lispund	—	8
	Pipes à tabac, de terre, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	2	—
	Fayence, de fabrication Suédoise idem	5	—
	Plumes à écrire . . 20 paquets	—	25
	Poudre à poudrer . . 1 lispund	—	25
	Sirop, de fabrication Suédoise, de la valeur de 100 Roubl. d'argent . .	5	—
	Sucre, en pains, de fabrication Suédoise, de la valeur de 100 Roubles d'argent .	10	—
	Pierres d'Oeland de la valeur de 100 Roubl. d'argent	5	—
	Douves de bois de chêne et de hêtre, et fonds de tonneau du même bois, de la valeur de 100 Roubles d'argent .	5	—
	Empois, blanc . . . 1 lispund	—	10
	Savon liquide, noir, 1 quart de tonneau	—	10
	Tabac, en feuilles . . 1 lispund	—	5
	à fumer, en paquets . 1 lispund	—	50
	en poudre . . . 1 lispund	—	65
	Tuiles, non vernissées, 1000 pièces	—	25
	Huile de baleine et autres semblables, de la valeur de 100 Roubles d'argent .	3	—
	Aunes brisées . . 1 douzaine	—	12
	Toile cirée, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	3	—
	Vitriol, vert . . 1 skeppund	—	15
	Pois de pigeon . . 1 tonneau	—	10
	Tissus, de lin, toiles . . 1 aune	—	1
	Bonnets de nuit . . 1 douzaine	—	10
	de Soie, de fabrication Suédoise,		
	espèces permises, la moitié des droits généralement fixés.		
	espèces prohibées par le Tarif général, de la valeur de 100 Roubles d'argent .	10	—

	R.	C.
de Laine, tels que draps, flanelle, étoffe de laine claire, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	—	5
Vinaigre, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	—	50
Double bière et Porter, de fabrication Suédoise, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	—	50

Les droits de douane, désignés dans le présent Tarif, seront payés en Roubles, espèces sonnantes ou par l'équivalent en assignations de la Banque Impériale de Russie, selon le cours à fixer au commencement de chaque année.

Il en sera de même relativement aux droits de douane pour les marchandises, taxées d'après leur valeur, et les dispositions réglementaires du Tarif général des Douanes du Grand Duché de Finlande serviront de règle quant au mode d'évaluation de ces marchandises.

Quant aux droits revenant aux Villes, ils seront acquittés pour les marchandises spécifiées dans le présent Tarif, conformément aux principes généraux énoncés à l'Article IX. de la Convention Commerciale.

N. F. Palmstierna.
Le Comte de Nesselrode.
Le Comte de Rehbinder.

Littera A.

Liste
des Objets de Commerce, qui peuvent être importés de Finlande en Suède sans Certificats d'origine.

Ecorce de toute espèce
Poix
Huile de Poix
Pain
Boteaux
Poisson de toute espèce (vivant)
Rais et Jantes pour roues
Poules et Poulets
Houblon
Noisettes
Foin
Paille

1828 Résine
Cumin
Bétail de toute espèce
Saumon
Vaccinium Vitis Idaea
Chiffons servant à la fabrication du papier
Ecorce de bouleau
Fromage
Oiseau-gibier
Beurre
Bottes et Souliers (de l'espèce d'ouvrage dit *Becksöm*)
Strömming
Goudron
Matériaux en bois, toute espèce
Vases en bois
Bure de laine, apportée pour être teinte
Bois de chauffage.

N. F. Palmstjerna.
Le Comte de Nesselrode.
Le Comte de Rehbinder.

Littera B.

Liste

des objets de Commerce, qui peuvent être importés de Suède et de Norvège en Finlande sans certificats d'origine.

Alun, blanc
Bouées, en bois
Cendres: de cuivre, de laiton et de bois
Ecorce de chêne
Pesons, Suédois, timbrés
Ruches d'Abeilles
Fleurs fraiches, Arbres verts
Bardeaux, de bois de hêtre.
Poulies à l'usage de vaisseaux
Pain de froment ou de seigle
Boussoles
Tonneaux à bière, de bois de chêne ou de hêtre
Pierres à feu, communes
Amadou
Fruits et Légumes: Prunes, Pommes, sèches et fraiches, Cérises, Epines vinettes et suc d'icelles, Rubus Chamæmorus, Mûres et Rob de mûres, Rubus

Arcticus et suc de cette baie, Poires, Concombres, 1828
Raifort, Asperges, Fèves, Choux, blancs et choux fleurs, Noisettes et Noisetiers.
Graines de jardinage, d'herbe et de fleurs
Homards
Fer: en barres, Fer à boulon, Fer coudé, Clous, Canons, Plaques forgées, Ancres, Grappins, Bêches, Pelles, Fil de fer, Ouvrages grossiers en fer noirci, ouvrages en fonte, tels que plaques, Enclumes, Marmites, Poêles, Mortiers à piler, Cloches etc. venant de Suède. Fer de fonte et Minerai de fer, importés de Suède en Finlande par les propriétaires de forges Finlandaises, à l'usage de ces forges.
Cordes, de toute espèce, timbrées
Cuivre, ouvré et non ouvré
Saumon, fumé ou salé
Pipes à tabac, en terre
Laiton, ouvré et non ouvré
Bronze commun et Fonte: Cloches, Canons, Marmites, Mortiers à piler etc.
Farine, de froment et de seigle
Tuiles et briques
Huitres
Charrues et Fers de charrues
Argent, ouvré, au timbre de Suède
Claies, à passer du blé ou de la terre
Pierres, à aiguiser, pour parquets et escaliers, Meules, Carreaux, Pierres Sépulcrales, Marmites, Mortiers à Piler, Pierre d'Oelande et de Gottlande.
Acier, non ouvré
Empois, blanc
Soufre
Matériaux de bois, en blocs ou non ouvrés, servant à confectionner les meubles: de bois de hêtre, de chêne, d'aune, de bouleau, de tremble, de genièvre, d'orme, de frêne.
Aunes brisées, au timbre Suédois
Douves et fonds de tonneaux de bois de chêne et de hêtre
Pois de pigeon et autres
Vitriol

N. F. Palmstjerna.
Le Comte de Nesselrode.
Le Comte de Rehbinder.

115.

1828 ***Décret d'abdication de S. M. Dom Pedro, Empereur du Brésil, comme roi de Portugal, daté de Rio Janeiro du 3 Mars 1828.***

(*The Times* 1828. May 13. Nr. 13, 591)

The Period having arrived, which I fixed for the completion of my abdication of the crown of Portugal, according to my decree of the 3d of May 1826 and it being necessary to give to the Portuguese nation, always jealous of its independence, an indubitable proof of my desire of its being perpetually separated from Brazil (of which I have the distinct glory and pride of being Sovereigu) so as to make even the idea of their being reunited impracticable;

J am pleased, of my own free and spontaneous will, after having pondered on this most important business, to order, as by this my royal decree I do order, that the Kingdom of Portugal be henceforward governed in the name of my dearly beloved daughter Dona Maria II, already its Queen, according to its constitutional charter by me authorized and given, ordered to be sworn, and sworn; declaring, moreover, most expressly, that I have no further claim or right whatever to the Portuguese crown.

The Infant Don Miguel, my much beloved and esteemed brother, Regent of the Kingdoms of Portugal and Algarve, and my Lieutenant, is charged with the execution and publication of the present decree.

Palace of Boa bista on the 3d day of March 1828, with the signature of His Majesty the King.

116.

Convention entre le Wurtemberg et le duché de Saxe-Meiningen concernant les fraix de justice en matières criminelles et de concours des créanciers, publiée à Stouttgart le 15 Mars 1828.

1828

(*Regierungs-Blatt für das Königreich Württemberg.* 1828. n. 17. pag. 144).

Die K. Württembergische Regierung ist mit der Herzoglich Sachsen - Meinungenschen Regierung in Beziehung auf Vergütung derjenigen Kosten, welche durch Requisitionen in Straf - Rechtsfällen und in Gantsachen bei den gegenseitigen Gerichtsstellen veranlaſst werden, dahin übereingekommen:

1. In allen *strafrechtlichen Verhandlungen*, bei denen die Kosten niedergeschlagen, oder auf die Casse des Staats, oder der Gerichtsherrn, oder die für einzelne Communen (im Herzogthum Sachsen-Meinungen) bestehenden Gerichts-Cassen übernommen werden müssen, soll die requirirende Stelle der requirirten lediglich die baaren Auslagen für Botenlohn und Postgelder, für Verpflegungs - Gebühr, Transport und Bewachung der Gefangenen, zu berechnen und zu erstatten haben; wogegen alle andere Kosten, für Protokollirung, Schreib - und Abschrift - Gebühren, so wie für die an die Gerichts-Personen, oder an die Cassen sonst zu entrichtenden Sporteln nicht aufgerechnet werden mögen.
2. In *Gantsachen* sollen die gerichtlichen Requisitionen gegenseitig kostenfrei vollzogen und nur für unvermeidliche baare Auslagen, welche die Vollziehung der Requisitionen etwa nach sich zieht, gegenseitig Ersatz geleistet werden.
3. In allen Fällen hat die requirirende Stelle ihre Schreiben bis an den Abgabe-Ort zu frankiren,

1828 wogegen die ersuchte in unfrankirten Briefen antwortet.

Dem gemäſs haben die Königlichen Gerichte bei vorkommenden Veranlassungen sich zu achten.

Stuttgart, den 15. März 1828.

Auf seiner Königlichen Majestät höchsten Befehl:

MAUCLER. BEROLDINGEN.

117.

Conventions entre le Wurtemberg et la Saxe royale, le grand duché de Saxe et le duché de Brunsvic concernant les fraix de justice en matières criminelles, publiées à Stouttgart le 17 Mars 1828.

(*Regierungsblatt für das Königreich Württemberg.* 1828. n. 17. pag. 145).

Die K. Württembergische Regierung ist mit der K. Sächsischen, der Groſsherzoglich Sachsen-Weimarschen und der Herzoglich Braunschweig'schen Regierung in Beziehung auf Vergütung derjenigen Kosten, welche durch Requisitionen in Straf-Rechtsfällen bei den gegenseitigen Gerichtsstellen veranlaſst werden, dahin übereingekommen:

„daſs in allen strafrechtlichen Verhandlungen, wo die Kosten niedergeschlagen, oder auf die Casse des Staats oder der Gerichtsherren übernommen werden müssen, die ersuchende Stelle der ersuchten lediglich die baaren Auslagen für Botenlohn und Postgelder, für Verpflegungs-Gebühren, Transport und Bewachung der Gefangenen zu berechnen und zu erstatten haben soll, wogegen alle andere Kosten, für Protokollirung, Schreib- und Abschrift-Gebühren, so wie für die an die Gerichts-Personen

oder an die Casse sonst zu entrichtenden Sporteln 1828 nicht aufgerechnet werden mögen."

Diese Uebereinkunft, deren Wirksamkeit gegenüber von dem Königreiche Sachsen und dem Herzogthum Braunschweig mit dem 1. März d. J., gegenüber von dem Grofsherzogthume Sachsen aber mit dem 5. Februar d. J. beginnt, wird andurch zu öffentlicher Kenntnifs gebracht, und den betreffenden Behörden aufgegeben, sich bei eintretenden Fällen nach solcher zu benehmen.

Stuttgart, den 17. März 1828.

Auf Seiner Königlichen Majestät höchsten Befehl:

MAUCLER. BEROLDINGEN.

118.

Convention entre l'electorat de Hesse et le grand duché de Saxe-Weimar-Eisenach, concernant l'extradition de criminels et d'autres rapports de jurisdiction criminelle, publiée à Cassel le 19 Mars 1828.

(*Sammlung von Gesetzen etc. für Kurhessen.* Jahr 1828. Nr. III. März. pag. 13).

Das unterzeichnete Kurfürstlich - Hessische Staatsministerium erklärt hiermit, dafs zwischen der Kurfürstlichen und der Grofsherzoglich - Sachsen - Weimar-Eisenachschen Staatsregierung, in Gemäsheit der von Seiner Königlichen Hoheit dem Kurfürsten ertheilten Ermächtigung, über die wechselseitige Auslieferung der Verbrecher und zur Unterstützung der Rechtspflege in Kriminal - Fällen überhaupt folgende Uebereinkunft verabredet und abgeschlossen worden ist:

ART. I. Alle Personen, die während ihres Aufenthaltes in einem der beiderseitigen Lande ein Ver-

1828 brechen begangen haben, welches, nach den Grundsätzen der in beiderseitigen Landen geltenden Rechte, eine peinliche Strafe nach sich zieht, sollen, wenn sie vor erfolgender Bestrafung in die anderseitigen Lande sich gewendet haben, an dasjenige Gericht unweigerlich ausgeliefert werden, in dessen Gerichtsbezirke das Verbrechen verübt worden ist.

Haben jedoch die Verbrecher, deren Auslieferung aus einem der beiden Staaten verlangt wird, darin einen wirklichen Wohnsitz erworben, dergestalt, dafs sie als domiziliirte Landesunterthanen betrachtet werden können; so soll die Auslieferung derselben bis zu einer in jedem einzelnen Falle zwischen dem Kurfürstlich-Hessischen und dem Grofsherzoglich-Sächsischen Ministerium zu treffenden besondern Uebereinkunft ausgestellt bleiben.

Auch wegen blofser Accise- und Contrebande-Vergehen, ohne Unterschied und selbst dann, wenn darauf in dem einen oder in dem anderen Lande entweder überhaupt oder nach den Zeitumständen, z. B. bei Fruchtsperren u. s. w., eine peinliche Strafe gesetzt seyn sollte, findet die Auslieferung nicht Statt, es wäre denn, dafs für den vorkommenden einzelnen Fall zwischen den beiderseitigen Regierungen eine Uebereinkunft getroffen würde.

Art. II. Sollte nach der Verfassung desjenigen Landes, wo das Verbrechen verübt worden ist, die Untersuchung von einem andern Gerichte, als demjenigen geführt werden, in dessen Bezirke das Verbrechen sich zugetragen hat; so erfolgt die Auslieferung an den die Untersuchung auf sich habenden Richter.

Art. III. Der Auslieferung mufs jedes Mal eine Requisition des die Untersuchung führenden Gerichts vorhergehen. Mithin soll ein blofses Anerbieten zur Auslieferung, welches sich nicht auf eine in öffentlichen Blättern bekannt gemachte oder in besonderen Schreiben geschehene Requisition gründet, keiner Gerichtsstelle der beiderseitigen Lande die Annahme eines Verbrechers zur Nothwendigkeit machen.

Art. IV. Trüge es sich zu, dafs um die Auslieferung eines Verbrechers zu einer Zeit nachgesucht würde, wo selbiger schon wegen eines anderen Ver-

brechens bei dem requirirten Gerichte in Untersuchung 1828 befangen ist; so soll die Auslieferung nur alsdann Statt finden, wenn das Verbrechen, welches der requirirende Richter zu untersuchen hat, nach den Grundsätzen der seinem Verfahren zum Grunde liegenden Rechte eine gröſsere Strafe nach sich zieht.

Art. V. Ist es aber zweifelhaft, welches von beiden Verbrechen eine gröſsere Strafe nach sich ziehe, oder sind beide Verbrechen von gleicher Strafbarkeit; so unterbleibt die Auslieferung, wofern nicht in jedem einzelnen Falle durch Uebereinkunft der beiderseitigen Regierungen ein Anderes beliebt wird.

Art. VI. Erfolgt die Auslieferung in einem solchen Falle, wo der Verbrecher in beiden Landen sich vergangen hat; so werden dem requirirenden Richter die von dem requirirten Gerichte geführten Akten und alle sonst erforderlichen Nachrichten zugleich mitgetheilt, um danach die auf beiden Verbrechen ruhenden Strafen zu erkennen und auch sonst in Ansehung der Entschädigung oder anderer Umstände darauf die nöthige Rücksicht nehmen zu können.

Art. VII. Wenn der Verbrecher, um dessen Auslieferung nachgesucht wird, nicht bereits bei dem requirirten Gerichte sich in Haft befindet; so sollen zur Verhaftung desselben die schleunigsten Anstalten getroffen werden.

Art. VIII. Sobald der Verbrecher nach Art. III. auf eine in öffentlichen Blättern bekannt gemachte oder in besonderen Schreiben geschehene Requisition in Haft gezogen ist, muſs der requirirte Richter dem requirirenden davon unverzüglich Nachricht ertheilen, damit dieser sodann die ungesäumte Abholung besorge. Der requirirte Richter hat demnach die eigene Abschickung des Verbrechers nur alsdann zu veranstalten, wenn beide Richter deshalb einverstanden sind.

Art. IX. Auch in solchen Kriminal-Fällen, wo nicht um die Auslieferung eines Verbrechers, sondern nur um Vernehmung der Zeugen oder anderer Personen und um Mittheilung der Akten oder sonstiger Nachrichten angesucht wird, sollen die Gerichtsstellen der beiderseitigen Lande mit aller Willfährigkeit einander zu Hülfe kommen. Selbst die Stellung der

1828 Zeugen oder anderer Personen soll, wenn sie der requirirende Richter unumgänglich nöthig findet, nicht verweigert werden.

Art. X. Wenn wegen anzustellender Konfrontation die Stellung eines oder mehrerer Inquisiten nöthig erachtet wird; so sollen auf vorgängige Kommunikation der Landes-Justizkollegien derselbe oder dieselben nicht blos bis auf die Grenze, sondern unter den erforderlichen Sicherheits-Anstalten an das untersuchende Gericht selbst zu solchem Zwecke verabfolgt werden.

Art. XI. Mit der Bezahlung der Kosten soll es nachfolgendermafsen gehalten werden. Wenn der an das requirirende Gericht ausgelieferte Verbrecher hinreichend eigenes Vermögen besitzt; so werden hieraus dem requirirten Richter nicht allein alle baaren Auslagen erstattet, sondern auch die sämmtlichen Gerichtsgebühren nach der bei dem requirirten Gerichte üblichen Taxe entrichtet.

Hat aber der ausgelieferte Verbrecher kein hinreichendes eigenes Vermögen; so fallen die Gebühren für die Arbeiten des requirirten Gerichts durchgehends weg, und der requirirende Richter erstattet demselben lediglich die baaren Auslagen für Botenlohn und Postgelder, für Verpflegungsgebühren, Transport und Bewachung der Gefangenen, sowie für Kopialien.

Art. XII. Nach gleichen Grundsätzen soll auch in Hinsicht der Bezahlung der Kosten in solchen Kriminal-Fällen verfahren werden, wo es nicht auf die Auslieferung von Verbrechern, sondern nur auf die Abhörung oder Stellung von Zeugen oder anderen Personen ankommt.

Art. XIII. Zur Entscheidung der Frage, ob der Verbrecher hinreichendes eigenes Vermögen zur Bezahlung von Gerichtsgebühren besitze oder nicht, soll in beiderseitigen Landen etwas weiteres nicht, als das Zeugnifs desjenigen Gerichtes erfordert werden, unter welchem der Verbrecher seine eigentliche Wohnung hat. Sollte derselbe seine wesentliche Wohnung in einem dritten Lande gehabt haben, und die Beitreibung der Kosten dort mit Schwierigkeiten ver-

bunden sein, so wird es angesehen, als ob derselbe 1828
kein hinreichendes eigenes Vermögen besitze.

Art. XIV. Den in Kriminal-Untersuchungen zu stellenden Zeugen und anderen abzuhörenden Personen sollen bei wirklich erfolgter Stellung die Reise- und Zehrungs-Kosten nebst der wegen ihrer Versäumnifs ihnen gebührenden Vergütungs-Summe und zwar nach deren von dem requirirten Gerichte geschehenen Verzeichnung von dem requirirenden Richter sofort verabreicht werden. Bedürfen dieselben deshalb eines Vorschusses, so hat solchen Vorschufs das requirirte Gericht zu übernehmen, das requirirende Gericht aber ungesäumt wieder zu erstatten.

Art. XV. Wenn Verbrechen entweder auf unbestrittener Grenze, oder an solchen Orten, wo selbst die Hoheitsgrenze zweifelhaft ist, verübt worden; so soll die Prävention unter den beiderseitigen Gerichten dergestalt Statt haben, dafs die Untersuchung und Bestrafung demjenigen Gerichte verbleibe, welches den Inquisiten selbst über das angezeigte Verbrechen oder Vergehen zuerst vernommen hat, wobei jedoch zur wechselseitigen Bedingung gemacht wird, dafs solche Fälle in Absicht der Landeshoheit nicht für Besitzhandlungen gelten, noch als solche jemals angezogen werden sollen.

Art. XVI. Wegen Durchführung der Gefangenen durch beiderseitige Lande ist annoch festgesetzt, dafs in den Fällen, wenn

a. der Arrestat kein Unterthan desjenigen Landesherrn ist, durch dessen Lande die Durchführung geschieht,

b. die zur Wache mitgegebene Mannschaft nicht vom Militär ist, sondern nur aus Polizei-Bedienten oder anderen Personen besteht, auch

c. nicht von beträchtlicher Anzahl und nur höchstens fünf Mann stark ist,

die Durchführung auf blofse Pässe der Polizei-Behörde, welche jedoch die obige Einschränkung unter a. deutlich enthalten müssen, von den Garnisonen und jeden Ortsobrigkeiten gestattet, und die nöthige Assistenz dabei geleistet werden soll. In anderen Fällen aber ist darüber eine vorgängige Korrespondenz der höheren Kollegien fernerweit erforderlich.

1828 Art. XVII. Endlich ist den Polizei-Bedienten beiderseitiger Regierungen verstattet, flüchtigen Verbrechern oder Verdächtigen über die Grenze nachzusetzen, auch solche, wenn nicht sofort die Hülfe der Landesbeamten dazu bewirkt werden kann, anzuhalten; da dann die Angehaltenen jedesmal an das nächste Amt des Landes, worin sie ergriffen worden, abzugeben sind, welches wegen der Auslieferung nach den gegebenen Vorschriften verfährt.

Gleichwie nun die gegenwärtige Vereinbarung auf die Reziprozität gegründet und auf die Beförderung einer unverweilten Justizpflege lediglich gerichtet ist; also werden in selbiger alle beiderseitigen Lande begriffen, und soll dieselbe demnächst in den Landen der beiden höchsten paziszirenden Theile gewöhnlichermaſsen bekannt gemacht werden.

Cassel, am 19ten März 1828.

Kurfürstliches Staatsministerium.

Für den Minister des Innern:

Witzleben. Schminke. Meyer. Riess.

Vt. Eggena.

Die anher mitgetheilte jenseitige Ausfertigung der obigen Uebereinkunft ist vom Groſsherzoglich-Sächsischen Staatsministerium in Weimar am 1sten Februar 1828 unterzeichnet worden.

119.

Convention entre le Wurtemberg et le grand duché de Hesse concernant les fraix de justice en matières civiles, publiée à Stouttgart le 20 Mars 1828.

(*Regierungsblatt für das Königreich Württemberg.* 1828. n. 17. pag. 146).

Die K. Württembergische Regierung hat mit der Groſsherzoglich Hessischen Regierung wegen gegen-

seitiger kostenfreier Vollziehung von gerichtlichen Requisitionen in Civil-Rechtssachen, mit Einschlufs der Gantsachen, nachstehende Uebereinkunft geschlossen:

1. Für die Vollziehung von gerichtlichen Requisitionen in Civil- und in Gantsachen sollen gegenseitig keinerlei Kosten in Aufrechnung gebracht werden.

   Dagegen wird

2. für unvermeidliche baare Auslagen, welche die Vollziehung einer Requisition etwa nach sich zieht, jeden Falls mit Ausnahme der Postbestell-Gebühren, gegenseitig Ersatz geleistet.
3. In allen Fällen hat die requirirende Stelle ihre Schreiben bis an den Abgabe-Ort zu frankiren, wogegen die requirirte in unfrankirten Briefen antwortet.

Dem gemäfs haben die Königlichen Gerichte bei vorkommenden Veranlassungen sich zu achten.

Stuttgart, den 20. März 1828.

Auf Seiner Königlichen Majestät höchsten Befehl:

MAUCLER. BEROLDINGEN.

120.

Publication concernant l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration entre la Russie et le duché d'Oldenbourg, faite à Oldenbourg le 23 Mars 1828.

(*Oldenburgische Anzeigen.* Nr. 25. den 26. März 1828.)

Nachdem durch gegenseitige ministerielle Erklärungen zwischen dem Russischen Kaiserreiche und dem Königreiche Polen einer und den Herzoglich-Oldenburgischen Landen anderer Seits das Abzugs- und

1828 Nachsteuer-Recht aufgehoben und in dieser Hinsicht eine vollkommene Freizügigkeit verabredet worden ist, so wird dieses hierdurch öffentlich bekannt gemacht.

Oldenburg, den 23. März 1828.

v. BRANDENSTEIN.

KÜCKENS.

121.

Convention entre la Prusse et le duché de Nassau concernant le remboursement des fraix de justice en matières criminelles, signée le 27 Mars 1828.

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten.* 1828. Nr. 6. pag. 43).

Nachdem die Königlich-Preussische Regierung mit der Herzoglich Nassauischen Regierung dahin übereingekommen ist, die gegenseitige Kostenvergütung in Untersuchungssachen gegen unvermögende Personen aufzuheben, erklärt das Königlich-Preussische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten hiermit Folgendes:

ART. I. In allen Fällen, wo Delinquenten von einer Königlich-Preussischen Kriminal-Justitzbehörde an eine Herzoglich-Nassauische Kriminal-Justizbehörde oder von dieser an jene, nach vorgängiger Requisition ausgeliefert werden, sind nicht allein alle baare Auslagen, sondern auch die sämmtlichen nach der bei dem requirirten Gericht üblichen Taxe zu liquidirenden Gerichtsgebühren von dem Letzteren aus dem Vermögen des an das requirirende Gericht ausgelieferten Delinquenten, wenn solches hinreicht, zu entrichten. Hat aber der ausgelieferte Delinquent kein hinreichendes Vermögen, so fallen die Gebühren für die Arbeiten des requirirten Gerichts durchgehends weg, und das requirirende Gericht bezahlt als-

dann dem ersteren nur die baaren Auslagen für Atzung, 1828
Transport, Porto und Kopialien.

Art. II. Nach gleichen Grundsätzen soll auch in Absicht der Bezahlung der Kosten in solchen Untersuchungsfällen verfahren werden, wo es nicht auf die Auslieferung von Delinquenten. sondern nur auf die Vernehmung oder Sistirung von Zeugen oder anderen Personen ankommt.

Die Reise- und Zehrungskosten des Richters, sofern diese zur Genügung der Requisition nothwendig sind, sollen jedoch, gleich den ad I. erwähnten baaren Auslagen, nach der bei dem requirirten Gerichte üblichen Taxe, auch jedenfalls ersetzt werden.

Art. III. Zur Entscheidung der Frage: ob der Delinquent hinreichendes Vermögen zur Bezahlung der Gerichtsgebühren besitze oder nicht? soll in den beiderseitigen Landen nichts Weiteres als das Zeugnifs derjenigen Gerichtsstelle erfordert werden, unter welcher der Delinquent seine wesentliche Wohnung hat. Sollte derselbe seine wesentliche Wohnung in einem dritten Lande gehabt haben, und die Beitreibung der Kosten dort mit Schwierigkeiten verbunden sein, so wird es angesehen, als ob er kein hinreichendes eigenes Vermögen besitze.

Art. IV. Den in allen Untersuchungssachen zu sistirenden Zeugen und jeder abzuhörenden Person überhaupt, sollen die Reise und Zehrungskosten nebst der wegen ihrer Versäumnifs ihnen gebührenden Vergütung, nach deren vom requirirten Gerichte geschehenen Verzeichnung, bei erfolgter wirklicher Sistirung, sei es vor dem requirirten oder vor dem requirirenden Gericht, vom requirirenden Gericht, auf die erhaltene Benachrichtigung, dem requirirten Gericht ungesäumt wieder erstattet werden.

Art. V. Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende, von dem Herzoglich-Nassauischen Ministerio vollzogene, ausgewechselt worden, Kraft und Wirksamkeit in den gesammten beiderseitigen Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

Berlin, den 27sten März 1828.

Königl. Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Schönberg.

122.

1828 ***Convention entre la Hesse électorale et la principauté de Waldeck concernant les délits forestiers, de chasse et de pêche du $\frac{2 \text{ Avril}}{12 \text{ Juin}}$ 1828.***

(*Sammlung von Gesetzen für Kurhessen.* Jahr 1828. Nr. V. April. pag. 21).

Das unterzeichnete Kurfürstlich - Hessische Staatsministerium erklärt hiermit, dafs zwischen der Kurfürstlichen und der Fürstlich - Waldeckischen Staatsregierung, in Gemäfsheit der von Seiner Königlichen Hoheit dem Kurfürsten ertheilten Ermächtigung, wegen der Untersuchung und Bestrafung der Forst-, Jagd-, Feld- und Fischerei-Frevel in den gegenseitigen Waldungen, Fluren und Fischwassern folgende Uebereinkunft verabredet und abgeschlossen worden ist:

Art. I. Es verpflichtet sich sowohl die Kurfürstlich-Hessische als die Fürstlich-Waldeckische Staatsregierung, die Forst-, Jagd-, Feld- und Fischerei-Frevel, welche ihre Unterthanen in den Waldungen und anderen Baumpflanzungen, in den Fluren und in den Fischwassern des anderen Gebiets verüben, sobald sie davon Kenntnifs erhält, nach denselben Gesetzen untersuchen und bestrafen zu lassen, nach welchen sie würden untersucht und bestraft werden, wenn sie in den inländischen Forsten, Jagden, Fluren und Gewässern begangen wären.

Art. II. Was die Konstatirung eines im 1sten Artikel bezeichneten Frevels betrifft, so soll den Protokollen und Abschätzungen, welche durch die für den Ort des begangenen Frevels zuständigen und gerichtlich verpflichteten Forst- u. s. w. und Polizei-Beamten und beziehungsweise Taxatoren anfgenommen worden, auch von der zur Aburtheilung geeigneten Gerichtsstelle im anderen Staatsgebiete derselbe Glaube beigemessen werden, welchen die Gesetze den

Protokollen und Abschätzungen der inländischen Angestellten dieser Art beilegen. 1828

Art. III. Die Forst-, Jagd- und Fischerei-Offizianten sowie die Flurhüter und sonstige zur Aufsicht bestellte Diener haben das Recht, den Frevler auf Betreten, wenn sie ihn nicht mit Bestimmtheit erkennen, auf dem Gebiete, wo er gefrevelt hat, anzuhalten, und ihn entweder an die inländische Polizei-Behörde oder an die jenseitige Polizei-Behörde des Wohnorts des Frevlers abzugeben oder abgeben zu lassen.

Ist jedoch der Frevler eine Militärperson, so soll derselbe stets an das nächste Justizamt des Staates, welchem er angehört, zur Untersuchung und Bestrafung abgeliefert werden.

Art. IV. Die im Artikel III. erwähnte Auslieferung an die jenseitige Behörde findet jedoch nicht Statt, wenn entweder die Frevler schaarenweise einfallen, mithin gewissermafsen das Staatsgebiet verletzen, und, auf geschehene Aufforderung, von Fortsetzung des Frevels, oder auch nur ihrer Gegenwart nicht abstehen wollen, oder wenn sie sich auf irgend eine sonstige Weise durch Angriff, Mifshandlung, Drohung und Gebrauch lebensgefährlicher Werkzeuge der Staatsgewalt thätlich widersetzen, oder noch irgend eines anderen Verbrechens aufser dem Frevel sich schuldig machen.

In diesen Fällen bleibt es lediglich derjenigen Staatsregierung, in deren Gebiet eine solche Uebelthat Statt finden wird, überlassen, die zur eigenen Handhabung des gebührenden Schutzes und des eigenen Strafrechts nöthigen Maafsregeln zu ergreifen.

Art. V. Kommt ein Frevler zur Haft; so hat gegen ihn die Untersuchung nicht nur wegen des Frevels, bei dessen Begehung er verhaftet wurde, sondern auch wegen aller derer Statt, welche nach dem 1sten Juli d. J. von ihm begangen und noch nicht abgethan seyn werden.

Art. VI. Um von beiden Seiten zur Sicherheit des Forsteigenthums thunlichst mitzuwirken, wird wechselseitig den gerichtlich verpflichteten Forst- und Polizei-Beamten die Befugnifs zugestanden, hinsicht-

1828 lich begangener Waldfrevel Haussuchungen im Gebiete des anderen Staates, wenn sich dort der angegebene Thäter aufhält oder der gefrevelte Gegenstand befinden möchte, zu veranlassen, welche Befugnifs bei den übrigen hierzu geeigneten Freveln ebenwohl eintritt. Die gedachten Beamten haben sich zu dem Ende an den Ortsvorstand der betreffenden Gemeinde zu wenden, und diesen zur Vornahme der Visitation in ihrer Gegenwart aufzufordern. — Derselbe hat die hierbei aufgefundenen, angeblich gefrevelten Gegenstände in sichere Verwahrung bringen zu lassen, übrigens für die Haussuchung keine Belohnung zu empfangen. Bei diesen Haussuchungen mufs der Ortsvorstand oder Orts-Polizeibeamte sogleich ein Protokoll aufnehmen und eine Ausfertigung desselben alsbald dem requirirenden Förster u. s. w. einhändigen eine zweite Ausfertigung aber dem Untergerichte des Bezirks übersenden, bei Vermeidung einer Strafe von einem bis zu fünf Thalern für denjenigen Ortsvorstand oder Orts-Polizeibeamten, welcher der Requisition nicht Genüge leistete.

Auch kann der requirirende Forst- und Polizeibeamte verlangen, dafs der Förster u. s. w. (oder in dessen Abwesenheit der etwa dazu geeignete Aufseher) des Ortes, worin die Haussuchungen vorgenommen werden sollen, dabei zugezogen werde.

Art. VII. Den untersuchenden und bestrafenden Behörden in den beiderseitigen Staaten wird es zur Pflicht gemacht, die Untersuchung und Bestrafung der vorliegenden Frevel so schleunig vorzunehmen, als es nach der bestehenden Gerichtsverfassung nur immer thunlich ist, auch insbesondere bei ausgezeichneten oder sehr bedeutenden Freveln die Untersuchung in jedem einzelnen Falle sogleich eintreten zu lassen.

Art. VIII. Die Vollziehung der Straf-Erkenntnisse, nebst der Beitreibung der dem Wald-, Jagd-, Feld- und Fischerei-Eigenthümer oder sonstigen Beschädigten zuerkannten Entschädigungsgelder, soll mit der thunlichsten Beschleunigung bewirkt, und deswegen zu gegründeten Beschwerden niemals Anlafs gegeben werden.

Die erkannte Geld- oder Arbeitsstrafe wird zum Vortheile der Herrschaft des Gerichts vollzogen, welches das Erkenntnifs ertheilt hat. Der zuerkannte

Schadens-Ersatz, einschliefslich des Holzwerths, sowie die Pfände- oder Angeber-Gebühr, wo diese gesetzlich bestehet, werden vorzugsweise vor der Strafe oder deren übrigem Theile beigetrieben. Auch soll bei ausgemitteltem Zahlungs-Unvermögen eines Frevlers die sonst dem auswärtigen Wald- oder Feld-Eigenthümer u. s. w. zukommende Entschädigung zum Vortheile der Gerichtsherrschaft oder der Ortsgemeinde des Wohnsitzes des Frevlers durch Arbeit abverdient werden.

1828

Die gegenwärtige, auf Reziprozität gegründete Vereinbarung ist vorerst auf sechs Jahre, vom 1sten Juli laufenden Jahres an, abgeschlossen worden, und soll in den beiderseitigen Landen auf die gewöhnliche Weise bekannt gemacht, auch auf deren genaueste Befolgung von den beiderseitigen Gerichts-, Polizei- und anderen Behörden mit gebührender Strenge gehalten werden.

Cassel, am 2ten April 1828.

Kurfürstliches Staatsministerium.

Für den Minister des Innern:

WITZLEBEN. SCHMINKE. MEYER. RIESS.

Vt. EGGENA.

Die anher mitgetheilte jenseitige Ausfertigung der vorstehenden Uebereinkunft ist bei der Fürstlich-Waldeckischen Regierung in Arolsen am 12ten Juni 1828 unterzeichnet worden.

123.

1828 ***Traité de Commerce et de Navigation entre Sa Majesté le Roi de Danemarck et Sa Majesté l'Empereur du Brésil, conclu à Rio de Janeiro le 26 Avril 1828.***

(Copenhague. De l'Imprimerie de J. Hostrup Schultz, Directeur, Imprimeur Royal et de l'Université. 1829. 4).

Au nom de la très-sainte et indivisible Trinité!

Sa Majesté le Roi de Danemarck et Sa Majesté l'Empereur du Brésil, ayant également à coeur de resserrer de plus en plus les liens d'amitié, qui subsistent entre Elles, et d'étendre les rélations commerciales entre Leurs Etats respectifs, sont convenues de conclure un Traité de commerce et de navigation réciproquement avantageux aux deux nations, et ont nommé pour cet effet pour Leurs Plénipotentiaires, à savoir:

Sa Majesté le Roi de Danemarck le très-illustre Baron George Henri de Löwenstern, Son Chambellan, Colonel à la suite de Ses armées, Chevalier de l'ordre de Sainte-Anne de la deuxième classe, de ceux de Saint-Wladimir et de l'Epée, décoré du sabre d'or pour la bravoure, de la croix d'or pour la bataille d'Eylau et des médailles pour la campagne de 1812 en Russie et pour la prise de Paris, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur du Brésil;

Et Sa Majesté l'Empereur du Brésil les très-illustres et très-excellents, le Marquis do Aracaty, de Son Conseil, Gentilhomme de Sa Chambre Impériale, Conseiller des Finances, Commandeur de l'ordre d'Aviz, Sénateur de l'Empire, Ministre Secrétaire d'Etat des affaires étrangères; le Sieur Bento Barrozo Pereira, de Son Conseil, Sénateur de l'Empire, Viador, Offi-

cier de l'ordre Impérial du Cruzeiro, Commandeur 1828 de celui d'Aviz, Brigadier de l'armée nationale et Impériale, Ministre Secrétaire d'Etat de la guerre; et le Sieur Lucio Soares Teixeira de Gouvea, de Son Conseil, Officier de l'ordre Impérial do Cruzeiro, Chevalier de celui du Christ, Dezembargador da Caza da Supplicação, Ministre Secrétaire d'Etat de la justice;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleinspouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont tombés d'accord et convenus des articles suivans:

Art. I. Il y aura une paix constante et une amitié perpétuelle entre Sa Majesté le Roi de Danemarck et Sa Majesté l'Empereur du Brésil, les Souverains, Leurs Successeurs, Leurs sujets et Leurs territoires sans exceptions des personnes et des lieux.

Art. II. Les navigateurs et commerçans de chacune des hautes parties contractantes, venant d'un des ports ou havres de leurs Etats respectifs, ou bien d'un des ports ou havres de tout autre Etat quelconque, pourront avec leurs navires et embarcations, sur leur lest ou chargés, fréquenter et visiter les côtes, ports, rivières, baies et havres de l'autre des hautes parties contractantes.

Ils seront traités, tant à leur entrée qu'à leur sortie, sur le même pied que les commerçans et navires des nations les plus favorisées, rélativement aux droits de port, de tonnage, de fanaux, de pilotage et de sauvetage ainsi qu'à tout autre droit ou charge de quelle espèce ou dénomination qu'elle soit.

Toutes les productions, marchandises ou effets de commerce quelconques provenant du sol, des manufactures ou de l'industrie des sujets et territoires de l'une des hautes parties contractantes, ou de tout autre pays quelconque, favorisé au Brésil par des Traités, importés directement ou indirectement dans des navires Brésiliens ou Danois dans les ports de l'autre, payeront en général et uniquement les mêmes droits que payent ou payeront les sujets de la nation la plus favorisée conformément à la "Pauta geral" des douanes.

L'intention bien sincère des hautes parties contractantes étant de donner toute la liberté possible au commerce par l'adoption d'un système d'une parfaite réciprocité fondée sur des principes justes, on est convenu, que tous les avantages de navigation et de



1828 commerce, qui sont ou qui seront concedés par une des hautes parties contractantes à une ville, une nation ou un État quelconque seront de fait et de droit concedés aux sujets de l'autre, en observant toutefois les conditions auxquelles ils seront soumis. Il est stipulé cependant qu'en parlant de nation la plus favorisée, la nation Portugaise ne devra pas servir de terme de comparaison, même quand elle viendroit à être privilégiée au Brésil en matière de commerce.

Dans le commerce direct entre le Brésil et le Danemarck, les manifestes certifiés par les Consuls Brésiliens ou Danois respectifs, ou en cas qu'il n'y en a pas, par les autorités locales, suffiront pour admettre les importations ou exportations respectives à la jouissance des favorisations stipulées par cet article.

Dans le commerce indirect, les marchandises transportées dans des navires Danois dans des ports du Brésil seront sujettes, pour passer, aux mêmes formalités, qui sont introduites pour les nations les plus favorisées dans leur commerce indirect par des traités.

Art. III. Il est convenu d'excepter de cette concession réciproque les côtes, ports et lieux, où les navires d'aucune nation étrangère ne seroient admis; ainsi que les articles reservés à la Couronne du Brésil, et le commerce le long des côtes et de ports à ports, consistant en effets de commerce du pays ou étrangers, déjà expédiés pour la consommation, ce commerce ne pouvant se faire que dans des embarcations nationales; les sujets des deux parties contractantes seront toutefois libres de charger leurs effets et marchandises sur les dites embarcations, payant les uns et les autres les mêmes droits.

Il est entendu toutefois, que non obstant que le privilège du commerce des côtes est reservé aux navires nationaux, il sera permis aux embarcations de l'autre des hautes parties contractantes de naviguer d'un port à l'autre, où il y a des douanes, pour compléter leur cargaison déstinée pour l'exportation.

Art. IV. Toutes les fois que les marchandises importées, soit production du sol, des manufactures ou de l'industrie des sujets et territoires de l'une des hautes parties contractantes, soit de tout autre pays favorisé au Brésil par des traités, ne seroient pas expresse-

ment spécifiées dans le tarif (la Pauta) publié des droits 1828 d'entrée à payer, leur valeur sera fixée à la douane d'après l'évaluation faite par l'importateur. Mais si les officiers des douanes, chargés de la perception des droits, jugeroient que cette évaluation fût trompeuse, ils pourront garder les effets évalués, en payant dans le cours, de quinze jours, à compter du premier jour de la détention, dix pour cent au-delà de l'estimation à celui, qui les a importés, en restituant les droits déjà payés.

Il sera permis aux Consuls des hautes parties contractantes de faire des représentations, quand ils s'apperçoivent que les droits, imposés par le tarif sur quelque article, sont excessifs, afin que cela soit pris en considération aussitôt que possible, l'expédition de l'article en question ne sera cependant pas suspendue par cette mesure.

Art. V. Les vaisseaux et les cargaisons Brésiliens ne payeront pas au passage du Sund ou des Belts des droits ou impositions plus forts ou autres que ceux, qui sont ou qui seront payés par la nation la plus fovorisée.

Art. VI. Les hautes parties contractantes sont convenues à déclarer, que tant qu'une loi ne règlera pas la nationalité des navires Brésiliens, seront regardés comme tels ceux dont le propriétaire et le capitaine sont sujets Brésiliens, munis de leurs expéditions et autres documens en forme légale. De même seront considérés comme navires Danois ceux, qui seront munis des papiers et certificats qui sont en vigueur dans le royaume du Danemarck. Les hautes parties contractantes se communiqueront mutuellement les formes préscrites pour l'expédition des papiers de mer.

Art. VII. Sa Majesté le Roi de Danemarck et Sa Majesté l'Empereur du Brésil accorderont, selon les formalités d'usage, les faveurs, immunités honneurs, privilèges et exemptions des droits et impòts à Leurs Ambassadeurs, Ministres et Agens diplomatiques, accredités respectivement auprès de Leurs Cours; et les faveurs concedées par l'un des deux Souverains à cet égard seront également accordées par l'autre Souverain.

1828 Chacune des hautes parties contractantes aura le droit de nommer des Consuls généraux, des Consuls et Vice-Consuls dans tous les ports de l'autre, où l'utilité du commerce et les intérêts commerciaux de leurs sujets respectifs l'exigent. Toutefois seront exceptés les ports et villes, où les hautes parties contractantes ne jugeront pas nécessaire la présence de ces agens. Les dits Consuls de toutes les classes ne pourront cependant point commencer l'exercice de leurs fonctions avant que d'être reconnus et approuvés par le Souverain, dans les Etats duquel ils résident. Ils jouiront dans l'un et l'autre pays pour leurs personnes, dans l'exercice de leurs fonctions, et par rapport à la protection, qu'ils doivent à leurs compatriotes des mêmes privilèges, qui sont ou qui seront accordés aux Consuls de la nation la plus favorisée.

L'exequatur concedé par le Gouvernement leur sera délivré, sans exiger d'eux des droits ou charges d'expédition ou autres, de quelle dénomination qu'ils soient, plus forts ou autres que ceux, qui sont ou qui seront payés pour l'expédition de l'exequatur des Consuls des nations les plus favorisées.

Art. VIII. Les sujets de l'une des hautes parties contractantes jouiront dans tous les Etats de l'autre de la plus parfaite liberté de conscience en matière de religion, conformément au système de tolérance établi et pratiqué dans les Etats de l'autre. Ils jouiront aussi, tant qu'ils se conforment aux lois du pays dans lequel ils résident, et autant qu'il sera compatible avec la sureté de l'Etat, rélativement à leurs personnes, propriétés et la disposition de leurs biens et effets, de toute protection et favorisation. Ils pourront disposer librement de leurs propriétés par vente, échange, donation ou de toute autre manière quelconque, sans qu'il y soit mis aucun obstacle ou empêchement. Leurs maisons, propriétés et effets seront protégés et respectés, et ne seront point saisis par aucune autorité contre leur volonté, sans préjudice toutefois de la marche légale de la justice. Ils seront exempts de tout service militaire par terre et par mer et de tout autre service public, ainsi que de tout emprunt forcé et de tout impôt et réquisitions militaires. Ils ne seront point obligés à payer aucunes imposi-

tions plus fortes que celles, qui sont ou qui seront 1828
payées par les sujets de la nation la plus favorisée. Ils pourront aussi nommer pour leurs Agens, Avocats et Procureurs ceux, qu'ils jugeront les plus convenables pour traiter et défendre leurs droits et causes. S'ils souffroient des violences et des vexations, les magistrats et les tribunaux seront obligés d'examiner leurs plaintes et de leur rendre justice conformément aux lois. Il leur sera permis de faire assigner leurs marchandises sur les douanes de l'autre des hautes parties contractantes avec les mêmes conditions et les mêmes garanties, qui sont établies à l'égard des sujets des Etats de la dite haute partie contractante.

Art. IX. S'il arrive, que quelques navires ou cargaisons, appartenantes aux sujets de l'une des hautes parties contractantes soient pris et emmenés par des pirates dans les ports de l'autre, les dits navires et cargaisons seront rendues au propriétaire légitime ou à celui, qui aura été dûment autorisé par lui à cet effet, et les objets réclamés, seront restitués si même ils auroient été vendus, aussitôt qu'il sera prouvé, que l'acheteur a su ou auroit pu savoir, que ces objets avoient été acquis par piraterie.

S'il arrive qu'un vaisseau de guerre ou marchand, appartenant à l'une des hautes parties contractantes, échoua dans les ports ou contre les côtes de l'autre, on prêtera tous les secours possibles non seulement pour sauver les personnes et les effets, mais aussi pour assembler, garder et conserver les objets sauvés, lesquels ne payeront aucun droit, à moins qu'on ne les destine à être vendus pour la consommation.

Art. X. En cas de mésintelligence entre les deux hautes parties contractantes ou de rupture (ce qu'à Dieu ne plaise) cette rupture ne sera pas censée existante qu'après le rappel et le départ des agens diplomatiques respectifs. Les sujets de l'une des hautes parties contractantes, qui résideront dans les Etats de l'autre, pourront y demeurer, pour arranger leurs affaires ou pour continuer leur commerce dans l'intérieur, sans être inquiétés en aucune manière, à condition toutefois qu'ils se conduisent paisiblement et qu'ils se soumettent aux lois. Mais si leur conduite donnoit quelque motif de soupçon, ils sont obligés de sortir du pays, avec permission cependant de retirer

1828 leurs effets, et on leur accordera pour cela le tems nécessaire, qui néanmoins n'excèdera pas l'espace de six mois.

S'il arrivoit, que l'une des hautes parties contractantes entroit en guerre contre quelque Puissance, nation ou Etat, les sujets de l'autre partie pourront continuer leur commerce avec ces Etats, en exceptant néanmoins les villes et ports, qui seroient bloqués ou assiégés par mer ou par terre. Mais le commerce de la contrebande de guerre ne pourra se faire en aucun port quelconque.

Sous la dénomination des marchandises de contrebande de guerre sont compris: les canons, mortiers, fusils, pistolets, grénades, saucisses, voitures, ceinturons, poudres, salpêtre, casques, balles, boulets, javelines, épées, hallebardes, selles et harnais, ou autres instrumens quelconques déstinés à l'usage de la guerre.

Art. XI. Le présent Traité sera en vigueur pendant dix ans, à compter de ce jour, et au-delà de ce terme jusqu'à l'expiration de douze mois, après que l'une des hautes parties contractantes aura annoncé à l'autre son intention de le terminer. Chacune des hautes parties contractantes se reservant le droit de faire à l'autre une telle déclaration à la fin des dix ans surmentionnés; il est convenu, qu'à l'expiration des douze mois après qu'une telle déclaration aura été reçue par l'une des hautes parties contractantes de la part de l'autre, ce Traité et toutes les stipulations qu'il contient, cesseront d'être obligatoires pour les deux parties.

Art. XII. Les ratifications du présent Traité seront échangées dans la ville de Rio de Janeiro dans l'espace de neuf mois ou plut tôt si faire se peut.

En foi de quoi Nous les Soussignés, Plénipotentiaires de Sa Majesté le Roi de Danemarck et Sa Majesté l'Empereur du Bresil, en vertu de nos pleinspouvoirs, signons le présent Traité et y apposons le cachet de nos armes.

Fait à Rio de Janeiro le vingt-sixième du mois d'Avril, de l'année de la naissance de notre Seigneur Jésus Christ mil huit cent vingt-huit.

Le Baron de Löwenstern. *Marquez* de Aracaty.
Bento Barrozo Pereira.
Lucio Soares Teixeira de Gouvea.

124.

Traité de commerce et de navigation entre la Prusse et les Etats-Unis d'Amérique, signé le 1 Mai 1828.

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten J. 1829. Nr. 6. pag. 25).

Sa Majesté le Roi de Prusse et les Etats-Unis d'Amerique, également animés du désir de maintenir les rapports de bonne intelligence qui ont si heureusement subsité jusqu'ici entre Leurs Etats respectifs, et d'en étendre et consolider les relations commerciales; et convaincus que cet objet ne sauroit être mieux rempli qu'en adoptant le système d'une entière liberté de navigation et d'une parfaite réciprocité, basé sur des principes d'équité également avantageux aux deux Pays, et applicables en temps de paix comme en temps de guerre; sont en conséquence convenus d'entrer en négociation, pour conclure un Traité de commerce et de navigation. A cet effet, Sa Majesté le Roi de Prusse a muni de pleins-pouvoirs le Sieur Louis Niederstetter, chargé d'affaires de Sa dite Majesté près les Etats-Unis d'Amérique; et le Président des Etats-Unis d'Amérique a muni des mêmes pouvoirs Henri Clay, Leur Secrétaire d'Etat, lesquels plénipotentiaires, après avoir échangé leurs dits pleins pouvoirs, trouvés en bonne et dûe forme, ont arrêté et signé les articles suivans.

Art. I. Il y aura entre les territoires des Hautes Parties contractantes liberté et réciprocité de commerce et de navigation. Les habitans de leurs Etats respectifs pourront réciproquement entrer dans les ports, places et rivières des territoires de chacune d'Elles, partout où le commerce étranger est permis. Ils seront libres de s'y arrêter, et résider dans quelque partie que ce soit des dits territoires, pour y vaquer à leurs affaires; et ils jouiront, à cet effet, de la même sécurité et protection que les habitans du pays

1828 dans lequel ils résideront, à charge de se soumettre aux lois et ordonnances y établies.

Art. II. Les bâtimens Prussiens arrivant sur lest ou chargés dans les ports des Etats-Unis d'Amérique, et réciproquement, les bâtimens des Etats-Unis arrivant sur lest ou chargés dans les ports du Royaume de Prusse, seront traités à leur entrée, pendant leur séjour et à leur sortie, sur le même pied que les bâtimens nationaux venant du même lieu, par rapport aux droits de tonnage, de fanaux, de pilotage, de sauvetage et de port, ainsi qu'aux vacations des officiers publics et à tout autre droit ou charge, de quelque espèce ou dénomination que ce soit, perçus au nom ou au profit du Gouvernement, des autorités locales, ou d'établissemens particuliers quelconques.

Art. III. Tout espèce de marchandises et objets de commerce, provenant du sol ou de l'industrie des Etats-Unis d'Amérique, ou de tout autre pays, qui pourront légalement être importés dans les ports du Royaume de Prusse, sur des bâtimens Prussiens, pourront également y être importés sur des bâtimens des Etats-Unis d'Amérique, sans payer d'autres ou plus forts droits ou charges, de quelque espèce ou dénomination que ce soit, perçus au nom ou au profit du Gouvernement, des autorités locales, ou d'établissemens particuliers quelconques, que s'ils étaient importés sur des bâtimens Prussiens.

Et réciproquement, toute espèce de marchandises et objets de commerce, provenant du sol ou de l'industrie du Royaume de Prusse, ou de tout autre pays, qui pourront légalement être importés dans les ports des Etats-Unis d'Amerique, sur des bâtimens des dits Etats, pourront également y être importés sur des bâtimens Prussiens, sans payer d'autres ou plus forts droits ou charges, de quelque espèce ou dénomination que ce soit, perçus au nom ou au profit du Gouvernement, des autorités locales, ou d'établissemens particuliers quelconques, que s'ils étaient importés sur des bâtimens des Etats-Unis d'Amerique.

Art. IV. Afin de prévenir tout mésentendu et équivoque possibles, il est déclaré que les stipulations contenues dans les deux articles précédens, sont, dans toute leur plénitude, applicables aux bâtimens prussiens

et leurs cargaisons, arrivant dans les ports des Etats-Unis d'Amérique; et, réciproquement, aux bâtimens des dits Etats et leurs cargaisons, arrivant dans les ports du Royaume de Prusse, soit que les dits bâtimens viennent des ports du pays auquel ils appartiennent, soit de ceux de tout autre pays étranger.

Art. V. Il ne sera imposé d'autres ni de plus forts droits sur l'importation dans les Etats-Unis, des articles provenant du sol ou de l'industrie du Royaume de Prusse; et il ne sera imposé d'autres ni de plus forts droits sur l'importation dans le Royaume de Prusse des articles provenant du sol ou de l'industrie des Etats-Unis, que ceux qui sont ou seront imposés sur les mêmes articles provenant du sol ou de l'industrie de tout autre pays étranger. De même, il ne sera imposé sur l'importation ou sur l'exportation des articles provenant du sol ou de l'industrie des Etats-Unis ou du Royaume de Prusse, à l'entrée ou à la sortie des ports des Etats-Unis, ou de ceux du Royaume de Prusse, aucune prohibition qui ne soit pas également applicable à toute autre nation.

Art. VI. Toute espèce de marchandises et objets de commerce, provenant du sol ou de l'industrie des Etats-Unis, ou de tout autre pays, qui pourront être légalement exportés des ports des dits Etats sur des bâtimens nationaux, pourront également en être exportés sur des bâtimens Prussiens, sans payer d'autres ni de plus forts droits ou charges, de quelque espèce ou dénomination que ce soit, perçus au nom ou au profit du Gouvernement, des autorités locales, ou d'établissemens particuliers quelconques, que si ces mêmes marchandises ou denrées avoient été exportées par bâtimens des Etats-Unis d'Amerique.

Une parfaite réciprocité sera observée dans les ports du Royaume de Prusse, de sorte que toute espèce de marchandises et objets de commerce, provenant du sol ou de l'industrie du Royaume de Prusse, ou de tout autre pays, qui pourront être légalement exportés des ports du dit Royaume, sur des bâtimens nationaux, pourront également en être exportés sur des bâtimens des Etats-Unis d'Amérique, sans payer d'autres ou de plus forts droits ou charges, de quelque espèce ou dénomination que ce soit, perçus au

1828 nom ou au profit du Gouvernement, des autorités locales, ou d'établissemens particuliers quelconques, que si ces marchandises ou denrées avoient été exportées sur des bâtimens Prussiens.

Art. VII. Les articles précédens ne sont pas applicables à la navigation des côtes ou cabotage de chacun des deux pays, que l'une et l'autre des Hautes Parties contractantes se réservent exclusivement.

Art. VIII. Il ne sera accordé, ni directement, ni indirectement, par l'une ou par l'autre des Parties contractantes, ni par aucune compagnie, corporation ou agent, agissant en son nom ou par son autorité, aucune priorité ou préférence quelconque pour l'achat d'aucun objet de commerce, légalement importé, à cause ou en considération de la nationalité du navire qui aurait importé les dits objets, soit qu'il appartienne à l'une des Parties, soit à l'autre: l'intention bien positive des Parties contractantes étant, qu'aucune difference ou distinction quelconque n'ait lieu à cet égard.

Art. IX. Si l'une des Parties contractantes accorde par la suite, à d'autres nations quelque faveur particulière en fait de commerce ou de navigation, cette faveur deviendra aussitôt commune à l'autre Partie qui en jouira gratuitement, si la concession est gratuite, ou en accordant la même compensation, si la concession est conditionnelle.

Art. X. Les deux Parties contractantes se sont accordé mutuellement la faculté, de tenir dans Leurs ports respectifs des Consuls, Viceconsuls, Agens et Commissaires de leur choix, qui jouiront des mêmes privilèges et pouvoirs dont jouissent ceux des nations les plus favorisées; mais dans le cas où les dits Consuls veuillent faire le commerce, ils seront soumis aux mêmes lois et usages, auxquel sont soumis les particuliers de leur nation à l'endroit où ils résident.

Les Consuls, Viceconsuls et Agens-commerciaux auront le droit, comme tels, de servir de juges et d'arbitres dans les differends qui pourraient s'élever entre les capitaines et les équipages des bâtimens de la nation dont ils soignent les intérêts, sans que les autorités locales puissent y intervenir, à moins que la conduite des équipages ou du capitaine ne troublât

l'ordre ou la tranquillité du pays, ou que les dits Consuls, Viceconsuls ou Agens-commerciaux ne requissent leur intervention pour faire exécuter ou maintenir leurs décisions. Bien entendu, que cette espèce de jugement ou d'arbitrage ne saurait pourtant priver les Parties contractantes du droit qu'elles ont, à leur retour, de recourir aux autorités judiciaires de leur pays.

1828

Art. XI. Les dits Consuls, Vice-Consuls ou Agens-commerciaux seront autorisés à requérir l'assistance des autorités locales, pour la recherche, l'arrestation, la détention et l'emprisonnement des déserteurs de navires de guerre et marchands de leurs pays; et ils s'addresseront, pour cet objet, aux tribunaux, juges et officiers competens, et réclameront, par écrit, les déserteurs susmentionnés, en prouvant par la communication des régistres des navires ou rôles de l'équipage, ou par d'autres documens officiels, que de tels individus ont fait partie des dits équipages; et cette réclamation ainsi prouvée, l'extradition ne sera point refusée.

De tels déserteurs, lorsqu'ils auront été arrêtés, seront mis à la disposition des dits Consuls, Vice-Consuls ou Agens-commerciaux, et pourront être enfermés dans les prisons publiques, à la réquisition et aux frais de ceux qui les réclament, pour être envoyés aux navires auxquels ils appartenoient, ou à d'autres de la même nation; mais s'ils ne sont pas renvoyés dans l'espace de trois mois, à compter du jour de leur arrestation, ils seront mis en liberté, et ne seront plus arrêtés pour la même cause.

Toutefois, si le déserteur se trouvoit avoir commis quelques crime ou délit, il pourra être sursis à son extradition, jusqu'à ce que le tribunal saisi de l'affaire aura rendu sa sentence, et que celle-ci ait reçu son exécution.

Art. XII. L'article douze du Traité d'amitié et de commerce conclu entre les Parties en 1785.; et les articles treize et suivans, jusqu'à l'article vingt-quatre inclusivement, du Traité conclu à Berlin, en 1799., en exceptant le dernier paragraphe de l'article dix-neuf, touchant les Traités avec la Grande-Bretagne, sont remis en viguer, et auront la même force et valeur que s'ils faisaient partie du présent Traité. Il

1828 est entendu cependant, que les stipulations contenues dans les articles ainsi remis en vigueur, seront toujours censées ne rien changer aux Traités et Conventions conclus de part et d'autre avec d'autres Puissances dans l'intervalle écoulé entre l'expiration du Traité de 1799. et le commencement de la mise en vigueur du présent Traité.

Les Parties contractantes désirant toujours, conformément à l'intention déclarée, dans l'article douze du dit Traité de 1799 pourvoir entre Elles, ou conjointement avec d'autres Puissances maritimes, à des stipulations ultérieures, qui puissent servir à garantir une juste protection et liberté au commerce et à la navigation des neutres, et à aider la cause de la civilisation et de l'humanité, s'engagent ici, comme alors, à se concerter ensemble sur ce sujet, à quelque époque future et convenable.

Art. XIII. Vû l'éloignement des pays respectifs des deux Hautes Parties contractantes, et l'incertitude qui en résulte sur les divers événemens qui peuvent avoir lieu; il est convenu qu'un bâtiment marchand appartenant à l'une d'Elles, qui se trouverait destiné pour un port, supposé bloqué au moment du départ de ce bâtiment, ne sera cependant pas capturé ou condamné pour avoir essayé une première fois d'entrer dans le dit port, à moins qu'il ne puisse être prouvé, que le dit bâtiment avait pu et dû apprendre en route que l'état de blocus de la place en question durait encore: mais les bâtimens qui, après avoir été renvoyés une fois, essayeroient, pendant le même voyage, d'entrer une seconde fois dans le même port bloqué, durant la continuation de ce blocus, se trouveront alors sujets à être détenus et condamnés.

Art. XIV. Les citoyens ou sujets de chacune des Parties contractantes, auront, dans les Etats de l'autre, la liberté de disposer de leurs biens personnels, soit par testament, donation ou autrement, et leurs héritiers, étant sujets ou citoyens de l'autre Partie contractante, succèderont à leurs biens, soit en vertu d'un testament, ou *ab intestato;* et ils pourront en prendre possession, soit en personne, soit par d'autres agissant en leur place, et en disposeront à leur volonté, en ne payant d'autres droits que ceux auxquels les habitans du pays où se trouvent les dits

biens sont assujettis en pareille occasion. En cas d'absence des héritiers, on prendra provisoirement des dits biens les mêmes soins qu'on auroit pris en pareille occasion des biens des natifs du pays, jusqu'à ce que le propriétaire légitime ait agréé des arrangemens pour recueillir l'héritage. S'il s'éléve des contestations entre differens prétendans ayant droit à la succession, elles seront décidées en dernier ressort selon les lois et par les juges du pays où la succession est vacante. Et si, par la mort de quelque personne possédant des biens-fonds sur le territoire de l'une des Parties contractantes, ces biens-fonds venoient à passer, selon les lois du pays, à un citoyen ou sujet de l'autre Partie, celui-ci, si, par sa qualité d'étranger, il est inhabile à les posséder, obtiendra un délai convenable pour les vendre et pour en retirer le produit sans obstacle et exempt de tout droit de retenue de la part du Gouvernement des Etats respectifs. Mais cet article ne dérogera en aucune manière à la force des lois qui ont déjà été publiées, ou qui le seront par la suite, par Sa Majesté le Roi de Prusse, pour prévenir l'émigration de Ses sujets.

Art. XV. Le présent Traité sera en vigueur pendant douze années, à compter du jour de l'échange des ratifications; et si, douze mois avant l'expiration de ce terme, ni l'une ni l'autre des Hautes Parties contractantes n'annonce à l'autre, par une déclaration officielle, son intention d'en faire cesser l'effet, le dit Traité restera obligatoire pendant un an au delà de ce terme, et ainsi de suite, jusqu'à l'expiration des douze mois qui suivront une telle déclaration, à quelque époque qu'elle ait lieu.

Art. XVI. Le présent Traité sera approuvé et ratifié par Sa Majesté le Roi de Prusse, et par le Président des Etats-Unis d'Amérique par et avec l'avis et le consentement du Sénat des dits Etats; et les ratifications en seront echangées en la ville de Washington, dans l'espace de neuf mois, à dater de ce jour, ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé les articles ci-dessus, tant en français qu'en anglais, et y ont apposé leurs sceaux; déclarant, toutefois que la signature dans ces deux langues ne doit pas, par la suite, être citée comme exemple; ni, en

1828 aucune manière porter préjudice aux Parties contractantes.

Fait par triplicata en la Cité de Washington, le premier Mai, l'an de grâce mit-huit-cent-vingt-huit, et le cinquante-deuxième de l'Indépendance des Etats-Unis d'Amérique.

Louis Niederstetter.
H. Clay.

(Ce traité a été ratifié et les ratifications en ont été echangées à Washington le 14 Mars 1829).

125.

Convention entre l'Hanovre et le grand duché de Saxe-Weimar-Eisenach, concernant l'extradition des criminels, signée le 20 Mai 1828.

(*Königl. Hannov. Gesetz-Sammlung* 1828. Abth. I. p. 49. *Grofsherzogl. S. Weimar-Eisenach. Regierungs-Blatt.* Nr. 8. den 3ten Juni 1828).

Mit Seiner Königlichen Majestät allerhöchster Genehmigung ist zwischen dem Königlichen Cabinets-Ministerio und dem Grofsherzoglich Sächsischen Staats-Ministerio zu Weimar, über wechselseitige Auslieferung der Verbrecher und zur Unterstützung der Rechtspflege in Criminalfällen überhaupt, folgende Uebereinkunft getroffen worden:

Art. I. Alle Personen, die während ihres Aufenthalts in einem der beiderseitigen Lande ein Verbrechen begangen haben, welches nach den Grundsätzen der in beiderseitigen Landen geltenden Rechte eine peinliche Strafe nach sich zieht, sollen, wenn sie vor erfolgender Bestrafung in die anderseitigen Lande sich gewendet haben, an dasjenige Gericht unweigerlich ausgeliefert werden, in dessen Gerichts-Bezirke das Verbrechen verübt worden ist.

Haben jedoch die Verbrecher, deren Auslieferung aus einem der beiden Staaten verlangt wird, darin einen wirklichen Wohnsitz erworben, dergestalt, dafs sie als domicilirte Landesunterthanen betrachtet werden können: so soll die Auslieferung derselben bis zu einer in jedem einzelnen Falle zwischen dem Königlich - Grofsbritannisch - Hannoverschen und dem Grofsherzoglich Sächsischen Ministerium zu treffenden besondern Uebereinkunft ausgestellt bleiben.

Auch wegen blofser Accise- und Contrebande-Vergehen, ohne Unterschied und selbst dann, wenn darauf in dem einen oder in dem andern Lande entweder überhaupt oder nach den Zeitumständen, z. B. bei Fruchtsperren u. s. w. eine peinliche Strafe gesetzt sein sollte, findet die Auslieferung nicht Statt; es wäre denn, dafs für den vorkommenden einzelnen Fall zwischen den beiderseitigen Regierungen eine Uebereinkunft getroffen würde.

Art. II. Sollte nach der Verfassung desjenigen Landes, wo das Verbrechen verübt worden ist, die Untersuchung von einem andern Gerichte als demjenigen geführt werden, in dessen Gerichtsbezirke das Verbrechen sich zugetragen hat: so erfolgt die Auslieferung an den die Untersuchung auf sich habenden Richter.

Art. III. Der Auslieferung mufs jedesmal eine Requisition des die Untersuchung führenden Gerichts vorhergehen. Mithin soll ein blofses Anerbieten zur Auslieferung, welches sich nicht auf eine in öffentlichen Blättern bekannt gemachte oder in besonderen Schreiben geschehene Requisition gründet, keiner Gerichtsstelle der beiderseitigen Lande die Annahme eines Verbrechers zur Nothwendigkeit machen.

Art. IV. Trüge es sich zu, dafs um die Auslieferung eines Verbrechers zu einer Zeit nachgesucht würde, wo selbiger schon wegen eines anderen Verbrechens bei dem requirirenden Gerichte in Untersuchung befangen ist: so soll die Auslieferung nur alsdann Statt finden, wenn das Verbrechen, welches der requirirende Richter zu untersuchen hat, nach den Grundsätzen der seinem Verfahren zum Grunde liegenden Rechte eine gröfsere Strafe nach sich zieht.

Art. V. Ist es aber zweifelhaft, welches von beiden Verbrechen eine gröfsere Strafe nach sich ziehe,

1828 oder sind beide Verbrechen von gleicher Strafbarkeit: so unterbleibt die Auslieferung, wofern nicht in jedem einzelnen Falle durch Uebereinkunft beiderseitiger Regierungen ein Anderes beliebt wird.

Art. VI. Erfolgt die Auslieferung in einem solchen Falle, wo der Verbrecher in beiden Landen sich vergangen hat, so werden dem requirirenden Richter die von dem requirirten Gerichte geführten Acten und alle sonst erforderlichen Nachrichten zugleich mitgetheilt, um darnach die auf beiden Verbrechen beruhenden Strafen zu erkennen und auch sonst in Ansehung der Entschädigung oder anderer Umstände darauf die nöthige Rücksicht nehmen zu können.

Art. VII. Wenn der Verbrecher, um dessen Auslieferung nachgesucht wird, nicht bereits bei dem requirirten Gerichte sich in Haft befindet: so sollen zur Verhaftung desselben die schleunigsten Anstalten getroffen werden.

Art. VIII. Sobald der Verbrecher nach Art. III. auf eine in öffentlichen Blättern bekannt gemachte oder in besonderen Schreiben geschehene Requisition in Haft gezogen ist, muſs der requirirte Richter dem requirirenden davon unverzüglich Nachricht ertheilen, damit dieser sodann die ungesäumte Abholung besorge. Der requirirte Richter hat demnach die eigene Abschickung des Verbrechers nur alsdann zu veranstalten, wenn beide Richter deshalb einverstanden sind.

Art. IX. Auch in solchen Criminal-Fällen, wo nicht um die Auslieferung eines Verbrechers, sondern nur um Vernehmung der Zeugen oder anderer Personen und um Mittheilung der Acten oder sonstiger Nachrichten angesucht wird, sollen die Gerichts-Stellen der beiderseitigen Lande mit aller Willfährigkeit einander zu Hülfe kommen. Selbst die Stellung der Zeugen oder anderer Personen soll, wenn sie der requirirende Richter unumgänglich nöthig findet, nicht verweigert werden.

Art. X. Wenn wegen anzustellender Confrontation die Stellung eines oder mehrerer Inquisiten nöthig erachtet wird: so sollen, auf vorgängige Communication der Landes-Justiz-Collegien, derselbe oder

dieselben nicht blos bis auf die Gränze, sondern unter den erforderlichen Sicherheits-Anstalten an das untersuchende Gericht selbst zu solchem Zwecke verabfolgt werden. 1828

Art. XI. Mit der Bezahlung der Kosten soll es nachfolgendermaſsen gehalten werden:

Wenn der an das requirirende Gericht ausgelieferte Verbrecher hinreichend eigenes Vermögen besitzt, so werden hieraus dem requirirten Richter nicht allein alle baaren Auslagen erstattet, sondern auch die sämmtlichen Gerichtsgebühren nach der bei dem requirirten Gerichte üblichen Taxe abentrichtet.

Hat aber der ausgelieferte Verbrecher kein hinreichendes eigenes Vermögen, so fallen die Gebühren für die Arbeiten des requirirten Gerichts durchgehends weg und der requirirende Richter erstattet demselben lediglich die baaren Auslagen für Botenlohn und Postgelder, für Verpflegungsgebühren, Transport und Bewachung der Gefangenen, so wie für Copialien.

Art. XII. Nach gleichen Grundsätzen soll auch in Absicht der Bezahlung der Kosten in solchen Criminal-Fällen verfahren werden, wo es nicht auf die Auslieferung von Verbrechern, sondern nur auf die Abhörung oder Stellung von Zeugen oder anderer Personen ankommt.

Art. XIII. Zur Entscheidung der Frage, ob der Verbrecher hinreichendes eigenes Vermögen zur Bezahlung von Gerichtsgebühren besitze oder nicht, soll in beiderseitigen Landen etwas Weiteres nicht als das Zeugniſs desjenigen Gerichts erfordert werden, unter welchem der Verbrecher seine eigentliche Wohnung hat.

Sollte derselbe seine wesentliche Wohnung in einem dritten Lande gehabt haben und die Beitreibung der Kosten dort mit Schwierigkeiten verbunden seyn, so wird es angesehen, als ob derselbe kein hinreichendes eigenes Vermögen besitze.

Art. XIV. Den in Criminal-Untersuchungen zu stellenden Zeugen und andern abzuhörenden Personen sollen bei wirklich erfolgter Stellung die Reise- und Zehrungs-Kosten nebst der wegen ihrer Versäumung ihnen gebührenden Vergütungs-Summe, und zwar nach deren von dem requirirten Gerichte geschehenen Verzeichnung, von dem requirirenden Rich-

1828 ter sofort verabreicht werden. Bedürfen dieselben deshalb eines Vorschusses, so hat solchen Vorschufs das requirirte Gericht zu übernehmen, das requirirende Gericht aber ungesäumt wieder zu erstatten.

Art. XV. Wegen Durchführung der Gefangenen durch beiderseitige Lande ist annoch festgesetzt, dafs in Fällen, wenn

a. der Arrestat kein Unterthan desjenigen Landesherrn ist, durch dessen Lande die Durchführung geschieht.

b. Die zur Wache mitgegebene Mannschaft nicht vom Militair ist, sondern nur aus Polizei-Bedienten oder anderen Personen besteht; auch

c. nicht von beträchtlicher Anzahl und nur höchstens fünf Mann stark ist,

die Durchführung auf blofse Pässe der Polizei-Behörden, welche jedoch die obige Einschränkung unter a. deutlich enthalten müssen, von den Garnisonen und jeden Orts-Obrigkeiten gestattet und die nöthige Assistenz dabei geleistet werden soll. In andern Fällen aber ist darüber eine vorgängige Correspondenz der höheren Collegien fernerweit erforderlich.

Gleichwie nun die gegenwärtige Vereinbarung auf die Reciprocität gegründet und auf die Beförderung einer unverweilten Justiz-Pflege lediglich gerichtet ist, also werden in selbiger alle beiderseitigen Lande begriffen, und soll dieselbe demnächst in den Landen beider höchsten paciscirenden Theile gewöhnlichermafsen bekannt gemacht werden.

Diese Uebereinkunft wird hierdurch zur allgemeinen Kenntnifs gebracht und werden alle obrigkeitlichen Behörden angewiesen, die Bestimmungen derselben in vorkommenden Fällen zur Anwendung zu bringen.

Hannover, den 20ten Mai 1828.

Königl. Grofsbritannisch-Hannoversche zum Cabinets-Ministerio verordnete General-Gouverneur und Geheime-Räthe.

Bremer.

126.

Convention entre la Prusse et la Saxe royale concernant le couvent de Joachimstein près de Radmeritz, signé le 2 Juin 1828.

1828

(Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen. Nr. 4. pag. 27).

In der, unter allerhöchster Genehmigung und unter dem Vorsitze Königl. Commissarien, von ständischen Deputationen beider Landesantheile des Markgrafthums Oberlausitz, über die Auseinandersetzung dieser Landesantheile abgeschlossenen Convention vom 27sten August 1819, §. 40, ist die Regulirung der Stiftung Joachimstein bei Radmeritz zu einer besondern Convention ausgesetzt worden.

Die hierzu ernannten Königl. Commissarien und landständischen Deputirten haben demnach, bis auf Zustimmung der allerhöchsten Behörden, folgende Vereinigung hierüber getroffen:

§. 1. Das welt-adelige Fräuleinstift zu Joachimstein steht als Stiftung lediglich unter Königlich Sächsischer Hoheit.

Was aber die Grundbesitzungen dieser Stiftung anlangt, so bestimmt sich die Landeshoheit und die Gerichtsbarkeit über die Bewohner durch die im Jahre 1818 definitiv erfolgte Grenzbestimmung der beiden Landestheile des Markgrafthums Oberlausitz.

§. 2. Hinsichtlich der Genufsberechtigung, der Collaturbefugnisse und der Verwaltung verbleibt das Stift Joachimstein beiden Landestheilen gemeinschaftlich, und demnach die Stiftung selbst in Ansehung ihrer wesentlichen Einrichtungen in der bisherigen Mafse bestehend.

Die unterm 26sten Mai 1744 landesherrlich confirmirten Stiftsstatuten behalten in allen denjenigen Fällen, wo nicht durch gegenwärtige Convention eine Abänderung getroffen wird, ihre volle Gültigkeit.

1828 Das Original gedachter Stiftsstatuten ist künftig bei der Königl. Sächsischen Ober-Amts-Regierung zu Budissin aufzubewahren; jedoch wird sich Königl. Preufsischer Seits, in Gemäsheit der oberlausitzischen Ausgleichungs-Convention vom 27sten August 1819 und daselbst §. 29, vorbehalten, dafs diese gemeinschaftliche Urkunde den Landständen des Preufsischen Markgrafthums Oberlausitz, bedürfenden Falls, in beglaubigter Abschrift oder auch, nach Erfordernifs des Bedarfs, im Originale mitgetheilt werden mufs.

§. 3. Die Genufsberechtigten anlangend, ist

a. bei den Fräulein-Beneficiaten- und Pensionairen-Stellen jede statutenmäfsig qualificirte Oberlausitzerinn, ohne Unterschied des Landestheils, wenn auch, der Reihe nach, die Collatur den Landständen des andern Theils zusteht, mit gleichem Vorzugsrechte wählbar;

b. in gleicher Mafse wird bei der Wahl des Stiftsverwesers und der Stiftshofmeisterinn keine Rücksicht auf den Landestheil genommen, zu welchem der Candidat gehört;

c. bei den Stiftsstipendien hingegen tritt an die Stelle des vormaligen Budissinischen Landkreises, der Königl. Sächsische Landesantheil, und an die Stelle des vormaligen Görlitzischen Landkreises, der Königl. Preufsische Landesantheil der Oberlausitz.

Dasselbe gilt, insofern andere Beneficien, namentlich die für arme Fräuleins geraume Zeit stattgefundenen Erziehungsbeihülfen, substituirt worden sind, oder noch substituirt werden sollten.

§. 4. An der Collatur der zwölf Stiftsstellen nehmen beide Landesantheile insofern gleichen Antheil, als einem jeden sechs davon zufallen.

Beiden landständischen Corporationen bleibt die Verleihung von zehn Stellen alternando vorbehalten, so dafs eine jede derselben fünf davon zu vergeben berechtigt ist.

Der an die Stelle des Geheimen Consilii getretene Königl. Sächsische Geheime Rath vergiebt, wie vordem, die fünfte Stelle.

Die sechste Stelle aber geht von dem vormaligen Amtshauptmann in Görlitz auf den Vorsitzenden der dasigen Landstände, jedoch mit der Einschränkung über, dafs derselbe, den Statuten gemäfs, zu Stifts-

wahlen vollständig qualificirt seyn müsse, entgegen- 1828
gesetzten Falles die Verleihung dieser Stelle den zu Stiftswahlen berechtigten Preufsischen Landständen, ohne Concurrenz der Sächsisch-oberlausitzischen Landstände, und ohne dafs die bei den andern zehn Stellen eintretende Reihefolge hierbei berücksichtiget werden kann, anheim fällt.

§. 5. Wenn künftig, nach Vorschrift der Statuten, sechs Beneficiatenstellen errichtet werden sollten, so haben die Landstände der Sächsischen Oberlausitz hiervon drei, und die Landstände der Preufsischen Oberlausitz ebenfalls drei Stellen zu vergeben.

§. 6. Die Pensionsbestimmungen verbleiben dem Beschlusse beider Landestheile, auf gutachtlichen Bericht der landständischen Administrationsbehörde, vorbehalten.

§. 7. Die Landstände jedes Theils haben ganz in der bisherigen Mafse, und wie solches früher von den Landständen Budissinischen und Görlitzischen Kreises geschehen ist, vier Stiftsstipendien zu vergeben.

§. 8. Die Wahl des Stiftsverwesers und der Stiftshofmeisterinn erfolgt von den Mitgliedern des engern und weitern Ausschusses beider Landestheile gemeinschaftlich, und zwar in dem Stiftshause zu Joachimstein.

Es wird zum Behuf dieser Wahlen eine gleiche Anzahl hierzu qualificirter Mitglieder, sowohl in dem engern, als in dem weitern Ausschusse für beide Landestheile bestimmt.

Ist diese Anzahl in dem einem Landestheile geringer, als in dem andern, so werden die zur Gleichstellung fehlenden Personen für den engern Ausschufs aus den Mitgliedern des weitern Ausschusses, und für den weitern Ausschufs aus der hierzu berufenen Ritterschaft ergänzt.

Die Wahl erfolgt übrigens auf die in den Statuten vorgeschriebene Weise.

§. 9. Die erfolgte Wahl sowohl der Stiftsfräulein, als des Stiftsverwesers und der Stiftshofmeisterinn wird der Königl. Ober-Amts-Regierung zu Budissin angezeigt, welche, hinsichtlich der Stiftsfräulein und des Stiftsverwesers, das erforderliche Wahldecret ertheilt, über die Wahl einer neuen Stiftshofmeisterinn aber Bericht zum Königl. Sächsischen Geheimen Rathe erstattet.

1828 Auch bewendet es bei den in den Statuten Cap. III. §. 1. enthaltenen Bestimmungen in der Maſse, daſs, im Fall die gewählte Person von dem Königl. Sächsischen Geheimen Rathe nicht annehmlich gefunden werden sollte, die beiderseitigen Ausschuſsstände drei andere, zu einer Stiftshofmeisterinn geeignete Personen Demselben in Vorschlag zu bringen haben.

Die jedesmalige Wahl eines Stiftsverwesers ist, ehe sie der Königl. Sächsischen Behörde zur Bestätigung angezeigt wird, von den Ständen der Preuſsischen Oberlausitz, die ihre Stimmen nur sub spe rati ertheilen, ihrer Regierung zu melden, so daſs die etwa bei letzterer eintretenden Bedenken von den Ständen zu beseitigen sind, und erst nach erfolgtem Einverständniſs die Wahl als definitiv vollzogen anzusehen und zur Königl. Sächsischen landesherrlichen Bestätigung zu bringen ist.

§. 10. Was nun die landständische Administration des Stifts Joachimstein anlangt, so wird die oberste Instanz des Stifts in dieser Hinsicht, welche früher die gesammten Landstände des Markgrafthums Oberlausitz bildeten, durch eine gröſsere landständische Deputation aus acht Mitgliedern organisirt, wovon jeder Landestheil aus seinem Mittel vier Deputirte wählt.

Die Landstände jedes Landestheils ernennen zugleich einen von den von ihnen zu wählenden Deputirten als Vorsitzenden.

Von den Mitgliedern dieser Deputation scheiden aller drei Jahre vier, mithin zwei aus jedem Landestheile, aus; es können dieselben jedoch sofort wieder gewählt werden.

Diese Deputirten, so wie die Mitglieder der übrigen landständischen Administrationsbehörden, müssen aus dem Gremio derjenigen Landstände genommen werden, welche die Administration der Stiftung gemeinschaftlich zu besorgen haben.

Im Uebrigen ist bei der Wahl dieser Deputirten auf Landes- oder ständische Aemter keine Rücksicht zu nehmen. Es bleiben jedoch diejenigen qualificirten landständischen Mitglieder, welche dergleichen Aemter bekleiden, von der Wählbarkeit nicht ausgeschlossen.

§. 11. Diese gröſsere Deputation tritt zugleich an die Stelle der vormaligen, durch den Amtshauptmann

und die beiden Landesältesten des Fürstenthums Görlitz constituirt gewesenen Behörde. 1828

Dagegen wird die vormals aus den beiden Landesältesten des Fürstenthums Görlitz zusammengesetzt gewesene Behörde durch einen Landesältesten aus jedem Landestheile gebildet.

§. 12. Die Revision der Rechnungen und die, nach den Statuten, damit verbundenen Geschäfte besorgt eine landständische Deputation aus *drei* Mitgliedern, wovon eins aus jedem Landestheile, das dritte aber abwechselnd gewählt wird.

Wie nun diese Deputation an die Stelle des vormaligen Waisenamtes zu Görlitz tritt; so hat sie, nach den Stiftsstatuten Cap. IV. §. 41 und 42, die ihr übergebenen Rechnungen und Extracte, mit Zuziehung des dabei angestellten Expedienten, des födersamsten zu Joachimstein zu examiniren, mit der aus beiden Theilen zusammengesetzten Behörde der Landesältesten in bedenklichen Fällen zu communiciren, die Getreidevorräthe, die Felder, Holzungen, Gebäude und Inventarien bei den Gütern nachzusehen, sodann diejenigen Defecte, welche vorgefunden, aber nicht erlediget worden, zur Kenntnifs der obersten Instanz, der gröfseren Deputation, zu bringen, und über Alles, was zu bemerken gewesen, an solche Relation zu erstatten.

Damit die Revision der Rechnungen desto gründlicher erfolge, sind letztere, vor der eigentlichen Prüfung, unter den Mitgliedern der Deputation in Circulation zu setzen, auch von dem Expedienten in calculo zu revidiren, und es erfolgen erst nach dessen Beendigung die wegen der förmlichen Revision erforderlichen Sitzungen im Stiftshause Joachimstein. Die Deputationsglieder haben jedoch blofs während diesen Sitzungen Diäten zu erhalten.

Da im Uebrigen von dem für die Revision der Stiftsrechnungen, anstatt der Diäten, bisher ausgesetzten Aversional-Quanto von dreihundert Thalern, dem Stiftsverweser sechzig Thaler, und dem Waisen-Amts-Adjuncte ebenfalls sechzig Thaler zukamen, so ist man dahin übereingekommen, dem Stiftsverweser von Ferentheil Gruppenberg, und dem Land-Kreis-Syndicus Schubert, so lange sie ihre gegenwärtigen Aemter wirklich bekleiden, dieses Emolu-

1828 ment ungekürzt zu lassen, wogegen sie auf die bei ihren Nachfolgern an die Stelle jenes Fixi tretenden gewöhnlichen Liefergelder keinen Anspruch zu machen haben.

Endlich hat man sich vereiniget, dafs zuerst zwei Mitglieder der Rechnungs-Revisions-Deputation vom Preufsischen Landestheile gewählt werden, dagegen der nach §. 13. zu adhibirende Expedient zuerst von Sächsischer Seite bestimmt wird.

§. 13. Die gröfsere landständische Deputation und die Rechnungs-Revisions-Deputation haben, zur Protocollführung und zur Ausfertigung auf die gefafsten Beschlüsse, einen gemeinschaftlichen Expedienten, welcher abwechselnd von einer Hauptrevision bis zur andern, mithin von fünf zu fünf Jahren, von den Landständen der Königl. Sächsischen Oberlausitz und den Landständen der Königl. Preufsischen Oberlausitz gewählt wird.

Dieser Expedient kann auch von der aus den zwei Landesältesten bestehenden Behörde in solchen Fällen zugezogen werden, wo dieselbe eine gemeinschaftliche Expedition vornimmt.

§. 14. Der Stiftsverweser und die Stiftshofmeisterinn haben in allen den Fällen, wo sie, nach ihrer Instruction, an die Landesältesten Görlitzischen Kreises gewiesen sind, ihre Anzeigen an die aus einem Landesältesten von jedem Landestheile gebildete Behörde zu erstatten und treten nunmehr zu der grösseren Deputation in dasselbe Verhältnifs, in welchem sie vormals zu der aus dem Amtshauptmanne und den Landesältesten des Fürstenthums Görlitz zusammengesetzt gewesenen Behörde, oder zu den gesammten Landständen des Markgrafthums Oberlausitz standen. Es wird demnach auch der Stiftsverweser von dieser Deputation quittirt.

§. 15. Die aus den Landesältesten beider Landestheile gebildete erste Administrationsinstanz hat an die gröfsere landständische Deputation, als obere Instanz, das Resultat ihrer Berathungen und den Erfolg ihrer Aufträge zu berichten, so wie ihr auch obliegt, in wichtigen und bedenklichen Fällen, oder, wenn die zwei Landesältesten sich in ihren Ansichten nicht zu vereinigen vermögen, an dieselbe zu recurriren.

§. 16. Zu dem Ressort der gröfseren Deputation gehören alle diejenigen Functionen und Geschäfte, welche, vermöge der Stiftungsurkunde und der Statuten, den Landständen der gesammten Oberlausitz zugewiesen waren, ingleichen die Verrichtungen der vormals durch den Amtshauptmann und die Landesältesten des Fürstenthums Görlitz constituirt gewesenen Behörde.

Ihre Instruction erhält diese Deputation von ihren Committenten, nach den Landesabtheilungen, wohin sie auch in besonders wichtigen und zweifelhaften Fällen zu recurriren und jedesmal vor den Landtägen resp. Elisabeth und Trium Regum Relation zu erstatten hat.

In Fällen, wo eine Vereinigung der Deputationsmitglieder nicht zu Stande kommt, hat die Deputation den Recurs an ihre Committenten zu nehmen, welche die Differenz entweder durch schriftliche Communication unter sich beilegen, oder zur Entscheidung der allerhöchsten Behörde bringen.

Für die in Angelegenheiten des Stifts, auf Vortrag der gröfseren Deputation, oder sonst zu veranstaltenden Berathungen gesammter Landstände beider Landestheile, oder der Directorial-Deputation, werden im Uebrigen, mit alleiniger Ausnahme der Wahlen des Stiftsverwesers und der Stiftshofmeisterinn, keine Liefergelder aus der Stiftscasse bezahlt, da diese Geschäfte während der Landtage oder sonstigen Zusammenkünfte mit zu besorgen sind.

§. 17. Im Allgemeinen steht sowohl bei der grösseren und allen übrigen landständischen Deputationen, als auch in Ansehung der beiderseitigen landständischen Corporationen selbst, der Grundsatz fest, dafs zur Gültigkeit eines Beschlusses die Theilnahme und Zustimmung beider Theile erforderlich sei.

Beschlüsse, welche die gröfsere Deputation in dieser Mafse gefafst hat, haben völlige Gültigkeit, insofern sie nicht Gegenstände betreffen, welche, nach der Fundationsurkunde und den Statuten, der landesherrlichen Bestätigung bedürfen.

Zu Beschlüssen dieser Art ist zuvörderst die Genehmigung der beiderseitigen landständischen Corporationen erforderlich und sodann erst die Sanction der höchsten Behörde nachzusuchen.

1828 Diese Sanction ertheilt in allen das Stift angehenden Angelegenheiten die Königl. Sächsische Regierung.

Uebrigens versteht es sich von selbst, dafs, wenn die Beschlüsse solche Einrichtungen auf den Stiftsgütern betreffen, welche, nach den Landesgesetzen, nur nach erlangter landesherrlicher Einwilligung vorgenommen werden können, solche bei der betreffenden Behörde nachzusuchen ist.

Wenn die von den Deputationen oder den Ständen selbst gefafsten Beschlüsse solche Verhältnisse zu den Stiftsgütern zum Gegenstande haben, deren Ausführung, nach den Preufsischen Gesetzen und Verordnungen, bei jedem Vasallen, oder sonstigem Besitzer unbeweglicher Güter eine höhere Genehmigung erforderlich macht, so mufs die Genehmigung hierzu zuvörderst bei der geeigneten Behörde nachgesucht und deren Bestimmung abgewartet werden. Sollte indefs diese Genehmigung verweigert werden, so sind die defsfallsigen Gründe den Sächsischen Ständen mitzutheilen, um sie in den Stand zu setzen, diejenigen Vorstellungen dagegen zu machen, welche etwa für nöthig und angemessen zu erachten sein möchten.

§. 18. Zu der, nach Cap. I. §. 19. der Statuten, von fünf zu fünf Jahren vorzunehmenden Stiftsvisitation wird von den hierzu geeigneten Landständen jeden Landestheils ein Deputirter aus ihrem Mittel gewählt, und es haben diese Deputirten über den Erfolg ihrer Verrichtungen gemeinschaftlichen Vortrag an die gröfsere landständische Deputation zu erstatten.

Dafs dieselben zugleich Mitglieder der gröfseren Deputation sind, ist nicht erforderlich.

Im Uebrigen wird bei der Stifts-Haupt-Revision, von jedem der hierzu ernannten Deputirten, ein besonderer Expedient adhibirt, wovon der aus dem Sächsischen Landestheile in allen das Stift selbst und die Sächsischen Besitzungen desselben, der aus dem Preufsischen Landestheile aber in allen die Preufsischen Stiftsgüter angehenden Angelegenheiten, das Protocoll führt.

§. 19. Ereignen sich Umstände, welche eine schleunige örtliche Untersuchung erheischen, so geschieht dem Vorsitzenden des Landestheils, welcher, je nachdem es die Stiftung oder die Stiftsgüter betrifft, zunächst dabei interessirt ist, Anzeige.

1828

Dieser hat sofort mit dem jenseitigen Vorsitzenden zu communiciren und in dringenden Fällen, welche keinen Aufschub leiden, den Tag zu einer aufserordentlichen Zusammenkunft in Vorschlag zu bringen, wobei, nach gemeinschaftlichem Beschlusse, die Absendung zweier Deputirten, oder sonst zu ertheilende Resolution erfolgt.

§. 20. Der Ort, wo sich sämmtliche landständische Deputationen zu versammeln haben, ist das Stiftshaus zu Joachimstein.

Die Deputirten, welche die untere und obere Instanz für die Administration des Stifts bilden, sowohl, als die Ausschufsstände, wenn Erstere in denen ihnen übertragenen Geschäften, Letztere aber zu den Wahlen des Stiftsverwesers oder der Stiftshofmeisterinn im Stifte zusammen kommen, haben, gegen Empfang der Stiftsliefergelder, sich selbst zu beköstigen und für ihr Fortkommen, so wie für den Unterhalt ihrer Dienerschaft und Pferde, auf eigene Kosten zu sorgen.

§. 21. Das Directorium actorum bei allen Verhandlungen der gröfseren und kleineren landständischen Deputationen, mithin auch bei der Rechnungs- und der von fünf zu fünf Jahren zu haltenden Haupt-Stifts-Revision, ingleichen bei allen in dem Stiftshause und auf den Stiftsgütern vorkommenden öffentlichen Handlungen, namentlich bei Einführung der Stiftshofmeisterinn, kommt

a. dem Sächsischen Theile zu, wenn der Gegenstand die Stiftung im Allgemeinen, oder das Stiftshaus und die unter Königl. Sächsischer Landeshoheit gelegenen Grundbesitzungen betrifft;

b. dem Preufsischen Theile hingegen, wenn der Gegenstand ausschliefslich die unter Königl. Preufsischer Landeshoheit gelegenen Stiftsgüter angeht.

Bei Berathungen, wobei sowohl über die Stiftung im Allgemeinen, als über die besonderen Angelegenheiten der Stiftsgüter verhandelt wird, bezieht sich der Wechsel des Directorii blofs auf den Vortrag des Vorsitzenden von beiden Seiten.

Das Protocoll kann nichts desto weniger von dem Expedienten, welcher zu den Verhandlungen zugezogen wird, er sei aus dem Sächsischen oder Preufsischen Landestheile, fortgeführt werden, und wird

1828 solches doppelt ausgefertiget, damit jeder Landestheil ein Originalexemplar desselben erhalten könne.

§. 22. Sobald die Stelle der Stiftshofmeisterin oder des Stiftsverwesers zur Erledigung gelangt, wird sofort an den, nach Cap. III. §. 27. und Cap. IV. §. 37. der Statuten, von Beiden unter gemeinschaftlichem Verschlusse gehaltenen Kasten, worin sich die Documente des Stifts befinden, ein drittes Schloſs angelegt, dessen Schlüssel dem Preuſsischen Landesältesten, so wie der Schlüssel des abgegangenen oder verstorbenen Beamten dem vorsitzenden Sächsischen Landesältesten unverzüglich einzuhändigen ist.

Bei eintretender Erledigung der Stelle des Stiftsverwesers werden dessen Geschäfte während der Vacanz, insoweit sie die Stiftung im Allgemeinen und die Sächsischen Besitzungen angehen, von dem vorsitzenden Sächsischen, hinsichtlich der Preuſsischen Stiftsgüter aber von dem Preuſsischen Landesältesten besorgt.

§. 23. Der Stiftsverweser vertritt in der Cap. IV. §. 23. der Stiftsstatuten geordneten Maſse die Stelle eines Gerichtsprincipals auf sämmtlichen, zur Stiftung gehörigen Gütern und hat zur Verwaltung der Justiz in jedem Landestheile einen hierzu nach den Landesgesetzen qualificirten Justitiar, unter Zustimmung der geordneten landständischen Stifts-Administrations-Behörde oberster Instanz, zu bestellen.

§. 24. Die Besetzung der Pfarrstelle zu Radmeritz wird in dem Falle, wenn eine Vereinigung deshalb zwischen der Stiftshofmeisterinn und dem Stiftsverweser nicht Statt finden sollte, als welche sich, nach den Statuten Cap. IV. §. 24., hierüber zu verständigen haben, zuerst der Entscheidung der ersten landständischen Administrationsinstanz, und dafern auch hier Differenz entstehen sollte, der gröſseren landständischen Deputation vorbehalten.

§. 25. Das Prälationsrecht wird den Stiftscapitalen, insoweit es geschehen kann, in beiden Landestheilen reservirt.

Ist solches wegen der Hypothekeneinrichtung im Königl. Preuſsischen Landestheile nicht möglich, so werden diejenigen Capitalien daselbst, welche nicht

mit pupillarischer Sicherheit ausgethan sind, eingezogen und mit Berücksichtigung der Gleichstellung der beiderseitigen Landestheile, hinsichtlich der gesammten Fonds, anderweit mit pupillarischer Sicherheit ausgeliehen. 1828

Urkundlich ist diese Convention von den Königl. Commissarien und den landständischen Deputirten beider Landestheile des Markgrafthums Oberlausitz, auf genaues Durchlesen, eigenhändig unterschrieben und besiegelt worden.

So geschehen zu Budissin, am 2ten Juni 1828.

Friedr. August Adolph von Gerssdorf, *auf Döbschke, Königl. Sächsischer allerhöchst verordneter Commissar zu Auseinandersetzung der Angelegenheiten des welt-adeligen Fräuleinstifts Joachimstein bei Radmeritz, Ober-Amts-Regierungs-Präsident und Ritter des Civil-Verdienst-Ordens.*

Ernst Gustav v. Gerssdorf.

Ernst Karl Gottlob von Rex.

Carl Wilhelm Otto August von Schindel, *auf Schönbrunn, Zwekka, Cundorf, Königl. Preufsischer allerhöchst verordneter Commissar zu Auseinandersetzung der Angelegenheiten des welt-adeligen Fräuleinstifts Joachimstein, und Landesältester des Königl. Preufsischen Markgrafthums Oberlausitz.*

Wolf Ludw. von Gerssdorf.

Hans Ernst von Haugwitz.

(Cette convention a été ratifiée par la Prusse le 13 Septembre 1828 et par la Saxe royale le 27 Septembre de la même année).

127.

1828 ***Déclaration échangée entre les gouvernemens des Pays-Bas et de Prusse, par rapport à la prolongation de la convention de cartel, conclue entre les dits gouvernemens le 11 Juin 1818 pour le terme de six années; du*** $\frac{5 \text{ Juillet}}{10 \text{ Juin}}$ **1828.**

(*Journal officiel du royaume des Pays-Bas* 1828. Nr. 47. p. 6).

Les gouvernemens des Pays-Bas et de Prusse, étant convenus de prolonger, sauf quelques articles, auxquels l'on apportera des modifications, la convention de Cartel qu'ils ont conclue le 11 juin 1818, je soussigné déclare au nom de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, que cette convention est censée prolongée pour six années à dater du 1er janvier de l'année présente, et que ces dispositions sont maintenues à la réserve de celles, contenues aux articles 2 et 3 de la dite convention, la teneur desquels sera dorénavant la suivante.

Art. II. Seront réputés déserteurs non seulement les militaires de toute arme et de tout grade, qui quitteront leurs drapeaux, mais encore les réfractaires, c'est-à-dire les individus, qui, appelés ou dans le cas d'être appelés au service actif de la Landwehr, de la Milice nationale, ou de toute autre branche militaire quelconque, ne se rendraient pas à l'appel, ou chercheraient à s'y soustraire en se réfugiant sur le territoire de l'autre des hautes parties contractantes.

Art. III. Sont exceptés de la restitution ou de l'extradition, qui pourra être demandée en vertu des présentes:

a. Les individus nés sur le territoire de l'Etat, dans lequel ils auront cherché un asile, et qui n'ayant point acquis de domicile fixe dans l'autre Etat, d'après

les lois et réglemens réciproquement en vigueur, ne feraient, en désertant que rentrer dans leur pays natal. 1828

b. Les individus, qui, bien que nés dans l'Etat qu'ils quittent, auraient établi leur domicile dans celui, où ils se sont retirés, selon les lois et réglemens, qui à cet égard y sont en vigueur.

c. Les individus, qui, soit avant, soit après leur désertion se sont rendus coupables d'un crime ou délit quelconque, à raison duquel il y a lieu de les traduire en justice devant les tribunaux du pays, où ils résident.

Néanmoins en ce cas l'extradition aura lieu après que le déserteur aura été acquitté, ou aura subi sa peine.

Les engagemens civils, qu'un déserteur pourrait avoir contractés dans l'Etat de l'autre souverain, ne pourront dans aucun cas motiver le refus de son extradition.

En foi de quoi la présente déclaration, qui sera échangée contre un acte correspondant du Gouvernement prussien a été signée par moi, Ministre des affaires étrangères de Sa Majesté le roi des Pays-Bas, et muni du sceau de l'Etat.

Fait à La Haye le 5 juillet 1828.

(*Signé*) VERSTOLK DE SOELEN.

Le Ministre des affaires étrangères certifie que la déclaration précitée a été échangée contre une déclaration de la même teneur, délivrée par le Ministère d'Etat de S. M. le roi de Prusse, le 10 juin 1828.

VERSTOLK DE SOELEN.

128.

Traité de paix entre la république de Bolivia et la république de Pérou, signé à Piquisa le 6 Juillet 1828.

(*The Times* 1828. Decbr. 4. Nr. 13, 767.)

In the town of Piquisa, on the 6th day of July 1828, the commissioners met for the purpose of making a

1828 preliminary treaty of peace between his Excellency José Maria Perez de Urdininea, General-in-chief of the Bolivian army and intrusted with the command of the republic, and Don Agustin Gamarra, General of division of the armies of Peru and General-in-chief of that of the South,-viz., on behalf of the first named Messrs Miguel Maria Aguirre, Minister of finance, José Miguel Velasco, Prefect-General of the department of Chuquisaca, and Dr. Miguel del Carpio as secretary; and on behalf of the last named Don Juan Agustin Lira, first aide-de-camp of the staff, lieutenant-colonel and aide-de-camp Don Juan Bautista Arguedas and captain Don José Maria Lopez, as secretary, reciprocally exchanged their respective powers, and it appearing from them that they were properly authorized to compile the articles to serve as a basis for the present negociation, they entered into a serious and deliberate conference upon the interests of the two republics, and the motives that had caused the march of the Peruvian army upon the territory of Bolivia; and mutually desirous of establishing a solid and lasting peace, of strengthening the relations of both states by the bonds of a sincere friendship and of removing the causes which have led to the hostile demonstrations, that have taken place on both sides, mutually agreed to the following articles: —

Art. I. In the space of 15 days from the ratification of these treaties by the Generals in-chief of the belligerent armies, all Colombians and other foreigners in the army of Bolivia shall begin to evacuate the territory of the Bolivian republic.

Art. II. From the foregoing article are excepted all subalterns, from captains inclusive downwards, who will be suffered to remain in the republic provided they leave the army, until a president be appointed, who may, if he please, recall them to the service.

Art. III. The Generals, chiefs and officers, who agreeably to Article I, are to leave the territory of Bolivia, may return to the said republic as soon as the national assembly is installed, and during their absence they shall receive half-pay from the funds

of the said republic, until the President appointed 1828 shall determine whether they are to continue in the service and receive their pay. Those mentioned in Article II. shall also receive half-pay under the same conditions as stipulated in this Article.

Art. IV. The squadrons of grenadiers and hussars of Columbia, now in this said republic, shall commence their march for their own country by the route which, as far as Arica the General-in-chief of the Peruvian army may point ont for them, and the said General shall also undertake to provide the necessary shipping for their transport, and the General-in-chief of the Bolivian army shall undertake to indemnify the Peruvian republic for the expenses thereof.

Art. V. The day following the ratification of these treaties the General-in-chief of the Bolivian army shall issue a decree, to assemble on the 1st of August next, the constituent congress, not now sitting, and which shall meet in the city of Chuquisaca, to consider, firstly, the propriety of receiving the message and admitting the proffered resignation of the Grand Marshall of Ayacucho, Antonio José de Sucre; secondly, of nominating a provisional government; and thirdly, of immediately convoking with all possible despatch a national assembly, which shall revise, modify, or declare efficient the existing constitution.

Art. VI. This national assembly shall, in preference to all other matters, occupy itself in electing and appointing a person to exercise the functions of President of the state, and in fixing the day on which the Peruvian army shall begin to evacuate the territory of the republic.

Art. VII. The Peruvian army shall occupy the department of Potosi till the day of the meeting of the Constituent Congress, on which it shall commence its march for la Paz and Oruro, through the department of Cochabamba and on its march, shall be provided with the necessary provisions.

Art. VIII. The National Assembly, after fulfilling the objects specified in Art. VI. shall suspend its

1828 sessions, and re-commence them as soon as the Peruvian army shall have re-passed the Desaguadero.

Art. IX. The Bolivian army shall occupy the departments of Chuquisaca, Cochabamba, Santa Cruz, Tarija, and Potosi, on the day following that on which they are evacuated by the army of Peru. The revenues received therein during the stay of the Peruvian army, and likewise those of the Oruro and la Paz shall, after deducting the pay of the said army, be ceded to the former.

Art X. The supreme Government of both republics shall settle the charges to be demanded on both sides from the time the Peruvian army passed the Desaguadero.

Art. XI. The republics of Peru and Bolivia shall strengthen their relations by diplomatic agents as soon as the army has evacuated the Bolivian territory.

Art. XII. The republics of Peru and Bolivia shall not be able to form friendly ralations with the empire of the Brazils, until the said empire has made peace with the Argentine republic.

Art. XIII. All persons belonging to either republic and enrolled in the opposite army, shall be immediately delivered up, provided the Bolivians remain in their own country and the Peruvians return to theirs, this being left to their own choice. The Colombian soldiers in both armies are included and neither party shall be able to claim deserters.

Art. XIV. No Bolivian shall be molested directly or indirectly on account of the way he may have voted under the present circumstances; but such persons shall be preferred according to their abilities and the services they have performed.

Art. XV. The contracting parties shall be responsible for any act of hostility committed by either army after the ratification of these treaties.

Art. XVI. Two chiefs shall be given as hostages for the fulfilment of these treaties, and the same shall be chosen by the contracting Generals.

Art. XVII. These treaties shall be ratified or rejected in the space of 24 hours; and, in case of

their disapproval or non-ratification, hostilities shall 1828 recommence in 12 hours.

In these terms the present stipulation was agreed to and concluded at eight o'clock p. M. of the day, Month and Year first above-written, and two copies thereof were signed by the aforesaid commissioners, as we, the undersigned secretaries do hereby certify.

MIGUEL MARIA DE AGUIRRE, *General.*
MIGUEL DEL CARPIO, *Secretary.*
JUAN BAUTISTA ARGUEDAS.
JOSE MARIA LOPEZ, *Secretary.*

Lieutenant-Colonels Don Juan Agustin Lira and Don Juan Bautista Arguedas, accompanied by Captain Don Jose Maria Lopez, having presented themselves on the 7the day of July, 1828, at the head-quarters at Ciporo, before Don Agustin Gamarra, General-in-chief of the Peruvian army, to render account of the commission intrusted to their care, by which they were instructed to meet the Bolivian legation, for the purpose of agreeing upon a treaty of peace between the two now belligerent armies, and delivered to him the treaties entered into by the aforesaid commissioners, and signed by the contracting parties at eight o'clock p. M. of yesterday, the said General Gamarra declared that he signed, approved and ratified in the most solemn manner, every thing stipulated by the aforesaid commissioners, with this sole exception — viz., "That the hostages to be given for the fulfilment of this capitulation shall be appointed by their respective Generals, and not chosen by either party;" and with this sole and trifling modification, which will not, it is considered, affect in any way the substance of the other articles agreed upon, his Excellency promises to observe, keep and religiously fulfil all that is stipulated in the said treaties; and further promises, in the name of his Government, and by virtue of the authority granted to him for that purpose, that these treaties of peace and friendship between the republics of Peru and Bolivia shall be caused to be kept, fulfilled and executed by the national arms, conformable to the custom of war. In witness

1828 whereof the said General Gamarra agreed to and signed the same at nine o'clock a. M. of the above written day, month and year, as I, the undersigned secretary of war, do hereby certify.

AGUSTIN GAMARRA.

By order of His Excellency, Dr. Jose Maria de la Cuba, this a true copy.

129.

Déclaration du ministère Prussien du 13 Juillet 1828 concernant un arrangement avec la ville libre de Hambourg pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon.

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten 1828. Nr. 14. pag. 91).

Das Königlich-Preufsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hierdurch, in Gemäfsheit der von Seiner Königlichen Majestät ihm ertheilten Ermächtigung:

nachdem von dem Senate der freien Hansestadt Hamburg die Zusicherung ertheilt worden ist, dafs vorläufig, und bis es in Gemäfsheit des Artikels 18 der Deutschen Bundesakte zu einem gemeinsamen Beschlusse zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger wider den Bücher-Nachdruck kommen wird, eine besondere Verordnung, durch welche der Bücher-Nachdruck und dessen Verbreitung bei Strafe der Konfiskation und einer nahmhaften Geldbufse in der Stadt Hamburg gänzlich verboten wird, erlassen worden, und diese Verordnung in ganz gleichen Maafse auf die Verlagsartikel der Schriftsteller und Verleger in den Königlich-Preufsischen Staaten Anwendung finden soll;

dafs das Verbot wider den Nachdruck, so wie solches bereits im ganzen Bereiche der Preufsischen Monarchie, zum Schutze der *inländischen* Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen, besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger in der freien Hansestadt Hamburg ganz gleiche Anwendung finden, mithin jeder durch Bücher-Nachdruck oder dessen Verbreitung gegen letztere begangene Frevel, nach denselben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden solle, als handele es sich von beeinträchtigten Schriftstelleren und Verlegern in der Preufsischen Monarchie selbst. 1828

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende von dem Senate der freien Hansestadt Hamburg vollzogene Erklärung ausgewechselt worden sein wird, durch öffentliche Bekanntmachung in den diesseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 13ten Juli 1828.

Königl. Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Schönberg.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem solche gegen eine übereinstimmende und nur mit besonderer Rücksicht auf eine mittlerweile publizirte Verordnung wider den Nachdruck vom 4ten Juli d. J. von dem Senate der freien Stadt Hamburg unterm 25sten Juli 1828 ausgefertigte Erklärung ausgewechselt worden ist, unter Beziehung auf die Allerhöchste Kabinetsorder vom 16ten August 1827 (Gesetzsammlung pro 1827. Nr. 17. S. 123) hierdurch zur öffentlichen Kenntnifs gebracht.

Berlin, den 9ten August 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Schönberg.

130.

1828 Traité entre l'Autriche et la confédération Suisse concernant l'extradition réciproque des criminels, signé à Zürich le 14 Juillet 1828.

(Offizielle Sammlung der das Schweizerische Staatsrecht betreffenden Aktenstücke. Bd. 2. Heft 4. 1828. pag. 158 sqq.).

Wir Bürgermeister und Staatsrath des Standes Zürich, als wirklicher Vorort der Schweizerischen Eidgenossenschaft, —

Nachdem zwischen den Bevollmächtigten Seiner Kaiserlich - Königlichen Apostolischen Majestät und der Kantone der Schweizerischen Eidgenossenschaft, ein Vertrag über die gegenseitige Auslieferung der Verbrecher zu Bern im November 1827 unterhandelt, und zu Zürich den 14. Julius 1828 von dem Bevollmächtigten Sr. K. K. Majestät; und Namens der Bevollmächtigten der Schweizerischen Kantone, durch die Herren Schultheifs von Rüttimann und Geheimen Rath von Steiger, unter Vorbehalt der unmittelbaren Genehmigung Seiner K. K. Apostolischen Majestät und der Eidgenössischen Kantone

Wir Franz der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich; König von Jerusalem, Hungarn, Böheim, der Lombardey und Venedig, von Dalmatien, Croatien, Slavonien, Galizien und Lodomerien; Erzherzog von Oesterreich; Herzog von Lothringen, Salzburg, Steier, Kärnthen, Krain, Ober- und Niederschlesien; Grofsfürst in Siebenbürgen, Markgraf in Mähren; gefürsteter Graf von Habsburg und Tyrol u. s. w.

thun kund und bekennen hiemit:

Nachdem von Unserm aufserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei der Achtbaren Schweizerischen Eidgenossenschaft und den von Dieser hiezu ernannten Bevollmächtigten am 14. July des laufenden Jahres zu Zürich ein Vertrag un-

abgeschlossen und unterzeichnet worden ist; —

Und nachdem, in Folge der von dem Eidgenössischen Vororte, der Bundesverfassung der Schweiz gemäfs, den Kantonen gemachten Mittheilung, diejenigen, welche schon dermalen den Vertrag genehmigen, ihre Erklärung in das Protokoll der Eidgenössischen Tagsatzung niedergelegt haben, — so bezeugen und beurkunden Wir — in Gemäfsheit und in Kraft dieser Standeserklärungen:

Es sey der am 14. Julius 1828 von den respektiven Bevollmächtigten unterzeichnete, von Wort zu Wort folgendermafsen lautende Vertrag:

terzeichnet worden ist, um zwischen Unsern Staaten und den Kantonen der Eidgenossenschaft eine wechselseitige Auslieferung der Verbrecher festzusetzen, welcher Vertrag also lautet:

"Nachdem Seine Kaiserlich-Königlich-Apostolische Majestät und die Kantone der Hochlöblichen Schweizerischen Eidgenossenschaft sich entschlossen haben, zu Befestigung des freundnachbarlichen Vernehmens und gröfserer Sicherheit beiderseitiger Staaten, über die wechselseitige Auslieferung der Verbrecher einen Vertrag zu Stande zu bringen; so haben die Bevollmächtigten beider Regierungen, nämlich von Seiten Seiner obgedachten Kaiserlich-Königlich-Apostolischen Majestät, Allerhöchstdero wirklicher Geheimer Rath, Aufserordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Inhaber des silbernen Civilehrenkreuzes, Grofskreuz mehrerer hohen Orden, Franz Freiherr von Binder-Kriegelstein, und von Seiten der Hochlöblichen Schweizerischen Eidgenossenschaft, Herr Vincenz von Rüttimann, Altlandammann der Schweiz, Schultheifs der Stadt und Republik Luzern, Kommandeur der Königlich-Französischen Ehrenlegion; Herr Franz von Meyenburg, Bürgermeister des Standes

1828 Schaffhausen, nnd Herr Albrecht Gottlieb von Steiger, Mitglied des Kleinen und des Geheimen Raths der Stadt und Republik Bern, mit Vorbehalt der unmittelbaren Genehmigung Seiner Kaiserlich-Königlich-Apostolischen Majestät und der Eidgenössischen Kantone, über folgende Punkte sich vereinigt."

Art. I. "Die wechselseitige Auslieferung der Verbrecher, welche in dem gegenwärtigen Vertrage festgesetzt wird, soll nur schwerer Verbrechen wegen statt finden. Unter schweren Verbrechen werden verstanden: Hochverrath und Aufruhr; ein mit Vorsatz und Ueberlegung unternommener Mord; Giftmischung; vorsetzliche Brandstiftung; Diebstahl mit Einbruch oder Gewalt gegen die Person; Diebstahl auf öffentlichen Bleichen; Entführung von Pferden und Vieh von öffentlichen Weiden; Strafsenraub; Entwendung oder Veruntreuung öffentlicher Gelder; Verfälschung von Staatspapieren, die entweder als Münze gelten, oder als Schuldverschreibungen von einer öffentlichen Kasse ausgestellt werden; Verfälschung von Privatschuldscheinen und Wechseln; Falschmünzerei und betrügerische Bankerotte."

Art. II. "Oesterreichische Unterthanen, welche a. in den Oesterreichischen Staaten ein schweres Verbrechen, oder b. welche in der Schweiz ein auf die Oesterreichischen Staaten sich beziehendes Verbrechen des Hochverraths, des Aufruhrs, der Verfälschung der Staatskreditspapiere oder der Münzen begangen haben, und in der Schweiz betreten werden, sollen an Oesterreich ausgeliefert werden."

"Schweizerische Angehörige, welche a. in der Schweiz ein schweres Verbrechen, oder b. welche in in den Oesterreichischen Staaten ein auf die Eidgenossenschaft, oder auf die verschiedenen Kantone derselben sich beziehendes Verbrechen des Hochverraths, der Aufruhrs, der Verfälschung der Staatskreditspapiere oder der Münzen begangen haben, und in den Oesterreichischen Staaten betreten werden, sollen an die Schweiz ausgeliefert werden."

Art. III. "Oesterreichische Unterthanen, welche in der Schweiz was immer für ein Verbrechen begangen haben, und in den Oesterreichischen Staaten betreten werden, sind zur Untersuchung und Bestrafung an die Schweiz nicht auszuliefern."

"Schweizerische Angehörige, welche in den Oesterreichischen Staaten was immer für ein Verbrechen begangen haben, und in der Schweiz betreten werden, sind zur Untersuchung und Bestrafung an Oestereich nicht auszuliefern." 1828

"Die Beurtheilung geschieht jedesmal nach den Gesetzen des Landes, dessen Behörden sprechen."

Art. IV. "Wenn ein von einem der kontrahirenden Staaten reklamirter Verbrecher in dem Gebiete des andern Staats ein schwereres oder eben so schweres Verbrechen begangen hätte, so hat die Auslieferung in diesem Falle nur nach erfolgtem Urtheil und vollzogener Strafe zu geschehen."

Art. V. "Wäre es nothwendig, daſs zur Erhebung eines Verbrechens oder seiner Umstände, Oesterreichische Unterthanen oder Schweizerische Angehörige zur Ablegung eines Zeugnisses vernommen werden müſsten, so werden dieselben, auf vorläufige Ersuchungsschreiben, die Zeugnisse vor ihrem natürlichen Richter der Regel nach ablegen. Die persönliche Stellung der Zeugen kann auch in auſserordentlichen Fällen, wenn nämlich solche zur Anerkennung der Identität eines Verbrechers, oder der Sachen nothwendig ist, von der Regierungsbehörde begehrt, und insofern dadurch eine bloſse freiwillige Aussage des Zeugen beabsichtigt wird, kann diese mündliche Abhörung nicht verweigert werden. Sollten hingegen diese Verhöre weiter als auf eine freiwillige Aussage, oder gar auf eine Verflechtung des Zeugen mit dem Verbrecher zielen, so muſs diese Absicht in dem Ersuchschreiben ausgedrückt werden. Von dem natürlichen Richter des angerufenen Zeugen hängt es dann ab, ob die persönliche Stellung zu bewilligen, oder von ihm selbst gegen den Zeugen das Angemessene zu verfügen sei."

Art. VI. "Wenn ein Oesterreichischer Unterthan oder ein Schweizerischer Angehöriger innerhalb des Gebietes des Staates, zu welchem er gehört, in Untersuchung kommt, und eines schweren Verbrechens schuldig befunden wird, das er in dem Gebiete des andern kontrahierenden Staates begangen hat, so soll davon der betreffenden Behörde dieses Staates Kenntniſs gegeben, und insbesondere dasjenige, was

1828 zur Auffindung allfallsiger Mitschuldigen, die sich in dem letztern Staate befinden würden, oder für dessen Justizpflege von Wichtigkeit sein könnte, aus den Akten mitgetheilt werden."

Art. VII. "In den zur Auslieferung geeigneten Fällen ist hiefür weder das Geständnifs noch die Ueberweisung des Verbrechers nothwendig, sondern es ist genug, dafs von dem Staate, der die Auslieferung verlangt, der Beweis geleistet werde, dafs von einer hiezu kompetenten Behörde nach gesetzlicher Form und Vorschrift die Untersuchung wegen eines der im Art. I. benannten Verbrechen gegen das reklamirte Individuum erkannt worden sei, und die Beweise oder erheblichen Inzichten, auf welche sich diese Erkenntnifs gründet, mitgetheilt werden."

Art. VIII. "Die Auslieferung soll auf diplomatischem Wege angesucht, inzwischen aber die Verhaftung auch auf das Ansuchen der Untersuchungsbehörde oder der Ortsobrigkeit vorgenommen werden. Zu diesem Ende haben sich die Oesterreichischen Gerichte an die Kantonsregierungen und diese sich hinwieder unmittelbar an die Oesterreichischen Gerichte zu wenden. Die Vollziehung der Auslieferung wird aber erst dann statt finden, wenn die Identität des Angeschuldigten ausgemittelt und die im Art. VII. bestimmte Mittheilung gemacht sein wird."

Art. IX. "Bei der Auslieferung sind in der Regel

a. für die erste Verhaftung und Abführung aus dem Gefängnisse 2 Fl. C. M.

b. für jeden Bogen der Inquisitionsakte 10 Kr. C. M.

c. für Botengänge auf jede Meile 10 Kr. C. M.

d. für die Verpflegung des Beschuldigten täglich 10 Kr. C. M. nebst den bei seiner Ueberlieferung bis zum nächsten Grenzorte aufgelaufenen, und jedesmal gehörig zu bescheinigenden Kosten zu vergüten."

"Für alle übrigen Verrichtungen, als Kommissionen, Verhöre, oder was sie sonst für einen Namen haben mögen, findet keine Zahlung satt."

Art. X. "Sollten jedoch durch eingetretene Erkrankung des Verhafteten, die Verpflegungskosten desselben vermehrt werden, so soll auch eine verhältnifsmäfsige Erhöhung der Kostenvergütung statt finden."

1828

Art. XI. "Alle Gegenstände, die der Verbrecher in dem einen Lande durch das Verbrechen an sich gebracht hat, und die in dem andern Lande vorgefunden worden, sind unentgeldlich zurückzustellen. Die Uebergabe sowohl dieser, als diejenige des Verbrechers selbst, soll jedesmal an die nächste Gerichts- oder Polizeistelle des reklamirenden Staates geschehen."

Art. XII. "Sollten in der Folge einige Artikel des gegenwärtigen Vertrages einer Erläuterung bedürfen, so wird durch diplomatische Verhandlungen hierüber ein gütliches Uebereinkommen getroffen werden."

Art. XIII. "Denjenigen Eidgenössischen Ständen, welche dem gegenwärtigen Vertrage bis zum Zeitpunkt der Ratifikation nicht beigetreten sind, soll, auch nach geschehener Auswechslung derselben, der Beitritt zu jeder Zeit frei stehen."

Art. XIV. "Gegenwärtiger Vertrag soll spätestens binnen sechs Wochen ratifiziert werden, und nach förmlicher Auswechslung der Urkunden, als ein Staatsvertrag von beiden Seiten unter allen Verhältnissen während der nächsten fünf und zwanzig Jahre, vom Tage der Auswechslung an gerechnet, unwiderrufliche Gültigkeit erhalten, ohne jedoch früheren Verträgen des einen oder andern Staates mit einem dritten Staate Abbruch zu thun. Nach Ablauf des festgesetzten Termins kann dieser Vertrag, mit gegenseitigem Einverständnisse, erneuert werden."

"Zur Bestätigung desselben haben die beiderseitigen Bevollmächtigten ihn doppelt ausgefertigt, unterschrieben und ihr Siegel beigedrückt."

"So geschehen Zürich, den 14. Juli 1828."

"Aus Auftrag des Hohen Vororts, haben die Unterzeichneten zugleich für den abwesenden zweiten Bevollmächtigten Herrn Bürgermeister von Meyenburg mit unterschrieben":

Binder. Vincenz Rüttimann.
A. v. Steiger.

von den Eidgenössischen Ständen *Zürich*, *Bern*, Als haben Wir nach reifer Prüfung und Erwä-

1828 *Luzern, Ury, Schwyz, Unterwalden, Freyburg, Solothurn, Schaffhausen, St.Gallen, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis* und *Neuenburg* seinem ganzen Inhalte nach genehmiget und ratifiziert. Dabei versprechen Wir Namens der vorbenannten Kantone, daſs der ratifizierte Vertrag von ihnen getreu und gewissenhaft beobachtet werden soll.

Zu Beurkundung dessen, ist gegenwärtige Ratifikationserklärung mit den Unterschriften Unsers Amtsbürgermeisters, Präsidenten der Tagsatzung und des Vorortes, und des Eidgenössischen Kanzlers versehen und mit dem Staatssiegel der Schweizerischen Eidgenossenschaft verwahrt worden.

Zürich, den acht und zwanzigsten August des Jahres Ein tausend acht hundert acht und zwanzig.

Der Amtsbürgermeister des Standes Zürich, Präsident der Tagsatzung und des Vororts:
Reinhard.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:
Mousson.

gung besagtem Vertrag und allen seinen Bestimmungen Unsere Kaiserliche Genehmigung ertheilt, und genehmigen denselben hiemit, indem Wir auf Unser Kaiserliches Wort für Uns und Unsere Nachfolger versprechen, dessen genaue Beobachtung anzuordnen und stets darüber zu wachen, daſs solches geschehe.

Urkund dessen, haben Wir gegenwärtiges Ratifikationsinstrument eigenhändig unterschrieben und mit Unserm beigedrückten Kaiserlichen Siegel versehen lassen.

So geschehen in Unserer Kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien den vierten des Monats August im Jahre des Erlösers Eintausend Achthundert Acht und Zwanzig, Unserer Reiche im Sieben und Dreiſsigsten.

FRANZ.

Fürst von Metternich.

Nach Seiner K. K. A. Majestät Höchsteigenem Befehle:

Franz *Freih.* v. Lebzeltern-Collenbach.

Note. Den 13. September 1828 wurden zu Bern zwischen Seiner Exzellenz dem K.K. Oesterreichischen Gesandten, Freiherrn von Binder-Kriegelstein, und dem Herrn Geheimen Rath von Steiger, als einem der mit der Unterhandlung obigen Vertrags beauftragt gewesenen Eidgenössischen Kommissarien und von dem Vororte hiefür besonders bevollmächtigt, die beiderseitigen Ratifikationen ausgewechselt.

131.

Traité entre la Prusse et les principautés d'Anhalt-Köthen et d'Anhalt-Dessau, concernant la franchise des sujets réciproques du péage de l'Elbe, signé le 17 Juillet 1828.

1828

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten* 1828. Nr. 15. pag. 95).

Um den Abschlufs des Vertrages, wegen der Zoll- und Verkehrs-Verhältnisse, zwischen Preussen einerseits und den Herzoglich-Anhalt-Köthenschen und Anhalt-Dessauschen Landen andererseits zu erleichtern, haben Seine Majestät der König von Preufsen und Ihre Hochfürtsliche Durchlauchten, die Herzöge zu Anhalt-Köthen und Anhalt-Dessau, Sich vereiniget, wegen Erhebung des Ihnen traktatmäfsig zustehenden Elbzolles, besondere Bestimmungen zu treffen, und zu dem Ende durch Ihre beiderfeitigen Bevollmächtigten, nämlich:

Seine Majestät der König von Preufsen durch Allerhöchst-Ihren Geheimen Legationsrath *Albrecht Friedrich Eichhorn*, Ritter des Königlich-Preufsischen rothen Adler-Ordens 3ter Klasse, Inhaber des eisernen Kreuzes 2ter Klasse am weissen Bande und Ritter des Kaiserlich-Russischen St. Annen-Ordens 2ter Classe; und

Ihre Hochfürstliche Durchlauchten der Herzog von Anhalt Köthen und der Herzog von Anhalt-Dessau, den Köthenschen Geheimen Finanzrath *Ludwig Albrecht* und den Dessauschen Regierungsrath *Ludwig Basedow*,

nachstehende Uebereinkunft, unter Vorbehalt der Genehmigung, verabreden lassen:

Art. I. Von allen Gegenständen, welche auf der Elbe

a. im Anhalt-Köthenschen und Anhalt-Dessauschen Gebiete eingeladen worden sind, um in das Preufsische Gebiet eingeführt zu werden, oder

1828 b. aus dem Auslande nach dem Anhalt-Köthenschen und Anhalt-Dessauschen Gebiete eingehen, mit der Bestimmung dort zu verbleiben oder in dem Packhofe zn Roslau zu verbleiben, oder

c. in dem Anhalt-Köthenschen und Anhalt-Dessauschen Gebiete eingeladen worden sind, um durch das Preufsische Gebiet ins Ausland verschifft zu werden, soll weder an den Preufsischen Elbzollstellen noch an denen Ihrer Hochfürstlichen Durchlauchten der traktatenmäfsige Elbzoll erhoben werden.

Ausgenommen sind jedoch Waaren, welche aus dem Packhofe in Roslau nach dem Auslande ausgeführt werden sollen. Von diesen ist der Elbzoll und zwar in seinem vollen Satze, wie er Preufsen für die ganze Strecke von Wittenberg bis Mühlberg traktatenmäfsig gebührt, auch ferner an den Preufsischen Zollstellen zu entrichten.

Art. II. Eben so soll auch von allen Gegenständen, welche auf der Elbe

a. in dem Preufsischen Gebiete eingeladen worden sind, um in das Anhalt-Köthensche oder Anhalt-Dessausche Gebiet eingeführt zu werden, oder

b. aus dem Auslande mit der Bestimmung nach dem Preufsischen Gebiete eingehen, oder

c. im Preufsischen Gebiete eingeladen worden sind, und durch das Anhalt-Köthensche und Anhalt-Dessausche Gebiet in das Preufsische oder in das Ausland verschifft werden;

der traktatenmäfsige Elbzoll an den beiderseitigen Zollstetten nicht erhoben werden.

Art. III. Die Abgabe von den Fahrzeugen, oder die Rekognitions-Gebühr, wird nur dann erhoben werden, wenn die Schiffe nicht innerhalb des Preufsischen und Anhaltschen Gebiets verbleiben, sondern die Bestimmung haben, ihre Fahrt in das Ausland fortzusetzen.

Art. IV. An die Stelle des Elbzolles und der Rekognitions-Gebühr, wo beide nach vorstehenden Bestimmungen wegfallen, dürfen keine andere Belastungen treten. Doch versteht es sich von selbst, dafs der Erhebung der tarifmäfsigen Ein- und Ausgangs-Abgaben auf der Elbe, welche Preufsen, in Folge des besondern Vertrags mit Ihren Hochfürstlichen Durchlauchten von Anhalt-Köthen und Anhalt-

Dessau, zusteht, durch die gegenwärtige Uebereinkunft kein Eintrag geschehen soll. 1828

Art. V. Mit Rücksicht auf die gegenseitige Aufhebung des Elbzolles wird Preufsen unter denselben Umständen, unter welchen dieser Zoll nicht entrichtet wird, auch auf der Saale, statt aller bisherigen Abgaben, nur die Schleusengefälle, welche zur Instandsetzung und Unterhaltung der Schleusen, nach dem Tarif vom 31sten Dezember 1826, bestimmt sind, erheben lassen.

Desgleichen wollen Seine Hochfürstliche Durchlaucht, der Herzog von Anhalt-Köthen, in den Fällen, wo Preufsischer Seits nur das gedachte Schleusengeld erhoben wird, das bisherige Seilgeld bei Nienburg bis zu einem Grade ermäfsigen, dafs die davon aufkommende Einnahme, die mit der Einrichtung wegen Senkung des Seils verbundenen Kosten nicht übersteigt, und zu dem Ende vorläufig den zu entrichtenden Satz des Seilgeldes auf vier gute Groschen von dem Schiffe, für welche dasselbe gesenkt wird, bestimmen.

Art. VI. Die etwa noch erforderlichen Maafsregeln, zur Verhütung von Unterschleifen, sollen zwischen dem Königlich-Preufsischen General-Direktor der Steuern und der betreffenden Herzoglich-Anhalt-Köthenschen und Anhalt-Dessauschen obersten Behörde, besonders verabredet werden.

Art. VII. In Absicht der Dauer, der stillschweigenden Verlängerung und der Wiederaufhebung dieser Uebereinkunft, gelten die nämlichen Bestimmungen, welche der heute unterzeichnete Haupt-Vertrag, wegen der gegenseitigen Verkehrsfreiheit und der Anschliefsung der Herzogthümer Anhalt-Köthen und Anhalt-Dessau an das Preufsische System der indirekten Steuern aufstellt.

Art. VIII. Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht, dem Herzoge von Anhalt-Bernburg wird der Beitritt zu der gegenwärtigen Uebereinkunft vorbehalten.

Art. IX. Gegenwärtige Uebereinkunft soll zugleich mit dem ebenerwähnten Haupt-Vertrage zur Allerhöchsten und Höchsten Ratifikation vorgelegt, und auch gleichzeitig binnen einer 14tägigen Frist, nach

1828 Auswechselung der Ratifikations-Urkunden, zur Vollziehung gebracht werden.

Zur Urkund dessen ist diese Uebereinkunft von den beiderseitigen Bevollmächtigten, unter Beidrükkung ihrer Siegel, unterzeichnet worden.

So geschehen Berlin, den 17ten Juli 1828.

ALBRECHT FRIEDRICH EICHHORN. LUDWIG ALBERT.
LUDWIG BASEDOW.

(Vorstehender Vertrag ist von Seiner Majestät dem Könige am 16ten August c. imgleichen von Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht dem Herzoge von Anhalt-Köthen am 27sten August 1828, und von Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht dem Herzoge von Anhalt-Dessau am 28sten Juli 1828, ratifizirt worden).

132.

Traité entre la Prusse et les duchés d'Anhalt-Köthen et d'Anhalt-Dessau concernant les rapports mutuels des douanes et du commerce, signé le 17 Juillet 1828.

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten* 1828. Nr. 15. pag. 99).

Nachdem Seine Majestät der König von Preufsen und Ihre Hochfürstliche Durchlauchten, der Herzog von Anhalt-Köthen und der Herzog von Anhalt-Dessau, den bisherigen so nachtheiligen Hemmungen des freien Verkehrs zwischen den beiderseitigen Landen und den daraus entstandenen Beschwerden der Unterthanen auf eine gründliche Weise abzuhelfen beschlossen, dieser Zweck aber nur auf dem Wege des Beitritts der Länder Ihrer Hochfürstlichen Durchlauchten zu dem Preufsischen Systeme der indirekten

Steuern zu erreichen ist; so haben Allerhöchst- und 1828
Hochdieselben über diesen Gegenstand durch Ihre
Bevollmächtigten, nämlich:

Seine Majestät der König von Preußen durch Allerhöchst-Ihren Geheimen Legationsrath *Albrecht Friedrich Eichhorn*, Ritter des Königlich-Preussischen rothen Adler-Ordens 3ter Klasse, Inhaber des eisernen Kreuzes zweiter Klasse am weißen Bande und Ritter des Kaiserlich-Russischen St. Annen-Ordens 2ter Klasse und

Ihre Hochfürstlichen Durchlauchten, der Herzog von Anhalt-Köthen und der Herzog von Anhalt-Dessau, durch den Anhalt-Köthenschen Geheimen Finanzrath *Ludwig Albrecht* und den Anhalt-Dessauschen Regierungsrath *Ludwig Basedow*,

unter Vorbehalt der beiderseitigen Genehmigung, nachstehende Uebereinkunft verabreden und abschließen lassen:

Art. I. Da die Freiheit des Verkehrs wesentlich auf der Uebereinstimmung der Grundsätze in Absicht der Besteuerung der im Verkehr befindlichen Gegenstände beruht, so treten Ihre Hochfürstlichen Durchlauchten, der Herzog von Anhalt-Köthen und der Herzog von Anhalt-Dessau auf die Dauer von sechs Jahren und unbeschadet aller Ihrer Hoheitsrechte, für Höchst-Ihre Lande — mit Ausschluß der Anhalt-Köthenschen hohen Grafschaft Warmedorf und der Anhalt-Dessauschen Aemter Sandersleben und Groß-Alsleben, über deren Anschließung an das Preußische indirekte Steuersystem besondere Verträge eingegangen werden sollen — der Preußischen Gesetzgebung über Eingangs- Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben, wie solche in dem Gesetze vom 26ten Mai 1818 und in den seitdem erlassenen Bestimmungen und Erhebungsrollen enthalten ist, oder künftig noch durch Deklarationen und Erhebungsrollen weiter bestimmt werden wird, in der Art bei, daß diese Gesetzgebung, nachdem solche in Höchst-Ihren Namen in den beiden Herzogthümern Anhalt-Köthen und Anhalt-Dessau verkündigt sein wird, von den Herzoglichen Behörden genau vollzogen werden soll.

Ihre Hochfürstlichen Durchlauchten, der Herzog von Anhalt-Köthen und der Herzog von Anhalt-

1828 Dessau, werden daher unmittelbar nach Ratifikation des gegenwärtigen Vertrages die in Folge des Beitritts zu verkündenden Verordnungen und die damit in Verbindung stehenden organischen Verfügungen für die Zoll-Verwaltung ausarbeiten und durch einen Kommissarius dem Königlich-Preufsischen General-Direktor der Steuern mittheilen lassen, damit die Bemerkungen, welche dieser dabei zu machen sich veranlafst finden sollte, angemessen berücksichtigt werden können.

Künftige, das Anhaltsche Interesse berührende, Abänderungen der Grundsätze des Preufsischen Gesetzes vom 26sten Mai 1818 und der in Beziehung hierauf bis jetzt ergangenen Deklarationen, sollen jedoch in den Herzoglich-Anhalt-Köthenschen und Anhalt-Dessauschen Landen, auf welche sich der gegenwärtige Vertrag bezieht, nur dann zur Anwendung kommen, wenn darüber vorher eine Einigung erfolgt ist.

Art. II. Da mit Zustimmung Ihrer Hochfürstlichen Durchlauchten, der Herzöge von Anhalt-Köthen und Anhalt-Dessau, dem von Höchstdemselben erklärten Beitritt zu der Preufsischen Gefetzgebung über Ein-, Aus- und Durchgangs-Abgaben die Wirkungen gegeben werden soll, dafs auch von allen auf der Elbe zum Bedarf der betreffenden Anhaltschen Lande eingehenden fremden steuerbaren Waaren, mit Ausnahme derjenigen Gegenstände, wobei Sich Ihre Hochfürstlichen Durchlauchten, nach Maafsgabe der folgenden Artikel IV. V. VI und VII. die eigene Erhebung der Eingangsabgaben vorbehalten wollen, die Eingangsabgaben und von den auf demselben Wege aus Anhalt ausgehenden inländischen Waaren die Ausgangsabgaben, welchen diese unterliegen, durch die Preufsischen Zollämter an der äufsern Preufsischen Grenze erhoben werden; so versprechen dagegen Seine Majestät der König von Preufsen, dafs dasjenige Einkommen, welches Ihren Kassen in Folge dieses Beitritts, nach Abrechnung des auf die zur eigenen Erhebung der Eingangsabgaben Anhaltischer Seits vorbehaltenen Gegenständen fallenden Ertrags, zufliefsen wird, den Kassen Ihrer Hochfürstlichen Durchlauchten zu Statten kommen soll.

Art. III. In Betracht, daſs die Bestimmung des nach vorstehendem Artikel II. Ihren Hochfürstlichen Durchlauchten zustehenden Einkommens wesentlich von der Ermittelung des Bedarfs der Herzoglichen Lande an fremden, über die äuſsere Preuſsische Grenze eingehenden steuerbaren Waaren, und des hierauf nach dem Preuſsischen Tarif zu berechnenden Steuerertrages abhängt, ist man übereingekommen, daſs jener Bestimmung für die nächsten 3 Jahre das Einkommen der zu dem Steuerverbande der 7 östlichen Preuſsischen Provinzen gehörigen Landestheile an Ein- Aus- und Durchgangsabgaben, nach einem Durchschnitte der letzten 3 Jahre dergestalt zur Grundlage lage dienen soll, daſs Ihren Hochfürstlichen Durchlauchten ein Antheil an diesem Einkommen, im Verhältniſs der Bevölkerung der Anhaltschen Lande, worauf sich der gegenwärtige Vertrag bezieht, zu der Bevölkerung des in dem Steuerverbande befindlichen Theils der gedachten 7 östlichen Preuſsischen Provinzen gewährt, und hierbei derjenige Betrag an Ein-, Aus- und Durchgangsabgaben, wovon dieser Antheil zu berechnen ist, mit Rücksicht darauf, daſs einestheils eine Vermehrung der Preuſsischen Durchgangsabgaben, welche nur als Folge des Beitritts Ihrer Hochfürstlichen Durchlauchten zu dem Preuſsischen Steuersysteme sich betrachten lieſse, nicht statt findet, und daher auch hierauf eine Theilnahme an jenen Abgaben nicht zu gründen ist, anderntheils aber in den Anhalt-Köthenschen und Anhalt-Dessauschen Landen von den landwärts durchgehenden Waaren eine Durchgangsabgabe nicht bezogen werden kann, zu $\frac{3}{4}$ des Sammteinkommens angenommen werden soll.

Art. IV. Nachstehende Waaren können, sofern sie auf der Elbe eingehen, unter den in den folgenden Artikeln V. VI. VII. und VIII. enthaltenen näheren Bestimmungen zur Selbsterhebung der davon zu entrichtenden Abgaben, unter Begleitschein-Kontrolle der Königlich-Preuſsischen Haupt-Zoll-Aemter zu Wittenberg und Mühlberg, imgleichen des Haupt-Steueramts zu Magdeburg, ferner abgabenfrei in die Herzoglichen Lande eingeführt werden:

1. Rum, Arrak, Franzbranntwein und alle andere fremde Branntweine und Liqeure;

2. Wein und Weinessig;

1828 3. Gemeines und Speise-Oel;
4. Südfrüchte aller Art, frisch und getrocknet;
5. aufser-europäische Gewürze;
6. Kaffee;
7. Thee;
8. Zucker aller Art;
9. Syrup;
10. Reis;
11. Heringe;
12. Sago;
13. Kakao;
14. Tabak aller Art, in Blättern und fabricirt;
15. Russischer Talg.

Art. V. Zur Erhebung der Steuern von den auf der Elbe eingegangenen Waaren wird bei Rofslau ein gemeinschaftlich Anhalt-Köthensches und Anhalt-Dessausches Steueramt errichtet.

Nach diesem Steueramte werden alle frei eingegangene Waaren gebracht und, insofern die Versteuerung nicht gleich geschieht, in den mit demselben verbundenen Packhof niedergelegt.

Art. VI. Sobald die in diesem Packhof lagernden Waaren in den Verkehr übergehen sollen, mufs davon, ebenso wie dies bei einer Versteuerung unmittelbar nach der Ankunft der Waaren auf der Elbe geschieht, die in völliger Uebereinstimmung mit dem Preufsischen Tarif gesetzlich bestimmte Abgabe zur Herzoglichen Steuerkasse entrichtet werden.

Art. VII. Alle im Anhaltschen Packhofe unversteuert lagernden Waaren können auch, jedoch nur auf dem Elbwege, nach dem Auslande wieder ausgeführt werden, und unterliegen alsdann bei den Preufsischen Zoll-Aemtern, aufser dem tractatenmäfsigen Elbzolle, keiner Preufsischen Abgabe.

Wegen Vermeidung von Unterschleifen mit Waaren, welche bei dem Ein- und Ausgange aus dem Packhofe durch Vertauschung oder Veränderung statt finden könnten, wird man sich gegenseitig über zweckdienliche Maafsregeln vereinigen.

Ihre Hochfürstlichen Durchlauchten versprechen insbesondere die strengste Aufsicht über den Packhof von Seiten Ihrer Behörden führen zu lassen, nicht zu gestatten, dafs eine Veränderung und Vermischung

mit den in demselben lagernden Waaren insbesondere eine weitere Umpackung oder Bearbeitung derselben, als lediglich zu ihrer Conservation nöthig ist, vorgenommen werde, jeden entdeckten Unterschleif unnachsichtlich nach der Srenge des Gesetzes bestrafen zu lassen, auch namentlich nicht nachzugeben, dafs unter irgend einem Vorwande die zum Packhofe bestimmten Waaren unversteuert in Privatniederlagen oder Kellern aufbewahrt und von dort aus zur Elbe steuerfrei wieder ausgeführt werden, indem der Handel mit fremden unversteuerten Waaren ins Ausland einzig auf die im Packhofe lagernden und aus demselben wieder eingeschifften Gegenstände beschränkt seyn soll.

Art. VIII. Die mit den Preufsischen Posten nach Anhalt kommenden fremden Waaren aller Art werden im letzten Preufsischen Steueramte vor der Anhaltschen Grenze revidirt und alsdann mit der Revisions-Note an die Königlichen Postämter zu Köthen, Dessau und Zerbst weiter gesandt, welche sie alsdann an die dortigen Herzoglichen Steuerbeamten zur Auslieferung an die Empfänger gegen Erlegung der vollen Tarifsteuer übergeben. Der dafür eingehende Steuerertrag fliefst dem gemeinschaftlichen Herzoglichen Steueramte zu, und wird auf den jährlichen Steuerantheil Ihrer Hochfürstlichen Durchlauchten in Anrechnung gebracht.

Art. IX. Wegen gegenseitiger Befreiung von dem tractatenmäfsigen Elbzoll hat es bei dem heute besonders abgeschlossenen Vertrage sein Bewenden.

Art. X. Alljährlich findet eine Abrechnung wegen des Ihren Hochfürstlichen Durchlauchten zu gewährenden Steuerantheils durch eine gemeinschaftliche Kommission statt.

Diese ermittelt zuvörderst, was von den im Laufe des Jahres abgabenfrei über die Preufsischen Hauptämter Wittenberge, Mühlberg und Magdeburg nach dem Anhaltschen Steueramte Rofslau eingegangenen Waaren von dort auf der Elbe wieder ausgeführt worden ist, was sich davon noch in dem Packhofe im Bestande befindet und was daher als Steuerbetrag für Waaren, welche zum Verbrauch ausgegeben worden sind, mit Einschlufs derjenigen welche auf der Post eingegangen, zu berechnen ist.

1828 Was nach Abzug dieses Steuerertrages an dem Ihren Hochfürstlichen Durchlauchten gebührenden jährlichen Einkommen noch fehlt, soll sofort aus der Königlichen Preufsischen Provinzial-Steuerkasse zu Magdeburg ergänzt werden.

Art. XI. Da nach vorstehenden Bestimmungen alle zum innern Verbrauch aus dem Auslande einkommenden Waaren in den Anhaltschen Landen eben so besteuert werden, als im Preufsischen, so sichern Seine Majestät der König von Preufsen und Ihre Hochfürstlichen Durchlauchten, der Herzog von Anhalt-Köthen und der Herzog von Anhalt-Dessau, Ihren Unterthanen gegenseitig völlig freien und ungestörten Verkehr mit den gedachten Waaren dergestalt zu, dafs die innerhalb des ganzen, von der Preufsischen Zolllinie an der äufsern Grenze des Preussischen Staats eingeschlossenen Bezirke, mit Inbegriff des dem Preufsischen Steuerverbande schon früher beigetretenen Herzogthums Bernburg, von den betreffenden Unterthanen zu verführenden Waaren, überall den eigenen inländischen völlig gleich behandelt werden sollen.

Art. XII. Auch in Absicht aller inländischen Erzeugnisse der Natur und Kunst soll diese Freiheit des gegenseitigen Verkehrs (Art. XI.) in der Regel Statt finden. Nur in Beziehung auf Branntewein, Bier, Essig und Tabacksblätter, welche in Preufsen und Anhalt erzeugt werden, behält man sich gegenseitig vor, bei dem Uebergang jener Artikel aus dem einen Gebiet in das andere, diejenige volle Steuer zu erheben, welche auch auf den eigenen inländischen Erzeugnissen dieser Art ruht oder auf dieselben gelegt werden möchte; jedoch ist den Herzoglichen Unterthanen verstattet, die in den Herzoglich-Anhaltschen Ländern erzeugten Tabacksblätter sowohl landwerts als auf der Elbe, unter gehöriger Sicherheitskontrole *abgabenfrei* über die Preufsischen Grenzen auszuführen.

Von Mehl, Getreide und Schlachtvieh, wenn diese Gegenstände in Preufsische oder Anhaltsche Städte, wo Mahl- und Schlachtsteuer erhoben wird, eingeführt werden, ist diese Abgabe ebenso wie von den inländischen gleichartigen Producten zu entrichten, in-

dem dieselben frei über die Grenze eingehen, und, 1828
sobald sie diese passirt haben, den inländischen Waaren dieser Gattung gleich geachtet werden.

Dasselbe gilt auch von den in Preufsen und Anhalt erzeugten Victualien, als Butter, Käse, Eier, Obst und dergleichen, wenn sie in solche Anhaltsche Städte von Preufsischen Unterthanen zu Markte gebracht werden, wo auch Inländer eine gleiche Abgabe von diesen Gegenständen zu entrichten haben.

Art. XIII. Da das Salz und die Spielkarten, welche in dem Preufsischen Staate von den eigenen Unterthanen desselben bereitet und verfertigt werden, im Preufsischen Gebiete nicht freien Umlauf haben; so können in Folge dieser Bestimmung, auch Salz und Spielkarten, welche in den Herzoglichen Landen verfertigt worden seyn möchten, in den Königlichen Landen nicht freien Umlauf haben, sondern sind daselbst den gleichen Beschränkungen, vorbehältlich der Durchfuhr der Sielkarten, unterworfen. In Rücksicht des Salzes finden überdies die Bestimmungen der darüber abgeschlossenen besonderen Uebereinkünfte Anwendung, und ist dabei ausdrücklich festgesetzt, dafs dieselben ihren Grundlagen nach so lange bestehen sollen, als die Vereinigung wegen der Steuern dauert.

Art. XIV. Handelsverträge, welche etwa zwischen Preufsen und anderen Staaten abgeschlossen werden und das Interesse der Herzogthümer Anhalt-Köthen und Anhalt-Dessau mit berühren, sollen in ihren Folgen den Herzoglichen Unterthanen ebenso, wie den Königlich-Preufsischen, zu Statten kommen.

Art. XV. Die Allerhöchsten und Höchsten kontrahirenden Souverains werden Sich in den zur Sicherung Ihrer landesherrlichen Gefälle, und zur Aufrechthaltung der Gewerbe Ihrer Unterthanen nothwendigen Maafsregeln einander gegenseitig freundschaftlich unterstützen, und daher namentlich auch gestatten, dafs die Königl. Preufsischen und Herzoglich-Anhaltschen Zollbeamten die Spur begangener Unterschleife in die gegenseitigen Gebiete verfolgen und sich mit Zuziehung der Ortsobrigkeit des Thatbestandes versichern. Wenn auch zu dessen Feststellung oder zur Sicherung der Gefälle und Strafen, Visitationen, Beschlagnahmen und Vorkehrungen von

1828 den beiderseitigen Zollbeamten bei den Landes- und Ortsbehörden in Antrag gebracht werden, sollen diese, nachdem sie sich überzeugt, daſs den Umständen nach diese Anträge durch die Gesetze begründet, oder ihnen doch nicht entgegen sind, solche alsbald willig und zweckmäſsig veranstalten.

Art. XVI. Die Straf-Erkenntnisse über Zollvergehen in Anhalt-Köthen und Anhalt-Dessau werden von den dasigen Gerichten gefällt und vollstreckt, jedoch von einem dazu verpflichteten Fiskal, im Interesse der Verwaltung, betrieben. Zollstrafen und Konfiskate, worauf die Herzoglichen Gerichte erkennen, fallen, nach Abzug des Denunzianten-Antheils, der Anhaltschen Steuerkasse lediglich anheim.

Das Begnadigungs- und Strafverwandlungs-Recht behalten sich Ihre Hochfürstlichen Durchlauchten, hinsichtlich der von Ihren Gerichten verurtheilten Defraudanten, vor, wollen jedoch von jedem Falle, wo dasselbe in Anwendung gebracht worden ist, durch Ihre Behörden dem Königlich-Preuſsischen Provinzial-Steuer-Director in Magdeburg Nachricht geben lassen.

Art. XVII. Sollte der gegenwärtige, auf einen vom 1sten Januar 1828 ab anzurechnenden Zeitraum von Sechs Jahren abgeschlossene Vertrag vor Anfang des letzten Jahres von einer oder der andern Seite nicht aufgekündigt werden, so wird derselbe auf fernere Drei Jahre, und sofort stets auf Drei Jahre, als verlängert angesehen.

Art. XVIII. Wenn der gegenwärtige Vertrag zu Ende gehen, oder auch auf den Grund eines gemachten Vorbehalts schon früher seine Kraft verlieren sollte, ohne daſs eine anderweite Vereinigung an seine Stelle tritt, so verbinden Sich Ihre Hochfürstlichen Durchlauchten, die alsdann im Packhofe zu Roſslau noch lagernden Waaren nicht unversteuert ins Land übergehen zu lassen, sondern dafür zu sorgen, daſs dieselben entweder gegen die bisherige Versteuerung ihren eigenen Unterthanen ausgeliefert, oder auf der Elbe über die äuſsere Preuſsische Grenze wieder ausgeführt werden.

Art. XIX. Gegenwärtiger Vertrag soll unverzüglich zur Allerhöchsten und Höchsten Ratification

eingereicht, und nach Auswechselung der Ratifications-Urkunden sofort zur Vollziehung gebracht werden.

Dessen zur Urkund ist derselbe von den beiderseitigen Bevollmächtigten unterzeichnet und untersiegelt worden.

So geschehen Berlin, den 17. Juli 1828.

Albrecht Friedrich Eichhorn.
Ludwig Albert.
Ludwig Basedow.

(Vorstehender Vertrag ist von Seiner Majestät dem Könige am 16ten August c., imgleichen von Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht dem Herzoge von Anhalt-Köthen am 27sten August 1828, und von Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht dem Herzoge von Anhalt-Dessau am 28sten Juli 1828 ratifizirt worden).

133.

Traité entre la France de la confédération Suisse, concernant les rapports de voisinage, de justice et de police, signé à Zurich le 18 *Juillet* 1828.

(*Officielle Sammlung der das Schweizerische Staatsrecht betreffenden Aktenstücke* Bd. 2. Heft 4. 1828. p. 209 sqs.).

Sa Majesté le Roi de France et de Navarre et les Etats composant la Confédération Helvétique, également animés du désir de consolider de plus en plus les liens d'amitié et les relations de bon voisinage qui subsiste depuis si long-tems entr'eux, et dans ce but ayant jugé convenable de fixer définitivement er sur la base d'une parfaite réciprocité les règles à suivre de part et d'autre, tant pour l'exercice de la justice

1828 qu'à l'égard de divers autres points d'un intérêt commun pour les deux pays, ont à cet effet nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté Très-Chrétienne, le Sieur François Joseph Maximilien Gérard de Rayneval, Grand-officier de l'ordre Royal de la Légion d'honneur, Chevalier de l'ordre de Charles III, Conseiller d'état, son Ambassadeur près la Confédération Helvétique:

Et les Etats de la Confédération Helvétique, les Sieurs Emmanuel Frédéric Fischer, Avoyer de la Ville et République de Berne, Jean Herzog d'Effinguen, Bourgmestre du Canton d'Argovie, et Auguste Charles François de Perrot, Conseiller d'état de Neuchâtel, —

lesquels, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans:

Art. I. Les jugemens définitifs en matière civile, ayant force de chose jugée, rendus par les tribunaux français, seront exécutoires en Suisse, et réciproquement, après qu'ils auront été légalisés par les Envoyés respectifs, ou à leur défaut, par les autorités de chaque pays.

Art. II. Il ne sera exigé des Français qui auraient à poursuivre une action en Suisse, ni des Suisses qui auraient une action à poursuivre en France, aucuns droits, caution du dépôt, auxquels ne seraient pas soumis les nationaux eux-mêmes, conformément aux lois de chaque localité.

Art. III. Dans les affaires litigieuses personnelles ou de commerce, qui ne pourront se terminer à l'amiable ou sans la voie des tribunaux, le demandeur sera obligé de poursuivre son action devant les juges naturels du défendeur, à moins que les parties ne soient présentés dans le lieu même où le contract a été stipulé, ou qu'elles ne fussent convenues des juges, par devant lesquels elles se seraient engagées à discuter leurs difficultés.

Dans les affaires litigieuses, ayant pour objet des propriétés foncières, l'action sera suivie par devant le tribunal ou magistrat du lieu, où la dite propriété est située.

Les contestations qui pourraient s'élever entre les héritiers d'un Français mort en Suisse, à raison de sa succession, seront portées devant le juge du dernier domicile que le Français avait en France; la réciprocité aura lieu à l'égard des contestations qui pourraient s'élever entre les héritiers d'un Suisse mort en France. Le même principe sera suivi pour les contestations qui naîtraient au sujet des tutelles. 1828

ART. IV. En cas de faillite ou de banqueroute de la part de Français, possédant des biens en France, s'il y a des créanciers suisses et des créanciers français, les créanciers suisses qui se seraient conformés aux lois françaises pour la sûreté de leur hypothèque, seront payés sur les dits biens comme les créanciers hypothécaires français, suivant l'ordre de leur hypothèque; et réciproquement, si des Suisses possédant des biens sur le territoire de la Confédération helvétique, se trouvaient avoir des créanciers français et des créanciers suisses, les créanciers français qui se seraient conformés aux lois suisses, pour la sûreté de leur hypothèque en Suisse, seront colloqués sans distinction avec les créanciers suisses, suivant l'ordre de leur hypothèque.

Quant aux simples créanciers, ils seront aussi traités également, sans considérer auquel des deux pays ils appartiennent; mais toujours conformément aux lois de chaque pays.

ART. V. Si des Français ou des Suisses, déclarés juridiquement coupables dans leurs pays respectifs des crimes suivans, savoir: crimes contre la sûreté de l'Etat, assassinat, empoisonnement, incendies, faux sur des actes publics et en écritures de commerce, fabrication de fausse monnaie, vols avec violence ou effraction, vols de grand chemin, banqueroute frauduleuse, ou qui seraient poursuivis comme tels, en vertu de mandats d'arrêt, décernés par l'autorité légale, venaient à se réfugier, les Français en Suisse, et les Suisses en France, leur extradition sera accordée à la première réquisition. Il en sera de même à l'égard des fonctionnaires ou dépositaires publics, poursuivis pour soustraction de fonds appartenant à l'Etat. Chacun des deux pays supportera, jusqu'aux frontières de son territoire, les frais d'extradition et de transport.

1828 Les choses volées dans l'un des deux pays, et déposées dans l'autre, seront fidèlement restituées.

Art. VI. Dans toutes les procédures criminelles ayant pour objet les mêmes crimes spécifiés à l'article ci-dessus, dont l'instruction se fera, soit devant les tribunaux français, soit devant ceux de Suisse, les témoins suisses, qui seront cités à comparaître en personne en France, et les témoins français qui seront cités à comparaître en personne en Suisse, seront tenus de se transporter devant le tribunal qui les aura appelés, sous les peines déterminées par les lois respectives des deux nations. Les passe-ports nécessaires seront donnés aux témoins, et les gouvernemens respectifs se concerteront pour fixer l'indemnité et l'avance préable, qui seront dues à raison de la distance et du séjour. Si le témoin se trouvait complice, il sera renvoyé par devant son juge naturel, aux frais du Gouvernement qui l'aurait appelé.

Art. VII. Les habitans suisses des Cantons limitrophes de la France, auront la faculté d'exporter les denrées provenant des biens-fonds, dont ils seraient propriétaires sur le territoire du Royaume, à une lieue des frontières respectives, et la même faculté est accordée réciproquement aux Français qui posséderaient en Suisse des propriétés foncières situées à la même distance des frontières. L'exportation et l'importation de ces denrées territoriales seront libres et exemptes de tous droits. Néanmoins les propriétaires, qui voudront user de la faculté qui leur est accordée par le présent article, se conformeront aux lois de douane et de police de chaque pays; mais pour éviter que les formalités à remplir ne causent des retards préjudiciables aux récoltes, leur transport d'un pays dans l'autre ne pourra être retardé, si ceux qui en auront préalablement demandé l'autorisation, fournissent, jusqu'à ce qu'ils aient pu l'obtenir, une caution solvable.

Il est bien entendu, que cette faculté ne sera pas limitée, et qu'elle durera toute l'année; mais il est également convenu, qu'elle ne s'appliquera qu'aux récoltes brutes, et telles que le terrain, sur lequel elles auront crû, les aura produites.

Art. VIII. Il sera conclu un arrangement particulier entre S. M. T. C. et les Cantons limitrophes

de la France, pour régler l'exploitation des forêts voisines des frontières, et en prévenir la dégradation. 1828

Art. IX. Si par la suite on venait à reconnaître le besoin d'éclaircissemens sur quelques articles du présent traité, il est expressément convenu, que les parties contractantes se concerteront pour régler à l'amiable les articles sujets à interprétation.

Art. X. Le présent traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées dans l'espace de trois mois ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Zurich le 18 Juillet de l'an de grâce mil huit-cent vingt-huit.

Raynevad. Fischer.
Herzog *d'Effinguen.*
Perrot.

Ratifications:

A. *Da Sa Majesté Tres-Chrétienne.*

Charles, par la grâce de Dieu, Roi de France et Navarre, à tous ceux qui ces présentes lettres verront, Salut.

Ayant vu et examiné le traité contenant les règles à suivre tant en France qu'en Suisse, pour l'exercice de la justice et à l'égard de divers autres points d'un intérêt commun pour les deux pays, lequel a été conclu et signé à Zurich, le 18 Juillet de la présente année, par Notre très-cher et bien-aimé le Sieur Comte Gérard de Rayneval, Ministre d'Etat, Notre Ambassadeur en Suisse etc. etc. etc., et Notre Plénipotentiaire, en vertu des pleins-pouvoirs que Nous lui avons donnés, avec les Sieurs Fischer, Avoyer de la Ville et République de Berne, Jean Herzog d'Effinguen, Bourgmestre du Canton d'Argovie, et Auguste Charles François de Perrot, Conseiller d'Etat de Neuchâtel, Plénipotentiaires nommés par le Directoire fédéral, au nom des Etats composant la Confédération helvétique, également munis de pleins-pouvoirs en bonne forme, duquel traité la teneur suit:

1828 *(Teneur du traité.)*

Nous, ayant agréable le susdit traité en toutes et chacune des dispositions qui y sont contenues, déclarons, tant pour Nous que pour Nos héritiers et successeurs, qu'il est accepté, approuvé, ratifié et confirmé, et, par ces présentes signées de Notre main, Nous l'acceptons, approuvons, ratifions et confirmons; Promettant, en foi et parole de Roi, de l'observer et de le faire observer inviolablement, sans jamais y contrevenir ni permettre qu'il y soit contrevenu directement ni indirectement, en quelque manière et sous quelque prétexte que ce soit. En foi de quoi, Nous avons fait mettre Notre sceau à ces présentes. Donné en Notre château des Tuileries, le dix-septième jour du mois d'Octobre, l'an de grâce mil huit-cent vingt-huit, et de notre règne le cinquième.

CHARLES.

Par le Roi:
Le Comte Portalis.

B. *Du Directoire fédéral au nom des Cantons.*

Nous les Bourgmestres et Conseil d'Etat de Zurich, Directoire actuel de la Confédération Suisse,

faisons savoir par les présentes:

Que le traité conclu et signé à Zurich le 18 Juillet de la présente année entre la Couronne de France et la Confédération Suisse, savoir: au nom de Sa Majesté Très-Chrétienne Charles X, Roi de France et de Navarre, par Monsieur le Baron Gérard de Rayneval, Son Ambassadeur en Suisse etc. etc. etc., et de la part des Cantons Suisses par Messieurs Emmanuel Frédéric Fischer, Avoyer de la Ville et République de Berne, Jean Herzog d'Effinguen, Bourgmestre du Canton d'Argovie, et Auguste Charles François de Perrot, Conseiller d'Etat de Neuchâtel, au sujet des règles à suivre de part et d'autre tant pour l'exercice de la justice, qu'à l'égard de divers autres points d'un intérêt commun pour les deux pays:

Ayant été transmis aux Cantons confédérés et les déclarations de ceux-ci, consignées au protocole de la Diète des 10, 21 et 24 Juillet 1828, se trouvant en

nombre suffisant pour constater, dans une transaction 1828
de ce genre, l'assentiment du Corps Helvétique;

Nous, en vertu de ces mêmes déclarations, attestons et certifions, que le susdit traité du 18 Juillet 1828, tel qu'il a été signé par les Plénipotentiaires respectifs, de mot à mot comme suit:

(Teneur du traité.)

est accepté, approuvé et ratifié dans tout son contenu par la Confédération Suisse. Nous promettons dèslors qu'il sera fidèlement et religieusement observé.

En foi de quoi les présentes ont été munies de la signature de notre Bourgmestre en charge, Président de la Diète Suisse et du Directoire fédéral, de celle du Chancelier et du sceau de la Confédération, à Zurich le dix-huit Octobre de l'an de grâce mil huit-cent vingt-huit. (18 Octobre 1828.)

Le Bourgmestre en charge du Canton de Zurich, Président de la Diète et du Directoire fédéral:

REINHARD.

Le Chancelier de la Confédération:

MOUSSON.

134.

Convention de cartel entre la Prusse et la France, signée à Paris le 25 Juillet 1828.

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten* J. 1828. Nr. 16. pag. 111. *Le Moniteur universel.* 1828. Nr. 288).

Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté le Roi de France et de Navarre étant convenus de conclure une convention de cartel, ont, à cet effet, muni de Leurs pleins-pouvoirs, savoir:

Sa Majesté le Roi de Prusse, le sieur Henry Auguste Alexandre Guillaume, Baron de Werther,

1828 Son chambellan et Son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près Sa Majesté Très-Chrétienne, chevalier de l'Ordre de l'Aigle rouge de la première classe et de celui de St. Jean de Jérusalem de Prusse, et grand-croix de l'ordre de Charles III. d'Espagne;

et Sa Majesté le Roi de France et de Navarre, le sieur Pierre Marie Auguste Féron, Comte de la Ferronnays, pair de France, chevalier des Ordres du Roi, chevalier des Ordres de Russie, grand-croix de l'Ordre de St. Ferdinand des deux Siciles, et de l'Ordre de la couronne de Wurtemberg, maréchal de camp, ministre et secrétaire d'état au département des affaires étrangères,

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins-pouvoirs respectifs, sont convenus des articles suivans:

Art. I. A dater de l'échange des ratifications de la présente convention, tous les individus qui déserteront le service militaire des hautes parties contractantes, seront restitués de part et d'autre.

Art. II. Seront réputés déserteurs, non seulement les militaires de toute arme et de tout grade, qui quitteront leurs drapeaux, mais encore le individus appartenant à la marine, et ceux qui, appelés au service actif de la milice nationale ou de toute autre branche militaire quelconque des deux pays, ne se rendraient pas à l'appel, et chercheraient à se réfugier sur le territoire de l'une des hautes parties contractantes.

Les jeunes gens résidant, soit par le fait de leur naissance, soit part toute autre circonstance, dans les Etats du souverain dont ils ne sont pas sujets, seront également soumis aux dispositions de la présente convention, à moins qu'ils n'aient obtenu des lettres de naturalisation par suite de l'autorisation du gouvernement dont ils sont sujets.

Art. III. Sont exceptés de la restitution ou de l'extradition qui pourra être demandée en vertu de la présente convention:

1. les individus nés sur le territoire de l'Etat dans lequel ils auraient cherché un asile, et qui, par leur désertion, ne feraient que rentrer dans leur pays natal;

2. les individus qui soit avant, soit après leur désertion, se seraient rendus coupables d'un crime ou délit quelconque, à raison du quel il y aurait lieu de les traduire en justice devant les tribunaux du pays où ils se sont retirés. 1828

Néanmoins, en ce dernier cas, l'extradition aura lieu après que le déserteur aura été acquitté ou aura subi sa peine.

Si un déserteur était retenu dans quelque prison pour le paiement d'une dette civile, son extradition sera suspendue jusqu'au jour où cet emprisonnement aura dû cesser.

Art. IV. Lorsqu'un déserteur aura atteint le territoire de celle des deux puissances à laquelle il n'appartiendra pas, il ne pourra, sous aucun prétexte, y être poursuivi par les officiers de son gouvernement; les officiers se borneront à prévenir de son passage les autorités locales afin qu'elles aient à le faire arrêter. Toutefois, pour accélérer l'arrestation de ce déserteur, une ou deux personnes chargées de la poursuite pourront, au moyen d'un passeport ou d'une autorisation en régle qu'elles devront obtenir de leur chef immédiat, se rendre au plus prochain village situé en dehors de la frontière, à l'effet de réclamer des autorités locales, l'exécution de la présente convention.

Art. V. Les autorités qui voudront réclamer un déserteur, adresseront leur réclamations à l'administration, soit civile, soit militaire, qui, dans les deux pays, se trouvera le mieux à portée d'y satisfaire.

Les dites autorités réclamantes accompagneront leur réquisitoire du signalement du déserteur, et dans le cas où l'on serait parvenu à l'arrêter, l'autorité réquerante en sera prévenue par un avis accompagné d'un extrait du régistre du géolier ou concierge de la prison où le déserteur aura été écroué.

Art. IV. Dans le cas où les déserteurs seraient encore porteurs de leurs armes ou revêtus de leur équipement, habillement, ou marques distinctives, sans être munis d'un passeport, et de même dans tous les cas où il serait constant, soit par l'aveu du déserteur, soit d'une manière quelconque, qu'un déserteur de l'une des hautes parties contractantes se

1828 trouve sur le territoire de l'autre, il sera arrêté sur le champ, sans réquisition préalable, pour être immédiatement livré entre les mains des autorités compétentes établies sur les frontières de l'autre souverain.

Art. VII. Si, par suite de la dénégation de l'individu arrêté, ou autrement, il s'élevait quelque doute sur l'identité d'un déserteur, la partie réclamante ou intéressée devra constater au préalable les faits non suffisamment éclaircis, pour que l'individu arrêté puisse être mis en liberté ou restitué à l'autre partie.

Art. VIII. Dans tous les cas, les déserteurs arrêtés seront remis aux autorités compétentes qui feront effectuer l'extradition selon les règles déterminées par la présente convention. L'extradition se fera avec les armes, chevaux, selles, habillemens et tous autres objets quelconques, dont les déserteurs étaient nantis ou qui auraient été trouvés sur eux lors de l'arrestation. Elle sera accompagnée du procés-verbal de l'arrestation de l'individu, des interrogatoires qu'il aurait subis, et de toutes autres pièces nécessaires pour constater la désertion. Pareille restitution aura lieu des chevaux, effets d'armement, d'habillement et d'équipement emportés par les individus désignés dans l'article III. de la présente convention comme exceptés de l'extradition.

Les hautes parties contractantes se concerteront ultérieurement sur la désignation des places frontières où la remise des déserteurs devra être opérée.

Art. IX. Les frais auxquels aura donné lieu l'arrestation des déserteurs, seront remboursés de part et d'autre à compter du jour d'arrestation, qui sera constaté par l'extrait dont il est fait mention à l'article V. jusqu'au jour de l'extradition inclusivement.

Les frais comprendront la nourriture et l'entretien des déserteurs et de leurs chevaux, et sont fixés à six gros trois fenins, argent de Prusse, ou soixante quinze centimes, argent de France, par jour pour chaque homme; et à huit gros neuf fenins, argent de Prusse, ou un franc six centimes, argent de France, par jour pour chaque cheval. Il sera payé en outre par la partie requérante ou intéressée une gratification

de six écus vingt cinq gros, argent de Prusse, ou vingt cinq francs, argent de France, pour chaque homme, et de trente deux écus vingt quatre gros, ou cent vingt francs, pour chaque cheval et son équipage, au profit de quiconque sera parvenu à découvrir et faire arrêter un déserteur, ou qui aura contribué à la réstitution d'un cheval et de son équipage. 1828

ART. X. Les frais et gratifications dont il est fait mention dans l'article précédent, seront acquittés immédiatement après l'extradition.

Lés réclamations qui pourraient être faites à cet égard, ne seront examinées qu' après que le paîement aura été provisoirement effectué.

ART. XI. Les hautes parties contractantes s'engagent mutuellement à prendre les mesures les plus convenables pour la répression de la désertion et pour la recherche des déserteurs. Elles feront usage, à cet effet, de tous les moyens que leur offrent les lois du pays, et elles sont convenues particulièrement:

1. de faire porter une attention scrupuleuse sur les individus inconnus qui franchiraient les frontières des deux pays, sans être munis de passeports en règle;

2. de défendre sévèrement à toute autorité quelconque d'enrôler ou de recevoir dans le service militaire, soit pour les armes de terre, soit pour la marine, un sujet de l'autre des hautes parties contractantes qui n'aura pas justifié par des certificats ou attestations en due forme qu'il est dispensé du service militaire dans son pays.
La même mesure sera applicable dans le cas où l'une des hautes parties contractantes aura permis à une puissance étrangère de faire des enrôlemens dans ses Etats.

ART. XII. La présente convention est conclue pour deux ans, à l'expiration desquels elle continuera à être en vigueur pour deux autres années, et ainsi de suite, sauf déclaration contraire de la part de l'un des deux gouvernemens.

ART. XIII. La présente convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées dans le terme de six semaines ou plutôt, si faire se peut.

1828 En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs l'ont signée, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Paris le vingt-cinq Juillet mil-huit-cent-vingt-huit.

WERTHER.

Comte de la FERRONAYS.

(Cette convention a été ratifiée à Berlin le 13 Août 1828).

135.

Convention entre la Bavière et la ligne cadette de Reuss Plauen concernant la jurisdiction en matières de concours des créanciers, signée le 26 Juillet 1828.

(*Regierungs-Blatt für das Königreich Bayern.* 1828. Nr. 44. pag. 569).

Nachstehende, unterm 26. Jul. l. J. mit der Fürstlich Reuſs-Plauenschen der jüngern Linie gemeinschaftlichen Landes-Regierung über gegenseitige Anerkennung des allgemeinen Gantgerichtsstandes abgeschlossene Uebereinkunft wird hiermit durch das Regierungsblatt zur öffentlichen Kenntniſs gebracht.

München, den 8. November 1828.

Staats-Ministerium des Königlichen Hauses und des Aeussern.

Gr. v. ARMANSPERG.

Zwischen der Königl. Bayerischen Staats-Regierung und der Fürstlich Reuſs-Plauenschen der jüngern Linie gemeinschaftlichen Landes-Regierung zu Gera ist über gegenseitige Anerkennung des allgemeinen Gantgerichtsstandes und über gleiche Behandlung der beiderseitigen Unterthanen in Concursen folgende Uebereinkunft abgeschlossen worden.

§. 1. Wenn der Unterthan des einen Staats, wo er seinen Wohnsitz hat, in dem andern begütert ist, und in Concurs geräth; so wird von beiden Staaten das Gericht des Wohnsitzes des Schuldners als allgemeines Gantgericht anerkannt.

Partikular-Concursen soll nur in folgenden zwei Fällen Statt gegeben werden, nämlich:

1. zu Gunsten der Erbschaftsgläubiger, welche in Ansehung der Erbschaft das ihnen zustehende Separationsrecht geltend machen;

2. wenn der Gemeinschuldner in dem einen oder dem andern Staate eine abgesonderte Handlung, eine Fabrik oder ein anderes dergleichen Etablissement besitzt, weshalb zum Vortheil derjenigen Gläubiger, welche in Ansehung solcher Etablissements demselben besonders creditirt haben, ein Partikular-Concurs eröffnet werden darf, welcher Concurs zu eröffnen ist, ohne Unterschied, ob darauf von einem, dem Königreiche Bayern, oder den Fürstl. Reufsischen Landen, als Unterthan angehörigen Gläubiger dieses Etablissements angetragen werde.

§. 2. Alle Forderungen, sie seyen auf ein dingliches oder persönliches Recht gegründet, sind allein bei dem allgemeinen Gantgerichte einzuklagen, und das aufserhalb Landes befindliche Vermögen des Gemein-Schuldners wird nach geschehener Veräufserung der Grundstücke und Effecten, durch den Richter der gelegenen Sache und nach vorgängiger Mittheilung des Locations-Urtheils an diesen, dem Gantgerichte abgeliefert.

§. 3. Dagegen zieht der allgemeine Gerichtsstand die bereits anhängigen Rechtssachen nur rücksichtlich der Location an sich, so dafs dergleichen Forderungen zwar vor dem Gantgerichte bei Strate der Ausschliessung anzugeben sind, und in das Locations-Erkenntnifs am gehörigen Orte eingereiht werden, die Haupt-Liquidation der Forderung aber von dem Gerichte, wo sie angefangen worden, bis zum Schlusse fortgesetzt wird, wobei den Gläubigern oder dem Contradictor unbenommen ist, zu interveniren.

Ist der Streit über besonders verhandelte Forderungen zur Zeit der Abfassung des Ganturtheils noch nicht beendiget, so wird dieselbe in diesem eventuell locirt.

1828 §. 4. Rücksichtlich der Rangordnung der Gläubiger entscheiden die an dem Orte des Gantgerichts geltenden Gesetze, ohne Unterschied zwischen in- und ausländischen Gläubigern. Was jedoch die auf unbeweglichen Gütern haftenden Hypothekarforderungen betrifft; so werden solche nach den Gesetzen des Gerichtsstandes der gelegenen Sache beurtheilt.

Dasselbe gilt von den jure separationis kommenden Ansprüchen auf im Besitz des Gemeinschuldners befindliche unbewegliche Grundstücke, wohin auch die Ewiggeldrenten in München gehören, so wie hinsichtlich der Nothwendigkeit, solche Ansprüche bei dem Concursgerichte anzumelden.

§. 5. Wenn eine bewegliche Sache sich als Pfand in den Händen eines Gläubigers befindet, so soll derselbe befugt seyn, sein Recht an dem ihm verhafteten Gegenstande vor dem Richter und nach den Gesetzen desjenigen Staates, wo dieser Gegenstand sich befindet, geltend zu machen. Ergiebt sich nach Befriedigung des Gläubigers ein Ueberschufs, so mufs derselbe an den Richter, wo der allgemeine Concurs anhängig ist, zur Verwendung für Befriedigung der übrigen Gläubiger abgeliefert werden.

Reicht hingegen der Erlös aus dem verhafteten beweglichen Gegenstand zu voller Befriedigung des Faustpfands-Gläubigers nicht hin, so wird dieser mit dem Reste seiner Forderung an das allgemeine Concursgericht gewiesen, um, wenn ihm die Rechtskraft des ertheilten Präclusiv-Bescheides nicht entgegensteht, daselbst mit den übrigen Gläubigern, jedoch in der geeigneten Classe derselben, zu concurriren.

§. 6. In Fällen, wo auf Arrest erkannt wird, soll, sobald der Richter des Arrestes von dem ausländischen Richter des Wohnortes beurkundete Nachricht erhält, dafs über den Schuldner bereits entweder die formelle Gant erkannt worden, oder sich derselbe wenigstens im Stande des materiellen Concurses befindet, der die Eröffnung des formellen unvermeidlich macht, der Arrest aufgehoben, und die Forderung des Arrestimpetranten an das Gantgericht verwiesen werden.

§. 7. Die Bestimmungen der gegenwärtigen Uebereinkunft kommen jedoch im Königreiche Bayern

nur in den sieben ältern Kreisen und mit Ausschlufs des Rheinkreises in Anwendung. 1828

§. 8. Gegenwärtige Uebereinkunft tritt um einen Monat später nach dem Tage ihrer unverzüglich zu bewirkenden Bekanntmachung, resp. in dem Königlich Bayerischen Regierungsblatte und durch die Gesetz-Sammlung für die Fürstlich Reufsischen Lande jüngerer Linie hinsichtlich der anhängig zu machenden Rechtssachen für die betreffenden Unterthanen und Gerichte in Anwendung.

136.

Traité entre l'amiral Codrington et Mehemet Aly-pacha, pour l'évacuation de la Morée, signé le 6 *Août* 1828.

(*Le Journal de Francfort* 1828. Nr. 290. *Le Moniteur universel* 1828. Nr. 295).

Les differens rapports envoyés successivement par Ibrahim-pacha, commandant en chef de l'armée égyptienne qui se trouve en Morée, ont convaincu Son Altesse Mehemet-pacha, visir d'Egypte, de l'impossibilité absolue où se trouvoit son fils, de se maintenir plus longtems dans l'affreuse position où le manque de subsistances avoit jetté ses troupes, et qui l'avoit mis dans la douloureuse nécessité d'autoriser Ibrahim à entrer en négociation avec L. Exc. les commandans des flottes des puissances alliées dans les eaux du Levant, afin de conclure une capitulation honorable pour lui, pour son armée et pour les intérêts de la Sublime Porte, qu'il est chargé de défendre et de soutenir en Morée.

En conséquence de cette autorisation, S. A. Ibrahim-pacha eut le 6 Juillet de cette année une conférence avec L. Exc. les amiraux de Rigny et de Heyden et M. le commodore Campbell. Dans cette conférence, Ibrahim déclara formellement qu'il étoit prêt à évacuer la Morée, mais qu'il n'enverroit ses trou-

1828 pes que sur des bâtimens turcs. Il s'engagea à ne point emmener d'esclaves grecs avec son armée. Il se refusa à la demande qu'on lui fit de livrer les esclaves qui après la bataille de Navarin avoient été envoyés en Egypte, en déclarant que cette condition ne dépendoit pas de lui et qu'elle outrepassoit les bornes de ses pleins-pouvoirs.

Il ne fut fait aucune mention des forteresses occupées par les troupes égyptiennes; on se réserva la décision de leur sort, jusqu'à ce que l'amiral Codrington se fut réuni à Corfou avec ses collègues. L. Exc. entrèrent sur ces objet en délibération, et le résultat fut la décision que l'amiral Codrington se rendroit à Alexandrie, pour négocier définitivement avec S. A. Méhémet-Aly pacha sur les conditions qui avoient été proposées par S. A. elle-même et n'avoient point été arrêtées dans la conférence du 6 Juillet, et pour s'accorder en même tems sur les meilleures mesures à prendre pour effectuer l'évacuation.

Aujourd'hui, 6 Août 1828, l'amiral Codrington a eu, en conséquence de cette résolution, une audience particulière de S. A. Méhémet-Aly pacha; l'amiral étoit accompagné seulement de MM. Drovetti, consul-général de S. M. T. C., Backer, consul d'Angleterre, du commodore Campbell, des capitaines Richard, Curzon et W. Codrington.

Après une longue discussion sur les principaux articles de l'évacuation des forteresses occupées par les troupes égyptiennes en Morée, et la mise en liberté des esclaves grecs conduits du Péleponnèse en Egypte après la bataille de Navarin, discussion dans laquelle le visir a eu surtout à coeur de peindre l'imprudence avec laquelle les journalistes françois et anglois avoient exagéré le nombre de ces esclaves et avoient parlé des mauvais traitemens auxquels ils étoient exposés en Egypte, on est convenu de l'évacuation de la Morée de la part des troupes égyptiennes sous les conditions suivantes:

Art. I. S. A. Mehmet Aly-pacha s'engage de rendre les esclaves conduits de la Morée en Egypte après la bataille de Navarin. Il commencera par remettre à l'amiral Codrington tous les esclaves dont il peut disposer pour le moment.

Pour ce qui concerne ceux qui sont devenus la propriété de particuliers, S. A. promet d'employer efficacement ses bons offices, afin que les consuls des puissances étrangères puissent racheter les esclaves autant que faire se pourra et aux meilleures conditions possibles.

Art. II. S. A. Mehemet-Aly-pacha promet de faire partir sous le plus court délai possible tous les bâtimens de guerre et de transport, qui feront voile pour Navarin et y prendront à bord les troupes égyptiennes.

Art. III. Les bâtimens de guerre et de transport seront escortés par des bâtimens anglois et françois, qui les accompagneront et qui entreront avec eux dans le port de Navarin, ou un autre port de Morée pour le but ci-dessus mentionné.

Art. IV. Les mêmes bâtimens seront également escortés depuis leur départ de Navarin jusqu'à la vue du port d'Alexandrie.

Art. V. Ni S. A. Ibrahim-pacha, ni aucun officier de son armée et en général aucun des individus compris dans l'évacuation, ne doivent prendre avec eux aucun grec de l'un ou l'autre sexe, si celui-ci ne le désire lui-même.

Art. VI. S. A. Ibrahim-pacha pourra laisser dans les places fortes de Patras, Castel Tornese, Modon, Coron et Navarin une garnison suffisante pour leur défense.

Fait et conclu à Alexandrie d'Egypte les dits jour, mois et an ci-dessus.

Le sceau de S. A. le Pacha tient lieu de signature.

Article additionnel.

S. A. Mehemet Aly-pacha s'engage de faire parvenir à Ibrahim-pacha l'ordre de répartir les garnisons de Patras, Castel-Tornese, Modon, Coron et Navarin de manière, que dans aucun cas et sous aucun prétexte, il ne puisse rester plus de 1200 égyptiens pour l'occupation de ces forteresses.

Sceau du Pachà.

137.

1828 *Convention de cartel entre le royaume des Pays-Bas et le duché de Nassau, signé le 17 Août 1828.*

(*Journal officiel du royaume des Pays-Bas.* 1828. Nr. 65. pag. 5).

Sa Majesté le Roi des Pays-Bas et Son Altesse Sérénissime le Duc de Nassau étant convenus de conclure une convention de cartel, ont à cet effet muni de leurs pleins-pouvoirs,

Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, le Sieur Jean-Gisbert Baron Verstolk de Soelen, Commandeur de l'Ordre du Lion-Belgique, Membre de l'Ordre Equestre de Hollande, son Ministre des Affaires Etrangères;

Et Son Altesse Sérénissime le Duc de Nassau, le Chevalier Auguste de Roentgen, Commandeur de l'Ordre du Lion de Zachringen, Son Ministre résident à la Cour des Pays-Bas;

Lesquels, aprés avoir échangé leurs pleins-pouvoirs respectifs, sont convenus des articles suivans:

Art. I. Les individus qui, après l'échange des ratifications de la présente convention, déserteront des armées des deux hautes parties contractantes, seront remis de part et d'autre.

Art. II. Seront réputés déserteurs, non-seulement les militaires de toute arme et de tout grade, qui quitteront leurs drapeaux, mais aussi les individus qui appelés, ou dans le cas d'être encore appelés au service actif de la milice nationale des Pays-Bas, de la brigade ou du corps de réserve de Nassau, ou de toute autre branche militaire quelconque, ne se rendraient pas à l'appel, et se seraient retirés sur le territoire de l'une des hautes parties contractantes.

Art. III. Sont exceptés de la remise ou de l'extradition, qui pourra être demandée en vertu des présentes;

a. Les individus nés sur le territoire de l'Etat, dans lequel ils auraient cherché un asile, et qui, n'ayant

point acquis de domicile fixe dans l'autre Etat, d'après les Lois et réglemens réciproquement en vigueur, ne feraient, en désertant, que rentrer dans leur pays natal.

b. Les individus, qui, malgré leur naissance dans l'Etat qu'ils quittent, auraient, après leur désertion, établi leur domicile dans celui où ils se sont retirés, sur le pied des lois et réglemens y existans. Les Gouvernemens respectifs se réservent toutefois la faculté de modifier ces mêmes réglemens, d'après le principe de réciprocité.

c. Les individus qui, soit avant, soit après leur désertion, se sont rendus coupables d'un crime ou délit quelconque, à raison duquel il y a lieu de les traduire en justice devant les tribunaux du pays où ils résident: néanmoins, en ce cas, l'extradition aura lieu après que le déserteur aura été acquitté, ou aura subi sa peine. Les engagemens civils, qu'un déserteur pourrait avoir contractés dans l'Etat de l'autre Souverain, ne pourront, dans aucun cas, motiver le refus de son extradition.

Art. IV. Les autorités qui voudront réclamer un déserteur adresseront leur réclamation à l'Administration soit civile, soit militaire, qui dans les deux pays se trouvera le mieux à portée d'y satisfaire. Lesdites autorités accompagneront leur réquisitoire du signalement des déserteurs, et dans le cas où l'on serait parvenu à l'arrêter, l'autorité réquérante en sera prévenue par un avis accompagné d'un extrait du registre du geolier ou concierge de la prison, où le déserteur aura été écroué.

Art. V. Dans le cas, où les déserteurs seraient encore porteurs de leurs armes, ou revêtus de leurs équipemens, habillemens, ou marques distinctives, sans être munis d'un passeport, et de même dans tous les cas, où il serait constant, soit par l'aveu du déserteur, soit d'une autre manière quelconque, qu'un déserteur de l'une des hautes parties contractantes se trouve sur le territoire de l'autre, il sera arrêté sur le champ, sans réquisition préalable pour être livré à telles autorités locales, qui se trouveront le plus à proximité des frontières.

Art. VI. Si par suite de la dénégation de l'individu arrêté ou autrement, il s'éleverait quelque doute

1828 sur l'identité d'un déserteur, la partie réclamante ou intéressée devra constater au préalable les faits non suffisamment éclaircis pour que l'individu arrêté puisse être mis en liberté, ou remis à l'autre partie.

Art. VII. Dans tous les cas les déserteurs arrêtés seront remis à telles autorités locales, qui se trouveront le plus à proximité des frontières, et la réquisition aux autorités Prussiennes pour le transport à travers le territoire du Royaume de Prusse, sera faite par le Gouvernement, qui se charge de l'extradition.

Art. VIII. L'extradition se fera avec les armes, chevaux, selles, habillemens et tous autres objets quelconques, dont les déserteurs auraient été nantis, ou qui auraient été trouvés sur eux, lors de l'arrestation. Elle sera accompagnée au surplus du procès-verbal de l'arrestation de l'individu, des interrogatoires qu'il aurait subis, et de toutes autres pièces nécessaires pour constater la désertion.

Art. IX. Les frais, auxquels aura donné lieu l'arrestation du déserteur, seront remboursés de part et d'autre, à compter du jour de l'arrestation, qui sera constatée par l'extrait, dont il est fait mention à l'art. 4, jusqu'au jour de l'extradition exclusivement. Ces frais comprendront la nourriture et l'entretien des déserteurs, et *casu quo*, de leurs chevaux, et sont fixés à 35 cents, argent des Pays-Bas, par jour pour chaque homme, et à 50 cents par jour pour chaque cheval. Il sera payé en outre, par la partie requérante ou intéressée, une prime ou gratification de 7 florins, argent des Pays-Bas, pour chaque homme, et de 75 florins même monnaie pour chaque cheval, et son équipage, au profit de tous ceux qui seront parvenus à découvrir un déserteur, de sorte qu'il ait été livré entre les mains des autorités, ou qui auront contribué à la restitution d'un cheval et de son équipage.

Les frais d'arrestation et d'entretien sur le territoire des Pays-Bas et de Nassau, seront liquidés et restitués à la suite de communications diplomatiques, et l'on renoncera de part et d'autre aux frais du timbre et autres droits de cette nature. Pour autant que concerne le transport des déserteurs à travers le territoire du Royaume de Prusse, les frais, qui en résul-

teront, seront remboursés aux autorités Prussiennes 1828
par l'Etat en faveur duquel l'extradition aura lieu, et d'après le tarif de ses stipulations particulières convenues, ou à convenir avec la Prusse.

ART. X. Les hautes parties contractantes s'engagent mutuellement à prendre les mesures les plus convenables pour la répression de la désertion, et la recherche des déserteurs. Elles feront usage à cet effet de tous les moyens, que leur offrent les lois du pays, et elles sont convenues particulièrement 1° de faire porter une attention scrupuleuse sur les individus inconnus, qui franchiraient les frontières des deux pays, sans être munis d'un passeport en règle; 2° de défendre sévèrement à toute autorité quelconque d'enrôler, ou de recevoir dans le service militaire, un sujet de l'autre des hautes parties contractantes, qui n'aura pas justifié par des certificats ou attestations en due forme, qu'il est dispensé du service militaire dans son pays. La même mesure sera applicable dans le cas où l'une des hautes parties contractantes aura permis à une puissance étrangère de faire des enrôlemens dans ses Etats.

ART. XI. La présente convention est conclue pour le terme de six années, sauf aux parties contractantes d'y faire tels changemens, dont elles pourront convenir, et de la renouveler, après l'expiration dudit terme.

Les ratifications de la présente convention seront échangées dans le délai de six semaines, ou plutôt, si faire se peut, et son contenu sera publié dans les deux Etats, pour être observé et exécuté ponctuellement.

En foi de quoi, Nous, les Plénipotentiaires respectifs, l'avons signée, et y avons apposé le sceau de Nos armes.

Fait à La Haye, ce 17 Août 1828.

(*Signé*) VERSTOLK DE SOELEN.
— DE ROENTGEN.

Le Ministre des affaires étrangères déclare, que la présente convention a été ratifiée par le Gouvernement des Pays-Bas, le 26 Septembre 1828, et par celui de Nassau le 13 Octobre 1828.

VERSTOLK DE SOELEN.

138.

1828 *Traité de paix entre le Brésil et la république des provinces unies de Rio de la Plata, signé à Rio de Janeiro le 27 Août 1828.*

(*The Times* 1828. December 20. Nr. 13, 781).

In the name of the most holy and undivided Trinity!

The government of the republic of the United Provinces of the river Plata and his Majesty the emperor of Brazil, deriring to put an end to the war, and establish, upon solid and durable principles, the good understanding, harmony and friendship, which should exist between neighbouring nations, called by their interests to live united by the ties of perpetual alliance, have agreed, trough the mediation of his Britannic Majesty, on a preliminary treaty of peace, which shall serve as a basis to the definitive treaty of the same, which is to be celebrated by the high contracting parties; and for this purpose they have appointed their plenipotentiaries; to wit — The government of the republic of the United Provinces, General Don Juan Ramon Balcarce and Don Tomas Guido — His Majesty the Emperor, the Most Illustrious and Most Excellent Marquis of Aracaty, member of his Majesty's council, Gentleman of the Imperial bedchamber, councillor of finance, commander of the order of Aviz, senator of the empire, Minister secretary of state in the department of foreign affairs; Dr. Don Jose Clemente Pereira, member of his Majesty's council, chief judge of the house of supplication, dignitary of the Imperial order of the cross-bearer, Knight of that of Christ, Minister secretary of state in the home department et ad interim of justice, and Don Joaquin Oliveira Alvarez, member of his Majesty's council and that of war, lieutenant-general of the national and Imperial armies, officer of the Imperial order of the cross-bearer, Minister secretary of

state in the home department of war, who having exchanged their respective full powers, which were found to be in good and due form, agreed upon the following articles: —

ART. I. His Majesty the Emperor of Brazil declares the province of Monte Video, at present called Cisplatina, separated from the territory of the empire of Brazil, in order that it may constitute itself into a state, free and independent of any nation whatever under the form of government, which it may deem most suitable to its interests, wants and ressources.

ART. II. The government of the republic of the United Provinces concurs in declaring, on its part, the independence of the province of Monte-Video, at present called the Cisplatina, and its being constituted into a free and independent state, in the form declared in the foregoing article.

ART. III. Both high contracting parties oblige themselves to defend the independence and integrity of the province of Monte-Video, for the time and the manner that may be agreed upon in the definitive treaty of peace.

ART. IV. The existing government of the Banda Oriental, immediately upon the ratification of the present convention, shall convoke the representatives of that port of the said province, which it at present subject to it; and the existing Government of Monte-Video shall make simultaneously, a like convocation of the citizens residing within the city, regulating the number of deputies by that of the inhabitans of the province and using the form adopted in the election of representatives in the last legislature.

ART. V. The election of deputies for the city of Monte-Video shall take place indispensably extra muros, without the reach of the artillery of the city and in the absence of all armed force.

ART. VI. The representatives of the province being assembled at a distance of at least ten leagues of the city of Monte-Video, and any other place occupied by troops, shall establish a provisional government, which shall rule the whole province, until the installation of the permanent government, to be

1828 created as the constitution shall direct. The existing government of Monte-Video and the Banda Oriental shall cease immediately after the installation of the provisional one.

ART. VII. The same representatives shall betake themselves afterwards in the formation of the political constitution of the province of Monte-Video, and the constitution, previously to being sworn to, shall be examined by commissioners from the two contracting governments, for the sole object of seeing that it does not contain any article or articles opposed to the security of their respective states. Should this be the case, it shall be publicly and categorically set forth by the said commissioners; but should there be a want of common accord in these, it shall be decided by the two contracting governments.

ART. VIII. Any inhabitant of the province of Monte-Video, shall be at liberty to leave the territory thereof, taking with him his chattels, without prejudice to a third person, until the constitution be sworn to, if he do not wish to adhere to it, or if it so suit him.

ART. IX. There shall be perpetual and absolute oblivion of all political acts and opinions whatever, done or professed previously to the ratification of the present convention, by the inhabitants of the province of Monte-Video, and of the territory of the Emperor of Brazil, which has been occupied by troops of the republic of the United Provinces.

ART. X. It being a duty of the two contracting governments to assist and protect the province of Monte-Video until it be completely constituted, the said gouvernments agree, that if previously to the constitution being sworn to, and during five years afterwards, its tranquillity and security should be disturbed by civil war, they shall lend the necessary aid to maintain and support the lawful government. After the expiration of the above term, all protection which is by this article promised to the lawful government of Monte-Video shall cease and the said province shall be considered in a state of perfect and absolute independence.

Art. XI. Both the high contracting parties declare most explicitly and categorically, that whatever may happen to be the use of the protection, which, in conformity to the foregoing article, is promised to the province of Monte-Video, it shall in all cases be limited to the restoration of order, and shall cease immediately that the object is attained.

Art. XII. The troops of the province of Monte-Video and those of the republic of the United Provinces, shall evacuate the Brazilian territory in the precise terms of two months from the date of the exchange of the ratification of the present convention, the latter passing to the left bank of the river Plata, over the Uruguay, with the exception of a force of 1500 men or more, which the government of the aforesaid republic, if it deem fit, may maintain in in any part of the territory of the province of Monte-Video, until the troops of his Majesty the Emperor of Brazil completely evacuate the city of Monte-Video.

Art. XIII. The troops of his Majesty the Emperor of Brazil shall evacuate the territory of the province of Monte-Video including La Colonia del Sacramento, in the precise term of two months, from the date of the exchange of the ratifications of the present convention, and return to the frontiers of the empire, or embark, with the exception of a force of 1500 men, which His said Majesty may maintain within the city of Monte-Video until the installation of the provisional government of the province, under the express obligation of withdrawing this force in the precise term of four months first following the installation of the said provision government at the latest; delivering, in the act of the evacuation, the city of Monte-Video in the statu quo ante bellum to commissioners completely authorized, ad hoc, by the lawful government of the province.

Art. XIV. It is understood that neither the troops of the republic of the United Provinces, nor those of his Majesty the Emperor of Brazil which, in conformity to the two foregoing articles, are to remain temporarily in the province of Monte-Video, must in any wise interfere in the political affairs, government, institutions etc. of the said province. They

1828 shall be considered as merely passive, and on observation, kept there to protect and guarantee public and individual liberties and property, and they cannot operate actively unless the lawful Government of the province require their assistance.

Art. XV. As soon as the exchange of the ratifications of the present convention takes place, there shall be an entire cessation of hostilities by sea and by land. The blocade shall be raised in the term of 48 hours on the part of the imperial squadron. Hostilities by land shall cease immediately after this convention and its ratifications are notified to the armies, and by sea, in two days to Cape St. Mary, in eight to St. Catherine's, in fifteen to Cape Frio, in twenty-two to Pernambuco, in forty to the Line, in sixty to the coast of Africa, and in eighty to the seas of Europe. All prizes made subsequently shall not be considered bona fide captures and indemnification will be reciprocally made for them.

Art. XVI. All prisoners taken by either party during the war, by sea or by land, shall be set at liberty as soon as the present convention is ratified, and the ratifications exchanged; but those who have not secured the payments of the debts contracted by them, cannot leave the country in which they are.

Art. XVII. After the exchange of the ratification, both high contracting parties shall proceed to appoint their respective plenipotentiaires. for the purpose of adjusting and concluding the definitive treaty of peace, which is to be celebrated between the republic of the United Provinces and the Empire of Brazil.

Art. XVIII. If contrary to expectation, the heigh contracting parties should not come to an adjustment in the said definitive treaty ef peace, trough questions that may arise in which they may not agree, notwithstanding the mediation of His Britannic Majesty, the republic and the Emperor cannot renew hostilities before the expiration of the five years, stipulated in the 10th article; nor even after this time can hostilities take place, without notification being reciprocally given with the knowledge of the mediating power, six months previously.

Art. XIX. The exchange of the ratifications of 1828 the present Convention shall be effected in the city of Monte-Video, in the term of 60 days from the date hereof, or sooner if possible.

In testimony whereof, we, the undersigned plenipotentiaries of the government of the United Provinces, and of his Majesty the Emperor of Brazil, in virtue of our full powers, sign the present convention with our hand, and seal it with the seal of our arms. Done in the city of Rio Janeiro, on the 27th day of the month of August, in the Year of the birth of our Lord Jesus Christ 1828.

Juan Ramon Balcarce.
Tomas Guido.
Marquis de Aracaty.
Jose Clemente Pereira.
Joaquin D'Oliveira Alvarez.

139.

Traité concernant le commerce conclu entre l'Hanovre, la Saxe royale, la Hesse électorale, la Saxe grand-ducale, le duché de Brunswic, le landgraviat de Hesse-Hombourg, les duchés de Nassau, d'Oldenbourg, de Saxe-Altenbourg, de Saxe-Cobourg-Gotha et de Saxe-Meiningen et les lignes ainées et cadettes de Reuss Greiz, de Reuss Lobenstein et Ebersdorf et de Reuss Schleiz, la principauté de Schwarzbourg Rudolstadt et les villes libres de Bremen et de Francfort; signé le 24 Septembre 1828.

(*Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen.* 1829. Nr. 2. pag. 5 sqq.).

Ihre Majestäten, der König von Grofsbritannien, Irland und Hannover und der König von Sachsen, Ihre

1828 Königliche Hoheiten, der Kurfürst von Hessen und der Grofsherzog von Sachsen - Weimar - Eisenach, Ihre Durchlauchten, der Herzog von Braunschweig, der Landgraf von Hessen - Homburg, die Herzoge von Nassau, von Oldenburg, von Sachsen-Altenburg, Sachsen - Coburg - Gotha und Sachsen - Meiningen, imgleichen Ihre Durchlauchten, die Fürsten Reufs älterer und jüngerer Linie zu Greiz, zu Lobenstein und Ebersdorf, und zu Schleiz, der Fürst von Schwarzburg - Rudolstadt, so wie die hohen Senate der freien Städte Bremen und Frankfurt, haben, in der gemeinsamen Absicht, der zu Frankfurt am Main am 21. Mai dieses Jahres unterzeichneten Declaration Folge zu geben, Bevollmächtigte ernannt und zu den verabredeten Conferenzen nach Cassel abgeordnet, nämlich:

Seine Majestät der König von Grofsbritannien, Irland und Hannover, Höchstihren Geheimen Rath, Kriegscanzlei - und Oberzoll - Director, August Otto Ludwig Freiherrn von Grote, Commandeur des Königlichen Guelphen - Ordens;

Seine Majestät, der König von Sachsen, Höchstihren wirklichen Geheimen Rath, Hans Georg von Carlowiz, auf Oberschöna, Domherrn des Hochstifts Merseburg, Comthur des Königlich - Sächsischen Civilverdienst -, Grofskreuz des Kaiserlich - Oesterreichischen Leopold -, Ritter des Kaiserlich - Russischen Sanct Annen - und Königlich - Preufsischen Johanniter-Ordens;

Seine Königliche Hoheit, der Kurfürst von Hessen, Höchstihren Geheimen Rath und Finanz - Kammer-Präsidenten, Carl Friedrich von Kopp, Grofskreuz des Kurfürstlichen Hausordens vom goldenen Löwen;

Seine Königliche Hoheit, der Grofsherzog von Sachsen - Weimar - Eisenach, Höchstihren wirklichen Geheimen Rath Dr. Christian Wilhelm Schweitzer, Grofskreuz des Grofsherzoglich - Sächsischen Hausordens vom weifsen Falken, Comthur des Königlich-Sächsischen Civilverdienst - und Ritter des Kaiserlich-Russischen Sanct Wladimir - Ordens vierter Classe, und Höchstihren wirklichen Geheimen Legationsrath und Geheimen Referendar Carl Friedrich Anton von Conta, Ritter des Grofsherzoglich - Sächsischen Hausordens vom weifsen Falken;

Seine Durchlaucht, der Herzog von Braunschweig 1828 und Lüneburg, Höchstihren Kammerrath, August Philipp Christian Theodor von Amsberg, Innhaber der Waterloo-Denkmünze;

Seine Durchlaucht, der Landgraf von Hessen-Homburg, den Herzoglich-Nassauischen Minister-Residenten an den Königlich-Niederländischen und Bairischen Höfen, Geheimen Legationsrath August von Röntgen, Commandeur des Grofsherzoglich-Badischen Ordens vom Zähringer Löwen;

Seine Durchlaucht, der Herzog von Nassau, Höchstihren Minister-Residenten am Königlich-Niederländischen und am Königlich-Bairischen Hofe, Geheimen Legationsrath von Röntgen, Commandeur des Grofsherzoglich-Badischen Ordens vom Zähringer Löwen;

Seine Durchlaucht, der Herzog von Oldenburg, Höchstihren Regierungsrath Carl Friedr. Ferdinand Suden, des Königlich-Preufsischen rothen Adler-Ordens Ritter;

Seine Durchlaucht, der Herzog von Sachsen-Altenburg, Höchstihren wirklichen Geheimen Rath und Minister, auch Kammerpräsidenten Carl Johann Heinrich Ernst Edlen von Braun, Comthur des Königlich-Sächsischen Civilverdienst- und des Grofsherzoglich-Sächsischen weifsen Falken-Ordens, Ritter des Königlich-Würtembergischen Civilverdienst-Ordens;

Seine Durchlaucht, der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, Höchstihren wirklichen Geheimen Rath und Kammerpräsidenten Christoph Anton Ferdinand von Carlowiz, Comthur des Königlich-Sächsischen Civilverdienst-Ordens, und Höchstihren Kammerrath Wilhelm Ernst Braun;

Seine Durchlaucht, der Herzog von Sachsen-Meiningen, Höchstihren wirklichen Geheimen Rath Dietrich Freiherrn von Stein;

Ihre Durchlauchten, die souverainen Fürsten Reufs älterer und jüngerer Linie zu Greiz, zu Lobenstein und Ebersdorf, und zu Schleiz, Höchstihren Kanzler, Regierungs- und Consistorialpräsidenten Gustav Adolph von Strauch, Ritter des Königlich-Sächsischen Civilverdienst-Ordens, und

1828 Seine Durchlaucht, der Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt, Höchstihren Kammerpräsidenten Christian Wilhelm Schwartz, Ritter des Königlich-Preufsischen rothen Adler-Ordens;

Der hohe Senat der freien Hansestadt Bremen, deren Bürgermeister und bevollmächtigten Gesandten zum Deutschen Bundestage Johann Schmidt,

Der hohe Senat der freien Stadt Frankfurt, den Senator Dr. Johann Gerhard Christian Thomas; — welche, nach vorgängiger Auswechselung ihrer Vollmachten, unter Vorbehalt Allerhöchster und Höchster Ratification folgenden Vertrag abgeschlossen haben.

Art. I. Die Königreiche Hannover und Sachsen, das Kurfürstenthum Hessen, das Grofsherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach, das Herzogthum Braunschweig, die Landgräflich-Hessen-Homburgischen Lande, die Herzogthümer Nassau, Oldenburg, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha und Sachsen-Meiningen, imgleichen die Fürstenthümer Reufs-Greiz, Reufs-Lobenstein und Ebersdorf, Reufs-Schleiz und das Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt, so wie die freien Städte Bremen und Frankfurt — treten in einen Verein, dessen Zweck es ist, im Sinne des Art. 19 der Deutschen Bundes-Acte, einen möglichst freien Verkehr und ausgebreiteten Handel, sowohl in seinem Innern unter den Vereinsstaaten selbst, als nach aufsen zu befördern, auch die Vortheile, welche in dieser Hinsicht einem einzelnen Staate durch seine geographische Lage und sonst gewährt sind, so weit es die finanziellen und merkantilen Verhältnisse desselben nur immer gestatten, auf das Ganze zu übertragen, zu erhalten und sicher zu stellen.

Art. II. Die Dauer des Vereins geht vorerst bis zum 31. December 1834.

Art. III. Um den Verein, seinem Zwecke gemäfs, immer weiter auszubilden, die Hindernisse, welche der Erreichung des Zweckes entgegenstehen, immer genauer kennen zu lernen, und die gewissesten ausführbaren Mittel zur Abhülfe durch offene Mittheilungen und gemeinschaftliche Berathungen aufzufinden, werden Abgeordnete der Vereinsstaaten von Zeit zu Zeit wieder zusammenkommen — das erstemal am 1. Juni 1829 zu Cassel. — Die Königlich

Sächsische Regierung ist von den sämmtlichen Vereinsstaaten ersucht worden und hat sich bereit erklärt, in der Zwischenzeit alle auf den Verein Bezug habenden Anträge entgegen zu nehmen und die etwa erforderlichen Communicationen mit den Vereinsstaaten eintreten zu lassen. Bei jenen Zusammenkünften wird auch der Ort und der Tag für die nächste Zusammenkunft jedesmal festgesetzt, die weitere Geschäftsleitung verabredet und endlich über die Erstreckung des Vereins oder die Erneuerung desselben nach Ablauf der oben angegebenen Frist berathen werden.

Art. IV. Die genannten Staaten verpflichten sich, einseitig, d. h. ohne ausdrückliche Beistimmung des ganzen Vereins mit keinem auswärtigen, in dem Vereine nicht begriffenen Staate in einen Zoll- oder Mauthverband zu treten. Von dieser Bestimmung sind nur solche Gebietstheile der Vereinsstaaten ausgenommen, welche von dem Gebiete auswärtiger, in dem Vereine nicht begriffener Staaten völlig umschlossen sind.

Art. V. Die Handelsstrafsen, insonderheit diejenigen, welche die Seeküsten mit den Haupthandelsplätzen Deutschlands, so wie mit dem Rheine, dem Maine, der Elbe und der Weser, imgleichen diese Haupthandelsplätze unter einander verbinden, sollen von sämmtlichen Vereinsstaaten, durch welche dieselben führen, dem Zwecke des Vereins entsprechend, immer vollkommener hergestellt und unterhalten werden. Dahin gehört es auch, dafs die Strafsenzüge vorzugsweise durch die Staaten des Vereins geführt, dabei jedoch möglichst abgekürzt und die, zu diesem Zwecke erforderlichen neuen Bauten ohne Verzug unternommen werden. Die besonders in das Auge zu fassenden und die in Gemäfsheit des gemeinsamen Beschlusses darmalen neu zu bauenden Strafsen sind in einer diesem Vertrage angefügten Beilage nach ihren Hauptrichtungen verzeichnet worden. Bis zum 1. Juni 1829 hat jeder Vereinsstaat anzuzeigen, was er in Gemäfsheit dieser Projecte bereits gethan hat und wann er die Ausführung beendigen werde. Vorläufig ist als endlicher Termin der völligen Ausführung der 1. October 1830 angenommen worden, obgleich zu erwarten steht und hier als vertragsmäfsige Verpflichtung anerkannt wird, dafs von keinem Staate

1828 etwas werde unterlassen werden, was zu noch grösserer Beschleunigung dienen kann.

Art. VI. Nicht minder wird jeder Vereinsstaat sich bemühen, dem Handel und Verkehr auf diesen Strafsen durch möglichste Vereinfachung der Formen und Controlen bei dem Ein-, Durch- und Ausgange, durch Abstellung etwa einschleichender Mifsbräuche, durch eine liberale Behandlung der Reisenden, und überhaupt durch Beschleunigung des Verfahrens seiner Beamten bei Ausstellung, Abgabe und Signirung von Ladungs-Manifesten, so wie bei etwa erforderlichen Untersuchungen diejenigen Förderungsmittel und Erleichterungen angedeihen zu lassen, welche geeignet sind, einen frequenten Transport auf diesen Strafsen zu veranlassen und zu erhalten.

Art. VII. Die genannten Staaten machen sich verbindlich, die in ihren Landen dermalen bestehenden oder gesetzlich bereits angeordneten Transito-Abgaben, sie mögen unter diesem oder einem andern Namen vorkommen, mithin auch das Geleit, in soweit es durchgehende Güter trifft, hinsichtlich derjenigen Waaren, welche entweder aus einem Vereinslande kommen, oder beim Eintritt in einen, zu dem Verein gehörenden Staat eins oder mehrere der übrigen Vereinslande schon berührt haben, imgleichen derjenigen, welche beim Wiederausgange aus einem Vereinslande in einen andern zu dem Vereine gehörenden Staat treten, einseitig nicht zu erhöhen. Zwar bleibt zufolge dieser Bestimmung einem jeden einzelnen Staate das Recht vorbehalten, solche Waaren, welche, ohne schon früher ein Vereinsland berührt zu haben, aus den nicht zum Verein gehörenden Staaten kommen, und, ohne einen andern Vereinsstaat zu berühren, in einen nicht zum Verein gehörenden Staat gebracht werden, einseitig mit höheren Transito-Abgaben zu belegen, auch soll dasselbe Recht mehreren in unmittelbarer Berührung nach einander liegenden, von derselben Strafse durchschnittenen Vereinsstaaten in der Maafse gesichert seyn, dafs sie sich auf dieser Strafse über die Erhöhung der Transito-Abgaben von fremden aus einem Nichtvereinsstaate, ohne ein Vereinsland früher berührt zu haben, in ihr Gebiet tretenden und aus diesem, ohne einen andern Vereinsstaat zu berühren, wieder ausgehenden Waa-

ren unter einander ohne Zustimmung der übrigen 1828
Vereinsstaaten einigen dürfen. Aber es soll weder in dem einen noch in dem andern der hier bezeichneten Fälle die Erhöhung der Abgaben für solche Waaren eintreten, welche zufolge der dieselben begleitenden Ladungs-Documente und mit Anwendung der unter den betheiligten Staaten zu verabredenden Controllmaafsregeln definitiv nach einem andern Vereinslande bestimmt sind.

Art. VIII. Durch die in dem Art. VII. stipulirte Nichterhöhung der Transito-Abgaben ist eine neue Regulirung der jetzt in den Vereinsstaaten bestehenden Durchgangszölle, wodurch keine Erhöhung dieser Zölle und überhaupt keine neue Belästigung herbeigeführt wird, nicht ausgeschlossen. Es entspricht vielmehr dem Zwecke des Vereins, dafs auf eine solche Regulirung überall Bedacht genommen werde, wo dieselbe nicht bereits geschehen ist, man aber durch Vereinfachung der Erhebung der Controlle die Zollpflichtigen erleichtern kann. Jeder Vereinsstaat, welcher von der Befugnifs einer neuen Regulirung seiner Zolleinrichtungen Gebrauch macht, ist verbunden, unter Mittheilung der darüber getroffenen Bestimmungen, den übrigen Staaten des Vereins nachzuweisen, dafs in deren Folge weder eine Erhöhung der bisherigen Transito-Abgaben, noch eine sonstige gröfsere Belästigung des Transito-Handels und Verkehrs stattfinde.

Art. IX. Einem jeden zum Verein gehörenden Staat oder auch mehreren derselben gemeinschaftlich bleibt die Befugnifs, einseitig Repressalien oder Retorsions-Maafsregeln zu ergreifen, welche überhaupt mit dem gegenwärtigen Vertrage, zwar nicht beabsichtigt, wohl aber vereinbar sind. Selbst eine Erhöhung der Transito-Abgaben als Repressalien oder Retorsion gegen Auswärtige zum Verein nicht gehörende Staaten bleibt in dem Falle ausdrücklich vorvorbehalten, wenn eine Erhöhung der dort bestehenden Transito-Abgaben dazu auffordern sollte. Jedoch versteht es sich von selbst, dafs auch durch die für solchen Fall ausdrücklich vorbehaltene Anwendung von dergleichen Maafsregeln nur das nicht zum Verein gehörende Ausland getroffen und den im Art.

1828 VII. enthaltenen, einen Hauptgegenstand der gegenwärtigen Vereinbarung ausmachenden Stipulationen gegenseitig eingeräumten Rechten nicht zuwider gehandelt werden darf.

Art. X. Sollte es bei der Ausführung der vorstehenden Art. VII bis IX. auf den Begriff des durchgehenden Gutes (Transito-Guts) ankommen, so ist derselbe in jedem Staate des Vereins zuförderst aus der eigenen, dermalen schon bestehenden Gesetzgebung zu entnehmen. Im Zweifel aber heifst: *durchgehendes Gut* Alles, was entweder, ohne umgeladen, oder wenn es umgeladen oder gelagert wird, ohne zur Consumtion oder zum Verkauf im Lande bestimmt zu sein, über eine Gränze des Landes ein- und über eine andere Gränze desselben ausgeführt wird.

Art. XI. Wie die Transito-Abgaben soll auch das Chaussee-, Wege-, Brücken- und Pflastergeld in den Staaten des Vereins über die jetzt in einem jeden dieser Staaten schon bestehenden Tarif-Sätze auf den Handelsstrafsen nicht erhöht werden. Aber vorbehalten bleibt die Belegung neu angelegter oder durch bedeutende Bauten verbesserter Chaussee-, Wege-, Pflasterstrecken und Brücken mit einem angemessenen Tarif-Satze.

Art. XII. Um die gegenwärtig schon bestehenden oder schon gesetzlich angeordneten Transito-Abgaben, imgleichen die Chaussee-, Wege-, Brücken- und Pflastergelder auf den Handelsstrafsen übersehen zu können, und also künftigen Zweifeln und Weiterungen vorzubeugen, sollen von den einzelnen Vereinsstaaten und für jeden derselben durchgehends unter Beziehung auf Gesetze und, dafern solche nicht mehr beizubringen sind, auf amtliche Zeugnisse, genaue Aufstellungen gefertigt, auch darin sowohl die Abgabensätze selbst, als die darauf bezüglichen Einrichtungen und Controll-Maafsregeln bestimmt angegeben werden. Diese Aufstellungen und Uebersichten sind als ergänzende Theile des gegenwärtigen Vertrags zu betrachten.

Art. XIII. Von keinem der Vereinsstaten darf gegen den andern irgend ein Waarenverbot durch Untersagung des Eingangs oder des Ausgangs, z. B.

eine Getraidesperre, angelegt werden, in sofern solches nicht durch rein politische Verhältnisse, z. B. für Kriegsbedürfnisse oder durch Staats-Monopole, z. B. die Salz- und Spielkarten-Regie begründet wird. Schon bestehende Verbote aus Gewerbs- und sonstigen polizeilichen Rücksichten dürfen fortbestehen und erwiedert werden. Temporaire Maafsregeln aus Rücksichten der Gesundheits-Polizei bleiben vorbehalten, z. B. Cordons und Eingangssperren bei ausgebrochenen Seuchen.

1828

Art. XIV. Unter dem Vorbehalte weiterer Berathung und Vereinbarung über gegenseitig zu bewilligende Erleichterungen für Handel und Verkehr ist man hinsichtlich des Vertriebs der nothwendigsten Lebensbedürfnisse und einiger anderen Gegenstände übereingekommen, schon für jetzt das Folgende festzusetzen:

I. Frei von jeder Eingangs- und Ausgangs-Abgabe sind vom 1. Januar 1829 an:

1. Weitzen, 2. Roggen, 3. Dinkel oder Spelz, 4. Gerste, 5. Hafer, 6. Buchweizen, 7. Wicken, 8. Erbsen, 9. Bohnen, 10. Linsen, 11. Hirse, 12. Kartoffeln, 13. Heu, 14. Stroh, 15. Dünger, 16. frische Butter, 17. frisches Obst, 18. frisches Gemüse, 19. Federvieh, 20. Eier, 21. Brennholz, 22. Holzkohlen, 23. Steinkohlen, 24. Braunkohlen, 25. Bäume zum Verpflanzen und 26. Futterkräuter,

wenn sie, ohne das Ausland zu berühren, von einem Vereinslande in ein anderes Vereinsland gebracht werden. Die Consumtions- und inländischen Verkehrabgaben, welchen die gedachten Gegenstände nach den verschiedenen Steuereinrichtungen der Vereinsstaaten auch dann unterliegen, wenn sie inländischen Ursprungs sind, werden durch diese Bestimmung nicht aufgehoben.

II. Die gedachten Gegenstände sind, wenn sie aus einem Vereinslande kommen und durch ein anderes Vereinsland transiren, auch von dem Transito-Zolle frei. Indessen soll bei der Durchfuhr der von Nr. I—II. incl. genannten Gegenstände, unter Beobachtung der nöthigen Controll-Maafsregeln, die Forterhebung eines etwa schon hergebrachten Transito-Zolles bis zu $\frac{1}{2}$ guten Groschen vom Centner gestattet sein.

1828 III. Da bei der vorstehend stipulirten Abgabenfreiheit ohne Rücksicht auf die eigentlichen kaufmännischen Speculationen die Absicht nur dahin gerichtet ist, den Verkehr mit den benannten Gegenständen an den gegenseitigen Gränzen der Vereinsstaaten möglichst zu erleichtern, und den Absatz der Producenten zu befördern, so unterliegt dieselbe in Bezug auf den Handel mit Getraide und Hülsenfrüchten (Nr. I — II.) noch einigen näheren Bestimmungen und Beschränkungen, nämlich:

a. Nur das von den Producenten auf den Wochenmärkten ausgestellte, oder von ihnen, wie auch von Zwischenhändlern, von letzteren jedoch nur in Quantitäten von nicht mehr als 20 Centnern zum feilen Verkauf verführte Getraide ist bei der Einfuhr von einem Vereinslande in ein anderes Vereinsland von jeder Eingangsabgabe frei, wenn es mit Ursprungs-Certificaten versehen ist. Diese Certificate sind von den betreffenden Ortsobrigkeiten unentgeldlich zu attestiren.

b. Bei der Einfuhr von Getreide von 2 Centnern und darunter, bedarf es der Ursprungs-Certificate nicht.

c. Es bleibt jedem Vereinsstaate überlassen, die unter a. und b. nach Centnern angegebenen Quantitäten dem Gewichte entsprechend nach dem in jedem Lande herkömmlichen Gemäfs zu reguliren.

d. Getraide, welches eingeht, ohne dafs den vorstehend angegebenen Bedingungen der Abgabenfreiheit dabei genügt wird, entrichtet die in einem jeden Lande gesetzlich bestehenden Einfuhr- und Durchgangsabgaben.

e. Die Vereinsstaaten versprechen sich gegenseitige Hülfsleistung bei Untersuchung und Bestrafung der durch Mifsbrauch der Ursprungs-Certificate etwa versuchten Contraventionen.

Zwischen denjenigen Ländern des Vereins, zwischen welchen nach der bisherigen Verfassung schon gröfsere Freiheiten in Absicht des Verkehrs mit Getraide gesetzlich und gegenseitig bestehen, als durch gegenwärtige Bestimmungen gewährt werden, behält es bei dem Bisherigen lediglich sein Bewenden.

Art. XV. Vom 1. Januar 1829 an sollen die Handelsreisenden eines Vereinsstaats, welche in einem

andern Vereinstaate in Gemäfsheit der bestehenden 1828
Gesetze desselben zur Vorzeigung von Mustern oder zum Betrieb sonstiger Handelsgeschäfte zugelassen werden, hinsichtlich der, während der Zeit ihres Aufenthalts, von ihnen dafür begehrten Leistungen und Abgaben in keiner Hinsicht mehr belastet werden, wie die Handelsreisenden irgend eines andern zum Vereine nicht gehörenden Staates.

Art. XVI. Den einzelnen Vereinsstaaten bleibt das Recht vorbehalten, ohne Zustimmung des ganzen Vereines sowohl unter sich, als mit fremden Staaten Handelsverträge abzuschliefsen. Dabei versteht es sich indessen von selbst, dafs in dergleichen einseitige Verträge nichts aufgenommen werden darf, was den Verpflichtungen widerspricht, die jeder Staat durch die gegenwärtige Vertragsurkunde gegen den Verein übernommen hat, oder übernehmen wird. Solche Verträge, welche die Erleichterung des Verkehrs zwischen den sich unmittelbar berührenden Nachbarstaaten des Vereins zum Zwecke haben, sind als weitere Ausführung der Absicht des Vereins zu betrachten. Von jedem solchen Separat-Vertrage, welchen ein Vereinsstaat mit einem andern Staate abschliefst, ist spätestens zu der Zeit, wo derselbe in Kraft tritt, den übrigen Vereinsstaaten Mittheilung zu machen.

Art. XVII. Jeder Vortheil in Ansehung der Eingangs-, Ausgangs-, Durchgangs-, Verkaufs- und Verbrauchs-Abgaben, welche ein Vereinsstaat einem fremden, nicht zum Verein gehörenden Staate zugesteht, soll ohne Weiteres auch jedem andern Vereinsstaate zu Theil werden, welcher jenem den gleichen Vortheil entweder bisher schon gewährt hat oder künftig zu erwiedern bereit ist.

Art. XVIII. Ueber gemeinsame Maafsregeln des Vereins bestimmt die Gesammtheit desselben. Es gehören hieher Repressalien und Retorsionen von Seiten des ganzen Vereins, so wie Unterhandlungen und Verträge, welche der Verein als solcher zur Erleichterung des Handels und Verkehrs mit auswärtigen, zum Verein nicht gehörenden Staaten abzuschliefsen für rathsam hält und deren Beförderung im Allgemeinen den Grundsätzen des gegenwärtigen Vertrags nur entsprechen kann.

1828 Art. XIX. Die Stipulationen dieses Vertrags beabsichtigen keineswegs, die wegen der freien Flufsschifffahrt und des Flufshandels durch die bestehenden Staatsverträge getroffenen Bestimmungen abzuändern, da sie sich überhaupt nur auf den Landverkehr beziehen und daher hinsichtlich der Flufs- und Seeschifffahrt, so wie des Flufs- und Seehandels und der Verträge über dieselben keine Anwendung finden können.

Art. XX. Die auf fremden Handelsplätzen angestellten Consuln der zum Verein gehörenden Regierungen sollen angewiesen werden, das Interesse der Unterthanen aller übrigen Vereinsstaaten eben so wie das Interesse der Unterthanen ihrer Regierungen wahrzunehmen und zu vertreten. Etwaige daraus entstehende Kosten und Auslagen der Consulate hat eine jede Regierung für ihre Unterthanen zu ersetzen.

Art. XXI. Zur Erleichterung des Handels und der Berechnungen sollen hinsichtlich des Gewichts, des Gemäfses und des Geldtarifs, wonach die Abgaben von Transito-Güter erlegt werden, Vergleichungs-Tabellen entworfen und publicirt werden.

Art. XXII. Da der gegenwärtige Vertrag unter dem ausdrücklichen Vorbehalte der Allerhöchsten und Höchsten Ratificationen abgeschlossen ist, so soll derselbe von sämmtlichen Bevollmächtigten an ihre respectiven Gewaltgeber zu diesem Behufe eingesendet und die Ratificationen sollen innerhalb sechs Wochen von heute an ausgewechselt werden.

Urkundlich ist vorstehender Vertrag von sämmtlichen Conferenz-Bevollmächtigten unterzeichnet und mit ihren Wappen besiegelt worden.

So geschehen Cassel den vier und zwanzigsten September Eintausend Achthundert und acht und zwanzig.

August Ludewig Otto Grote.

Hans Georg von Carlowiz.

Carl Friedrich von Copp.

Carl Friedrich Anton von Conta, für mich und für den Herrn wirklichen Geheimen Rath Dr. Schweitzer.

AUGUST PHILIPP CHRISTIAN THEODOR VON AMSBERG. 1828

AUGUST VON ROENTGEN, als Bevollmächtigter von Hessen-Homburg und von Nassau.

CARL FRIEDRICH FERDINAND SUDEN.

CARL JOH. HEINR. ERNST EDLER VON BRAUN.

WILHELM ERNST BRAUN, für mich und den Herrn wirklichen Geheimen Rath, *Freiherrn* VON CARLOWIZ.

DIETRICH *Freiherr* VON STEIN.

GUSTAV ADOLPH VON STRAUCH.

CHRISTIAN WILHELM SCHWARTZ.

JOHANN SMIDT.

JOHANN GERHARD CHRISTIAN THOMAS.

Die wörtliche Uebereinstimmung der vorstehenden Abschrift mit dem Originale beglaubigt

H. G. v. CARLOWIZ. U. F. v. MEYSENBUG,
Kurfürstlich Hessischer Ministerial-Assessor.

140.

Réglement de douanes concerté entre le Wurtemberg, la Bavière et les principautés de Hohenzollern Hechingen et de Hohenzollern Sigmaringen, publié à Stouttgart le 26 *Septembre* 1828.

(*Regierungsblatt für das Königreich Würtemberg.* 1828. Nr. 61. pag. 727 sqq.).

Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Würtemberg. In dem Artikel VII. des Grund-Vertrags über den Zoll-Verein vom 18. Januar 1828, worüber

1828 Unsere getreuen Stände nach erfolgter Mittheilung ihre zustimmende Erklärung abgegeben haben, ist eine Vereinigung über die Zoll-Ordnung und die Zoll-Tarife vorbehalten worden, nach welcher die gemeinschaftlichen Zölle erhoben werden sollen.

In Gemäfsheit der hierauf mit der Krone Bayern geflogenen weiteren Verhandlungen verordnen Wir nun nach Anhörung Unseres Geheimen Raths,

dafs die angeschlossene Zoll-Ordnung nebst beigefügtem Tarif als Vereins-Zoll-Ordnung verkündet und vom 1. October 1828 an gehörig in Vollzug gesetzt werde.

Stuttgart, den 26. Sept. 1828.

WILHELM.

Der Finanz-Minister:
Freiherr v. VARNBÜLER.

Auf Befehl des Königs:
Der Staats-Sekretär,
VELLNAGEL.

Vereins-Zoll-Ordnung.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§. 1. Das Königreich Würltemberg, das diesseits des Rheins liegende Gebiet des Königreichs Bayern, dann die Fürstenthümer Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen, umschliefst eine gemeinsame Zoll-Linie.

§. 2. Die Regierungen der vereinten Staaten behalten sich vor, einzelne Grenzorte aufser der Zoll-Linie zu setzen, und sodann als freie Stapelplätze zu erklären, wenn die hetreffenden Gemeinden es wünschen, und deren Lage und Handel es erheischen.

§. 3. Hinsichtlich des bayerischen Rheinkreises verbleibt es bei den Bestimmungen, welche der Art. III. des Grund-Vertrages enthält.

§. 4. Die übrigen Besitzungen der vereinten Staaten, welche aufserhalb der gemeinschaftlichen Zoll-Linie liegen, werden nach Bestimmung des Art. IV. des Grund-Vertrags behandelt.

§. 5. In Hinsicht der Erweiterung des Vereins-Gebietes bleibt es gleichfalls bei den Bestimmungen des Grund-Vertrags.

§. 6. An der gemeinschaftlichen Zoll-Linie, und 1828 innerhalb derselben richtet sich die Erhebung der gemeinschaftlichen Zölle, und der damit in Verbindung stehenden Gebühren nach den Bestimmungen gegenwärtiger Zoll-Ordnung.

§. 7. Für alle Erzeugnisse der Natur, der Kunst und des Gewerbfleifses ist, mit nachfolgenden Ausnahmen, die Einfuhr, Durchfuhr und Ausfuhr gestattet.

§. 8. In Ansehung der Ein- Durch- und Ausfuhr des Salzes und aller jenen Stoffe, aus welchen Salz gezogen werden kann, wird es nach den Bestimmungen des Art. XXXV. des Grund-Vertrages gehalten. Die verbotenen Stoffe werden öffentlich bekannt gemacht werden.

§. 9. Die Einfuhr und Durchfuhr anderer ausländischer Artikel kann aus sanitätspolizeilichen Rücksichten auf bestimmte Zeit, allgemein oder örtlich, im Gebiete des Zoll-Vereins verboten werden.

§. 10. Allenfallsige Verbote der Ausfuhr des Salpeters und des Pulvers bleiben Gegenstand besonderer Anordnungen.

§. 11. Nicht minder bleibt den vereinten Regierungen vorbehalten, auf den Grund der Reciprocität gemeinsam Einfuhr-Verbote zu verfügen, und den Durchgang zu erschweren.

§. 12. Auf der Zolllinie werden Ober- und Zollämter aufgestellt, und denselben, wo es erforderlich ist, besondere Einnehmereien (Zollstationen) untergeordnet.

§. 13. Im Rücken der Zolllinie werden, wie bisher, Hallämter aufgestellt; mehrere derselben können mit Oberzollämtern vereinigt werden.

§. 14. Wer Handelsgüter und Waaren, zollbar oder zollfrei, mit sich führt, darf über die Zolllinie zu Wasser und zu Lande nur auf solchen Strafsen und Wegen nach Sonnen-Aufgang und vor Sonnen-Untergang — (Postwagen und Eilwagen der Post-Anstalt, so wie Reisende mit Postpferden, insofern es keine Handels-Reisende (§. 68) sind, ausgenommen —) ein- und austreten, welche durch Aufrichtung bestimmter Zeichen als erlaubte Zollwege erkennbar gemacht, und an welchen sich kompetente, öffentlich bekannt gemachte Zollerhebungs-Behörden befinden,

1828 die streng verpflichtet sind, die Ein- und Austretenden nicht unnöthig aufzuhalten, sondern sogleich zu expediren.

Auch mufs der Weg, den Fall einer durch Zeugen erweislichen Noth ausgenommen, ununterbrochen bis zur Zollstätte oder von dieser zur Grenze fortgesetzt werden. Alle übrigen Wege sind in Hinsicht der Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr als verboten erklärt, so wie der Eintritt und Austritt zu einer andern Zeit verboten ist, Unglücksfälle oder ausserordentliche Umstände ausgenommen.

§. 15. Die Zoll-Abgabe haftet jedenfalls auf der Waare.

Alle die Zoll-Linie überschreitenden Waaren im Ein- Aus- und Durchgange, sie mögen nach den Tarifen zollbar oder zollfrei seyn, müssen bei den kompetenten Zoll-Erhebungsstellen sogleich bei ihrer Ankunft angemeldet, und deklarirt werden. Die Deklaration ist die vor dem Eintreten der amtlichen Verhandlung zu machende genaue und vollständige Angabe der, auf eigene oder fremde Rechnung ein- aus- oder durchgehenden Gegenstände, nach ihrer Gattung, Zahl, Werth, Maafs, Gewicht, Zeichen, Ziffer, Herkunft und Bestimmung, und richtet sich nach dem Tarife. Ist der Zollpflichtige nicht im Stande, zu deklariren, so steht es demselben frei, bei dem Amte, ehe die Amtshandlung eintritt, sich vom Inhalte und Gewichte vollständig zu überzeugen, und dann erst zu deklariren.

Als Zollpflichtiger wird derjenige betrachtet, welcher sich bei der Zoll-Behörde zu Folge vor- oder nachgehender Bestimmungen zur Vornahme einer Zoll-Behandlung zu stellen verpflichtet ist, und sich im Besitze der zollbaren Gegenstände in dem Augenblicke befindet, als die Zoll-Behandlung vorgenommen wird, er sey nun deren Eigenthümer oder nicht.

§. 16. Die bisherigen Transitzölle werden hiemit aufgehoben; künftighin sind von durchgehenden Gütern nur jene Gebühren zu entrichten, welche in den §§. 69 und 70 festgesetzt sind.

§. 17. Die Einfuhr-Zölle werden nach dem beiliegenden Tarif erhoben.

§. 18. Die Ausfuhr-Zölle werden gleichfalls nach dem beiliegenden Tarif erhoben.

§. 19. Werden Güter mit Betretung eines fremden Gebiets von einem Orte des Vereins-Gebietes an einen andern Ort des Vereins-Gebietes versendet oder verführt, so kann hiefür die Befreiung vom Ausgangs- und Eingangs-Zolle angesprochen werden; in diesem Falle müssen jedoch die betreffenden Güter von dem Hallamte, von welchem sie kommen, oder von dem Erhebungs-Amte, bei welchem sie austreten, versichert, mit einem unentgeldlich auszustellenden Passirschein begleitet, und an dem Ort ihrer Bestimmung oder an dem diesem zunächst gelegenen Zoll- oder Hallamte der Kontrole unterworfen werden.

§. 20. Das Weggeld bei den Gegenständen der Einfuhr, mit Ausnahme des Holzes, bei welchem für die Stunde per Pferd ½ Kr., und vom Fahrzeug 2 Kr. Weggeld bezahlt wird, ist aufgehoben.

Dagegen wird auf gemeinsame Rechnung ein fixer Zoll-Beischlag:

I. Von 6¼ Kr. per Centner, oder per Fafs, oder per Eimer, oder per Scheffel, oder per Pferdlast:

a. bei allen Gegenständen, welche im Tarife mit 25 Kr. bis zu 3 Fl. 20 Kr. per Centner, oder mit 3 Kr. vom Guldenwerth belegt sind;

b. bei solchen Gegenständen, welche vom Fafs bis zu 12 Kr., vom Stück bis zu einem Gulden, vom Eimer oder Scheffel bis zu 45 Kr., von der Pferdlast bis zu 24 Kr. Zoll belegt sind;

II. von 12½ Kr. vom Centner, bei jenen Artikeln, welche im Tarife

a. mit 3 Fl. 20 Kr. bis 15 Fl. einschlüssig, per Centner, dann beim Guldenwerth zu 6 und 9 Kr.;

b. beim Stück bis zu 4 Fl., vom Eimer und Scheffel bis 1 Fl. belegt sind;

III. von 25 Kr. per Centner oder vom Guldenwerth oder per Eimer, oder Scheffel oder Stück, bei allen höher belegten Artikeln, erhoben.

Das Weggeld bei den Gegenständen der Durchfuhr soll in 12½ Kreuzer per Centner bestehen.

Auf den Strafsen, welche kürzer als 50 geographische Stunden sind, wird für jede Stunde 1 Pfennig per Centner erhoben.

1828 Auf den Wasserstrafsen besteht das Weggeld dort, wo es im Allgemeinen Anwendung findet, in der Hälfte des Weggelds zu Lande.

Der Reisende, welcher mit ausländischen Pferden oder Maulthieren eintritt, bezahlt 3 Fl. von jedem Pferde oder Maulthiere. Sollte jedoch derselbe im Vereinsgebiete nicht 50 Stunden zurücklegen, so wird das Weggeld für jede Strafsenstunde, um welche der von ihm zurückgelegte Weg hinter der Zahl von 50 Stunden zurücksteht, um 3 Kr. zurückvergütet. Fremde Reisende, welche inländische Bäder besuchen, sollen, wenn ihre Reisepässe dieses Reisezweckes ausdrücklich erwähnen, vom Weggelde frei sein.

§. 21. Das Waggeld im inländischen Verkehr, und für die zur Ausfuhr bestimmten Gegenstände, wird aufgehoben.

§. 22. In Hinsicht der Brücken- und Pflaster-Zölle bleibt es bei den Bestimmungen des Art. 30 des Grund-Vertrages.

§. 23. Das auf separirte Rechnung eines jeden der vereinten Staaten zu erhebende Waggeld wird mit 2 Kr. von jedem Sporco-Centner erhoben, wobei jedoch Quantitäten unter 50 Pfd. für einen halben, und Quantitäten über 50 Pfd. für einen ganzen Centner gerechnet werden.

Das Waggeld kann für jede definitive Durchgangs- Ausgangs- und Eingangs-Behandlung nur einmal erhoben werden.

Dort, wo es rechtlich hergebrachte Tarife oder Rücksichten für den Verkehr erheischen, kann die Waggebühr von der betreffenden Regierung unter den Betrag von 2 Kr. per Centner vermindert werden.

Für Gegenstände die nicht gewogen werden, und weder Zoll noch Weggeld nach dem Gewichte entrichten, wird auch kein Waggeld bezahlt.

§. 24. Für Güter, die an Krahnen ein- und ausgeladen werden, sind von jeder Last zu 10 Centner höchstens (§. 23) 3 Kr., und bei geringeren Lasten von jedem Centner 2 Pfennige (½ Kreuzer) als Krahnengebühr zu entrichten.

Für den Uebersatz der Güter aus einem Schiffe in das andere, sind von jedem Centner 2 Pfennige (½ Kreuzer) zu bezahlen.

§. 25. Die Kanal - und Wehrlochöffnungs - Gebühren, dann die Winterhalts - Gebühren werden dort, wo sie hergebracht sind, in dem bisherigen Betrage erhoben.

§. 26. Von jedem Gulden des Zoll - und Weggeld - Betrages wird eine Stempel - Gebühr zu 2 Kr., und wenn jener Betrag unter 1 Fl. steht, zu 1 Kr. erhoben.

§. 27. Die Regierungen der vereinten Staaten behalten sich vor, im gemeinsamen Einverständnisse Erhöhungen oder Verminderungen der Eingangszölle nach dem Bedürfnisse der Landwirthschaft, der Industrie und des Handels provisorisch, nach Mafsgabe der verfassungsmäfsigen Bestimmungen der einzelnen Staaten, anzuordnen.

§. 28. In derselben Art und Weise behalten sich die Regierungen der vereinten Staaten vor, sowohl den Durchgangs - und Ausgangs - Zoll von allen aus dem Vereins - Gebiete gehenden Handelsgütern, die durchgehenden mitbegriffen, aufzuheben, oder in einzelnen Sätzen nach Gutbefinden zu vermindern, als auch das Weggeld in der Einfuhr und Durchfuhr, im Allgemeinen, oder auf einzelnen Strafsenzügen, herabzusetzen, oder ganz zu erlassen.

§. 29. Der Grenz - Verkehr, worunter besonders der tägliche kleine Verkehr mit landwirthschaftlichen Produkten aller Art und Lebensmitteln in unverpaktem offenen Zustande, und in kleinen Quantitäten verstanden wird, soll keineswegs erschwert, sondern möglichst erleichtert werden.

Zu diesem Ende werden darüber nach Beschaffenheit der örtlichen Verhältnisse die Grenz - Zollämter von den vereinten Regierungen mit besonderen, hierauf sich gründenden Weisungen versehen, und diese, so wie deren jedesmalige Veränderungen öffentlich bekannt gemacht.

§. 30. Die Zahlung der Zoll - und übrigen Gebühren, mufs immer in Geldsorten geschehen, die in demjenigen Staate, in welchem sich die Erhebungsstelle befindet, Kurs haben.

§. 31. An den schuldigen Zöllen und anderen Abgaben hat keine Nachborge Statt.

§. 32. Für jeden entrichteten Betrag an Zöllen und anderen Nebengebühren, mufs eine von Korrekturen und andern wesentlichen Mängeln freie Be-

1828 scheinigung ausgestellt werden, die allein als Beweis der Zahlung und erfüllten Obliegenheit gültig ist.

§. 33. Die Zollscheine müssen in der gehörigen Zeit und dort abgelegt werden, zu welcher, und wo sie nach der zollamtlichen, auf dem Zollscheine vorgemerkten Weisung abgelegt werden sollen. Für die richtige Ablegung des Zollscheins haftet derjenige, auf dessen Namen derselbe ausgestellt ist; für die Einhaltung der Kontrole und des Ablege-Termins aber jederzeit der Fuhrmann.

Bei Speditionsgütern müssen, auf Verlangen des Spediteurs, die Zollscheine nicht auf seinen, sondern auf den Namen des Fuhrmanns gestellt werden, in so ferne dieser ein angesessener Inländer, oder, wenn derselbe ein Ausländer wäre, hinreichend verbürgt ist.

Ueber die Ablegung des Zollscheins hat die Behörde, bei welcher derselbe abgelegt wird, dem Ablegenden einen Empfangsschein auszustellen.

§. 34. In Differenzen zwischen den Zollpflichtigen und Zollbeamten über die Anwendung der Zolltarife, und die Entrichtung des Zollsatzes, steht, wie bisher, die Entscheidung der betreffenden Ober-Zoll-Administration, und im Recurswege dem Ministerium der Finanzen des betreffenden Staates zu. Jedoch bleibt demjenigen, welcher sich bei der Entscheidung des Finanz-Ministeriums nicht beruhigen zu können glaubt, die weitere Beschwerdeführung unbenommen, je nachdem es die Landes-Einrichtungen und Gesetze zulassen.

Andere Recurse und Beschwerden, welche über Verfügungen der Ober-Zoll-Administrationen an den General-Kongrefs der Vereins gelangen, finden ihre Erledigung nach den Bestimmungen der Art. XXXVII und XXXVIII des Grund-Vertrages.

II. Von der Durchfuhr.

§. 35. Die zur unmittelbaren Durchfuhr ohne Abstofs schon zum Voraus bestimmten Handelsgüter sind von der Bezahlung des Eingangs-Zolles frei, wenn sie so verpackt sind, dafs die ganze Ladung mit Schnur und Siegel vollständig belegt werden kann. Einem solchen Frachtführer steht jedoch frei, eine Umladung an einem Hallamte zu bewerkstelligen, welches er auf seinem Wege berührt.

§. 36. Wenn eine solche, jedes unmerkliche Herausnehmen verhindernde Belegung einer Ladung nicht angebracht werden kann, und der Fuhrmann will seine Reise ohne weiteres fortsetzen, so findet die Freiheit von dem Eingangszolle nicht Saatt, sondern dieser Zoll ist zu erheben.

Zieht der Fuhrmann vor, sogleich wieder umzukehren, und über die Grenze zurückzufahren, so ist es ihm zu gestatten.

Gleichfalls steht es ihm frei, unter Aufsicht des Zollamtes seine Ladung so einzurichten, daſs sie nach Vorschrift des §. 35. mit Schnur und Siegel vollständig belegt werden könne. Will aber der Fuhrmann nicht umkehren, und kann auch seine Ladung nicht so eingerichtet werden, daſs sie mit Schnur und Siegel belegt werden kann, so muſs er abladen, und jedes einzelne Frachtstück mit Schnur und Siegel vollständig belegt werden.

§. 37. Nur für durchgehendes Vieh und Holz kann die Zurückvergütung des Eingangs-Zolles, welcher bei dem Eintritte erlegt worden ist, gegen Entrichtung des Ausgangs-Zolles Statt finden.

§. 38. Von Wasserfrachten und von Frachten des Postwagens können ausnahmsweise auch einzelne Colli mit Schnur und Siegel belegt, somit als durchgehendes Gut behandelt werden.

§. 39. Hingegen sind alle gemischten Landfrachten, (welche theils durchzuführende, theils im Lande zu bleiben bestimmte Güter enthalten,) als durchgehend zu behandeln.

§. 40. Die als durchgehend zu behandelnden Ladungen müssen bei dem Zollamte der Grenze, wo sie eintreten, im Ganzen abgewogen, und es muſs dafür ein Waggeld zu 2 Kr. vom Sporco-Centner entrichtet werden.

§. 41. Der ganze Inhalt einer als durchgehend zu behandelnden Ladung muſs in den von dem Frachtführer vorzulegenden Frachtbriefen nach einzelnen Stücken, und diese nach Quantität und Qualität des Inhalts angegeben werden.

§. 42. Sämmtliche Frachtbriefe von solchen Ladungen müssen dem Zollamte übergeben werden, von welchem sie der Inhaber in einem versiegelten Umschlage, der an das Amt, bei welchem die Ausfuhr

1828 oder Umladung geschehen soll, zu überschreiben ist, zurückempfängt.

§. 43. Der Umschlag ist überdiefs noch mit der Aufschrift: Transitogut oder Hallgut zu versehen, und awar:

Transitogut, wenn im Lande gar nicht umgeladen,
Hallgut, wenn umgeladen werden soll.

§. 44. Die Zollverwaltung kann auch anordnen, dafs die Ladung, nachdem sie mit Schnur und Siegel belegt ist, auf beiden Seiten mit der Aufschrift: Transito- oder Hallgut, versehen wird, je nachdem sie zu dieser oder jener Categorie gehört.

§. 45. Hienächst empfängt der Frachtführer unentgeldlich einen Zollpafs, welcher seinen Namen und Wohnort, das Gewicht der Ladung, den Tag und Ort des Eintritts und den Ort des Austritts oder der Umladung, wie auch die Strafse, welche der Frachtführer befährt, bezeichnet.

§. 46. Ist der Frachtführer ein Ausländer, so wird auf seinem Reisepasse bemerkt, dafs er mit einem Zollpasse versehen sei.

§. 47. Dem Frachtführer, dessen Ladung als Hallgut bezeichnet ist, steht nicht zu, ohne Umladung auszutreten, und ohne erweisliche Noth an einer andern Halle, als derjenigen, wohin sein Zollpafs lautet, umzuladen.

§. 48. Der Frachtführer hingegen, dessen Ladung als Transitogut bezeichnet ist, kann zwar, ohne umzuladen, nicht bei einem andern Zollamte, als demjenigen, wohin sein Zollpafs lautet, austreten; es ist ihm aber gestattet, bei jedem Hallamte, das er auf dem Wege berührt, die Umladung zu bewerkstelligen.

Zur Erleichterung der Frachten und der Spedition kann das Rottfuhrwesen mit den zur Sicherung der Zollgefälle erforderlichen Mafsregeln fortbestehen.

§. 49. Die Frachten, die bei einer Halle umgeladen werden, sind, wenn sie zur Durchfuhr bestimmt bleiben, sie mögen nun unmittelbar austreten, oder vorerst an eine andere Halle übergehen, ganz eben so, wie bei dem Eintritte, zu behandeln, und gegen Ablieferung des Zollpasses mit einem neuen zu versehen.

§. 50. Jedoch geschieht bei allen solchen Umladungen zum Behufe der Controle die Abwägung der einzelnen Colli und des ganzen Wagens unentgeldlich. 1828

§. 51. Alle als Transitogut oder Hallgut bezeichneten Frachten müssen vor jedes Hallamt, das sie auf dem Wege berühren, geführt, und es muſs der Zollpaſs zur Controlirung und Unterschrift vorgelegt, — Eilfuhren müssen jederzeit, andere Fuhren aber von Morgens 5 Uhr bis Abends 8 Uhr ohne unnöthigen Aufenthalt, expedirt werden; jedoch ist die Ankunft der Eilfuhren zur Nachtzeit, vorher anzusagen, und haben sich dieselben auf Kosten der Betheiligten begleiten zu lassen.

§. 52. Der Zollpaſs muſs auch allen Polizei-Behörden und ihren Dienern, jedoch nur auf ausdrückliches Verlangen vorgezeigt werden.

§. 53. An der Grenze, wo der Austritt geschieht, wird der Zollpaſs an das Zollamt, welches den Ausgangszoll erhebt, abgegeben, und dafür ein Zollgegenschein ertheilt, der an die äusserste Postirung abgegeben werden muſs, welche die Belegung mit Schnur und Siegel abnimmt, und eine Begleitung bis an die äusserste Grenzlinie auf Kosten der Zoll-Casse verfügt.

Der Ladungsschein, welchen der Fuhrmann von dem Hallamte, wo er auf- oder umgeladen hat, mitbringt, ist von dem Grenz-Zollamte zum Beweis des richtigen Austritts der Ladung unentgeldlich zu unterfertigen und ihm zurückzugeben.

Den durchgehenden Frachtführern, die im Lande nicht abgeladen haben, ist von dem Grenz-Zollamte eine Bescheinigung über den richtigen Austritt ihrer Ladung unentgeldlich zu übergeben.

Ist das Zollamt selbst unmittelbar an der Grenze gelegen, so wird der Zoll-Gegenschein an die daselbst stationirte Grenzwache abgegeben, und die Versicherung vom Zollamte abgenommen.

§. 54. Einem Frachtführer, dessen Ladung als durchgehend oder als Hallgut behandelt wird, ist nicht erlaubt, zollbare Güter auf eigene Rechnung mitzuführen, noch von seiner Ladung irgend etwas im Lande auf eigene Rechnung zu verkaufen.

§. 55. Eben so wenig ist einem solchen Frachtführer gestattet, irgend einen Theil seiner Ladung auf

1828 fremde Rechnung ohne Frachtbrief darüber, mitzuführen.

§. 56. Kein Frachtführer darf, ohne erweisliche Noth, weder beim Eintritt noch beim Austritt zwischen der Grenze und dem für dieselbe aufgestellten Zollamte anhalten, sondern jeder hat den Weg zu, oder von demselben ununterbrochen fortzusetzen. Wo es die Grenzpostirung für nöthig findet, ist der Frachtführer von Amtswegen bis zum nächsten Zollamte zu begleiten.

§. 57. Wenn eine Fuhr, welche nach ihren Frachtbriefen sich als Eilfuhr ausweiset, aufser der gewöhnlichen Zeit an der Grenze sich einfindet, um einzutreten, so mufs sie zwar zum Eingange behandelt, aber sie mufs auch bis zum nächsten Hallamte auf Kosten des Frachtführers begleitet werden.

Im Ausgange aber, wenn die Fuhr zu ungewöhnlicher Zeit über die Grenze gehen will, mufs ihr von dem expedirenden Hallamte auf ihre Kosten Begleitung bis zur Grenze mitgegeben werden.

III. Von der Einfuhr.

§. 58. Dem Eingangs-Zolle sind alle in das Vereinsgebiet einkommenden Handelsgüter und Waaren, so weit sie nicht als durchgehend zu behandeln, oder in dem beiliegenden Tarife ausdrücklich für eingangszollfrei erklärt sind, unterworfen.

§. 59. Die Angabe, dafs solche Handelsgüter entweder schon einmal verzollt worden seyen, oder dafs sie inländische, jetzt aus dem Auslande nur zurückkommende Erzeugnisse seyen, gibt auf Nachlafs oder Minderung des Eingangs-Zolles keinen Anspruch, wenn nicht im letzten Falle, nämlich bei ausgegangenen inländischen Erzeugnissen, ihre Identität so hergestellt und so gesichert ist, dafs über die Wahrheit nicht der mindeste Zweifel obwalten kann.

Es darf sodann die Behandlung zum Wieder-Eingange mit Genehmigung der betreffenden obersten Zoll-Behörde, jedoch nur bei derjenigen Zoll-Behörde geschehen, welche sie zum Austritte behandelte. Jedenfalls sind von der Eingangs-Verzollung jene Güter ausgenommen, die aus dem Inlande nach §. 19 mit Betretung eines fremden Gebiets zu einem inländischen Orte gebracht, vorschriftsmäfsig versichert,

mit Passir-Scheinen begleitet, und bei der Controle richtig befunden werden. 1828

§. 60. Der Eingangs-Zoll wird von dem Zollamte an der Grenze erhoben, wenn entweder eine als durchgehend angegebene Ladung nicht als solche behandelt werden kann, und der Fuhrmann seinen Weg ohne weiteres fortsetzen will, oder die Ladung an einen Ort bestimmt ist, an welchem sich kein Hallamt befindet.

§. 61. Es ist keinem Zollamte gestattet, von einem Theile der Ladung den Eingangs-Zoll zu erheben, und den übrigen als durchgehendes Gut zu behandeln.

Diefs kann nicht anders, als bei einem Hallamte in Folge der Umladung geschehen.

§. 62. Der Frachtführer hat zum Behufe der Zoll-Erhebung sämtliche Frachtbriefe dem Zollamte vorzulegen.

Wenn er selbst Eigenthümer der Fracht ist, hat er schriftlich die zu verzollenden Gegenstände zu declariren, es wäre denn, dafs diese nur aus Kleinigkeiten, im Werthe von höchstens 5 Fl. beständen, in welchem Falle die mündliche Angabe und die Unterzeichnung desselben im Zoll-Manuale genügt.

Ist der Zollpflichtige nicht im Stande zu declariren, weil ihm der Inhalt der Colli und der Ladung unbekannt ist, so steht es ihm frei, bei dem Zollamte, ehe die Zoll-Behandlung eintritt, sich vom Inhalte und Gewichte zu überzeugen, und dann erst zu declariren.

§. 63. Nachdem die Angabe des Inhaltes der Ladung oder der einzelnen Colli aus der schriftlichen Declaration der Zollpflichtigen ausgemittelt ist, wird zur Abwägung der einzelnen Stücke geschritten, wofür bei Zollämtern ein Waggeld von 2 Kr. vom Sporco-Centner, bei Hallämtern aber, weil die dahin gelangenden Ladungen schon an der Grenze im Ganzen abgewogen worden sind, nichts weiter entrichtet wird.

§. 64. Hierauf erfolgt die innere Besichtigung der einzelnen Stücke, gleichviel, es seyen die Gegenstände zollfrei oder nicht, wenn nicht als Inhalt derselben Güter angegeben sind, von welchen der höchste Zollsatz zu erheben ist.

§. 65. Der hierauf zu berechnende Eingangszoll mufs auf der Stelle baar erlegt werden. Den Zoll-

1828 schein hat der Empfänger sogleich an die hiezu ermächtigte, auf dem Zollscheine bemerkte Person, oder, wo eine solche nicht auf der Stelle ist, an die anwesende Zoll-Wache gegen einen Zoll-Gegenschein abzugeben.

§. 66. Sobald der Zoll-Pflichtige im Besitze dieses Zoll-Gegenscheines ist, der ihm in derselben Stunde, da er den Zollschein abgegeben hat, eingehändigt werden mufs, kann er über die verzollten Güter frei verfügen.

§. 67. Namentlich ist für die Frachten von verzollten Gütern, wie von einheimischen, nicht erforderlich, dafs sie vor die Hallämter der Orte, von denen sie abgehen, oder zu denen sie kommen, geführt werden.

§. 68. Ausländischen Frachtführern, welche den Eingangs-Zoll entrichtet haben, weil ihre zur Durchfuhr bestimmte Ladung nicht als durchgehend behandelt werden konnte, ist diese Entrichtung auf ihrem Reisepasse zu bezeugen.

Reisende, mit Ausschlufs der Handels-Reisenden, welche über die Grenze hereinkommen, haben, ohne zu einer schriftlichen Deklaration verbunden zu sein, bei dem Zollamte die zollbaren Waaren, welche sie mit sich führen, znm Eingange zu verzollen; wenn sie aber erklären, dafs ihnen die dem Zolle unterworfenen Waaren unbekannt seien; so ist ihnen sogleich der bestehende Zoll-Tarif mit der überhaupt zu beobachtenden Höflichkeit vorzuzeigen.

Die Zollämter sind, wenn sie Verdacht haben, dafs Waaren zum Handel eingeschmuggelt werden, befugt, die Kutschen und Koffer der Reisenden öffnen zu lassen, und sie zu untersuchen; jedoch haben sie die Reisenden durchaus mit Anstand zu behandeln, und genaue Sorge zu tragen, dafs bei der Visitirung kein Gegenstand der Reise-Bedürfnisse Schaden leide.

Die Kleidungsstücke und alles Gepäcke der Reisenden, so wie alle Bedürfnisse, welche Bade-Reisende mit sich führen, unterliegen der Verzollung nicht.

Körperliche Visitationen der Personen sind verboten.

IV. Von der Ausfuhr.

§. 69. Alle aus den vereinigten Staaten ausgehenden Handelsgüter, die durchgehenden mit begriffen,

sind dem Ausgangs-Zolle unterworfen, mit Ausnahme 1828 derjenigen, die im Tarife ausgangszollfrei erklärt sind.

Der Ausfuhr-Zoll von durchgehenden Gütern wird auf $12\frac{1}{2}$ Kr. vom Centner festgesetzt, jener von andern (nicht nach Gewicht belegten) Gegenständen richtet sich nach dem beiliegenden Tarife.

§. 70. Diejenigen durchgehenden Handelsgüter, welche bei einem Hallamte verladen werden, sind nur einem Ausgangs-Zolle von $6\frac{1}{4}$ Kr. unterworfen.

§. 71. Den Ausgangs-Zoll von einheimischen, zur Ausfuhr bestimmten Handelsgütern, die mit durchgehenden gemischt verpackt werden, erhebt das Hallamt, bei welchem die Verladung geschieht, und bezeugt dieses auf dem Zollpasse.

§. 72. Auch von denjenigen in das Ausland bestimmten Frachten, welche nur inländische Erzeugnisse enthalten, mufs der Ausgangs-Zoll von einem Hallamte, wenn die Verladung oder wenigstens die Besichtigung bei demselben geschieht, erhoben, und der Zollschein dafür ertheilt werden, dessen Ausstellung auf dem Reisepasse vorzumerken ist.

Gegenstände, welche zentnerweise nach dem höchsten Ausfuhr-Zolle declarirt und behandelt werden, sind der innern Besichtigung nicht unterworfen, und die hiefür zu entrichtende Gebühr kann nach freier Wahl des Exportirenden entweder bei einem Hallamte oder bei einem Zollamte an der Grenze erlegt werden.

§. 73. Für die Abwägung von allen Handelsgütern, die von einem Hallamte zur Ausfuhr abgehen, sind 2 Kr. vom Sporco-Centner zu entrichten.

§. 74. Wer entweder durch einen Zoll-Gegenschein nachweiset, dafs er die Handelsgüter, die er ausführen will, bei dem Eintritte verzollt habe, oder durch den Zollpafs eines Hallamtes die Ausgangs-Zollfreiheit, oder auch durch den Zollschein von einem Hallamte die geschehene Bezahlung des Eingangs-Zolles darthut, erhält vom Zollamte der Grenze für diese Papiere unentgeldlich einen Empfangsschein, den er an die äufserste Zoll-Postirung, oder, wenn er eine solche nicht mehr zu passiren hat, an die bei dem Zollamte stationirte Grenzwache abzugeben hat.

Der Ladungsschein, den der Fuhrmann von dem Hallamte, wo er auf- oder umgeladen hat, mitbringt, ist von dem Grenz-Zollamte zum Beweise der Er-

1828 füllung seiner Obliegenheit unentbehrlich zu unterfertigen, und ihm beim wirklichen Austritte zurückzugeben. Wenn aber der Fuhrmann oder Exportant von keinem Hallamte kommt, so ist von dem Grenz-Zollamte eine Bescheinigung über den Austritt der Ladung unentgeltlich auszustellen, solche aber demselben erst an der äufsersten Grenzpostirung, nämlich wenn er die Vereinsgrenze wirklich überschreitet, zu behändigen.

§. 75. Von durchgehenden Frachten, die im Vereinsgebiete nicht umgeladen worden sind, wird der Ausgangszoll erst bei dem Austritt erhoben, und darüber gegen Abgabe des Zollpasses der Gegenzollschein ertheilt.

§. 76. Auch für die Abwägung solcher Frachten sind 2 Kr. vom Sporco-Centner zu entrichten, in so weit diese Waggebühr nicht schon bei einer frühern Zollbehandlung in oder bis zu dieser Gröfse entrichtet worden ist.

§. 77. Wer aus einem Orte kommt, wo er sich zu seinen Ausfuhrgütern weder mit Zollgegenschein für bezahlten Eingangszoll, noch mit Zollpafs und Zollschein für entrichteten Ausgangszoll versehen konnte, mufs bei dem Zollamte der Grenze nicht nur den Ausgangszoll, sondern auch 2 Kr. vom Sporco-Centner für die Abwägung entrichten.

V. Von den Niederlagen.

§. 78. Zur Erleichterung des Zwischen- und Speditions-Handels sowohl, als der Fabriken und Manufakturen, werden in den Städten, wo sich Hallämter oder Oberzoll- und Hallämter befinden, ferner, wie bisher, öffentliche Niederlagen bestehen.

§. 79. Handelsgüter, die dem Eingangs-Zolle unterworfen sind, beiben davon, so lange sie in einer öffentlichen Niederlage sind, frei, haften aber jedesmal für die Gebühren.

Die Halle oder Niederlage haftet für die Entwendung und den aus Schuld des Dienstpersonals entstehenden Schaden, aber nicht für Unglücksfälle und Verderben.

Für den Inhalt der Colli haftet sie nur dann, wenn bei der Einlagerung die innerliche Besichtigung auf

Verlangen und in Gegenwart des Zollpflichtigen vorgenommen wurde. 1828

§. 80. Acht Tage (d. h. achtmal vier und zwanzig Stunden) lang, werden die in eine öffentliche Niederlage gebrachten Handelsgüter unentgeldlich aufbewahrt, nach Ablauf dieser Frist aber nur gegen eine Gebühr von ⅛ Kr. täglich für den Centner, insoferne nicht die betreffende Regierung durch örtliche Verhältnisse oder aus Rücksichten für den Verkehr sich bewogen findet, die Niederlagegebühr zu vermindern oder ganz zu erlassen.

§. 81. Diese Gebühr muſs von dem Inhaber der Güter bei der Zurücknahme aus der Niederlage, falls er aber dieselbe länger als sechs Monate darin läſst, nach Ablauf eines jeden Semesters entrichtet werden.

§. 82. Die auf den Hallen hinterlegten Güter, für welche sich binnen Jahresfrist kein Eigenthümer meldet, und die Lager-Gebühr entrichtet, werden als herrenlos erklärt, sofort in öffentlichen Blättern mit genauer Beschreibung zu Jedermanns Kenntniſs gebracht, und, wenn sich innerhalb eines Vierteljahres Niemand dazu meldet, vier Wochen darnach öffentlich versteigert. Der erlöste Betrag wird nach Abzug der rückständigen Lagergebühren, des Eingangszolles und der Versteigerungskosten noch ein Jahr in Verwahrung behalten. Legitimirt sich in dieser Frist noch Jemand als Eigenthümer für den einen oder andern Gegenstand, so wird diesem der deponirte Betrag verabfolgt, wo nicht, so fällt das Depositum dem für das Zollpersonale bestimmten Unterstützungsfonds zu, vorbehaltlich des Regresses des etwa vor der Verjährungszeit sich noch meldenden Eigenthümers. Die Verjährungszeit endet nach 5 Jahren vom Tage der Niederlegung auf der Halle gerechnet.

§. 83. Handelsgüter, welche feuergefährlich sind, oder durch deren Aufbewahrung in der öffentlichen Niederlage, andere daselbst befindliche beschädigt werden können, sind von den Hallen ausgeschlossen.

Die betreffende Regierung wird am Sitze jedes Hallamts Anordnung treffen lassen, wohin derlei Waaren untergebracht werden sollen.

§. 84. Kein Handelsgut kann aus der öffentlichen Niederlage abgeliefert werden, als gegen Zurückgabe des Hallscheins, welcher unentgeldlich immer ertheilt

1828 werden muſs, und der allenfalls rückständigen Niederlags-Gebühren, dann gegen Bezahlung des Eingangs-Zolles, es wäre denn, daſs es entweder als Bestandtheil einer durchgehenden Fracht bei dem Hallamte verladen, oder in ein Privatlager gebracht werden sollte, wobei die Bezahlung des Eingangs-Zolles im ersten Falle ganz, im letzteren Falle aber vorläufig unterbleibt. Güter, die inländischen Ursprungs oder schon zum Eingange verzollt sind, können mit Bewilligung der Hallämter auch auf die öffentlichen Niederlagen gebracht werden. Die Bestimmungen des §. 79. in Hinsicht der Haftung der Niederlags-Gebühren und der Hallscheine sind auch bei diesen Gütern zu beobachten.

§. 85. Colonial-Waaren, und solche ausländischen rohen Handelsgüter, dergleichen im Gebiete des betreffenden Staates nicht erzeugt werden, mit Ausschluſs aller Flüssigkeiten, können auch in Privatlagern niedergelegt werden, jedoch nur auf vorläufige Bewilligung der betreffenden obersten Zollbehörde, und nur an Orten, wo ein Hallamt, oder ein Oberzoll- und Hallamt ist, unter beständiger Aufsicht des Hallamtes, und gegen Erfüllung der Bedingungen, mit welchen die Bewilligung verbunden wird.

Privatlager können unter Verschluſs der Hallämter auch für Flüssigkeiten Statt finden, wenn die Betheiligten ein der Zollbehörde anständiges Lokale auf ihre Kosten ausmitteln; doch sollen dergleichen Privat-Niederlagen nur soliden Handelsleuten und Gewerbtreibenden zugestanden werden.

§. 86. Ausnahmsweise kann die betreffende Oberzoll-Administration auch für rohe Stoffe, dergleichen auch im Gebiete des betreffenden Staates erzeugt werden, die Niederlegung auf Privatlagern gestatten; jedoch ausschlieſsend nur dann, wenn die öffentliche Halle für die Lagerung derselben nicht Raum genug hält. Diese Ausnahmen können nur für die Dauer des Bedürfnisses, und unter einer besonders anzuordnenden Aufsicht Statt finden.

Auch die Privatlager für dergleichen Stoffe sollen nur soliden Handelsleuten und Gewerbetreibenden zugestanden werden.

VI. Von aufserordentlichen Vorkehrungen der 1828
Zoll - Behörden.

§. 87. Wenn ein Grenz-Zollamt oder Hallamt den gegründeten Verdacht schöpft, dafs ein Fuhrmann aufser den in den Frachtbriefen angegebenen Gütern, andere Güter heimlich, ohne Frachtbrief mit sich führt, so ist dasselbe verbunden, die Ladung nach den Frachtbriefen zu revidiren, und die verheimlichten Güter, von dem Wagen zu nehmen, sie genau zu untersuchen, und die ganze Ladung nach §. 88. von einem verpflichteten Wächter auf Kosten des Fuhrmanns begleiten zu lassen.

Wenn ein Zollamt oder Hallamt den gegründeten Verdacht schöpft, dafs an einer durchgehenden Ladung durch Herausnahme oder Austausch etwas verändert worden sei, so ist dasselbe verbunden, die Abladung und Besichtigung der einzelnen Stücke anzuordnen, nachdem zuvor die Verdachts-Gründe in das Protokoll niedergelegt worden sind.

Dem Fuhrmann ist in dem einen so wie in dem andern Falle beglaubigte Abschrift des Protokolls kostenfrei zuzustellen. Das Zoll-Aerar hat, wenn der Verdacht sich nicht bestätigt, für jeden durch Auf- und Abpacken sich ergebenden Schaden zu haften.

§. 88. Der gegründete Verdacht, dafs an einer aus Hall- oder Transitogütern bestehenden Ladung auf dem Wege etwas durch Herausnahme oder Austausch verändert werden möchte, berechtigt jede Zoll-Behörde, von welcher der Zollpafs für die Ladung ertheilt oder visirt worden ist, dieselbe bis zum nächsten Hallamte, oder wenn auf der Strafse keines ist, bis zum Austritts-Zollamte durch einen verpflichteten Wächter, jedoch nicht auf Kosten des Frachtführers, begleiten zu lassen, woselbst er sodann der genauen Controle sich unterwerfen mufs.

Auch in diesem Falle mufs das Amt die Verdachts-Gründe in das Protokoll niederlegen.

§. 89. Wenn ein Hallamt, zu welchem eine so begleitete Fracht gelangt, dieselbe nicht ferner bis zum Austritte in dieser Weise begleiten lassen will, so sind die Gründe in das Protocoll niederzulegen.

§. 90. Gegen Frachtführer, die nach Verkündung gegenwärtiger Zoll-Ordnung wegen Verkürzung des

1828 Zollgefälls einmal über 25 Fl., oder dreimal über 5 Fl. bestraft worden sind, ist diese Maſsregel immer, und zwar auf ihre Kosten vorzukehren.

Gegen Frachtführer, die dreimal wegen Verletzung der Zoll-Ordnung, ohne daſs eine Verkürzung des Zollgefälls dabei Statt gefunden hat, bestraft worden sind, ist diese Maſsregel ein Jahr lang, vom letzten Straffalle an gerechnet, in Anwendung zu bringen.

VII. Von Zoll-Freiheiten und Begünstigungen.

§. 91. Zoll-Befreiungen haben in der Regel nicht Statt. Nur folgende Ausnahmen werden festgesetzt:

1. Alles, was für die Souveraine der vereinten Staaten und die Mitglieder ihrer Regentenhäuser über die Zoll-Linie des Vereins ein- oder ausgeführt wird, soll zwar der tarifmäſsigen Verzollung unterliegen, jedoch die Rückvergütung der entrichteten Zölle, in so weit diese nach den Anordnungen der einzelnen Regierung Statt findet, aus der betreffenden Staats-Casse geschehen, oder der Regierung zur Last geschrieben werden.

2. Alle Gegenstände, welche auswärtige Souverains durch das Vereins-Gebiet, oder aus demselben für ihre Person und zu ihrem Gebrauche beziehen, sind zollfrei. Es werden zu diesem Ende auf vorhergegangenes Ansuchen die geeigneten Freipässe ausgestellt, oder die erforderlichen Weisungen an die Zoll-Behörden ertheilt werden.

3. In Ansehung der Standesherrn kommen die die besondern Gesetze jedes einzelnen Staats unter den im Art. 23. des Grund-Vertrags enthaltenen Bestimmungen zur Anwendung.

4. Alle Militär-Fuhrwerke und Bagage-Wagen der vereinten Regierungen sind zollfrei, jedoch nur alsdann, wenn sie von Militär-Personen begleitet werden, und nur in so weit, als sie von Armee-Gegenständen beladen sind, weſswegen sie, mit Ausnahme der geladenen Munitions-Wagen, der zollamtlichen Besichtigung zur Vergleichung des von ihnen mit sich zu führenden Vorweises sich nicht entziehen können.

§. 92. In Ansehung der Zollfreiheit der an den Hoflagern der Souverains der vereinten Staaten accre-

ditirten Bothschafter, Gesandten und Geschäftsträger 1828
soll es genau ebenso gehalten werden, wie es damit in den Staaten, denen sie angehören, gegen die Botschafter, Gesandten und Geschäftsträger der vereinten Staaten gehalten wird.

§. 93. Frei von der Abgabe des Weggelds (§. 20) ist der Anspann, der nach §. 91 Nr. 1 und 2 und der nach §. 92 zollfreien Personen, wie auch der Gesandten am deutschen Bundestage.

§. 94. Die Begünstigungen der an inländische Fabrikanten und Manufakturisten eingehenden rohen Stoffe und Halbfabrikate, welche in dem veredelten Produkte zur Wiederausfuhr kommen, so wie der aus dem Inlande zu gleichen Zwecken in das Ausland gehenden, und von da zurückkommenden Fabrikate, nicht minder jener rohen Stoffe und Halbfabrikate, die zur Zeit noch nicht im Inlande in erforderlicher Quantität und Qualität erzeugt werden, zur Concurrenz mit den ausländischen Fabrikaten und Manufakturisten, sollen in jedem der vereinten Staaten von besonderen Bewilligungen der Regierungen abhängen. Diese Begünstigungen sollen immer nur auf bestimmte Zeit Statt finden, und im Falle des Mifsbrauchs oder einer vom Begünstigten verübten Zolldefraudation, ohne weiteres eingezogen werden.

Der Entgang, welcher für die Vereinskasse sich durch solche Begünstigungen ergibt, wird nach den Bestimmungen des Art. XXIV. des Grund-Vertrags behandelt.

§. 95. In Hinsicht der Begünstigungen für den Königlich Bairischen Rheinkreis bleibt es vor der Hand bei den in den betreffenden Staaten des Vereins bereits bestehenden Anordnungen.

VIII. Von Verletzung der Zollordnung und deren Bestrafung.

§. 96. Die nachstehenden Verletzungen der Zoll-Ordnung werden mit folgenden Geldstrafen belegt:

1. Wer blofse Formalitäten der Zoll-Ordnung verletzt, oder vernachlässiget, jedoch dadurch das Zollgefäll — worunter hier und in den nachfolgenden Bestimmungen alle in gegenwärtiger Zoll-Ordnung vorgeschriebenen Abgagen verstanden werden, —

1828 weder gar nicht, oder unter dem Betrage von 5 Fl. verkürzt, unterliegt einer Geldstrafe von 1 — 25 Fl.

2. Bei einer Verkürzung des Zollgefälls von 5 Fl. und darüber, wird im ersten Falle der zehnfache Betrag der gefährdeten Gebühr als Strafe bestimmt, im zweiten Falle der fünfzehnfache Betrag der gefährdeten Gebühr und die Confiscation, im dritten Falle der zwanzigfache Betrag der gefährdeten Gebühr und die Confiscation.

Wer eine Verkürzung des Zollgefälls sich noch öfter zu Schulden kommen läſst, soll nicht nur der Strafe des dritten Falls, sondern auch der Einziehung oder Niederlegung des Gewerbes, wobei er defrandirt hat, unterliegen.

3. Wer die zollbaren Gegenstände im Gewichte, Maaſse oder Werthe (so weit dieser als Belegungs-Maaſsstab angenommen ist) in der Art zu gering deklarirt, daſs die Differenz den zehnten Theil des deklarirten Ganzen übersteigt, hiebei aber einzelne Colli oder Stücke nicht verschwiegen hat, wird um den vierfachen Betrag der verkürzten Gebühr bestraft. — Im zweiten Falle tritt die Strafe des achtfachen, und im dritten und allen folgenden Fällen die Strafe des zwölffachen Betrages der verkürzten Gebühr und Confiscation ein.

4. Wer einen Passir- oder Controlschein für Waaren, welche von einem inländischen Orte verführt werden, nicht vorschriftmäſsig ablegt, hat den vierfachen Betrag des Ausgangszolles als Strafe zu erlegen. Sind die verführten Waaren frei vom Ausgangszolle, so findet im obigen Falle eine Geldstrafe von 1 — 25 Fl. Statt.

5. Wer gegen das Verbot des §. 8 ausländisches Salz oder Stoffe, woraus Salz gezogen werden kann, einbringt, niederlegt, auf irgend eine Weise an sich bringt, verkauft, oder ohne besondere Erlaubniſs durchführt, unterliegt einer Strafe von 5 Fl. vom Centner, im Wiederholungsfalle von 10 Fl. vom Centner.

6. Den bei vorstehender Ziffer 5. festgesetzten Strafen unterliegt auch derjenige, der gegen das in Gemäſsheit des §. 6. bestehende Verbot, Salz oder Stoffe, woraus Salz gezogen werden kann, in ein Vereinsland ausführt, oder ausländische Artikel ein- oder durch-

führt, deren Einfuhr oder Durchfuhr in Gemäfsheit 1828
der §§. 9 und 10. verboten ist.

In Württemberg kommen gegen die Einschwärzung des Salzes die daselbst geltenden Gesetzstrafen in Anwendung (vergl. Gesetz vom 7. Mai 1811, Reg. Blatt S. 217).

7. Wer Zollpässe und Zollgegenscheine über durchgehende oder nicht vollständig verzollte Gegenstände im verpackten Zustande nicht vorschriftmäfsig ablegt, oder diese Bescheinigung ohne Beibringung der Waaren ablegen will, unterliegt der Strafe des fünffachen Betrags des höchsten Eingangs-Zolles. Wären aber die Waaren unverpackt, oder nach ihrem Inhalte nach vorausgegangener zollamtlicher Behandlung bekannt, so wird der fünffache Betrag des tarifmäfsigen Eingangs-Zolles als Strafe erhoben.

§. 97. Als Verbrechen oder Vergehen können im Königreiche Bayern die im gegenwärtigen Gesetze vorgesehenen Straffälle nur dann behandelt werden, wenn mit denselben solche Handlungen oder Unterlassungen verbunden sind, für welche die allgemeinen Strafgesetze eine Vergehens- oder Verbrechensstrafe bestimmt.

Als Verbrechen, die mit einer Strafe von zwei bis acht Jahren Arbeitshausstrafe belegt werden, sind noch anzusehen, wenn Schwärzungen in Rotten (Banden) oder mit gewaffneter Hand geschehen, oder wenn die Zoll-Verkürzung in Verbindung mit einer Assekuranz-Gesellschaft unternommen wird.

Wenn im Königreiche Württemberg und den Hohenzollern'schen Fürstenthümern mit den in der gegenwärtigen Vereins-Zoll-Ordnung vorgesehenen Straffällen solche Handlungen oder Unterlassungen verbunden sind, durch welche nach den allgemeinen Strafgesetzen eine besondere Strafe verwirkt wird, so bleibt die besondere Bestrafung derselben nach den Gesetzen des Landes vorbehalten.

Dahin gehören insbesondere auch: Schwärzungen, die in Rotten (Banden) oder mit gewaffneter Hand geschehen, oder wenn die Zoll-Verkürzung in Verbindung mit einer Assekuranz-Gesellschaft unternommen wird.

§. 98. Bei den in Ziffer 2—6 des §. 96. angegebenen Verletzungen der Zoll-Ordnung findet neben

1828 den gesetzlichen Strafen und deren Folgen auch die Confiskation in folgenden besonderen Fällen Statt:

1. wenn Gegenstände ein-aus-oder durchgeführt werden, deren Eingang, Durchgang oder Ausgang verboten ist;

2. wenn die Zollstätte, sei es im Ein- Aus- oder Durchgange ohne Anmeldung zur amtlichen Behandlung übergangen, oder wenn eine zollbare Waare auf verbotenen Wegen ein-oder ausgebracht, oder wenn die noch nicht verzollte Waare heimlich abgestoſsen, ausgewechselt oder vermindert wird;

3. wenn die zollbaren Gegenstände verschwiegen, oder die Waaren falsch, und in einer Qualität, die einem geringeren Zollsatze unterliegt, declarirt werden;

4. wenn die an eingehende oder durchgehende Güter amtlich angelegte Versicherung verletzt wird, — und über den Zufall sich nicht genügend ausgewiesen werden kann;

5. wenn bewilligte Begünstigungen miſsbraucht, oder Begünstigungsscheine nicht vorschriftmäſsig abgelegt werden.

§. 99. Die Confiskation erstreckt sich:

a. auf diejenigen Frachtwaaren, in Hinsicht deren der Zoll verkürzt werden sollte, auf Schiff und Geschirr (Wagen und Pferde), wenn der Zollpflichtige und der Frachtführer zugleich schuldig befunden wurden, oder wenn der Fuhrmann zugleich Eigenthümer der Fracht, oder der Zollpflichtige Eigenthümer des Schiffes, des Wagens, der Pferde und der Geschirre ist;

b. auf jene Frachtwaaren allein, wenn der Zollpflichtige der Bestrafte ist;

c. blos auf das Schiff, den Wagen, die Pferde und das Geschirr, wenn der Frachtführer der Bestrafte ist. — Als Eigenthümer der Fracht wird der Fuhrmann immer angesehen, wenn er mit keinem Frachtbriefe versehen ist.

Sind die Gegenstände nicht mehr vorhanden, so muſs in Ermanglung anderer Beweismittel der durch eidliche Schätzung ausgemittelte Werth bezahlt, oder wenn die Werthschätzung unmöglich ist, statt der Confiskation auf 50 bis 2000 Fl. nach Erwägung aller Umstände erkannt werden.

§. 100. Die genannten Gegenstände werden auf eine glaubwürdige Anzeige sogleich in Beschlag ge-

nommen, und wenn die Anschuldigung von der Art ist, dafs darauf eine Untersuchung vorgekehrt werden kann, bei der competenten Untersuchungs-Behörde oder auf Anordnung derselben so lange verwahrt, bis das Erkenntnifs in Rechtskraft übergegangen ist, in so ferne der Angeschuldigte nicht durch baare Erlage des ganzen Werthes oder durch Bürgen Sicherheit leistet. Vieh und dem Verderben ausgesetzte Gegenstände werden, wenn die Sicherheit binnen acht Tagen nicht aufrecht gemacht wird, nach eingetretener Untersuchung von Gerichtswegen öffentlich versteigert, und der Erlös wird nach gerichtlicher Anweisung deponirt.

§. 101. Bei einer zufälligen Verletzung der Schnüre und Siegel kann sich der Frachtführer nur dadurch von der Strafe befreien, wenn er in Bayern bei dem nächsten Gerichte oder Zollamte, in Württemberg bei dem nächsten Oberamte oder Zollamte auf seinem vorgezeichneten Wege den Zufall anzeigt, und glaubwürdig nachweiset.

§. 102. Der Beweis der Erfüllung derjenigen Verbindlichkeiten, worüber nach der gegenwärtigen Zoll-Ordnung amtliche Urkunden ausgestellt, und den Zollpflichtigen zur Aufbewahrung übergeben werden müssen, kann nur mit diesen Urkunden geführt werden.

Wer eine solche Urkunde durch Unglück oder Zufall verliert, kann von dem Zollamte, welches sie ausgestellt hat, jederzeit ein Attest verlangen, worin ihm die Erfüllung seiner zollgesetzlichen Verbindlichkeiten auf den Grund der Zollbücher bezeugt, und welches jederzeit als Beweis der erfüllten Obliegenheit angesehen wird.

Für dieses Attest ist die einfache Taxe oder Sportelgebühr zu entrichten (wo eine solche besteht). Derjenige, dem die Ausstellung einer in der gegenwärtigen Zoll-Ordnung vorgeschriebenen amtlichen Urkunde verweigert wird, kann innerhalb drei Monaten selbst, oder durch einen Dritten, bei der betreffenden Oberzoll-Administration darüber Beschwerde führen. — Unterläfst er diefs, so mufs er, wenn er in Untersuchung kommt, und sich mit den amtlichen Urkunden nicht ausweisen kann, rechtsförmig darthun, dafs ihm, ungeachtet er seine zollgesetzliche Verbindlich-

1828 keit erfüllt hat, die Ausfertigung dieser Urkunden verweigert worden ist.

Im Falle der unrechtmäfsigen Verweigerung, oder der verzögerten Ausstellung (§. 66) derselben, haben die Beamten für allen daraus entstehenden Schaden zu haften, ohne dafs hiedurch das Straf-Verfahren im Disciplinar-Wege ausgeschlossen wird. — Der Beweis der Erfüllung der zollgesetzlichen Verbindlichkeiten, worüber keine amtlichen Urkunden auszustellen sind, kann auf erhobene Beschwerde wegen Verletzung der Zoll-Ordnung auch durch exceptionsfreie Zeugen geführt werden.

§. 103. Das Familienhaupt haftet rücksichtlich der Geldbufse und des Ersatzes für die Gefährden und Uebertretungen, welche für dasselbe in seinem Geschäfte durch die unter seiner väterlichen Gewalt stehenden Familienglieder begangen werden, so wie der Dienstherr für die Gefährden und Uebertretungen seiner Diener, rücksichtlich der Geldbufse und des Ersatzes, aufser, wenn sie erweislich ohne sein Wissen und Willen verübt worden sind.

§. 104. Vermögenslose Defraudanten werden nach den Bestimmungen der allgemeinen Strafgesetze im Verhältnisse der Geldstrafe mit einer Freiheitsstrafe belegt.

§. 105. Für alle Geldstrafen haften, wenn nicht hinlängliche baare Sicherheit geleistet wird, Schiff und Geschirr (Wagen, Pferde u. s. w.), wenn der Frachtführer, — so wie die Waare — wenn der Zollpflichtige — beides aber, wenn der Frachtführer und der Zollpflichtige zugleich schuldig sind, und wenn nicht inner vierzehn Tagen die erkannte Strafe erlegt wird, erfolgt der öffentliche Verkauf der genannten Gegenstände. Der Mehrerlös wird an den Eigenthümer zurückbezahlt.

§. 106. Von verlassenen Handelsgütern wird, wenn nicht das Gegentheil offenbar ist, angenommen, dafs das Zollgefäll in Beziehung auf selbe verkürzt worden sey, und sie unterliegen der Confiskation.

Die Thatsache ist jedoch öffentlich bekannt zu machen, und erst nach dem Ablaufe von sechs Monaten, vom Datum der Bekanntmachung, kann die Einziehung erkannt werden, wenn sich der Eigenthümer nicht meldet und rechtfertiget.

Ausgenommen hievon ist das verlassene ausländische Salz und andere Gegenstände, deren Einfuhr und Durchfuhr verboten ist. — Die Confiskation derselben ist ohne weiteres sogleich zu erkennen. 1828

§. 107. Die Untersuchung wegen Unterlassung der vorschriftmäfsigen und rechtzeitigen Ablegung zollamtlicher Papiere mufs inner Jahresfrist, vom Tage der Ausstellung dieser Papiere gerechnet, begonnen werden; aufserdem tritt die Verjährung ein. Diese wird durch eine inner des Zeitraums eines Jahres begangene neue Uebertretung unterbrochen; die erst nach erfolgter Revisions-Erinnerung geschehene Ablegung wird als nicht geschehen angesehen.

§. 108. Den Schadens-Ersatz oder die Zollgebühr hat der Verurtheilte neben der Strafe besonders zu leisten, ebenso die Kosten der Untersuchungs-Verhandlungen besonders zu vergüten.

§. 109. In allen Untersuchungsfällen, in welchen durch das vorliegende Gesetz nicht etwas Eigenthümliches verordnet wird, sollen die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen der betreffenden Staaten Anwendung finden.

§. 110. Die Judicatur über Verletzung der Zoll-Ordnung steht:

a. im Königreich Bayern in erster Instanz den unmittelbaren K. Gerichten, in deren Gerichtsprengel die Verletzung entdeckt wird, zu.

In den standesherrlichen Gebieten soll es jedoch in Hinsicht der Judicatur wie bisher gehalten werden.

Die Eintheilung der nicht standesherrlichen Herrschafts- und Patrimonial-Gerichts-Bezirke in die difsfallsigen Sprengel der kompetenten Gerichte wird durch besondere allerhöchste Verordnung der Königlich bayerischen Staats-Regierung festgesetzt werden.

b. Im Königreich Württemberg — den Königlichen Oberämtern und der Ober-Zoll-Administration mit einem bestimmten Strafmaafse, in höheren Fällen den Gerichten.

c. In dem Fürstlich Hohenzollern'schen Gebiete — den in dem Zoll- und Handels-Vertrage zwischen der Krone Württemberg und den Fürstlich Hohenzollern'schen Häusern vom 19. Mai 1824 zur Judicatur über Verletzungen der Zoll-Ordnung für zuständig erklärten fürstlichen Landes-Behörden.

1828 §. 111. Das Verfahren bei Untersuchung der Straffälle ist summarisch, und wird von Amtswegen im Untersuchungswege geführt.

In den §. 97 erwähnten Straffällen richtet sich das Verfahren nach den in den betreffenden Staaten geltenden Bestimmungen des allgemeinen Strafrechtes.

§. 112. Im Königreiche Bayern sind von den zur Judicatur competenten Behörden und Stellen die Akten vor Erlassung des Spruches zur Erinnerung und nach gefälltem Spruche zur Bemessung des allenfalls einzuführenden Rechtsmittels dem einschlägigen Fiskale, oder den an ihre Stelle tretenden Beamten zur Einsicht vorzulegen.

§. 113. In allen Fällen, in welchen nach den gesetzlichen Bestimmungen eine Berufung zulässig ist, kann in Bayern dieses Rechtsmittel bei dem Königlichen Appellations-Gerichte des einschlägigen Kreises in Anwendung gebracht werden.

Die Berufung an das Königliche Ober-Appellations-Gericht kann daselbst in Fällen, wo die Straf-Summe 400 Fl. und darüber beträgt, oder der Verlust der Gewerbs-Concession ausgesprochen ist, auch dann Statt finden, wenn die Erkenntnisse der ersten und zweiten Instanz gleichlautend ausgefallen sind.

In Württemberg findet nach den daselbst bestehenden Gesetzen Eine Berufung Statt: von den Königlichen Oberämtern an die Königliche Ober-Zoll-Administration; von der Königlichen Ober-Zoll-Administration an den Königlichen Geheimenrath; von einem Gerichte an das vorgesetzte höhere Gericht.

In den Hohenzollern'schen Fürstenthümern geht die Berufung an die einschlägigen höheren Landesbehörden.

§. 114. Von allen Geldstrafen und dem Werthe des eingezogenen Guts fällt die Hälfte dem Aufbringer, und die andere Hälfte dem Unterstützungs-Fonds der Zoll-Verwaltung zu.

§. 115. Der Straf-Antheil, welcher dem Aufbringer nach rechtskräftigem Erkenntnisse zukommt, soll ihm ungeschmälert verbleiben, in soferne er nicht zu Gunsten des Schuldigen oder des Unterstützungs-Fonds freiwillig darauf verzichtet.

Zollbedienstete, welche sich bestechen lassen, zu Defraudationen mitwirken, die Zollpflichtigen zu Ge-

fährden zu verleiten suchen, oder die abzulegenden Polleten ohne Vorweisung der Waaren annehmen, sollen nach den allgemeinen Strafgesetzen bestraft werden. 1828

Bei jeder Zoll-Behörde ist ein Buch anzulegen, in welchem jeder Zollpflichtige seine Bemerkungen über die ihm gewordene Behandlung bei dieser Behörde unter Namens-Unterschrift niederlegen kann.

IX. Schlufs - Bestimmung.

§. 116. Die gegenwärtige Zoll-Ordnung tritt mit dem 1. October laufenden Jahrs in Wirkung, jedoch sollen die vor diesem Tage begangenen Defraudationen noch nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen untersucht und abgeurtheilt werden.

Stuttgart den 26. September 1828.

Zur Beglaubigung:

Der Kanzlei-Direktor des K. Finanz-Ministerium:

SCHMIDLIN.

(Est joint à ce réglement le tarif des droits d'entrée et de sortie).

141.

Traité concernant le commerce entre la Saxe royale, la Saxe grand-ducale et, les duchés d'Altenbourg, de Cobourg-Gotha, et de Saxe-Meiningen et les principautés de Reuss et de Schwarzbourg-Rudolstadt; signé le 29 Septembre 1828.

(*Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen* 1828. Nr. 2. pag. 17).

Se. Majestät, der König von Sachsen, Se. Königl. Hoheit, der Grofsherzog von Sachsen-Weimar-Ei-

1828 senach, Ihro Durchlauchten, die Herzoge von Sachsen-Meiningen, Sachsen-Coburg-Gotha und Sachsen-Altenburg, Se. Durchlaucht, der Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt, und Ihro Durchlauchten, die Fürsten Reuſs zu Schleitz, zu Lobenstein und Ebersdorf und zu Greitz, wollen, in Folge des zwischen Allerhöchst- und Höchstihren und mehrern andern Deutschen Staaten, zu Bildung eines allgemeinen Handelsvereins, unterm 24sten dieses Monats geschlossenen Vertrags und im Betracht, daſs Separatverträge zwischen Nachbarstaaten die Zwecke dieses Vereins wesentlich fördern, einen besondern Vertrag über verschiedene, dem nachbarlichen Handel und Verkehr wechselseitig zu gewährende Erleichterungen abschlieſsen, und haben in dieser Absicht Bevollmächtigte ernannt, nämlich: Se. Majestät der König von Sachsen, Höchstihren wirklichen geheimen Rath, Hans Georg von Carlowitz, auf Oberschöna, Domherrn des Hochstifts Merseburg, Comthur des Königl. Sächs. Civil-Verdienst-, Groſskreuz des Kaiserl. Oesterreichischen Leopold-, Ritter des Kaiserl. Russischen St. Annen- und des Königl. Preuſsischen Johanniter-Ordens;

Se. Königl. Hoheit, der Groſsherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach, Höchstihren wirklichen geheimen Rath, Dr. Christian Wilhelm Schweitzer, Groſskreuz des Groſsherzogl. Sächs. Hausordens vom weissen Falken, Comthur des Königl. Sächs. Civil-Verdienst- und Ritter des Kaiserl. Russischen St. Wladimir-Ordens 4ter Klasse, und

Höchstihren wirklichen geheimen Legationsrath und geheimen Referendar, Carl Friedrich Anton von Conta, Ritter des Groſsherzogl. Sächs. Hausordens vom weissen Falken;

Se. Herzogl. Durchlaucht von Sachsen-Meiningen, Höchstihren wirklichen geheimen Rath, Dietrich Freiherrn von Stein;

Se. Herzogl. Durchlaucht von Sachsen-Coburg-Gotha, Höchstihren wirklichen geheimen Rath und Kammerpräsidenten, Christoph Anton Ferdinand von Carlowitz, Comthur des Königl. Sächs. Civil-Verdienst-Ordens, und

Höchstihren Kammerrath, Wilhelm Ernst Braun;

Se. Herzogl. Durchlaucht von Sachsen-Altenburg, 1828 Höchstihren wirklichen geheimen Rath und Minister, auch Kammerpräsidenten, Carl Johann Heinrich Edlen von Braun, Comthur des Königl. Sächs. Civil-Verdienst- und des Grofsherzogl. Sächs. weissen Falken-Ordens, Ritter des Königl. Würtemberg. Civil-Verdienst-Ordens;

Se. Hochfürstl. Durchlaucht von Schwarzburg-Rudolstadt, Höchstihren Kammerpräsidenten, Christian Wilhelm Schwarz, Ritter des Königl. Preufs. rothen Adler-Ordens, und

Ihre Hochfürstl. Durchlauchten von Reufs-Schleitz, Reufs-Lobenstein und Ebersdorf, und Reufs-Greitz, Höchstihren Kanzler, Regierungs- und Consistorial-Präsidenten, Gustav Adolph von Strauch, Ritter des Königl. Sächs. Civil-Verdienst-Ordens, welche, mit Bezug auf ihre in den Conferenzen für den allgemeinen Handelsverein bereits ausgewechselten Vollmachten, und unter dem Vorbehalte Allerhöchster und Höchster Ratificationen, folgende Bestimmungen unter einander festgesetzt haben:

Art. I. Die genannten Allerdurchlauchtigsten und Durchlauchtigsten Fürsten schliefsen, in der Voraussetzung, dafs der über die Bildung eines allgemeinen Handelsvereins unterm 24sten dieses Monats geschlossene Vertrag allseitig ratificirt werde, den gegenwärtigen besondern Vertrag unter einander ab, bei welchem der Lauf ihrer Landesgrenzen und die hierdurch bedingten Verhältnisse, die Lage ihrer Staaten und die Richtung des Verkehrs ihrer Unterthanen besonders berücksichtiget worden ist.

Art. II. Dieselben machen sich wechselseitig verbindlich, den Grundsatz festzuhalten, dafs die Unterthanen ihrer sämmtlichen Lande in merkantiler Beziehung den Inländern, so wie die Produkte und Fabrikate dieser Lande, rücksichtlich der Ein- und Ausfuhr, ingleichen des Ein- und Verkaufs, den inländischen gleich behandelt und nur den auch die letztern treffenden Abgaben unterworfen werden sollen.

Art. III. Zufolge dieses Grundsatzes darf vom 1sten Januar 1829 an, und so lange gegenwärtiger Vertrag bestehet, in keinem der gedachten Staaten eine Abgabe vom Handel und Verkehr angeordnet

1828 oder ferner erhoben werden, welche die Unterthanen, oder die Erzeugnisse der andern theilnehmenden Staaten, oder eines derselben trifft, ohne zugleich auch den Inländer und die inländischen Erzeugnisse derselben Art in gleicher Maſse zu treffen, und es soll zwischen ihnen eine Eingangs-, Ausgangs- oder Durchgangs-Abgabe auf ihre gegenseitigen Erzeugnisse nicht Statt finden. Dem gemäſs verspricht namentlich

Art. IV. A. das Königreich Sachsen,

1. daſs die Produkte und Fabrikate der übrigen contrahirenden Staaten von der Grenz-, Eingangs- und Durchgangs-Accise befreiet sein sollen,

2. daſs von diesen Produkten und Fabrikaten die Generalaccise (Landes-Consumtions-Abgabe) nur nach den für inländische Waaren bestehenden Sätzen erhoben werden soll,

3. daſs die Händler aus obigen Staaten, welche Märkte im Königreiche Sachsen besuchen, wegen Veraccisirung ihrer Marktwaaren, wie inländische Landkrämer, nach §. 33 der General-Accis-Ordnung vom 12ten Juni 1824 behandelt,

4. daſs die Ausgangsabgaben von Wolle und Flachs, als die einzigen im Königreiche bestehenden Abgaben dieser Art, bei der Ausfuhr dieser Artikel in die jenseitigen Lande nicht weiter erhoben werden sollen, und

5. daſs das Porzellan aus diesen Landen, bei der Einfuhr in das Königreich, nur nach den Tarifsätzen für inländisches Steingut veracciset werden soll.

Art. V. B. Sachsen-Weimar-Eisenach, daſs

1. der Transitozoll im Neustädtischen Kreise,

2. der Salzlicent in Groſsheeringen und Wetzdorf, auf der Straſse von Neusalza in das Altenburgische, vorbehältlich der einzuhaltenden Salzstraſse und der Regiemaſsregeln, so weit solche mit Rücksicht auf noch bestehende Verträge rechtlich zulässig sind;

3. der Impost (Landes-Consumtions-Abgabe), so weit solche vom ausländischen Gute nach höhern Sätzen erhoben wird, als vom inländischen gleicher Art, und

4. die im Groſsherzogthume durch das Gesetz vom 22sten September 1826 eingeführte Abgabe von fremden Handels- und Gewerbs-Leuten, von Untertha-

nen und Erzeugnissen der übrigen contrahirenden 1828
Staaten nicht weiter erhoben werden sollen.

Art. VI. C. Sachsen-Meiningen gewährt, hinsichtlich seiner vormals Altenburgschen Landestheile (der nunmehrigen Grafschaft Camburg), die im Artikel VIII. angegebenen Sachsen-Altenburgischen Zugestehungen, insoweit sie Anwendung finden und unter denselben Beschränkungen.

Art. VII. D. Sachsen-Coburg-Gotha verspricht namentlich die Abgabe von fremden Handelsreisenden, wenn sie Angehörige der übrigen contrahirenden Staaten sind, nicht weiter zu erheben.

Art. VIII. E. Sachsen-Altenburg sichert den Unterthanen der gedachten Staaten bei der Ein-, Aus- und Durchfuhre der Produkte und Fabrikate eines dieser Staaten, rücksichtlich der Gleitsentrichtung in Ansehung derjenigen Begünstigungen, denen nach der Altenburgschen Gleitsordnung vom Jahre 1818, und nach dem Nachtrage vom Jahre 1826, so wie nach der Observanz, inländische Producenten und Handwerker bei dem Vertriebe ihrer Produkte und Fabrikate über die Grenze ihres Amts- oder Gleits-Bezirks im Allgemeinen geniefsen, in Fällen gleicher Art völlige Gleichstellung mit den Inländern zu, und hebt den Unterschied im Gleitssatze, welcher, nach einigen Bestimmungen der genannten Gesetze, zwischen inländischer und ausländischer Waare, ausdrücklich festgesetzt oder herkömmlich ist, dergestalt auf, dafs von den Produkten und Fabrikaten aus den contrahirenden Staaten der nämliche geringere Gleitssatz, der auch die gleiche inländische Waare bei Ueberfahrung der Amtsgrenzen, trifft, erhoben werden soll.

Art. IX. F. Schwarzburg-Rudolstadt hebt, den contrahirenden Staaten gegenüber, die bestehende Abgabe von den Handelsreisenden auf.

Art. X. G. Reufs-Schleitz wird die Unterthanen der gedachten Staaten, namentlich auch rücksichtlich des Gleits von dem erkauften Rindvieh. den Inländern gleich stellen, so dafs sowohl Käufer, als Verkäufer von je — 20 Groschen Kaufwerth, statt der bei Ausländern bisher üblich gewesenen 4 Pfennige, nur 2 Pfennige zu entrichten haben sollen; auch

1828 läfst es die unter der Benennung Centnergeld bestehende Durchgangsabgabe, zu Gunsten der contrahirenden Staaten, fallen.

Art. XI. H. Reufs-Lobenstein und Ebersdorf hebt die Ausgangsabgabe von Kämmwolle und feinem Garn, zu — 8 Groschen — vom Centner und — — 1 Pfennig vom Pfund, vorbehältlich der Wagegebühren, auf.

Art. XII. Die in vorstehenden Artikeln IV-XI. namhaft gemachten Folgen der in den Artikeln II und III. festgesetzten Principien sind blos als Beispiele zu betrachten, welche die nicht namentlich genannten, aber nothwendigen sonstigen Folgen und überhaupt die weitere consequente Durchführung der Grundsätze dieses Vertrags keinesweges ausschliefsen sollen.

Art. XIII. Hinsichtlich aller der, Gemeinden, Corporationen, oder Privaten zuständigen Erhebungen an Wege-, Brücken- und Pflaster-Gelde, Anlagen zur Tilgung der Communschulden und dergleichen schon jetzt bestehenden örtlichen Abgaben, behält es überall sein Bewenden. Die vereinten Regierungen sagen sich jedoch zu, dahin wirken zu wollen, dafs die hier und da etwa noch bestehenden Beeinträchtigungen des nachbarlichen Marktverkehrs durch Abgaben an Innungen, welche den Ausländer härter treffen, als den Inländer, dem Hauptprincipe dieses Vertrags gemäfs, möglichst abgestellt werden.

Art. XIV. Ausgenommen von den Bestimmungen der Artikel II und III. sind ferner:

a. die Abgaben von Branntwein, Bier, Wein, Most und Essig;

b. das Gleite, insofern es vom Inländer und von der inländischen Waare in gleicher Mafse erhoben wird, auch versteht es sich von selbst, dafs die, rücksichtlich gewisser Stände, oder gewisser Bauten hergebrachten Gleitsbefreiungen eben so wenig, als die hier und da den Inländern wegen des Hausbedarfs, oder in Beziehung auf den Verkehr innerhalb einer Amtsgrenze, oder eines Gleitsbezirks, eingeräumte Gleitsbefreiung auf die Unterthanen der übrigen Lande irgend eine Anwendung finden können;

c. die Wasserzölle, insofern sie vom Inländer und von der inländischen Waare in gleicher Maafse erhoben werden;

d. die im Artikel XIII des Hauptvertrags vom 24sten dieses Monats vorbehaltenen Beschränkungen;

e. die Bestimmung der Königl. Sächsischen General-Accis-Ordnung, wonach Ausländer, welche im Inlande einkaufen, oder erlaubter Weise verkaufen, die vom Handel auf dem platten Lande und laut Tarifs bei einigen Artikeln auch in den Städten erhoben werdende, den inländischen Händler in gleicher Maafse treffende Handelsaccise ohne Unterschied zu entrichten haben, die Waare mag zum eigenen Bedarf, oder zum Handel bestimmt seyn, im Lande bleiben, oder aus selbigem geschafft werden;

f. die Beschränkung des Handels auf den Dörfern, namentlich das im Königreiche Sachsen bestehende Verbot der Niederlage von Waaren auf dem Lande.

Art. XV. Die Produkte und Fabrikate, welche aus einem der contrahirenden Staaten in den andern zur Consumtion, oder zum Verkauf eingeführt werden, müssen, wenn auf die vertragsmäfsige Befreiung Anspruch gemacht werden will, durch bei der Waare befindliche Ursprungscertificate beglaubigt seyn. Diese Certificate sind von dem Producenten, Fabrikanten, oder Fabrikverleger auf Ehre und Gewissen auszustellen und entweder von den Zollämtern, wo deren bestehen, oder von den Ortsobrigkeiten, auf ihre Pflicht, stempel- und kostenfrei zu attestiren.

Acciszettel, in welchen der inländische Ursprung der Waare bemerkt ist, vertreten die Stelle der Certificate.

Alle Gegenstände, welche aus einem Vereinslande unmittelbar in das andere eingebracht werden und der Gattung nach zu den Erzeugnissen des Landes, woher sie kommen, gehören, bedürfen der Certificate nicht, wenn sie nur in solchen Quantitäten eingebracht werden, dafs die zu entrichtende Grenzaccise von allen zusammen nicht über — 2 Gr. — betragen würde.

Art. XVI. Jedes Ursprungscertificat ist, sofern es nicht von Neuem legalisirt worden, nach drei Mo-

1828 naten von seiner Ausstellung an, ungültig, eben so in dem Falle, wenn der Eigenthümer der Waaren, zu welchen dasselbe gehört, mit jenen zuvor Messen und Märkte eines an diesem Vertrage nicht theilnehmenden Landes besucht, oder wenn überhaupt eine Lagerung der Waaren in einem solchen Lande Statt gefunden hat. Hat derselbe dagegen mit seinen Waaren nur Märkte eines in diesem Vertrage begriffenen Landes besucht, so sollen die Ursprungscertificate für das weitere Einbringen in die andern Lande gültig bleiben, insofern sie nur von den Behörden der früher besuchten Marktplätze attestirt sind.

Art. XVII. Diejenigen Fabrikate des Königreichs Sachsen, welche durch einen darauf angebrachten Stempel, oder sonst auf eine, nach dem Ermessen der Regiebeamten, gnügende Weise, als inländische Fabrikate nachgewiesen sind, und aus den contrahirenden Staaten wieder nach dem Königreiche Sachsen zurückgebracht werden, sollen fortwährend als inländisch behandelt und daher nicht nur grenzaccisfrei gelassen, sondern auch bei dem Verkaufe nur mit den inländischen General-Consumtions-Accis-Sätzen belegt werden.

Art. XVIII. Die Regierungen verpflichten sich gegenseitig, wenn ihre Unterthanen sich eines Mifsbrauchs, oder gar einer Verfälschung der Certificate schuldig machen, diese Vergehen, so bald sie zu ihrer Wissenschaft gelangen, auch ohne vorherige Requisition, zu untersuchen und nach den Gesetzen ihres Landes zu bestrafen.

Art. XIX. Die Dauer dieses besondern Vertrags wird vorerst, gleich dem über den allgemeinen Handelsverein am 24sten dieses Monats geschlossenen Vertrage, bis zum 31sten December 1834 festgesetzt.

Art. XX. Der gegenwärtige Vertrag soll sofort nach dem Eingange aller Genehmigungsurkunden zu dem im vorstehenden Artikel genannten allgemeinen Vertrag ratificirt und die Ratificationen sollen baldmöglichst ausgewechselt werden.

Urkundlich ist dieser Vertrag von sämmtlichen Bevollmächtigten unterzeichnet und besiegelt worden. 1828

So geschehen Cassel, am Neun und Zwanzigsten September Eintausend Achthundert Acht und Zwanzig.

HANS GEORG VON CARLOWITZ.	CARL FRIEDRICH ANTON VON CONTA, für mich und für den Herrn wirklichen geheimen Rath, D. SCHWEITZER.
DIETRICH *Freiherr* VON STEIN.	WILHELM ERNST BRAUN, für mich und den Herrn wirklichen geheimen Rath *Freiherrn* v. CARLOWITZ.
CARL JOHANN HEINRICH ERNST EDLER v. BRAUN.	CHR. WILH. SCHWARTZ.
GUSTAV ADOLPH VON STRAUCH.	

Verzeichniſs der Modificationen des Altenburgischen Gleites, nach Art. VIII. des besondern Vertrags.

I. Gleichwie nach der Gleitsordnung vom Jahre 1818, S. 8 sub 17,

> „inländische Handwerker, die ihre Waaren mit eigenen, oder gedungenen Pferden, auf auswärtige Messen und Jahrmärkte fahren lassen, von den aufgeladenen Waaren nur das halbe Gleite zu entrichten haben,"

so sollen künftig auch Handwerker aus den Königl. Sächsischen Staaten, aus dem Groſsherzogthume Weimar-Eisenach, aus den Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaischen und Sachsen-Meiningischen, ingleichen aus den Fürstlich Schwarzburg-Rudolstädtischen und Fürstlich Reuſsischen Landen, wenn dieselben auf der Fahrt nach einer auſserhalb des Herzogthums Altenburg Statt findenden Messe, oder einem Jahrmarkte der Art, eine Altenburgische Gleitsstelle berühren, für ihre Waaren nur mit der Hälfte des sonstigen Satzes an Waarengleite, oder, wofern sie auf ihren Geschirren Waaren aus den Vereinslanden haben, die

1828 als Centnergut zu vergleiten sind, nur mit der Hälfte des sonstigen Gleitssatzes für Pferde und Wagen belegt werden, nicht aber beim Besuche der Altenburgschen Jahrmärkte, bei denen auch der Inländer keine Erleichterung geniefst.

II. Hirten und Schäfer, wenn sie, von einem Vereinslande in das andere, durch Altenburgisches Gebiet ziehen, sind, in analoger Anwendung der Bestimmung S. 7. s. 13. der Gleitsordnung, wegen ihres Hausraths gleitsfrei.

III. Bauern aus den genannten Staaten, die ihre eigenen Erzeugnisse verführen, sollen bei den Altenburgischen Gleitsstellen den inländischen Bauern, welche in diesem Falle nach S. 9. der Gleitsordnung s. 20, nur das halbe Gleite bei Ueberfahrung der Amtsgrenze entrichten, gleich gesetzt werden.

IV. Von Ochsen aus den benannten Landen wird beim Durch- und Ausgange, wie von inländischen, nach S. 21. der Gleitsordnung, der geringere Gleitssatz von — 1 Groschen 6 Pfennige, anstatt — 2 Groschen — entrichtet:

V. Desgleichen von einer Kuh- oder Ochsenhaut, insoweit überhaupt stückweise Vergleitung des Leders Statt hat, nach S. 22. ibid. nur 6 Pfennige, anstatt 9 Pfennige.

VI. Butter zahlt beim Eingange aus den genannten Staaten kein Gleite, da, nach S. 22, auch die einheimische, innerhalb Landes verführte Butter gleitsfrei ist, wogegen es bei der Vergleitung der durch- und ausgeführten Butter, wobei ein Unterschied zwischen in- und ausländischer nicht Statt findet, unverändert bewendet.

VII. Das S. 28. s. 16. der Gleitsordnung angeordnete besondere Gleite wegen fremder irdener Tabakspfeifen, von 3 Groschen vom einspännigen Karren, 8 Pfennige vom Schubkarren, 4 Pfennige von der Tracht, wird aufgehoben und auf selbige das allgemeine Gleite wie vom Centnergut, nach S. 19. der Gleitsordnung, angewendet.

VIII. Wollene Zeuge (Tücher, Casimire u. s. w.) aus den genannten Staaten werden, gleich den inländischen Fabrikaten dieser Art, nach S. 5. §. 14. des

Nachtrags vom Jahre 1826, als Centnergut mit 2 Groschen 6 Pfennige vom Pferde und 1 Groschen vom Wagen vergleitet, und dagegen das besondere Gleite auf ausländische Zeugwaaren zu 2 Groschen 6 Pfennige vom Centner aufgehoben. Baumwollene Zeugwaaren aus den Vereinslanden sollen künftig, gleich den wollenen Zeugen, als Centnergut vergleitet werden.

IX. Das Gleite von den in das Amt Cahla zum Behuf der Langholzflöfse eingebrachten Langflofshölzern, zu 3 Groschen von jeder zweispännigen Fuhre, wird aufgehoben und von diesen Stammhölzern, wie von den aus inländischen Waldungen zur Langholzflöfse kommenden, nach §. 34. des gedachten Nachtrags, aufser dem Flofs-, Zoll- und Stempel-Gelde, eine weitere Gleitsabgabe nicht entrichtet.

X. Töpferwaaren aus den Vereinslanden, welche auf Märkte innerhalb der Vereinsgrenzen verführt werden, entrichten künftig, unter analoger Anwendung der Bestimmung S. 10. des Nachtrags, die geringern Gleitssätze, nämlich:

ein einspänniger Wagen . . 2 Groschen,
ein zwei- und mehrspänniger Wagen 3 —

Die Töpfer in Kohren werden, bei Verführung ihrer Waare auf einen Markt in einem Vereinslande, hiernach ebenfalls behandelt, und entrichten aufserdem im Altenburgischen Amtsbezirke, wie bisher, von zwei- und mehrspännigen Wagen anstatt 5 Groschen, nur 4 Groschen und retour 2 Groschen, vom einspännigen Wagen dagegen künftig auch aufser den Märkten nur 2 Groschen.

Altenburg, den 27sten November 1828.

Herzoglich Sächsisches Geheimes Ministerium.

von Trützschler. E. von Braun.

142.

1828 *Traité de commerce et de navigation entre la Prusse et les villes libres et anséatiques de Lubec, de Bremen et de Hambourg, signé à Berlin le 4 Octr. 1828 et dont les ratifications ont été echangées à Berlin le 18 Novembre de la même année.*

(Lappenberg *Sammlung der Verordnungen der freien Hansestadt Hamburg* Bd. 10. pag. 135. *Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten* 1828. Nr. 19. pag. 135).

Seine Majestät der König von Preufsen einer Seits, und der Senat der freien und Hansestadt Lübeck, der Senat der freien und Hansestadt Bremen und der Senat der freien und Hansestadt Hamburg anderer Seits haben, von der Ueberzeugung ausgehend, dafs eine gegenseitige völlige Gleichstellung Ihrer respectiven Unterthanen und Bürger in den gegenwärtig und künftig bestehenden Handels- und Schifffahrts-Abgaben wesentlich zur Beförderung der gegenseitigen Handels-Verbindungen beitragen würde, zum Abschlusse eines diesem wünschenswerthen Zwecke entsprechenden Vertrages zu Ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König von Preufsen, Allerhöchstihren Geheimen Legations-Rath Ernst Michaelis und

der Senat der freien und Hansestadt Lübeck, der Senat der freien und Hansestadt Bremen und der Senat der freien und Hansestadt Hamburg, den Kammerherrn, Minister-Residenten und Geschäftsträger der freien und Hansestadt Hamburg zu Berlin, Ludwig August von Rebeur,

welche über folgende Artikel übereingekommen sind:

Art. I. Die Preufsischen, mit Ballast oder mit Ladung in den Häven der freien und Hansestädte Lübeck, Bremen und Hamburg ankommenden, imgleichen die Lübecker, Bremer und Hamburger, mit Ballast oder Ladung in den Häfen des Preufsischen Staats ankommenden Schiffe sollen, bei ihrem Einlaufen wie bei ihrer Abfahrt, hinsichtlich der jetzt oder künftig bestehenden Hafen-, Tonnen-, Lootsen-, Leuchtthurm- und Berge-Gelder, wie auch hinsichtlich aller anderen, jetzt oder künftig der Staatskasse, den Städten oder Privat-Anstalten zufliefsenden Abgaben und Lasten irgend einer Art oder Benennung, auf demselben Fufse, wie die National-Schiffe behandelt werden.

Art. II. Alle Waaren, Güter und Handelsgegenstände, sie seien inländischen oder ausländischen Ursprungs, welche jetzt oder in Zukunft auf National-Schiffen in die Königlich-Preufsischen Häven oder in diejenigen der freien und Hansestädte Lübeck, Bremen und Hamburg ein- oder aus selbigen ausgeführt werden dürfen, sollen in ganz gleicher Weise auch auf den Schiffen des anderen Theils ein- und ausgeführt werden können, ohne mit höheren oder anderen Abgaben irgend einer Art belastet zu werden als sie bei ihrer Ein- oder Ausfuhr auf National-Schiffen zu entrichten haben würden. Auch sollen bei der Ein- oder Ausfuhr solcher Waaren, Güter und Handelsgegenstände auf Schiffen des anderen Theiles die nämlichen Prämien, Rückzölle, Vortheile und irgend sonstige Begünstigungen gewährt werden, welche zu Gunsten der Ein- und Ausfuhr auf National-Schiffen etwa bestehen, oder künftig zugestanden werden möchten.

Art. III. So wie nach vorstehendem Artikel in Rücksicht auf die Nationalität der beiderseitigen Schiffe, eine Gleichstellung in den von deren Ladungen zu erhebenden Abgaben Statt finden soll, eben so soll auch jeder wegen des Eigenthums solcher Ladungen in der Gröfse dieser Abgaben etwa bestehende Unterschied wegfallen. Bei der Ein- und Ausfuhr auf den Schiffen der paziscirenden Theile sollen daher alle Güter, Waaren und Gegenstände des Handels, welche Königl. Preufsischen Unterthanen gehören, in den Häven von Lübeck, Bremen und Hamburg, von

1828 Seiten dieser freien und Hansestädte, keinen höhern oder andern Ein- und Ausgangs- oder sonstigen Abgaben, als das Eigenthum ihrer eigenen Bürger, und umgekehrt, alle Güter, Waaren und Handelsgegenstände, welche Bürgern der freien und Hansestädte Lübeck, Bremen und Hamburg gehören, in den Königl. Preufsischen Häven keinen höhern oder andern Ein- und Ausgangs- oder sonstigen Abgaben, als das Eigenthum Königlich Preufsischer Unterthanen, unterworfen sein.

Art. IV. Die Bestimmungen der vorstehenden Artikel sind in ihrem ganzen Umfange nicht nur dann anwendbar, wenn die beiderseitigen Schiffe direct aus ihren National-Häven ankommen, oder nach selbigen zurückkehren, sondern auch dann, wenn sie unmittelbar aus den Häven eines dritten Staates ankommen oder dahin bestimmt sein sollen.

Art. V. Die Preufsischen sowohl als die Lübecker, Bremer und Hamburger Schiffe sollen gegenseitig der Befugnisse und Vorzüge, welche ihnen der gegenwärtige Vertrag zusichert, nur in sofern geniefsen, als sie mit den nach den Vorschriften desjenigen Theils, dessen Flagge sie führen, ausgefertigten Schiffspässen und Musterrollen versehen sind.

Art. VI. Was in den obigen Artikeln I bis IV. in Betreff der, in die beiderseitigen Häven eingehenden, oder aus selbigen auslaufenden Seeschiffe des andern Theils und deren Ladungen festgesetzt ist, soll auch auf den gegenseitigen Flufsschiffahrts-Verkehr völlige Anwendung finden. Bei den Flufsschiffen genügt zum Beweise der Nationalität das in der Weserschiffahrts-Acte vom 10. September 1823 und resp. in dem Schlufs-Protocolle der Elbschiffahrts-Revisions-Commission d. d. Hamburg den 18. September 1824 vereinbarte Manifest.

Art. VII. Würden die Contrahenten es zweckmäfsig erachten, zur Beförderung ihres gegenseitigen Handels-Interesse additionelle Stipulationen einzugehen, so sollen alle Artikel, über welche man sich dergestalt vereinigen wird, als Theile dieses Vertrags angesehen werden.

Art. VIII. Wiewohl der gegenwärtige Vertrag als für die drei freien Hansestädte Lübeck, Bremen und Hamburg gemeinschaftlich geltend angesehen

werden soll, so ist man dennoch übereingekommen, 1828
dafs deshalb nicht eine solidarische Verpflichtung unter ihren respectiven Regierungen Statt finden, und das etwaige Aufhören der Bestimmungen dieses Vertrags für eine derselben, keine Wirkung auf die vertragsmäfsigen Verhältnisse der andern haben soll, für welche vielmehr in einem solchen Falle der Vertrag in voller Kraft bleiben wird.

Art. IX. Die Dauer des gegenwärtigen Vertrags, welche vom Tage der Auswechselung der Ratificationen ab in Kraft treten wird, ist vorläufig auf den Zeitraum bis zum 1. Januar 1840 festgesetzt, und soll, wenn zwölf Monate vor dem Ablaufe dieses Zeitraums von der einen oder der andern Seite eine Aufkündigung nicht erfolgt sein wird, stets als noch ferner auf ein Jahr, und so fort bis zum Ablaufe eines Jahres nach geschehener Aufkündigung verlängert, betrachtet werden.

Art. X. Der gegenwärtige Vertrag soll von den contrahirenden Theilen ratificirt und die Ratifications-Urkunden sollen spätestens innerhalb fünf Wochen oder wo möglich noch früher in Berlin ausgewechselt werden.

Dessen zu Urkund ist dieser Vertrag von den beiderseitigen Bevollmächtigten unter Beidrückung ihrer Siegel unterzeichnet worden.

So geschehen Berlin, den 4. October 1828.

(*Unterzeichnet:*)

Ernst Michaelis. Ludwig August von Rebeur.

143.

1828 *Convention betwen His Majesty and the Catholick King, for the final settlement of the claims of british and spanish subjects, under the Convention concluded at Madrid, the 12th of March* 1823. *Signed at London, October* 28, 1828.

(*Presented to both Houses of Parliament, by Command of His Majesty*, 1829. London printed by R. G. Clarke fol.)

His Majesty The King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and His Majesty The King of Spain and the Indies, being equally convinced of the great and almost insuperable difficulties that have presented themselves in carrying into effect, by means of the mixed Commission appointed under the Convention concluded on the 12th of March 1823, the stipulations of the said Convention, respecting the claims preferred by subjects of both Nations, — have considered that the most speedy and efficacious manner of obtaining the objects which Their Britannick and Catholick Majesties proposed to themselves in framing the Convention above-mentioned, would be that of a compromise, or amicable adjustment, in which Their said Majesties, by common consent should assign fixed and proportionate sums for the indemnification of the Claimants of both Countries, so that each of the two High Contracting Parties should possess the power of adjudging and satisfying the legitimate claims of its own subjects, out of the sums which each Government should, for such purpose, receive from the other, or of distributing those sums among the individuals interested, by means of an arrangement mutually agreed upon.

143.

Convention entre la Grande-Brétagne et l'Espagne pour l'arrangement définitif des réclamations des sujets britanniques et espagnols, conformement à la convention de Madrid du 12 *Mars* 1823; *signée à Londres le* 28 *Octobre* 1828.

1828

(*Sur copie officielle*).

Hallandose Su Magestad el Rey del Reino Unido de la Gran Bretaña y de Yrlanda, y Su Majestad el Rey de España y de las Yndias, igualmente convencidos de las graves y casi insuperables dificultades que se han presentado para llevar á efecto, por medio de la Comision mixta creada por el Convenio celebrado en 12 de Marzo de 1823, las estipulaciones de dicho Convenio, respectivas á las reclamaciones de subditos de ambas Naciones, — han conceptuado quela manera mas pronta y eficaz de conseguir los objetos que Sus Magestades Británica y Católica se propusieron en la formacion del referido Convenio, seria la de una transaccion ó ajuste amistoso, en que, de comun acuerdo, Sus referidas Magestades destinesen cantidades fijas y proporcionadas para la indemnizacion de los reclamantes de ambas partes, quedando á cada una de las dos Altas Partes Contractantes la facultad de juzgar y satisfacer las reclamaciones legitimas de sus propios subditos con las sumas que para ello percibiese de la otra, ó de distribuir estas entre los interesados, por medio de un arreglo particular con los mismos.

1828 With this view, Their Britannick and Catholick Majesties have nominated and appointed as their respective Plenipotentiaries, namely: — His Majesty The King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, the Right Honourable George Earl of Aberdeen, Viscount Gordon, Viscount Formartine, Lord Haddo, Methlick, Tarvis, and Kellie, a Peer of the said United Kingdom, a Member of His Majesty's Most Honourable Privy Council, Knight of the most ancient and most noble Ordre of the Thistle, and His said Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs: — and His Majesty The King of Spain and the Indies, His Excellency Don Narciso de Heredia, Count of Ofalia, actual Knight of the Royal Spanish Order of Charles III, Knight Grand Cross of the American Order of Isabel the Catholik, and of the Legion of Honour of France, Councillor of State, and His said Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary on a special Mission to the Court of His Britannick Majesty: — who, after having communicated to each other their respective Full Powers, found to be in due and proper form, have agreed upon and concluded the following Articles: —

Art. I. His Catholick Majesty engages to make good to His Britannick Majesty, the sum of nine hundred thousand pounds sterling, in specie, as the amount of the whole of the English claims presented to and registered by the mixed Commission established by the Convention of the 12th of March 1823.

Art. II. His Britannick Majesty engages to make good, in the same manner, the sum of two hundred thousand pounds sterling, as the amount of the whole of the Spanish claims, presented to and registered by the mixed Commission, in pursuance of the said Convention.

Art. III. It shall be lawful for either of the High Contracting Parties to cause to be adjudged within its respective Territory the claims of its own subjects, in order to satisfy, within twelve months from the date of the exchange of the Ratifications of the present Convention, such claims as shall appear to be just and legitimate, out of the sums which one of the High

Con este objeto, Sus Magestades Británica y Católica han nombrado y constituido por sus respectivos Plenipotenciarios, á saber: — Su Magestad el Rey del Reino Unido de la Gran Bretaña y de Yrlanda, al Muy Honorable Jorge Conde de Aberdeen, Vizconde Gordon, Vizconde Formartine, Lord Haddo, Methlick, Tarvis, y Kellie, Par del mencionado Reino Unido, Miembro del Muy Honorable Consejo Privado de Su Magestad Británica, Caballero de la muy antigua y muy noble Orden del Cardo, y Principal Secretario de Estado de Su referida Magestad en el Departamento de Negocios Extrangeros: — y Su Magestad el Rey de España y de las Yndias, al Excelentisimo Señor Don Narciso de Heredia, Conde de Ofalia, Caballero de numero de la Real Orden de Carlos III, Gran Cruz de la Real Orden Americana de Ysabel la Católica, y de la Legion de Honor de Francia, Consejero de Estado de Su Magestad Católica, y Su Enviado Extraordinario y Ministro Plenipotenciario encargado de una Mision especial cerca de Su Magestad Británica: — los cuales, despues de haberse comunicado sus respectivos Plenos Poderes, y hallandolos en buena y debida forma, han acordado y convenido en los Articulos siguientes: —

1828

Art. I. Su Magestad Católica se obliga á satisfacer á Su Magestad Británica la cantidad de novecientas mil libras esterlinas, en dinero efectivo, por el importe de la totalidad de las reclamaciones Ynglesas presentadas y registradas ante la Comision mixta creada por el Convenio de 12 de Marzo de 1823.

Art. II. Su Magestad Británica se obliga á satisfacer, en la misma forma, la cantidad de doscientas mil libras esterlinas, por el importe de la totalidad de las reclamaciones Españolas presentadas y registradas ante la Comision mixta, á consecuencia del mismo Convenio.

Art. III. Cada una de las dos Altas Partes Contractantes podrá hacer juzgar dentro de su respectivo Territorio, las reclamaciones de sus propios subditos para satisfacer, dentro de un año contado desde el dia del cange de las ratificaciones del presente Convenio, las que resulten ser justas y legitimas, con las sumas que para ello percibe de la otra: ó podrá

1828 Contracting Parties shall receive, for this purpose, from the other: or it shall be lawful for the Government of either of the said High Contracting Parties to agree with the persons interested, or their assigns, upon any other mode of arrangement which may be deemed most expedient for satisfying them within the same term, without the necessity of any previous and formal adjudication.

Art. IV. The Government of His Britannick Majesty shall retain in its possession the sum of two hundred thousand pounds sterling, which, by the second Article, is to be made good to Spain, in order to set that sum against, or deduct it from, the nine hundred thousand pounds sterling which it is to receive from the same: but it is expressly declared, that this compensation is stipulated on the understanding that His Catholick Majesty, within the period specified in the preceding Article, shall pay to His own subjects the amount of their legitimate claims against England, preferred under the Convention of the 12th of March 1823, in specie, or in other effective value; and in such a manner that His Britannick Majesty may be exempted from every responsibility for the amount of such claims.

Art. V. His Catholick Majesty shall effectuate the payment of the nine hundred thousand pounds sterling, in satisfaction of the English claims, by instalments, in the following order: —

Two hundred thousand pounds sterling shall be delivered over on the day on which the exchange of the Ratifications of the present Convention shall take place; and another like sum at the expiration of three months from the exchange alluded to.

The compensation mentioned in the preceding Article shall be considered as the payment of two hundred thousand pounds sterling more; and the remaining three hundred thousand pounds sterling shall be made good by two instalments, at the rate of one hundred and fifty thousand pounds sterling; the one at six months, and the other at nine months, from the date of the exchange of the Ratifications.

Art. VI. The two last instalments of one hundred and fifty thousand pounds each, His Catholick

el Gobierno de cada una de las referidas Altas Partes Contratantes convenirse con los interesados, ó quien los represente, en cualquiera otro medio de arreglo que se conceptue mas expedito para satisfacerles dentro del mismo termino, sin necessidad de que preceda un juicio formal.

1828

Art. IV. El Gobierno de Su Magestad Británica retendrá en su poder la suma de doscientas mil libras esterlinas, que, por el Articulo segundo, debe satisfacer al de España, á fin de compensarlas ó deducirlas de las novecientas mil libras sterlinas què tiene que percibir del mismo; pero queda expressamente declarado, que esta compensacion se estipula en la intelligencia de que Su Magestad Católica, dentro del termino convenido en el Articulo precedente, pagará á sus propios subditos el importe de sus reclamaciones legitimas contra la Ynglaterra, segun el Convenio de 12 de Marzo de 1823, en dinero, ó en otros valores efectivos; y de tal manera que el Gobierno de Su Magestad Británica quede exento de toda responsabilidad por el importe de las espresadas reclamaciones.

Art. V. El pago de las novecientas mil libras esterlinas respectivas á las reclamaciones Ynglesas, lo realizará Su Magestad Católica en diferentes plazos, por el orden siguiente: —

Se entregarán doscientas mil libras esterlinas en el dia que se verifique el cange de las Ratificaciones del presente Convenio; y otra igual suma á los tres meses de dicho cange.

Se considerará como pago de otras doscientas mil libras esterlinas la compensacion de que va hecha mencion en el Articulo precedente: — y las trescientas mil libras esterlinas restantes se satisfarán en dos plazos, á razon de ciento y cincuenta mil libras esterlinas, el uno á los seis meses, y el otro á los neuve, de la fecha del cange de las Ratificaciones.

Art. VI. Por lo que respecta á los dos ultimos plazos de ciento y cincuenta mil libras cada uno, Su

1828 Majesty reserves to himself the power either of paying up in specie, at the time of that sum falling due, or of effectuating the payment by certificates of inscriptions in the English and Spanish language, expressing the purpose for which they are issued, bearing interest at five per cent. per annum, payable half-yearly in London, at fifty per cent. discount.

For this purpose, His Catholick Majesty shall, within three months from the date of the Ratifications of this Convention, cause the sum of sixty millions of reals of vellon, in such inscriptions, (being equal, at one hundred reals to the pound sterling, to the sum of six hundred thousand pounds sterling,) to be lodged in the Bank of England, or with the Banker of the Court of Spain in London, with instructions to deliver one half of them to the Government of His Britannick Majesty, for the use of the claimants, on the day of each of the said instalments falling due, provided they shall not be punctually paid in sterling money.

It is likewise hereby agreed, that the Government of His Catholick Majesty shall have the power of redeeming the inscriptions thus created, during the four years succeeding, and upon giving six months notice, at the rate of fifty-five pounds for every hundred pounds so delivered. After such period of four years, the Spanish Government shall only possess the power of redeeming the inscriptions referred to, at the rate of sixty pounds for every hundred pounds.

Art. VII. His Catholick Majesty shall be at liberty to effect the payment of the second instalment of two hundred thousand pounds sterling, mentioned in Article V, by delivering, on its being due, fifty thousand pounds in ready money, and one hundred and fifty thousand pounds in inscriptions at fifty per cent., making three hundred thousand pounds in inscriptions; but this arrangement is only to take place on the express condition that the payment of one of the two last instalments of one hundred and fifty thousand pounds sterling, mentioned in Article VI, shall be made in ready money.

Art. VIII. The inscriptions to be delivered by the Government of His Catholick Majesty, shall be,

Magestad Católica se reserva la facultad de poder satisfacerlos en numerario, al tiempo de su respectivo vencimiento, ó de verificarlo en certificaciones de inscripciones estendidas en Yngles y en Español, con espresion del objeto para que se espiden, y con el interes de cinco por ciento anual, pagadero por semestres en Londres, las cuales se darán al descuento de cincuenta por ciento. 1828

Para este efecto, Su Magestad Católica dispondrá que dentro de tres meses de la fecha de las Ratificaciones de esta Convenio, una suma de sesenta millones de reales vellon, en dichas inscripciones, (la cual, á razon de cien reales vellon por libra esterlina, es equivalente á seiscientas mil libras esterlinas en inscripciones) se deposite en el Banco de Ynglaterra, ó en poder de Banquero de la Corte de España en Londres, con las oportunas instrucciones para que se entregue la mitad de ellas al Gobierno de Su Magestad Británica, á beneficio de los reclamantes, en el dia del vencimiento de cada uno de los referidos plazos, si no estuviese satisfecho para aquel dia en moneda esterlina.

Se ha convenido igualmente que el Gobierno de Su Magestad Católica tendrá la facultad de poder redimir las inscripciones creadas al efecto, en los cuatro primeros años, y dando aviso, con seis meses de anticipacion, á razon de cincuenta y cinco libras esterlinas en efectivo, por cada ciento que recoja en inscripciones. Despues de trascurridos los cuatro años, el Gobierno Español solo podrá redimir las mencionadas inscripciones, á razon de sesenta libras esterlinas pro cada ciento.

Art. VII. Su Magestad Católica podrá hacer el pago del segundo plazo de doscientas mil libras esterlinas, mencionado en el Articulo V, entregando á su vencimiento cincuenta mil libras en efectivo, y ciento y cincuenta mil en inscripciones al cincuenta por ciento, que hacen trescientas mil de esta especie; pero, en este caso, será precisamente obligatorio el pago en dinero efectivo de uno de los dos ultimos placos de ciento y cincuenta mil libras, de que se hace mencion en el Articulo VI.

Art. VIII. Las inscriptiones que se espidan por el Gobierno de Su Magestad Católica, deberán ser

1828 in all essential points, according to the form which is annexed to the present Convention.

Art. IX. As soon as the said sum of nine hundred thousand pounds sterling shall have been paid, all the bills of exchange, libranzas, and other documents, forming and constituting the value represented by the aggregate of the English claims against Spain, shall be given up to the Government of His Catholick Majesty.

Art. X. There shall be given up also, on the part of the Government of His said Catholick Majesty, at the period specified in the preceding Article, all the documents relative to the Spanish claims against England.

Art. XI. To prevent any of those claims which shall be satified by the present Convention, from again being produced under any other form or pretence, it is hereby agreed that the mixed Commission appointed under the aforesaid Convention of the 12th of March 1823, shall, prior to the cessation of the exercise of its functions, add to the lists already formed of the English and Spanish claims, presented to and registered by the same, such notes or remarks, relating to the documents in support of those claims, as may be deemed necessary, in order that the said lists and notes, after being given up to both Governments in an authentick form, may serve them as a security, till the delivery of the original documents shall take place.

Art. XII. The aforesaid Convention of the 12th of March 1823, and the several articles and things therein contained, except so far as the same are altered by this present Convention, are hereby declared to be, and shall remain, in force.

Art. XIII. The present Convention shall be ratified, and the Ratifications shall be exchanged in forty days from the date hereof, or sooner if possible.

In witness whereof, the respective Plenipotentiaries have signed the same, and have affixed thereto the seals of their Arms.

Done at London, the twenty-eighth day of October, in the year of our Lord one thousand eight hundred and twenty-eight.

Aberdeen.

conformes, en todo lo esencial, al modelo de que va unida copia al presente Convenio. **1828**

Art. IX. Verificado que sea el pago de las novecientas mil libras esterlinas, se entregarán al Gobierno de Su Magestad Católica todas las letras de cambio, libranzas, y demas documentos que forman y constituyen el valor representado por la masa de las reclamaciones Ynglesas contra la España.

Art. X. Ygual entrega se hará, por parte del Gobierno de Su Magestad Católica, de los documentos respectivos á las reclamaciones Españolas contra la Ynglaterra, en el Articulo precedente.

Art. XI. Para evitar que ninguna de las reclamaciones que han de quedar fenecidas por el presente Convenio, pueda aparecer de nuevo, bajo otra forma ó pretexto; se ha convenido que la Comision mixta nombrada en consecuencia del referido Convenio de 12 de Marzo de 1823, antes de cesar en el egercicio de sus funciones, deberá añadir á las listas ya formadas de las reclamaciones Ynglesas y Españolas presentadas y registradas ante ella, las notas ó apuntaciones referentes á los documentos de las mismas reclamaciones, que se crean necessarias, para que entregradas á ambos Gobiernos dichas listas y notas en forma autentica, puedan servirles de resguardo, hasta tanto que se verifique la entrega do los documentos originales.

Art. XII. Se declara que el citado Convenio de 12 de Marzo de 1823, y los diferentes articulos y clausulas que contiene, subsistirán en vigor, á excepcion de aquella parte de los mismos que se halla alterada por el presente Convenio.

Art. XIII. El presente Convenio será ratificado, y las Ratificaciones cangeadas en el termino de cuaranta dias contados de su fecha, ó antes si fuese posible.

En fé de lo cual, los respectivos Plenipotenciarios lo han firmado, y sellado con el sello de sus Armas.

Fecho en Londres, el dia veinte y ocho de Octubre, de mil ochocientos veinte y ocho.

El Conde de Ofalia.

1828 *Formula of Inscription.*

Nr. — Capit. L.500 sterling, equivalent to Capit. of 50,000 reals vellon.	Annuity L. 25 sterling, equivalent to Annuity of 2,500 reals vellon

This Debenture has been issued in satisfaction of an Agreement entered into at London, the 28th day of October 1828, in execution of a Convention signed at Madrid the 12th of March 1823. between His Britannick Majesty and His Majesty The King of Spain, for the payment of the Claims of British Subjects.

Spanish five per cent.

Consolidated Annuities, payable in London, inscribed on the Great Book of the Consolidated Debt of Spain.

Nr. — Capit. L.500 sterling, equivalent to Capit. of 50,000 reals vellon.	Annuity L. 25 sterling, equivalent to Annuity of 2.500 reals vellon

The Bearer hereof is entitled to an Annuity of Twenty-five Pounds, payable in London, in moieties, every six months, on the of and the of

The Spanish Government reserves to itself the right of redeeming this Debenture by payment in London, during the four years succeeding the date hereof, at the rate of 55 per Cent., or, at any subsequent period, at the rate of 60 per Cent. on the nominal amount, giving, in either case, six months notice in the London Gazette.

A. B. Secretary of State, Minister of Finance.
C. D. Director of the Sinking Fund
E. F. } British Commissioners for Claims.
G. H. }

The Certificates of inscriptions, which are to be deposited by the Government of His Catholick Majesty, and which will be given in payment, in the case specified in Article VI. of the Convention signed

Formula de Ynscripcion.

Nr. — Cap. 500 libras esterlinas, equivalente à Capital 50,000 reales vellon.	Rente 25 libras esterl. equivalente à Rente 2.500 real. vell.

Esta Ynscripcion se espide en consecuencia de un Convenio celebrado en Londres, à veinte y ocho de Octubre de 1828, en cumplimiento de otro concluido en Madrid, el 12 de Marzo de 1823, entre Su Magestad Británica y Su Magestad el Rey de España, para el pago de las reclamaciones de Subditos Yngleses,

Cinco pro' ciento Español.

Renta Anual Consolidada, pagadera en Londres, e inscrita en el Gran Libro de la Deuda Consolidada de España.

Nr. — Cap. libras esterlinas 500, equivalente á Capital reales vellon 50,000.	Renta Anual 25 libras esterlinas, equivalente á Renta Anual 2,500 reales vellon.

El Tenedor de esta Ynscripcion es acreedor á una renta anual de veinte y cinco libras esterlinas, pagadera en Londres por semestres, en los dias de y de

El Gobierno Español se reserva la facultad de redimir esta Ynscripcion, por medio del pago en Londres, dentro de los cuatro años primeros contados desde su fecha, á razon de 55 por 100, ó, despues de dicho periodo, á razon de 60 por 100, de su valor nominal, dando, en ambos casos, aviso de ello, con seis meses de anticipacion, en la Gaceta de Londres.

Firmas. — Del Ministro de Hacienda
Del Director de la Caja de Amortizacion.
De los Comisarios de Reclamaciones.

Avertencia.

Los Certificados de Ynscripciones que han de depositarse, y que se darán en pago, en el caso prevenido por el Articulo VI. del Convenio firmado en

1828 this day, shall be issued according to the following distribution: —

Two hundred, of one thousand pounds each.
One hundred and twenty, of eight hundred pounds each.
Two hundred, of five hundred pounds each.
Four hundred, of two hundred and fifty pounds each.
Four hundred and twenty, of two hundred pounds each.
Two hundred, of one hnndred pounds each.

In witness whereof, We, the Undersigned, Plenipotentiaries of His Britannick Majesty and His Catholick Majesty, have signed the present Formula, and have affixed thereunto the seals of our Arms.

Done at London, the twenty-eighth day of October, in the year of our Lord one thousand eight hundred and twenty-eight.

ABERDEEN. OFALIA.

144.

Convention entre l'Hanovre et la ville libre de Bremen concernant l'établissement provisoire d'une quarantaine commune, signée le 31 Octobre 1828.

(*Sur copie officielle*).

Ueber die provisorische Einrichtung der von Seiten des Königreichs Hannover und der freien und Hansestadt Bremen in Conformität des Art. IX. des Staatsvertrags vom 11. Januar 1827. gemeinschaftlich anzuordnenden Quarantaine-Anstalten, ist zwischen dem Regierungsrath G. Haltermann aus Stade, in Auftrag des Königlichen Cabinets-Ministerii zu Hannover und

este dia, se espedirán en el siguinte orden de distribucion: — 1828

Doscientas, de mil libras esterlinas cada una.
Ciento y veinte, de ochocientas cada una.
Doscientas, de quinientas cade una.
Cuatrocientas, de doscientas y cincuenta cada una.
Cuatrocientas y veinte, de doscientas cada una.
Doscientas, de cien libras cada una.

En fé de lo cual, nos los abajo firmados Plenipotenciarios de Su Majestad Británica, y de Su Magestad Católica, hemos firmado la presente Formula, y hemos puesto en ella el sello de nuestras Armas.

Fecho en Londres, á veinte y ocho de Octubre, de mil ochocientos y veinte, y ocho.

ABERDEEN. OFALIA.

---

dem Senator F. W. Heineken zu Bremen, in Auftrag des Senats zu Bremen, am unten benannten Tage, mit Vorbehalt der beiderseitigen höheren Ratification, die nachfolgende Vereinbarung getroffen.

§. 1. Hinsichtlich der Untersuchung und der Zulassung oder Zurückweisung solcher aus entfernten und rücksichtlich ihres Gesundheitszustandes verdächtigen Gegenden auf die Weser kommenden Schiffe, soll eine gleiche Vorsicht auf der Weser vor der Mündung des Geeste-Flusses durch gemeinschaftliche, Hannöverischer und Bremischer Seits zu treffende Veranstaltung angewandt werden, wie solche bisher schon von Herzoglich-Oldenburgischer Seite auf der Weser und Hamburgischer Seits zu Ritzebüttel angeordnet ist; und wird jedesmal, wenn die Anordnung einer Quarantaine nöthig ist, oder dieselbe wieder aufgehoben werden soll, darüber von beiden Gouvernements in gegenseitigem Einverständnifs gehandelt werden.

§. 2. Zu diesem Zweck soll eine gemeinschaftliche Quarantaine-Commission gebildet werden, bestehend aus dem Richter zu Lehe und dem Amtmann zu Bremerhaven, denen bis auf weiteres der damalige adjungirte Oberlootse und provisorische Havenmeister

1828 Johann Deetjen als drittes Mitglied der Quarantaine-Commission beigeordnet wird. Der Quarantaine-Commission bleibt es überlassen, in denjenigen vorkommenden Fällen, wo die Zuziehung eines Arztes ihrerseits erforderlich gehalten wird, einen zuverlässigen und angestellten Arzt der nächsten Umgegend provisorisch zum Quarantaine-Dienst zu requiriren, auch den Umständen nach ihn zu ihren collegialischen Berathungen zuzuziehen.

§. 3. Die vom Richter zu Lehe und vom Amtmann zu Bremerhaven nach gemeinschaftlicher Berathung für dringend erforderlich gehaltene Anschaffung von zwei Ruderböten, zum Preise von circa 170 Rthlr. und von 60 Rthlr. in Golde, deren Bemannung mit 4 von der Quarantaine-Commission gegen angemessene Monats-Gage bestthunlichst zu engagirenden, hinlänglich qualificirten Matrosen; ferner die Anschaffung einer Anzahl von Pestflaggen, imgleichen der nöthigen Drahtzangen zur Empfangnahme der Papiere der zu untersuchenden Schiffe und der zum Räuchern derselben dienlichen Essenzen und einiger anderer nothwendiger Inventarien-Stücke wird vorgeschlagenermafsen genehmiget, und soll die Quarantaine-Commission zu deren Anschaffung unter Beobachtung der thunlichsten Sparsamkeit authorisirt werden.

§. 4. Die specielle Aufsicht auf die beiden Ruderböte wird dem Havenmeister J. Deetjen übertragen, der auch der nächste Vorgesetzte der zu engagirenden Schiffsmannschaft sein, und der, wegen seiner desfallsigen Bemühungen, eine Remuneration von monatlich 20 Rthlr. in Golde geniefsen soll. Diese Remuneration, das Monatsgeld für die anzunehmenden Matrosen, imgleichen die Kosten der nöthigen Ruderböte und des übrigen, zum Dienste der Quarantaine-Commission erforderlichen Inventarii werden zu gleichen Theilen vom Hannöverischen Gouvernement und von der Stadt Bremen getragen und vorläufig von jeder Seite funfzig Pistolen zu guter Rechnung der Quarantaine-Commission fördersamst gestellt.

§. 5. An Bord der Ruderböte, welche beiden Theilen gemeinschaftlich gehören, sollen sich sowohl die Hannöverische wie die Bremer Flagge befinden, und wenn selbige im Quarantaine-Dienst gebraucht

werden, sollen beide Flaggen, die Hannöverische und 1828 die Bremer Flagge aufgezogen werden.

§. 6. Sollte die Aufrechthaltung der Authorität der gemeinschaftlichen Quarantaine-Commission oder irgend ein sonstiger nicht vorherzusehender Umstand es nothwendig oder beiden Theilen wünschenswerth machen, dafs ein gröfseres, mit einigen Kanonen bewaffnetes Fahrzeug zum Dienst der Quarantaine-Commission gestellt werde, so wird zwar das Hannöverische Gouvernement gern bereit sein, für diesen Zweck den kleineren Brunshauser Zoll-Kutter auf einen oder einige Monate nach der Geeste zu detachiren, und in einem kleinern an der Elbe zu miethenden Fahrzeuge den Zolldienst während der Abwesenheit des erwähnten Kutters von seinem Stations-Ort verrichten zu lassen. Die dadurch solchenfalls entstehenden extraordinairen Kosten werden jedoch zur Hälfte von Hannöverischer und zur Hälfte von Bremischer Seite, gleich den übrigen Kosten, übernommen, die der Quarantaine-Dienst erfordert, mit alleiniger Ausnahme der Ausgaben für das Militair-Commando, welches Hannover auf der Hafen-Batterie vor der Geeste hält und ferner allein zu halten hat, und welche Kosten Hannover daher auch in dem Falle allein trägt, wenn solches Militair oder ein Theil desselben zum Besten des Quarantaine-Diens-tes auf Ordre des Richters zu Lehe mit gebraucht werden mufs.

§. 7. Ueber die Bestimmung, welchen Schiffen, ob allen, die den obwaltenden, Umständen nach einer Untersuchung unterzogen werden müssen, oder nur solchen, bei welchen demnächst eine Observations-Quarantaine nöthig gefunden wird, die Leistung eines Beitrags zu den Quarantaine-Kosten aufzulegen, und wie der desfallsige Tarif festzusetzen sei; behalten sich beide Theile nach deshalb vorab einzuziehenden näheren Erkundigungen eine weitere Vereinbarung vor, Diese Gebühren fliefsen, so weit sie nicht eine Remuneration für bestimmte Dienstleistungen, z. B. die Diäten des Arztes befassen, in eine Sustentations-Casse der gemeinschaftlichen Quarantaine-Anstalt.

§. 8. Da die Instructionen und Entscheidungen, welche wegen einzelner bestimmter Schiffe, die von

1828 der Quarantaine-Commission als verdächtig in Untersuchung gezogen sind, in zweifelhaften Fällen, auf deren Anfrage abgegeben werden müssen, die gröfste Eile erfordern, und deshalb eine vorgängige zeitraubende Communication zwischen dem Senat zu Bremen und der Königlichen Landdrostei zu Stade in der Regel nicht zulassen, auf gleiche Weise auch möglicher Weise andere die höchste Eile nach der Natur des Gegenstandes erfordernde Verfügungen an die gemeinschaftliche Quarantaine-Commission zu erlassen sein können, und selbiger allemal um Conflicte und widersprechende Instructionen zu vermeiden, Eine Oberbehörde benannt werden mufs, welche zur Zeit das Directorium in den gemeinschaftlichen Quarantaine-Angelegenheiten zu führen und deren Anweisungen die Quarantaine-Commission Folge zu leisten hat, so sind beide Theile darunter einverstanden, dafs das erwähnte Directorium bis zu anderweiter Verabredung alljährlich vom 1. September jeden Jahres anzurechnen, unter ihnen alterniren, und dafs die Landdrostei zu Stade dieses Directorium zum erstenmal für das laufende Jahr vom 1. September 1828 bis dahin 1829 übernehmen soll.

§. 9. Die zeitige Directorial-Behörde hat jedoch nicht nur in der Regel und mit Ausnahme eilender Nothfälle über die in Quarantaine-Sachen zu erlassenden Verfügungen mit dem andern Theile vorher zu communiciren, sondern demselben auch von allen der Eile halber ohne vorangegangene Communication getroffenen Anordnungen vollständige Mittheilung um so mehr zu machen, damit thunlichst für künftig vorkommende ähnliche Fälle eine gemeinschaftliche Vereinbarung zeitig genug concertirt werden könne.

Geschehen und unterzeichnet, auch besiegelt

Bremen den ein und dreifsigsten October, Tausend acht hundert acht und zwanzig.

(*Gez.:*) G. Haltermann. (*Gez.:*) F. W. Heineken.

145.

Déclaration relative aux mesures 1828 *concertées entre la Prusse et le grand-duché de Mecklenbourg-Schwerin pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes, du* 5 *Novembre* 1828.

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preufsischen Staaten.* In 1828. Nr. 17. p. 133).

Nachdem die Königlich-Preufsische Regierung mit der Grofsherzoglich-Mecklenburg-Schwerinschen Regierung übereingekommen ist, die im Jahre 1801 zur Verhütung der Forstfrevel in den Grenzwaldungen getroffene Vereinbarung zu modifiziren, und zu diesem Behuf wirksamere und den jetzigen Verhältnissen angemessenere Maafsregeln zu treffen, erklären beide Regierungen Folgendes;

Art. I. Es verpflichtet sich sowohl die Königlich-Preufsische als die Grofsherzoglich-Mecklenburg-Schwerinsche Regierung, die Forstfrevel, welche ihre Unterthanen in den Waldungen des andern Gebiets verübt haben möchten, sobald sie davon Kenntnifs erhält, nach denselben Gesetzen zu untersuchen und zu bestrafen, nach welchen sie untersucht und bestraft werden würden, wenn sie in inländischen Forsten begangen worden wären.

Art. II. Von den beiderseitigen Behörden soll zur Entdeckung der Frevler alle mögliche Hülfe geleistet werden, und namentlich wird gestattet, dafs die Spur der Frevler durch die Förster oder Waldwärter etc. bis auf eine Meile Entfernung von der Grenze verfolgt und Haussuchungen ohne vorherige Anfrage bei den landräthlichen Behörden und Aemtern, auf der Stelle, jedoch nur in Gegenwart und nach den Anordnungen des zu diesem Behufe mündlich zu requirirenden Bürgermeisters oder Orts-Schultheifsen, vorgenommen werden.

1828 Art. III. Bei diesen Haussuchungen mufs der Ortsvorstand sogleich ein Protocoll aufnehmen, und ein Exemplar dem requirirenden Angeber einhändigen, ein zweites Exemplar aber seiner vorgesetzten Behörde (Laudrath oder Beamten) übersenden, bei Vermeidung einer Polizeistrafe von 1 bis 5 Thalern für denjenigen Ortsvorstand, welcher der Requisition nicht Genüge leistet. Wenn der Ortsvorsteher nicht im Stande seyn sollte, das Protocoll gehörig aufzunehmen, und kein Forst-Officiant daselbst befindlich ist, so hat der Ortsvorsteher die betreffenden Umstände doch so genau zu untersuchen und zu beobachten, dafs er nöthigenfalls ein genügendes Zeugnifs darüber ablegen könne, weshalb er auch eine sofortige mündliche Anzeige bei der vorgesetzten Behörde zu machen hat. Auch kann der Angeber verlangen, dafs, wenn in dem Orte, worin die Haussuchung vorgenommen werden soll, ein Förster, Holzwärter, Holzvogt etc. wohnhaft oder gerade anwesend ist, ein solcher Officiant zugezogen werde.

Art. IV. Für die Konstatirung eines Forstfrevels, welcher von einem Angehörigen des einen Staats in dem Gebiete des Anderen begangen worden, soll den officiellen Angaben und Abschätzungen, welche von den kompetenten und gerichtlich verpflichteten Forst- und Polizei-Beamten des Orts des begangenen Frevels aufgenommen werden, von der zur Aburtheilung geeigneten Gerichtsstelle jener Glaube beigemessen werden, welchen die Gesetze den officiellen Angaben der inländischen Beamten beilegen.

Art. V. Die Einziehung des Betrages der Strafe und der etwa statt gehabten Gerichtskosten soll demjenigen Staate verbleiben, in welchem der verurtheilte Frevler wohnt, und in welchem das Erkenntnifs statt gefunden hat, und nur der Betrag des Schadenersatzes und der Pfandgebühren an die betreffende Kasse desjenigen Staats abgeführt werden, in welchem der Frevel verübt worden ist.

Art. VI. Den untersuchenden und bestrafenden Behörden in den Königlich Preufsischen und in den Grofsherzoglich-Mecklenburg-Schwerinschen Staaten wird zur Pflicht gemacht, die Untersuchung und Bestrafung der Forstfrevel in jedem einzelnen Falle so

schleunig vorzunehmen, als es nach der Verfassung 1828 des Landes nur immer möglich seyn wird.

Art. VII. Gegenwärtige, im Namen Seiner Majestät des Königs von Preufsen und Seiner Königlichen Hoheit des Grofsherzogs von Mecklenburg-Schwerin zweimal gleichlautend ausgefertigte Erklärung soll, nach erfolgter gegenseitiger Auswechselung, Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben, und öffentlich bekannt gemacht werden.

So geschehen Berlin, den 5ten November 1828.

Königl. Preufsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Schönberg.

146.

Convention entre la Russie et la Bavière concernant l'extension réciproque de la franchise du droit de détraction sur le royaume de Pologne, publiée à Munic le 21 Novembre 1828.

(*Regierungs-Blatt für das Königreich Bayern* 1828. Nr. 48. pag. 657).

Die im Regierungs- und Intelligenzblatte des Königreichs vom Jahre 1825 Seite 7. publicirte Erklärung ddto. 1. November 1824 die bedingte Freizügigkeit mit Rufsland betreffend, soll nunmehr zufolge einer nachträglichen Uebereinkunft, und zwar vom heutigen Tage an, gleichmäfsig und dem vollständigen Inhalte nach, auf das Königreich Polen und die Polnischen Unterthanen in Bayern, wie auf Bayern und die Bayerischen Unterthanen im Königreiche Polen, ausgedehnt, und in wirkliche Anwendung ge-

1828 bracht werden. — Welches zur allgemeinen Nachachtung nach den Grundsätzen der Reciprocität auf allerhöchsten Befehl hiemit bekannt gemacht wird.

München, den 21. November 1828.

Königl. Staats-Ministerium des K. Hauses und des Aeufsern.

Gr. v. ARMANSPERG.

147.

Convention entre le Wurtemberg et le duché de Saxe-Altenbourg concernant les fraix de justice en matières criminelles; publiée à Stouttgard le 22 Novembre 1828.

(*Regierungs-Blatt für das Königreich Württemberg* 1828. Nr. 69. pag. 861).

Die Königlich Württembergische Regierung ist mit der Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Regierung in Beziehung auf Vergütung derjenigen Kosten, welche durch Requisitionen in Strafrechts-Fällen bei den gegenseitigen Gerichts-Stellen veranlafst werden, dahin übereingekommen:

dafs in solchen strafrechtlichen Verhandlungen, wo die Kosten niedergeschlagen, oder auf die Casse des Staats oder des Gerichtsherrn übernommen werden müssen, gegenseitig keine Kosten für Protokollirung, für Schreiben, so wie für die an die Gerichts-Personen, oder an die Casse sonst zu entrichtenden Sporteln aufgerechnet werden sollen.

Dagegen sind in den Untersuchungssachen der genannten Art auch künftig die baaren Auslagen für Verpflegung (einschliefslich der ärztlichen und der Kur-Kosten, des Lagerstrohes, der Wäsche und nothdürftigen Bekleidung), für Transport und Bewachung der Gefangenen, ingleichen für Abschriften,

Bothenlohn und Postgelder, gegenseitig zu berechnen 1828 und zu erstatten.

Dem gemäfs haben die K. Gerichte in vorkommenden Fällen sich zu achten.

Stuttgard den 22. November 1828.

Für den Justiz-Minister:

v. Otto. Beroldingen.

148.

Traité entre la Hesse électorale d'un côté, et la Saxe grand ducale, les duchés de Saxe-Meiningen et de Saxe-Coburg-Gotha de l'autre côté concernant les rapports mutuels de commerce, signé à Cassel le 11 Décembre 1828.

(*Gesetzsammlung für das Herzogthum Gotha.* 1828. Nr. XX. pag. 17).

Seine Königliche Hoheit der Kurfürst von Hessen, eines Theils, und Seine Königliche Hoheit der Grofsherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach, ingleichen Ihre Herzoglichen Durchlauchten, der Herzog von Sachsen-Meiningen uud der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, andern Theils, haben in der Absicht, dem Zwecke des durch Vertrag vom 24sten September d. J. geschlossenen Handelsvereins gemäfs, den Artikeln 14 und 16. jenes Vertrags weitere Folge zu geben, Bevollmächtigte ernannt, von welchen in Gemäfsheit der angebogenen Specialvollmachten folgender Vertrag abgeschlossen worden ist.

Art. I. Die Staatsregierungen von Kurhessen, Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Coburg-Gotha sichern sich gegenseitig alle

1828 Bereitwilligkeit zu, den wechselseitigen Handelsverkehr ihrer Unterthanen auf, den beiderseitigen Interessen entsprechende Weise möglichst zu erleichtern und werden dem gemäfs fortwährend darauf Bedacht nehmen, die Hindernisse, welche einer gröfsern Belebung dieses wechselseitigen Verkehrs zur Zeit noch entgegenstehen, nach und nach möglichst zu beseitigen.

Art. II. Für jetzt schon verspricht die Kurfürstl. HessischeStaatsregierung folgendeGegenstände, nämlich:

1. Getraide und Hülsenfrüchte, so weit sie nicht bereits durch den Hauptvertrag vom 24. September d. J. der Befreiung geniefsen,
2. Anis, Fenchel, Coriander,
3. Saamen,
4. Graupen, Grützen und Perlgerste,
5. Brennöhl,
6. Essig,
7. Vieh, was einzeln eingebracht wird,
8. Schinken und Würste,
9. Schwarze Seife,
10. Seilerwaaren,
11. Korb- und Siebwaaren,
12. Wagnerarbeiten in einzelnen Stücken,
13. Grobe Holzwaaren,
14. Spielwaaren von Holz und dergl.
15. Pech und Theer,
16. Kolophonium,
17. Feuerschwamm,
18. Braunstein,
19. Erdengeschirr,
20. Geschmiedetes Eisen, so wie grobe Eisen- und Stahlwaaren,
21. Bleizucker,

von den Eingangsabgaben, ingleichen

22. Felle und Häute,
23. Hirschgeweihe,
24. Asche,

welche aus dem Kurfürstenthum in die Lande der mitcontrahirenden Staatsregierungen ausgeführt werden, von Ausgangsabgaben vom 1. Januar 1829. an gänzlich frei zu lassen.

Art. III. Die contrahirenden Grofsherzogl. Sächsischen und Herzogl. Sächsischen Staatsregierungen

verpflichten sich dagegen in voller Erwiederung der 1828
in dem vorstehenden Artikel von Kurfürstlich Hessischer Seite zugestandenen Befreiungen, während der Dauer dieses Vertrags von den gleichnamigen Kurhessischen Erzeugnissen beziehungsweise ebenfalls keine Eingangs- oder Ausgangsabgaben zu erheben. Den fortbestehenden Geleitsabgaben sollen dieselben Gegenstände auf keinen Fall nach höhern Sätzen unterworfen werden, als die inländischen Erzeugnisse gleicher Art, und es sollen demnach die verzeichneten Gegenstände gegenseitig als inländische betrachtet und allenthalben auch hinsichtlich des Geleitsgeldes, als solche behandelt werden.

Art. IV. Die Grofsherzogl. Sächsische Staatsregierung hebt ferner in ihren Landen den bisherigen Transitozoll vom Kurhessischen Salze, unter Vorbehalt des Salzmonopols und der Beschränkung auf gewisse nach gegenseitiger Uebereinkunft zu bestimmende Strafsen, ebenfalls vom 1. Januar 1829 an, gänzlich auf.

Art. V. Die contrahirenden Grofsherzogl. Sächsischen und Herzoglich Sächsischen Staatsregierungen werden es sich angelegen seyn lassen, hinsichtlich der Geleitsabgaben ebenwohl zur Beförderung und Begünstigung des gegenseitigen Verkehrs hinführende Einrichtungen einzuleiten; um indessen die Benutzung der Werra zu Waarenversendungen und Waarenbeziehungen schon jetzt möglichst zu erleichtern, haben es die Kurfürstl. Hessische, die Grofsherzogl. Sächsische und die Herzogl. Sachsen-Meiningische Staatsregierungen ihren Interessen für angemessen gehalten, Verabredung und Bestimmung dahin zu treffen, dafs alle Güter, welche zur Werra in die Handelsplätze Wannfried und Eschwege gehen, so wie alle Güter, welche aus diesen beiden Handelsplätzen versendet werden, vom 1. Januar 1829 an, während der Dauer des vorliegenden Vertrags resp. das Landgeleite zu Kreuzburg und die Meiningischen Geleitsabgaben nur zur Hälfte entrichten und vom Durchgangszolle gänzlich befreit bleiben sollten. Hierbei versteht es sich indessen von selbst, dafs diese Begünstigungen nur auf diejenigen Ladungen Anwendung finden können, welche auf den ordentlichen Strafsen gehen, und ungetheilt aus den bemerkten Handelsplätzen kommen oder ganz dahin bestimmt sind, nicht aber auf solche

1828 Fuhrwerke, welche die augegebenen Orte blos berühren, ohne daselbst ganz geladen zu haben oder ganz abladen zu wollen.

Art. VI. Sämmtliche contrahirende Staaten heben gegen einander die hier und da eingeführten Abgaben von fremden, im gegentheiligen Gebiet arbeitenden Handwerkern und Taglöhnern auf, und wollen diese in der erwähnten Hinsicht wechselseitig den Inländern gleich behandeln.

Art. VII. Eben so sollen die Handels- und Gewerbsleute, welche in dem einen der contrahirenden Staaten ansässig, die Messen und Märkte eines andern derselben des Handels wegen besuchen, daselbst nicht mehr Abgaben unterworfen, und überhaupt auf keine Weise härter behandelt werden, als die inländischen Handels- und Gewerbsleute gleicher Art. Namentlich sollen die sogenannten Schaugelder und ähnliche Abgaben, welche den Ausländer treffen, ohne von dem Inländer gleichmäſsig erhoben zu werden, wo dergleichen noch bestanden haben, vom 1sten Januar 1829 an, aufgehoben seyn.

Art. VIII. Auf die in den Artikeln 2 und 3 stipulirten Befreiungen kann nur dann Anspruch gemacht werden, wenn die befreiten Gegenstände von Ursprungs-Certificaten begleitet sind. Diese Certificate sind von dem Producenten, Fabrikanten und Fabrikverleger auf Ehre und Gewissen auszustellen, und entweder von den Zollämtern, wo deren bestehen, oder von den Ortsobrigkeiten (Stadträthen, Schultheiſsen, Greben u. s. w.) auf ihre Pflicht und zwar, auſser der Bezahlung der gedruckten Formulare stempel- und kostenfrei zu attestiren. Getraide und Hülsenfrüchte, so wie auch Vieh in einzelnen Stücken, Korb- und Siebwaaren, Wagnerarbeiten u. s. w. in einzelnen Stücken bedürfen, wenn sie unmittelbar aus einem der contrahirenden Staaten in den andern eingeführt werden, der Certificate nicht, und bei den übrigen befreiten Gegenständen sollen sie dann entbehrlich sein, wenn letztere nur in solchen Quantitäten eingebracht werden, daſs der zu entrichtende Eingangszoll von der ganzen Ladung nicht über 2 gl. betragen würde.

Art. IX. Jedes Ursprungs-Certificat ist, sofern es nicht von neuem legalisirt worden, nach Ablauf

der darauf bemerkten, nach Maſsgabe der zum Transport an den Bestimmungsort erforderlichen Zeit festzusetzenden Frist und jedenfalls nach vier Wochen von seiner Ausstellung an, ungültig, ebenso in dem Falle, wenn die Waare, zu welcher dasselbe gehört, nicht direct aus einem der contrahirenden Staaten kommt.

Art. X. Die Regierungen verpflichten sich gegenseitig, über das bei der Ausstellung solcher Certificate zu beobachtende pflichtmäſsige Verfahren sorgfältig Aufsicht führen zu lassen, und, wenn ihre Unterthanen sich eines Miſsbrauchs, oder gar einer Verfälschung der Certificate schuldig machen, diese Vergehen, so wie auch etwaige Fahrlässigkeiten der bescheinigenden Behörden selbst, sobald sie zu ihrer Wissenschaft kommen, auch ohne vorgängige Requisition zu untersuchen, und nach der Strenge der Gesetze ihres Landes zu bestrafen.

Art. XI. Die contrahirenden Regierungen wollen sich gegenseitig alle nachbarliche Hülfe zu Sicherung ihrer indirecten Abgaben leisten. Insbesondere soll zu Verhinderung der Schmuggelei mit fremden Salz und fremden Branntwein dahin Verfügung getroffen werden, daſs Ladungen mit diesen Artikeln, wenn sie den einen der contrahirenden Staaten passiren, um in den benachbarten eingeführt zu werden, jedesmal auf die bestimmten Straſsen und resp. Hauptzollämter des letztern gewiesen werden. Zoll-, Accise-, Geleits- und Impostdefraudanten und Contrebandisten sollen, wenn sie nicht in dem Staate, in welchem sie sich befinden, einen wirklichen Wohnsitz erworben haben, und sonach als domicilirte Landesunterthanen betrachtet werden können, auf gegenseitige Requisition an dasjenige Gericht, in dessen Gerichtsbezirk das Vergehen verübt worden ist, unweigerlich zur Untersuchung und Bestrafung gestellt werden. Domicilirten Unterthanen soll es, auf vorgängige Requisition sich vor das Gericht des andern Staates freiwillig zu stellen verstattet werden, damit sie sich gegen die Anschuldigung vertheidigen und gegen das in solchen Fällen subsidiarisch zulässige Contumacialverfahren, so wie gegen dessen Folgen (an der Person oder an den Gütern in dem andern Staate) wahren können. Ein in Rechtskraft überge-

1828 gangenes, auf Gesetze gegründetes gerichtliches Erkenntnifs in dergleichen Fällen soll auf weiteres Ersuchen, auch gegen die Unterthanen vollzogen werden, unter den Bedingungen, unter welchen solches in Criminalrechtssachen statt findet.

Art. XII. Die Dauer dieses besondern Vertrags ist vorerst, gleich dem über den allgemeinen Handelsverein am 24. September d. J. abgeschlossenen Vertrage, bis zum 31. December 1834 festgesetzt. Bei den zur weiteren Ausbildung des allgemeinen Handelsvereins, nach Art. III. des gedachten Vertrags vom 24. September d. J. von Zeit zu Zeit zu haltenden Zusammenkünften soll auch über die etwaige Vermehrung und Erstreckung des gegenwärtigen Vertrags, Berathung gepflogen werden.

Art. XIII. Derselbe soll blos in einer Originalurkunde ausgefertigt, und bei dem Kurfürstlichen Archive zu Cassel verwahrlich niedergelegt, allen theilnehmenden Staaten aber in vidimirten Abschriften zugestellt werden.

Urkundlich ist gegenwärtiger Vertrag von sämmtlichen Bevollmächtigten unterzeichnet und besiegelt worden.

So geschehen Cassel am eilften December Eintausend Achthundert Acht und zwanzig.

149.

Convention entre l'Hanovre et la ville libre et Anséatique de Bremen concernant la communication du bourg de Vegesack avec Bremerhaven, signée le 20 Décembre 1828.

(*Sur copie officielle*).

Zwischen dem Königlich - Grofsbritannisch - Hannoverschen Staats - und Cabinets - Ministerio und dem Senate der freien Hansestadt Bremen, ist zu weiterer Ausführung der Artikel XII. des zwischen der Krone Hannover und der freien Hansestadt Bremen am 11. Januar 1827 abgeschlossenen Staatsvertrags enthaltenen Bestimmungen, durch die dazu mit specieller,

gegenseitig ausgetauschter Vollmacht versehenen Unterzeichneten, die folgende, für beide Theile verbindliche Vereinbarung getroffen worden: 1828

Art. I. Da die beabsichtigte Verbindung des Fleckens Vegesack mit der großen von Burg direct nach Bremerhaven führenden Hannoverschen Chaussee, für den nächsten Nothbedarf, schon durch eine Verbindungs-Chaussee, welche von Seiten Hannovers zugleich mit der gedachten großen Chaussee von der Wassermühle zu Lesum bis an die Auebrücke zu Vegesack angelegt und zu deren Unterhaltung von Seiten Hannovers auch das in den übrigen Theilen des Königreichs übliche Chaussee-Geld auf derselben erhoben werden wird; so wie durch einen ungepflasterten zu künftiger Anlage einer Chaussee geeigneten Fahrweg, welchen die Krone Hannover zu gleicher Zeit in gerader Linie zwischen Vegesack und Heilshorn einzuräumen und anlegen zu lassen zugesichert hat, erreicht werden dürfte; so entsagt die freie Hansestadt Bremen für die Dauer der nächsten 10 Jahre allen weiteren Ansprüchen auf eine vollständigere Erfüllung der in dem gedachten Artikel XII. des Staatsvertrags vom 11. Januar 1827 enthaltenen Bestimmungen.

Art. II. Sollte der eine oder der andere der contrahirenden Theile nach Ablauf solcher zehn Jahre diese weitere Erfüllung wünschenswerth finden, so verspricht die Krone Hannover auch den gedachten Fahrweg, zwischen Heilshorn und Vegesack, mit einer ordentlichen Chaussee versehen zu lassen, wogegen sich Bremen zur Erstattung der Hälfte der, von Seiten Hannovers darauf zu verwendenden Kosten, verbindlich macht.

So geschehen und vereinbart, unterzeichnet und untersiegelt, zu Hannover am zwanzigsten December des Jahres Eintausend Achthundert und Acht und zwanzig

(*Gez.*) Just Philipp Rose, *Geheimer Cabinets-Rath, Bevollmächtigter des Königl. Großbrittannisch-Hannöverschen Cabinets-Ministerii.*

(*Gez.*) Johaon Smidt, *Bürgermeister und Bundestags-Gesandter der freien Hansestadt Bremen, Bevollmächtigter des Senats derselben.*

150.

1828 *Traité d'amitié, de navigation et de oommerce entre les Pays-Bas et le Brésil, signé le 20 Décembre 1828.*

(*Journal officiel du royaume des Pays-Bas.* 1829. Nr. 7. pag. 7).

Au nom de la très Sainte et Indivisible Trinité!

Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Prince d'Orange-Nassau, grand-duc de Luxembourg, et Sa Majesté l'Empereur du Brésil, désirant resserrer les liens d'amitié, qui subsistent heureusement, entre les deux états, par la conclusion d'un traité d'amitié, de navigation et de commerce, basé sur l'interêt réciproque de leurs sujets respectifs, ont à cette fin nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir: Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, le sieur Guillaume-Gérard Dedel, chevalier de l'Ordre du Lion-Belgique, plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur du Brésil; et Sa Majesté l'Empereur du Brésil, Leurs Excellences messieurs le Marquis de Aracaty, du conseil de Sa Majesté l'Empereur, gentilhomme de la Chambre impériale, Conseiller des Finances, Grand-Croix de l'ordre d'Avis, Sénateur de l'Empire, Ministre secrétaire-d'Etat pour les Affaires étrangères; Jose Clemente Pereira, du Conseil de Sa Majesté l'Empereur, Dignitaire de l'ordre impérial de Cruzeiro, chevalier de celui du Christ, Juge de la cour des supplications, Ministre secrétaire d'Etat pour les affaires de l'Empire; et Miguel de Mello e Alvim, du Conseil de Sa Majesté l'Empereur, Commandeur de l'ordre d'Avis, et chevalier de celui de Cruzeiro, chef de division de la flotte nationale et impériale, Ministre secrétaire d'Etat au Département de la Marine. Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans.

Art. I. Il y aura amitié constante entre Sa Majesté le Roi des Pays-Bas et Sa Majesté l'Empereur

du Brésil, leurs Héritiers et Successeurs de part et d'autre, ainsi qu'entre leurs sujets respectifs. 1828

Art. II. Une liberté réciproque de commerce aura lieu entre les possessions de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas en Europe, et l'Empire du Brésil.

Les sujets respectifs des deux états jouiront d'une pleine liberté et sûreté pour se rendre avec leurs navires et leurs cargaisons dans tous les lieux, ports et rivières, où d'autres étrangers ont en ce moment, ou obtiendront par la suite la permission d'entrer, et pour séjourner et demeurer dans chaque partie des susdits états, comme aussi pour y louer et y occuper des maisons et des magasins à l'usage de leur commerce.

Pareillement les vaisseaux de guerre des deux nations auront de part et d'autre la liberté d'aborder sans empêchement et sûrement dans tous les ports, rivières et lieux, où les vaisseaux de guerre de quelque autre nation ont, ou obtiendront à l'avenir la liberté d'entrer, en se soumettant toutefois respectivement aux lois et réglemens des deux états contractans.

Art. III. Sa Majesté le Roi des Pays-Bas accorde en outre aux sujets de Sa Majesté l'Empereur du Brésil dans toutes les possessions du Roi hors de l'Europe, la même liberté de navigation et de commerce, qui a été stipulée dans l'article précédent, sur le même pied que d'après les principes généraux de son système colonial, elle est actuellement accordée à d'autres nations.

Art. IV. Les deux parties contractantes sont convenues de considérer et de traiter réciproquement comme navires des Pays-Bas ou Brésiliens, tous ceux reconnus comme tels dans les possessions et états auxquels ils appartiennent respectivement, d'après les lois et réglemens existans ou à promulguer par la suite, desquelles lois et réglemens l'une partie donnera à temps communication à l'autre; bien entendu, que les commandans desdits navires pourront toujours prouver leur nationalité par des lettres de mer rédigées dans la forme usitée et munies de la signature des autorités compétentes du pays auquel le navire appartient.

Art. V. Les bâtimens des Pays-Bas qui entreront dans les ports du Brésil ou qui en sortiront, et les navires brésiliens qui entreront dans les ports des

1828 Pays-Bas, ou qui en sortiront, ne seront sujets à des droits perçus sur les bâtimens, abstraction faite de leur cargaison, à titre de port, frêt, ancrage, phare, tonnage, visite, pilotage ou autre dénomination quelconque, autres ou plus considérables, que ceux qui sont actuellement, ou pourraient, par la suite, être imposés aux bâtimens nationaux.

Art. VI. Les hautes parties contractantes s'engagent mutuellement à ne point faire des prohibitions d'entrée ou de sortie, qui frapperaient les importations ou les exportations de l'un des deux pays, tout en ménageant celles d'autres pays, par rapport aux articles du même genre. Elles s'engagent à ne les grever d'aucuns droits ou autres charges quelconques, qui ne soient étendus en même temps, à toutes les importations ou exportations du même genre sans distinction de pays.

Art. VII. Toutes les marchandises qui pourront être importées dans les états respectifs des hautes parties contractantes à bord des bâtimens nationaux, ou qui pourront en être exportées de la même manière, pourront de même y être importées et en être exportées par les navires de l'autre partie contractante. Bien entendu que dans cette stipulation n'est pas compris le commerce de port à port, ni celui le long de la côte, appelé cabotage, lequel sera uniquement permis aux bâtimens nationaux.

Art. VIII. Les marchandises quelconques, sans distinction d'origine, de propriétaire, ni de consignataire, transportées des ports des Pays-Bas aux ports du Brésil ou de ces ports aux Pays-Bas en navires des Pays-Bas, ou en navires appartenant à une nation favorisée dans les ports brésiliens: et les marchandises importées d'un pays quelconque dans les ports du Brésil par des navires des Pays-Bas, ou exportées pour un pays quelconque des ports du Brésil par des navires des Pays-Bas, ne paieront au Brésil les droits d'entrée et de sortie, et les impôts de toute espèce, qu'au taux accordé au commerce direct et national de la nation la plus favorisée.

Il est convenu, qu'en parlant de nation la plus favorisée, la nation portugaise ne devra pas servir de terme de comparaison.

D'un autre côté, les marchandises quelconques sans distinction d'origine, de propriétaire, ni de consignataire, transportées des ports du Brésil aux ports des Pays-Bas, ou de ces ports au Brésil, en navires brésiliens, ou en navires appartenant à une nation favorisée dans les ports des Pays-Bas, et les marchandises importées d'un pays quelconque dans les ports des Pays-Bas par des navires brésiliens, ou exportées pour un pays quelconque des ports des Pays-Bas par des navires brésiliens, ne paieront dans lesdits ports les droits d'entrée et de sortie, et les impôts de toute espèce, qu'au taux accordé au commerce direct et national de la nation la plus favorisée.

Art. IX. Les primes, remboursemens de droits, ou autres avantages de ce genre, accordés dans les Etats de l'une des hautes parties contractantes, à l'importation ou à l'exportation, dans les navires d'une nation étrangère quelconque, seront de même accordés, lorsque l'importation ou l'exportation se fera par des navires du pays de l'autre des hautes parties contractantes.

Art. X. Dans la navigation directe et indirecte entre les Pays-Bas et le Brésil, les manifestes visés par les Consulats des Pays-Bas ou brésiliens respectivement, ou lorsqu'il n'y en aurait pas, par les autorités locales, suffiront pour admettre les importations ou exportations respectives à la jouissance des faveurs stipulées dans l'article huitième.

Art. XI. Les marchandises indiquées par l'article huitième, jouiront, dans les douanes respectives, par rapport à leur évaluation, de tous les avantages et de toutes les facilités, qui sont ou qui seront accordés à la nation la plus favorisée. Il est entendu que lorsqu'elles n'auront pas une valeur déterminée dans le tarif brésilien, l'expédition en douane s'en fera sur une déclaration de leur valeur, signée de la partie qui les importera; mais dans le cas où les officiers de la douane, chargés de la perception des droits, soupçonneraient fautive cette évaluation, ils auront la liberté de prendre les objets ainsi évalués, en payant dix pour cent en sus de ladite évaluation, et ce dans l'espace de quinze jours, à compter du premier jour de la détention, et en restituant les droits payés.

1828 Art. XII. Chacune des parties contractantes pourra nommer des Consuls, afin de résider sur le territoire de l'autre pour la protection du commerce: mais avant que quelque Consul exerce ses fonctions comme tel, il devra être approuvé et admis dans la forme usitée par le Gouvernement, sur le territoire duquel il devra résider, tandis que chacune des deux parties se réserve le droit d'excepter de la résidence de Consuls tels points particuliers, sur lesquels elle ne juge pas expédient de les admettre.

Les Agens diplomatiques et Consuls du Brésil dans les possessions de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, jouiront de toutes les prérogatives, exemptions et immunités, qui sont ou seront accordées ultérieurement aux Agens du même rang de la nation la plus favorisée. Et réciproquement les Agens diplomatiques et Consuls du Roi, jouiront sur le territoire de Sa Majesté l'Empereur du Brésil, de toutes les prérogatives, exemptions et immunités, dont les Agens diplomatiques et Consuls du Brésil jouiront dans le Royaume des Pays-Bas.

Art. XIII. Sa Majesté le Roi des Pays-Bas et Sa Majesté l'Empereur du Brésil conviennent que le présent Traité sera valable pendant douze ans, à dater de l'échange des ratifications, et Leurs Majestés se réservent de convenir entre Elles de sa prolongation, ou de contracter un nouveau traité avant l'expiration de ce terme.

Art. XIV. Les ratifications du présent Traité seront échangées dans l'espace de quatre mois, à compter du jour de la signature, ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Traité et l'ont muni du sceau de leurs armes.

Ainsi fait à Rio de Janeiro, le 20 Décembre de l'an de grâce mil huit cent vingt-huit.

W. G. Dedel.
Marquez de Aracaty.
Jose Clemente Pereira.
Miguel de Souza Mello e Alvim.

Le Ministre des Affaires Etrangères déclare que 1828 le Traité ci-dessus a été ratifié par le Gouvernement brésilien le vingt Décembre mil huit cent vingt-huit, et par celui des Pays-Bas le dix-huit Avril mil huit cent vingt-neuf, et que l'échange réciproque des actes de ratification a eu lieu à Bruxelles le vingt Avril suivant.

VERSTOLK DE SOELEN

151.

Traité d'accession de la principauté de Schwarzbourg-Sondershausen au traité de commerce conclu à Cassel le 24 Septbr. 1828, signé le 25 Décembre de la même année.

(*Groſsherzogl. S. Weimar Eisenachsches Regierungs-Blatt.* Nr. 5. den 6. März 1829).

Nachdem Se. Durchlaucht der souveraine Fürst zu Schwarzburg-Sondershausen den Wunsch zu erkennen gegeben, in Ansehung des oberherrschaftlichen Fürstlichen Landesantheils, änmlich der Herrschaft Arnstadt mit Amt-Gehren, in den, durch Vertrag vom 24. September dieses Jahrs gestifteten Verein mehrer deutschen Bundesstaaten zur Beförderung des freien Handels und Verkehrs aufgenommen zu werden: so ist in Gemäſsheit der Casseler Verabredungen

von Seiten der Königlich Sächsischen Regierung durch den Königlichen wirklichen Geheimenrath Hans Georg von Carlowitz auf Oberschöna, Domherrn des Hochstifts Merseburg, Komthur des Königlich Sächsischen Civil-Verdienst-Ordens, Groſskreuz des Kaiserlich Oesterreichischen Leopold-, Ritter des Kaiserlich Russischen St. Annen- und des Königlich Preuſsischen Johanniter-Ordens;

1828 und von Seiten der Groſsherzoglich Sächsischen Regierung
durch den Goſsherzoglich wirklichen Geheimenrath, D. Christian Wilhelm Schweitzer, Groſskreuz des Groſsherzoglich Sächsischen Hausordens vom weissen Falken, des Königlich Sächsischehen Civil-Verdienst- und des Kurfürstlich Hessischen Hausordens vom goldenen Löwen, Ritter des Kaiserlich Russischen St. Wladimir-Ordens vierter Klasse, und den Groſsherzoglich geheimen Legations-Rath und geheimen Referendar, Carl Friedrich Anton von Conta, Ritter des Groſsherzoglich Sächsischen Hausordens vom weissen Falken, Komthur zweiter Klasse des Kurfürstlich Hessischen Hausordens vom goldenen Löwen und Ritter des Königlich Sächsischen Civil-Verdienstordens.
Nahmens des Vereins mit dem
von Seiten Sr. Durchlaucht des Fürsten zu Schwarzburg-Sondershausen hierzu bevollmächtigten
Fürstlichen wirklichen Geheimerath, Kanzler und Konsistorial-Präsidenten, Christian Wilhelm Friedrich Casper von Kauffberg
unterhandelt und nachstehender Beitrittsvertrag abgeschlossen worden

Art. I. Se. Durchlaucht der Fürst zu Schwarzburg Sondershausen tritt, in Ansehung der Herrschaft Arnstadt mit Amt Gehren, dem Casseler Vertrage vom 24. September dieses Jahres, so wie auch den Bestimmungen des Casseler Konferenz-Protocolls vom 5. vorigen Monats als Mitglied des Vereins und mit allen Rechten und Verbindlichkeiten eines solchen bei, ebenso, als wenn Se. Hochfürstliche Durchlaucht den obigen Vertrag und die nachträglichen Bestimmungen vom 5. dieses Monates ursprünglich mit abgeschlossen hätte.

Art. II. Die sämmtlichen höchsten und hohen Regierungen des Vereins nehmen diesen Beitritt Sr. Durchlaucht des Fürsten vorausbeschlossenermaaſsen an, und sichern Höchstdemselben alle aus dem gedachten Vertrage vom 24. September und aus dem Konferenz-Protocolle vom 5. dieses Monathes flieſsenden Rechte hiermit ausdrücklich zu.

Art. III. Der gegenwärtige Accessions-Vertrag soll von Seiten Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht un-

verzüglich und spätestens in vierzehn Tagen ratificirt 1828 und von den Ratifications-Urkunden soll baldmöglichst eine Original-Ausfertigung jeder der Regierungen, welche den obigen Vertrag vom 24. September abgeschlossen haben, übersendet werden. Diese höchsten Regierungen werden dagegen Ihre Ratificationen ebenfalls, sobald als möglich dem Fürstlichen geheimen Konsilium zu Sondershausen zusenden.

Urkundlich ist gegenwärtiger Accessions-Vertrag von den genannten Bevollmächtigten unterzeichnet und mit ihren Siegeln bedruckt worden.

So geschehen Weimar den fünf und zwanzigsten December Eintausend Achthundert und Acht und zwanzig.

Hans Georg von Carlowitz.
D. Christian Wilhelm Schweitzer.
Carl Friedrich Anton von Conta.
Christian Wilhelm Friedrich Casper von Kauffberg.

152.

Traité ultérieur d'accession de la principauté de Schwarzbourg Sondershausen au traité de commerce conclu à Cassel le 24 Septembre 1828; signé, le 25 Décembre de la même année.

(*Großherzoglich S. Weimar-Eisenach'sches Regierungs-Blatt* Nr. 5. den 6. März 1829).

In Folge des unter dem heutigen Datum abgeschlossenen Accessions-Vertrages Sr. Durchlaucht des Souverainen Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen zu dem Casseler Vertrage vom 24sten September dieses Jahres, ist zwischen den nachbenannten Bevollmächtigten, nämlich:

1828 von Seiten der Königlich Sächsischen Regierung: dem Königlichen wirklichen Geheimen Rathe, Hans Georg von Carlowiz auf Oberschöna, Domherr des Hochstiftes Merseburg, Komthur des Königlich Sächsischen Civil-Verdienst-, Groſskreuz des Kaiserlich Oesterreichischen Leopold-, Ritter des Kaiserlich Russischen St. Annen- und des Königlich Preuſsischen Johanniter-Ordens und

von Seiten der Groſsherzoglich Sächsischen Regierung:

dem Groſsherzoglichen wirklichen Geheimen Rath, Dr. Christian Wilhelm Schweitzer, Groſskreuz des Groſsherzoglich Sächsischen Hausordens vom weissen Falken, des Königlich Sächsischen Civil-Verdienst- und des Kurfürstlich-Hessischen Hausordens vom goldenen Löwen, Ritter des Kaiserlich Russischen St. Wladimir-Ordens vierter Klasse, und dem Groſsherzoglichen wirklichen geheimen Legations-Rathe und geheimen Referendar, Carl Friedrich Anton von Conta, Ritter des Groſsherzoglich Sächsischen Hausordens vom weissen Falken, Komthur zweiter Klasse des Kurfürstlich Hessischen Hausordens vom goldenen Löwen und Ritter des Königlich Sächsischen Civil-Verdienst-Ordens,

eines Theils,

und

von Seiten Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht zu Schwarzburg Sondershausen, dem Fürstlichen wirklichen Geheimenrathe, Kanzler und Konsistorial-Präsidenten, Christian Wilhelm Friedrich Caspar von Kauffberg

andern Theils,

folgender weiterer Accessions-Vertrag verhandelt und abgeschlossen worden.

Art. I. Se. Durchlaucht, der Fürst zu Schwarzburg Sondershausen, tritt in Ansehung des oberherrschaftlichen Fürstlichen Landesantheils, nämlich der Herrschaft Arnstadt mit Amt Gehren, auch dem, zwischen Sr. Majestät, dem Könige von Sachsen, Sr. Königlichen Hoheit, dem Groſsherzoge von Sachsen Weimar-Eisenach, Ihren Durchlauchten den Herzogen von Sachsen-Meiningen, Sachsen Koburg-Gotha und Sachsen-Altenburg, Sr. Durchlaucht, dem Für-

sten zu Schwarzburg-Rudolstadt und Ihren Durchlauchten, den Fürsten Reufs, zu Schleitz, zu Lobenstein und Ebersdorf und zu Greiz, zu Cassel am 29. September d. J. geschlossenen Separat-Vertrage und dem Protocolle von demselben Datum, hiermit bei. 1828

Art. II. Die in vorstehendem Artikel genannten Allerdurchlauchtigsten und Durchlauchtigsten Kontrahenten nehmen diesen Beitritt Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht zu Schwarzburg Sondershausen an, und Se. Majestät der König von Sachsen sichern Höchstdemselben für die Unterthanen der Herrschaft Arnstadt mit Amt Gehren insbesondere auch den, mittelst Kabinets-Registratur vom 1. November dieses Jahres den höchsten Theilhabern an dem Vertrage vom 29. September dieses Jahres für ihre respectiven Unterthanen zugestandenen Erlafs von fünf und zwanzig Procent von der, zu Leipzig für die daselbst eingebrachten Producte und Fabrikate nach den dort bestehenden tarifmäfsigen Sätzen zu erlegenden Handels-Abgabe, ausdrücklich hiermit zu.

Art. III. Die Ratification des gegenwärtigen Accessions-Vertrages soll von Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht zu Schwarzburg-Sondershausen unverzüglich und spätestens in 14 Tagen ertheilt, nnd an jeden der kontrahirenden Höfe soll baldmöglichst eine Original-Ausfertigung derselben gesendet werden.

Die gedachten allerhöchsten und höchsten Höfe werden dagegen ihre Ratificationen so bald als möglich dem Geheimen Consilium zu Sondershausen zusenden.

Urkundlich ist vorstehender Accessions-Vertrag von den genannten Bevollmächtigten unterzeichnet und mit ihren Siegeln bedruckt worden.

So geschehen Weimar den fünf und zwanzigsten Dezember Eintausend Achthundert und Acht und Zwanzig.

Hans Georg von Carlowitz.

D. Christian Wilhelm Schweitzer.

Carl Friedrich Anton von Conta.

Christian Wilhelm Friedrich Caspar von Kauffberg.

153.

1828 *Convention entre la France et l'Espagne fixant le montant des sommes dues par l'Espagne à la France et par la France à l'Espagne, en vertu des conventions des* 29 *Janvier,* 9 *Février,* 30 *Juin et* 10 *Décembre de* 1824 *et la manière de les acquitter; signée à Madrid le* 30 *Décembre* 1828.

(*Journal de Francfort* 1829. Nr. 46.)

S. M. C. et S. M. T. C., désirant fixer d'un commun accord le montant des sommes que l'Espagne doit à la France, ainsi que celles que la France pourroit devoir à l'Espagne, en vertu des traités, des 29 janvier 9 février, 30 juin et 10 décembre 1824, et ayant résolu de fixer le mode de paiement de ladite dette par un traité spécial, ont nommé à cet effet pour leurs plénipotentirires respectifs, savoir: S. M. C., don Emmanuel Gonsalez Salmon, etc.; et S. M. T. C., M. le vicomte de Saint-Priest, etc., qui, après s'être communiqué réciproquement leurs pleins-pouvoirs, ont arrêté les articles suivans:

Art. I. Pour effectuer le paiement des sommes que l'Espagne doit à la France, en vertu des traités des 29 janvier, 9 février, 30 juin et 10 décembre 1824, S. M. C. s'oblige à faire inscrire provisoirement sur le grand-livre de la dette publique de l'Espagne, au nom et en faveur du trésor royal de France, un capital de 80 millions de francs, dont les intérêts, calculés à raison de 3 p. c., produiront une rente de

153.

Convenio entre S. M. Católica y S. M. Cristianisima, fijando el importe de las sumas debidas por la España á la Francia, igualmente que el de las que la Francia deba á la España, en virtud de los Convenios de 29 de Enero, 9 de Febrero, 30 de Junio y 10 de Diciembre de 1824, y el modo de satisfacerlas; fecho en Madrid á 30 de Diciembre de 1828. 1828

(Suplemento á la gaceta de Madrid del Jueves 29 de Enero de 1829).

S. M. Católica y S. M. Cristianísima, deseando fijar de comun acuerdo el importe de las sumas debidas por la España á la Francia, igualmente que el de las sumas que la Francia deba á la España, en virtud de los Convenios de 29 de Enero, 9 de Febrero, 30 de Junio y 10 de Diciembre de 1824, y habiendo resuelto arreglar el modo de satisfacer dicho importe por medio de un Convenio especial, han nombrado al efecto por sus respectivos Plenipotenciarios, á saber: S. M. Católica á D. Manuel Gonzalez Salmon, etc. etc., y S. M. Cristianísima al señor vizconde de Saint-Priest, etc., los cuales, despues de haberse comunicado sus respectivos plenos poderes, han convenido en los artículos siguientes:

Art. I. Para efectuar el pago de las sumas debidas por la España á la Francia, en virtud de los Convenios del 29 de Enero, 9 de Febrero, 30 de Junio y 10 de Diciembre de 1824, S. M. Católica se obliga á hacer inscribir provisionalmente en el gran libro de la deuda pública de España, á nombre y á favor del Real tesoro de Francia, un capital de 80 millones de francos, cuyos réditos calculados á razon de 3 por 100,

1828 2,400,000 fr., qui commencera à courir à dater du 1er janvier 1829. Le paiement de la dite rente aura lieu tous les six mois à Paris entre les mains du commissionné que S. M. T. C. désignera à cet effet. Le premier semestre sera payé le 1er juillet 1829, et le second le 1er janvier 1830, et ainsi successivement de six en six mois. Au dos des certificats d'inscriptions, qui seront délivrés au trésor royal de France, seront indiqués avec les formalités convenables les paiemens effectués.

Art II. En outre de la rente de 2,400,000 fr., créée en vertu de l'article précédent, et destinée au paiement des intérêts du capital provisoire de 80 millions, S. M. C. s'oblige à faire payer, à dater 1er juillet 1829, et également par moitié tous les six mois, au commissionné de S. M. T. C. une somme annuelle de 1,600,000 fr., équivalent au 2 p. c. du susdit capital, et destinée à son amortissement. Les rentes rachetées serviront à augmenter le fonds d'amortissement, en faveur duquel on mettra l'annotation de transfert, à la fin de chaque semestre, sur un régistre particulier, tenu à cet effet par le commissionné de S. M. T. C.

Art. III. Une année après l'échange des ratifications, les deux gouvernemens se communiqueront réciproquement le montant de leurs réclamations respectives, en en présentant, autant qu'il sera possible, le compte détaillé, et en prenant pour base les traités ci-dessus indiqués. Si de l'examen de ces deux documens il résultoit que la somme due à la France par l'Espagne ne s'élevoit pas à celle de 80 millions de francs, adoptée provisoirement comme base de sa dette, on fera une réduction proportionnée sur la somme qu'elle doit payer annuellement pour les intérêts et l'amortissement du susdit capital, et la France tiendra compte à l'Espagne de ce qu'elle aura touché de plus. Si, au contraire, la somme due à la France s'élève à plus de 80 millions, alors on inscrira sur le grand-livre de la dette publique de l'Espagne une rente proportionnée au dit excédant, et le paiement de ses intérêts et de son amortissement aura lieu de la même manière, et commencera également à courir du 1er janvier 1829.

producirán una renta anual de 2,400,000 francos, que 1828 principiarán á correr desde el 1. de Enero de 1829. El pago de dicha renta se verificará cada seis meses en Paris, en manos del comisario que S. M. Cristianísima designe al efecto. El primer semestre será pagado en 1. de Julio de 1829, el segundo en 1. de Enero de 1830, y asi sucesivamente de seis en seis meses. En el dorso de los certificados de inscripcion, que se entregarán al Real tesoro de Francia, se indicarán con las formalidades convenientes los pagos efectuados.

Art. II. Ademas de la renta de 2,400,000 francos creada en virtud del artículo que precede, y destinada al pago de los réditos del capital provisional de 80 millones, S. M. Católica se obliga á hacer entregar desde la misma época de 1. de Enero de 1829, é igualmente por mitad cada seis meses, al comisario de S. M. Cristianísima, una suma anual de 1.600,000 francos, equivalente al 2 por 100 del mencionado capital, y destinada á amortizarse. Las rentas redimidas servirán á aumentar el fondo de amortizacion, á favor del cual se extenderá el asiento de traslado al fin de cada semestre, en un registro particular que al efecto llevará el comisario de S. M. Cristianísima.

Art. III. Un año despues de verificado el cange de las ratificaciones, ambos gobiernos se comunicarán recíprocamente el importe de sus respectivas reclamaciones, presentando en cuanto sea posible la cuenta detallada de ellas, para lo que tomarán por base los Convenios de 1824 arriba citados. Si del exámen de estos documentos resultare que la suma debida por la España á la Francia no llega á la de 80 millones de francos, adoptada provisionalmente como base de su deuda, se hará una reduccion proporcional en la suma que anualmente ha de satisfacer para pago de los réditos y de la amortizacion del susodicho capital; y la Francia abonará á la España en cuenta lo que haya cobrado de mas. Pero si al contrario la suma debida á la Francia excede á la de 80 millones, entonces se inscribirá en el gran libro de la deuda pública de España una renta proporcionada á dicho excedente ó demasía, y el pago de sus réditos y amortizacion se efectuará del mismo modo, y principiará igualmente á correr desde 1. de Enero de 1829.

1828 Art. IV. S. M. C. affecte dès ce moment la contribution dite de *paille et ustensiles*, au paiement de la rente de 4 millions, créée en vertu des articles précédens, ainsi qu'aux arrérages et à l'amortissement des sommes dont l'Espagne pourroit être ultérieurement reconnue débitrice envers la France. Dans le cas où le produit de cette contribution ne seroit pas suffisant, S. M. C. affecte à cet objet tous les autres revenus de sa couronne.

Art. V. Le présent traité sera ratifié, et les ratifications seront échangées dans le délai de six semaines, ou avant s'il est possible.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs, en vertu de leurs pleins pouvoirs, ont signé le présent traité, qu'ils ont scellé de leurs armes.

Fait double à Madrid, le 30 décembre 1828.

Emmanuel-Gonzalez Salmon,
Le vicomte de St.-Priest.

Art. IV. S. M. Católica aplica desde luego la contribucion llamada de paja y utensilios al pago de la renta de cuatro millones creada en virtud de los artículos precedentes, y tambien al de los réditos y amortizacion de las sumas de que la España pueda ulteriormente resultar deudora á la Francia. En caso que el producto de esta contribucion sea insuficiente, S. M. Católica aplica á este objeto todas las demas rentas de su Corona.

Art. V. El presente Convenio será ratificado, y las ratificaciones cangeadas en el término de seis semanas, ó antes si fuere posible.

En fe de lo cual los Plenipotenciarios respectivos, en virtud de sus plenos poderes, han firmado el presente Convenio, y puesto en él el sello de sus armas. —

Fecho por duplicado en Madrid á 30 de Diciembre de 1828. —

(Firmado.) Manuel Gonzalez Salmon.
El vizconde de Saint-Priest.

I.

TABLE CHRONOLOGIQUE

des traités renfermés dans ce tome.

1820.

			Pag.
1820	25 Août	Convention entre le Danemarc et la principauté de Waldeck, concernant l'abolition réciproque du droit de détraction.	1

1821.

1821		Ordonnance de S. M. le Roi de Danemarc, concernant les droits et les privilèges des agens consulaires des puissances étrangères en Danemarc.	3
	29 Septr.	Déclaration concernant l'abolition du droit d'aubaine entre la confédération Suisse et le royaume des Deux-Siciles. *	4

1822.

1822	18 Août / 12 Septr.	Convention entre la Hesse électorale et le duché de Saxe-Cobourg, concernant l'extradition réciproque des vagabonds.	5

1823.

1823	1 Févr.	Convention entre le Danemarc et le grand duché de Mecklenbourg-Strelitz, concernant l'extradition réciproque des déserteurs et des conscrits réfractaires.	7

7 Mars Convention entre le Danemarc et la Suède concernant la réception réciproque des criminels et des vagabonds en Danemarc et en Norvège. Pag. 14 — 1823

1 Avril Convention entre le Danemarc et le grand duché de Mecklenbourg-Schwerin, concernant l'extradition réciproque des criminels et des conscrits réfractaires. 16

22 Avril Convention entre la Hesse électorale et la principauté de Waldeck concernant la réception réciproque des vagabonds. 23

26 Mai Déclaration concernant l'abolition réciproque du droit d'aubaine entre la confédération Suisse et le royaume des Deux-Siciles. 24

20 Mai Circulaire de la chancellerie Danoise concernant le traitement des corsaires étrangers. 26

15 Juillet / 29 Septr. Déclaration concernant l'abolition réciproque du droit de détraction entre la confédération Suisse et le grand-duché de Hesse. 28

1824.

28 Janv. Déclaration concernant l'abolition réciproque du droit de détraction entre le Danemarc et le duché d'Oldenbourg. 30 — 1824

26 Févr. Déclaration concernant l'abolition réciproque du droit de détraction entre le Danemarc et la ville libre et anséatique de Hambourg. 31

22 Mars Déclaration concernant l'abolition du droit d'aubaine entre le royaume des Deux-Siciles et la confédération Suisse. 33

6 Mars Convention entre la Hesse électorale et le duché de Saxe-Meiningen, concernant la réception réciproque des vagabonds. 34

15 Mars / 13 Fevr. Déclaration entre la Hesse électorale et le grand-duché de Saxe-Weimar, concernant la réception réciproque des vagabonds. 36

1824 2 Juill. Traité de limites entre l'Hanovre et le royaume des Pays-Bas. Pag. 379

1825.

1825 4 Avril Convention entre la Prusse et la Saxe royale en exécution du 1er paragraphe du XXIIème article de la convention principale conclue entre ces deux puissances le 28 Août 1819, concernant les fondations pieuses. 411

27 Septr. Convention entre la Prusse et la Saxe royale pour régler les rapports publics des fondations de famille existant dans le royaume et dans le duché de Saxe et pour assurer les droits des particuliers intéressés. 434

15 Nov. Edit par lequel S. M. Jean VI, roi de Portugal, a déclaré formellement qu'il reconnoissoit son fils ainé Dom Pedro, comme empereur du Brésil et comme prince royal de Portugal. 515

6 Décbr. Convention entre la Prusse et la Saxe royale concernant les prétentions réciproques des fondations du royaume et du duché de Saxe. 441

28 Décbr. Convention entre la Prusse et la Saxe royale concernant le partage des fondations locales et privées dans le royaume et dans le duché de Saxe non comprises dans le partage reglé par la convention principale du 28 Août 1819 et par les conventions supplémentaires du 4 Avril et du 27 Septembre 1825. 447

1826.

1826 26 Janv. Ordonnance de S. A. R. le grand-duc de Bâde concernant le commerce avec le royaume de Wurtemberg. 36

2 Févr. Convention entre le grand-duché de Bâde et celui de Hesse concernant le commerce sur les frontières respectives des deux états 38

1826

4 Avril Protocole relatif aux affaires de la Grèce, signé à St. Petersbourg entre la Russie et la Grande-Brétagne Pag. 40

15 Avril Convention entre le grand-duché de Bâde et le royaume de Wurtemberg, concernant le commerce sur le frontières respectives des deux états 44

24 Juin Récès principal de liquidation entre le Danemarc et l'Hanovre concernaut le duché de Lauenbourg 47

30 Août Convention entre la Bavière et la principauté de Reuss-Greitz concernant l'obligation au service militaire par rapport aux émigrations 74

21 Septr. Décret du pouvoir exécutif de la république de Colombie concernant le commerce sur les côtes de Guagiri, de Darien et de Mosquitos 76

26 Octbr./20 Nov. Convention conclue entre le royaume des Pays-Bas et les royaumes de Suède et de Norvège à l'égard d'une abolition réciproque du droit de détraction 78

26 Débr. Traité d'amitie, de commerce et de navigation entre la Grande-Bretagne et les États-Unis du Mexique, avec deux articles additionnels 80

1827.

1827

11 Janv. Traité entre l'Hanovre et la ville libre et anséatique de Bremen, concernant les rapports de commerce et de navigation et l'établissement d'un port sur la Geeste et le Weser 100

19 Janv. Déclaration concernant l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration entre les États-Unis de l'Amérique septentrionale et le duché d'Oldenbourg 113

19 Janv. Convention entre S. M. le Roi de la Grande-Bretagne et S. A. R. l'infante régente de Portugal 114. 461

23 Janv. Déclaration concernant les mesures concertées entre la Prusse et le duché de

1827 Brunsvic pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes . Pag. 120

30 Janv. Traité pour régler les limites entre la France et le grand-duché de Bâde (Extrait) 123

3 Mars Publication concernant l'admission réciproque des sujets de l'électorât de Hesse et du royaume de Bavière au privilège des pauvres de faire plaider leurs causes gratis 130

8 Mars Déclaration concernant l'abolition de la gabelle d'émigration et du droit de détraction entre le Wurtemberg et la Sardaigne 131

10 Mars Convention entre la France et la Bavière pour l'extradition des déserteurs 132

12 Mars Convention entre le grand-duché de Hesse d'une part et la Russie et la Pologne de l'autre, concernant l'abolition du droit de détraction 137

14 Mars Traité de commerce et de navigation entre S. M. le Roi de Suède et de Norvège d'une part et S. M. le Roi de Prusse de l'autre 138

14 Mars Convention entre l'Hanovre et la ville libre et anséatique de Hambourg, concernant la réstitution des fraix de justice en cas d'extradition de criminels 142

$\frac{20}{7}$ Mars Déclaration signée entre le royaume de Saxe et le duché de Saxe-Altenbourg concernant les rapports féodaux et de jurisdiction entre les deux états 143

11 Avril Bulles concernant l'érection de l'archevêché de Fribourg en Brisgau, de l'évêché de Rottenbourg en Wurtemberg et de Limbourg sur Lahn en Nassau, données le 16 Août 1821 et le 11 Avril 1827 et publiées en Bâde le 16 Octobre 1827, en Wurtemberg le 24 Octobre et en Nassau le 9 Octobre de la même année 146

12 Avril Traité de commerce et de douanes entre la Bavière et le Wurtemberg 167

28 Avril	Traité entre le Wurtemberg et la principauté de Hohenzollern-Sigmaringen, concernant les rapports de jurisdiction	Pag. 178	1827
8 Mai	Ordonnance de S. M. Catholique relative aux consuls et vice-consuls étrangers en Espagne	192	
12 Mai	Convention entre la Sardaigne et plusieurs cantons Suisses au sujet des établissemens reciproques, avec les actes y relatifs	193	
18 Mai	Déclarations entre le Danemarc et la Russie, relativement à l'abolition du droit de détraction	202	
22 Mai	Convention entre le grand-duché de Saxe-Weimar et la principauté de Schwarzbourg-Sondershausen, concernant la réception réciproque des vagabonds	204	
28 Mai	Convention entre la Suède et la Porte, qui accorde aux bâtimens Suèdois et Norvegiens le privilège de naviguer sur la mer noire	209	
29 Mai	Déclaration signée entre les Pays-Bas et la Suède et la Norvège relativement à l'extradition des matelots déserteurs	214	
30 Mai	Convention entre la France et la Suisse concernant les établissemens réciproques, avec les actes y relatifs	216	
17 Juin	Traité de commerce et de navigation entre l'Autriche et le Brésil	225	
15 Juin	Traité d'amitié, de navigation et de commerce concln entre le royaume des Pays-Bas et les Etats-Unis du Mexique	230	
18 Juin	Concordat entre le Pape et le royaume des Pays-Bas, avec les Bulles et autres pièces qui y sont relatives	242	
15 Août / 19 Juin	Déclaration concernant le renouvellement de la convention d'étappes conclue entre la Prusse et la principauté de Lippe-Detmold le 18 Juin / 15 Août 1818	270	
23 Juin	Traité entre le Wurtemberg et la principauté de Hohenzollern-Hechingen, concernant les rapports de jurisdicton	270	

1827 4 Juill. Traité d'amitié et de commerce entre Sa Majesté le roi de Suède et de Norvège d'une part et les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale de l'autre Pag. 271

6 Juill. Traité pour la pacification de la Grèce, conclu entre la Grande-Brétagne, la France et la Russie et signé à Londres 282. 465

9 Juill. Traité d'amitié, de navigation et de commerce entre S. M. le Roi de Prusse et S. M. l'Empereur du Brésil avec un article additionnel du 18 Avril 1828 470

11 Juill. Convention additionnelle entre le grand-duché de Bâde et le grand-duché de Hesse concernant les délits forestiers et autres semblables 290

21 Juill. Convention entre la Prusse et la France concernant la réception réciproque des sujets de la classe ouvrière qui se sont rendus sur le territoire de l'un ou de l'autre état pour y exercer leur métier 292

6 Août Convention de commerce entre la Grande-Brétagne et les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale 476

6 Août Convention entre la Grande-Brétagne et les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale concernant le territoire de la côte nord-ouest de l'Amérique 477

16 Août Ordre de cabinet de S. M. le Roi de Prusse relatif à la conclusion d'un arrangement avec les différens états de la confédération Germanique pour la protection commune des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 294

17 Août Traité d'amitié et de commerce entre la Grande-Brétagne et le Brésil 479

18 Août Convention entre l'Hanovre et la ville libre et anséatique de Bremen, concernant l'exécution des dispositions des articles XI, XIII et XIV du traité du 11 Janvier 1827 295

11 Septr. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement pris entre la Prusse et l'Hanovre pour la protection

1827

des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon. Pag. 302

12/20 Septr. Traité entre le grand-duché de Bâde et la principauté de Hohenzollern-Sigmaringen pour régler les rapports de jurisdiction 303

18 Septr. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement pris entre la Prusse et la Hesse grand-ducale pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 317

24 Septr. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement concerté entre la Prusse et la principauté de Schaumbourg-Lippe pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 319

27 Septr. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement pris entre la Prusse et le duché d'Oldenbourg pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 321

29 Septr. Convention de cartel, conclue entre le duché de Saxe-Altenbourg et celui de Saxe-Gotha 322

29 Septr. Convention entre la Grande-Brétagne et les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale, relative à l'arbitrage sur les points litigieux du cinquième article du traité de Gand 491

4 Octr. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement concerté entre la Prusse et le duché de Brunsvic pour la protection des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 326

6 Octr. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement pris entre la Prusse et la principauté de Schwarzbourg-Sondershausen pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 327

10 Octr. Convention entre le grand-duché de Saxe-Weimar et le duché de Saxe-Meiningen, concernant les frais de justice en matières criminelles 329

1827 16 Octr. Traité entre l'Espagne et la Porte Ottomane concernant la navigation et le commerce de la mer noire Pag. 496
19 Octr. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement pris entre la Prusse et la ville libre et anséatique de Lubec pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 330
20 Octr. Déclaration du ministère Prussien, concernant un arrangement concerté entre la Prusse et la principauté de Lippe-Detmold pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 332
20 Octr. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement pris entre la Prusse et la ville libre et anséatique de Brême pour la protection des droits des auteurs et des libraires entre la contrefaçon 333
20 Octr. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement pris entre la Prusse et la principauté de Schwarzbourg-Rudolstadt, pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon. 335
28 Octr. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement concerté entre la Prusse et la Saxe royale pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 336
6 Nov. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement pris entre la Prusse et le duché de Nassau pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 338
7 Nov. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement concerté entre la Prusse et la grand-duché de Mecklenbourg-Schwerin pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 506
17 Nov. Traité de commerce et de navigation entre le Brésil et les villes libres et anséa-

tiques de Lubeck, de Hambourg et de Brême Pag. 340 — 1827

22 Nov. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement concerté entre la Prusse et la principauté de Hohenzollern-Sigmariugen pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon. 353

26 Nov. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement concerté entre la Prusse et la principauté de Waldeck pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre là contrefaçon 508

27 Nov. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement concerté entre la Prusse et le grand-duché de Mecklenbourg-Strelitz pour la pretection des droits des auteurs et das libraires contre la contrefaçon 509

27 Nov. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement concerté entre la Prusse et le duché de Saxe-Cobourg et Gotha pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 355

27 Nov. Convention entre la Hesse grand-ducale et de duché de Nassau concernant les insinuations judiciaires 357

10 Décbr. Déclarations entre la confédération Suisse et S. M. le roi de Danemarc concernant l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration 358

11 Décbr. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement concerté entre Prusse et le duché d'Anhalt-Dessau, pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 511

11 Décbr. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement concerté entre la Prusse et le Danemarc, pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon, tant dans la monarchie Prussienne que dans les

1827 duchés de Holstein, de Lauenbourg et de Schleswic Pag. 513

20 Décbr. Convention d'amitié, de commerce et navigation entre les républiques libres et anséatiques de Brême, Lubeck et Hambourg et les Etats-Unis d'Amérique, avec un article additionnel du 4 Juin 1828. 362

1828.

1828 4 Janv. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement entre la Prusse et le grand-duché de Bâde pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 516

5 Janv. Déclaration entre la Saxe royale et le Wurtemberg concernant les frais de justice en matières criminelles 518

8 Janv. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement entre la Prusse et le duché de Saxe-Altenbourg pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 519

8 Janv. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement entre la Prusse et la principauté de Hohenzollern-Hechingen, pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 521

9 Janv. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement entre la Prusse et le duché d'Anhalt-Bernbourg, pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 522

10 Janv. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement entre la Prusse et les principautés de Reuss-Schleitz et et de Reuss-Lobenstein, pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 524

18 Janv. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement entre la Prusse et le grand-duché de Saxe-Weimar pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 526

1828

18 Janv. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement entre la Prusse et la ligne ainée de Reuss-Plauen, pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon Pag. 528

18 Janv. Traité fondamental de douanes entre la Bavière et le Wurtemberg 529

25 Janv. Déclaration concernant l'arrangement entre la Prusse et la Saxe royale par rapport à la contrefaçon 546

23 Janv. Déclaration du ministère Prussien concernant la prolongation de la convention du 23 Juin 1821 relative à la procedure de révision sur l'Elbe, pour un terme ultérieur de six ans 547

7. Févr. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement entre la Prusse et le duché de Saxe-Meiningen pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 549

14 Févr. Traité de commerce et de douanes entre la Prusse et le grand-duché de Hesse 550

19 Févr. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement entre la Prusse et le royaume de Wurtemberg pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 562

22 Févr. Traité de paix entre la Russie et la Perse conclu et signé à Tourkmantschaï 564

$\frac{26}{14}$ Févr. Convention de commerce et d'amitie entre S. M. le Roi de Suède et de Norvège d'une part et S. M. l'Empereur de Toutes les Russies de l'autre 572

15 Mars Convention entre le Wurtemberg et le duché de Saxe-Meiningen concernant les fraix de justice en matières criminelles et de concours des créanciers 593

17 Mars Conventions entre le Wurtemberg et la Saxe royale, le grand-duche de Saxe et le duché de Brunsvic concernant les fraix de justice en matières criminelles 594

19 Mars Convention entre l'électorat de Hesse et le grand-duché de Saxe-Weimar-Eisenach, concernant l'extradition de cri-

1828 minels et d'autres rapports de jurisdiction criminelle Pag. 595

20 Mars Convention entre le Wurtemberg et le grand-duché de Hesse concernant les fraix de justice en matières civiles 600

23 Mars Publication concernant l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration entre la Russie et le duché d'Oldenbourg 601

27 Mars Convention entre la Prusse et le duché de Nassau, concernant le remboursement des fraix de justice en matières criminelles 602

2 Avril / 12 Juin Convention entre la Hesse électorale et la principauté de Waldeck concernant les délits forestiers, de chasse et de pêche 604

26 Avril Traité de commerce et de navigation entre S. M. le Roi de Danemarc et S. M. l'Empereur du Brésil 608

1 Mai Traité de commerce et de navigation entre la Prusse et les Etats-Unis d'Amérique 615

20 Mai Convention entre l'Hanovre et le grand-duché de Saxe-Weimar-Eisenach, concernant l'extradition des criminels 622

2 Juin Convention entre la Prusse et la Saxe royale concernant le convent de Joachimstein près de Radmeritz 627

8 Juill. / 10 Juin Déclaration échangée entre les gouvernemens des Pays-Bas et de Prusse par rapport à la prolongation de la convention de cartel, conclue entre les dits gouvernemens le 11 Juin 1818, pour le terme de six années 638

6 Juill. Traité de paix entre la république de Bolivia et la république de Pérou 639

13 Juill. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement entre la Prusse et la ville libre de Hambourg pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 644

14 Juill. Traité entre l'Autriche et la confédération Suisse concernant l'extradition réciproque des criminels 646

1828

17 Juill. Traité entre la Prusse et les duchés d'Anhalt - Cöthen et d'Anhalt - Dessau concernant la franchise des sujets réciproques du péage de l'Elbe Pag. 653

17 Juill. Traité entre la Prusse et les duchés d'Anhalt - Cöthen et d'Anhalt - Dessau concernant les rapports mutuels des douanes et du commerce 656

18 Juill. Traité entre la France et la confédération Suisse, concernant les rapports de voisinage, de justice et de police 665

25 Juill. Convention de cartel entre la Prusse et la France 671

26 Juill. Convention entre la Bavière et la ligne cadette de Reufs Plauen concernant la jurisdiction en matières de concours des créanciers 676

6 Août Traité entre l'amiral Codrington et Mehemet-Aly-pacha, pour l'évacuation de la Morée 679

17 Août Convention de cartel entre le royaume des Pays-Bas et le duché de Nassau 682

27 Août Traité de paix entre le Brésil et la république des provinces unies de Rio de la Plata 686

24 Septr. Traité concernant le commerce conclu entre l'Hanovre, la Saxe royale, la Hesse électorale, la Saxe grand-ducale, le duché de Brunsvic, le landgraviat de Hesse-Hombourg, les duchés de Nassau, d'Oldenbourg, de Saxe-Altenbourg, de Saxe-Cobourg-Gotha et de Saxe-Meiningen et les lignes ainées et cadettes de Reuss Greiz, de Reuss Lobenstein et Ebersdorf et de Reufs Schleiz, la principauté de Schwarzbourg Rudolstadt et les villes libres de Bremen et de Francfort 691

26 Septr. Réglement de douanes concerté entre le Wurtemberg, la Bavière et les principautés de Hehenzollern-Hechingen et de Hohenzollern-Sigmaringen 703

1828 29 Septr. Traité cencernant le commerce entre la Saxe royale, la Saxe grand-ducale, les duchés d'Altenbourg, de Cobourg-Gotha et de Saxe-Meiningen et les principautés de Reuss et de Schwarzbourg Rudolstadt Pag. 731

4 Octr. Traité de commerce et de navigation entre la Prusse et les villes libres et anséatiques de Lubec, de Bremen et de Hambourg 742

28 Octr. Convention entre la Grande-Brétagne et l'Espagne pour l'arrangement définitif des réclamations des sujets britanniques et espagnols, conformement à la convention de Madrid du 12 Mars 1823 747

31 Octr. Convention entre l'Hanovre et la ville libre de Bremen concernant l'établissement provisoire d'une quarantaine commune 758

5 Nov. Déclaration relative aux mesures concertées entre la Prusse et le grand-duché de Mecklenbourg-Schwerin pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes 763

21 Nov. Convention entre la Russie et la Bavière concernant l'extension réciproque de la franchise du droit de détraction sur le royaume de Pologne 765

22 Nov. Convention entre le Wurtemberg et le duché de Saxe-Altenbourg concernant les fraix de justice en matières criminelles 766

11 Décbr. Traité entre la Hesse électorale d'un côté et la Saxe grand ducale, les duchés de Saxe-Meiningen et de Saxe-Cobourg-Gotha de l'autre côté concernant les rapports mutuels de commerce 767

20 Décbr. Convention entre l'Hanovre et la ville libre et anséatique de Bremen concernant la communication du bourg de Vegesack avec Bremerhaven 772

20 Décbr. Traité d'amitié, de navigation et de commerce entre les Pays-Bas et le Brésil 774

1828

25 Décbr. Traité d'accession de la principauté de Schwarzbourg Sondershausen au traité de commerce conclu à Cassel le 24 Septembre 1828 Pag. 779

25 Décbr. Traité ultérieur d'accession de la principauté de Schwarzbourg Sondershausen au traité de commerce conclu à Cassel le 24 Septembre 1828 781

30 Décbr. Convention entre la France et l'Espagne fixant le montant des sommes dues par l'Espagne à la France et par la France à l'Espagne, en vertu des conventions des 29 Janvier, 9 Février, 30 Juin et 10 Décembre de 1824 et la manière de les acquitter. 784

II.

TABLE ALPHABÉTIQUE.

Amérique septentrionale (Etats-Unis de l')

1827 19 Janv. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration avec le duché d'Oldenbourg Pag. 113
4 Juill. Traité d'amitié et de commerce avec la Suède et la Norvège 271
6 Août Convention de commerce avec la Grande-Bretagne 476
6 Août Convention avec la Grande-Bretagne conc. le territoire de la côte nord-ouest de l'Amérique 477
29 Septr. Convention avec la Grande-Bretagne, relative à l'arbitrage sur les points litigieux du 5ème art. du traité de Gand 491
20 Décbr. Convention d'amitié, de commerce et de navigation avec les républiques libres et anséatiques de Brême, Lubec et Hambourg, avec un article additionnel du 4 Juin 1828 362
1828 1 Mai Traité de commerce et de navigation avec la Prusse 615

Angleterre voyez Grande-Bretagne.

Anhalt-Bernbourg.

1828 9 Janv. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 522

Anhalt-Cöthen.

17 Juill. Traité avec la Prusse conc. la franchise des sujets récipr. du péage de l'Elbe Pag. 1828 653
17 Juill. Traité avec la Prusse conc. les rapports mutuels des douanes et du commerce 656

Anhalt-Dessau.

11 Décbr. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 1827 511
17 Juill. Traité avec la Prusse conc. la franchise des sujets réciproques du péage de l'Elbe 1828 653
17 Juill. Traité avec la Prusse conc. les rapports mutuels des douanes et du commerce 656

Autriche.

17 Juin Traité de commerce et de navigation avec le Brésil 1827 225
14 Juill. Traité avec la Suisse conc. l'extradition réciproque des criminels 1828 646

Bâde.

25 Janv. Ordonnance conc. le commerce avec le royaume de Wurtemberg 1826 36
2 Févr. Convention avec la Hesse grand-ducale conc. le commerce sur les frontières respectives des deux états 38
15 Avril Convention avec le royaume de Wurtemberg, conc. le commerce sur les frontières respectives des deux états 44
30 Janv. Traité pour régler les limites avec la France (Extrait) 1827 123
11 Avril Bulles concernant l'érection de l'archevêché de Fribourg en Brisgau, de l'évêché de Rottenbourg en Wurtemberg et de Limbourg sur Lahn en Nassau, données le 16 Août 1821 et le 11 Avril 1821 et publiées en Bâde le 16 Octobre 1827 146
11 Juill. Convention additionnelle avec le grand-duché de Hesse conc. les délits forestiers et autres semblables 290
12/20 Septr. Traité avec la principauté de Hohenzollern-Sigmaringen pour régler les rapports de jurisdiction 303

1828 4 Janv. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon Pag. 676

Bavière.

1826 30 Août Convention avec la principauté le Reuss-Greitz, conc. l'obligation au service militaire par rapport aux émigrations 74

1827 3 Mars Publication conc. l'admission des sujets de l'électorat de Hesse au privilège des pauvres de faire plaider leurs causes gratis 130

10 Mars Convention avec la France pour l'extradition des déserteurs 132

12 Avril Traité de commerce et de douanes avec le Wurtemberg 167

1828 18 Janv. Traité fondamental de douanes avec le Wurtemberg 529

26 Juill. Convention avec la ligne cadette de Reuss-Plauen conc. la jurisdiction en matières de concours des créanciers 676

26 Septr. Réglement de douanes concerté avec le Wurtemberg et les principautés des Hohenzollern-Hechingen et de Hohenzollern-Sigmaringen, 703

21 Nov. Convention avec la Russie conc. l'extension réciproque de la franchise du droit de détraction sur le royaume de Pologne 765

Bolivia.

1828 6 Juill. Traité de paix avec la république de Pérou 639

Brémen (Ville libre de).

1827 11 Janv. Traité avec l'Hanovre conc. les rapports de commerce et de navigation et l'établissement d'un port sur la Geeste et le Weser 100

18 Août Convention avec l'Hanovre, conc. l'exécution des dispositions des articles XI, XIII, et XIV du traité du 11 Janv. 1827 295

20 Octr. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 333

17 Nov. Traité de commerce et de navigation avec le Brésil Pag. 340 1827

20 Décbr. Convention d'amitié, de commerce et de navigation avec les Etats-Unis d'Amérique, avec un article additionnel du 4 Juin 1828 362

24 Septr. Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Saxe roy. la Hesse élect. la Saxe gr. duc. le duché de Brunsvic etc. 691 1828

4 Octr. Traité de commerce et de navigation avec la Prusse 742

31 Octr. Convention avec l'Hanovre conc. l'établissement provisoire d'une quarantaine commune 758

20 Décbr. Convention avec l'Hanovre conc. la communication du bourg de Vegesack avec Bremerhaven 772

Brésil.

15 Nov. Edit par lequel S. M. Jean, roi de Portugal, a déclaré formellement, qu'il reconnoissoit son fils ainé, Dom Pedro, comme empereur du Brésil et comme prince royal de Portugal 515 1825

17 Juin Traité de commerce et de navigation avec l'Autriche 225 1827

9 Juill. Traité d'amitié, de navigation et de commerce avec la Prusse, avec un article additionnel du 18 Avril 1828 470

17 Août Traité d'amitié et de commerce avec la Grande-Brétagne 479

17 Nov. Traité de commerce et de navigation avec les villes libres et anséatiques de Lubeck, de Hambourg et de Brème 340

26 Avril Traité de commerce et de navigation avec le Danemarc 608 1828

27 Août Traité de paix avec la république de Rio de la Plata 686

24 Septr. Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Saxe roy. la Hesse élect. la Saxe gr. ducale etc. 691

20 Décbr. Traité d'amitié, de navigation et de commerce avec les Pays-Bas 774

Brunsvic.

1827 23 Janv. Déclaration conc. les mesures concertées avec la Prusse pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes Pag. 120

4 Octr. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 326

1828 17 Mars Convention avec le Wurtemberg conc. les fraix de justice en matières criminelles 594

Buenos Ayres (Provinces Unies de Rio de la Plata).

1828 27 Août Traité de paix avec le Brésil 686

Colombie.

1826 21 Septr. Décret du pouvoir exécutif conc. le commerce sur les côtes de Guagiri, de Darien et de Mosquitos 76

Danemarc.

1820 25 Août Convention avec la principauté de Waldeck conc. l'abolition du droit de détraction 1

1821 Ordonnance, conc. les droits et les privilèges des agens consulaires des puissances étrangères 3

1823 1 Févr. Convention avec le grand-duche de Mecklenbourg-Strelitz, conc. l'extradition réciproque des déserteurs et des conscrits réfractaires 7

7 Mars Convention avec la Suède, conc. la réception réciproque des criminels et des vagabonds en Danemarc et en Norvège 14

1 Avril Convention avec le grand-duché de Mecklenbourg-Schwerin, conc. l'extradition réciproque des criminels et des conscrits réfractaires 16

20 Mai Circulaire de la chancellerie conc. le traitement des corsaires étrangers 26

1824 28 Janv. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction avec le duché d'Oldenbourg 30

26 Févr. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction avec la ville libre et anséatique de Hambourg 31 — 1824

24 Juin Récès principal de liquidation avec l'Hanovre conc. le duché de Lauenbourg 47 — 1826

18 Mai Déclaration relativement à l'abolition du droit de détraction avec la Russie 202 — 1827

10 Décbr. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration avec la Suisse 358

11 Décbr. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon tant dans la monarchie Prussienne que dans les duchés de Holstein, de Lauenbourg et de Schleswic 513

26 Avril Traité de commerce et de navigation avec le Brésil 608 — 1828

Deux - Siciles.

29 Septr. Déclaration conc. l'abolition du droit d'aubaine avec la Suisse 4 — 1821

26 Mai Déclaration conc. l'abolition du droit d'aubaine avec la Suisse 24 — 1823

22 Mars Déclaration conc. l'abolition du droit d'aubaine avec la Suisse 33 — 1824

Espagne.

8 Mai Ordonnance relative aux consuls et vice-consuls étrangers 192 — 1827

16 Octr. Traité avec la Porte Ottomane conc. la navigation et le commerce de la mer noire 496

28 Octr. Convention avec la Grande - Bretagne pour l'arrangement définitif des réclamations des sujets britanniques et espagnols, conformément à la convention de Madrid du 12 Mars 1823 747 — 1828

30 Décbr. Convention avec la France fixant le montant des sommes dues par l'Espagne à la France et par la France à l'Espagne, en vertu des conventions des 29 Janvier, 9 Février, 30 Juin et 10 Décembre de 1824 et la manière de les acquitter 784

Etats - Unis voyez Amérique septentrionale.

France.

1827 30 Janv. Traité pour régler les limites avec le grand-duché de Bâde (Extrait) Pag. 123
10 Mars Convention avec la Bavière pour l'extradition des déserteurs 132
30 Mai Convention avec la Suisse conc. les établissements réciproques, avec les actes y relatifs 216
6 Juill. Traité pour la pacification de la Grèce avec la Grande-Bretagne et la Russie 282. 465
21 Juill. Convention avec la Prusse conc. la réception réciproque des sujets de la classe ouvrière qui se sont rendus sur le territoire de l'un ou de l'autre état pour y exercer leur métier 292
18 Juill. Traité avec la confédération Suisse conc. les rapports de voisinage, de justice et de police 665
25 Juill. Convention de cartel avec la Prusse 671
1828 30 Décbr. Convention avec l'Espagne fixant le montant des sommes dues par l'Espagne à la France et par la France à l'Espagne, en vertu des conventions des 29 Janvier, 9 Février, 30 Juin et 10 Décembre de 1824 et la manière de les acquitter 784

Francfort (Ville libre de).

1828 24 Septr. Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Saxe roy., la Hesse élect., la Saxe gr.-duc., le duché de Brunsvic etc. 691

Grande-Bretagne.

1826 4 Avril Protocole relatif aux affaires de la Grèce signé à Petersbourg avec la Russie 40
26 Décbr. Traité d'amitié, de commerce et de navigation avec les Etats-Unis du Mexique, avec deux articles additionnels 80
1827 19 Janv. Convention avec S. A. R. l'infante régente de Portugal 114. 461
6 Juill. Traité pour la pacification de la Grèce avec la France et la Russie 282. 465
6 Août Convention de commerce avec les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale 476

6 Août Convention avec les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale conc. le territoire de la côte nord-ouest de l'Amérique Pag. 477 — 1827

17 Août Traité d'amitié et de commerce avec le Brésil 479

29 Septr. Convention avec les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale, relative à l'arbitrage sur les points litigieux du 5ème art. du traité de Gand 491

28 Octr. Convention avec l'Espagne pour l'arrangement définitif des réclamations des sujets britanniques et espagnols conformément à la convention de Madrid du 22 Mars 1823 747 — 1828

Grèce.

4 Avril Protocole relatif aux affaires de la Grèce, signé à Petersbourg entre la Russie et la Grande-Bretagne 40 — 1826

6 Juill. Traité pour la pacification de la Grèce, conclu entre la Grande-Bretagne, la France et la Russie 282. 468 — 1827

6 Août Traité entre l'amiral Codrington et Mehemet-Aly-pacha, pour l'évacuation de la Morée 679 — 1828

Hambourg.

26 Févr. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction avec le Danemarc 31 — 1824

14 Mars Convention avec l'Hanovre conc. la restitution des fraix de justice en cas d'extradition des criminels 142 — 1827

17 Nov. Traité de commerce et de navigation avec le Brésil 340

20 Décbr. Convention d'amitié, de commerce et de navigation avec les Etats-Unis d'Amérique, avec un article additionnel du 4 Juin 1828 362

13 Juill. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 644 — 1828

4 Octr. Traité de commerce et de navigation avec la Prusse 742

Hanovre.

Année	Date	Objet	Page
1824	2 Juill.	Traité de limites avec le royaume des Pays-Bas	Pag. 379
1826	24 Juin	Récès principal de liquidation avec le Danemarc conc. le duché de Lauenbourg	47
1827	11 Janv.	Traité avec la ville libre et anséatique de Bremen conc. les rapports de commerce et de navigation et l'établissement d'un port sur la Geeste et le Weser	100
	14 Mars	Convention avec la ville libre et anséatique de Hambourg conc. la restitution des fraix de justice en cas d'extradition de criminels	142
	18 Août	Convention avec la ville libre et anséatique de Bremen conc. l'exécution des dispositions des articles XI, XIII et XIV du traité du 11 Janvier 1827	295
	11 Septr.	Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	302
1828	20 Mai	Convention avec le grand-duché de Saxe-Weimar conc. l'extradition des criminels	622
	24 Septr.	Traité conc. le commerce avec la Saxe roy., la Hesse élect., la Saxe gr.-duc., le duché de Brunsvic etc.	691
	31 Octr.	Convention avec la ville libre de Bremen conc. l'établissement provisoire d'une quarantaine commune	758
	20 Décbr.	Convention avec la ville libre et anséatique de Bremen conc. la communication du bourg de Vegesack aveç Bremerhaven	772

Hesse électorale.

Année	Date	Objet	Page
1822	18 Août / 12 Septr.	Convention avec le duché de Saxe-Cobourg conc. l'extradition réciproque des vagabonds	5
1823	22 Avril	Convention avec la principauté de Waldeck conc. la réception réciproque des vagabonds	23
1824	6 Mars	Convention avec le duché de Saxe-Meiningen conc. la réception réciproque des vagabonds	34

15 Mars / 13 Févr. — Déclaration entre la Hesse élect. et le grand-duché de Weimar conc. la réception réciproque des vagabonds Pag. 36 — 1824

3 Mars Publication conc. l'admission des sujets du royaume de Bavière au privilège des pauvres de faire plaider leurs causes gratis 130 — 1827

19 Mars Convention avec le grand-duché de Weimar conc. l'extradition de criminels et d'autres rapports de jurisdiction criminelle 595 — 1828

2 Avril / 12 Juin — Convention avec la principauté de Waldeck conc. les délits forestiers, de chasse et de pêche 604

24 Septr. Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Saxe roy., la Saxe gr.-duc., le duché de Brunsvic etc. 691

11 Décbr. Traité avec la Saxe grand-ducale, les duchés de Saxe-Meiningen et de Saxe-Cobourg-Gotha conc. les rapports mutuels de commerce 767

Hesse grand-ducale (Darmstadt).

15 Juill. / 29 Septr. — Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction avec la Suisse 28 — 1823

2 Févr. Convention avec le grand-duché de Bâde conc. le commerce sur les frontières respectives des deux états 38 — 1826

12 Mars Convention avec la Russie et la Pologne conc. l'abolition du droit de détraction 137 — 1827

11 Juill. Convention additionnelle avec le grand-duché de Bâde conc. les délits forestiers et autres semblables 290

18 Septr. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 317

27 Nov. Convention avec le duché de Nassau conc. les insinuations judiciaires 357

14 Févr. Traité de commerce et de douanes avec la Prusse 550 — 1828

20 Mars Convention avec le Wurtemberg conc. les fraix de jurisdiction en matières civiles 600

Hesse Hombourg.

1828 24 Septr. Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Saxe roy., la Hesse élect., la Saxe gr.-duc., le duché de Brunsvic etc. Pag. 691

Hohenzollern-Hechingen.

1827 23 Juin Traité avec le Wurtemberg conc. les rapports de jurisdiction 270

1828 8 Janv. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 521

26 Septr. Réglement de douanes concerté avec la Bavière, le Wurtemberg et la principauté de Hohenzollern-Sigmaringen 703

Hohenzollern-Sigmaringen.

1827 28 Avril Traité avec le Wurtemberg conc. les rapports de jurisdiction 178

$\frac{12}{20}$ Septr. Traité avec le grand-duché de Bâde pour régler les rapports de jurisdiction 303

22 Nov. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 353

1828 26 Septr. Réglement de douanes concerté avec la Bavière, le Wurtemberg et la principauté de Hohenzollern-Hechingen 703

Lippe-Detmold.

1827 19 Juin Déclaration conc. le renouvellement de la convention d'étappes avec la Prusse du $\frac{18 \text{ Juin}}{15 \text{ Août}}$ 1818 270

20 Octr. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 332

Lippe-Schaumbourg.

1827 24 Septr. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 319

Lubec (Ville libre de).

19 Octr. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 1827 330

17 Nov. Traité de commerce et de navigation avec le Brésil 340

20 Décbr. Convention d'amitié, de commerce et de navigation avec les Etats-Unis d'Amérique, avec un article additionnel du 4 Juin 1828 362

4 Octr. Traité de commerce et de navigation avec la Prusse 1828 742

Mecklenbourg-Schwerin.

1 Avril Convention avec le Danemarc, conc. l'extradition réciproque des criminels et des conscrits réfractaires 1823 16

7 Nov. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 1827 506

5 Nov. Déclaration rel. aux mesures concertées avec la Prusse pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes 1828 768

Mecklenbourg-Strelitz.

1 Févr. Convention avec le Danemarc, conc. l'extradition réciproque des déserteurs et des conscrits réfractaires 1823 7

27 Nov. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 1827 509

Mexique.

26 Décbr. Traité d'amitié, de commerce et de navigation avec la Grande-Bretagne, avec deux articles additionnels 1826 80

15 Juin. Traité d'amitié, de navigation et de commerce avec le royaume des Pays-Bas 1827 230

Naples voyez Deux-Siciles.

Nassau.

1827 11 Avril Bulles conc. l'érection de l'archevêché de Fribourg en Brisgau, de l'évêché de Rottenbourg en Wurtemberg et de Limbourg sur Lahn en Nassau, données le 16 Août 1821 et le 11 Avril 1827 et publiées en Nassau le 9 Octobre 1827 Pag. 146

6 Nov. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 338

27 Nov. Convention avec la Hesse grand-ducale conc. les insinuations judiciaires 357

1828 27 Mars Convention avec la Prusse conc. les fraix de justice en matières criminelles 602

17 Août Convention de cartel avec les Pays-Bas 582

24 Septr. Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Saxe roy., la Hesse élect., la Saxe gr.-duc., le duché de Brunsvic etc. 691

Norvège voyez Suède.

Oldenbourg.

1824 28 Janv. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction avec le Danemarc 30

1827 19 Janv. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration avec les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale 113

27 Septr. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 321

1828 23 Mars Publication conc. l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration avec la Russie 601

17 Août Convention de cartel avec le duché de Nassau 682

24 Septr. Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Saxe roy., la Hesse élect., la Saxe gr.-duc., le duché de Brunsvic etc. 691

Pape voyez Rome (Cour de).

Pays-Bas.

1828 2 Juill. Traité de limites avec l'Hanovre 379

26 Octr./20 Nov. Convention avec les royaumes de Suède et de Norvège à l'égard d'une abolition réciproque du droit de détraction Pag. 78 — 1826

29 Mai Déclaration relativement à l'extradition des matelots déserteurs Suédois et Norvégiens 214 — 1827

15 Juin Traité d'amitié, de navigation et de commerce avec les Etats-Unis du Mexique 230

18 Juin Concordat avec le Pape, avec les bulles et autres pièces qui y sont relatives 242

5 Juill./10 Juin Déclaration échangée avec la Prusse par rapport à la prolongation de la convention de cartel, conclue le 11 Juin 1818, pour le terme de six années 638 — 1828

20 Décbr. Traité d'amitié, de navigation et de commerce avec le Brésil 774

Pérou.

6 Juill. Traité de paix avec la république de Bolivia 639 — 1828

Perse.

22 Févr. Traité de paix avec la Russie signé à Tourkmantschaï 564 — 1828

Porte Ottomane.

28 Mai Convention avec la Suède, qui accorde aux bâtimens Suédois et Norvégiens le privilège de naviguer sur la mer noire 209 — 1827

16 Octr. Traité avec l'Espagne conc. la navigation et le commerce de la mer noire 496

Portugal.

15 Nov. Edit par lequel S. M. Jean VI, roi de Portugal, a déclaré formellement qu'il reconnoissoit son fils aîné, Don Pedro, comme empereur du Brésil et comme prince royal de Portugal 515 — 1825

19 Janv. Convention avec la Grande-Bretagne 114. 461 — 1827

Provinces unies de Rio de la Plata voyez Buenos-Ayres.

Prusse.

1825 4 Avril Convention avec la Saxe royale en exécution du 1er § du XXIIème art. de la convention principale conclue entre ces deux puissances le 28 Août 1819, concernant les fondations pieuses Pag. 411

27 Septr. Convention avec la Saxe royale pour régler les rapports publics des fondations de famille existant dans le royaume et dans le duché de Saxe et pour assurer les droits des particuliers y intéressés 434

6 Décbr. Convention avec la Saxe royale concernant les prétentions réciproques des fondations du royaume et du duché de Saxe 441

28 Décbr. Convention avec la Saxe royale conc. le partage des fondations locales et privées dans le royaume et dans le duché de Saxe non comprises dans le partage réglé par la convention principale du 28 Août 1819 et par les conventions supplémentaires du 4 Avril et du 27 Septembre 1825

1827 23 Janv. Déclaration conc. les mesures concertées avec le duché de Brunsvic pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes 120

11 Mars Traité de commerce et de navigation avec la Suède et la Norvège 138

19 Juin Déclaration conc. le renouvellement de la convention d'étappes avec la principauté de Lippe-Detmold le $\frac{18 \text{ Juin}}{15 \text{ Août}}$ 1818 270

9 Juill. Traité d'amitié, de navigation et de commerce avec le Brésil, avec un art. additionnel du 18 Avril 1828 470

21 Juill. Convention avec la France conc. la réception réciproque des sujets de la classe ouvrière, qui se sont rendus sur le territoire de l'un ou de l'autre état pour y exercer leur métier 292

16 Août Ordre de cabinet relatif à la conclusion d'un arrangement avec les différens états de la confédération Germanique pour la protection commune des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 294

11 Septr. Déclaration conc. un arrangement avec l'Hanovre pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon Pag. 302 1827

18 Septr. Déclaration conc. un arrangement avec le Hesse grand-ducale pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 317

24 Septr. Déclaration conc. un arrangement avec la principauté de Schaumbourg-Lippe pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 319

27 Septr. Déclaration conc. un arrangement avec le duché d'Oldenbourg pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 321

4 Octr. Déclaration conc. un arrangement avec le duché de Brunsvic pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon - 326

6 Octr. Déclaration conc. un arrangement avec la principauté de Schwarzbourg-Sondershausen pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 327

19 Octr. Déclaration conc. un arrangement avec la ville libre et anséatique de Lubeç pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 330

20 Octr. Déclaration conc. un arrangement avec la principauté de Lippe-Detmold pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 332

20 Octr. Déclaration conc. un arrangement avec la ville libre et anséatique de Bremen pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 333

20 Octr. Déclaration conc. un arrangement avec la principauté de Schwarzbourg-Rudolstadt pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 335

28 Octr. Déclaration conc. un arrangement avec la Saxe royale pour la protection des

1827 droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon Pag. 336

6 Nov. Déclaration conc. un arrangement avec le duché de Nassau pour la protection des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 338

7 Nov. Déclaration conc. un arrangement avec le grand-duché de Mecklenbourg-Schwerin pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 506

22 Nov. Déclaration conc. un arrangement avec la principauté de Hohenzollern-Sigmaringen pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 353

26 Nov. Déclaration conc. un arrangement avec la principauté de Waldeck pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 508

27 Nov. Déclaration conc. un arrangement avec le grand-duché de Mecklenbourg-Strelitz pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 509

27 Nov. Déclaration conc. un arrangement avec le duché de Saxe Cobourg et Gotha pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 355

11 Décbr. Déclaration conc. un arrangement avec le duché d'Anhalt-Dessau pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 511

11 Décbr. Déclaration conc. un arrangement avec le Danemarc pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon, tant dans la monarchie Prussienne que dans les duchés de Holstein, de Lauenbourg et de Schleswic 573

1828 4 Janv. Déclaration conc. un arrangement avec le grand-duché de Bâde pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 576

8 Janv. Déclaration conc. un arrangement avec le duché de Saxe-Altenbourg pour la

protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon Pag. 519 — 1828

8 Janv. Déclaration conc. un arrangement avec la principauté de Hohenzollern-Hechingen pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 521

9 Janv. Déclaration conc. un arrangement avec le duché d'Anhalt-Bernbourg pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 522

10 Janv. Déclaration conc, un arrangement avec les principautés de Reuss-Schleitz et de Reuss-Lobenstein pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 524

18 Janv. Déclaration conc. un arrangement avec le grand-duché de Saxe-Weimar pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 526

18 Janv. Déclaration conc. un arrangement avec la ligne aînée de Reuss-Plauen pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 528

23 Janv. Déclaration conc. la prolongation de la convention de 23 Juin 1821 relative à la procédure de révision sur l'Elbe, pour un terme ultérieur de six ans 547

25 Janv. Déclaration conc. un arrangement avec la Saxe royale par rapport à la contrefaçon 546

7 Févr. Déclaration conc. un arrangement avec le duché de Saxe-Meiningen pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 549

14 Févr. Traité de commerce et de douanes avec le grand-duché de Hesse 550

19 Févr. Déclaration conc. un arrangement avec le Wurtemberg pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 562

27 Mars Convention avec le duché de Nassau conc. les fraix de justice en matières criminelles 602

1 Mai Traité de commerce et de navigation avec les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale 615

1828 2 Juin Convention avec la Saxe royale conc. le couvent de Joachimstein près de Radmeritz Pag. 627

5 Juill./10 Juill. Déclaration échangée avec les Pays-Bas par rapport à la prolongation de la convention de cartel, conclue le 11 Juin 1818, pour le terme de six années 638

13 Juill. Déclaration conc. un arrangement avec la ville libre de Hambourg pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 644

17 Juill. Traité avec les duchés d'Anhalt-Köthen et d'Anhalt-Dessau conc. la franchise des sujets réciproques du péage de l'Elbe 653

17 Juill. Traité avec les duchés d'Anhalt-Köthen et d'Anhalt-Dessau conc. les rapports mutuels des douanes et du commerce 656

25 Juill. Convention de cartel avec la France 671

4 Octr. Traité de commerce et de navigation avec les villes libres et anséatiques de Lubec, de Bremen et de Hambourg 742

5 Nov. Déclaration rel. aux mesures concertées avec le grand-duché de Mecklenbourg-Schwerin pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes 763

Reuss-Gritz.

1826 30 Août Convention avec la Bavière conc. l'obligation au service militaire par rapport aux émigrations 74

1828 24 Septr. Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Saxe roy., la Hesse élect., la Saxe gr.-duc., le duché de Brunsvic etc. 691

29 Septr. Traité conc. le commerce avec la Saxe roy., la Saxe gr.-duc., les duchés d'Altenbourg, de Cobourg-Gotha et de Saxe-Meiningen etc. 731

Reuss-Lobenstein et Ebersdorf.

1828 10 Janv. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et libraires contre la contrefaçon 524

24 Septr. Traité conc. le commerce entre l'Hanovre, la Saxe roy., la Hesse élect., la Saxe gr.-duc, le duché de Brunsvic etc. Pag. 691 — 1828

29 Septr. Traité conc. le commerce avec la Saxe roy., la Saxe gr.-duc., les duchés d'Altenbourg, de Cobourg-Gotha et de Saxe-Meiningen etc. 731

Reuss-Plauen (ligne aînée de)

18 Janv. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 528 — 1828

Reuss-Plauen (ligne cadette de)

26 Juill. Convention avec la Bavière conc. la juridiction en matières de concours des créanciers 676 — 1828

Reuss-Schleitz.

10 Janv. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 524 — 1828

24 Septr. Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Saxe roy., la Hesse élect., la Saxe gr.-duc, le duché de Brunsvic etc. 691

29 Septr. Traité conc. le commerce avec la Saxe roy., la Saxe gr.-duc., les duchés d'Altenbourg, de Cobourg-Gotha et de Saxe Meiningen etc. 731

Rome (Cour de)

16 Août — 11 Avril. Bulles conc. l'érection de l'archevêché de Fribourg en Brisgau, de l'évêché de Rottenbourg en Wurtemberg et de Limbourg sur Lahn en Nassau 146 — 1821 — 1827

18 Juin. Concordat avec le royaume des Pays-Bas, avec les bulles et autres pièces qui y sont relatives 242

Russie (et Pologne).

4 Avril. Protocole relatif aux affaires de la Grèce signé à Petersbourg avec la Grande-Bretagne 40 — 1826

1827 12 Mars Convention avec le grand-duché de Hesse conc. l'abolition du droit de détraction Pag. 137
18 Mai Déclaration relativement à l'abolition du droit de détraction avec le Danemarc 202
6 Juill. Traité pour la pacification de la Grèce, avec la Grande-Bretagne et la France 282. 465
1828 22 Févr. Traité de paix avec la Perse, signé à Tourkmantschaï 564
26/14 Févr. Convention de commerce et d'amitié avec la Suède et la Norvège 572
23 Mars Publication conc. l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration avec le duché d'Oldenbourg 601
21 Nov. Convention avec la Bavière conc. l'extension réciproque de la franchise du droit de détraction sur le royaume de Pologne 765

Sardaigne.

1827 8 Mars Déclaration conc. l'abolition de la gabelle d'émigration et du droit de détraction avec le Wurtemberg 131
12 Mai Convention avec plusieurs cantons Suisses au sujet des établissemens réciproques avec les actes y relatifs 193

Saxe (royale).

1825 4 Avril Convention avec la Prusse en exécution du 1er § du XXIIème art. de la convention principale conclue entre ces deux puissances le 28 Août 1819, concernant les fondations pieuses 411
27 Septr. Convention avec la Prusse pour régler les rapports publics des fondations de famille existant dans le royaume et dans le duché de Saxe et pour assurer les droits des particuliers y intéressés 434
6 Décbr. Convention avec la Saxe royale conc. les prétentions réciproques des fondations du royaume et du duché de Saxe 441
28 Décbr. Convention avec la Prusse conc. le partage des fondations locales et privées dans le royaume et dans le duché de Saxe non comprises dans le partage réglé par la convention principale du 28 Août 1819

et par les conventions supplémentaires du 4 Avril et du 27 Septembre 1825.

20/7 Mars Déclaration conc. les rapports féodaux et de jurisdiction avec le duché de Saxe-Altenbourg Pag. 143 — 1827

28 Octr. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 336

5 Janv. Déclaration entre la Saxe et le Wurtemberg conc. les fraix de justice en matières criminelles 518 — 1828

25 Janv. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse par rapport à la contrefaçon 546

17 Mars Convention avec le Wurtemberg conc. les fraix de justice en matières criminelles 594

2 Juin Convention avec la Prusse conc. le couvent de Joachimstein près de Radmeritz 627

24 Septr. Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Hesse élect., la Saxe gr.-duc., le duché de Brunsvic etc. 691

29 Septr. Traité conc. le commerce avec la Saxe gr.-duc., les duchés d'Altenbourg, de Cobourg-Gotha et de Saxe-Meiningen etc. 731

25 Décbr. Traité d'accession de la principauté de Schwarzbourg-Sondershausen au traité de commerce conclu à Cassel le 24 Septr. 1828 779

25 Décbr. Traité ultérieur d'accession de la principauté de Schwarzbourg-Sondershausen au traité de commerce conclu à Cassel le 24 Septr. 1828. 781

Saxe-Altenbourg.

20/7 Mars Déclaration conc. les rapports féodaux et de jurisdiction avec la Saxe royale 143 — 1827

29 Septr. Convention de cartel avec le duché de Saxe-Gotha 322

8 Janv. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 579 — 1828

1828 24 Septr. Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Saxe roy., la Hesse élect., la Saxe gr.-duc., le duché de Brunsvic etc. Pag. 691

29 Septr. Traité conc. le commerce avec la Saxe roy., la Saxe gr.-duc., les duchés de Cobourg-Gotha et de Saxe-Meiningen etc. 731

22 Nov. Convention avec le Wurtemberg conc. les fraix de justice en matières criminelles 766

Saxe-Cobourg-Gotha.

1822 18 Août / 12 Septr. Convention avec la Hesse élect. conc. l'extradition réciproque des vagabonds 5

1827 29 Septr. Convention de cartel avec le duché de Saxe-Altenbourg 322

27 Nov. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 355

1828 24 Septr. Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Saxe roy., la Hesse élect., la Saxe gr.-duc., le duché de Brunsvic etc. 691

29 Septr. Traité conc. le commerce avec la Saxe roy., la Saxe gr.-duc., les duchés d'Altenbourg et de Saxe-Meiningen etc. 731

11 Décbr. Traité avec la Hesse électorale conc. les rapports mutuels de commerce 767

Saxe-Meiningen.

1824 5 Mars Convention avec la Hesse électorale conc. la réception réciproque des vagabonds 34

1827 10 Octr. Convention avec le grand-duché de Saxe-Weimar conc. les fraix de justice en matières criminelles 329

1828 7 Févr. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 549

15 Mars Convention avec le Wurtemberg conc. les fraix de justice en matières criminelles et de concours des créanciers 593

24 Septr. Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Saxe roy., la Hesse élect., la Saxe gr.-duc., le duché de Brunsvic Pag. 691 — 1828

29 Septr. Traité conc. le commerce avec la Saxe roy., la Saxe gr.-duc., les duchés d'Altenbourg et de Cobourg-Gotha etc. 731

11 Décbr. Traité avec la Hesse électorale conc. les rapports mutuels de commerce 767

Saxe-Weimar.

15 Mars / 13 Févr. Déclaration entre la Hesse élect. et le gr. duché de Weimar conc. la réception réciproque des vagabonds 36 — 1824

22 Mai Convention avec la principauté de Schwarzbourg-Sondershausen conc. la réception réciproque des vagabonds 204 — 1827

10 Octr. Convention avec le duché de Saxe-Meiningen. conc. les fraix de justice en matières criminelles 329

18 Janv. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 526 — 1828

17 Mars Convention avec le Wurtemberg conc. les fraix de justice en matières criminelles 594

19 Mars Convention avec la Hesse électorale conc. l'extradition de criminels et d'autres rapports de jurisdiction criminelle 595

20 Mai Convention avec l'Hanovre conc. l'extradition des criminels 622

24 Septr. Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Saxe roy., la Hesse élect., le duché de Brunsvic etc. 691

29 Septr. Traité conc. le commerce avec la Saxe roy., les duchés d'Altenbourg, de Cobourg-Gotha et de Saxe-Meiningen etc. 731

11 Décbr. Traité avec la Hesse électorale conc. les rapports mutuels de commerce 767

25 Décbr. Traité d'accession de la principauté de Schwarzbourg-Sondershausen au traité de commerce conclu à Cassel le 24 Septembre 1828 779

1828 25 Décbr. Traité ultérieur d'accession de la principauté de Schwarzbourg-Sondershausen au traité de commerce conclu à Cassel le 24 Septembre 1828 Pag. 781

Schwarzbourg-Rudolstadt.

1827 20 Octr. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 335

1828 24 Septr. Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Saxe roy., la Hesse élect., la Saxe gr.-duc., le duché de Brunsvic etc. 691

29 Septr. Traité conc. le commerce avec la Saxe roy., la Saxe gr.-duc., les duchés d'Altenbourg, de Cobourg-Gotha et de Saxe-Meiningen etc. 731

Schwarzbourg-Sondershausen.

1827 22 Mai Convention avec le grand-duché de Saxe-Weimar conc. la réception réciproque des vagabonds 204

6 Octr. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 327

1828 25 Décbr. Traité d'accession au traité de commerce conclu à Cassel le 24 Septembre 1828 779

25 Décbr. Traité ultérieur d'accession au traité de commerce conclu à Cassel le 24 Septembre 1828 781

Suède et Norvège.

1823 7 Mars Convention avec le Danemarc cono. la réception réciproque des criminels et des vagabonds en Danemarc et en Norvège 14

1826 26 Octr./20 Nov. Convention avec les Pays-Bas à l'égard d'une abolition réciproque du droit de détraction 78

1827 14 Mars Traité de commerce et de navigation avec la Prusse 138

28 Mai Convention avec la Porte, qui accorde aux bâtimens Suédois et Norvégiens le privilège de naviguer sur la mer noire Pag. 209 — 1827

29 Mai Déclaration signée entre la Suède et les Pays-Bas relativement à l'extradition des matelots déserteurs 214

4 Juill. Traité d'amitié et de commerce avec les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale 271

26/14 Févr. Convention de commerce et d'amitié avec la Russie 572 — 1828

Suisse.

29 Septr. Déclaration conc. l'abolition du droit d'aubaine avec le roy. des Deux-Siciles 4 — 1821

26 Mai Déclaration conc. l'abolition du droit d'aubaine avec le roy. des Deux-Siciles 24 — 1823

15 Juill./29 Septr. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction avec le grand-duché de Hesse 28

22 Mars Déclaration conc. l'abolition du droit d'aubaine avec le roy. des Deux-Siciles 33 — 1824

12 Mai Convention avec la Sardaigne au sujet des établissemens réciproques, avec les actes y relatifs 193 — 1827

30 Mai Convention avec la France conc. les établissemens réciproques, avec les actes y relatifs 216

10 Décbr. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration avec le Danemarc 358

14 Juill. Traité avec l'Autriche conc. l'extradition réciproque des criminels 646 — 1828

18 Juill. Traité avec la France conc. les rapports de voisinage, de justice et de police 665

Waldeck.

25 Août Convention avec le Danemarc conc. l'abolition du droit de détraction 1 — 1820

22 Avril Convention avec la Hesse électorale conc. la réception réciproque des vagabonds 23 — 1823

26 Nov. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits — 1827

des auteurs et des libraires contre la contrefaçon . Pag. 508

1828 2 Avril / 12 Juin Convention avec la Hesse électorale conc. les délits forestiers, de chasse et de pêche 604

Wurtemberg.

1826 26 Nov. Ordonnance de S. A. R. le Grand-duc de Bâde conc. le commerce avec le royaume de Wurtemberg 36

15 Avril Convention avec le grand-duché de Bâde conc. le commerce sur les frontières respectives des deux états 44

1827 8 Mars Déclaration conc. l'abolition de la gabelle d'émigration et du droit de détraction avec la Sardaigne 131

11 Avril Bulles conc. l'érection de l'archevêché de Fribourg en Brisgau, de l'évêché de Rottenbourg en Wurtemberg et de Limbourg sur Lahn en Nassau, données le 16 Août 1821 et le 11 Avril 1827 et publiées en Wurtemberg le 24 Octobre 1827 146

12 Avril Traité de commerce et de douanes avec la Bavière 167

28 Avril Traité avec la principauté de Hohenzollern-Sigmaringen conc. les rapports de jurisdiction 178

23 Juin Traité avec la principauté de Hohenzollern-Hechingen conc. les rapports de jurisdiction 270

1828 5 Janv. Déclaration entre le Wurtemberg et la Saxe roy. conc. les fraix de justice en matières criminelles 578

18 Janv. Traité fondamental de douanes avec la Bavière 529

19 Févr. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 562

1828

15 Mars Convention avec le duché de Saxe-Meiningen conc. les fraix de justice en matières criminelles et de concours des créanciers Pag. 593

17 Mars Conventions avec la Saxe royale, le grand-duché de Weimar et le duché de Brunsvic conc. les fraix de justice en matières criminelles 594

20 Mars Convention avec le grand-duché de Hesse conc. les fraix de justice en matières civiles 600

26 Septr. Réglement de douanes concerté avec la Bavière et les principautés de Hohenzollern-Hechingen et de Hohenzollern-Sigmaringen 703

22 Nov. Convention avec le duché de Saxe-Altenbourg conc. les fraix de justice en matières criminelles 766

Errata.

Pag.	ligne	au lieu de		lisez	
Pag. 242	*ligne* 12	*au lieu de*	roraume	*lisez*	royaume
— 317	— 10	— —	ducale	—	Ducale
— 516	— 33	— —	entre	—	contre.









